Die Ökonomie und Ethik des Privateigentums

Studium der politischen Ökonomie und Philosophie

2. Ausgabe

Hans-Hermann Hoppe

Die Ökonomie und Ethik des Privateigentums

Studium der politischen Ökonomie und Philosophie

Zweite Ausgabe

Hans-Hermann Hoppe

Erstveröffentlichung 1993 von Kluwer Academic Publishers

Urheberrecht © 2006 Hans-Hermann Hoppe.

Urheberrecht © 2026 Der Rosarote Panzer LLC (deutsche Ausgabe)
E-Mail: derrosarotepanzer@protonmail.com

Aus dem Englischen von: Andreas Tank
Verlagslabel: Der Rosarote Panzer LLC

Druck und Distribution im Auftrag der Autoren:

tredition GmbH, Heinz-Beusen-Stieg 5, 22926 Ahrensburg, Deutschland

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Für die Inhalte sind die Autoren verantwortlich. Jede Verwertung ist ohne ihre Zustimmung unzulässig. Die Publikation und Verbreitung erfolgen im Auftrag der Autoren, zu erreichen unter: tredition GmbH, Abteilung "Impressumservice", Heinz-Beusen-Stieg 5, 22926 Ahrensburg, Deutschland.

Kontaktadresse nach EU-Produktsicherheitsverordnung:
impressumservice@tredition.com

ISBN Softcover: 978-3-384-88263-9
ISBN Hardcover: 978-3-384-88264-6

FÜR MURRAY N. ROTHBARD

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort zur deutschen Ausgabe i

Vorwort zur zweiten Auflage iii

Vorwort zur ersten Auflage iv

Teil 1 - ÖKONOMIE

1. Irrtümer der Theorie der öffentlichen Güter und der Produktion von Sicherheit 7

2. Die Ökonomie und Soziologie der Besteuerung 43

3. Bankwesen, Nationalstaaten und internationale Politik: Eine soziologische Rekonstruktion der aktuellen Wirtschaftsordnung 95

4. Marxistische und österreichische Klassenanalyse 143

5. Theorie der Beschäftigung, des Geldes, des Zinses und der kapitalistische Prozess: Der misesianische Fall gegen Keynes 171

6. Wie ist Fiatgeld möglich? 212

7. Gegen Umlaufmittel 249

8. Sozialismus: Ein Eigentums- oder Wissensproblem? 307

Teil 2 - PHILOSOPHIE

9. Über Praxeologie und die praxeologische Grundlage der Erkenntnistheorie 319

10. Ist Forschung auf der Grundlage kausaler wissenschaftlicher Prinzipien möglich? 355

11. Von der Ökonomie des Laissez-faire zur Ethik des Libertarismus 367

12. Die Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Effizienz 399

14. Österreichischer Rationalismus im Zeitalter des Niedergangs des Positivismus 419

15. Rothbardianische Ethik 459

Anhang 481

Literaturverzeichnis 505

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Ein etwas weniger akademischer Titel dieses Buches könnte auch lauten: *Recht und Ordnung durch Eigentum*. Die Grundlagen von Zivilisation lauten Recht und Ordnung. Ordnung bedeutet Effizienz, was den Wirtschaftswissenschaften, bzw. der Ökonomie entspricht. Recht, bzw. Gerechtigkeit, ist die Frage, wie sich ein möglichst konfliktfreies oder konfliktvermindernden Zusammenleben bewerkstelligen lässt, was dem Feld der Ethik entspricht. Und Privateigentum ist ein Pleonasmus, denn Eigentum, das nicht privat ist, ist gestohlen.

Hans-Hermann Hoppe erläutert in diesen, zu einem einzelnen Buch zusammengestellten, Aufsätzen, warum Privateigentum – und *nur* Privateigentum – dazu fähig ist, Recht und Ordnung langfristig aufrechtzuerhalten. Nach „Eine Theorie über Sozialismus und Kapitalismus“ und vor „Demokratie, der Gott der keiner ist“, handelt es sich bei „Die Ökonomie und Ethik des Privateigentums“ um Hoppes zweites, großes Werk, das nun endlich in Deutscher Sprache vorliegt. Da die einzelnen Kapitel ursprünglich so oder in ähnlicher Form in diversen Zeitschriften veröffentlicht wurden, wiederholen sich einige Erkenntnisse. Nichtsdestotrotz ist die Unterteilung des Buches in Ökonomie und Philosophie eine gelungene Zusammenstellung und kann als Grundlagenwerk einer fachübergreifenden Darstellung des Privateigentums für Philosophie, Ökonomie, Soziologie und Rechtstheorie betrachtet werden, denn Hoppe lässt kaum ein Feld unbearbeitet.

So beginnt er damit, die weitgehend akzeptierte Annahme, dass Sicherheit durch den Staat gewährleistet werden muss, auf die Probe zu stellen und in rothbardianischer Tradition zu widerlegen. Es fol-

gen Bestandsaufnahmen und Widerlegungen zum Thema Besteuernung, Bankwesen, dem Nationalstaat, dem Marxismus und der keynesianischen Ökonomie, dem Teilreservesystem und dem Zentralbankwesen. Am Ende macht Hoppe nicht einmal mehr vor Hayek Halt, der von den meisten Anhängern der österreichischen Schule und außerhalb in dasselbe Team gezählt wird.

Im zweiten Teil springt Hoppe von den Wirtschaftswissenschaften in das Gebiet der Philosophie und räumt hier den letzten Zweifel aus, dass seine Theorie nicht bis zuletzt durchdacht seien könnte. So erklärt er im Detail, warum die Praxeologie als Lehre vom menschlichen Handeln, eine unumstößliche Wahrheit sein muss und erweitert diesen misesianischen Gedanken um seine Argumentationsethik. Indem er diese Schlussfolgerungen weiterführt, kommt er letztendlich zu dem Schluss, dass nur libertäre, rothbardianische Ethik, also die Ausrichtung von Recht und Ordnung nach dem Privateigentum, rechtfertigbar ist und jede andere Form früher oder später einem Widerspruch zum Opfer fällt, auch wenn dies natürlich nicht bedeutet, dass eine solche, konfliktreichere Welt, nicht lange Zeit bestehen und überleben kann.

Als Übersetzer habe ich nichts hinzugefügt oder weggelassen, was nicht für das Textverständnis essentiell notwendig gewesen wäre und bin darum bemüht, so nahe am Original zu bleiben wie irgend möglich. Bücher (Zeitschriften ausgenommen), die in diesem Werk zitiert werden, habe ich am Ende im Literaturverzeichnis aufgelistet und deutsche Versionen, die im Original oder als Übersetzung vorliegen, extra in kursiv hinzugefügt, in der Hoffnung, dass es in absehbarer Zukunft einmal unnötig wird, mehrere Sprachen oder zumindest Englisch können zu müssen, um die genialen Ideen einer Privatrechtsordnung nachvollziehen zu können.

– Der rosarote Panzer
15.05.2026

Vorwort zur zweiten Auflage

Die erste Ausgabe von *The Economics and Ethics of Private Property*, die 1993 veröffentlicht wurde, ist seit einigen Jahren vergriffen. Seit einiger Zeit und von vielen Seiten werde ich aufgefordert, eine neue Ausgabe vorzubereiten, und Llewellyn Rockwell hat dem Ludwig von Mises Institut freundlicherweise angeboten, als Herausgeber zu dienen.

The Economics and Ethics of Private Property war meinem Lehrer und Mentor Murray N. Rothbard gewidmet, mit dem ich in den letzten zehn Jahren seines Lebens eng verbunden war, zunächst als Gastwissenschaftler am Brooklyn Polytechnic Institute in New York City und nach 1986 als Kollege an der University of Nevada, Las Vegas. Das Jahr 2005 markiert den zehnten Todestag Rothbards. Daher schien es ein angemessener Zeitpunkt zu sein, Murray mit dieser zweiten Ausgabe erneut zu ehren.

Die vorliegende Ausgabe von *The Economics and Ethics of Private Property* wurde erweitert. Sie enthält vier Artikel, die nach der ursprünglichen Veröffentlichung des Buches geschrieben wurden, aber thematisch mit dessen zentralem Thema, den wirtschaftlichen und ethischen Grundlagen der Institution des Privateigentums, in Zusammenhang stehen – Kapitel 6, 7, 8 und 15. Die Möglichkeit einer Neuauflage wurde auch genutzt, um wesentliche redaktionelle Verbesserungen und Überarbeitungen vorzunehmen.

Hans-Hermann Hoppe
Las Vegas, Nevada, 2005

Vorwort zur ersten Auflage

Der Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa – der sich am dramatischsten in den Ereignissen des unvergesslichen 9. November 1989 manifestierte, als sich die Deutschen aus Ost und West bewegt und überglücklich auf der Berliner Mauer wiedervereinigten – hat der zentralen These dieses Bandes mehr Unterstützung und Dringlichkeit verliehen, als ich jemals zu hoffen gewagt hätte.

Ob sich die folgenden Studien mit wirtschaftlichen Themen wie Beschäftigung, Zinsen, Geld, Banken, Konjunkturzyklen, Steuern, öffentlichen Gütern oder Wachstum, mit philosophischen Problemen als Grundlagen des Wissens, insbesondere der Ökonomie und Ethik, oder mit der Rekonstruktion und theoretischen Erklärung historischer und soziologischer Phänomene wie Ausbeutung, Aufstieg und Fall von Zivilisationen, internationaler Politik, Krieg, Imperialismus und der Rolle von Ideen und ideologischen Bewegungen im Verlauf der sozialen Evolution befassen – sie alle tragen letztlich nur zu einer Schlussfolgerung bei: Das Recht auf Privateigentum ist ein unbestreitbar gültiges, absolutes Prinzip der Ethik und die Grundlage für kontinuierlichen „optimalen" wirtschaftlichen Fortschritt. Um aus den Ruinen des Sozialismus aufzuerstehen und die Stagnation der westlichen Wohlfahrtsstaaten zu überwinden, wird nichts weniger als die kompromisslose Privatisierung allen vergesellschafteten, d.h. verstaatlichten, Eigentums und die Errichtung einer Vertragsgesellschaft auf der Grundlage der Anerkennung der Absolutheit privater Eigentumsrechte ausreichen.

Beim Schreiben der folgenden Studien erhielt ich Hilfe von vielen Seiten. Besonderer Dank geht an meine Frau Margaret, die erneut die Aufgabe übernahm, mein Englisch zu entdeutschen; an

Llewellyn H. Rockwell, Jr., Präsident des Ludwig von Mises Instituts, und an Burton S. Blumert, Präsident des Center for Libertarian Studies, für ihre anhaltende Unterstützung meiner Arbeit; und an meinen Freund David Gordon für seine zahlreichen unschätzbaren Vorschläge und Kommentare.

Meine größte Schuld gebührt Ludwig von Mises und Murray N. Rothbard, die beiden größten – wenn auch viel vernachlässigten – Ökonomen und Sozialphilosophen des 20. Jahrhunderts. Obwohl ich Ludwig von Mises nie getroffen habe und tatsächlich erst nach seinem Tod von seinem Namen gehört habe, habe ich das Glück, in den letzten sechs Jahren eng mit Murray Rothbard verbunden gewesen zu sein, zuerst in New York City und seit 1986 als Kollegen an der Universität von Nevada, Las Vegas. Abgesehen von der intellektuellen Schuld, die ich ihm gegenüber habe, kann ich meine persönliche Dankbarkeit nicht in Worte fassen. Seine Weisheit, Einsicht, Freundlichkeit, Begeisterung und unermüdliche Ermutigung waren eine ständige Inspiration für mich. Ihm ist daher dieser Band gewidmet.

Hans-Hermann Hoppe
Las Vegas, Nevada, 1993

TEIL 1

ÖKONOMIE

1

Irrtümer der Theorie der öffentlichen Güter und der Produktion von Sicherheit

Im Jahr 1849, zu einer Zeit, als der klassische Liberalismus noch die dominierende ideologische Kraft war und „Ökonom“ und „Sozialist“ allgemein als Antonyme galten, schrieb Gustave de Molinari, ein renommierter belgischer Ökonom:

> Wenn es eine unumstößliche Wahrheit in der politischen Ökonomie gibt, dann diese: In allen Fällen, bei allen Waren, die dazu dienen, die materiellen oder immateriellen Bedürfnisse der Verbraucher zu befriedigen, liegt es im höchsten Interesse der Verbraucher, dass Arbeit und Handel frei bleiben, denn die Freiheit von Arbeit und Handel hat zwangsläufig und dauerhaft eine maximale Preissenkung zur Folge. Ferner: Dass die Interessen des Verbrauchers einer Ware, egal welcher Art, immer Vorrang vor den Interessen des Produzenten haben sollten. Wenn man diese Grundsätze verfolgt, gelangt man zu folgender strengen Schlussfolgerung: Die Schaffung von Sicherheit sollte im Interesse der Verbraucher dieser immateriellen Ware weiterhin dem Gesetz des freien Wettbewerbs unterliegen. Daraus folgt: Keine Regierung sollte das Recht haben, eine andere Regierung daran zu hindern, mit ihr in Wettbewerb zu treten, oder

[Nachgedruckt aus dem *Journal of Libertarian Studies* 9, Nr. 1 (Winter 1989).]

> zu verlangen, dass die Konsumenten von Sicherheit ausschließlich zu ihr kommen, um dieses Gut zu erhalten.[1]

Und er kommentiert dieses Argument mit den Worten: „Entweder ist das logisch und wahr, oder die Prinzipien, auf denen die Wirtschaftswissenschaft beruht, sind ungültig.“[2]

Es gibt anscheinend nur einen Ausweg aus dieser (für alle Sozialisten) unangenehmen Schlussfolgerung: die Behauptung, dass es bestimmte Güter gibt, für die aus besonderen Gründen die obige wirtschaftliche Argumentation nicht gilt. Die so genannten Theoretiker der öffentlichen Güter sind entschlossen, dies zu beweisen.[3] Ich werden jedoch zeigen, dass es in Wirklichkeit keine solchen besonderen Güter oder besonderen Gründe gibt und dass die Produktion von Sicherheit im Speziellen keine anderen Probleme aufwirft als die Produktion jedes anderen Gutes oder jeder Dienstleistung, seien es Häuser, Käse oder Versicherungen. Trotz ihrer vielen Anhänger ist die gesamte Theorie der öffentlichen Güter fehlerhaft, eine auffällige Argumentation, gespickt mit inneren Widersprüchen, Ungereimtheiten, die sich auf populäre Vorurteile und vermeintliche Überzeugungen stützt und diese ausnutzt, jedoch ohne jeglichen wissenschaftlichen Wert.[4]

---

[1] Gustave de Molinari, *The Production of Security*, Übers. J. Huston McCulloch (New York: Center for Libertarian Studies, Occasional Paper Series Nr. 2, 1977), S. 3.
[2] Ebd., S. 4.
[3] Zu verschiedenen Ansätzen von Theoretikern öffentlicher Güter siehe James M. Buchanan und Gordon Tullock, *The Calculus of Consent* (Ann Arbor: University of Michigan Press, 1962); James M. Buchanan, *The Public Finances* (Homewood, Ill.: Richard Irwin, 1970); ebd., *The Limits of Liberty* (Chicago: University of Chicago Press, 1975); Gordon Tullock, *Private Wants, Public Means* (New York: Basic Books, 1970); Mancur Olson, *The Logic of Collective Action* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1965); William J. Baumol, *Welfare Economics and the Theory of the State* (Cambridge: Harvard University Press, 1952).
[4] Siehe dazu Murray N. Rothbard, *Man, Economy, and State* (Los Angeles: Nash, 1970), S. 883ff.; ebd., „The Myth of Neutral Taxation“, *Cato Journal* (1981); Walter Block, „Free Market Transportation: Denationalizing the Roads“, *Journal of Libertarian Studies* 3, Nr. 2 (1979); ebd.,

Wie sieht nun der Ausweg aus, den sozialistische Ökonomen gefunden haben, um Molinaris Schlussfolgerung zu umgehen? Seit Molinari ist es zunehmend üblich geworden, die Frage, ob es Güter gibt, auf die verschiedene Arten von wirtschaftlichen Analysen anwendbar sind, zu bejahen. Tatsächlich ist es fast unmöglich, ein einziges zeitgenössisches Wirtschaftslehrbuch zu finden, das nicht die entscheidende Bedeutung der Unterscheidung zwischen privaten Gütern, für die die wirtschaftliche Überlegenheit einer kapitalistischen Produktionsordnung allgemein anerkannt ist, und öffentlichen Gütern, für die sie allgemein abgelehnt wird, hervorhebt.[5] Bestimmte Güter oder Dienstleistungen (einschließlich Sicherheit) gelten als besonders, weil ihr Genuss nicht auf diejenigen beschränkt werden kann, die ihre Produktion tatsächlich finanziert haben. Vielmehr ziehen auch Menschen, die sich nicht an der Finanzierung beteiligen, Nutzen daraus. Solche Güter werden als öffentliche Güter oder Dienstleistungen bezeichnet (im Gegensatz zu privaten Gütern oder Dienstleistungen, die ausschließlich denjenigen zugute kommen, die sie tatsächlich bezahlt haben). Aufgrund dieser besonderen Eigenschaft der öffentlichen Güter, so wird argumentiert, können die Märkte sie nicht produzieren, zumindest nicht in ausreichender Menge oder Qualität, und daher sind kompensierende staatliche Maßnahmen erforderlich.[6]

„Public Goods and Externalities: The Case of Roads", *Journal of Libertarian Studies* 7, Nr. 1 (1983).

[5] Siehe zum Beispiel William J. Baumol und Alan S. Blinder, *Economics, Principles and Policy* (New York: Harcourt, Brace, Jovanovich, 1979), Kap. 31.

[6] Ein weiteres häufig verwendetes Kriterium für öffentliche Güter ist das des „nicht-rivalisierenden Konsums". Im Allgemeinen scheinen beide Kriterien zusammenzufallen: Wenn Trittbrettfahrer nicht ausgeschlossen werden können, ist ein nicht-rivalisierender Verbrauch möglich; und wenn sie ausgeschlossen werden können, wird der Verbrauch rivalisierend, so scheint es zumindest. Wie jedoch die Theoretiker der öffentlichen Güter argumentieren, ist dieser Zufall nicht perfekt. Es sei denkbar, dass der Ausschluss von Trittbrettfahrern zwar möglich ist, ihre Aufnahme aber nicht mit zusätzlichen Kosten verbunden ist (die Grenzkosten für die Zulassung von Trittbrettfahrern sind also gleich Null) und dass der

Die Beispiele, die verschiedene Autoren für angebliche öffentliche Güter anführen, sind sehr unterschiedlich. Autoren klassifizieren das gleiche Gut oder die gleiche Dienstleistung oft unterschiedlich und lassen fast keine Klassifizierung eines bestimmten Gutes unbestritten, was den illusorischen Charakter der gesamten Unterscheidung deutlich vorwegnimmt.[7] Dennoch gibt es einige Beispiele für öffentliche Güter, die sich besonderer Beliebtheit erfreuen, wie beispielsweise die Feuerwehr, die verhindert, dass das Haus eines Nachbarn in Flammen aufgeht, wodurch dieser von meiner Feuerwehr profitiert, obwohl er nichts zu ihrer Finanzierung beigetragen hat; oder die Polizei, die durch Streifen auf meinem Grundstück potenzielle Einbrecher auch vom Grundstück meines Nachbarn abschreckt, selbst wenn dieser nicht zur Finanzierung der Streife beigetragen hat; oder der Leuchtturm, ein Beispiel, das Ökonomen besonders am Herzen liegt,[8] der einem Schiff hilft, seinen Weg zu finden, obwohl der Schiffseigner keinen Cent zu seinem Bau oder Unterhalt beigetragen hat.

Konsum des betreffenden Gutes durch den zusätzlich zugelassenen Trittbrettfahrer nicht zwangsläufig zu einer Verringerung des Konsums des für andere verfügbaren Gutes führt. Ein solches Gut wäre auch ein öffentliches Gut. Und da auf dem freien Markt Ausschluss praktiziert würde und das Gut nicht für den nicht-rivalisierenden Konsum für alle verfügbar wäre, die es sonst konsumieren könnten — obwohl dies keine zusätzlichen Kosten erfordern würde — würde dies nach der etatistisch-sozialistischen Logik Marktversagen beweisen, d.h. ein suboptimales Konsumniveau. Daher müsste der Staat die Bereitstellung solcher Güter übernehmen. (Ein Kino zum Beispiel könnte nur zur Hälfte gefüllt sein, so dass es „kostenlos“ wäre, zusätzliche Zuschauer zuzulassen, und ihr Anschauen des Films hätte auch keine Auswirkungen auf die zahlenden Zuschauer; daher würde der Film als öffentliches Gut eingestuft werden. Da jedoch der Eigentümer des Kinos eine Ausgrenzung vornimmt, anstatt Trittbrettfahrern eine „kostenlose“ Aufführung zu ermöglichen, wären die Kinos reif für die Verstaatlichung). Zu den zahlreichen Irrtümern bei der Definition von öffentlichen Gütern im Sinne des nicht-rivalisierenden Verbrauchs vgl. die nachfolgenden Anmerkungen 12 und 17.

[7] Zu diesem Thema siehe Walter Block „Public Goods and Externalities“.

[8] Siehe zum Beispiel Buchanan, *The Public Finances*, S. 23; Paul Samuelson, *Economics* (New York: McGraw Hill, 1976), S. 166.

Bevor wir mit der Darstellung und kritischen Prüfung der Theorie der öffentlichen Güter fortfahren, wollen wir untersuchen, wie nützlich die Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Gütern ist, um zu entscheiden, was privat und was vom Staat oder mit staatlicher Hilfe produziert werden sollte. Selbst die oberflächlichste Analyse würde zwangsläufig zeigen, dass die Anwendung des angeblichen Kriteriums der Nicht-Ausschließbarkeit, anstatt eine sinnvolle Lösung zu bieten, zu großen Problemen führen würde. Während es zumindest auf den ersten Blick so aussieht, als könnten einige der vom Staat bereitgestellten Güter und Dienstleistungen tatsächlich als öffentliche Güter eingestuft werden, ist nicht klar, wie viele der tatsächlich vom Staat produzierten Güter und Dienstleistungen unter die Rubrik der öffentlichen Güter fallen würden. Eisenbahn, Post, Telefon, Straßen und dergleichen scheinen Güter zu sein, deren Nutzung auf die Personen beschränkt werden kann, die sie tatsächlich finanzieren, und die daher als private Güter erscheinen. Und dasselbe scheint für viele Aspekte des mehrdimensionalen Gutes „Sicherheit“ zu gelten: Alles, wofür man sich versichern kann, müsste als privates Gut gelten. Doch das reicht nicht aus. So wie viele staatlich bereitgestellte Güter als private Güter erscheinen, scheinen auch viele privat produzierte Güter in die Kategorie der öffentlichen Güter zu fallen. Natürlich würden meine Nachbarn von meinem gepflegten Rosengarten profitieren — sie könnten sich an seinem Anblick erfreuen, ohne mir jemals beim Gärtnern zu helfen. Das Gleiche gilt für alle Arten von Verbesserungen, die ich an meinem Grundstück vornehmen könnte und die auch den Wert des Nachbargrundstücks steigern würden. Selbst Menschen, die kein Geld in den Hut werfen, können vom Auftritt eines Straßenmusikers profitieren. Die Mitreisenden im Bus, die mich nicht beim Kauf der Karte unterstützt haben, profitieren von meinem Deodorant. Und jeder, der jemals mit mir in Kontakt kommt, würde von meinen Bemühungen profitieren, mich ohne ihre finanzielle Unterstützung in eine liebenswerte Person zu verwandeln. Müssen nun alle diese Güter — Rosengärten, Grundstücksverbesserungen, Straßenmusik, Deodorants, Persönlichkeitsverbesserungen — da sie eindeutig die

Merkmale öffentlicher Güter zu besitzen scheinen, vom Staat oder mit staatlicher Hilfe bereitgestellt werden? Wie die letztgenannten Beispiele für privat produzierte öffentliche Güter zeigen, ist an der These der Theoretiker öffentlicher Güter, dass diese Güter nicht privat produziert werden können, sondern staatlicher Intervention bedürfen, etwas ernsthaft falsch. Offensichtlich können sie von den Märkten bereitgestellt werden. Darüber hinaus zeigt die Geschichte, dass alle angeblichen öffentlichen Güter, die heute von den Staaten bereitgestellt werden, zu irgendeinem Zeitpunkt in der Vergangenheit tatsächlich von privaten Unternehmern bereitgestellt wurden oder sogar heute noch in dem einen oder anderen Land bereitgestellt werden. So war beispielsweise der Postdienst früher fast überall privat; Straßen wurden privat finanziert und werden es manchmal immer noch; selbst die beliebten Leuchttürme waren ursprünglich das Ergebnis privaten Unternehmertums[9]; es gibt private Polizeikräfte, Detektive und Schiedsrichter; und die Hilfe für Kranke, Arme, Alte, Waisen und Witwen ist ein traditionelles Feld für private Wohltätigkeitsorganisationen. Die Behauptung, dass ein reines Marktsystem solche Dinge nicht hervorbringen kann, wird also durch die Erfahrung hundertfach widerlegt.

Abgesehen davon ergeben sich weitere Schwierigkeiten, wenn die Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Gütern verwendet wird, um zu entscheiden, was dem Markt überlassen werden soll und was nicht. Was wäre zum Beispiel, wenn die Produktion so genannter öffentlicher Güter keine positiven, sondern negative Folgen für andere Menschen hätte, oder wenn die Folgen für einige positiv und für andere negativ wären? Was wäre, wenn der Nachbar, dessen Haus von meiner Feuerwehr gerettet wurde, sich gewünscht hätte (vielleicht weil er überversichert war), dass es abgebrannt wäre, oder meine Nachbarn hassen Rosen, oder meine Mitreisenden finden den Geruch meines Deodorants eklig? Darüber hinaus können Änderungen in der Technologie den Charakter eines bestimmten Gutes verändern. Mit der Entwicklung des Kabelfernsehens zum

[9] Siehe Ronald Coase, „The Lighthouse in Economics“, *Journal of Law and Economics* 17 (1974).

Beispiel ist ein Gut, das früher (scheinbar) öffentlich war, privat geworden. Und Veränderungen in den Eigentumsrechten — der Aneignung von Eigentum — können genau denselben Effekt haben, den öffentlich-privaten Charakter eines Gutes zu verändern. Der Leuchtturm beispielsweise ist nur insofern ein öffentliches Gut, als das Meer in öffentlichem (und nicht in privatem) Besitz ist. Aber wenn es erlaubt wäre, Teile des Meeres als Privateigentum zu erwerben, wie es in einer rein kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Fall wäre, dann wäre es, da der Leuchtturm nur über ein begrenztes Territorium scheint, eindeutig möglich, Nichtzahler von der Inanspruchnahme seiner Dienstleistungen auszuschließen.

Verlässt man diese etwas skizzenhafte Diskussionsebene und befasst sich eingehender mit der Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Gütern, so stellt sich heraus, dass es sich um eine völlig illusorische Unterscheidung handelt. Eine eindeutige Dichotomie zwischen privaten und öffentlichen Gütern gibt es nicht, und das ist der Hauptgrund, warum es so viele Meinungsverschiedenheiten über die Klassifizierung bestimmter Güter geben kann. Alle Güter sind mehr oder weniger privat oder öffentlich und können sich hinsichtlich ihres Grades an Privatheit/Öffentlichkeit mit den sich ändernden Werten und Bewertungen der Menschen und mit Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung verändern — und tun dies auch ständig. Um zu erkennen, dass sie nie ein für alle Mal in die eine oder andere Kategorie fallen, muss man sich nur daran erinnern, was ein Gut ausmacht. Damit etwas ein Gut ist, muss es von jemandem erkannt und als knapp behandelt werden. Etwas ist sozusagen nicht ein Gut als solches, sondern Güter sind nur in den Augen des Betrachters Güter. Nichts ist ein Gut, es sei denn, mindestens eine Person bewertet es subjektiv als solches. Da Güter jedoch niemals Güter an sich sind — keine physikalisch-chemische Analyse kann etwas als wirtschaftliches Gut identifizieren — gibt es natürlich kein festes, objektives Kriterium für die Einstufung von Gütern als privat oder öffentlich. Sie können niemals private oder öffentliche Güter im eigentlichen Sinne sein. Ihr privater oder öffentlicher Charakter hängt davon ab, wie wenige oder wie viele

Menschen sie als Güter betrachten, wobei sich der Grad, in dem sie privat oder öffentlich sind, mit der Veränderung dieser Bewertungen ändert und von eins bis unendlich reicht. Selbst scheinbar völlig private Dinge wie die Einrichtung meiner Wohnung oder die Farbe meiner Unterwäsche können daher zu öffentlichen Gütern werden, sobald sich jemand anderes dafür interessiert.[10] Und scheinbar öffentliche Güter, wie das Äußere meines Hauses oder die Farbe meines Pullovers, können zu äußerst privaten Gütern werden, sobald andere Menschen aufhören, sich für sie zu interessieren. Außerdem kann jedes Gut seine Eigenschaften immer wieder ändern; es kann sich sogar von einem öffentlichen oder privaten Gut in ein öffentliches oder privates Schlecht verwandeln und umgekehrt, was alleine davon abhängt, ob sich jemand dafür interessiert oder nicht. Wenn dies jedoch der Fall ist, kann keine Entscheidung auf der Grundlage der Einstufung von Waren als privat oder öffentlich getroffen werden.[11] Tatsächlich müsste man dazu praktisch jede einzelne Person zu jedem einzelnen Gut befragen, ob sie sich dafür interessiert – positiv oder negativ und vielleicht auch in welchem Ausmaß – um festzustellen, wer davon profitieren könnte und wer sich daher an der Finanzierung des Gutes beteiligen sollte. (Und woher soll man wissen, ob sie die Wahrheit sagen?) Es wäre auch notwendig, alle Änderungen in solchen Bewertungen ständig zu überwachen, mit dem Ergebnis, dass niemals eine endgültige Entscheidung über die Produktion von irgendetwas getroffen werden könnte, und als Folge ei-

[10] Siehe beispielsweise den ironischen Fall, den Block in „Public Goods and Externalities“ für Socken als öffentliche Güter anführt.

[11] Um Missverständnisse zu vermeiden: Jeder einzelne Produzent und jeder Zusammenschluss von Produzenten, die gemeinsame Entscheidungen treffen, kann jederzeit auf der Grundlage einer Bewertung der Privatsphäre oder Öffentlichkeit der Ware entscheiden, ob er eine Ware produziert oder nicht. Die Entscheidung, ob öffentliche Güter privat produziert werden oder nicht, wird im Rahmen der Marktwirtschaft ständig getroffen. Was unmöglich ist, ist zu entscheiden, ob das Ergebnis des Betriebs eines freien Marktes auf der Grundlage der Bewertung des Grades der Privatheit oder der Öffentlichkeit eines Gutes ignoriert werden soll oder nicht.

ner unsinnigen Theorie wären wir alle längst tot.[12]

Aber selbst wenn man all diese Schwierigkeiten ignorieren würde und bereit wäre, um des Arguments willen zuzugeben, dass die Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichem Gut tatsächlich zutrifft, würde das Argument nicht das beweisen, was es eigentlich soll. Es liefert weder schlüssige Gründe dafür, warum öffentliche Güter — vorausgesetzt, sie existieren als eigene Kategorie von Gütern — überhaupt produziert werden sollten, noch dafür, warum der Staat und nicht private Unternehmen sie produzieren sollten. Das ist es, was die Theorie der öffentlichen Güter im Wesentlichen aussagt, nachdem sie die oben erwähnte begriffliche Unterscheidung eingeführt hat: Die positiven Auswirkungen öffentlicher

[12] Tatsächlich bedeutet die Einführung der Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Gütern also einen Rückfall in die vorsubjektivistische Ära der Wirtschaftswissenschaften. Aus Sicht der subjektivistischen Ökonomie gibt es kein Gut, das objektiv als privat oder öffentlich kategorisiert werden kann. Dies ist im Wesentlichen der Grund, warum das zweite vorgeschlagene Kriterium für öffentliche Güter – das einen nicht-rivalisierenden Konsum zulässt (siehe Fußnote 6) — ebenfalls zusammenbricht. Denn wie könnte ein außenstehender Beobachter feststellen, ob der kostenlose Eintritt eines zusätzlichen Trittbrettfahrers nicht tatsächlich zu einer Verminderung des Erhalts eines Gutes durch andere führen würde? Offensichtlich gibt es keine Möglichkeit, dass er dies objektiv tun könnte. Es könnte in der Tat gut sein, dass die Freude am Kino oder am Fahren auf der Straße erheblich gemindert würde, wenn mehr Menschen im Kino oder auf der Straße zugelassen wären. Um herauszufinden, ob dies der Fall ist oder nicht, müsste man jeden Einzelnen fragen — und nicht jeder wird damit einverstanden sein. Darüber hinaus ist selbst ein Gut, das nicht-rivalisierenden Konsum ermöglicht, kein kostenloses Gut. Die Zulassung zusätzlicher Trittbrettfahrer würde daher letztendlich zu einer „Überfüllung“ führen, sodass jeder nach der angemessenen „Marge“ gefragt werden müsste. Darüber hinaus kann mein Verbrauch beeinflusst werden oder auch nicht, je nachdem, wer es ist, der kostenlos zugelassen wird, also müsste ich auch danach gefragt werden. Und schließlich könnte jeder seine Meinung zu all diesen Fragen im Laufe der Zeit ändern. Es ist daher ebenso unmöglich zu entscheiden, ob ein Gut ein Kandidat für die staatliche (und nicht für die private) Produktion ist, basierend auf dem Kriterium des nicht-rivalisierenden Konsums sowie auf dem der Nicht-Ausschließbarkeit (siehe ebenfalls Fußnote 17 unten).

Güter für Menschen, die nichts zu ihrer Produktion oder Finanzierung beitragen, beweisen, dass diese Güter wünschenswert sind. Aber offensichtlich würden sie in einem freien, wettbewerbsorientierten Markt nicht hergestellt werden, zumindest nicht in ausreichender Menge und Qualität, da nicht alle, die von ihrer Herstellung profitieren würden, auch finanziell dazu beitragen würden, die Herstellung zu ermöglichen. Um diese Güter zu produzieren (die offensichtlich wünschenswert sind, aber sonst nicht produziert würden), muss der Staat also einspringen und bei der Produktion helfen. Diese Art der Argumentation, die in fast jedem Lehrbuch der Wirtschaftswissenschaften zu finden ist (Nobelpreisträger nicht ausgenommen)[13], ist völlig falsch, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Um zu dem Schluss zu kommen, dass der Staat öffentliche Güter bereitstellen muss, die sonst nicht produziert würden, muss man eine Norm in seine Argumentationskette einschmuggeln. Andernfalls könnte man aus der Aussage, dass bestimmte Güter aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften nicht produziert werden, niemals den Schluss ziehen, dass diese Güter produziert werden sollten. Aber mit der geforderten Norm zur Rechtfertigung ihrer Schlussfolgerung haben die Theoretiker der öffentlichen Güter eindeutig die Grenzen der Ökonomie als einer positiven, wertfreien Wissenschaft verlassen. Stattdessen haben sie sich in den Bereich der Moral oder Ethik begeben, und daher würde man erwarten, dass ihnen eine Theorie der Ethik als kognitive Disziplin angeboten wird, damit sie das, was sie tun, legitim tun können und ihre Schlussfolgerung gerechtfertigt ableiten können. Es kann jedoch kaum genug betont werden, dass in der Literatur zur Theorie öffentlicher Güter nichts zu finden ist, was einer solchen kognitiven Theorie der Ethik auch nur annähernd äh-

[13] Siehe Paul Samuelson, „The Pure Theory of Public Expenditure", *Review of Economics and Statistics* (1954); ebd., *Economics*, Kap. 8; Milton Friedman, *Capitalism and Freedom* (Chicago: University of Chicago Press, 1962), Kap. 2; F.A. Hayek, *Law, Legislation and Liberty* (Chicago: University of Chicago, 1979), Bd. 3, Kap. 14.

nelt.[14] Daher muss vorab festgestellt werden, dass Theoretiker des

[14] Ökonomen, insbesondere die Chicago School, beschäftigen sich in den letzten Jahren zunehmend mit der Analyse von Eigentumsrechten. Harold Demsetz, „The Exchange and Enforcement of Property Rights", *Journal of Law and Economics* 7 (1964); ebd., „Toward a Theory of Property Rights", *American Economic Review* (1967); Ronald Coase, „The Problem of Social Cost", *Journal of Law and Economics* 3 (1960); Armen Alchian, *Economic Forces at Work* (Indianapolis: Liberty Fund, 1977), Teil 2; Richard Posner, *Economic Analysis of the Law* (Boston: Brown, 1977). Solche Analysen haben jedoch nichts mit Ethik zu tun. Im Gegenteil, sie stellen Versuche dar, wirtschaftliche Effizienzüberlegungen an die Stelle der Festlegung gerechtfertigter ethischer Grundsätze zu setzen [zur Kritik solcher Bestrebungen siehe Murray N. Rothbard, *The Ethics of Liberty* (Atlantic Highlands, N.J.: Humanities Press, 1982), Kap. 26; Walter Block, „Coase and Demsetz on Private Property Rights", *Journal of Libertarian Studies* 1, Nr. 2 (1977); Ronald Dworkin, „Is Wealth a Value", *Journal of Legal Studies* 9 (1980); Murray N. Rothbard, „The Myth of Efficiency", in Mario Rizzo, Hrsg., *Time Uncertainty and Disequilibrium* (Lexington, Mass.: D.C. Heath, 1979). Letztlich sind alle Effizienzargumente irrelevant, weil es einfach keine nicht willkürliche Möglichkeit gibt, die individuellen Nutzen oder Nachteile zu messen, zu gewichten und zu aggregieren, die sich aus einer bestimmten Verteilung von Eigentumsrechten ergeben. Daher ist jeder Versuch, ein bestimmtes System zur Zuweisung von Eigentumsrechten unter dem Vorwand der angeblichen Maximierung der „sozialen Wohlfahrt" zu empfehlen, pseudowissenschaftlicher Humbug. Siehe insbesondere Murray N. Rothbard, *Toward a Reconstruction of Utility and Welfare Economics* (New York: Center for Libertarian Studies, Occasional Paper Series No. 3, 1977); auch Lionel Robbins, „Economics and Political Economy", *American Economic Review* (1981).
Auch das „Einstimmigkeitsprinzip", das J. Buchanan und G. Tullock in Anlehnung an Knut Wicksell (*Finanztheoretische Untersuchungen*, Jena, 1896) wiederholt als Leitfaden für die Wirtschaftspolitik vorgeschlagen haben, ist nicht mit einem eigentlichen ethischen Prinzip zu verwechseln. Diesem Grundsatz zufolge sollten nur solche politischen Änderungen vorgenommen werden, die einstimmig beschlossen werden können — und das klingt sicherlich verlockend; aber dann bestimmt er *mutatis mutandis* auch, dass der Status quo beibehalten werden soll, wenn es keine einstimmige Zustimmung zu irgendeinem Änderungsvorschlag gibt — und das klingt weit weniger verlockend, weil es impliziert, dass jeder gegebene, gegenwärtige Stand der Dinge hinsichtlich der Zuweisung von Eigen-

Bereichs öffentlicher Güter ihr Ansehen als positive Ökonomen missbrauchen, um sich zu Themen zu äußern, zu denen sie, wie ihre eigenen Schriften zeigen, keinerlei Kompetenz besitzen. Vielleicht sind sie aber auch nur zufällig über etwas Richtiges gestolpert, ohne es mit einer ausgearbeiteten Moraltheorie zu untermauern? Es wird deutlich, dass nichts weiter von der Wahrheit entfernt sein könnte, sobald man explizit die Norm formuliert, die erforderlich wäre, um zu der oben erwähnten Schlussfolgerung zu gelangen, dass der Staat bei der Bereitstellung öffentlicher Güter helfen muss. Die für die obige Schlussfolgerung erforderliche Norm lautet: Immer dann, wenn in irgendeiner Weise nachgewiesen werden kann, dass die Produktion eines bestimmten Gutes oder einer bestimmten Dienstleistung eine positive Wirkung auf jemanden hat, aber nicht oder nicht in einer bestimmten Menge oder Qualität produziert würde, wenn sich nicht andere an ihrer Finanzierung beteiligen würden, ist die Anwendung aggressiver Gewalt gegen diese Personen erlaubt, entweder direkt oder indirekt mit Hilfe des Staates, und diese Personen können gezwungen werden, sich an der notwendigen finanziellen Belastung zu beteiligen. Es bedarf keiner großen Erläuterung, um zu zeigen, dass die Umsetzung dieser Regel zu Chaos führen würde, da sie darauf hinausläuft, dass jeder jeden angreifen darf, wann immer er Lust dazu hat. Darüber hinaus konnte diese Norm, wie ich an anderer Stelle ausführlich dargelegt habe[15], niemals als

---

tumsrechten entweder als Ausgangspunkt oder als fortzusetzender Zustand legitim sein muss. Allerdings bieten die Public-Choice-Theoretiker für diesen gewagten Anspruch keine Rechtfertigung im Sinne einer normativen Eigentumsrechtstheorie, wie sie erforderlich wäre. Daher ist das Einstimmigkeitsprinzip letztlich ohne ethische Grundlage. In der Tat, weil es jeden denkbaren Status quo legitimieren würde, ist das am meisten bevorzugte Prinzip der Buchananisten als moralisches Kriterium nicht weniger als völlig absurd. Siehe dazu auch Rothbard, *The Ethics of Liberty* Kap. 26; ders., „The Myth of Neutral Taxation", S. 549f.
Was dann noch für das Einstimmigkeitsprinzip übrig bleibt, verschenken Buchanan und Tullock, wiederum in Anlehnung an Wicksell, indem sie es faktisch auf eine „relative" oder „Quasi"-Einstimmigkeit reduzieren.

[15] Hans-Hermann Hoppe, „From the Economics of Laissez Faire to the Ethics of Libertarianism", in Walter Block und Llewellyn H. Rockwell,

faire Norm gerechtfertigt werden. Um so zu argumentieren, ja überhaupt zu argumentieren, für oder gegen irgendetwas, sei es eine moralische, nicht-moralische, empirische oder logisch-analytische Position, muss vorausgesetzt werden, dass entgegen dem, was die Norm tatsächlich aussagt, die Integrität jedes Einzelnen als physisch unabhängige Entscheidungseinheit gewährleistet ist. Denn nur wenn jeder frei von körperlicher Aggression durch alle anderen ist, könnte zuerst etwas gesagt werden und dann eine Einigung oder Meinungsverschiedenheit über etwas erreicht werden. Das Prinzip der Nichtaggression ist somit die notwendige Voraussetzung für Argumentation und mögliche Übereinstimmung und kann daher als gerechte Norm mittels a priori Argumentation argumentativ verteidigt werden.

Die Theorie der öffentlichen Güter scheitert jedoch nicht nur aufgrund der ihr zugrunde liegenden fehlerhaften moralischen Argumentation. Sogar die utilitaristische, wirtschaftliche Argumentation, die in dem obigen Argument enthalten ist, ist eklatant falsch. Wie die Theorie der öffentlichen Güter besagt, könnte es durchaus sein, dass es besser wäre, die öffentlichen Güter zu haben, als sie nicht zu haben, obwohl nicht vergessen werden sollte, dass es keinen a priori Grund gibt, dass dies zwangsläufig so sein muss (womit die Argumentation der Theoretiker der öffentlichen Güter genau hier enden würde). Denn es ist durchaus möglich und sogar eine bekannte Tatsache, dass es Anarchisten gibt, die staatliches Handeln so sehr verabscheuen, dass sie es vorziehen würden, die so genannten öffentlichen Güter überhaupt nicht zu haben, anstatt sie vom Staat bereitstellen zu lassen![16] Selbst wenn man das Argument bis hierher akzeptiert, ist es keineswegs schlüssig, von der Aussage, dass öffentliche Güter wünschenswert sind, zu der Aussage zu springen, dass sie

---

Jr., Hrsg., *Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institut, 1988); s.u. Kap. 8.

[16] Siehe zu diesem Argument Rothbard, „The Myth of Neutral Taxation", S. 533. Die Existenz eines einzigen Anarchisten macht übrigens auch alle Verweise auf die Paretooptimalität als Kriterium für ökonomisch legitimes staatliches Handeln ungültig.

daher vom Staat bereitgestellt werden sollten, da dies keineswegs die Wahl ist, vor der man steht. Da Geld oder andere Ressourcen von möglichen alternativen Verwendungen zur Finanzierung der vermeintlich wünschenswerten öffentlichen Güter abgezogen werden müssen, ist die einzig relevante und angemessene Frage ob diese alternativen Verwendungszwecke, für die das Geld verwendet werden könnte (d.h. die privaten Güter, die erworben werden könnten, aber jetzt nicht gekauft werden können, weil das Geld stattdessen für öffentliche Güter ausgegeben wird), wertvoller – dringender – sind als die öffentlichen Güter. Und die Antwort auf diese Frage ist völlig klar. Was die Bewertung durch die Verbraucher angeht, so ist der Wert öffentlicher Güter, so hoch ihr absoluter Wert auch sein mag, relativ geringer als der Wert konkurrierender privater Güter, denn hätte man die Wahl den Verbrauchern überlassen (und ihnen keine Alternative aufgezwungen), hätten sie ihr Geld offensichtlich lieber anders ausgegeben (sonst wäre keine Zwangsmaßnahme notwendig gewesen). Dies beweist zweifelsfrei, dass die für die Bereitstellung öffentlicher Güter eingesetzten Mittel verschwendet werden, da sie den Verbrauchern Güter oder Dienstleistungen liefern, die bestenfalls von untergeordneter Bedeutung sind. Kurz gesagt, selbst wenn man davon ausginge, dass es öffentliche Güter gibt, die eindeutig von privaten Gütern unterschieden werden können, und selbst wenn man zugäbe, dass ein bestimmtes öffentliches Gut nützlich sein könnte, würden öffentliche Güter immer noch mit privaten Gütern konkurrieren. Und es gibt nur eine Methode, um herauszufinden, ob und in welchem Umfang sie dringender benötigt werden, bzw. ob und in welchem Umfang ihre Produktion auf Kosten der Nicht- oder Unterproduktion dringender benötigter privater Güter erfolgen würde: indem man alles von frei konkurrierenden privaten Unternehmen bereitstellen lässt. Entgegen der Schlussfolgerung der Theoretiker der öffentlichen Güter zwingt die Logik einen daher zu der Erkenntnis, dass nur ein reines Marktsystem die aus Sicht der Verbraucher rationale Entscheidung zur Produktion eines öffentlichen Gutes gewährleisten kann. Und nur in einer rein kapitalistischen Ordnung könnte sichergestellt werden, dass die Entscheidung

darüber, wie viel von einem öffentlichen Gut produziert werden soll (sofern es überhaupt produziert werden soll), ebenfalls rational ist.[17]

[17] Im Wesentlichen gilt dieselbe Argumentation, die dazu führt, dass man die sozialistisch-etatistische Theorie ablehnt, die auf dem angeblich einzigartigen Charakter öffentlicher Güter basiert, wie sie durch das Kriterium der Nicht-Ausschließbarkeit definiert ist, auch dann, wenn solche Güter stattdessen anhand des Kriteriums des nicht-rivalisierenden Konsums definiert werden (siehe Fußnoten 6 und 12 oben). Zum einen hätte diese Theorie, um aus der Feststellung, dass Güter, die einen nicht-rivalisierenden Konsum ermöglichen, auf dem freien Markt *nicht* so vielen Verbrauchern wie möglich angeboten *würden*, die normative Aussage abzuleiten, dass sie angeboten werden *sollten*, genau dasselbe Problem, dass sie eine gerechtfertigte Ethik erfordern würde. Darüber hinaus ist auch die utilitaristische Argumentation eklatant falsch. Die Schlussfolgerung der Theoretiker der öffentlichen Güter, dass die marktwirtschaftliche Praxis des Ausschlusses von Trittbrettfahrern vom Genuss von Gütern, die einen nicht-konkurrierenden Konsum zu Grenzkosten von Null ermöglichen, auf ein suboptimales Niveau der sozialen Wohlfahrt hindeuten würde und daher kompensatorische staatliche Maßnahmen erfordern würde, ist in zweierlei Hinsicht fehlerhaft. Erstens sind Kosten eine subjektive Kategorie und können niemals von einem externen Beobachter objektiv gemessen werden. Daher ist die Behauptung, dass zusätzliche Trittbrettfahrer kostenlos zugelassen werden könnten, völlig unzulässig. Wären die subjektiven Kosten für die Zulassung weiterer Verbraucher zum Nulltarif tatsächlich gleich Null, würde der private Eigentümer und Produzent des betreffenden Gutes dies auch tun. Wenn er dies nicht tut, zeigt dies, dass ganz im Gegenteil die Kosten für ihn *nicht* Null sind. Der Grund dafür kann seine Überzeugung sein, dass dies die Befriedigung der anderen Verbraucher schmälern und damit den Preis für sein Produkt drücken würde; oder es kann einfach seine Abneigung gegen ungebetene Trittbrettfahrer sein, wie z.B. wenn ich mich gegen den Vorschlag wehre, mein nicht ganz so gut gefülltes Wohnzimmer verschiedenen selbst einladenden Gästen zum nicht-rivalisierenden Konsum zu überlassen. Da die Kosten, aus welchen Gründen auch immer, nicht als Null angenommen werden können, ist es in jedem Fall falsch, von einem Marktversagen zu sprechen, wenn bestimmte Güter nicht kostenlos abgegeben werden. Andererseits wären Wohlfahrtsverluste in der Tat unvermeidlich, wenn man der Empfehlung der Theoretiker öffentlicher Güter folgt, Güter, die angeblich einen nicht-rivalisierenden Konsum ermöglichen, vom Staat kostenlos zur Verfügung stellen zu lassen. Abgesehen von der unüberwindbaren Aufgabe, zu bestimmen, was dieses Kriterium erfüllt, stünde der

Um zu einem anderen Ergebnis zu gelangen, wäre nichts weniger als eine semantische Revolution von wahrhaft orwellschen Ausmaßen erforderlich. Nur wenn man bereit wäre, das „Nein" von jemandem so zu interpretieren, dass es eigentlich „Ja" bedeutet, das „Nicht-Kaufen von etwas" so, dass es stattdessen „dem vorgezogen wird, was der Nicht-Käufer anstelle des Nicht-Kaufens tut", dass „Zwang" tatsächlich „Freiheit" bedeutet, dass „keinen Vertrag abschließen" in Wirklichkeit „einen Vertrag abschließen" bedeutet und so weiter, könnte der Standpunkt der Theoretiker der öffentlichen Güter „bewiesen" werden.[18] Aber wie könnten wir dann sicher

---

Staat, der ja von freiwilligen Käufen der Verbraucher unabhängig ist, zunächst vor dem ebenso unlösbaren Problem, rational zu bestimmen, *wie viel* des öffentlichen Gutes er bereitstellen soll. Da es sich auch bei öffentlichen Gütern nicht um kostenlose Güter handelt, sondern diese ab einem gewissen Grad der Nutzung einem „Übernutzungseffekt" unterliegen, gibt es für den Staat keinen Halt, da es bei jedem Angebotsniveau immer noch Nutzer gibt, die ausgeschlossen werden müssen und die bei einem größeren Angebot in den Genuss des Trittbrettfahrens kommen könnten. Aber selbst wenn dieses Problem auf wundersame Weise gelöst werden könnte, müssten in jedem Fall die (notwendigerweise überhöhten) Kosten für die Produktion und den Betrieb der öffentlichen Güter, die kostenlos für den nicht-rivalisierenden Konsum verteilt werden, durch Steuern bezahlt werden. Und dies, d.h. die Tatsache, dass die Verbraucher dazu gezwungen worden wären, ihre kostenlosen Fahrten zu genießen, beweist erneut zweifelsfrei, dass auch diese öffentlichen Güter aus Sicht der Verbraucher einen geringeren Wert haben als die konkurrierenden privaten Güter, die sie nun nicht mehr erwerben können.

[18] Die bekanntesten modernen Verfechter des Orwellschen Doppelsprechs sind Buchanan und Tullock (siehe ihre in Fußnote 3 oben zitierten Werke). Sie behaupten, dass die Regierung auf einem „Verfassungsvertrag" beruht, in dem jeder „konzeptionell zustimmt", sich den Zwangsbefugnissen der Regierung zu unterwerfen, mit dem Verständnis, dass auch alle anderen der Regierung unterworfen sind. Daher ist die Regierung nur *scheinbar* zwingend, aber in Wirklichkeit *freiwillig*. Es gibt mehrere offensichtliche Einwände gegen dieses kuriose Argument. Erstens gibt es keinerlei empirische Beweise für die Behauptung, dass eine Verfassung jemals von allen Betroffenen freiwillig akzeptiert wurde. Schlimmer noch, die bloße Vorstellung, dass alle Menschen sich selbst freiwillig zwingen, ist einfach unvorstellbar, ähnlich wie es unvorstellbar ist, das

sein, dass sie wirklich meinen, was sie zu meinen scheinen, wenn sie sagen, was sie sagen, und nicht eher das genaue Gegenteil meinen oder gar nichts mit einem bestimmten Inhalt meinen, sondern einfach nur plappern? Könnten wir nicht! Murray N. Rothbard hat daher vollkommen Recht, wenn er die Bemühungen der Ideologen der öffentlichen Güter kommentiert, die Existenz sogenannter Marktversagen aufgrund der Nichtproduktion oder einer quantitativ oder qualitativ „mangelhaften" Produktion öffentlicher Güter zu beweisen. Er schreibt:

> [E]ine solche Ansicht missversteht völlig die Art und Weise, in der die Wirtschaftswissenschaft behauptet, dass das Handeln auf dem freien Markt *immer* optimal ist. Es ist optimal, nicht vom Standpunkt der persönlichen ethischen Ansichten eines Wirtschaftswissenschaftlers aus, sondern vom Standpunkt des freien, freiwilligen Handelns aller Beteiligten und der Befriedigung der

---

Gesetz des Widerspruchs zu leugnen. Denn wenn der freiwillig akzeptierte Zwang freiwillig ist, dann müsste es möglich sein, die Unterwerfung unter die Verfassung aufzuheben und der Staat wäre nicht mehr als ein Verein, dem man freiwillig beigetreten wäre. Wenn man jedoch nicht das „Recht hat, den Staat zu ignorieren" — und dass man dieses Recht nicht hat, ist natürlich das charakteristische Merkmal eines Staates im Vergleich zu einem Club — dann wäre es logischerweise unzulässig zu behaupten, dass die Akzeptanz von staatlichem Zwang freiwillig ist. Und selbst wenn all dies möglich wäre, könnte der Verfassungsvertrag immer noch niemanden außer den ursprünglichen Unterzeichnern der Verfassung binden.

Wie können Buchanan und Tullock auf so absurde Ideen kommen? Durch einen semantischen Trick. Was in der Zeit vor Orwell „undenkbar" und „keine Vereinbarung" war, ist für sie „konzeptionell möglich" und eine „konzeptionelle Vereinbarung". Eine äußerst lehrreiche kurze Übung zu dieser Art von sprunghaftem Denken findet sich bei James Buchanan, „A Contractarian Perspective on Anarchy", in: ders., *Freedom in Constitutional Contract* (College Station: Texas A&M University Press, 1977). Hier erfahren wir (S. 17), dass sogar die Akzeptanz des Tempolimits von 100 km/h möglicherweise freiwillig ist (Buchanan ist sich da nicht ganz sicher), da sie letztlich darauf beruht, dass wir uns alle konzeptionell auf die Verfassung einigen, und dass Buchanan eigentlich kein Etatist ist, sondern in Wahrheit ein Anarchist (S. 11).

> frei geäußerten Bedürfnisse der Verbraucher. Staatliche Eingriffe werden sich daher zwangsläufig und immer von einem solchen Optimum entfernen.[19]

Die Argumente, die angeblich das Versagen des Marktes beweisen, sind in der Tat völlig absurd. Wenn man sie ihrer Verschleierung durch Fachjargon entledigt, beweisen sie nur Folgendes: Ein Markt ist nicht perfekt, da er durch das Nichtagressionprinzip gekennzeichnet ist, das unter Bedingungen der Knappheit gilt, sodass bestimmte Güter oder Dienstleistungen, die nur hergestellt und bereitgestellt werden könnten, wenn Aggression erlaubt wäre, nicht produziert werden. Aber kein Marktttheoretiker würde es jemals wagen, dies zu leugnen. Entscheidend ist jedoch, dass diese „Unvollkommenheit" des Marktes sowohl moralisch als auch wirtschaftlich verteidigt werden kann, während dies für die von den Theoretikern der öffentlichen Güter propagierten vermeintlichen „Vollkommenheiten" der Märkte nicht gilt.[20] Es ist auch richtig, dass eine Beendigung der derzeitigen Praxis des Staates, öffentliche Güter bereitzustellen, eine gewisse Veränderung der bestehenden sozialen Struktur und der Verteilung des Wohlstands mit sich bringen würde. Und eine solche Umschichtung würde sicherlich für einige Menschen eine Entbehrung darstellen. Genau aus diesem Grund gibt es in der

---

[19] Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 887.

[20] Dies sollte man vor allem dann im Hinterkopf behalten, wenn man die Gültigkeit etatistisch-interventionistischer Argumente wie die folgenden von John Maynard Keynes beurteilen muss („The End of Laissez Faire", in: ebd., *Collected Writings*, London: Macmillan, 1972, Band IX, S. 291):

> Die wichtigste Agenda des Staates bezieht sich nicht auf jene Tätigkeiten, die Privatpersonen bereits erfüllen, sondern auf jene Funktionen, die außerhalb der Sphäre des Einzelnen liegen, auf jene Entscheidungen, die von niemandem getroffen werden, wenn der Staat sie nicht trifft. Das Wichtigste für die Regierung ist nicht, Dinge zu tun, die Individuen bereits tun, und sie ein wenig besser oder ein wenig schlechter zu machen: sondern die Dinge zu tun, die überhaupt nicht getan werden.

Diese Argumentation *erscheint* nicht nur verlogen, sondern ist es tatsächlich auch.

Öffentlichkeit einen breiten Widerstand gegen die Privatisierung staatlicher Aufgaben, obwohl langfristig der gesellschaftliche Wohlstand durch diese Politik gesteigert würde. Diese Tatsache kann jedoch nicht als gültiges Argument für das Versagen der Märkte akzeptiert werden. Wenn es einem Mann erlaubt war, andere Menschen auf den Kopf zu schlagen, und es ihm nun nicht mehr erlaubt ist, diese Praxis fortzusetzen, ist er sicherlich gekränkt. Aber man würde das kaum als gültige Ausrede akzeptieren, um die alten Regeln (des Auf-den-Kopf-Schlagens) aufrechtzuerhalten. Er wird geschädigt, aber ihn zu schädigen bedeutet, eine Gesellschaftsordnung, in der jeder Verbraucher das gleiche Recht hat, zu bestimmen, was und wie viel von irgendetwas produziert wird, durch ein System zu ersetzen, in dem einige Verbraucher das Recht haben, zu bestimmen, in welcher Hinsicht es anderen Verbrauchern nicht erlaubt ist, mit den von ihnen rechtmäßig erworbenen und ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln freiwillig zu kaufen, was sie wollen. Und sicherlich wäre eine solche Substitution aus Sicht aller Verbraucher als freiwillige Verbraucher vorzuziehen.

Aufgrund logischer Überlegungen muss man also Molinaris oben zitierte Schlussfolgerung akzeptieren, dass im Interesse der Verbraucher alle Waren und Dienstleistungen auf Märkten angeboten werden sollten.[21] Es ist nicht nur falsch, dass es klar unterscheidbare

[21] Einige libertäre Minimalstaatler wenden ein, dass die Existenz eines Marktes die Anerkennung und Durchsetzung eines gemeinsamen Rechtssystems und damit eine Regierung als monopolistische Richter- und Vollstreckungsbehörde voraussetzt. (Siehe zum Beispiel John Hospers, *Libertarianism* [Los Angeles: Nash, 1971]; Tibor Machan, *Human Rights and Human Liberties* [Chicago: Nelson-Hall, 1975].) Nun ist es sicherlich richtig, dass ein Markt die Anerkennung und Durchsetzung der Regeln voraussetzt, die seinem Funktionieren zugrunde liegen. Daraus folgt aber nicht, dass diese Aufgabe einer monopolistischen Instanz anvertraut werden muss. Eine gemeinsame Sprache oder ein gemeinsames Zeichensystem wird zwar auch vom Markt vorausgesetzt, aber es wäre kaum überzeugend, daraus zu schließen, dass der Staat für die Einhaltung der Sprachregeln sorgen muss. Ebenso wie das Sprachsystem entstehen auch die Regeln des Marktverhaltens spontan und können durch die „unsichtbare Hand" des Eigeninteresses durchgesetzt werden. Ohne die Einhal-

Kategorien von Gütern gibt, die besondere Änderungen an der allgemeinen These der wirtschaftlichen Überlegenheit des Kapitalismus erforderlich machen würden; selbst wenn es sie gäbe, wäre kein besonderer Grund zu finden, warum diese angeblich besonderen öffentlichen Güter nicht auch von privaten Unternehmen hergestellt werden sollten, da sie stets im Wettbewerb mit privaten Gütern stehen. Tatsächlich hat sich trotz aller Propaganda von Seiten der Gemeinwohltheoretiker die größere Effizienz der Märkte im Vergleich zum Staat bei immer mehr der angeblichen öffentlichen Güter gezeigt. Kaum jemand, der sich ernsthaft mit dieser Materie befasst, kann angesichts der täglichen Erfahrungen leugnen, dass der Markt heute Post, Eisenbahn, Elektrizität, Telefon, Bildung, Geld, Straßen usw. effektiver, d.h. verbraucherfreundlicher, produzieren kann als der Staat. Dennoch scheuen sich die Menschen im Allgemeinen, in einem bestimmten Bereich zu akzeptieren, was die Logik ihnen aufzwingt: im Bereich der Produktion von Sicherheit. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels wird daher das überlegene Funktionieren einer kapitalistischen Wirtschaft in diesem speziellen Bereich erläutert — eine Überlegenheit, deren logische Gründe bereits dargelegt wurden, die aber noch überzeugender wird, wenn die Analyse durch empirisches Material ergänzt und als eigenständiges Problem unter-

---

tung gemeinsamer Sprachregeln könnten die Menschen nicht von den Vorteilen profitieren, die die Kommunikation bietet, und ohne die Einhaltung gemeinsamer Verhaltensregeln könnten die Menschen nicht in den Genuss der höheren Produktivität einer arbeitsteiligen Tauschwirtschaft kommen. Darüber hinaus kann, wie ich oben erwähnt habe, unabhängig von jeder Regierung das Nichtaggressionsprinzip, das dem Funktionieren der Märkte zugrunde liegt, a priori als gerecht verteidigt werden. Wie ich am Ende dieses Kapitels darlegen werde, erzeugt gerade ein wettbewerbsorientiertes System der Rechtsverwaltung und -durchsetzung den größtmöglichen Druck, Verhaltensregeln zu erarbeiten und zu erlassen, die ein Höchstmaß an *Konsens* beinhalten. Und natürlich sind die Regeln, die genau dies tun, diejenigen, die das apriorische Denken als logisch notwendige Voraussetzung der Argumentation und der argumentativen Übereinstimmung festlegt.

sucht wird.[22]

Wie würde ein System von nicht-monopolistischen, konkurrie-

[22] Übrigens zwingt dieselbe Logik, die einen dazu zwingen würde, die Idee der Schaffung von Sicherheit durch private Unternehmen als wirtschaftlich beste Lösung für das Problem der Verbraucherzufriedenheit zu akzeptieren, einen auch dazu, soweit es moralisch-ideologische Positionen betrifft, die politische Theorie des klassischen Liberalismus aufzugeben und den kleinen, aber dennoch entscheidenden Schritt (von dort) zur Theorie des Libertarismus oder des Anarchismus des Privateigentums zu machen. Der klassische Liberalismus mit Ludwig von Mises als führendem Vertreter im 20. Jahrhundert befürwortet ein Gesellschaftssystem, das auf dem Nichtaggressionsprinzip basiert. Und das ist es auch, was der Libertarismus befürwortet. Aber der klassische Liberalismus will diese Gesetze dann von einer monopolistischen Behörde (der Regierung, dem Staat) durchsetzen lassen — einer Organisation also, die nicht ausschließlich auf die freiwillige, vertragliche Unterstützung durch die Konsumenten ihrer jeweiligen Leistungen angewiesen ist, sondern das Recht hat, ihr Einkommen, d.h. die Steuern, die den Konsumenten auferlegt werden, einseitig zu bestimmen, um ihre Aufgabe im Bereich der Sicherheitsproduktion zu erfüllen. Wie plausibel das auch immer klingen mag, es sollte klar sein, dass es inkonsistent ist. Entweder gelten die Prinzipien der Nichtaggression, dann ist der Staat als privilegierter Monopolist unmoralisch, oder das Geschäft, das auf und um die Aggression herum aufgebaut ist — die Anwendung von Gewalt und nicht-vertraglichen Mitteln zum Erwerb von Ressourcen — ist gültig, dann muss man die erste Theorie verwerfen. Es ist unmöglich, beide Behauptungen aufrechtzuerhalten und nicht widersprüchlich zu sein, es sei denn, man könnte ein Prinzip aufstellen, das grundlegender ist als sowohl die natürliche Theorie des Eigentums als auch das Recht des Staates auf aggressive Gewalt, und aus dem beide, mit den jeweiligen Einschränkungen hinsichtlich der Bereiche, in denen sie gültig sind, logisch abgeleitet werden können. Der Liberalismus hat jedoch niemals ein solches Prinzip geliefert und wird dies auch niemals tun können, da jede Argumentation zugunsten von etwas das Recht des Einzelnen voraussetzt, frei von Aggression zu sein. Angesichts der Tatsache, dass das Prinzip der Nichtaggression nicht argumentativ als moralisch gültig angefochten werden kann, ohne implizit seine Gültigkeit anzuerkennen, ist man logischerweise gezwungen, den Liberalismus aufzugeben und stattdessen sein radikaleres Kind zu akzeptieren: den Libertarismus, die Philosophie des reinen Kapitalismus, die verlangt, dass die Produktion von Sicherheit auch von privaten Unternehmen übernommen wird.

renden Sicherheitsproduzenten funktionieren? Es sollte von vornherein klar sein, dass man bei der Beantwortung dieser Frage den Bereich der rein logischen Analyse verlässt und die Antworten daher notwendigerweise nicht die Gewissheit, den apodiktischen Charakter von Aussagen über die Gültigkeit der Theorie der öffentlichen Güter haben. Das Problem, mit dem wir konfrontiert werden, ist genau das gleiche wie die Frage, wie ein Markt das Problem der Hamburgerproduktion lösen würde, vor allem, wenn die Hamburger bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich vom Staat produziert wurden und daher niemand auf frühere Erfahrungen zurückgreifen konnte. Es können nur vorläufige Antworten formuliert werden. Niemand könnte die genaue Struktur der Hamburger-Industrie kennen — wie viele konkurrierende Unternehmen es geben würde, welche Bedeutung dieser Industriezweig im Vergleich zu anderen haben könnte, wie die Hamburger aussehen würden, wie viele verschiedene Sorten von Hamburgern auf dem Markt erscheinen und vielleicht wegen mangelnder Nachfrage wieder verschwinden würden und so weiter. Niemand könnte alle Umstände und Veränderungen kennen, die sich im Laufe der Zeit auf die Struktur der Hamburgerindustrie auswirken würden — Veränderungen in der Nachfrage verschiedener Verbrauchergruppen, Veränderungen in der Technologie, Veränderungen in den Preisen verschiedener Waren, die die Industrie direkt oder indirekt betreffen, und so weiter. Es muss betont werden, dass, obwohl ähnliche Fragen in Bezug auf die private Produktion von Sicherheit auftreten, dies keineswegs bedeutet, dass nichts Endgültiges gesagt werden kann. Unter der Annahme bestimmter Rahmenbedingungen der Nachfrage nach Sicherheitsdienstleistungen (Bedingungen, die die Welt, wie sie derzeit ist, mehr oder weniger realistisch widerspiegeln), kann und wird gesagt werden, wie unterschiedliche soziale Ordnungen der Sicherheitsproduktion, die durch unterschiedliche strukturelle Zwänge gekennzeichnet sind, unter denen sie operieren müssen, unterschiedlich reagieren werden.[23] Las-

[23] Zum Problem der wettbewerbsfähigen Sicherheitsproduktion siehe Gustave de Molinari, *Production of Security*; Murray N. Rothbard, *Power and Market* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1977), Kap. 1;

sen Sie mich zunächst die Besonderheiten der monopolistischen, staatlich betriebenen Sicherheitsproduktion analysieren, denn zumindest in diesem Fall kann man sich auf zahlreiche Belege für die Stichhaltigkeit der gewonnenen Erkenntnisse stützen und dieses System dann mit dem vergleichen, was zu erwarten wäre, wenn es durch ein nicht-monopolistisches System ersetzt würde.

Auch wenn die Sicherheit als öffentliches Gut angesehen wird, muss sie bei der Verteilung knapper Ressourcen mit anderen Gütern konkurrieren. Was für die Sicherheit ausgegeben wird, kann nicht mehr für andere Güter ausgegeben werden, die ebenfalls die Zufriedenheit der Verbraucher erhöhen können. Außerdem ist Sicherheit kein einzelnes, homogenes Gut, sondern besteht aus zahlreichen Komponenten und Aspekten. Es geht nicht nur um Verbrechensprävention, Verbrecherfahndung und Strafverfolgung, sondern auch um Sicherheit vor Räubern, Vergewaltigern, Umweltverschmutzern, Naturkatastrophen und so weiter. Außerdem wird die Sicherheit nicht in einem „Klumpen" produziert, sondern kann in marginalen Einheiten geliefert werden. Darüber hinaus messen verschiedene Menschen der Sicherheit insgesamt und auch verschiedenen Aspekten davon unterschiedliche Bedeutung bei, je nach ihren persönlichen Eigenschaften, ihren bisherigen Erfahrungen mit verschiedenen Faktoren der Unsicherheit und der Zeit und dem Ort, an dem sie leben.[24] Hier befasse ich mich mit dem grundlegenden wirtschaftlichen Problem der Verteilung knapper Ressourcen auf konkurrierende Verwendungszwecke: Wie kann der Staat – eine Organisation, die nicht ausschließlich durch freiwillige Beiträge und den Verkauf ihrer Produkte finanziert wird, sondern teilweise oder sogar vollständig durch Steuern – entscheiden, wie viel Sicherheit er produzieren soll, wie viel von jedem seiner unzähligen Aspekte, wem

---

ebd., *For A New Liberty* (New York: Macmillan, 1978), Kap. 12; W.C. Woolridge, *Uncle Sam the Monopoly Man* (New Rochelle, N.Y.: Arlington House, 1970), Kap. 5-6; Morris und Linda Tannehill, *The Market for Liberty* (New York: Laissez Faire Books, 1984), Teil 2.

[24] Vgl. Manfred Murck, *Soziologie der Öffentlichen Sicherheit* (Frankfurt: Campus, 1980).

und wo er wie viel von was zur Verfügung stellen soll? Die Antwort ist, dass er keine rationale Möglichkeit hat, diese Frage zu entscheiden. Aus Sicht der Verbraucher muss ihre Reaktion auf ihre Sicherheitsbedürfnisse daher als willkürlich angesehen werden. Brauchen wir einen Polizisten und einen Richter oder jeweils 100.000 von beiden? Sollten sie 100 Dollar pro Monat oder 10.000 Dollar erhalten? Sollten die Polizisten, wie viele wir auch haben mögen, mehr Zeit damit verbringen, auf den Straßen zu patrouillieren, Räuber zu jagen, gestohlene Beute wiederzubeschaffen oder Teilnehmer opferloser Verbrechen wie Prostitution, Drogenkonsum oder Schmuggel auszuspionieren? Und sollten die Richter mehr Zeit und Energie darauf verwenden, Scheidungsfälle, Verkehrsverstöße, Fälle von Ladendiebstahl, Mord oder Kartellrechtsfälle zu verhandeln? Es ist klar, dass alle diese Fragen irgendwie beantwortet werden müssen, denn solange es Knappheit gibt und wir nicht im Garten Eden leben, kann die Zeit und das Geld, die für eine Sache ausgegeben werden, nicht für eine andere ausgegeben werden. Der Staat muss auch diese Fragen beantworten, aber was auch immer er tut, er tut es, ohne dem Gewinn- und Verlustkriterium unterworfen zu sein. Daher ist sein Handeln willkürlich und somit zwangsläufig mit unzähligen verschwenderischen Fehlallokationen aus Verbrauchersicht verbunden.[25] Weitgehend unabhängig von den Wünschen der Verbraucher

[25] Zu sagen, dass der Prozess der Ressourcenallokation willkürlich wird, wenn das Gewinn-Verlust-Kriterium nicht effektiv funktioniert, bedeutet nicht, dass die Entscheidungen, die irgendwie getroffen werden müssen, keinerlei Einschränkungen unterliegen und daher reine Willkür sind. Sie sind es nicht, und solche Entscheidungen unterliegen bestimmten Einschränkungen, die dem Entscheidungsträger auferlegt werden. Wenn beispielsweise über die Verteilung der Produktionsfaktoren demokratisch entschieden wird, dann muss sie natürlich der Mehrheit gefallen. Aber wenn eine Entscheidung auf diese Weise eingeschränkt wird oder wenn sie auf andere Weise getroffen wird, ist sie unter dem Gesichtspunkt des freiwilligen Kaufens oder Nichtkaufens von Verbrauchern immer noch willkürlich.
In Bezug auf *demokratisch* kontrollierte Zuteilungen sind verschiedene Mängel deutlich zutage getreten. Wie beispielsweise James Buchanan und

tun die staatlich beschäftigten Sicherheitsproduzenten stattdessen, was sie wollen. Sie lungern herum, anstatt etwas zu tun, und wenn sie arbeiten, tun sie lieber das, was am einfachsten ist, oder arbeiten dort, wo sie Macht ausüben können, anstatt den Verbrauchern zu dienen. Polizeibeamte fahren viel mit dem Auto herum, schikanieren unbedeutende Verkehrssünder und geben Unmengen von Geld für

---

Richard E. Wagner schreiben (*The Consequences of Mr. Keynes* [London: Institute of Economic Affairs, 1978], S. 19):

> Der Marktwettbewerb ist kontinuierlich; bei jedem Kauf kann ein Käufer zwischen konkurrierenden Verkäufern auswählen. Der politische Wettbewerb ist unregelmäßig; eine Entscheidung ist in der Regel für eine bestimmte Anzahl von Jahren bindend. Der Marktwettbewerb ermöglicht es mehreren Wettbewerbern, gleichzeitig zu überleben… Politischer Wettbewerb führt zu einem Alles-oder-Nichts-Ergebnis… Im Marktwettbewerb kann sich der Käufer einigermaßen sicher sein, was er von seinem Kauf erhalten wird. Im politischen Wettbewerb erwirbt der Käufer die Dienste eines Agenten, den er nicht binden kann… Darüber hinaus ist die Bedeutung einer Stimme für einen Politiker weniger eindeutig als die einer „Stimme" für ein privates Unternehmen, da ein Politiker sich die Zusammenarbeit einer Mehrheit der Politiker sichern muss.

Siehe auch James M. Buchanan, „Individual Choice in Voting and the Market", in: ders., *Fiscal Theory and Political Economy* (Chapel Hill: University of North Carolina Press, 1962); für eine allgemeinere Behandlung des Problems siehe Buchanan und Tullock, *The Calculus of Consent*. Was jedoch häufig übersehen wird — vor allem von denjenigen, die versuchen, aus der Tatsache, dass in einer Demokratie jeder gleiches Stimmrecht hat, während die Konsumentensouveränität ungleiche „Stimmen" zulässt, eine Tugend zu machen — ist der wichtigste Mangel von allen: In einem System der Konsumentensouveränität können die Menschen zwar ungleiche Stimmen abgeben, aber in jedem Fall können sie die Kontrolle ausschließlich über Dinge ausüben, die sie durch ursprüngliche Aneignung oder Vertrag erworben haben und sind daher gezwungen, moralisch zu handeln. In einer Produktionsdemokratie wird davon ausgegangen, dass jeder etwas zu sagen hat, wenn es um Dinge geht, die er sich nicht selbst angeeignet hat, und so wird man permanent dazu eingeladen, nicht nur Rechtsunsicherheit mit all ihren negativen Auswirkungen auf den Prozess der Kapitalbildung zu schaffen, sondern auch unmoralisch zu handeln. Siehe dazu auch Ludwig von Mises, *Socialism* (Indianapolis: Liberty Fund, 1981), Kap. 31.

die Verfolgung von opferlosen Verbrechen aus, die viele Menschen (d.h. Unbeteiligte) nicht mögen, für deren Bekämpfung aber nur wenige bereit wären, ihr Geld auszugeben, da sie davon nicht unmittelbar betroffen sind. Doch in Bezug auf das, was die Verbraucher am dringendsten wünschen — die Verhinderung von Schwerverbrechen (d.h. Verbrechen mit Opfern), die Aufdeckung und wirksame Bestrafung von Schwerverbrechern, die Wiedererlangung von Beute und die Sicherstellung der Entschädigung von Opfern von Verbrechen durch die Angreifer — sind sie trotz immer höherer Mittelzuweisungen notorisch ineffizient.

Darüber hinaus werden staatlich angestellte Polizisten oder Richter, was auch immer sie tun mögen (und das muss zwangsläufig willkürlich sein), tendenziell schlechte Arbeit leisten, da ihr Einkommen mehr oder weniger unabhängig von der Bewertung ihrer Leistungen durch die Verbraucher ist. So beobachtet man polizeiliche Willkür und Brutalität sowie die Langsamkeit im gerichtlichen Prozess. Darüber hinaus ist es bemerkenswert, dass weder die Polizei noch die Justiz den Verbrauchern auch nur annähernd einen Dienstleistungsvertrag anbietet, in dem unmissverständlich festgelegt ist, welches Verfahren der Verbraucher in einer bestimmten Situation erwarten kann. Vielmehr agieren beide in einem vertraglichen Vakuum, das ihnen im Laufe der Zeit erlaubt, ihre Verfahrensregeln willkürlich zu ändern, und das die wahrhaft lächerliche Tatsache erklärt, dass die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Polizei und Richtern einerseits und Privatpersonen andererseits nicht einem unabhängigen Dritten übertragen wird, sondern einem anderen Polizisten oder Richter, der mit einer Partei — der Regierung — in dem Streitfall gemeinsame Arbeitgeber hat.

Drittens: Jeder, der schon einmal staatliche Polizeistationen und Gerichte gesehen hat, ganz zu schweigen von den Gefängnissen, weiß, wie wahr es ist, dass die Produktionsfaktoren, die uns diese Sicherheit bieten, überbeansprucht, schlecht instand gehalten und schmutzig sind. Da niemand, der diese Produktionsfaktoren nutzt, tatsächlich Eigentümer dieser Faktoren ist (niemand kann sie verkaufen und die Verkaufserlöse privat einbehalten) und Verluste (und

Gewinne) des im eingesetzten Kapital enthaltenen Wertes somit vergesellschaftet werden, wird jeder dazu neigen, sein privates Einkommen aus der Nutzung der Faktoren auf Kosten von Kapitalwertverlusten zu steigern. Daher werden die Grenzkosten zunehmend dazu neigen, den Wert des Grenzprodukts zu übersteigen, und es wird zu einer Überauslastung des Kapitals kommen. Und wenn dies in Ausnahmefällen nicht der Fall ist und keine Überauslastung erkennbar ist, dann war dies nur zu Kosten möglich, die vergleichsweise viel höher sind als die eines ähnlichen privaten Unternehmens.[26]

Zweifelsohne würden alle diese Probleme, die einem System der monopolistischen Sicherheitsproduktion innewohnen, relativ schnell gelöst werden, sobald eine gegebene Nachfrage nach Sicherheitsdienstleistungen durch einen Wettbewerbsmarkt mit seiner völlig anderen Anreizstruktur für Produzenten gedeckt würde. Das soll nicht heißen, dass eine „perfekte" Lösung für das Sicherheitsproblem gefunden würde. Es würde immer noch Raubüberfälle und Morde geben, nicht jede Beute würde wiedergefunden und nicht jeder Mörder gefasst werden. Bei der Bewertung durch die Verbraucher würde sich die Situation jedoch in dem Maße verbessern, wie die Natur des Menschen dies zulässt. Erstens: Solange es ein Wettbewerbssystem gibt (d.h. solange die Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen von freiwilligen Käufen abhängig sind, die meist in Form von Dienstleistungs- und Versicherungsverträgen erfolgen, die vor dem tatsächlichen „Eintritt" von Unsicherheit oder Aggression vereinbart werden), kann kein Anbieter sein Einkommen steigern, ohne die Dienstleistungen oder die Produktqualität aus Sicht der Verbraucher zu verbessern. Außerdem könnten alle Sicherheitsproduzenten zusammengenommen die Bedeutung ihrer Branche nur

[26] Zusammengefasst von Molinari, *Production of Security*, S. 13–14, Wenn… der Verbraucher nicht frei ist, Sicherheit zu kaufen, wo immer er möchte, entsteht sofort ein großer Berufsstand, der sich Willkür und Misswirtschaft verschrieben hat. Die Justiz wird langsam und kostspielig, die Polizei schikanös, die individuelle Freiheit wird nicht mehr respektiert, der Preis für Sicherheit wird missbräuchlich in die Höhe getrieben und ungerecht verteilt, je nach Macht und Einfluss dieser oder jener Verbrauchergruppe.

dann steigern, wenn die Verbraucher, aus welchen Gründen auch immer, tatsächlich begännen, die Sicherheit höher zu bewerten als andere Güter, wodurch sichergestellt würde, dass die Produktion von Sicherheit niemals und nirgends auf Kosten der Nicht- oder Unterproduktion von, sagen wir, Käse als konkurrierendem privaten Gut erfolgen würde. Darüber hinaus müssten die Hersteller von Sicherheitsdienstleistungen ihr Angebot in erheblichem Maße diversifizieren, da die Nachfrage nach Sicherheitsprodukten bei Millionen und Abermillionen von Verbrauchern sehr unterschiedlich ist. Da sie direkt von der freiwilligen Unterstützung durch die Verbraucher abhängig sind, würden sie sofort finanzielle Einbußen erleiden, wenn sie nicht angemessen auf die verschiedenen Wünsche oder Änderungen der Wünsche der Verbraucher reagieren würden. Somit hätte jeder Verbraucher einen direkten, wenn auch geringen Einfluss auf das Angebot an Waren, die auf dem Sicherheitsmarkt erscheinen oder von diesem verschwinden. Anstatt ein einheitliches „Sicherheitspaket“ für alle anzubieten, wie es für die staatliche Produktionspolitik charakteristisch ist, würde eine Vielzahl von Leistungspaketen auf den Markt kommen. Sie würden auf die unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnisse verschiedener Personen zugeschnitten sein und dabei unterschiedliche Berufe, unterschiedliches Risikoverhalten, unterschiedliche Schutz- und Versicherungsbedürfnisse sowie unterschiedliche geografische Standorte und zeitliche Einschränkungen berücksichtigen.

Aber das ist längst noch nicht alles. Neben der Diversifizierung würden sich auch Inhalt und Qualität der Produkte verbessern. Nicht nur die Behandlung der Verbraucher durch die Mitarbeiter der Sicherheitsunternehmen würde sich sofort verbessern, sondern auch die „Mir doch egal“-Haltung, die Willkür und sogar Brutalität, die Nachlässigkeit und die Langsamkeit der derzeitigen Polizei- und Justizsysteme würden letztendlich verschwinden. Da Polizisten und Richter von der freiwilligen Unterstützung der Verbraucher abhängig wären, könnte sie jede Misshandlung von Verbrauchern, jede Unhöflichkeit oder Unfähigkeit den Arbeitsplatz kosten. Darüber hinaus würde die Besonderheit, dass die Beilegung von Streitigkei-

ten zwischen einem Kunden und seinem Geschäftspartner stets dem Urteil des Letzteren anvertraut wird, mit ziemlicher Sicherheit aus den Büchern verschwinden, und die Konfliktschlichtung durch unabhängige Parteien würde zum Standard werden, den die Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen anbieten. Vor allem müssten die Anbieter solcher Dienstleistungen, um Kunden zu gewinnen und zu binden, Verträge anbieten, die es dem Verbraucher ermöglichen, zu wissen, was er kauft, und eine gültige, intersubjektiv überprüfbare Beschwerde einzureichen, wenn die tatsächliche Leistung des Sicherheitsanbieters nicht dem Vertrag entspricht. Genauer gesagt, sofern es sich nicht um individuelle Dienstleistungsverträge handelt, bei denen die Zahlung durch einen Kunden ausschließlich zur Deckung seiner eigenen Risiken erfolgt, sondern um Versicherungsverträge, die eine Bündelung der eigenen Risiken mit denen anderer Personen erfordern, würden diese Verträge entgegen der derzeitigen staatlichen Praxis mit Sicherheit keine bewusst eingebaute Umverteilungsregelung mehr enthalten, die eine Gruppe von Menschen auf Kosten einer anderen begünstigt. Andernfalls würde jemand, der das Gefühl hat, dass der ihm angebotene Vertrag bedeutet, dass er für die besonderen Bedürfnisse und Risiken anderer aufkommen muss — also für Faktoren möglicher Unsicherheit, die er in seinem eigenen Fall nicht als zutreffend empfindet — die Unterzeichnung einfach ablehnen oder seine Zahlungen einstellen.

Doch wenn all dies gesagt ist, wird eine Frage unweigerlich auftauchen: „Würde ein wettbewerbsorientiertes System der Sicherheitsproduktion nicht zwangsläufig zu dauerhaften sozialen Konflikten, zu Chaos und Anarchie führen?“ Auf diese Frage können mehrere Antworten gegeben werden. Zunächst einmal ist festzustellen, dass ein solcher Eindruck keineswegs mit den historischen, empirischen Belegen übereinstimmen würde. Systeme konkurrierender Gerichte gab es an verschiedenen Orten, wie im alten Irland oder zur Zeit der Hanse, bevor der moderne Nationalstaat entstand, und soweit wir wissen, haben sie gut funktioniert.[27] Gemessen an der da-

[27] Siehe die in Anmerkung 22 zitierte Literatur; siehe auch Bruno Leoni, *Freedom and the Law* (Princeton, N.J.: D. Van Nostrand, 1961); Joseph

maligen Kriminalitätsrate (Kriminalität pro Kopf) war die private Polizei im sogenannten Wilden Westen (der übrigens nicht so wild war, wie manche Filme vermuten lassen) relativ erfolgreicher als die heutige staatlich unterstützte Polizei.[28] Und wenn man sich die heutigen Erfahrungen und Beispiele ansieht, gibt es auch heute noch Millionen und Abermillionen internationaler Verträge – Handels- und Reiseverträge – und es scheint sicherlich übertrieben zu sein, zu behaupten, dass es dort beispielsweise mehr Betrug, mehr Kriminalität und mehr Vertragsbrüche gibt als in innerstaatlichen Beziehungen. Und dies, das sollte man beachten, ohne dass es einen einzigen großen monopolistischen Sicherheitsproduzenten und Gesetzgeber gibt. Schließlich darf nicht vergessen werden, dass es auch heute noch in vielen Ländern neben dem Staat verschiedene private Sicherheitsdienstleister gibt: Privatdetektive, Versicherungsdetektive und private Schiedsgerichte. Was ihre Arbeit betrifft, so scheint der Eindruck die These zu bestätigen, dass sie bei der Lösung sozialer Konflikte nicht weniger, sondern mehr Erfolg haben als ihre öffentlichen Gegenstücke.

Diese historischen Belege sind jedoch sehr umstritten, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob sich daraus allgemeine Informationen ableiten lassen. Doch es gibt auch systematische Gründe, warum die von der Frage geäußerte Befürchtung nicht gut begründet ist. So paradox es auch erscheinen mag, die Schaffung eines wettbewerbsorientierten Systems von Sicherheitsproduzenten impliziert die Errichtung einer institutionalisierten Anreizstruktur, um eine Ordnung von Recht und Strafverfolgung zu schaffen, die den höchstmöglichen Grad an Konsens in Bezug auf die Frage der Konfliktlösung verkörpert. Eine solche Struktur wird eher weniger als mehr soziale Unruhen und Konflikte erzeugen, als dies unter monopolistischer Schirm-

---

Peden, „Property Rights in Celtic Irish Law“, *Journal of Libertarian Studies* 1, Nr. 2 (1977).

[28] Siehe Terry L. Anderson und Peter J. Hill, „The American Experiment in Anarcho-Capitalism: The Not So Wild, Wild West“, *Journal of Libertarian Studies* 3, Nr. 1 (1980).

herrschaft der Fall wäre.[29] Um dieses Paradox zu verstehen, ist es notwendig, einen genaueren Blick auf die einzige typische Situation zu werfen, die den Skeptiker betrifft und die es ihm ermöglicht, an die überlegene Tugend einer monopolistisch organisierten Ordnung der Sicherheitsproduktion zu glauben: Wenn ein Konflikt zwischen A und B entsteht, sind beide von verschiedenen Unternehmen versichert und die Unternehmen können sich nicht sofort auf die Gültigkeit der widersprüchlichen Ansprüche ihrer jeweiligen Kunden einigen. (Kein Problem bestünde, wenn eine solche Vereinbarung zustande käme oder wenn beide Kunden bei ein und demselben Unternehmen versichert wären - zumindest wäre das Problem dann in keiner Weise anders als das, was unter einem staatlichen Monopol entsteht.) Würde eine solche Situation nicht immer zu einer Schießerei führen? Das ist höchst unwahrscheinlich. Erstens wäre ein gewaltsamer Kampf zwischen den Unternehmen kostspielig und riskant, insbesondere wenn diese Unternehmen eine beachtliche Größe erreicht haben, die für sie wichtig wäre, um ihren potenziellen Kunden gegenüber als wirksame Sicherheitsgaranten aufzutreten. Noch wichtiger ist jedoch, dass in einem wettbewerbsorientierten System, in dem jedes Unternehmen von der Fortsetzung der freiwilligen Zahlungen der Verbraucher abhängig ist, jeder Kampf von jedem einzelnen Kunden beider Unternehmen bewusst unterstützt werden müsste. Gäbe es nur eine Person, die ihre Zahlungen zurückzöge, weil sie nicht von der Notwendigkeit des Kampfes in dem jeweiligen Konflikt überzeugt ist, würde sofort wirtschaftlicher Druck auf das Unternehmen ausgeübt, eine friedliche Lösung des Konflikts zu suchen.[30] Daher würde jeder wettbewerbsfähige Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen äußerst vorsichtig sein, wenn es darum geht,

[29] Vgl. dazu Hans-Hermann Hoppe, *Eigentum, Anarchie, und Staat* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986), Kap. 5.

[30] Vergleichen Sie dies mit der Politik des Staates, Kriege zu führen, ohne die bewusste Unterstützung aller zu haben, weil er das Recht hat, Steuern zu erheben, und fragen Sie sich, ob das Risiko eines Krieges geringer oder höher wäre, wenn man das Recht hätte, keine Steuern mehr zu zahlen, sobald man das Gefühl hat, dass die Außenpolitik des Staates nicht den eigenen Vorstellungen entspricht.

gewaltsame Maßnahmen zur Konfliktlösung einzusetzen. Vielmehr würde jeder einzelne Sicherheitsanbieter, sofern die Verbraucher eine friedliche Konfliktlösung wünschen, große Anstrengungen unternehmen, um seinen Kunden diese zu bieten und im Voraus für alle sichtbar festzulegen, welchem Schiedsverfahren er sich und seine Kunden im Falle einer Meinungsverschiedenheit über die Bewertung widersprüchlicher Ansprüche unterwerfen würde. Da ein solches System für die Kunden verschiedener Unternehmen nur dann funktionieren würde, wenn zwischen ihnen Einigkeit über solche Schiedsverfahren herrscht, würde sich natürlich ein Rechtssystem entwickeln, das die Beziehungen zwischen Unternehmen regelt und für die Kunden aller konkurrierenden Sicherheitsdienstleister allgemein akzeptabel wäre. Darüber hinaus ist der wirtschaftliche Druck, Regeln zu schaffen, die einen Konsens über den Umgang mit Konflikten darstellen, noch weitreichender. In einem wettbewerbsorientierten System wären die unabhängigen Schiedsrichter, die mit der Aufgabe betraut würden, friedliche Lösungen für Konflikte zu finden, auf die anhaltende Unterstützung der beiden uneinigen Unternehmen angewiesen, soweit sie unterschiedliche Richter wählen könnten und würden, wenn einer von ihnen mit dem Ergebnis ihrer Schiedsgerichtsarbeit ausreichend unzufrieden wäre. Somit wären diese Richter dem Druck ausgesetzt, Lösungen für die ihnen übergebenen Probleme zu finden, die diesmal nicht in Bezug auf die verfahrensrechtlichen Aspekte des Rechts, sondern inhaltlich für alle Mandanten der an einem bestimmten Fall beteiligten Unternehmen als faire und gerechte Lösung akzeptabel wären.[31] Andernfalls könnten eines oder alle Unternehmen Kunden verlieren, wodurch diese Unternehmen veranlasst werden, sich an verschiedene Schiedsrichter zu wenden, wenn sie das nächste Mal einen benötigen.[32]

---

[31] Und hier sei nochmals angemerkt, dass Normen, die einen möglichst hohen Grad an Konsens beinhalten, natürlich solche sind, die durch Argumentation vorausgesetzt werden und deren Akzeptanz einen Konsens über alles überhaupt möglich macht, wie oben angedeutet.

[32] Vergleichen Sie dies erneut mit staatlich angestellten Richtern, die, da sie aus Steuergeldern bezahlt werden und somit relativ unabhängig von

Aber wäre es nicht möglich, dass ein sicherheitsproduzierendes Unternehmen unter einem wettbewerbsorientierten System zu einem geächteten Unternehmen wird — also zu einem Unternehmen, das, unterstützt von seinen eigenen Kunden, anfängt, andere anzugreifen? Dass dies möglich sein könnte, lässt sich sicherlich nicht leugnen, wobei nochmals betont werden muss, dass man sich hier im Bereich der empirischen Sozialwissenschaft befindet und niemand so etwas mit Sicherheit wissen könnte. Und doch ist die stillschweigende Implikation, dass die Möglichkeit, dass eine Sicherheitsfirma zu einer geächteten Gesellschaft werden könnte, irgendwie auf einen schwerwiegenden Mangel in der Philosophie und Ökonomie einer reinen kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinweist, trügerisch.[33]

Zunächst sollte daran erinnert werden, dass jedes Gesellschaftssystem, eine etatistisch-sozialistische Ordnung ebenso wie eine reine Marktwirtschaft, für sein Fortbestehen von der öffentlichen Meinung abhängig ist und dass eine bestimmte öffentliche Meinung zu jedem Zeitpunkt begrenzt, was geschehen kann oder nicht geschehen kann und was mehr oder weniger wahrscheinlich ist. Der Stand der öffentlichen Meinung in Westdeutschland zum Beispiel macht es höchst unwahrscheinlich oder sogar unmöglich, dass ein etatistisch-sozialistisches System des sowjetischen Stils der westdeutschen Öffentlichkeit aufgezwungen werden könnte. Der Mangel an öffentlicher Unterstützung für ein solches System würde es zum Scheitern verurteilen und zum Einsturz bringen. Und es wäre sogar noch unwahrscheinlicher, dass ein solcher Versuch, eine russische Ordnung durchzusetzen, angesichts der amerikanischen öffentlichen

---

der Zufriedenheit der Verbraucher sind, Urteile fällen können, die eindeutig nicht von allen als fair akzeptiert werden und fragen Sie sich, ob das Risiko, in einem bestimmten Fall nicht die Wahrheit herauszufinden, geringer oder höher wäre, wenn man die Möglichkeit hätte, wirtschaftlichen Druck auszuüben, wann immer man das Gefühl hätte, dass ein Richter, der eines Tages über den eigenen Fall zu entscheiden hat, bei der Zusammenstellung und Beurteilung der Fakten eines Falles nicht sorgfältig genug vorgegangen ist oder einfach ein regelrechter Gauner ist.

[33] Siehe dazu insbesondere Rothbard, *For A New Liberty*, S. 233ff.

Meinung jemals unter den Amerikanern Erfolg haben könnte. Um das Problem von kriminellen Unternehmen richtig zu verstehen, sollte die oben genannte Frage daher wie folgt formuliert werden: Wie wahrscheinlich ist es, dass ein solches Ereignis in einer bestimmten Gesellschaft mit ihrer spezifischen öffentlichen Meinung auftritt? So formuliert, ist es klar, dass die Antwort für verschiedene Gesellschaften unterschiedlich ausfallen muss. In einigen Gesellschaften, in denen sozialistische Ideen tief in der Öffentlichkeit verankert sind, wäre die Wahrscheinlichkeit des Wiederauftauchens von Aggressor-Unternehmen größer, in anderen Gesellschaften wäre die Wahrscheinlichkeit dafür viel geringer. Aber wäre dann die Aussicht auf ein wettbewerbsfähiges System der Sicherheitsproduktion in einem bestimmten Fall besser oder schlechter als die Aussicht auf die Fortführung eines etatistischen Systems? Schauen wir uns zum Beispiel die heutigen Vereinigten Staaten an. Angenommen, der Staat hätte durch einen Gesetzgebungsakt sein Recht auf Sicherheit mit Steuergeldern abgeschafft und ein wettbewerbsfähiges System der Sicherheitsproduktion eingeführt. Wie wahrscheinlich wäre es angesichts der öffentlichen Meinung, dass kriminelle Produzenten auftauchen würden, und was wäre, wenn dies passiert? Offensichtlich würde die Antwort von den Reaktionen der Öffentlichkeit auf diese veränderte Situation abhängen. Daher müsste die erste Antwort an diejenigen, die die Idee eines privaten Marktes für Sicherheit in Frage stellen, lauten: Wie steht es mit Ihnen? Was wäre Ihre erste Reaktion? Bedeutet Ihre Angst vor kriminellen Unternehmen, dass Sie dann mit einem Sicherheitsproduzenten, der andere Menschen und ihr Eigentum angegriffen hat, Handel treiben würden, und würden Sie ihn weiterhin unterstützen, wenn dies der Fall wäre? Der Kritiker wäre durch dieses Gegenargument sicherlich ziemlich mundtot gemacht. Aber wichtiger als das ist die systematische Herausforderung, die dieses persönliche Gegenargument mit sich bringt. Offensichtlich würde die beschriebene Änderung der Situation eine Änderung der Kosten-Nutzen-Struktur bedeuten, mit der jeder konfrontiert wäre, wenn er seine Entscheidungen treffen müsste. Vor der Einführung eines wettbewerbsorientierten Systems

der Sicherheitsproduktion war es legal, sich an (staatlichen) Aggressionen zu beteiligen und diese zu unterstützen. Nun wäre so etwas eine illegale Aktivität. In Anbetracht des eigenen Gewissens, das jede der eigenen Entscheidungen mehr oder weniger kostspielig erscheinen lässt, d.h. mehr oder weniger im Einklang mit den eigenen Grundsätzen korrekten Verhaltens, wäre die Unterstützung eines Unternehmens, das sich an der Ausbeutung von Menschen beteiligt, die nicht bereit sind, seine Handlungen bewusst zu unterstützen, jetzt kostspieliger als zuvor. Angesichts dieser Tatsache muss davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Menschen (einschließlich derer, die sonst bereitwillig den Staat unterstützt hätten), die jetzt ihr Geld für die Unterstützung eines Unternehmens ausgeben würden, das sich für ehrliche Geschäfte einsetzt, überall dort steigen würde, wo dieses soziale Experiment versucht wurde. Im Gegensatz dazu würde die Zahl der Menschen, die sich immer noch einer Politik der Ausbeutung – des Gewinns auf Kosten anderer – verschrieben haben, sinken. Wie drastisch dieser Effekt wäre, hinge natürlich vom Zustand der öffentlichen Meinung ab. Im vorliegenden Beispiel — den Vereinigten Staaten, wo die natürliche Eigentumstheorie sehr weit verbreitet ist und als Privatethik akzeptiert wird, da die libertäre Philosophie im Wesentlichen die Ideologie ist, auf der das Land gegründet wurde und die es zu seiner Blüte geführt hat[34] — wäre der oben genannte Effekt natürlich besonders ausgeprägt. Dementsprechend würden sicherheitsproduzierende Unternehmen, die sich der Philosophie des Schutzes und der Durchsetzung des freiheitlichen Rechts verschrieben haben, den größten Teil der öffentlichen Unterstützung und finanziellen Hilfe erhalten. Es mag zwar sein, dass einige Leute, und unter ihnen vor allem diejenigen, die von der alten Ordnung profitiert haben, weiterhin eine Politik der Aggression unterstützen könnten, aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie zah-

[34] Siehe Bernard Bailyn, *The Ideological Origins of the American Revolution* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1967); Jackson Turner Main, *The Anti-Federalists: Critics of the Constitution* (Chapel Hill: University of North Carolina Press, 1961); Murray N. Rothbard, *Conceived in Liberty* (New Rochelle, N.Y.: Arlington House, 1975–1979).

lenmäßig und finanziell stark genug wären, um dies zu erreichen. Das wahrscheinliche Ergebnis wäre vielmehr, dass die ehrlichen Unternehmen – allein oder in gemeinsamer Anstrengung und mit der Unterstützung ihrer eigenen freiwilligen Kunden – die nötige Stärke entwickeln würden, um das Aufkommen gesetzwidriger Hersteller zu kontrollieren und sie zu vernichten, wo und wann immer sie entstehen.[35]

[35] Natürlich würden Versicherungsgesellschaften eine besonders wichtige Rolle bei der Überprüfung der Entstehung von kriminellen Unternehmen übernehmen. Anmerkung Morris und Linda Tannehill (*The Market of Liberty*, S. 110–11):

> Versicherungsgesellschaften, ein sehr wichtiger Sektor jeder freien Wirtschaft, hätten einen besonderen Anreiz, sich von jedem Aggressor zu distanzieren und darüber hinaus ihren gesamten beträchtlichen geschäftlichen Einfluss gegen ihn geltend zu machen. Aggressive Gewalt führt zu Wertverlusten, und die Versicherungswirtschaft würde bei den meisten dieser Wertverluste die Hauptkosten tragen. Ein ungebremster Aggressor ist ein wandelndes Risiko, und keine Versicherungsgesellschaft, wie weit sie auch immer von seiner ursprünglichen Aggression entfernt sein mag, würde das Risiko eingehen wollen, dass er als Nächstes einen ihrer eigenen Kunden angreifen könnte. Außerdem sind Aggressoren und diejenigen, die mit ihnen in Verbindung stehen, eher in Gewaltsituationen verwickelt und stellen daher schlechte Versicherungsrisiken dar. Ein Versicherungsunternehmen würde diesen Personen wahrscheinlich die Deckung verweigern, aus dem vorausschauenden Wunsch heraus, zukünftige Verluste, die ihre Aggressionen verursachen könnten, zu minimieren. Aber selbst wenn das Unternehmen nicht durch eine solche Voraussicht motiviert wäre, wäre es dennoch gezwungen, die Prämien drastisch zu erhöhen oder den Versicherungsschutz ganz zu streichen, um das zusätzliche Risiko zu vermeiden, das mit ihrer Gewaltbereitschaft verbunden ist. In einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft könnte es sich kein Versicherungsunternehmen leisten, weiterhin Aggressoren und diejenigen, die mit Aggressoren zu tun haben, zu versichern und die Kosten einfach auf ihre ehrlichen Kunden abzuwälzen; es würde diese Kunden bald an seriösere Unternehmen verlieren, die es sich leisten könnten, weniger für ihren Versicherungsschutz zu verlangen.

2

Die Ökonomie und Soziologie der Besteuerung

Wie der Titel des Kapitels andeutet, habe ich mir zwei Ziele gesetzt. Zunächst möchte ich die allgemeinen wirtschaftlichen Auswirkungen der Besteuerung erläutern. Dieser Teil des Kapitels stellt eine praxeologische Analyse der Besteuerung dar und sollte als solche nicht viel über das hinausgehen, was bereits von anderen Ökonomen gesagt wurde.

Mehr Originalität findet sich vielleicht im zweiten Teil, in dem ich versuchen werde, die Frage zu beantworten: Warum gibt es Steuern und warum werden sie immer höher? Die Beantwortung solcher Fragen ist nicht Aufgabe der Wirtschaftstheorie, sondern praxeologisch fundierter und eingeschränkter soziologischer oder historischer Interpretationen und Rekonstruktionen, und von Anfang an gibt es in diesem Bereich der intellektuellen Forschung viel mehr Raum für Spekulationen.

I.

Zu sagen, dass es in Bezug auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Besteuerung nichts Neues zu sagen gibt, bedeutet nicht, dass das, was es zu sagen gibt, für viele nicht neu wäre. Nachdem ich mehrere renommierte Lehrbücher zur Wirtschaftswissenschaft durchgesehen habe, scheint es, dass das, was ich zu sagen habe, für die meisten

[Nachdruck aus dem *Journal des Economistes et des Etudes Humaines* 1, Nr. 2 (1990).]

heutigen Ökonomen und Studenten der Wirtschaftswissenschaften neu ist. Soweit sich diese Texte über eine rein deskriptive Darstellung verschiedener Steuersysteme und deren historische Entwicklung hinaus überhaupt mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Besteuerung befassen[1], schweigen sie fast vollständig bezüglich der Frage, was die allgemeinen Auswirkungen der Besteuerung sind. Darüber hinaus sind die Aussagen dieser Texte zu den wirtschaftlichen Auswirkungen bestimmter Steuerformen im Rahmen ihrer Erörterung des Problems der Steuerinzidenz ausnahmslos fehlerhaft.

Dieser Zustand spiegelt jedoch lediglich einen Prozess der intellektuellen Degeneration wider. Schon vor 150 Jahren war von einer so prominenten Persönlichkeit der Wirtschaftsgeschichte wie Jean-Baptiste Say in seiner *Abhandlung über die politische Ökonomie* fast alles richtig und überzeugend dargelegt worden, was heute über die Ökonomie der Besteuerung bekannt ist.

Im Gegensatz zu den heutigen Lehrbuchautoren, die die Diskussion über Besteuerung an beliebigen Stellen innerhalb der Gesamtarchitektur ihrer Bücher ansiedeln, ordnet Say dieses Phänomen von Anfang an korrekt unter der allgemeinen Überschrift „Vom Verbrauch des Reichtums“ ein.

Er identifiziert und erklärt die Besteuerung dann unmissverständlich als Angriff auf und Bestrafung des Erwerbs und der Produktion von Eigentum, was zwangsläufig zu einer Verringerung der in diesem Eigentum verkörperten Vermögensbildung und zu einer Senkung des allgemeinen Lebensstandards führt.

Say schreibt:

> Es ist eine eklatante Absurdität, so zu tun, als würde die Besteuerung zum nationalen Wohlstand beitragen, indem sie einen Teil der

[1] Exklusiv deskriptive Analysen der Besteuerung gibt es beispielsweise von Paul Samuelson, *Economics*, 10. Aufl. (New York: McGraw Hill, 1976), Kap. 9; Roger L. Miller, *Economics Today*, 6. Aufl. (New York: Harper and Row, 1988), Kap. 6.

> nationalen Produktion vereinnahmt, und die Nation bereichern, indem sie einen Teil ihres Reichtums verbraucht.[2]
>
> Besteuerung ist die Übertragung eines Teils der nationalen Produktion aus den Händen von Individuen an diejenigen der Regierung, um den öffentlichen Verbrauch oder die öffentlichen Ausgaben zu decken. Unabhängig davon, wie es bezeichnet wird – ob Steuer, Beitrag, Abgabe, Konzession, Zoll, Beihilfe, Subvention, Zuschuss oder kostenloses Geschenk – es handelt sich praktisch um eine Belastung, die Einzelpersonen oder Unternehmen von der jeweils herrschenden Macht auferlegt wird, um den Verbrauch zu finanzieren, den diese für angemessen hält, und zwar auf Kosten der Betroffenen; kurz gesagt, um eine finanzielle Auflage im wahrsten Sinne des Wortes.[3]

Da solche grundlegenden Einsichten heute vergessen oder zumindest nicht mehr offensichtlich zu sein scheinen, möchte ich als meine erste Aufgabe eine praxeologische Darstellung und Erklärung für Says zentrales Argument und seine Gültigkeit erneut vorlegen und damit einige populäre „Gegenargumente" widerlegen, die behaupten zu zeigen, dass die Besteuerung die Bildung von Eigentum und Reichtum nicht behindern muss. Im Lichte dieser allgemeinen Erklärung werde ich dann den grundlegenden logischen Irrtum in der Standard-Lehrbuchanalyse der Steuerlast aufzeigen.

Dass Besteuerung – in erster Linie und vor allem – als Mittel zur Zerstörung von Eigentum und Vermögensbildung verstanden wird und verstanden werden muss, ergibt sich aus einer einfachen logischen Analyse der Bedeutung von Besteuerung. Besteuerung ist eine zwangsweise, außervertragliche Übertragung bestimmter physischer Vermögenswerte (heutzutage hauptsächlich, aber nicht ausschließlich in Form von Geld) und des in ihnen verkörperten Werts von einer Person oder Personengruppe, die diese Vermögenswerte

---

[2] Jean-Baptiste Say, *A Treatise on Political Economy* (New York: Augustus M. Kelley, 1964), S. 446-47.

[3] Ebd., S. 446; zu Says wirtschaftlicher Analyse der Besteuerung siehe auch Murray N. Rothbard, „The Myth of Neutral Taxation", *Cato Journal* (Herbst, 1981), insbesondere S. 551-54.

zuerst besaß und die ein Einkommen aus dem weiteren Halten hätte erzielen können, auf eine andere Person, die sie jetzt besitzt und nun ein Einkommen daraus bezieht. Wie sind diese Vermögenswerte in die Hände ihrer ursprünglichen Eigentümer gelangt? Wenn man ausschließt, dass dies das Ergebnis einer vorangegangenen Besteuerung war, und bedenkt, dass nur solche Vermögenswerte besteuert werden können, die noch nicht verbraucht wurden oder deren Wert noch nicht durch Verbrauch erschöpft ist (ein Steuereintreiber nimmt einem anderen Menschen nicht seinen Müll weg, sondern seine noch wertvollen Vermögenswerte!), gibt es drei und nur drei Möglichkeiten: Man gelangt in ihren Besitz, indem man bestimmte von der Natur gegebene Güter als knapp wahrgenommen und sie aktiv in seinen Besitz gebracht hat, bevor jemand anderes sie gesehen und dies getan hat; indem man sie durch eigene Arbeit aus zuvor angeeigneten Gütern hergestellt hat; oder durch freiwilligen, vertraglichen Erwerb von einem früheren Aneigner oder Produzenten. Nur durch solche Aktivitäten ist man in der Lage, wertvolle – und damit steuerpflichtige – Vermögenswerte zu erwerben und zu vermehren. Ursprüngliche Aneignungshandlungen verwandeln etwas, das niemand zuvor als mögliche Einkommensquelle wahrgenommen hatte, in einen einkommensbringenden Vermögenswert; Produktionshandlungen zielen von Natur aus darauf ab, einen weniger wertvollen Vermögenswert in einen wertvolleren zu verwandeln; und jeder vertragliche Austausch betrifft die Veränderung und Umleitung bestimmter Vermögenswerte aus den Händen derjenigen, die ihren Besitz weniger schätzen, an diejenigen, die sie mehr schätzen.

Daraus folgt, dass jede Form der Besteuerung eine Verringerung des Einkommens impliziert, das eine Person aus der ursprünglichen Aneignung, aus der Produktion oder aus dem Vertragsabschluss erwarten kann. Da diese Aktivitäten den Einsatz knapper Ressourcen erfordern – zumindest Zeit und den Einsatz des eigenen Körpers – die für Konsum und/oder Freizeit genutzt werden könnten, steigen die Opportunitätskosten für ihre Ausübung. Der Grenznutzen der Aneignung, Produktion und Vertragsabschlüsse sinkt, während der Grenznutzen von Konsum und Freizeit steigt. Dementsprechend

wird es eine Tendenz geben, sich von den erstgenannten Rollen zu entfernen und sich den letztgenannten zuzuwenden.[4]

Durch die zwangsweise Übertragung wertvoller, noch nicht konsumierter Vermögenswerte von ihren Produzenten (im weiteren Sinne des Begriffs, einschließlich Aneignern und Auftragnehmern) auf Personen, die diese nicht produziert haben, verringert die Besteuerung das gegenwärtige Einkommen der Produzenten und ihr derzeit mögliches Konsumniveau. Darüber hinaus verringert es den derzeitigen Anreiz für die künftige Produktion wertvoller Vermögenswerte und senkt damit auch das künftige Einkommen und das künftige Niveau des verfügbaren Konsums. Besteuerung ist nicht nur eine Bestrafung des Konsums ohne Auswirkungen auf die Produktionsbemühungen, sondern auch ein Angriff auf die Produktion als einziges Mittel, um zukünftige Einkommen und Konsumausgaben zu sichern und möglicherweise zu steigern. Durch die Senkung des Gegenwartswerts, der mit zukunftsorientierten, wertschöpfenden Bemühungen verbunden ist, erhöht die Besteuerung die effektive Zeitpräferenzrate, d.h. den ursprünglichen Zinssatz, und führt dementsprechend zu einer Verkürzung der Produktions- und Versorgungsperiode. Dadurch übt sie einen unaufhaltsamen Einfluss aus, der die Menschheit in Richtung eines Lebens von der Hand in den Mund treibt. Wenn man die Besteuerung einfach genügend erhöht, wird man die Menschheit auf das Niveau barbarischer Tiere reduzieren.

So einfach eine solche Argumentation auch erscheinen mag, es gibt eine Reihe von populären Einwänden, die dagegen erhoben werden. So wird beispielsweise von Seiten der Ökonomen, die die Ökonomie fälschlicherweise als empirische Wissenschaft begreifen, die nichts als hypothetische Erklärungen liefert, die immer gegen empirische Beweise getestet werden müssen, um validiert zu werden (analog zur Situation in den Naturwissenschaften), häufig folgendes Argument vorgebracht: Empirisch wurde wiederholt beobachtet,

[4] Siehe hierzu auch Murray N. Rothbard, *Man, Economy, and State* (Los Angeles: Nash, 1970), Kap. 12.8; ebd., *Power and Market* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1977), Kap. 4, 1-3.

dass ein Anstieg des Steuerniveaus tatsächlich mit einem Anstieg (nicht einem Rückgang) des BIP oder anderen Maßnahmen der Produktionsleistung einherging; daher muss die obige Argumentation, wie plausibel sie auch sein mag, empirisch als ungültig angesehen werden. In der Tat gehen einige Empiriker dieser Art noch weiter und machen die stärkere Behauptung, dass die Besteuerung tatsächlich dazu beiträgt, den Lebensstandard zu erhöhen, was durch die Tatsache belegt wird, dass einige Länder mit einst niedrigem Lebensstandard und niedrigem Besteuerungsniveau jetzt einen viel größeren Reichtum mit viel höheren Steuern genießen.

Beide Einwände sind schlicht verwirrt. Erfahrung kann Logik nicht übertrumpfen, und Interpretationen von Beobachtungsdaten, die nicht mit den Gesetzen der logischen Schlussfolgerung übereinstimmen, sind keine Widerlegung dieser Gesetze, sondern Zeichen eines verwirrten Geistes (oder würde man den Beobachtungsbericht einer Person, die einen Vogel gesehen hat, der gleichzeitig rot und nicht rot war, als Widerlegung des Gesetzes der Widersprüchlichkeit akzeptieren und nicht als Äußerung eines Vollidioten?).

Was die stärkere These betrifft, so ist sie nichts anderes als ein schönes Beispiel für den immer wieder so attraktiven Trugschluss „post hoc ergo propter hoc". Aus der Tatsache, dass die korrelierten Ereignisse von hoher Besteuerung und Vermögen später zu beobachten waren als die von niedriger Besteuerung und Vermögen, wird abgeleitet, dass eine erhöhte Besteuerung das Vermögen erhöht. Eine solche Argumentation ist jedoch ebenso wenig überzeugend wie das von Say zu Recht verspottete Argument, dass man beobachten kann, dass reiche Menschen mehr konsumieren als arme; daher müsse ihr hoher Konsum dafür verantwortlich sein, dass sie reich sind.[5] So wie es sich aus der Bedeutung des Konsums ergibt, dass dies unmöglich ist und dass im Gegenteil die Reichen nicht wegen ihres hohen Konsumniveaus reich sind, sondern weil sie zuvor auf Konsum verzichtet und stattdessen wertschöpfende Tätigkeiten ausgeübt haben, so ergibt sich aus der Bedeutung der Besteuerung,

[5] Siehe Say, *A Treatise on Political Economy*, S. 448.

dass die Menschheit nicht wegen eines höheren Steueraufkommens, sondern trotz dieser Tatsache Wohlstand erlangt haben kann.

Die schwächere These – dass die Erfahrung zumindest jeden Anspruch auf einen zwangsläufig negativen Zusammenhang zwischen Besteuerung und produktiver Leistung widerlegen würde – ist ebenfalls unangebracht. Die oben vorgestellte praxeologische Argumentation schließt keineswegs aus, was empirische Ökonomen fälschlicherweise als Widerlegung interpretieren. In dieser früheren Diskussion war man zu dem Schluss gekommen, dass die Besteuerung zu einer relativen Verringerung der Produktion wertvoller Güter führt – einer Verringerung im Vergleich zu dem Produktionsniveau, das ohne Besteuerung oder ohne Erhöhung des Steuersatzes erreicht worden wäre. In Bezug auf die absolute Höhe der Produktion wertvoller Vermögenswerte wurde nichts gesagt oder impliziert. Tatsächlich ist beispielsweise das absolute Wachstum des BIP nicht nur mit unserer früheren praxeologischen Analyse vereinbar, sondern kann sogar als völlig normales Phänomen angesehen werden, sofern Produktivitätssteigerungen möglich sind und tatsächlich stattfinden. Wenn es durch Verbesserungen in der Produktionstechnologie möglich geworden ist, mit identischem Input (in Bezug auf die Kosten) einen höheren Output zu erzielen oder mit reduziertem Input einen physisch identischen Output zu erzielen, dann ist das Zusammentreffen von Steuererhöhungen und einem erhöhten Output an wertvollen Vermögenswerten alles andere als überraschend. Dies berührt jedoch nicht im Geringsten die Gültigkeit dessen, was über die relative Verarmung durch die Besteuerung gesagt wurde. Bei einem gegebenen Stand des technologischen Wissens, auch wenn sich dieses im Laufe der Zeit ändern kann, und bei einer Besteuerung, wie sie ist (eine Bestrafung wertschöpfender Aktivitäten) muss das Niveau der Produktionsleistung niedriger sein als das, das mit dem gleichen Wissen und ohne oder mit einer geringeren Besteuerung hätte erreicht werden können. Statistische Studien sind hier völlig irrelevant: Sie können weder dazu beitragen, sie zu stärken, noch können sie jemals dazu verwendet werden, sie zu schwächen.

Ein weiterer theoretischer Einwand, der sich einiger Beliebtheit erfreut, lautet, dass die Einführung oder Erhöhung von Steuern zu einer Verringerung der Einkünfte aus den besteuerten Vermögenswerten führt, dass diese Verringerung den Grenznutzen dieser Vermögenswerte im Vergleich zu dem erhöht, was aus anderen Formen der Tätigkeit erzielt werden kann, und dass die Besteuerung somit nicht zu einer Verringerung, sondern zu einer Erhöhung der Produktionsneigung beiträgt. Für den üblichen Fall der Besteuerung von Geldvermögen bedeutet dies, dass Steuern das monetäre Einkommen verringern, was den Grenznutzen des Geldes erhöht, und dies wiederum erhöht den Anreiz, monetäre Renditen zu erzielen. Dieses Argument ist, soweit es geht, natürlich vollkommen richtig. Es ist jedoch ein Irrglaube, dass dies die von mir vorgebrachte These der relativen Verarmung in irgendeiner Weise entkräftet. Zunächst einmal sollte zur Klarstellung angemerkt werden, dass selbst wenn es wahr wäre – wie das soeben vorgebrachte Argument zu suggerieren scheint, wenn auch fälschlicherweise, wie wir sehen werden – dass eine höhere Besteuerung nicht zu einem relativ geringeren Produktionsvolumen wertvoller Güter führt, da sie einen proportionalen Anstieg der Arbeitstüchtigkeit bewirkt, dennoch das Einkommen wertschöpfender Personen gesunken ist. Selbst wenn sie die gleiche Leistung wie zuvor erbringen, können sie dies nur tun, wenn sie jetzt mehr Arbeit als zuvor aufwenden. Da jeder zusätzliche Arbeitsaufwand bedeutet, dass auf Freizeit oder Konsum verzichtet wird (Freizeit oder Konsum, den sie sonst bei gleicher Produktion wertvoller Vermögenswerte hätten genießen können), muss ihr allgemeiner Lebensstandard niedriger sein.[6]

Es wird nun deutlich, warum die Annahme, dass Besteuerung die Produktionsleistung wertvoller Vermögenswerte unberührt lassen und ausschließlich den Konsum beeinträchtigen kann, fatal fehlerhaft ist. Wenn die Besteuerung das Einkommen einer Person verringert (einschließlich des Einkommens aus gegenwärtigem Konsum und Freizeit) und angesichts der allgemeinen Tatsache der Zeitprä-

[6] Siehe hierzu auch Rothbard, *Power and Market*, S. 95f.

ferenz, d.h. dass Menschen stets gegenwärtige Güter gegenüber zukünftigen Gütern bevorzugen (dass sie ohne kontinuierlichen Konsum nicht auskommen und sich nur dann auf längere, umständlichere Produktionsmethoden einlassen können, wenn für die entsprechende Wartezeit eine Versorgung in Form von Konsumgütern sichergestellt ist), dann folgt daraus zwangsläufig, dass die effektive Zeitpräferenzrate einer Person durch genau diese Handlung erhöht worden sein muss (die Unannehmlichkeit des Wartens muss zugenommen haben) und dass sie die Dauer der Produktionsstruktur im Vergleich zu der, die sie sonst gewählt hätte, verkürzen muss. Dementsprechend muss die Menge der wertvollen Vermögenswerte, die zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehen, geringer ausfallen, als dies sonst der Fall wäre. Wäre das Einkommen bei geringerer oder keiner Besteuerung höher gewesen und hätte man seine Zeitpräferenzkurve beibehalten (wie auch immer diese zu einem bestimmten Zeitpunkt aussehen mag), hätte man in längere Produktionsprozesse investiert. Infolgedessen wäre die Produktionsleistung an wertvollen zukünftigen Vermögenswerten relativ größer gewesen.[7]

[7] Man könnte hier einwenden, dass die Steuereinnahmen in die Hände von Regierungsbeamten oder staatlichen Transferzahlungsempfängern gelangen und dass ihr erhöhtes Einkommen, was zu einem niedrigeren effektiven Zeitpräferenzsatz für sie führt, die Erhöhung dieses Satzes auf der Seite der Steuerzahler ausgleichen und somit den Gesamtsatz und die Produktionsstruktur unverändert lassen kann. Eine solche Argumentation ist jedoch kategorisch fehlerhaft: Zum einen kann sie, was die Staatsausgaben betrifft, überhaupt nicht als Investition angesehen werden. Vielmehr ist es der Konsum und der Konsum allein. Denn, wie Rothbard erklärt hat:

> [I]n jeder Art von arbeitsteiliger Wirtschaft werden Investitionsgüter nicht um ihrer selbst willen vom Investor hergestellt, sondern um sie zur Produktion von Gütern niedrigerer Ordnung und schließlich von Konsumgütern zu verwenden. Kurz gesagt, ein Merkmal einer Investitionsausgabe ist, dass die betreffende Ware nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse des Investors, sondern zur Befriedigung der Bedürfnisse eines anderen – des Verbrauchers – verwendet wird. Wenn die Regierung jedoch Ressourcen aus der privaten Marktwirt-

Der Fehler in der These, dass sich die Besteuerung neutral auf die Produktion auswirken kann, liegt darin, dass die Zeitpräferenz nicht berücksichtigt wird. Das derzeit untersuchte Argument weist zu Recht darauf hin, dass Besteuerung ein doppeltes Signal aussendet: Einerseits den Substitutionseffekt, der den Konsum und die Freizeit begünstigt und die Arbeit benachteiligt, und andererseits den Einkommenseffekt, der die Grenznutzen der besteuerten Vermögenswerte erhöht. Es ist jedoch falsch, dies vereinfacht als eine Mischung widersprüchlicher Signale zu interpretieren – eines zugunsten und eines gegen Arbeit – sodass man keine kategorischen Aussagen über die Auswirkungen der Besteuerung auf die Produktion treffen kann und die Frage, ob die Besteuerung zu einer geringeren oder höheren Produktion wertvoller Güter führt, als eine rein

---

schaft beschlagnahmt, widersetzt sie sich damit genau den Wünschen der Verbraucher. Wenn die Regierung in Güter investiert, tut sie dies, um den Vorlieben der Regierungsbeamten zu dienen, nicht den Wünschen der Verbraucher. (*Man, Economy, and State*, S. 816–17)

Daher können Staatsausgaben per definitionem nicht als Verlängerung der Produktionsstruktur und somit als Ausgleich für die erhöhte Zeitpräferenzrate der Steuerzahler angesehen werden. Andererseits,

> wird ein Teil der *Transfer*ausgaben der Regierung (einschließlich der Gehälter von Beamten und Subventionen für privilegierte Gruppen) tatsächlich gespart und investiert. Diese Investitionen entsprechen jedoch nicht den freiwilligen Wünschen der Verbraucher, sondern sind vielmehr Investitionen in Produktionsbereiche, die von den *produzierenden* Verbrauchern *nicht* gewünscht werden… Sobald die Steuer abgeschafft ist, werden sich die neuen Investitionen, die durch die Forderungen der besonders privilegierten Gruppe hervorgerufen wurden, als *Fehlinvestitionen* erweisen. (*Power and Market*, S. 98)

Folglich können Transferausgaben auch nicht als Ausgleich dafür verstanden werden, dass Steuerzahler die Länge der Produktionsstruktur verkürzen. Alles, was solche Ausgaben tun können, ist, die Struktur der Fehlproduktion zu verlängern. „Auf jeden Fall“, schließt Rothbard,

> sorgt der vom Staat verbrauchte Betrag dafür, dass die Einkommensteuer zu einer Erhöhung der Zeitpräferenzraten und zu einer Verringerung der Ersparnisse und Investitionen führt. (Ebenda, S. 98)

empirische Frage betrachtet werden muss.[8] Denn tatsächlich ist das Signal der Besteuerung keineswegs widersprüchlich, wenn man einmal erkannt hat, dass es an Personen gesendet wird, deren Handlungen ausnahmslos durch Zeitpräferenzen eingeschränkt sind. Für solche Akteure gibt es nicht nur die Alternative zwischen Arbeit und überhaupt keiner Arbeit, sondern auch eine zwischen der Herstellung eines wertvollen Vermögenswerts auf mehr oder weniger zeitaufwendige Weise. Sie müssen sich auch immer zwischen zwei Optionen entscheiden: Entweder sie beschaffen sich einen Vermögenswert schnell und direkt, mit nur geringer Wartezeit, müssen dafür aber weniger effiziente Produktionsmethoden in Kauf nehmen (wie der berühmte Fischer, der sich entscheidet, mit bloßen Händen zu fischen, um schneller an seinen Fang zu kommen, als wenn er umständlichere Produktionsmethoden anwendet), oder es durch produktivere Methoden zu beschaffen, dafür aber länger auf die Früchte warten zu müssen (der Fischer, der, angelockt von höheren zukünftigen Erträgen, beschließt, eine längere Wartezeit in Kauf zu nehmen und zuerst ein Netz zu bauen). Angesichts dieser Wahlmöglichkeiten ist die Botschaft der Besteuerung jedoch völlig eindeutig und unmissverständlich, und es kann kein Zweifel mehr daran bestehen, dass der Substitutionseffekt systematisch als dominierend gegenüber jedem Einkommenseffekt anzusehen ist: Wenn es nicht nur die Option gibt, etwas zu haben oder nicht zu haben, sondern auch die Option, früher weniger davon zu haben oder später mehr davon, lässt sich die doppelte Botschaft, die durch die Besteuerung vermittelt wird, leicht integrieren und in eine einzige Botschaft übersetzen: Verkürzt man die Wartezeit, verkürzt man die Umwege in der Produktion! Auf diese Weise werden wertvolle Vermögenswerte früher

[8] Siehe hierzu – irrelevante – empirische Studien zur relativen Bedeutung von Einkommens- und Substitutionseffekten: George F. Break, „The Incidence and Economic Effects of Taxation“, in: *The Economics of Public Finance* (Washington, D.C.: Brookings, 1974), S. 180ff.; A.B. Atkinson und Joseph E. Stiglitz, *Lectures on Public Economics* (New York: McGraw Hill, 1980), S. 48ff.; Stiglitz, *Economics of the Public Sector* (New York: Norton, 1986), S. 372.

erworben – entsprechend ihrem gestiegenen Grenznutzen. Gleichzeitig wird durch die Verkürzung der Wartezeit mehr Raum für Freizeit geschaffen – entsprechend ihrem gestiegenen Grenznutzen. Durch die Verkürzung der Umwege in der Produktion werden die beiden scheinbar widersprüchlichen Signale, die von der Besteuerung ausgehen, gleichzeitig berücksichtigt. Entgegen der Behauptung, dass sich die Besteuerung systematisch „neutral" auf die Produktion auswirke, führt jede Verkürzung der Umwege in den Produktionsmethoden zu einem geringeren Produktionsvolumen. Der Preis, der ausnahmslos für die Besteuerung und für jede Steuererhöhung gezahlt werden muss, ist eine zwangsweise gesenkte Produktivität, die wiederum den Lebensstandard in Bezug auf die für den zukünftigen Konsum bereitgestellten wertvollen Vermögenswerte verringert. Jede Besteuerung führt zwangsläufig dazu, dass kapitalintensive, produktivere Produktionsprozesse zugunsten eines Lebens am Existenzminimum zurückgedrängt werden.

Es ist nicht schwer, die Gültigkeit dieser Schlussfolgerungen zu veranschaulichen, wenn man den allzu vertrauten Fall der Besteuerung von Geldvermögen betrachtet. Solche Vermögenswerte werden nur erworben und gehalten, weil sie zu zukünftigen Zeitpunkten andere wertvolle Vermögenswerte erwerben können. Sie haben überhaupt keinen eigenen Gebrauchswert (wie im Fall von Fiat-Papiergeld) oder dieser Gebrauchswert ist im Vergleich zum Tauschwert unbedeutend (wie im Fall des Goldstandards, bei dem Geld auch einen – wenn auch geringen – Warenwert hat). Vielmehr ist der Wert, der ihnen beigemessen wird, auf ihre zukünftige Kaufkraft zurückzuführen. Wenn der Wert des Geldes jedoch darin besteht, andere zukünftige verfügbare Vermögenswerte darzustellen, werden die Auswirkungen der Besteuerung von Geld sofort deutlich. Am wichtigsten ist, dass eine solche Steuer zusammen mit der Erhöhung des Grenznutzens von Freizeit oder Konsum den Grenznutzen solcher zukünftiger Vermögenswerte erhöht. Diese Änderung in der Konstellation der Anreize übersetzt sich für einen Akteur in verstärkte Versuche, diese Vermögenswerte schneller und in weniger zeitaufwändigen Produktionsprozessen zu erhalten. Die einzigen

Produktionsprozesse, die jetzt systematisch kürzer sind als die der indirekten Erlangung zukünftiger Vermögenswerte durch den früheren Erwerb von Geld, sind die des Erwerbs durch direkten Austausch. Die Besteuerung führt also dazu, dass der Tauschhandel zunehmend die langwierigere, umständliche Produktionsmethode des Geldwechsels ersetzt. Aber auch hier gilt: Die zunehmende Rückkehr zum Tauschhandel ist ein Rückschritt in Richtung wirtschaftlicher Primitivität und Barbarei. Gerade weil die Produktion zum Tauschhandel nur einen äußerst geringen Ertrag brachte, wuchs die Menschheit tatsächlich über diese Entwicklungsstufe hinaus und griff stattdessen zunehmend auf ein System der Produktion zum indirekten Tauschhandel zurück, das zwar eine längere Wartezeit erforderte, aber einen weitaus größeren Ertrag an immer mehr und unterschiedlichen Vermögenswerten brachte, die in den Geldkreislauf einflossen. Jeder Akt der Besteuerung bedeutet einen erzwungenen Rückschritt in diesem Prozess. Es reduziert die Produktion, verringert das Ausmaß der Arbeitsteilung und führt zu einer Verringerung der sozialen und wirtschaftlichen Integration (die, wie man feststellen kann, niemals weltweit hätte werden können, wenn es nicht die Institution des indirekten Geldaustauschs gegeben hätte).

Darüber hinaus hat die allgemeine Tendenz zur zunehmenden Übernahme direkter statt indirekter Austauschmechanismen, die durch jede zwanghafte Beschlagnahme von Geld verursacht wird, auch sehr wichtige Konsequenzen in Bezug auf die Methoden zur Erlangung von Geld selbst. Genau wie bei nicht monetären Vermögenswerten macht es der erhöhte Grenznutzen von Geld zusammen mit dem des Freizeitkonsums auch relativ attraktiver, Geld auf weniger zeitaufwändige Weise zu erwerben. Anstatt es im Gegenzug für wertschöpfende Bemühungen, d.h. im Rahmen eines für beide Seiten vorteilhaften Austauschs, zu erwerben, erhöht die Besteuerung den Anreiz, es schneller und direkter zu erwerben, ohne so mühsame Umwege wie Produktion und Vertrag durchlaufen zu müssen. Das bedeutet zum einen, dass man häufiger versucht, sein Geldvermögen zu vermehren, indem man es einfach vor dem Steuereintreiber versteckt. Andererseits wird sich eine zunehmende Ten-

denz herausbilden, sich Geld durch gewaltsame Beschlagnahmung anzueignen – entweder in illegaler Form, also durch Diebstahl, oder legal, durch die Teilnahme an dem Spiel namens Politik.[9]

Nachdem ich diese allgemeine ökonomische Analyse der Auswirkungen der Besteuerung abgeschlossen habe, mit der sich die heutigen Wirtschaftslehrbuchautoren typischerweise überhaupt nicht befassen, möchte ich mich nun dem zuwenden, was sie typischerweise über die Auswirkungen der Besteuerung unter der Überschrift Steuerinzidenz sagen. Angesichts unserer vorherigen Analyse wird es leicht sein, den fatalen Fehler in solchen Darstellungen zu erkennen. Es ist kaum verwunderlich, dass man bei der Auseinandersetzung mit Einzelheiten leicht in Fehler verfällt, wenn man sich nicht die Mühe gemacht hat, die Grundlagen zu studieren.

Die Standardbeschreibung des Problems der Steuerinzidenz, das am häufigsten anhand des Beispiels einer Verbrauchs- oder Umsatzsteuer veranschaulicht wird, lautet wie folgt:[10] Angenommen, es

---

[9] Hier wird erneut deutlich, was bereits in etwas anderem Zusammenhang in Fußnote 7 oben erläutert wurde: Warum es ein grundlegender Irrtum ist, anzunehmen, dass Steuern einen „neutralen" Effekt auf die Produktion haben könnten, sodass etwaige „negative" Auswirkungen auf die Steuer*zahler* durch entsprechende „positive" Auswirkungen auf die Steuer*ausgeber* ausgeglichen werden könnten. Was bei dieser Art von Argumentation übersehen wird, ist, dass die Einführung der Besteuerung nicht nur bedeutet, Nicht-Produzenten auf Kosten der Produzenten zu bevorzugen. Gleichzeitig verändert es für Produzenten und Nichtproduzenten gleichermaßen die Kosten, die mit verschiedenen Methoden der Einkommensbeschaffung verbunden sind, da es dann relativ kostengünstiger ist, ein zusätzliches Einkommen durch nichtproduktive Mittel zu erzielen, d.h. nicht durch die tatsächliche Produktion von mehr Gütern, sondern durch die Teilnahme am Prozess des nichtvertraglichen Erwerbs bereits produzierter Güter. Wenn eine solche unterschiedliche Anreizstruktur auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe angewendet wird, dann wird die Länge der Produktionsstruktur zwangsläufig verkürzt, was zu einem Rückgang der produzierten Gütermenge führen muss. Siehe hierzu auch Hans-Hermann Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism* (Boston: Kluwer Academic Publishers, 1989), Kap. 4.

[10] Siehe beispielsweise William Baumol und Alan Blinder, *Economics: Principles and Policy* (New York: Harcourt Brace Jovanovich, 1979), S.

wird eine Verbrauchs- oder Umsatzsteuer erhoben. Wer muss die Last dafür tragen? Es ist anerkannt – und ich habe natürlich nicht die Absicht, die Gültigkeit dieser Aussage anzuzweifeln – dass es in gewisser Hinsicht keine Frage ist, dass die Verbraucher die Hauptlast tragen müssen und dies auch ausnahmslos tun. Denn unabhängig von den konkreten Konsequenzen einer solchen Steuer muss es entweder so sein, dass die Verbraucher einen höheren Preis für die gleichen Waren zahlen müssen und dadurch ihr Lebensstandard beeinträchtigt wird, oder es muss so sein, dass die Steuer den Produzenten höhere Kosten auferlegt und die Verbraucher dann wegen einer geringeren Leistung bestraft werden. Allerdings – und hier müssen wir entschieden widersprechen – wird dann argumentiert, dass es eine offene empirische Frage sei, ob die Erhebung einer Steuer den Verbrauchern in der erstgenannten oder in der letztgenannten Weise schadet, wobei die Antwort von der Elastizität der Nachfrage nach den besteuerten Produkten abhängt. Wenn die Nachfrage ausreichend unelastisch ist, dann verlagern die Produzenten die gesamte Last in Form höherer Preise auf die Verbraucher. Wenn sie hochelastisch ist, müssen die Hersteller die Steuer in Form höherer Produktionskosten auffangen, und wenn ein Teil der Nachfragekurve unelastisch und ein anderer Teil elastisch ist (was empirisch gesehen angeblich der häufigste Fall ist), muss die Belastung irgendwie aufgeteilt werden, wobei ein Teil auf die Verbraucher und ein anderer Teil auf die Hersteller abgewälzt wird.

Was ist falsch an dieser Art von Argumentation? Auch wenn es in anderen Worten formuliert ist als in meiner früheren Analyse, fällt doch auf, dass es lediglich auf einer etwas spezifischeren Diskussionsebene wiederholt, was bereits auf einer allgemeineren Ebene als falsch erwiesen wurde: die These, dass Steuern die Produktionsleis-

---

636ff.; Daniel R. Fusfeld, *Economics: Principles of Political Economy*, 3. Aufl. (Glenview, Ill.: Scott, Foresman, 1987), S. 639ff.; Robert Ekelund und Robert Tollison, *Microeconomics*, 2. Aufl. (Glenview, Ill.: Scott, Foresman, 1988), S. 463ff. und 469f.; Stanley Fisher, Rudiger Dornbusch, und Richard Schmalensee, *Microeconomics*, 2. Aufl. (New York: McGraw Hill, 1988), S. 385f.

tung verringern können oder auch nicht, dass es keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Steuern und Produktionsleistung gibt und dass es empirisch möglich sein muss, dass eine Steuer ausschließlich den Konsum beeinflusst, während die Produktion unberührt bleibt. Die Annahme, dass Steuern ganz oder teilweise auf die Verbraucher abgewälzt werden können, wie es in Lehrbüchern zur Steuerinzidenz dargestellt wird, bedeutet lediglich, dass eine Steuer keine negativen Auswirkungen auf die Produktion haben darf. Denn wenn es möglich wäre, einen beliebigen Steuerbetrag auf die Verbraucher abzuwälzen, würde dieser Betrag eine „Nicht-Produktionssteuer" darstellen, also eine Steuer, die ausschließlich auf den Verbrauch erhoben wird.[11]

Um die typische Lehrbuchanalyse zu widerlegen, könnte man einfach auf unsere vorherige Diskussion zurückgreifen, die zu dem Schluss führte, dass jede Steuer, die Personen auferlegt wird, die durch Zeitpräferenz eingeschränkt sind, die Produktion über alle negativen Konsequenzen hinaus negativ beeinflussen muss, die sie für den Konsum mit sich bringt. Ich werde hier jedoch einen etwas anderen Argumentationsweg wählen, um im Wesentlichen den gleichen Punkt zu machen und damit die spezifischere These aufzustellen, dass kein Betrag einer Steuer auf die Verbraucher verlagert werden kann. Etwas anderes anzunehmen bedeutet, etwas offenkundig Unmögliches anzunehmen.

Die Absurdität der Doktrin der Steuerverlagerung wird deutlich, sobald man versucht, sie auf den Fall eines einzelnen Akteurs anzuwenden, der kontinuierlich in beiden Rollen agiert – als Produzent und als Konsument. Für einen solchen Produzenten-Konsumenten läuft die Doktrin auf folgenden Vorschlag hinaus: Wenn er mit einem Anstieg der Kosten für den Erwerb eines zukünftigen Gutes konfrontiert ist – also einem Anstieg, den er selbst als kostensteigerndes Ereignis wahrnimmt – dann verlagert er diese höheren Kosten auf sich selbst, indem er dem zu erwerbenden Gut einen entsprechend höheren Wert beimisst, wodurch er seine alte Gewinnspanne

[11] Zur Unmöglichkeit einer reinen Verbrauchssteuer vgl. auch Rothbard, *Power and Market*, S. 108ff.

wiederherstellt, seine Rolle als Produzent unverändert und unbeeinträchtigt bleibt und restriktive Anpassungen ausschließlich in seiner Rolle als Konsument erforderlich sind. Oder, noch drastischer formuliert, was seine wertschöpfenden Bemühungen angeht, macht eine Steuer für den Einzelnen keinen Unterschied, weil er das noch zu produzierende Gut erst entsprechend mehr zu wertschätzen beginnt.

Eine einfache Überlegung zeigt, dass diese Absurdität auf einer grundlegenden konzeptionellen Verwirrung beruht: Die Vorverlagerungsdoktrin entsteht dadurch, dass man bei der Analyse nicht berücksichtigt, dass man von einer gegebenen Nachfrage ausgehen muss – und dass man davon ausgehen muss, weil sie tatsächlich zu jedem Zeitpunkt gegeben ist. Jede Analyse, die den Überblick darüber verliert, ist fehlerhaft, denn wenn man davon ausgeht, dass sich die Nachfrage verändert hat, dann wäre alles möglich: Die Produktion könnte steigen, sinken oder unverändert bleiben. Wenn ich Tee produziere und Tee besteuert wird und davon ausgegangen wird, dass der Nachfrageplan für Tee gleichzeitig steigt, dann ist es natürlich möglich, dass die Leute jetzt bereit sind, einen höheren Preis für Tee zu zahlen als früher. Dies ist jedoch offensichtlich keine Vorverlagerung der Steuer, sondern das Ergebnis einer Veränderung der Nachfrage. Diese Möglichkeit unter der Überschrift der Steuer-Inzidenz-Analyse darzustellen, ist schlichter Unsinn: Es ist in der Tat eine Analyse der ganz anderen Frage, wie sich Preisänderungen auf die Nachfrage auswirken und hat nichts mit den Auswirkungen der Besteuerung zu tun. Die Verwirrung hier ist genauso groß wie die, die man erleben würde, wenn jemand die Aussage, dass ein Apfel und ein weiterer Apfel zusammen zwei ergeben, „widerlegen" würde, indem er sagt: „Nein, ich habe gerade einen weiteren Apfel hinzugefügt, und schau, hier sind nicht zwei, sondern drei Äpfel." Es ist schwer, mit solchem Unsinn in der Mathematik davonzukommen; in der Ökonomie ist die Orthodoxie eine kaum weniger absurde Doktrin.

Wenn man jedoch logischerweise davon ausgeht, dass die Nachfrage gegeben ist, wenn man die Frage zu beantworten versucht, ob

eine Steuer nach vorne verlagert werden kann oder nicht, muss jede Steuer als ein Ereignis interpretiert werden, das ausschließlich die Angebotsseite betrifft: Sie verringert das den Anbietern zur Verfügung stehende Angebot.[12] Jede andere Schlussfolgerung würde einer Leugnung dessen gleichkommen, was von Anfang an angenommen worden war – dass tatsächlich eine Steuer erhoben worden war und von den Herstellern auch als solche wahrgenommen wurde. Zu sagen, dass sich bei jeder Steuererhebung nur die Angebotskurve verschiebt (während die Nachfragekurve unverändert bleibt), bedeutet nichts anderes, als dass die gesamte Steuerlast tatsächlich von den Anbietern getragen werden muss. Allerdings würde die Verschiebung der Angebotskurve nach links dazu führen, dass die Preise steigen und die Verbraucher natürlich geschädigt würden, wenn sie diese höheren Preise zahlen müssten und sich nur eine geringere Menge an Waren zu einem solchen Preis leisten könnten.[13] Dass Verbraucher jedoch ausnahmslos durch Steuern geschädigt werden, wurde natürlich nie bezweifelt, wie man sich erinnern sollte. Es ist jedoch ein Irrglaube, dass dieser höhere Preis eine Verlagerung der Steuerlast von den Herstellern auf die Verbraucher darstellt. Vielmehr werden die Verbraucher hier „nur" dadurch geschädigt, dass den Produzenten Schaden zugefügt wird, die trotz höherer Preise für ihre Lieferungen die Hauptlast tragen müssen.[14] Man muss sich fragen, warum ein Unternehmer, wenn er tatsächlich einen beliebigen Betrag der Steuerlast von sich weg und auf die Verbraucher verlagern könnte, dies nicht bereits getan hätte, indem er freiwillig eine Steuer auf sich selbst erhoben hätte, anstatt auf die tatsächliche Zwangssteuer zu warten! Die Antwort ist klar: Er ist bei seiner Preisgestaltung jederzeit durch die tatsächlich vorhandene Nachfrage ein-

[12] Baumol und Blinder, *Economics: Principles and Policy*, S. 636, stellen die *Nachfrage*kurve als Reaktion auf eine Steueränderung dar.

[13] Um Missverständnisse zu vermeiden: Soweit die Lehrbuchanalysen der Steuerinzidenz auf diese Tatsache hinweisen, sind sie natürlich völlig korrekt. Es ist die Interpretation dieses Phänomens, die sie geben, die grundlegend verwirrt ist!

[14] Siehe hierzu auch Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 809.

geschränkt. Der von jedem Unternehmer festgelegte Preis wird mit der Erwartung festgelegt, dass ein höherer Preis als der tatsächlich gewählte zu einem geringeren Gesamtumsatz führen würde. Andernfalls würde er den Preis erhöhen, wenn er davon ausgeht, dass ein höherer Preis zu einem höheren Umsatz führt. Solange ein Unternehmer davon ausgeht, dass die Nachfrage innerhalb der Region jeder betrachteten Preisklasse unelastisch ist, wird er dies ausnutzen und den höheren Preis wählen. Er hört auf, die Preise zu erhöhen und begnügt sich mit einem bestimmten Preis, weil seine Erwartungen umgekehrt sind und er erwartet, dass die Nachfragekurve über diesem Preis elastisch ist. Diese Erwartungen in Bezug auf unelastische und elastische Teile der Nachfragekurve ändern sich überhaupt nicht, wenn der Unternehmer mit einer Steuer konfrontiert wird. Damals wie heute geht er davon aus, dass höhere Preise zu Umsatzeinbußen führen werden. Somit ist es offensichtlich ausgeschlossen zu argumentieren, dass er sich der Steuerlast entziehen könnte. Wenn der Preis infolge des geringeren Angebots nun steigt, muss diese Aufwärtsbewegung in einen elastischen Teil der Nachfragekurve erfolgen, und der Unternehmer muss daher vermutlich den vollen Preis dafür in Form von geringeren Einnahmen zahlen. Jede andere Schlussfolgerung ist logisch fehlerhaft. Nur wenn der Unternehmer eine zeitgleich mit der Besteuerung eintretende Nachfrageänderung erwartet, könnte er seinen Preis ändern, ohne dadurch Verluste zu erleiden. Wenn er beispielsweise davon ausgeht, dass die Nachfrage gestiegen ist, sodass die Nachfragekurve oberhalb des derzeitigen Preises nun eher unelastisch als elastisch verläuft, kann er den Preis ohne Nachteile erhöhen. Auch hier handelt es sich nicht um eine Vorverlagerung der Steuer. Es ist eine erhöhte Nachfrage. Mit oder ohne Steuer hätte der Unternehmer exakt gleich gehandelt. Die Steuer hat mit solchen Preisänderungen nichts zu tun. In jedem Fall ist die Steuer ausschließlich und vollständig von den Lieferanten des besteuerten Gutes zu entrichten.[15]

[15] Sollte eine Steuer keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Angebot haben, wie dies kurzfristig der Fall sein kann, dann folgt aus der obigen Analyse, dass sich der Preis überhaupt nicht ändern wird. Denn eine Er-

II.

Es kann also kein Zweifel daran bestehen, dass Steuern die Produktion und damit den Lebensstandard des Verbrauchers ausnahmslos reduzieren. Wie auch immer man es dreht und wendet, man kommt nicht um die Schlussfolgerung herum, dass Besteuerung ein Mittel ist, um die Bildung von Vermögen zu behindern und damit eine relative Verarmung herbeizuführen.

Damit komme ich zu meinem zweiten Thema: der Soziologie der Besteuerung. Wenn Besteuerung ein Instrument zur Zerstörung von Vermögensbildung ist, dann stellt sich sofort die drängende Frage, wie es zu erklären ist, dass es Besteuerung gibt, dass sie immer mehr zunimmt, dass wir insbesondere in den letzten hundert Jahren einen stetigen Anstieg nicht nur des absoluten, sondern auch des relativen Steueraufkommens erlebt haben und dass die Institutionen, die in diesem Prozess eine Vorreiterrolle spielen, nämlich die Steuerstaaten der westlichen Welt, gleichzeitig immer mächtigere Positionen in der internationalen Politik eingenommen haben und den Rest der Welt zunehmend dominieren.

Mit diesen Fragen verlässt man den Bereich der Wirtschaftstheorie. Ökonomie beantwortet die Frage „Was ist die Konsequenz, wenn Steuern eingeführt werden?“ Sie leitet ihre Antwort aus einem Verständnis der Bedeutung von Handlung und der Bedeutung von Besteuerung als eine bestimmte Art von Handlung ab. Warum es Besteuerung gibt, ist Gegenstand von Psychologie, Geschichte oder Soziologie. Die Ökonomie oder vielmehr die Praxeologie erkennt an, dass alle Handlungen von Ideen bestimmt werden, richtig oder falsch, gut oder schlecht. Aber sie versucht nicht zu erklären, was diese Ideen sind und wie Menschen dazu kommen, an ihnen festzuhalten oder sie zu verändern. Vielmehr geht sie davon aus, dass sie

---

höhung als Reaktion auf die Steuer würde erneut bedeuten, dass sie in einen elastischen Bereich der Nachfragekurve gedrängt würde. Auf lange Sicht muss das Angebot relativ reduziert werden und die Preise müssen sich in diese Region bewegen. In jedem Fall findet keine Vorverlagerung statt. Siehe hierzu auch Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 807ff.; ebd., *Power and Market*, S. 88ff.

gegeben sind und zielt darauf ab, die logischen Konsequenzen zu erklären, die sich aus dem Handeln durch sie ergeben, was auch immer sie sind. Geschichte und Soziologie fragen, was diese Ideen sind, wie Menschen zu ihnen gelangen und warum sie so handeln, wie sie handeln.[16]

Auf einer sehr abstrakten Ebene lautet die Antwort auf die Frage, warum es eine stetig steigende Besteuerung gibt: Die Grundursache dafür ist eine langsame, aber dramatische Veränderung der Vorstellung von Gerechtigkeit, die in der öffentlichen Meinung stattgefunden hat.

Lassen Sie mich das erklären. Man kann Eigentum entweder durch Bewirtschaftung, Produktion oder Verträge erwerben oder aber durch Enteignung und Ausbeutung von Bewirtschaftern, Pro-

[16] Diese Unterscheidung zwischen Ökonomie und Geschichte oder Soziologie zu treffen, bedeutet natürlich nicht, dass Ökonomie für diese letzteren Disziplinen keine Bedeutung hat. Tatsächlich ist die Ökonomie für alle anderen Sozialwissenschaften unverzichtbar. Während das Gegenteil nicht der Fall ist, kann die Ökonomie ohne historisches oder soziologisches Wissen entwickelt und weiterentwickelt werden. Die einzige Folge davon ist, dass eine solche Ökonomie wahrscheinlich nicht sehr interessant wäre, da sie ohne Berücksichtigung realer Beispiele oder Anwendungsfälle geschrieben würde (als ob man über die Ökonomie der Besteuerung schreiben würde, obwohl es in der gesamten Geschichte noch nie ein tatsächliches Beispiel davon gegeben hätte), denn sie würde formulieren, was in der sozialen Welt unmöglich passieren könnte oder was passieren müsste, vorausgesetzt, dass bestimmte Bedingungen tatsächlich erfüllt wären. Daher ist jede historische oder soziologische Erklärung logisch durch die Gesetze eingeschränkt, wie sie von der Wirtschaftstheorie vertreten werden, und jede Darstellung eines Historikers oder Soziologen, die gegen diese Gesetze verstößt, muss als letztendlich verwirrt behandelt werden. Zur Beziehung zwischen Wirtschaftstheorie und Geschichte siehe auch Ludwig von Mises, *Theory and History* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1985); Hans-Hermann Hoppe, *Praxeology and Economic Science* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988).

duzenten oder Vertragspartnern. Es gibt keine anderen Möglichkeiten.[17] Beide Methoden sind natürlich für die Menschheit.

Neben der Produktion und dem Vertragswesen gab es schon immer einen Prozess des nichtproduktiven und nichtvertraglichen Erwerbs von Eigentum. So wie sich produktive Unternehmen zu Firmen und Unternehmen entwickeln können, so kann das Geschäft der Enteignung und Ausbeutung in größerem Maßstab stattfinden und sich zu Regierungen und Staaten entwickeln.[18] Dass es Steuern gibt und dass der Trend zu höheren Steuern geht, sollte kaum überraschen. Denn die Idee der unproduktiven oder nicht vertraglichen Aneignungen ist fast so alt wie die Idee der produktiven, und jeder – der Ausbeuter sicherlich nicht weniger als der Produzent – zieht ein höheres Einkommen einem niedrigeren vor.

Die entscheidende Frage ist: Was kontrolliert und schränkt die Größe und das Wachstum eines solchen Unternehmens ein?

Es sollte klar sein, dass die Beschränkungen hinsichtlich der Größe von Unternehmen, die sich mit der Enteignung von Produzenten und Vertragspartnern befassen, sich grundlegend von denen unterscheiden, die die Größe von Unternehmen begrenzen, die im produktiven Austausch tätig sind. Entgegen der Behauptung der Public Choice School machen Regierung und private Unternehmen

[17] Siehe hierzu auch Franz Oppenheimer, *The State* (New York: Vanguard Press, 1914), insbesondere S. 24–27; Rothbard, *Power and Market*, Kap. 2; Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism*, Kap. 2.

[18] Zur Staatstheorie, wie sie im Folgenden entwickelt wird, siehe – zusätzlich zu den in Anmerkung 17 zitierten Werken – insbesondere Herbert Spencer, *Social Statics* (New York: Schalkenbach Foundation, 1970); Auberon Herbert, *The Right and Wrong of Compulsion by the State* (Indianapolis: Liberty Fund, 1978); Albert J. Nock, *Our Enemy, the State* (Tampa, Fla.: Hallberg Publishing, 1983); Murray N. Rothbard, *For a New Liberty* (New York: Macmillan, 1978); ders., *The Ethics of Liberty* (Atlantic Highlands, N.J.: Humanities Press, 1982); Hans-Hermann Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987); Anthony de Jasay, *The State* (Oxford: Blackwell, 1985).

im Wesentlichen nicht die gleiche Art von Geschäft. Sie sind in kategorisch unterschiedlichen Betriebsarten tätig.[19]

---

[19] Diese zentrale Idee der Public Choice School wurde von ihren vordersten Vertretern wie folgt zum Ausdruck gebracht:

> Sowohl das wirtschaftliche Verhältnis als auch das politische Verhältnis stellen eine Zusammenarbeit von zwei oder mehr Individuen dar. Der Markt und der Staat sind beides Mittel, durch die Kooperation organisiert und ermöglicht wird. Männer kooperieren durch den Austausch von Waren und Dienstleistungen auf organisierten Märkten, und eine solche Zusammenarbeit impliziert gegenseitigen Gewinn. Die Person geht eine Tauschbeziehung ein, in der sie ihre eigenen Interessen verfolgt, indem sie ein Produkt oder eine Dienstleistung anbietet, die für die andere Partei der Transaktion von direktem Nutzen ist. Im Grunde ist politisches oder kollektives Handeln unter der individualistischen Sicht des Staates ähnlich. Zwei oder mehr Personen finden es gegenseitig vorteilhaft, ihre Kräfte zu bündeln, um bestimmte gemeinsame Ziele zu erreichen. In einem sehr realen Sinne „tauschen" sie Ressourcen aus und widmen sie dem Aufbau des Gemeinwohls. (James M. Buchanan und Gordon Tullock, *The Calculus of Consent* [Ann Arbor: University of Michigan Press], S. 192)

Das Erstaunlichste an einer solchen „neuen Theorie der Politik" ist sicherlich, dass irgendjemand sie ernst nimmt. Bemerkungen von Joseph A. Schumpeter zu solchen Ansichten:

> Eine Theorie, die Steuern analog zu Clubbeiträgen oder dem Kauf einer Dienstleistung, beispielsweise einer ärztlichen Behandlung, interpretiert, beweist nur, wie weit dieser Teil der Sozialwissenschaften von wissenschaftlichen Denkgewohnheiten entfernt ist. (*Capitalism, Socialism and Democracy* [New York: Harper, 1942], S. 198)

Und H.L. Mencken äußert sich zu einer These wie der von Buchanan und Tullock wie folgt:

> Der Durchschnittsmensch, unabhängig von seinen sonstigen Irrtümern, sieht zumindest klar, dass die Regierung etwas ist, das außerhalb seiner selbst und außerhalb der Allgemeinheit seiner Mitmenschen liegt – dass sie eine separate, unabhängige und oft feindselige Macht ist, die nur teilweise seiner Kontrolle unterliegt und ihm großen Schaden zufügen kann… Ist es eine Tatsache ohne Bedeutung, dass der Raub an der Regierung überall als ein Verbrechen angesehen wird, das weniger schwerwiegend ist als der Raub an einer Ein-

Die Größe eines produktiven Unternehmens wird einerseits durch die Verbrauchernachfrage (die der erreichbaren Gesamtleistung eine definitive Grenze setzt) und andererseits durch die Konkurrenz anderer Produzenten eingeschränkt, die jedes Unternehmen kontinuierlich dazu zwingt, mit den geringstmöglichen Kosten zu arbeiten, wenn es im Geschäft bleiben möchte. Damit ein solches Unternehmen wachsen kann, müssen die dringendsten Verbraucherbedürfnisse auf die effizienteste Weise bedient werden. Nichts außer freiwillige Verbrauchereinkäufe unterstützen seine Größe.

Die Einschränkungen für die andere Art von Unternehmen, von Regierung oder Staat, sind völlig unterschiedlich. Zum einen ist es absurd zu sagen, dass seine Größe von der Nachfrage im gleichen Sinne bestimmt wird, wie die Größe eines privaten Unternehmens von der Nachfrage bestimmt wird. Man kann keinesfalls behaupten, dass die Bewirtschafter, Produzenten und Vertragspartner, die einen Teil ihres Vermögens an eine Regierung abgeben müssen, eine solche Dienstleistung gefordert hätten. Stattdessen müssen sie dazu gezwungen werden, sie zu akzeptieren, und dies ist ein schlüssiger Beweis dafür, dass die Dienstleistung überhaupt nicht gefragt ist. Daher kann die Nachfrage nicht als Grenze für die Größe der Regierung angesehen werden. Insofern er wächst, wächst der Staat, indem er in offenem *Widerspruch* zur Nachfrage handelt.

---

zelperson oder sogar an einem Unternehmen? ... Wenn ein privater Bürger ausgeraubt wird, wird ein würdiger Mensch der Früchte seiner Arbeit und Sparsamkeit beraubt; wenn die Regierung ausgeraubt wird, ist das Schlimmste, was passieren kann, dass bestimmte Gauner und Faulenzer weniger Geld zum Verprassen haben als zuvor. Der Gedanke, dass sie dieses Geld verdient haben, kommt ihnen nie in den Sinn; für die meisten vernünftigen Menschen wäre das lächerlich. Sie sind schlicht Schurken, die durch Gesetzesunfälle ein etwas zweifelhaftes Recht auf eine Beteiligung am Verdienst ihrer Mitmenschen haben. Wenn dieser Anteil durch private Unternehmen verringert wird, ist das Geschäft insgesamt weitaus lobenswerter als wenn dies nicht geschieht. (*A Mencken Chrestomathy* [New York: Vintage Books, 1949] S. 146–47)

Der Staat ist auch nicht in der gleichen Weise durch den Wettbewerb eingeschränkt wie ein produktives Unternehmen. Im Gegensatz zu einem solchen Unternehmen darf der Staat seine Betriebskosten nicht auf einem Minimum halten, sondern kann über den Mindestkosten operieren, weil er in der Lage ist, seine höheren Kosten auf die Wettbewerber zu verlagern, indem er ihr Verhalten besteuert oder reguliert. Somit kann auch die Größe des Staates nicht als durch den Kostenwettbewerb eingeschränkt angesehen werden. Soweit er wächst, tut er dies trotz der Tatsache, dass er *nicht* kosteneffizient ist.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Größe des Staates keinerlei Beschränkungen unterliegt und dass die historischen Schwankungen in der Größe von Staaten lediglich zufällige Entwicklungen sind. Es heißt lediglich, dass die Beschränkungen für eine „starke Regierung" grundlegend anders sein müssen.

Anstatt durch Kosten- und Nachfragebedingungen eingeschränkt zu werden, wird das Wachstum eines ausbeuterischen Unternehmens durch die öffentliche Meinung eingeschränkt:[20] Es wird nicht freiwillig unterstützt, sondern wendet von Natur aus Zwang an. Auf der anderen Seite derselben Medaille bedeutet Zwang, Opfer zu schaffen, und Opfer sind keine Unterstützer, sondern aktive oder passive Widerständler der Größe eines Unternehmens. Es ist denkbar, dass dieser Widerstand bei einem Mann oder einer Gruppe von Männern, die einen oder vielleicht zwei oder drei andere ausbeuten, oder einer anderen Gruppe von ungefähr derselben Größe dauerhaft mit Gewalt gebrochen werden kann. Es ist jedoch unvorstellbar, dass Gewalt allein den Zusammenbruch des Widerstands in dem eigentlich bekannten Fall kleiner Minderheiten erklären kann, die ihr Geschäft der Enteignung und Ausbeutung von Bevölkerungen betreiben, die das Zehn-, Hundert- oder Tausendfache ihrer Größe aus-

[20] Siehe hierzu auch Murray N. Rothbard, „The Anatomy of the State" in ebd., *Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays* (Washington, D.C.: Libertarian Review Press, 1974), insb. S. 37-42.

machen.[21] Damit dies geschieht, muss ein solches Unternehmen zusätzlich zu seiner Zwangsgewalt öffentliche Unterstützung erhalten. Eine Mehrheit der Bevölkerung muss ihren Betrieb als legitim akzeptieren. Diese Akzeptanz kann von aktiver Begeisterung bis hin zu passiver Resignation reichen. Es muss jedoch eine Akzeptanz in dem Sinne vorhanden sein, dass die Mehrheit die Idee aufgegeben haben muss, sich aktiv oder passiv gegen jeden Versuch zu wehren, unproduktive und nicht vertraglich vereinbarte Eigentumsübernahmen durchzusetzen. Anstatt Empörung über solche Handlungen zu zeigen, Verachtung für alle zu empfinden, die sich daran beteiligen, und nichts zu unternehmen, um ihnen zum Erfolg zu verhelfen (ganz zu schweigen davon, sie aktiv zu behindern), muss eine Mehrheit sie aktiv oder passiv unterstützen. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich erklären, wie die Wenigen die Vielen regieren können. Die staatlich unterstützende öffentliche Meinung muss dem Widerstand der geschädigten Grundstückseigentümer so weit entgegenwirken, dass aktiver Widerstand zwecklos erscheint.

Der Zustand der öffentlichen Meinung schränkt die Größe des Staates auch in anderer Hinsicht ein. Jedes Unternehmen im großen Geschäft der Eigentumsenteignung muss natürlich darauf abzielen, ein Monopolist in einem bestimmten Gebiet zu sein, denn in einem solchen Geschäft kann man nur gedeihen, solange es etwas gibt, das enteignet werden kann. Wenn jedoch Wettbewerb im Geschäft der Enteignung erlaubt wäre, gäbe es offensichtlich nichts mehr zu nehmen. Um im Geschäft zu bleiben, muss man also ein Monopolist sein.

---

[21] Man könnte meinen, dass die Regierung ein solches Kunststück vollbringen könnte, indem sie lediglich ihre Waffen verbessert: indem sie sozusagen mit Atombomben statt mit Pistolen und Gewehren droht. Da jedoch realistischerweise davon ausgegangen werden muss, dass das technologische Know-how solcher verbesserten Waffen kaum geheim gehalten werden kann, insbesondere wenn es tatsächlich angewendet wird, verbessern sich mit den verbesserten Instrumenten des Staates, um den Opfern Angst zu vermitteln, auch die Möglichkeiten, Widerstand zu leisten. Daher müssen solche Fortschritte als Erklärung für das, was erklärt werden muss, ausgeschlossen werden.

Auch wenn es keinen internen Wettbewerb gibt, besteht immer noch Wettbewerb zwischen Regierungen, die in *verschiedenen* Gebieten tätig sind, und es ist dieser Wettbewerb, der der Größe der Regierung strenge Grenzen setzt. Einerseits eröffnet es die Möglichkeit, dass Menschen mit den Füßen gegen eine Regierung stimmen und ihr Territorium verlassen können, wenn sie andere Territorien als weniger ausbeuterische Lebensbedingungen wahrnehmen. Jeder Staat muss dies als ein entscheidendes Problem betrachten, denn er lebt buchstäblich von einer Bevölkerung, und jeder Bevölkerungsverlust ist somit ein Verlust des potenziellen Staatseinkommens.[22] Auch hier ist der Zustand der öffentlichen Meinung von größter Bedeutung für die Aufrechterhaltung der ausbeuterischen Herrschaft. Nur wenn es dem Staat gelingt, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass das eigene Staatsgebiet im Vergleich zu anderen günstig oder zumindest erträglich gut abschneidet, kann er seine Position sichern und ausbauen.

Die öffentliche Meinung spielt auch bei zwischenstaatlicher Aggression eine entscheidende Rolle. Auch wenn dies keine logische Notwendigkeit ist, macht es die Natur eines Staates als ausbeuterisches Unternehmen dennoch sehr wahrscheinlich (nicht zuletzt wegen des gerade angesprochenen Problems der Bevölkerungsbewegungen), dass er sich an Aggressionen gegen ein „fremdes" Territorium beteiligt oder sich gegen solche Aggressionen anderer Staaten verteidigen muss.[23] Um solche zwischenstaatlichen Kriege oder kriegsähnlichen Handlungen erfolgreich zu überstehen, muss ein Staat außerdem über ausreichende (relativ gesehen) wirtschaftliche Ressourcen verfügen, die allein seine Handlungen nachhaltig machen. Diese Ressourcen können jedoch nur von einer produktiven

[22] Man beobachte nur die allzu zahlreichen Staaten, die so weit gehen, jeden ohne Gnade zu erschießen, der keine andere Sünde begangen hat, als zu versuchen, ein Territorium zu verlassen und woanders hinzuziehen!

[23] Zur intimen Beziehung zwischen Staat und Krieg vgl. die wichtige Studie von Ekkehart Krippendorff, *Staat und Krieg* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1985); ebenso Charles Tilly, „War Making and State Making as Organized Crime" in Peter Evans et al., Hrsg., *Bringing the State Back In* (Cambridge: Cambridge University Press, 1985).

Bevölkerung bereitgestellt werden. Um also die Mittel zu sichern, die notwendig sind, um Kriege zu gewinnen und nicht mit einer nachlassenden Produktivität konfrontiert zu werden, entpuppt sich die öffentliche Meinung während des Krieges erneut als die entscheidende Variable, die die Größe der Regierung kontrolliert. Nur wenn die Unterstützung der Bevölkerung für den Krieg des Staates besteht, kann er aufrechterhalten und möglicherweise gewonnen werden.

Schließlich begrenzt der Zustand der öffentlichen Meinung die Größe der Regierung noch auf eine dritte Weise. Während der Staat seine Position gegenüber der ausgebeuteten Bevölkerung durch Zwang und die erfolgreiche Verwaltung der öffentlichen Meinung beibehält, um seine eigene innere Ordnung aufrechtzuerhalten, die die Beziehungen zwischen den verschiedenen Regierungszweigen und seinen Mitarbeitern regelt, steht ihm nichts anderes zur Verfügung als die öffentliche Meinung, denn offensichtlich existiert niemand außerhalb des Staates, der ihm seine internen Regeln aufzwingen könnte. Vielmehr muss die Durchsetzung ausschließlich durch eine unterstützende öffentliche Meinung unter den Staatsbediensteten selbst in den verschiedenen Zweigen der Regierung erfolgen.[24]

---

[24] Diese Erkenntnis (die alle Behauptungen über die Unmöglichkeit des Anarchismus widerlegt, indem sie zeigt, dass die Beziehungen innerhalb von Regierungen tatsächlich ein Fall von – politischer – Anarchie sind) wurde in einem äußerst wichtigen Artikel von Alfred G. Cuzán erläutert: „Do We Ever Really Get Out of Anarchy" (Entkommen wir jemals wirklich der Anarchie?), *Journal of Libertarian Studies* 3, Nr. 2 (1979).

> Wo immer irdische Regierungen gegründet werden oder existieren, ist Anarchie für alle Mitglieder der Gesellschaft, die normalerweise als Untertanen oder Bürger bezeichnet werden, offiziell verboten. Sie können sich nicht mehr zu ihren eigenen Bedingungen aufeinander beziehen… Vielmehr müssen alle Mitglieder der Gesellschaft eine externe „Drittpartei" – eine Regierung – in ihre Beziehungen aufnehmen, eine Drittpartei mit den Zwangsbefugnissen, seine Urteile durchzusetzen und Kritiker zu bestrafen… Eine solche „Drittpartei"-Vereinbarung für die Gesellschaft existiert jedoch nicht unter denen, die selbst die Regierungsgewalt ausüben. Mit anderen Worten, es gibt keine „Drittpartei", der Entscheidungen zwischen

Das heißt, der Präsident kann den General nicht zwingen, in den Krieg zu ziehen – tatsächlich wäre die größere physische Stärke wahrscheinlich auf der Seite des Generals; und der General wiederum kann seine Soldaten nicht zwingen, zu kämpfen und zu töten – tatsächlich könnten sie ihn jederzeit vernichten. Präsident und General können nur aufgrund einer günstigen innerstaatlichen öffentlichen Meinung und nur insoweit erfolgreich sein, als die überwältigende Mehrheit der Staatsbediensteten ihr Handeln zumindest passiv als legitim unterstützt. Wenn in den verschiedenen Regierungszweigen eine große Mehrheit strikt gegen die Durchsetzung der Politik des Präsidenten wäre, könnte diese nicht erfolgreich umgesetzt werden. Ein General, der glaubt, dass die meisten seiner Soldaten den Krieg für unrechtmäßig halten, oder der glaubt, dass das Parlament, das Finanzamt, die große Mehrheit der Lehrer und die sogenannten sozialpolitischen Einrichtungen solche Maßnahmen als empörend ansehen und offen ablehnen, würde vor einer unlösbaren Aufgabe stehen, auch wenn er selbst den Befehl des Präsidenten unterstützen würde.[25]

---

den einzelnen Mitgliedern, aus denen der Dritte selbst besteht, trifft und durchsetzt. Die Herrschenden befinden sich nach wie vor in einem Zustand der Anarchie *zueinander*. Sie schlichten Streitigkeiten *untereinander*, ohne Rücksicht auf eine Regierung (eine Körperschaft außerhalb ihrer selbst). Anarchie existiert immer noch. Nur während es ohne Regierung Markt oder natürliche Anarchie war, ist es jetzt eine *politische* Anarchie, eine Anarchie innerhalb der Macht. (Cuzán, S. 152–53)

[25] Einer der klassischen Ausleger dieser Idee ist David Hume. In seinem Aufsatz „Of The First Principles of Government" schreibt er:

Nichts erscheint denen, welche die menschlichen Angelegenheiten mit einem philosophischen Blick betrachten, erstaunlicher als die Leichtigkeit, mit der die Vielen von den Wenigen regiert werden; und die stillschweigende Unterwerfung, mit der die Menschen auf ihre eigenen Gefühle und Leidenschaften zugunsten derjenigen ihrer Herren verzichten. Fragt man sich, mithilfe welcher Mittel dieses Wunder bewirkt wird, so stellt man fest, dass die Macht immer auf Seiten der Regierten ist, die Regierenden sich auf nichts anderes stützen können als auf die Meinung. Nur auf Meinung ist also die Regierung gegründet; und diese Maxime gilt für die despotischsten

Da nun nicht mehr die Nachfrage und die Kostenbedingungen, sondern die öffentliche Meinung als einschränkende Kraft für die Größe des Staates identifiziert wurde, kehre ich zu meiner ursprünglichen Erklärung des Phänomens der ständig steigenden Besteuerung als „einfach" eine Veränderung der vorherrschenden Ideen zurück.

Wenn es die öffentliche Meinung ist, die letztlich die Größe eines ausbeuterischen Unternehmens begrenzt, dann ist eine Erklärung seines Wachstums in rein ideologischen Begriffen gerechtfertigt. Tatsächlich muss jede andere Erklärung, die sich nicht auf ideologische Veränderungen, sondern auf Veränderungen der „objektiven" Bedingungen bezieht, als falsch angesehen werden. Die Größe der Regierung nimmt nicht aufgrund objektiver Ursachen zu, über die Ideen keine Kontrolle haben, und schon gar nicht, weil es eine Nachfrage danach gibt. Sie wächst, weil sich die in der öffentlichen Meinung vorherrschenden Vorstellungen davon, was gerecht und was falsch ist, geändert haben. Was einst von der öffentlichen Meinung als Skandal angesehen und auch so behandelt wurde, wird zunehmend als legitim akzeptiert.

Was ist in Bezug auf die Vorstellung der Öffentlichkeit von Gerechtigkeit geschehen?[26]

Nach dem Untergang des Römischen Reiches verfiel Westeuropa allmählich in ein äußerst anarchisches System von Territorien, die von kleinen feudalen Regierungen beherrscht wurden. Unterstützt durch diese internationale Anarchie, die dazu tendierte, die interne Macht jeder einzelnen Regierung zu schwächen und Bevölkerungs-

---

und kriegerischsten Regierungen ebenso wie für die freiesten und beliebtesten. Der Sultan von Ägypten oder der Kaiser von Rom konnten ihre harmlosen Untertanen wie wilde Tiere gegen deren Gefühle und Neigungen vorantreiben, aber sie mussten zumindest ihre *Mamelucken* oder *Prätorianer* wie Männer nach deren Meinung führen. (*Essays, Moral, Political and Literary* [Oxford: Oxford University Press, 1971], S. 19)

[26] Siehe dazu insbesondere auch Murray N. Rothbard, „Left and Right: The Prospects for Liberty" in ebd., *Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays*.

bewegungen zu erleichtern[27], und genährt durch die Ideologie des Naturrechts und der natürlichen Rechte, die sich innerhalb der intellektuellen Elite der katholischen Kirche zu einer immer mächtigeren Theorie entwickelte, kam der unverkennbare Instinkt des Menschen zum Tragen, dass nur Privateigentum mit der Natur des rationalen Menschen vereinbar ist.[28] Es entstanden kleine Zentren, in denen die

---

[27] Die Bedeutung der internationalen Anarchie für die Erosion des Feudalismus und den Aufstieg des Kapitalismus wurde von Jean Baechler, *The Origins of Capitalism* (New York: St. Martin's Press, 1976), insbesondere Kap. 7, zu Recht hervorgehoben. Er schreibt: „Die ständige Expansion des Marktes, sowohl in der Ausdehnung als auch in der Intensität, war das Ergebnis des Fehlens einer politischen Ordnung, die sich über ganz Westeuropa erstreckte" (S. 73). „Die Expansion des Kapitalismus verdankt seinen Ursprung und seine Daseinsberechtigung der politischen Anarchie… Kollektivismus und staatliche Verwaltung haben nur in Schulbüchern Erfolg gehabt" (S. 77).

> Alle Macht strebt nach dem Absoluten. Wenn dies nicht uneingeschränkt der Fall ist, dann deshalb, weil gewisse Einschränkungen zum Tragen gekommen sind… die die Machthaber im Zentrum unablässig zu untergraben versuchten. Sie hatten nie Erfolg, und der Grund dafür scheint mir ebenfalls mit dem internationalen System zusammenzuhängen: Eine Beschränkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit und die ständige Gefahr ausländischer Angriffe (die beiden Merkmale eines multipolaren Systems) bedeuten, dass die Macht auch intern begrenzt ist und sich auf autonome Entscheidungszentren stützen muss, die sie daher nur sparsam einsetzen kann. (S. 78)

[28] Das zentrale Merkmal der modernen Naturrechtstradition (vertreten durch Thomas von Aquin, Luis de Molina, Francisco Suarez und die spanischen Scholastiker des späten 16. Jahrhunderts sowie den Protestanten Hugo Grotius) war ihr konsequenter Rationalismus: ihre Vorstellung von universell gültigen, absoluten und unveränderlichen Prinzipien menschlichen Handelns, die – letztlich unabhängig von jeglichen theologischen Überzeugungen – allein durch die Vernunft entdeckt und begründet werden können. „Der Mensch", schreibt Frederick C. Copleston, [*Aquinas* (London: Penguin Books, 1955), S. 213–14],

> kann sozusagen nicht die Gedanken Gottes lesen ... (aber) er kann die grundlegenden Tendenzen und Bedürfnisse seiner Natur erkennen, und indem er über sie nachdenkt, kann er zu einer Erkenntnis des natürlichen Sittengesetzes gelangen. Jeder Mensch besitzt ... die

Regierungsgewalt zu einem bisher unbekannten Grad abgebaut worden war: die Städte Norditaliens, vor allem Venedig, die der Hanse, wie Lübeck und Hamburg, und die von Flandern und den Niederlanden, insbesondere Antwerpen und Amsterdam. Dort wurden die feudalen Vorstellungen von Knechtschaft, Leibeigenschaft und einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft mit streng getrennten Klassen durch eine öffentliche Meinung verdrängt, die stattdessen Freiheit, Gleichheit, Eigentumsrechte und Vertragsbeziehungen befürwortete. Diese öffentliche Meinung gewann durch den kontinuierlichen Zuzug neuer Bevölkerungsgruppen, die von ähnlichen Ideen inspiriert und von dem unvergleichlichen Wohlstand angezogen waren, den die Freiheit zu schaffen vermochte, stetig an Dynamik.[29]

Gabe der Vernunft, durch das er sich das Naturrecht erschließen und verkünden kann, das die Gesamtheit der universellen Gebote der rechten Vernunft in Bezug auf das anzustrebende Gute und das zu vermeidende Böse ist.

Zur Entstehung und Entwicklung der Naturrechtslehre und ihrer Idee von Recht und Eigentum (einschließlich aller etatistischen Mängel und Ausrutscher ihrer oben genannten Helden) siehe Richard Tuck, *Natural Rights Theories* (Cambridge: Cambridge University Press, 1979); zum revolutionären Charakter der Idee des Naturrechts siehe Lord (John) Acton, *Essays on Freedom and Power* (Glencoe, Ill.: Free Press. 1948); als bedeutender zeitgenössischer Naturrechtsphilosoph siehe Henry Veatch, *Human Rights* (Baton Rouge: Louisiana State University Press, 1985).

[29] Zum Aufstieg der Städte siehe C.M. Cipolla, *Before the Industrial Revolution: European Society and Economy 1000–1700* (New York: Norton, 1980), Kap. 4. „Europa um 1000", schreibt Cipolla,

> war arm und primitiv… bestehend aus zahllosen ländlichen Mikrokosmen – den Landgütern… Die Gesellschaft war geprägt von Resignation, Misstrauen und Angst gegenüber der Außenwelt… Kunst, Bildung, Handel, Produktion und Arbeitsteilung wurden auf ein Minimum reduziert. Die Verwendung von Geld verschwand fast vollständig. Die Bevölkerung war klein, die Produktion gering und die Armut extrem… Die vorherrschenden Ideen spiegelten eine brutale und abergläubische Gesellschaft wider - Kämpfen und Beten waren die einzigen respektablen Aktivitäten… Diejenigen, die arbeiteten, galten als verabscheuungswürdige Leibeigene. In dieser depressiven und deprimierenden Welt stellte der Aufstieg der Städte

Die Vorstellungen von menschlicher Rationalität, Freiheit und Privateigentum waren jedoch noch nicht weit genug verbreitet. Nur in einigen wenigen verstreuten Gebieten verwurzelt, konnten die mehr oder weniger weit entfernten Feudalherren, die solche Entwicklungen natürlich als Bedrohung für ihre eigene Stabilität betrachteten, erneut ihre Kräfte bündeln. Durch die Konsolidierung ihrer Territorien in einem langen Prozess interfeudaler Kämpfe und Kriege zu großflächigen Staaten und die damit einhergehende Konzentration und Zentralisierung ihrer Kräfte gelang es ihnen, die an wenigen Orten aufblühende Idee der Freiheit zu unterdrücken und ihre ausbeuterische Herrschaft über diese Gebiete mit noch größerer Stärke wieder durchzusetzen. Das Zeitalter des Absolutismus hatte begonnen, und mit ihm das Zeitalter einer feudalen Supermacht, der Monarchie, die das System der feudalen Ausbeutung erfolgreich über Territorien zentralisierte, die zum ersten Mal die Größe bekannter moderner Nationalstaaten erreichten. Mit dem Einsetzen des

---

zwischen dem zehnten und dreizehnten Jahrhundert ein neues Element dar, das den Lauf der Geschichte veränderte. (S. 144)
Die Wurzel des städtischen Wachstums war eine massive Migrationsbewegung. (S. 145)
Die Stadt war für die Menschen in Europa vom elften bis zum dreizehnten Jahrhundert das, was Amerika für die Europäer im 19. Jahrhundert war. Die Stadt war die „Grenze", eine neue und dynamische Welt, in der die Menschen das Gefühl hatten, ihre Verbindungen zu einer unangenehmen Vergangenheit lösen zu können, in der sie hofften, Chancen für wirtschaftlichen und sozialen Erfolg zu finden, in der verkrustete traditionelle Institutionen und Diskriminierungen keine Rolle mehr spielten und in der Initiative, Wagemut und Fleiß reichlich belohnt wurden (S. 146). In der feudalen Welt herrschte typischerweise eine vertikale Ordnung, in der die Beziehungen zwischen den Menschen durch die Konzepte von Lehen und Dienstbarkeit, Investitur und Huldigung, Lehnsherr, Vasall und Leibeigener bestimmt waren. In den Städten entstand eine horizontale Anordnung, geprägt von Zusammenarbeit auf Augenhöhe. (S. 148)

Siehe auch Henri Pirenne, *Medieval Cities* (Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1952), Kap. 5; Michael Tigar und Madeleine Levy, *Law and the Rise of Capitalism* (New York: Monthly Review Press, 1977).

Absolutismus wurden die Wettbewerbsgebiete freier Städte wieder in wirtschaftlichen Niedergang und Stagnation gezwungen, die teilweise Jahrhunderte andauerten.[30]

Doch dieser Sieg bedeutete nicht das Ende der Ideen von Freiheit und Privateigentum. Im Gegenteil, diese Ideen fanden immer stärkeren Ausdruck und inspirierten zunehmend die öffentliche Meinung. Beeinflusst von der kontinuierlich fortschreitenden Naturrechtstradition entstand eine weitere säkularisierte intellektuelle Tradition, die den Geist fesselte: Die Tradition des späteren klassischen Liberalismus, der sich noch entschiedener um den Begriff der individuellen Freiheit und des Eigentums drehte und sich seiner intellektuellen Rechtfertigung widmete.[31] Darüber hinaus machte die Entwicklung des ökonomischen Denkens große Fortschritte, angeregt durch die jüngsten Erfahrungen von beispiellosem Wohlstand, der unter Bedingungen der Freiheit und des Vertragswesens erreicht wurde. Die damals orthodoxen etatistischen Lehren des Merkantilismus, Kameralismus und der Polizeiwissenschaft wurden intellektuell von einer wachsenden Zahl neuer politischer Ökonomen wi-

---

[30] Siehe dazu Carolyn Webber und Aaron Wildavsky, *A History of Taxation and Expenditure in the Western World* (New York: Simon and Schuster, 1986), S. 235–41; Pirenne, *Medieval Cities*, S. 179–80, S. 227f.

[31] Als herausragender Verfechter dieser Tradition siehe John Locke, *Two Treatises of Government*, Hrsg. Peter Laslett (Cambridge: Cambridge University Press, 1960).

> [J]eder Mann hält das Eigentum an seiner eigenen Person. Niemand außer ihm selbst hat das Recht dazu. Die Arbeit seines Körpers und das Werk seiner Hände, so könnte man sagen, gehören ihm zu Recht. Was auch immer er also aus dem Zustand entfernt, den die Natur geschaffen und darin belassen hat, hat er mit seiner Arbeit vermischt und mit etwas Eigenem verbunden und macht es dadurch zu seinem Eigentum. Da es durch ihn aus dem allgemeinen Zustand, in den es die Natur versetzt hatte, herausgenommen wurde, hat es durch seine Arbeit etwas hinzugewonnen, das das allgemeine Recht anderer Menschen ausschließt. Da diese Arbeit das unbestreitbare Eigentum des Arbeiters ist, kann kein Mensch außer ihm ein Recht auf das haben, womit er einst verbunden war. (S. 305)

Siehe auch Ernest K. Bramsted und K.J. Melhuish, Hrsg., *Western Liberalism* (London: Longman, 1978).

derlegt, die systematisch, mit großer Gründlichkeit und Vollständigkeit die unverzichtbare Rolle des Privateigentums und des Vertragswesens für den Produktionsprozess und die Vermögensbildung erklärten und dementsprechend eine Politik des radikalen Laissez-faire befürworteten.[32]

Von etwa 1700 an war die öffentliche Meinung von diesen Ideen so fasziniert, dass revolutionäre Bedingungen innerhalb der absolutistischen Monarchien in Westeuropa entstanden. England hatte bereits während des 17. Jahrhunderts eine Reihe von Revolutionen durchgemacht, die die Mächte des absolutistischen Staates schwer erschütterten. Das 18. Jahrhundert endete mit den umwälzenden Ereignissen der amerikanischen und französischen Revolution. Dann, bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts, führte eine Reihe von Aufständen dazu, dass die Ausbeutung durch die Regierung in ganz Westeuropa allmählich auf ein Allzeittief sank.

Die Idee, die die öffentliche Meinung erobert und diese Einschränkung der Regierungsgewalt ermöglicht hatte, war, dass individuelle Freiheit und Privateigentum gerecht, selbstverständlich, natürlich, unverletzlich und heilig sind und dass jeder, der diese Rechte verletzt, ganz gleich, ob es sich um einen Regierungsbeamten (vielleicht sogar gerade bei einem solchen) oder einen privaten Straftäter handelt, als verachtenswerter Ausgestoßener betrachtet und behandelt werden sollte.

---

[32] Siehe zu diesen Entwicklungen der Wirtschaftstheorie Marjorie Grice-Hutchinson, *The School of Salamanca: Readings in Spanish Monetary History* (Oxford: Clarendon Press, 1952); Raymond de Roover, *Business, Banking, and Economic Thought* (Chicago: University of Chicago Press, 1974); Murray N. Rothbard, „New Light on the Prehistory of the Austrian School" in Edwin Dolan, Hrsg., *The Foundations of Modern Austrian Economics* (Kansas City: Sheed and Ward, 1976); zu den herausragenden Beiträgen insbesondere von Richard Cantillon und A.R.J. Turgot siehe *Journal of Libertarian Studies* 7, Nr. 2 (1985) (das sich Cantillons Werk widmet) und Murray N. Rothbard, *The Brilliance of Turgot* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, Occasional Paper Series, 1986); siehe auch Joseph A. Schumpeter, *A History of Economic Analysis* (New York: Oxford University Press, 1954).

Mit jedem erfolgreichen Schritt zur Befreiung wurde die Bewegung stärker. Darüber hinaus schuf die so genannte industrielle Revolution, die durch diese ideologischen Veränderungen eingeleitet worden war und die zu unerhörten Wirtschaftswachstumsraten geführt hatte, indem sie zum ersten Mal eine stetig wachsende Bevölkerung aufrechterhielt und den allgemeinen Lebensstandard schrittweise, aber kontinuierlich erhöhte, einen fast unbegrenzten Optimismus.[33] Natürlich gab es in Westeuropa auch in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts noch viel feudalen und absolutistischen Despotismus, als die Ideologie der Freiheit und des Privateigentums und der staatsfeindlichen Wachsamkeit ihr höchstes Niveau der Popularität erreichte, aber der Fortschritt in Richtung einer immer weitergehenden Erosion der ausbeuterischen Macht der Regierung und in Richtung Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand schien fast unaufhaltsam.[34] Darüber hinaus gab es nun ein unabhängiges Amerika,

---

[33] Zur industriellen Revolution und ihrer Fehlinterpretation durch die orthodoxe (Schulbuch-) Geschichtsschreibung siehe F.A. Hayek, Hrsg., *Capitalism and the Historians* (Chicago: University of Chicago Press, 1963).

[34] Obwohl der Niedergang des Liberalismus bereits Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzte, hielt sich der durch ihn hervorgerufene Optimismus bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Daher konnte John Maynard Keynes schreiben [*The Economic Consequences of the Peace* (London: Macmillan, 1919)]:

> Was für eine außergewöhnliche Episode im wirtschaftlichen Fortschritt des Menschen in diesem Zeitalter, das im August 1914 zu Ende ging! Der größere Teil der Bevölkerung arbeitete zwar schwer und lebte auf niedrigem Niveau, war aber allem Anschein nach mit diesem Los einigermaßen zufrieden. Aber für jeden Mann mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten oder Charakterzügen war ein Aufstieg in die Mittel- und Oberschicht möglich, wo das Leben ihm zu geringen Kosten und mit minimalem Aufwand Annehmlichkeiten, Komfort und Bequemlichkeiten bot, die selbst die reichsten und mächtigsten Monarchen anderer Epochen nicht erreichen konnten… Vor allem aber betrachtete er [der Mensch] diesen Zustand als normal, sicher und dauerhaft, außer in Richtung weiterer Verbesserung, und jede Abweichung davon als abwegig, skandalös und vermeidbar. Die Projekte und die Politik des Militarismus und Imperialismus, der rassischen und kulturellen Rivalitäten, der Monopole,

frei von einer feudalen Vergangenheit und mit kaum einer Regierung überhaupt, das eine ähnliche Rolle wie die freien Städte des Mittelalters einnahm: als Quelle ideologischer Inspiration und Anziehungspunkt zu dienen, aber in einem viel größeren Maßstab.[35]

Heute ist von dieser Ethik des Privateigentums und ihrer Wachsamkeit gegenüber der Regierung nur noch wenig übrig. Obwohl sie heute in viel größerem Umfang stattfinden, werden staatliche Ent-

---

> Beschränkungen und Ausgrenzungen, die diesem Paradies den Garaus machen sollten, waren kaum mehr als die Unterhaltung seiner Tageszeitung und schienen fast schon ohne Einfluss auf den normalen Verlauf des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, dessen Internationalisierung in der Praxis fast abgeschlossen war. (S. 6–7)

Für eine ähnliche Darstellung siehe auch J.P. Taylor, *English History 1914–15* (Oxford: Clarendon Press, 1965), S. 1.

[35] In einer Charakterisierung des Amerika des 19. Jahrhunderts schreibt Robert Higgs (*Crisis and Leviathan* [New York: Oxford University Press, 1987]):

> Es gab einmal eine Zeit, lang ist's her, in der der durchschnittliche Amerikaner seinem Alltag nachgehen konnte, ohne sich der Regierung – insbesondere der Bundesregierung – bewusst zu sein. Als Landwirt, Händler oder Hersteller konnte er entscheiden, was, wie, wann und wo er seine Waren produzieren und verkaufen wollte, beschränkt durch kaum mehr als die Marktkräfte. Man stelle sich vor: keine Agrarsubventionen, keine Preisstützungen, keine Flächenkontrollen, keine Bundeshandelskommission, keine Kartellgesetze, keine zwischenstaatliche Handelskommission. Als Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verbraucher, Investor, Kreditgeber, Kreditnehmer, Student oder Lehrer konnte jeder weitgehend nach eigenem Ermessen vorgehen. Man stelle sich vor: kein Nationaler Ausschuss für Arbeitsbeziehungen, keine Bundesgesetze für „Verbraucherschutz", keine Börsenaufsichtsbehörde, keine Kommission für Chancengleichheit am Arbeitsplatz, kein Ministerium für Gesundheit und Soziales. Da es keine Zentralbank gab, um nationale Papierwährung auszugeben, verwendeten die Menschen üblicherweise Goldmünzen, um Einkäufe zu tätigen. Es gab keine allgemeinen Umsatzsteuern, keine Sozialversicherungssteuern, keine Einkommenssteuern. Obwohl Regierungsbeamte damals so korrupt waren wie heute – vielleicht sogar noch mehr – hatten sie weitaus weniger Möglichkeiten dazu. Private Bürger gaben etwa fünfzehnmal mehr aus als alle Regierungen zusammen. (S. IX)

eignungen von Privateigentümern überwiegend als legitim angesehen. Es gibt keine allgemeine öffentliche Meinung mehr, die die Regierung als eine antisoziale Institution betrachtet, die auf Zwang und ungerechtem Eigentumserwerb beruht und überall und jederzeit aus prinzipiellen Gründen bekämpft und verspottet werden muss. Es wird nicht mehr allgemein als moralisch verwerflich angesehen, Enteignungen zu propagieren oder, schlimmer noch, aktiv an deren Durchsetzung mitzuwirken, und es ist auch nicht mehr allgemeine Meinung, dass man mit Menschen, die sich an solchen Aktivitäten beteiligen, keinerlei private Beziehungen unterhalten sollte.

Im Gegenteil, anstatt ausgelacht oder mit offener Feindseligkeit oder passiver Empörung konfrontiert zu werden, werden solche Menschen als anständige und ehrliche Menschen respektiert. Der Politiker, der sich aktiv für eine Fortführung des bestehenden Systems der nicht vertraglich geregelten Vermögensbesteuerung und -regulierung einsetzt oder sogar dessen Ausweitung fordert, wird überall mit Respekt statt mit Verachtung behandelt. Der Intellektuelle, der Besteuerung und Regulierung rechtfertigt, erhält Anerkennung als tiefgründiger und profunder Denker in der Öffentlichkeit, anstatt als intellektueller Betrug entlarvt zu werden. Der Finanzbeamte gilt als ein Mensch, der eine ebenso legitime Arbeit leistet wie Sie und ich, und nicht als Ausgestoßener, den niemand als Verwandten, Freund oder Nachbarn haben möchte.

Wie konnte die Regierung eine solche Leistung vollbringen und eine Veränderung der öffentlichen Meinung herbeiführen, die die frühere Beschränkung ihrer Größe aufhebt und stattdessen zulässt (und immer noch zulässt), dass sie sowohl absolut als auch relativ wächst?[36]

---

[36] Siehe dazu insbesondere A.V. Dicey, *Lectures on the Relation Between Law and Public Opinion in England* (New Brunswick, N.J.: Transaction Books, 1981); Elie Halevy, *A History of the English People in the 19th Century*, 2 Bde. (London: Benn, 1961); W.H. Greenleaf, *The British Political Tradition*, 3 Bände. (London: Methuen, 1983–87); Arthur E. Ekirch, *The Decline of American Liberalism* (New York: Atheneum, 1976); Higgs, *Crisis and Leviathan*.

Es besteht kein Zweifel, dass das Schlüsselelement bei dieser Wende der öffentlichen Meinung, die sich in Westeuropa um die Mitte des 19. Jahrhunderts, um die Jahrhundertwende in den USA und dann überall nach dem Ersten Weltkrieg[37] in stetig beschleunigtem Tempo durchzusetzen begann, die Entstehung attraktiver neuer – implizit oder explizit – etatistischer Ideologien war.

Tatsächlich waren sich die Staaten immer der entscheidenden Bedeutung staatlicher Ideologien für die Stabilisierung und Verstärkung ihres ausbeuterischen Einflusses auf eine Bevölkerung bewusst und haben in diesem Wissen immer versucht, ihre Kontrolle vor allem über die Institutionen der Bildung auszuüben. Selbst in ihrer schwächsten Phase sollte es selbstverständlich erscheinen, dass sie der „korrekten" ideologischen Unterweisung besondere Aufmerksamkeit schenken und ihre verbliebene Macht darauf konzentrieren, alle unabhängigen Bildungseinrichtungen zu zerstören und sie in die monopolistischen Hände des Staates zu überführen. Um im ständigen Kampf der Ideen wieder die Oberhand zu gewinnen, hat daher seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein stetiger Prozess der Verstaatlichung oder Vergesellschaftung von Schulen und Universitäten (eines der jüngsten Beispiele ist der erfolglose Versuch der Regierung Mitterand, die katholischen Schulen Frankreichs zu zerschlagen) und die Verlängerung der Schulpflicht stattgefunden.[38]

Doch dies und die damit verbundenen Tatsachen eines immer enger werdenden Bündnisses zwischen Staat und Intellektuellen[39] und deren Neuschreibung der Geschichte im Einklang mit etatistischen Ideologien aufzuzeigen, rückt das Problem nur in den Fokus. Wenn man von der Übernahme des Bildungssystems durch den Staat hört, muss man sich dann nicht sofort fragen, wie dies gelingen konnte,

---

[37] Zu den weltweiten Exzessen des Etatismus seit dem Ersten Weltkrieg siehe Paul Johnson, *Modern Times: The World from the Twenties to the Eighties* (New York: Harper and Row, 1983).

[38] Zum Verhältnis von Staat und Bildung vgl. Murray N. Rothbard, *Education, Free and Compulsory: The Individual's Education* (Wichita, Kans.: Center for Independent Education, 1972).

[39] Zum Verhältnis von Staat und Intellektuellen vgl. Julien Benda, *The Treason of the Intellectuals* (New York: Norton, 1969).

wenn die öffentliche Meinung wirklich einer Ethik des Privateigentums verpflichtet war? Eine solche Übernahme setzt eine Veränderung der öffentlichen Meinung voraus. Wie wurde dies dann erreicht, insbesondere angesichts der Tatsache, dass eine solche Veränderung die Akzeptanz offensichtlich falscher Ideen impliziert und daher kaum als ein endogen motivierter Prozess des intellektuellen Fortschritts erklärt werden kann?

Es scheint, dass ein solcher Wandel zur Lüge die systematische Einführung exogener Kräfte erfordert: Eine wahre Ideologie ist in der Lage, sich nur dadurch zu stützen, dass sie wahr ist. Eine falsche braucht Verstärkung durch äußere Einflüsse mit einer klaren, greifbaren Auswirkung auf den Menschen, um in der Lage zu sein, ein Klima der intellektuellen Korruption zu erzeugen und zu unterstützen.

An diese greifbaren, ideologieunterstützenden und verstärkenden Faktoren muss man sich wenden, um den Niedergang der Privateigentumsethik und den entsprechenden Anstieg des Etatismus in den letzten 100 bis 150 Jahren zu verstehen.[40]

Ich werde vier solcher Faktoren aufgreifen und ihre korrumpierende Funktion für die öffentliche Meinung erläutern. Alle sind Änderungen in der Organisationsstruktur des Staates. Die erste ist die strukturelle Anpassung des Staates von einem Militär- oder Polizeistaat hin zu einem Umverteilungsstaat. (Prototyp eines solchen organisatorischen Wandels ist das oft kopierte Preußen unter Bismarck.) Anstelle einer Regierungsstruktur, die durch eine kleine herrschende Klasse gekennzeichnet ist, die ihre ausbeuterisch angeeigneten Ressourcen fast ausschließlich für den reinen Regierungsverbrauch oder für die Aufrechterhaltung ihrer Militär- und Polizeikräfte verwendet, verfolgen Staaten nun zunehmend eine Politik, bei der sie sich aktiv die Unterstützung der Bevölkerung außerhalb des Regierungsapparats selbst erkaufen. Durch ein System von Transferzahlungen, Privilegien für bestimmte Klientelgruppen und die staatliche Produktion und Bereitstellung bestimmter „ziviler“ Güter

[40] Im Folgenden siehe insbesondere Hoppe, *Eigentum, Anarchie, und Staat*, Kap. 1, 5; ders., *A Theory of Socialism and Capitalism*, Kap. 8.

und Dienstleistungen (wie beispielsweise Bildung) wird die Bevölkerung zunehmend von der Fortsetzung der staatlichen Herrschaft abhängig gemacht. Die Menschen außerhalb des Regierungsapparates haben zunehmend einen greifbaren finanziellen Anteil an seiner Existenz und würden zumindest kurzfristig und in Teilen ihrer Existenz geschädigt, wenn die Regierung die Macht verlieren würde. Ganz natürlich neigt diese Abhängigkeit dazu, den Widerstand zu verringern und die Unterstützung zu erhöhen. Ausbeutung mag zwar nach wie vor verwerflich erscheinen, aber sie ist es weniger, wenn man zufällig jemand ist, der zumindest in einigen Bereichen rechtlich von solchen Handlungen profitiert.

In Anerkennung dieses korrupten Einflusses auf die öffentliche Meinung engagieren sich die Staaten daher zunehmend in Umverteilungsmaßnahmen. Der Anteil der Staatsausgaben an den zivilen Ausgaben im Vergleich zu den Militärausgaben und dem reinen Staatsverbrauch steigt. Letztere Ausgaben können in absoluten Zahlen immer noch stetig steigen, und zwar praktisch überall bis heute, aber sie verlieren überall an Bedeutung im Verhältnis zu den Ausgaben für Umverteilungsmaßnahmen.[41]

Je nach den besonderen Bedingungen der öffentlichen Meinung nehmen solche Umverteilungsmaßnahmen in der Regel gleichzeitig eine von zwei Formen an, häufig, wie im Falle Preußens, sogar beide: Einerseits in Form von Sozialpolitik, sogenannte Wohlfahrtsreformen, die in der Regel eine Einkommensumverteilung von den „Besitzenden" unter den Produzenten zu den „Nicht-Besitzenden" beinhalten, und andererseits in Form von Unternehmenskartellierungen und -regulierungen, die in der Regel eine Umverteilung von den produktiven „Nicht-Besitzenden" oder „Noch-Nicht-Besitzenden" zu den etablierten „Bereits-Besitzenden" bedeuten. Mit der Einführung einer Sozialpolitik wird an egalitäre Gefühle appelliert, und ein wesentlicher Teil davon kann dazu missbraucht werden, staatliche Ausbeutung im Austausch für die Durchsetzung „sozialer Gerech-

[41] Zu diesem Trend siehe Webber und Wildavsky, *A History of Taxation and Expenditure in the Western World*, S. 588f.; zur Umverteilung im Allgemeinen siehe auch de Jasay, *The State*, Kap. 4.

tigkeit“ durch den Staat zu akzeptieren. Mit der Einführung einer Politik der Unternehmenskartellisierung und -regulierung appelliert man an konservative Gefühle, insbesondere innerhalb des bourgeoisen Establishments, und kann diese dazu bringen, die nicht vertraglich vereinbarten Aneignungen des Staates im Austausch für dessen Verpflichtung zur Erhaltung des Status quo zu akzeptieren. Egalitärer Sozialismus und Konservatismus verwandeln sich somit in etatistische Ideologien. Sie konkurrieren miteinander in dem Sinne, dass sie etwas andere Muster der Umverteilung befürworten, aber ihre Wettbewerbsbemühungen konvergieren und integrieren sich in die gemeinsame Unterstützung für den Etatismus und die etatistische Umverteilung.

Die zweite strukturelle Anpassung, die zum Rückgang der Ethik des Privateigentums beiträgt, ist eine Änderung der Verfassungen der Staaten. Als Reaktion auf die Herausforderung durch die Ethik des Privateigentums ändern Staaten ihre Verfassungen von einer monarchischen Autokratie oder einer aristokratischen Oligarchie zu der heute bekannten Form einer sogenannten liberalen Demokratie.[42] Anstelle einer Institution, die den Zugang zu sich selbst und/oder zu bestimmten Regierungspositionen durch ein System von Kasten- oder Klassenvorschriften beschränkt, wird eine Staatsverfassung verabschiedet, die grundsätzlich jedem den Zugang zu allen Regierungspositionen eröffnet und gleiche und universelle Rechte auf Teilnahme und Wettbewerb bei der Gestaltung der Staatspolitik gewährt. Jeder – nicht nur der „Adel“ – erhält nun einen rechtlichen Anteil am Staat, und der Widerstand gegen dessen Herrschaft nimmt entsprechend ab. Ausbeutung und Enteignung mögen zwar schlecht erscheinen, aber angesichts der Natur des Menschen erscheinen sie weit weniger schlimm, wenn man die Möglichkeit erhält, an diesem Prozess teilzunehmen. Und während die Ambitionen potenzieller Machthaber innerhalb der breiten Öffentlichkeit zuvor sicherlich frustriert waren, gibt es nun einen institutionalisierten Ausweg für sie.

[42] Zu diesem Trend siehe Reinhard Bendix, *Kings or People* (Berkeley: University of California Press, 1978).

Indem der Staat den Preis für die Demokratisierung seiner Verfassung zahlt, korrumpiert er wesentliche Teile der öffentlichen Meinung, sodass diese allmählich die grundlegende Tatsache aus den Augen verliert, dass ein Akt der Ausbeutung und Enteignung in allen Erscheinungsformen und Konsequenzen derselbe ist, unabhängig davon, wie und von wem er beschlossen und durchgesetzt wird. Er verleitet sie stattdessen dazu, die Ansicht zu akzeptieren, dass solche Handlungen legitim sind, solange man irgendwo ein Mitspracherecht hat und irgendwie irgendwo an der Auswahl des Staatspersonals beteiligt sein kann.[43]

Diese korrupte Funktion der Demokratisierung als Anreiz für das Wiederaufleben staatlicher Macht wurde von Bertrand de Jouvenel sehr scharfsinnig beschrieben:

> Vom 12. bis zum 18. Jahrhundert wuchs die staatliche Autorität kontinuierlich. Der Prozess wurde von allen verstanden, die ihn miterlebten; er veranlasste sie zu unaufhörlichen Protesten und gewaltsamen Reaktionen. In späteren Zeiten hat sich sein Wachstum in beschleunigtem Tempo fortgesetzt, und seine Ausweitung hat eine entsprechende Ausweitung des Krieges mit sich gebracht. Und jetzt verstehen wir den Prozess nicht mehr, wir protestieren nicht mehr, wir reagieren nicht mehr. Diese unsere Stille ist etwas Neues, wofür die Macht der Nebelwand zu danken hat, in die sie sich gehüllt hat. Früher konnte man sie in der Person des Königs sehen, der nicht verleugnete, der Herrscher zu sein, der er war und in dem menschliche Leidenschaften erkennbar waren. Jetzt, in Anonymität maskiert, behauptet sie, keine eigene Existenz zu haben und nur das unpersönliche und leidenschaftslose Instrument des allgemeinen Willens zu sein. Aber das ist eindeutig eine Fiktion… Heute wie immer liegt die Macht in den Händen einer Gruppe von Männern, die das Kraftwerk kontrollieren… Das Einzige, was sich geändert hat, ist, dass es den Beherrschten nun leicht gemacht wird, das Personal der

[43] Zur Sozialpsychologie der Demokratie vgl. Gaetano Mosca, *The Ruling Class* (New York: McGraw Hill, 1939); H.L. Mencken, *Notes on Democracy* (New York: Knopf, 1926); zur Tendenz der demokratischen Herrschaft zur oligarchischen Herrschaft zu „degenerieren" vgl. Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens* (Stuttgart: Kroener, 1957).

führenden Machthaber auszuwechseln. Aus einem Blickwinkel betrachtet schwächt dies die Macht, da die Willenskräfte, die das Leben einer Gesellschaft kontrollieren, nach Belieben der Gesellschaft durch andere Willenskräfte ersetzt werden können, denen sie mehr Vertrauen schenkt. Aber indem sie allen ehrgeizigen Talenten die Aussicht auf Macht eröffnet, macht diese Anordnung die Ausweitung der Macht viel einfacher. Unter dem *Ancien Régime* prangerten die bewegenden Geister der Gesellschaft, die, wie sie wussten, keine Chance auf einen Anteil an der Macht hatten, schnell den kleinsten Eingriff an. Nun aber, da jeder potenziell Minister sein kann, ist niemand daran interessiert, ein Amt zu beschneiden, das er selbst eines Tages anstrebt, oder Sand in eine Maschine zu streuen, die er selbst benutzen will, wenn er an der Reihe ist. Daher gibt es in den politischen Kreisen einer modernen Gesellschaft eine breite Komplizenschaft bei der Ausweitung der Macht.[44]

Die beiden anderen Anpassungen, die der Staat vorgenommen hat, um seinen niedrigsten Beliebtheitspunkt zu überwinden und zu seiner jetzigen Größe aufzusteigen, haben mit zwischenstaatlichen Beziehungen zu tun. Zum einen neigen Staaten als monopolistische Ausbeuter, wie bereits erläutert und gerade von de Jouvenel noch einmal erwähnt, dazu, sich in zwischenstaatliche Kriege zu verwickeln. Da ihre interne Ausbeutungsmacht schwach ist, steigt der Wunsch, diese Verluste durch externe Expansion auszugleichen. Dieser Wunsch wird jedoch durch einen Mangel an interner Unterstützung vereitelt. Die Unterstützung wird durch eine Politik der Umverteilung, industriellen Regulierung und Demokratisierung geschaffen. (Tatsächlich sind Staaten, die diese Maßnahmen nicht ergreifen, in einem langwierigen Krieg zum Scheitern verurteilt!) Diese Unterstützung dient als Sprungbrett für die Verwirklichung der expansionistischen Bestrebungen des Staates.

Diese neu gewonnene Unterstützung nutzt die Tatsache, dass Umverteilung, Regulierung und Demokratisierung eine stärkere Identifikation der Bevölkerung mit einem bestimmten Staat zur

[44] Bertrand de Jouvenel, *On Power* (New York: Viking Press, 1949), S. 9-10.

Folge haben und somit fast automatisch zu einer Zunahme protektionistischer, wenn nicht gar offen feindseliger Einstellungen gegenüber „Außenstehenden“ führen und dass insbesondere staatlich privilegierte Produzenten von Natur aus der „ausländischen“ Konkurrenz feindlich gegenüberstehen. Diese Unterstützung wird vom Staat und seinen intellektuellen Leibwächtern in einen Rausch des Nationalismus verwandelt und bietet den intellektuellen Rahmen für die Integration sozialistisch-egalitärer, konservativer und demokratischer Gefühle.[45]

Gestützt auf diesen Nationalismus beginnen die Staaten ihren expansionistischen Kurs. Über ein Jahrhundert lang kam es zu einer fast ununterbrochenen Reihe von Kriegen und imperialistischen Expeditionen, von denen jeder brutaler und zerstörerischer war als der vorherige, wobei die nicht kämpfende Bevölkerung immer stärker in Mitleidenschaft gezogen wurde. Diese Entwicklung gipfelte im Ersten und Zweiten Weltkrieg, endete jedoch nicht damit. Im Namen der sozialistischen, konservativen oder demokratischen Nation und durch Kriegsführung haben Staaten ihre Territorien auf Größen ausgedehnt, gegenüber denen sogar das Römische Reich unbedeutend erscheint, und tatsächlich eine stetig wachsende Zahl kulturell unterschiedlicher Nationen ausgelöscht oder unter fremde Herrschaft gebracht.[46]

Doch nicht nur die externe Ausweitung der Staatsmacht wird durch die Ideologie des Nationalismus herbeigeführt. Krieg als natürlicher Auswuchs des Nationalismus ist auch das Mittel zur Stärkung der staatlichen internen Ausbeutungs- und Enteignungskräfte. Jeder Krieg ist auch eine interne Notsituation, und eine Notsituation

---

[45] Über Nationalismus, Imperialismus, Kolonialismus – und ihre Unvereinbarkeit mit dem klassischen Liberalismus – siehe Ludwig von Mises, *Liberalism* (San Francisco: Cobden Press, 1985); ders., *Nation, State and Economy* (New York: New York University Press, 1983); Joseph A. Schumpeter, *Imperialism and Social Classes* (New York: World Publishing, 1955); Lance E. Davis und Robert A. Huttenback, *Mammon and the Pursuit of Empire: The Political Economy of British Imperialism 1860-1912* (Cambridge: Cambridge University Press, 1986).

[46] Vgl. Krippendorff, *Staat und Krieg*; Johnson, *Modern Times*.

erfordert und scheint die Akzeptanz einer verstärkten Kontrolle des Staates über seine eigene Bevölkerung zu rechtfertigen. Eine solche erhöhte Kontrolle, die durch die Schaffung von Notfällen erlangt wird, wird in Friedenszeiten reduziert, sinkt aber nie wieder auf das Vorkriegsniveau. Vielmehr wird jeder erfolgreich beendete Krieg (und nur erfolgreiche Regierungen können überleben) von der Regierung und ihren Intellektuellen dazu genutzt, die Idee zu verbreiten, dass nur dank nationalistischer Wachsamkeit und erweiterter Regierungsbefugnisse die „ausländischen Aggressoren" besiegt und das eigene Land gerettet werden konnten und dass dieses erfolgreiche Rezept beibehalten werden muss, um für den nächsten Notfall gewappnet zu sein. Angeführt vom gerade bewiesenen „dominanten" Nationalismus endet jeder erfolgreiche Krieg mit der Erreichung eines neuen Friedenshochs an staatlicher Kontrolle und stärkt damit den Appetit der Regierung, den nächsten gewinnbaren internationalen Notfall zu inszenieren.[47]

Jede neue Friedensperiode bedeutet ein höheres Maß an staatlicher Einmischung im Vergleich zur vorherigen: intern in Form von verstärkten Einschränkungen der Wahlmöglichkeiten, die Privateigentümer in Bezug auf ihr eigenes Eigentum treffen dürfen; und extern, in Bezug auf die Außenbeziehungen, in Form von stärkeren Handelshemmnissen und immer strengeren Beschränkungen der Bevölkerungsbewegungen (vor allem bei Auswanderung und Einwanderung). Nicht zuletzt, weil sie auf einer verstärkten Diskriminierung von Ausländern und Außenhandel beruht, birgt ein solcher Frieden das erhöhte Risiko des nächsten internationalen Konflikts oder drängt die betroffenen Regierungen dazu, bi- oder multilaterale zwischenstaatliche Vereinbarungen auszuhandeln, die darauf abzielen, ihre jeweiligen Machtstrukturen zu kartellisieren und dadurch die Bevölkerung des anderen gemeinsam auszubeuten und zu enteignen.[48]

---

[47] Dieser Prozess ist das zentrale Thema von Higgs, *Crisis and Leviathan*.
[48] Die bösartigste dieser Vereinbarungen ist sehr wahrscheinlich die Beschränkung der Einreise für nicht-kriminelle Personen, die in ein bestimmtes Territorium einwandern wollen – und die Chance für diejenigen,

Schließlich wird die vierte Anpassung durch die anderen drei notwendig, und zwar wiederum aufgrund des anhaltenden Prozesses zwischenstaatlicher Konkurrenz, Krisen und Kriege. Sie ist weniger das Werk des Staates als der Umverteilung, der Demokratisierung und der Kriegführung – genauso wenig wie es sein Werk ist, dass es überhaupt zwischenstaatliche Konkurrenz *gibt*. Vielmehr ist es in der modischen Hayekschen Terminologie die unbeabsichtigte Folge der Tatsache, dass der Fortbestand anderer Staaten, abgesehen von der Herrschaft eines Staates über die gesamte Welt (was natürlich der Traum jedes Staates ist!), immer wieder einen erheblichen Zwang auf die Größe und Struktur jedes Staates ausübt.

Ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt, diese strukturelle Anpassung muss auch beachtet werden, wenn man die Entwicklung, die zur heutigen Welt des Etatismus geführt hat, vollständig verstehen will. Erst durch die Erwähnung dieser Anpassung wird auch die Frage beantwortet, warum gerade der Steuerstaat zur Weltherrschaft aufgestiegen ist.

Es ist leicht zu erklären, wie die Staaten Westeuropas und Nordamerikas durch eine Reihe nationalistischer Kriege im 19. und 20. Jahrhundert die Vorherrschaft über den Rest der Welt erlangen und ihre Spuren hinterlassen konnten. Ungeachtet des derzeit boomenden kulturellen Relativismus liegt der Grund dafür in der einfachen Tatsache, dass diese Staaten aus Gesellschaften mit einer überlegenen intellektuellen Tradition hervorgegangen sind – der des westlichen Rationalismus – mit ihren zentralen Ideen der individuellen Freiheit und des Privateigentums, und dass diese Tradition den Grundstein für die Schaffung von wirtschaftlichem Reichtum gelegt hat, der weit über das hinausgeht, was anderswo existiert. Da sie parasitär von solch überlegenem wirtschaftlichem Reichtum profitierten, ist es keineswegs überraschend, dass diese Staaten anschließend alle anderen erfolgreich bekämpfen konnten.

Es ist auch offensichtlich, warum mit der bemerkenswerten Ausnahme einer Reihe von Pazifikstaaten die meisten dieser besiegten

---

die in diesem Territorium leben, ihnen eine Beschäftigung anzubieten – und sie zurück in ihre Heimatländer auszuliefern.

und neu gegründeten nicht-westlichen Staaten bis heute völlig daran gescheitert sind, ihre internationale Stellung wesentlich zu verbessern oder sogar mit der der westlichen Nationalstaaten gleichzuziehen, und dies insbesondere nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit vom westlichen Imperialismus. Da es keine nennenswerte endogene Tradition des Rationalismus und Liberalismus gab, neigten solche Staaten natürlich dazu, die „siegreichen" ideologischen Importe des Sozialismus, Konservatismus, Demokratismus und Nationalismus nachzuahmen oder zu übernehmen – genau jene Ideologien, mit denen die intellektuelle Elite dieser Länder während ihres Studiums an den Universitäten von Oxford und Cambridge, London, Paris, Berlin, Harvard und Columbia fast ausschließlich in Berührung gekommen war. Es versteht sich von selbst, dass eine Mischung aus solchen durch und durch etatistischen Ideologien, die nicht durch eine bedeutende Tradition der Ethik des Privateigentums eingeschränkt sind, eine wirtschaftliche Katastrophe bedeutet und eine solche Tatsache mehr oder weniger jede herausragende Rolle in der internationalen Politik ausschließt.[49]

Doch was – und die Antwort darauf ist etwas weniger offensichtlich – wenn die westlichen Staaten gegeneinander kämpfen? Was bestimmt den Erfolg in diesen Konflikten und was führt zwangsläufig zur Niederlage?

Natürlich können Umverteilung, Demokratisierung und Nationalismus hier nicht noch einmal angeführt werden, denn vermutlich haben diese Staaten bereits eine solche Politik ergriffen, um innere Stärke zurückzugewinnen und sich auf zwischenstaatliche Kriegsführung vorzubereiten. Vielmehr ist es so, dass ebenso wie die relativ stärkere Tradition der Ethik des Privateigentums für die Domi-

[49] Zum Problem der sogenannten Dritten Welt vgl. Peter T. Bauer und B.S. Yamey, *The Economics of Under-Developed Countries* (London: Nisbet and Co., 1957); P.T. Bauer, *Dissent on Development* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1972); ders., *Equality, The Third World and Economic Delusion* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1981); Stanislav Andreski, *The African Predicament* (New York: Atherton Press, 1969); ders., *Parasitism and Subversion* (New York: Pantheon, 1966).

nanz dieser Staaten über die nicht-westliche Welt verantwortlich ist, *ceteris paribus* auch eine relativ liberalere Politik für ihren langfristigen Erfolg im Überlebenskampf unter den westlichen Staaten selbst verantwortlich ist. Unter ihnen sind diejenigen Staaten, die ihre interne Umverteilungspolitik angepasst haben, um die Bedeutung einer konservativ geprägten Politik der Wirtschaftsregulierung gegenüber einer sozialistisch geprägten Steuerpolitik zu verringern, dazu geneigt, ihre Konkurrenten auf dem Gebiet der internationalen Politik zu überflügeln.

Regulierungen, die bestimmte Transaktionen zwischen zwei oder mehr Privatpersonen staatlich vorschreiben oder verbieten, sowie Besteuerungsmaßnahmen stellen Eingriffe in private Eigentumsrechte dar. Bei der Verfolgung beider Arten von Umverteilungspolitik erhöhen die Vertreter der Staaten ihr eigenes Einkommen auf Kosten einer entsprechenden Einkommensreduzierung für jemand anderen. Während jedoch die Produktionsleistung keineswegs weniger destruktiv ist als die Besteuerung, haben Regulierungen das eigentümliche Merkmal, dass sie die Kontrolle des Staates über die wirtschaftlichen Ressourcen erfordern, um durchsetzbar zu werden, ohne gleichzeitig die ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen zu erhöhen. In der Praxis bedeutet dies, dass Regulierungen die Kontrolle des Staates über Steuern und deren Verwendung erfordern, jedoch keine finanziellen Einnahmen für den Staat generieren, sondern lediglich Einnahmen in Form der Befriedigung reiner Machtgier (wie wenn A, ohne eigenen materiellen Gewinn, B und C verbietet, miteinander Handel zu treiben, der für beide Seiten von Vorteil ist). Andererseits erhöhen Besteuerung und eine Umverteilung der Steuereinnahmen nach dem Prinzip „von Peter zu Paul“ die wirtschaftlichen Mittel, über die eine Regierung verfügt, zumindest um ihre eigenen „Bearbeitungsgebühren“ für die Umverteilung, aber sie bringen möglicherweise keine andere Befriedigung (abgesehen von der gesteigerten Wertschätzung durch die Pauls) als die, tatsächlich

über bestimmte wirtschaftliche Ressourcen zu verfügen und diese nach eigenem Gutdünken ausgeben zu können.[50]

Offensichtlich erfordern zwischenstaatliche Konflikte und Kriege wirtschaftliche Mittel, und noch mehr Ressourcen, je häufiger und länger anhaltend solche Ereignisse sind. In der Tat werden diejenigen Staaten, die über reichlichere wirtschaftliche Ressourcen verfügen, die für Kriegsanstrengungen verbraucht werden können, *ceteris paribus* dazu neigen, siegreich zu sein. Da eine Politik der Besteuerung und der Besteuerung ohne Regulierung eine höhere monetäre Rendite für den Staat ergibt als eine Politik der Regulierung und der Besteuerung mit Regulierung, müssen sich die Staaten zwangsläufig in Richtung einer vergleichsweise deregulierten Wirtschaft und eines vergleichsweise reinen Steuerstaates bewegen, um eine internationale Niederlage zu vermeiden.

Es ist dieser relative Vorteil in der internationalen Politik des Steuerstaates gegenüber dem Regulierungsstaat, der den Aufstieg der USA zur weltweit führenden imperialen Macht erklärt.[51] Es erklärt auch die Niederlage von so stark regulierenden Staaten wie Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien, die relative Schwäche der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im Vergleich zur NATO-Allianz und die jüngsten gleichzeitigen Schritte in Richtung wirtschaftlicher Deregulierung und erhöhter imperialistischer Aggression der Reagan- und in geringerem Maße der Thatcher-Regierungen.

Damit ist meine praxeologisch fundierte soziologische Darstellung der Entwicklung der heutigen etatistischen Welt und insbesondere des Aufstiegs des modernen Steuerstaates abgeschlossen. Auf der Grundlage eines solchen Verständnisses möchte ich mit ein paar

---

[50] Zu Regulierung und Besteuerung als verschiedene Formen der Aggression gegen Privateigentum und deren Ökonomie und Soziologie siehe Rothbard, *Power and Market*; Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism*.

[51] Zur imperialistischen Außenpolitik insbesondere der USA vgl. Krippendorff, *Staat und Krieg*, Kap. III, S. 1; und Rothbard, *For a New Liberty*, Kap. 14.

kurzen Bemerkungen darüber schließen, wie es möglich ist, den Steuerstaat zu überwinden.

Er kann nicht durch einen einfachen Boykott bekämpft werden, wie es bei einem privaten Unternehmen möglich wäre, denn eine Institution, die sich der Enteignung und Ausbeutung verschrieben hat, respektiert das negative Urteil, das durch Boykotte zum Ausdruck kommt, nicht. Man kann ihn aber auch nicht einfach bekämpfen, indem man seiner Aggression mit defensiver Gewalt begegnet, denn die Aggression des Staates wird von der öffentlichen Meinung unterstützt. Daher hängt die Überwindung davon ab, dass sich die öffentliche Meinung ändert. Die Ethik des Privateigentums – die Vorstellung, dass Privateigentum eine gerechte Institution und das einzige Mittel zur Schaffung wirtschaftlichen Wohlstands ist, sowie die Ansicht, dass der Staat eine unerwünschte Institution ist, die die Bildung von Wohlstand zerstört – muss wiederbelebt werden und erneut die Gedanken und Herzen der Menschen inspirieren. Mit den grassierenden etatistischen Ideologien von Nationalismus, Demokratismus und Umverteilung (entweder sozialistischer oder konservativer Art) mag dies manchmal hoffnungslos erscheinen. Ideen haben sich jedoch in der Vergangenheit verändert und können sich in Zukunft wieder ändern. Tatsächlich können sich Ideen auf der Stelle ändern.[52] Darüber hinaus hat die Idee des Privateigentums eine entscheidende Anziehungskraft:

[52] Siehe hierzu auch Etienne de la Boétie, *The Politics of Obedience: The Discourse of Voluntary Servitude*, Hrsg. Murray N. Rothbard (New York: Free Life Editions, 1975).

> Entscheidet euch, nicht mehr zu dienen, und sofort seid ihr befreit. Ich bitte euch nicht, den Tyrannen zu fesseln, um ihn zu stürzen, sondern lediglich, ihn nicht länger zu stützen; dann werdet ihr sehen, wie er wie ein großer Koloss, dessen Sockel weggezogen wurde, unter seinem eigenen Gewicht zusammenbricht und in Stücke zerfällt. (S. 52–53)

Sie, und nur sie, ist ein wahres Spiegelbild der Natur des Menschen als rationales Wesen.[53]

[53] Zur – aprioristischen – rationalen Rechtfertigung der Ethik des Privateigentums siehe Hans-Hermann Hoppe, „From the Economics of Laissez Faire to the Ethics of Libertarianism", in: Walter Block und Llewellyn H. Rockwell, Jr., Hrsg., *Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988); ders., „The Justice of Economic Efficiency", *Austrian Economics Newsletter* (Winter 1988); s.u. Kap. 8 und 9.

3

Bankwesen, Nationalstaaten und internationale Politik: Eine soziologische Rekonstruktion der aktuellen Wirtschaftsordnung

1. GELD UND BANKWESEN

Um die Entstehung des Tauschhandels zu erklären, bedarf es nichts weiter als der Annahme eines eng definierten Eigeninteresses. Insofern der Mensch mehr Auswahl und Güter als weniger bevorzugt, wird er Tauschhandel und Arbeitsteilung der Selbstversorgung vorziehen.

Die Entstehung von Geld aus dem Tauschhandel folgt aus demselben engen Eigeninteresse: Wenn der Mensch in eine Tauschwirtschaft integriert ist und einen höheren Lebensstandard einem niedrigeren vorzieht, wird er sich dafür entscheiden, ein gemeinsames Tauschmittel auszuwählen und zu unterstützen. Durch die Wahl eines Geldes kann er die grundlegende Einschränkung überwinden, die einer Tauschwirtschaft auferlegt ist, nämlich dass eine doppelte Übereinstimmung der Bedürfnisse vorliegen muss. Mit Geld erweitern sich seine Tauschmöglichkeiten. Jedes Gut wird mit jedem anderen austauschbar, unabhängig von doppelten Übereinstimmungen oder unvollkommenen Teilbarkeiten. Und mit dieser erweiterten Austauschbarkeit steigt der Wert jedes einzelnen Gutes in seinem

[Nachdruck aus: *Review of Austrian Economics* 4 (1990).]

Besitz. Wenn der Mensch in eine Tauschwirtschaft eingebunden ist, zwingt ihn sein Eigeninteresse dazu, nach besonders marktfähigen Gütern Ausschau zu halten, die wünschenswerte monetäre Eigenschaften wie Teilbarkeit, Haltbarkeit, Wiedererkennbarkeit, Transportfähigkeit und Knappheit aufweisen, und solche Güter nicht um ihrer selbst willen zu verlangen, sondern um sie als Tauschmittel einzusetzen. Und es liegt in seinem Eigeninteresse, jenes Gut als Tauschmittel zu wählen, das auch als solches am häufigsten von anderen genutzt wird. In der Tat ist es die Funktion des Geldes, den Austausch zu erleichtern, die Bandbreite der Tauschmöglichkeiten zu erweitern und dadurch den Wert der Waren zu erhöhen (soweit sie als in einer Tauschwirtschaft integriert wahrgenommen werden). Je breiter also eine Ware als Geld verwendet wird, desto besser wird sie ihre monetäre Funktion erfüllen. Angetrieben von nicht mehr als engem Eigeninteresse wird der Mensch immer ein allgemeineres und, wenn möglich, ein universelles Tauschmittel einem weniger allgemeinen oder nicht universellen vorziehen. Je verbreiteter das Geld ist, desto größer ist der Markt, in den man integriert ist, desto rationaler sind die Wert- und Kostenberechnungen (aus der Sicht eines Menschen, der wirtschaftliche Integration und Vermögensmaximierung anstrebt) und desto größer sind die Vorteile, die man aus der Arbeitsteilung ziehen kann.[1]

Empirisch gesehen ist natürlich Gold das Gut, das einst als bestes – weil universellstes – Geld ausgewählt wurde. Ohne staatlichen Zwang würde Gold auf absehbare Zeit erneut als die Ware ausgewählt werden, die die Funktion des Geldes am besten erfüllt. Eigeninteresse würde dazu führen, dass jeder Gold – als universell verwendetes Tauschmittel – jedem anderen Geld vorzieht. Insofern jeder Einzelne sich selbst und seinen Besitz als Teil einer Tauschwirtschaft versteht, würde er eine Abrechnung in Gold gegenüber jeder anderen Währung vorziehen, da Gold aufgrund seiner universellen

[1] Zur freien Geldmarktentwicklung siehe Carl Menger, *Principles of Economics* (New York: New York University Press, 1976), S. 257-85; „Geld“, in Carl Menger, *Gesammelte Werke*, Bd. IV (Tübingen: Mohr, 1970).

Akzeptanz die Opportunitätskosten am vollständigsten widerspiegelt und somit als bester Leitfaden für die Maximierung des Vermögens dient. Alle anderen Gelder würden schnell aus dem Verkehr gezogen, weil alles andere als ein streng universelles und internationales Geld wie Gold – nationale oder regionale Gelder – dem eigentlichen Zweck des Geldbesitzes widersprechen würde. Geld wurde von eigennützigen Menschen erfunden, um ihren Reichtum zu vergrößern, indem sie sich in einen immer größer werdenden und letztendlich universellen Markt integrierten. Auf dem Weg zur Verfolgung eigener Interessen würden nationale oder regionale Währungen schnell von Gold verdrängt und ersetzt werden, da nur Gold die wirtschaftliche Integration vervollständigt und weltweite Märkte schafft und damit die ultimative Funktion des Geldes als gemeinsames Tauschmittel erfüllt.[2]

Die Entstehung von Geld, von immer besseren Geldern und schließlich von einem universellen Geld, Gold, setzt produktive Energien frei, die zuvor aufgrund von Beschränkungen durch doppelte Bedarfsübereinstimmung im Austauschprozess (wie beispielsweise das Vorhandensein konkurrierender Zahlungsmittel mit frei schwankenden Wechselkursen) unerfüllt und ungenutzt blieben. Im Tauschhandel ist der Markt für die Erzeugnisse eines Produzenten auf Fälle beschränkt, in denen sich doppelte Bedürfnisse decken. Bei allen in Gold ausgedrückten Preisen ist der Produzentenmarkt oft ausgeglichen, und die Nachfrage wirkt sich bei Abwesenheit doppelter Übereinstimmung auf weltweiter Ebene ungehindert aus. Dementsprechend steigt die Produktion – und sie steigt mit Gold mehr als mit jedem anderen Geld. Mit steigender Produktion steigt wiederum der Wert des Geldes; und die höhere Kaufkraft des Geldes verringert die Reservierungsnachfrage danach, senkt die effektive Zeitpräferenzrate (den ursprünglichen Zinssatz) und führt zu einer erhöhten Kapitalbildung. Ein Aufwärtsspiralprozess der wirtschaft-

[2] Zum Goldstandard siehe Llewellyn H. Rockwell, Jr., Hrsg., *The Gold Standard: An Austrian Perspective* (Lexington, Mass.: D.C. Heath, 1985), Ron Paul und Lewis Lehrman, *The Case for Gold* (San Francisco: Cato Institute, 1983).

lichen Entwicklung wird in Gang gesetzt.

Diese Entwicklung schafft die Grundlage für das Entstehen von Banken als spezialisierte Geldinstitute. Einerseits kommen die Banken der steigenden Nachfrage nach Aufbewahrung, Transport und Clearing von Geld entgegen. Zum anderen erfüllen sie die immer wichtiger werdende Funktion, den Austausch zwischen Kapitalisten (Sparern) und Unternehmern (Investoren) zu erleichtern und eine nahezu vollständige Arbeitsteilung zwischen diesen Rollen zu ermöglichen. Als Einlageninstitute und insbesondere als Spar- und Kreditinstitute nehmen Banken schnell den Rang von Nervenzentren einer Volkswirtschaft ein. Die räumliche und zeitliche Verteilung und Koordinierung wirtschaftlicher Ressourcen und Aktivitäten erfolgt zunehmend durch die Vermittlung von Banken; und durch die Erleichterung dieser Koordinierung bedeutet das Aufkommen von Banken einen weiteren Impuls für das Wirtschaftswachstum.[3]

Es liegt zwar im wirtschaftlichen Interesse aller, dass es nur eine einzige universelle Währung und nur eine einzige Rechnungseinheit gibt, und der Mensch in seinem Streben nach Vermögensmaximierung wird nicht ruhen, bis dieses Ziel erreicht ist, doch widerspricht es diesem Interesse, dass es nur eine einzige Bank oder ein einziges monopolistisches Bankensystem gibt. Vielmehr gebietet das Eigeninteresse, dass jede Bank das gleiche universelle Geld verwendet – Gold – und dass es dann keinen Wettbewerb zwischen verschiedenen Geldern gibt, sondern dass es einen freien Wettbewerb zwischen Banken und Bankensystemen geben muss, die alle Gold verwenden. Nur solange der freie Zugang zum Bankwesen besteht, wird es in diesem wie in jedem anderen Wirtschaftszweig Kosteneffizienz geben; Doch nur solange dieser Wettbewerb Dienstleistungen betrifft, die in Bezug auf ein und dieselbe Geldware erbracht werden, kann das freie Bankwesen tatsächlich die eigentliche Funktion von Geld und Bankwesen erfüllen, nämlich die wirtschaftliche Integration

[3] Zum Bankwesen und insbesondere zur unterschiedlichen Funktion von Kredit- und Einlagenbankwesen vgl. Murray N. Rothbard, *The Mystery of Banking* (New York: Richardson and Snyder, 1983).

statt Desintegration zu fördern, den Markt zu erweitern und die Arbeitsteilung auszubauen, statt sie einzuschränken, die Wert- und Kostenrechnung rationaler statt weniger rational zu gestalten und damit den wirtschaftlichen Wohlstand zu steigern statt zu verringern. Der Begriff des Wettbewerbs zwischen Geldern ist eine *Contradictio in adjecto*. Streng genommen ist ein Währungssystem mit konkurrierenden Geldern frei schwankender Wechselkurse immer noch ein System des (teilweisen) Tauschhandels, das mit dem Problem behaftet ist, doppelte Übereinstimmung von Wünschen zu erfordern, damit (einige) Tauschgeschäfte stattfinden können. Die Existenz eines solchen Systems ist für den eigentlichen Zweck des Geldes dysfunktional.[4] Würde der Mensch frei seinen eigenen Interessen nachgehen, würde er dies sofort aufgeben – und es wäre ein grundlegendes Missverständnis hinsichtlich des Wesens des Geldes, den freien Markt nicht nur im Hinblick auf konkurrierende Banken, sondern auch im Hinblick auf konkurrierende Währungen zu betrachten.[5] Wettbewerbsfähige Gelder sind nicht das Ergebnis von Handlungen des freien Marktes, sondern immer das Ergebnis von Zwang, von staatlich auferlegten Hindernissen, die dem Weg zu einem rationalen wirtschaftlichen Verhalten entgegenstehen.

Mit dem Aufkommen des freien Bankwesens auf der Grundlage eines universellen Goldstandards wird das Ziel erreicht, die kosteneffizienteste Lösung für die Koordinierung und Erleichterung des räumlichen und zeitlichen Austauschs im Rahmen eines universell integrierten Marktes zu finden. Die Preise für die Verwahrung, den Transport und das Clearing von Geld sowie für die Vorauszahlung von Geld im Rahmen von Terminkontrakten würden unter einem Regime des freien Marktzugangs auf ein möglichst niedriges Niveau

[4] Siehe Murray N. Rothbard, *The Case for a 100 Percent Gold Dollar* (Meriden, Conn.: Cobden Press, 1984), S. 32-34.

[5] Ein sehr prominentes Beispiel für dieses Missverständnis ist F.A. Hayek, *Denationalization of Money* (London: Institute of Economic Affairs, 1976); für eine Kritik siehe Murray N. Rothbard, „Hayek‘s Denationalized Money“, *Libertarian Forum* XV, Nr. 5–6 (August 1981-Januar 1982).

sinken. Und da diese Preise in Form eines universellen Geldes ausgedrückt würden, würden sie tatsächlich die Minimumkosten für die Erbringung marktintegrativer Dienstleistungen widerspiegeln.

Darüber hinaus bietet der Wettbewerb zwischen den Banken in Verbindung mit der Tatsache, dass Geld als Ware – wie beispielsweise Gold – auftreten muss, die zusätzlich zu ihrem Wert als Geld auch einen Warenwert hat und daher nicht ohne erhebliche Kosten hergestellt werden kann, was den bestmöglichen Schutz vor betrügerischen Bankgeschäften darstellt.

Als Geldaufbewahrungsinstitute sind Banken – ähnlich wie andere Institute, die fungible Güter hinterlegen, jedoch aufgrund der besonderen Rolle des Warengeldes in noch stärkerem Maße – versucht, „gefälschte" Lagerquittungen auszugeben, d.h. Einzahlungsbelege, die nicht durch echtes Geld gedeckt sind, sobald solche Banknoten die Rolle von Geldersatz übernommen haben und von den Marktteilnehmern als unbestreitbare Äquivalente für tatsächlich hinterlegtes echtes Geld behandelt werden. In dieser Situation kann eine Bank durch die Ausgabe von gefälschten, bzw. Fiat-Banknoten, die physisch nicht von echten Geldsubstituten zu unterscheiden sind, auf betrügerische Weise und auf Kosten anderer ihren eigenen Reichtum vermehren. Sie kann mit solchen gefälschten Scheinen direkt Güter kaufen und sich damit wie jeder normale Geldfälscher bereichern. Der reale Reichtum der Bank und der Reichtum der frühen Geldempfänger steigt durch diese Käufe, und gleichzeitig und durch die gleiche Handlung sinkt der Reichtum derjenigen, die das neue Geld verspätet oder gar nicht erhalten, aufgrund der inflationären Folgen der Fälschung. Außerdem kann eine Bank ein solches Fiat-Geld verwenden, um ihre Kredite auszuweiten und Zinsen damit zu verdienen. Erneut findet eine betrügerische Einkommens- und Vermögensumverteilung zu Gunsten der Bank statt.[6] Darüber hinaus wird aber auch diesmal ein Boom-Bust-Zyklus in Gang gesetzt: Bei gesenktem Zinssatz veranlasst der neu gewährte Kredit er-

[6] Zum Fälschungsprozess siehe Rothbard, *The Mystery of Banking*, Kap. IV; auch Elgin Groseclose, *Money: The Human Conflict* (Norman: University of Oklahoma Press, 1934), S. 178 und 273.

höhte Investitionen und schafft zunächst einen Boom, der nicht von einer wirtschaftlichen Expansion zu unterscheiden ist; dieser Boom muss jedoch in einen Bust übergehen, weil der Kredit, der ihn stimuliert hat, keine echten Ersparnisse darstellt, sondern aus dem Nichts entstanden ist. Daher muss mit der gesamten neuen und erweiterten Investitionsstruktur ein Mangel an Kapital entstehen, der den erfolgreichen Abschluss aller Investitionsprojekte systematisch unmöglich macht und stattdessen eine Kontraktion mit einer Liquidation früherer Fehlinvestitionen erfordert.[7]

Unter dem Goldstandard würde jede Bank oder jedes Bankensystem (einschließlich eines Monopolisten) in seiner eigenen Neigung, solchen Versuchungen zu erliegen, durch zwei Anforderungen eingeschränkt, die für eine erfolgreiche Fälschung unerlässlich sind. Einerseits darf die Bankenöffentlichkeit der Vertrauenswürdigkeit der Bank nicht misstrauisch gegenüberstehen, d.h. ihre Betrugsbekämpfungswachsamkeit muss gering sein, da sonst ein Bank-Run den begangenen Betrug schnell aufdecken würde. Andererseits kann die Bank ihre Banknoten nicht in einem solchen Tempo inflationieren, dass die Öffentlichkeit das Vertrauen in die Kaufkraft der Banknoten verliert, ihre Reservierungsnachfrage nach ihnen reduziert und stattdessen zu „echten" Werten, einschließlich echtem Geld, flüchtet und damit den Fälscher in den Bankrott treibt. In einem System des freien Bankwesens ohne gesetzliche Zahlungsmittelvorschriften und mit Gold als Zahlungsmittel entsteht jedoch eine zusätzliche Einschränkung für potenziellen Bankbetrug, da jede Bank dann mit Nichtkunden oder Kunden anderer Banken konfrontiert ist. Wenn in dieser Situation zusätzliches Falschgeld von einer Bank in Umlauf gebracht wird, muss sie zwangsläufig damit rechnen, dass das Geld

[7] Zur österreichischen Konjunkturtheorie siehe Ludwig von Mises, *The Theory of Money and Credit* (lrvington-on-Hudson, N.Y.: Foundation for Economic Education, 1971); ders., *Human Action* (Chicago: Regnery, 1966), Kap. XX; F.A. Hayek, *Monetary Theory and the Trade Cycle* (New York: Augustus M. Kelley, 1975); *Prices and Production* (New York: Augustus M. Kelley, 1967); Richard von Strigl, *Kapital und Produktion* (Wien: Julius Springer, 1934); Murray N. Rothbard, *Man, Economy, and State* (Los Angeles: Nash, 1970), Band 2, Kap. 12.

in die Hände von Nichtkunden gelangt, die eine sofortige Einlösung verlangen, die die Bank dann ohne eine zumindest schmerzhafte Kreditverknappung nicht gewähren könnte. Tatsächlich könnte eine solche korrigierende Verminderung nur vermieden werden, wenn das zusätzliche Fiatgeld ausschließlich in die Bargeldreserven der eigenen Kunden der Bank fließen und von diesen ausschließlich für Transaktionen mit anderen Kunden verwendet würde. Da eine Bank jedoch nicht wissen könnte, ob ein solches spezifisches Ergebnis erzielt werden könnte oder wie es zu erreichen ist, würde die Androhung einer folgenden Kreditkontraktion als unausweichliche wirtschaftliche Abschreckung für jeden Bankbetrug wirken.[8]

[8] Was ist mit Kartellen? Könnten die konkurrierenden Banken nicht ein Kartell bilden und sich auf ein Joint Venture in der Fälschung einigen? Auch dies ist im Rahmen des freien Bankwesens höchst unwahrscheinlich, da ein System des freien Bankwesens durch das völlige Fehlen jeglicher wirtschaftlicher Anreize für Kartellbildung gekennzeichnet ist. Da es keine Zugangsbeschränkungen gibt, müsste ein solches Bankenkartell als freiwillig eingestuft werden und würde unter denselben Problemen leiden wie jedes freiwillige Kartell: Angesichts der Bedrohung durch Nichtkartellmitglieder und/oder neue Marktteilnehmer und in Anbetracht der Tatsache, dass ein Bankenkartell wie alle Kartellvereinbarungen die weniger effizienten Kartellmitglieder auf Kosten der effizienteren begünstigen würde, gibt es einfach keine wirtschaftliche Grundlage für ein erfolgreiches Vorgehen, und jeder Versuch einer Kartellbildung würde schnell als wirtschaftlich ineffizient scheitern. Darüber hinaus würden Banken, die gemeinsam handeln, einen umfassenden Boom-Bust-Zyklus auslösen, sofern das Falschgeld zur Kreditausweitung eingesetzt würde. Auch das würde eine Kartellbildung abschrecken. Siehe zur Theorie des freien Bankwesens Mises, *Human Action*, S. 434–48; Rothbard, *The Mystery of Banking*, Kap. VIII.

II. DER STAAT UND DIE MONOPOLISIERUNG DES GELDES UND DES BANKWESENS

Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung ist gekennzeichnet durch nationale Gelder anstelle eines universellen Geldes; durch Fiat-Geld anstelle eines Rohstoffs wie Gold; durch monopolistisches Zentralbankwesen anstelle von freiem Bankwesen; und durch permanenten Bankbetrug und stetig wiederholte Einkommens- und Vermögensumverteilung, permanente Inflation und wiederkehrende Konjunkturzyklen als wirtschaftliche Gegenstücke, anstatt durch 100-Prozent-Reserve-Bankwesen ohne diese Konsequenzen.

In völligem Widerspruch zum Eigeninteresse des Menschen, durch wirtschaftliche Integration seinen Wohlstand zu maximieren, müssen also verschiedene anti-ökonomische Interessen, die gegenüber den wirtschaftlichen Interessen überwiegen, für die Entstehung der heutigen Währungsordnung verantwortlich sein.

Man kann Reichtum erwerben und vermehren, entweder durch Bewirtschaftung, Produktion und vertraglichen Tausch oder durch Enteignung und Ausbeutung von Bewirtschaftern, Produzenten oder Vertragspartnern. Es gibt keine anderen Möglichkeiten. Beide Methoden sind für den Menschen natürlich. Neben dem Interesse an Produktion und Verträgen bestand seit jeher ein Interesse an nichtproduktivem und außervertraglichem Immobilien- und Vermögenserwerb. Und im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung kann ebenso wie das erstgenannte Interesse zur Gründung produktiver Unternehmen und Konzerne führen, so kann auch das letztgenannte Interesse zur Entstehung großindustrieller Unternehmen und zur Bildung von Regierungen oder Staaten führen.[9]

[9] Entgegen der Behauptung der Public Choice School betreiben Staaten und private Unternehmen im Wesentlichen nicht die gleiche Art von Geschäft, sondern betreiben kategorisch unterschiedliche Arten von Betrieben. Beide Arten von Institutionen sind das Ergebnis unterschiedlicher, antagonistischer Interessen. Das „politische" Interesse an Ausbeutung und Enteignung, das der Bildung von Staaten zugrunde liegt, erfordert und setzt offensichtlich die Existenz von Reichtum und damit ein „wirtschaftliches" Interesse mindestens einer Person an der Produktion eines solchen

Die Größe und das Wachstum eines produktiven Unternehmens wird einerseits durch die freiwillige Verbrauchernachfrage und andererseits durch die Konkurrenz anderer Produzenten eingeschränkt, die jedes Unternehmen kontinuierlich dazu zwingt, mit den geringstmöglichen Kosten zu arbeiten, wenn es im Geschäft bleiben möchte. Damit ein solches Unternehmen wachsen kann, müssen die dringendsten Verbraucherbedürfnisse auf die effizienteste Weise bedient werden. Nichts außer freiwillige Verbrauchereinkäufe unterstützen jene Größe.

Reichtums voraus (während das Gegenteil nicht der Fall ist). Aber gleichzeitig gilt: Je ausgeprägter und erfolgreicher politische Interessen sind, desto destruktiver für wirtschaftliche Interessen wird dies sein. Die Public Choice School hat vollkommen Recht, wenn sie darauf hinweist, dass jeder – ein Regierungsangestellter nicht weniger als ein Angestellter eines Wirtschaftsunternehmens – normalerweise ein höheres gegenüber einem niedrigeren Einkommen bevorzugt und dass dieses Interesse erklärt, warum von der Regierung erwartet werden sollte, dass sie nicht weniger Tendenz zum Wachstum hat als jedes andere Unternehmen. Diese Entdeckung – dass Politiker und Bürokraten nicht mehr altruistisch sind oder sich um das Gemeinwohl sorgen als Menschen in anderen Lebensbereichen – ist jedoch kaum neu, auch wenn sie manchmal übersehen wurde. Was jedoch an der Public Choice tatsächlich neu ist, ist die Schlussfolgerung, die aus dieser richtigen Erkenntnis gezogen wird, dass nämlich alle Institutionen als Auswuchs identischer Motivationskräfte betrachtet und analytisch gleich behandelt werden sollten – was so falsch ist, dass es schon lächerlich ist. Unabhängig von den subjektiven Überzeugungen einer Person wird die Integration des eigenen Handelns in den institutionellen Rahmen des Staates oder eines „normalen" Wirtschaftsunternehmens und die Verfolgung des eigenen Wohlstands, indem die Interessen hier oder dort maximiert werden, tatsächlich zu kategorisch unterschiedlichen Ergebnissen führen. Zu einer repräsentativen Aussage der Public Choice School über die Idee des „Staates als Unternehmen" und des „politischen Austauschs" als im Wesentlichen gleichbedeutend mit dem wirtschaftlichen Austausch siehe James Buchanan und Gordon Tullock, *The Calculus of Consent* (Ann Arbor: University of Michigan Press, 1965), S. 19; für eine Kritik dieser Sichtweise und des grundlegenden Unterschieds zwischen wirtschaftlichen und politischen Mitteln siehe Franz Oppenheimer, *The State* (New York: Vanguard Press, 1914), S. 24–27; Murray N. Rothbard, *Power and Market* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1977), Kap. 2.

Die Einschränkungen für die andere Art von Institution – den Staat – sind gänzlich anders.[10] Zum einen ist es offensichtlich absurd zu sagen, dass sein Entstehen und Wachstum von der Nachfrage im gleichen Sinne wie ein Wirtschaftsunternehmen bestimmt wird. Man kann keinesfalls behaupten, dass die Bewirtschafter, Produzenten und Vertragspartner, die (einen Teil) ihres Vermögens an einen Staat abgeben müssen, eine solche Dienstleistung gefordert hätten. Stattdessen werden sie gezwungen, es zu akzeptieren, und dies ist ein schlüssiger Beweis dafür, dass die Dienstleistung überhaupt nicht gefragt ist. Auf der anderen Seite wird der Staat auch nicht in der gleichen Weise durch den Wettbewerb eingeschränkt wie ein produktives Unternehmen. Im Gegensatz zu einem solchen Unternehmen darf der Staat seine Betriebskosten nicht auf einem Minimum halten, sondern kann über den Mindestkosten operieren, weil er in der Lage ist, seine höheren Kosten auf die Wettbewerber zu verlagern, indem er ihr Verhalten besteuert oder reguliert. Soweit ein Staat entsteht, tut er dies also trotz der Tatsache, dass er weder nachgefragt wird noch effizient ist.

Das Wachstum eines ausbeuterischen Unternehmens wird nicht durch Kosten- und Nachfragebedingungen eingeschränkt, sondern durch die öffentliche Meinung: Nichtproduktive und nicht vertragliche Eigentumserwerbe erfordern Zwang, und Zwang schafft Opfer. Es ist denkbar, dass der Widerstand dauerhaft gewaltsam gebrochen werden kann, wenn ein Mann (oder eine Gruppe von Männern) einen oder vielleicht zwei oder drei andere (oder eine Gruppe von ungefähr derselben Größe) ausbeutet. Es ist jedoch unvorstellbar, dass Gewalt allein für die Überwindung des Widerstands in dem tatsächlich bekannten Fall verantwortlich sein kann, in dem kleine Minderheiten Bevölkerungsgruppen enteignen und ausbeuten, die zehn-,

[10] Zur folgenden Staatstheorie vgl. Murray N. Rothbard, *For a New Liberty* (New York: Macmillan, 1978); *The Ethics of Liberty* (Atlantic Highlands: Humanities Press, 1982); Hans-Hermann Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987); *A Theory of Socialism and Capitalism* (Boston: Kluwer, 1989); Anthony de Jasay, *The State* (Oxford: Blackwell, 1985).

hundert- oder tausendmal so groß sind wie sie selbst. Damit dies geschieht, muss ein solches Unternehmen zusätzlich zu seiner Zwangsgewalt öffentliche Unterstützung erhalten. Eine Mehrheit der Bevölkerung muss ihren Betrieb als legitim akzeptieren. Diese Akzeptanz kann von aktiver Begeisterung bis hin zu passiver Resignation reichen. Allerdings muss es sich um eine Akzeptanz in dem Sinne handeln, dass eine Mehrheit die Idee aufgegeben haben muss, sich aktiv oder passiv gegen jeden Versuch zu wehren, unproduktive und nicht vertraglich vereinbarte Eigentumsübernahmen durchzusetzen. Anstatt Empörung über solche Handlungen zu zeigen, Verachtung für alle zu empfinden, die sich daran beteiligen, und nichts zu unternehmen, um ihnen zum Erfolg zu verhelfen (ganz zu schweigen davon, sie aktiv zu behindern), muss eine Mehrheit sie aktiv oder passiv unterstützen. Die den Staat unterstützende öffentliche Meinung muss dem Widerstand der geschädigten Eigentumsbesitzer entgegenwirken, sodass aktiver Widerstand sinnlos erscheint. Das Ziel des Staates und jedes Staatsangestellten, der zur Sicherung und Verbesserung seiner eigenen Position innerhalb des Staates beitragen möchte, ist und muss daher darin bestehen, durch die Schaffung einer günstigen öffentlichen Meinung und die Herstellung von Legitimität den durch Ausbeutung erworbenen Reichtum und das Einkommen zu maximieren. Dem Staat stehen zwei sich ergänzende Maßnahmen zur Verfügung, um dies zu erreichen. Auf der einen Seite gibt es ideologische Propaganda. Es wird viel Zeit und Mühe darauf verwendet, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Dinge nicht wirklich so sind, wie sie erscheinen: Ausbeutung ist in Wirklichkeit Freiheit; Steuern sind in Wirklichkeit freiwillig; nichtvertragliche Beziehungen sind in Wirklichkeit „konzeptionell" vertragliche Beziehungen;[11] niemand wird von jemandem beherrscht, sondern wir alle beherrschen uns selbst; ohne den Staat gibt es weder

[11] Zur semantischen Verwirrung, die durch den Begriff „konzeptionelle Vereinbarung" insbesondere von James Buchanan verbreitet wird, siehe Hans-Hermann Hoppe, „The Fallacies of the Public Goods Theory and the Production of Security", *Journal of Libertarian Studies* 9, Nr. 1 (1989); oben, Kap. 1.

Recht noch Sicherheit; und die Armen würden zugrunde gehen usw.

Auf der anderen Seite gibt es die Umverteilung. Anstatt ein bloßer parasitärer Konsument von Gütern zu sein, die andere produziert haben, verteilt der Staat einen Teil seines zwangsweise angeeigneten Reichtums an Menschen außerhalb des Staatsapparats und versucht dadurch, sie zu korrumpieren, um staatlich unterstützende Rollen zu übernehmen.

Aber nicht jede Umverteilung wird ausreichen. So wie Ideologien einem – etatistischen – Zweck dienen müssen, so muss es auch die Umverteilung. Die Umverteilung erfordert Kostenaufwendungen und bedarf daher einer Begründung. Sie wird nicht vom Staat unternommen, nur um einigen Menschen etwas Gutes zu tun, wie zum Beispiel, wenn jemand einem anderem ein Geschenk macht. Es geht auch nicht einfach darum, möglichst hohe Erträge aus dem Handel zu erzielen, wie es bei gewöhnlichen Wirtschaftsunternehmen der Fall ist. Sie wird unternommen, um die weitere Existenz und Ausweitung von Ausbeutung und Enteignung zu sichern. Die Umverteilung muss diesem strategischen Zweck dienen. Ihre Kosten müssen in Form von erhöhtem Staatseinkommen und Wohlstand gerechtfertigt werden. Die für den Staatsapparat verantwortlichen politischen Entscheidungsträger können bei dieser Aufgabe ebenso Fehler machen wie gewöhnliche Unternehmer, da sie ihre Entscheidungen darüber, welche Umverteilungsmaßnahmen diesem Zweck am besten dienen, in Erwartung ihrer tatsächlichen Ergebnisse treffen müssen. Und wenn es zu unternehmerischen Fehlern kommt, kann das Einkommen des Staates tatsächlich sinken statt zu steigen und möglicherweise sogar die eigene Existenz gefährden. Es ist das eigentliche Ziel der staatlichen Politik und die Aufgabe des politischen Unternehmertums, solche Situationen zu vermeiden und stattdessen eine Politik zu wählen, die die Staatseinnahmen erhöht.

Zwar lassen sich weder die konkreten Formen der Umverteilungspolitik noch deren konkrete Ergebnisse vorhersagen, sondern sie ändern sich mit den sich wandelnden Umständen, doch erfordert die Natur des Staates nach wie vor, dass seine Umverteilungspolitik einer bestimmten Ordnung folgt und eine gewisse strukturelle Re-

gelmäßigkeit aufweist.[12]

Als eine Institution, die sich der Maximierung des durch Ausbeutung angeeigneten Reichtums verschrieben hat, ist der wichtigste Bereich, in dem der Staat Umverteilungsmaßnahmen anwendet, die Schaffung von Sicherheit, d.h. Polizei, Verteidigung und Justiz. Der Staat beruht letztlich auf Zwang und kann daher nicht auf Streitkräfte verzichten. Alle konkurrierenden Streitkräfte, die natürlich auf dem Markt entstehen würden, um eine echte Nachfrage nach Sicherheits- und Schutzdienstleistungen zu befriedigen, sind eine Bedrohung für seine Existenz und müssen beseitigt werden. Dies zu tun bedeutet, sich diese Aufgabe anzumaßen und zum monopolistischen Anbieter und Verteiler von Schutzdienstleistungen für ein bestimmtes Gebiet zu werden. In ähnlicher Weise würde ein konkurrierendes Justizsystem eine unmittelbare Bedrohung für den Legitimitätsanspruch eines Staates darstellen. Und wieder muss das Justizsystem um seiner eigenen Existenz willen auch monopolisiert und juristische Dienstleistungen in Umverteilungssysteme einbezogen werden.

Die Natur des Staates als Institution, die sich mit organisierter Aggression beschäftigt, erklärt auch die Bedeutung des nächsten Feldes der Umverteilungsaktivitäten: des Verkehrs und der Kommunikation. Es kann keine reguläre Ausbeutung ohne monopolistische Kontrolle von Flüssen, Küsten, Seewegen, Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen, Post und Telekommunikationssystemen geben. So müssen auch diese Dinge zum Objekt der Umverteilung werden.

Von ähnlicher Bedeutung ist der Bereich Bildung. Abhängig von der öffentlichen Meinung und ihrer Akzeptanz der Handlungen des Staates als legitim ist es für einen Staat unerlässlich, dass ein ungünstiger ideologischer Wettbewerb so weit wie möglich beseitigt und etatistische Ideologien verbreitet werden. Der Staat versucht dies durch die Bereitstellung von Bildungsdienstleistungen auf Umverteilungsbasis zu erreichen.

Gefördert durch ein staatliches Bildungssystem ist der nächste

[12] Vgl. Hoppe, *Eigentum, Anarchie, und Staat*, Kap. 5.3; *A Theory of Socialism and Capitalism*, Kap. 8.

entscheidende Umverteilungsbereich die Umverteilung der Staatsmacht selbst, also das vom Staat übernommene Recht, nicht produktiv angeeignetes Vermögen zu enteignen, auszubeuten und umzuverteilen. Anstatt eine Institution zu bleiben, die den Zugang zu sich selbst und/oder bestimmten Regierungspositionen beschränkt, nimmt ein Staat aus offensichtlichen strategischen Gründen zunehmend eine Organisationsstruktur an, die grundsätzlich jede Position für alle offenlegt und gleiche und universelle Rechte auf Beteiligung und Wettbewerb bei der Festlegung der staatlichen Politik gewährt. Jeder – nicht nur der privilegierte Adel – erhält einen rechtlichen Anteil am Staat, um den Widerstand gegen die Staatsmacht zu verringern.[13]

Mit der Monopolisierung von Recht und Sicherheitsproduktion, Verkehr, Kommunikation und Bildung sowie der Demokratisierung der Staatsherrschaft selbst wurden alle Merkmale des modernen Staates bis auf eines identifiziert: die staatliche Monopolisierung von Geld und Bankwesen. Mit Ausnahme dieses einen Beispiels wurde bereits kurz erläutert, wie sie als strategische Funktionen verstanden werden können und müssen: warum und wie sie keine normalen produktiven Beiträge sind, die von Angebot und Nachfrage bestimmt werden, oder einfach nur gute Taten, sondern Umverteilungsmaßnahmen, die dem Zweck dienen, die von einem Staat durch Ausbeutung angeeigneten Einkünfte und Reichtümer zu stabilisieren und, wenn möglich, zu erhöhen.

Die Monopolisierung von Geld und Bankwesen ist die ultimative Säule, auf der der moderne Staat ruht. Tatsächlich ist es wahrscheinlich das am meisten geschätzte Instrument zur Erhöhung des Staatseinkommens geworden. Denn nirgendwo sonst kann der Staat die Verbindung zwischen Umverteilungsausgaben und Ausbeutungsrendite direkter, schneller und sicherer herstellen als durch die Monopolisierung des Geldes und des Bankwesens. Und nirgendwo sonst werden die Pläne des Staates weniger klar verstanden als hier.

---

[13] Über Demokratisierung als Mittel zur Ausweitung der Staatsmacht siehe Bertrand de Jouvenel, *On Power* (New York: Viking Press, 1949), S. 9-10.

Da der Staat wie jeder andere auch ein höheres Einkommen einem niedrigeren vorzieht, sich jedoch im Gegensatz zu anderen mit dem Erwerb unproduktiver und nicht vertraglich geregelter Vermögenswerte befasst, ist seine Haltung in Bezug auf Geld und Bankwesen offensichtlich: Seine Ziele lassen sich am besten mit einem reinen Fiatgeld erreichen, das monopolistisch vom Staat kontrolliert wird. Denn nur dann werden alle Hindernisse für Fälschungen beseitigt (abgesehen von einem vollständigen Zusammenbruch des Währungssystems durch Hyperinflation), und der Staat kann seine eigenen Einnahmen und seinen Reichtum auf Kosten anderer praktisch ohne Kosten und ohne Angst vor einer Insolvenz erhöhen.[14]

Es gibt jedoch Hindernisse, um diesen beneidenswerten Zustand zu erreichen. Auf der einen Seite gibt es die unerbittliche Tatsache, dass Geld nur als Ware entstehen kann. (Es ist unmöglich, mit Fiat-Geld zu beginnen).[15] Andererseits besteht das Problem, dass die Bereicherung durch Fälschungen zwar zweifellos weniger auffällig ist als die durch Besteuerung, aber dennoch eine Maßnahme darstellt, die sicherlich von den Banken bemerkt wird, insbesondere wenn sie regelmäßig erfolgt. Und so ist es auch für den Staat unmöglich, mit institutionalisierter Fälschung davonzukommen, wenn sie nicht mit Umverteilungsmaßnahmen kombiniert werden kann, die in der Lage sind, eine weitere positive Veränderung der öffentlichen Meinung herbeizuführen. Dieses Problem und der natürliche Wunsch des Staates bestimmen im Wesentlichen den Verlauf seines Handelns.

Als Ergebnis der freien Marktprozesse findet der Staat Gold als Geld und ein System des freien Bankwesens etabliert. Sein Ziel ist die Zerstörung dieses Systems und damit die Beseitigung aller Hindernisse für das Fälschen. Technisch gesehen (wenn man alle damit

---

[14] Zur inhärenten Tendenz des Staates, ein uneingeschränktes Fälschungsmonopol zu erreichen, siehe Murray N. Rothbard, *The Mystery of Banking*; ders., *What Has Government Done to Our Money?* (San Rafael, Kalifornien: Libertarian Publishers, 1985).

[15] Zur Unmöglichkeit, dass Geld als Fiat-Papiergeld entsteht, siehe das Regressionstheorem: Mises, *The Theory of Money and Credit*, S. 97–123; *Human Action*, S. 408-10; Rothbard, *Man, Economy, and State*, Bd. I, S. 231-37.

verbundenen psychologischen Schwierigkeiten einmal außer Acht lässt) ergibt sich daraus die Reihenfolge der Schritte, die zur Erreichung dieses Ziels unternommen werden müssen: In einem ersten Schritt muss die Goldprägung vom Staat monopolisiert werden. Dies dient dem Zweck, Gold psychologisch zu verstaatlichen, indem der Schwerpunkt von Gold, das in universellen Gewichtseinheiten denominiert ist, auf Gold verlagert wird, das in Fiat-Währungen denominiert ist. Und es beseitigt ein erstes wichtiges Hindernis für Fälschungen, da es dem Staat die institutionellen Mittel an die Hand gibt, sich durch einen systematischen Prozess der Geldentwertung zu bereichern.

Zweitens muss die Verwendung von Geldsubstituten anstelle von tatsächlichem Gold systematisch gefördert und eine solche Tendenz durch den Erlass gesetzlicher Zahlungsmittelgesetze unterstützt werden. Der Fälschungsprozess wird dadurch wesentlich kostengünstiger. Anstatt Gold neu zu prägen, müssen lediglich Papierscheine gedruckt werden.

Das bereits zuvor diskutierte Problem bleibt jedoch bestehen. Solange ein System des freien Bankwesens in Kraft ist, kann nicht verhindert werden, dass die gefälschten Banknoten mit der Aufforderung zur Einlösung an den neuen Emittenten zurückgegeben werden, der dann – zumindest ohne eine vertragliche Anpassung – seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Um dieses Hindernis zu überwinden, muss der Staat im nächsten Schritt das Bankensystem monopolisieren oder die konkurrierenden Banken unter der Vormundschaft seiner eigenen staatlich betriebenen Zentralbank in ein Kartell zwingen. Sobald der Staat über ein monopolisiertes oder kartellisiertes Bankensystem verfügt, kann er den koordinierten und gemeinsamen Fälschungsprozess des gesamten Bankensystems in Gang setzen, der dieses Risiko vermeidet.

Im nächsten Schritt muss Gold verstaatlicht werden, d.h. der Staat muss von allen Banken verlangen, dass sie ihr Gold bei der Zentralbank deponieren und ihr Geschäft ausschließlich mit Geldersatz statt mit Gold betreiben. Auf diese Weise verschwindet Gold als tatsächlich genutztes Tauschmittel vom Markt und stattdessen

werden alltägliche Transaktionen zunehmend durch den Einsatz von Zentralbanknoten geprägt.

Schließlich muss der Staat, da Gold bereits außer Sichtweite und im alleinigen Besitz des Staates ist, die letzte Bindung an Gold abbrechen, indem er seine vertraglichen Verpflichtungen bricht und seine Noten für uneinlösbar erklärt. Auf den Ruinen des Goldes, das als Warengeldstandard ursprünglich dafür sorgte, dass Papiergeld tatsächlich Kaufkraft erlangen konnte, wurde ein reiner Fiatgeldstandard errichtet, der nun aufrechterhalten werden kann und dem Staat endlich die unbegrenzte Fälschungsmacht verschafft, nach der er so lange gestrebt hatte.

Das Ziel einer vollständigen Fälschungsautonomie diktiert ebenfalls die Strategie, die an der psychologischen Front verfolgt werden muss. Es liegt auf der Hand, dass der Staat bei der Verfolgung seines Endziels Opfer schafft und daher auch auf eine ihm wohlgesonnene öffentliche Meinung angewiesen ist. Sein Aufstieg zur absoluten Fälschungsmacht muss mit Umverteilungsmaßnahmen einhergehen, die die notwendige Unterstützung generieren, um alle aufkommenden Widerstandskräfte zu überwinden. Er muss nach Verbündeten suchen.

Was die Monopolisierung von Recht und Ordnung, Verkehr, Kommunikation und Bildung durch den Staat sowie die Demokratisierung seiner Organisationsstruktur angeht, so handelt es sich dabei zwar eindeutig um Umverteilungsmaßnahmen, die zwangsläufig bedeuten, dass eine Person auf Kosten einer anderen begünstigt wird, doch ist es schwierig, wenn nicht gar unmöglich, die Gewinner und Verlierer eindeutig sozialen Klassen zuzuordnen: Es kann Gewinner (oder Verlierer) in verschiedenen Klassen geben. Es kann Gewinner und Verlierer innerhalb einer sozialen Klasse geben; und das Umverteilungsmuster kann sich im Laufe der Zeit verschieben. In all diesen Fällen ist der Zusammenhang zwischen den Umverteilungsausgaben des Staates und ihren Auszahlungen nur indirekt: Ob sich beispielsweise bestimmte Bildungsausgaben in Form erhöhter Staatseinnahmen auszahlen oder nicht, wird erst zu einem späteren Zeitpunkt sichtbar; und selbst dann wird es schwierig sein, ein sol-

ches Ergebnis einer bestimmten Ursache zuzuordnen. Im Falle der Monopolisierung von Geld und Bankwesen hingegen ist sofort klar, wer außerhalb des Staatsapparats selbst die Nutznießer seiner Umverteilungspolitik sein werden und wer die Verlierer sein werden; und soziologisch lassen sich die Nutznießer leicht einer bestimmten sozialen Klasse zuordnen. In diesem Fall besteht ein direkter und enger Zusammenhang zwischen der Verteilung von Umverteilungsvorteilen durch den Staat und seiner eigenen Bereicherung, und die Ursachen dafür liegen auf der Hand: Der Staat ist gezwungen, Banken und die soziale Klasse der Bankiers zu seinen Komplizen zu machen, indem er ihnen erlaubt, sich an seinen Fälschungsoperationen zu beteiligen und sich so zusammen mit dem Staat zu bereichern.

Banker wären die ersten, die auf die Fälschungsversuche des Staates aufmerksam werden. Ohne besondere Anreize, die dem entgegenstehen, hätten sie keinen Grund, solche Handlungen zu unterstützen, und allen Grund, sie so schnell wie möglich aufzudecken und zu unterbinden. Und der Staat würde hier nicht auf irgendeine Opposition stoßen: Banker wären wegen ihrer erhabenen Stellung im Wirtschaftsleben und insbesondere wegen ihrer weitreichenden Verflechtung als Berufsgruppe, die sich aus der Natur ihres Geschäfts als Vermittler interräumlichen und intertemporalen Austauschs ergibt, die gewaltigste Opposition, der man begegnen könnte. Der Anreiz, der notwendig ist, um solche potenziellen Feinde zu natürlichen Verbündeten zu machen, ist das Angebot des Staates, sie an seinen eigenen betrügerischen Machenschaften teilhaben zu lassen. Vertraut mit den Ideen der Fälschung und ihrem großen Potenzial zur eigenen Bereicherung, aber auch wissend, dass es keine Chance gibt, sich darauf einzulassen, ohne das unmittelbare Risiko des Bankrotts unter freiem, wettbewerbsfähigem Bankwesen und einem Goldstandard einzugehen, stehen Banker vor einer fast unwiderstehlichen Versuchung. Der staatlichen Geld- und Bankenmonopolpolitik zu folgen, bedeutet auch, den eigenen Traum, schnell reich zu werden, zu verwirklichen. Nicht nur der Staat kommt zur Geltung, wenn ein reiner Fiatgeld-Standard etabliert ist.

Sofern ihnen vom Staat das Privileg eingeräumt wird, zusätzlich zu seinen eigenen gefälschten Banknoten unter einem Währungssystem mit weniger als 100 Prozent Mindestreservepflicht Geld zu fälschen, wobei die Zentralbank als Fälscher der letzten Instanz fungiert, lassen sich Banken nur allzu leicht davon überzeugen, die Einrichtung eines solchen Währungssystems als ihr oberstes Ziel und als Allheilmittel anzusehen.[16]

Wirtschaftlich gesehen führt diese Koalition zwischen dem Staat – als dominierendem Partner – und dem Bankensystem – als seinem Verbündeten – zu einer permanenten Inflation (die nur durch die Notwendigkeit begrenzt wird, es nicht zu übertreiben und einen Zusammenbruch des gesamten Währungssystems zu verursachen), zu einer Kreditausweitung und stetig wiederkehrenden Boom-Bust-Zyklen sowie zu einer reibungslosen, ununterbrochenen Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten des Staates und der Banken.

Noch wichtiger sind jedoch die soziologischen Implikationen dieses Bündnisses: Mit seiner Bildung etabliert sich innerhalb der Zivilgesellschaft eine herrschende Klasse, deren Interessen eng mit denen des Staates verknüpft sind. Durch seine Kooperation kann der Staat nun seine Zwangsgewalt auf praktisch alle Bereiche der Gesellschaft ausdehnen.

Vor der Gründung der Allianz zwischen Staat und Banken ist die soziologische Trennung zwischen Staat und Gesellschaft, d.h. zwischen einer ausbeuterischen herrschenden Klasse und einer Klasse ausgebeuteter Produzenten, nahezu vollständig und deutlich sichtbar. Hier ist eine Zivilgesellschaft, die allen wirtschaftlichen Reichtum produziert; und da ist der Staat und seine Vertreter, die parasitär auf das zurückgreifen, was andere produziert haben. Die Menschen sind entweder Mitglieder der Zivilgesellschaft oder des Staates und sehen ihre eigenen Interessen entweder mit den ersteren oder den letzteren verbunden. Sicherlich gibt es dann Umverteilungsaktivitä-

[16] Zur enthusiastischen Beteiligung der Bankenelite an der Schaffung des Federal Reserve Systems vgl. Rothbard, *Mystery of Banking*, Kap. XV, XVI.

ten, die Teile der Gesellschaft auf Kosten anderer begünstigen und dazu beitragen, die Interessen vom Streben nach wirtschaftlicher Integration in die Unterstützung der Ausbeutung umzuleiten. Soziale Korruption ist in diesem Stadium jedoch unsystematisch. Es handelt sich nicht um Korruption sozialer Klassen, die gesamtgesellschaftlich miteinander verbunden sind, sondern vielmehr um Korruption verschiedener, voneinander getrennter und verstreuter Individuen oder Gruppen. Und diese Interessen sind nur durch bestimmte spezifische umverteilende staatliche Aktivitäten eher dürftig mit denen des Staates verbunden als durch eine direkte Geldverbindung.

Mit der Bildung einer Allianz zwischen Staat und Banken ändert sich all dies. Es gibt eine Geldverbindung zwischen Teilen der Zivilgesellschaft und dem Staat – und nichts bindet die Menschen enger zusammen als gemeinsame finanzielle Interessen. Darüber hinaus wird diese Verbindung zwischen dem Staat und dem, was nicht nur als eine eng miteinander verbundene soziale Klasse, sondern auch als eine der einflussreichsten und mächtigsten identifiziert werden kann, hergestellt. Tatsächlich sind es nicht nur die Banken, die sich mit dem Staat und seiner Ausbeutungspolitik zusammentun. Auch die Großkunden der Banken, die Unternehmensgründung und die Führer der Industrie werden tief in die staatlichen Fälschungssysteme integriert. Denn sie sind es, die neben Staat und Banken die frühesten Empfänger des größten Teils des regelmäßig geschaffenen Falschgeldes sind. Indem sie es erhalten, bevor es allmählich durch das Wirtschaftssystem sickert und dadurch die relativen Preise verändert sowie das allgemeine Preisniveau erhöht, und indem sie Kredite zu betrügerisch niedrigen Zinssätzen erhalten, bereichern auch sie sich auf Kosten aller Sparer und aller späteren Empfänger oder Nichtempfänger dieses Geldes.[17]

---

[17] Zur Bildung der Koalition zwischen Staat und Banken siehe Gabriel Kolko, *The Triumph of Conservatism* (Chicago: Free Press, 1967); *Railroads and Regulations* (Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1965); James Weinstein, *The Corporate Ideal in the Liberal State* (Boston: Beacon Press, 1968); Richard Radosh und Murray N. Rothbard, Hrsg., *A New History of Leviathan* (New York: Dutton, 1972).

Darüber hinaus wird diese finanzielle Koalition zwischen Industrie, Banken und Staat tendenziell durch jeden aufeinanderfolgenden Verlauf der Ereignisse verstärkt. Die Kreditausweitung führt zu erhöhten Investitionen und – da sie nicht durch einen Anstieg echter Ersparnisse gedeckt ist – unweigerlich zu einer korrigierenden Kontraktion. Um Verluste oder sogar Insolvenzen zu vermeiden, werden sich die Kunden der Bank mit einer erhöhten Nachfrage nach Liquidität (d.h. Geld) an das Bankensystem wenden. Um eigene Verluste zu vermeiden, sind die Banken natürlich bestrebt, ihren Kunden zu helfen – und zwar umso mehr, je etablierter sie als Kunden sind. Unfähig, dies alleine zu tun, wenden sie sich an den Staat und seine Zentralbank. Und der Staat, dem dann eine weitere Chance zur eigenen Bereicherung geboten wird, akzeptiert und versorgt das Bankensystem und damit auch den Geschäftsbetrieb durch eine neue Fälschungsrunde mit der nötigen Liquidität. Das Bündnis wird erneuert, und der Staat hat seine dominante Rolle bekräftigt, indem er die etablierte Banken- und Industrieelite vor dem Zusammenbruch im wirtschaftlichen Wettbewerb bewahrt und es ihnen stattdessen ermöglicht hat, den Status quo zu erhalten oder den bereits in ihren Händen konzentrierten Reichtum noch weiter zu erhöhen. Es gibt Grund, dankbar zu sein und sich mit verstärkter öffentlicher Unterstützung für den Staat und seine Propaganda zu revanchieren.

Freilich impliziert diese Koalition zwischen Staat und Wirtschaftselite keineswegs eine vollständige Interessenidentität. Die verschiedenen etablierten Industrieunternehmen können unterschiedliche oder sogar gegensätzliche Interessen haben; und das gleiche gilt für die Banken. Ebenso können die Interessen von Banken und Geschäftskunden in vielerlei Hinsicht unterschiedlich sein. Auch die Interessen der industriellen Elite oder der Banken stimmen nicht vollständig mit denen des Staates überein. Denn schließlich betreiben sowohl Banken als auch Industrieunternehmen das „normale“ Geschäft, Geld durch Produktion und produktiven Austausch zu verdienen – unabhängig davon, welche anderen Einnahmequellen ihnen noch zur Verfügung stehen mögen. Und in dieser Funktion können ihre Interessen zum Beispiel mit dem Wunsch des Staates

nach Steuern kollidieren. Nichtsdestotrotz schafft die Errichtung eines Systems des monopolisierten Geldes und des Bankwesens immer noch ein gemeinsames Interesse für alle von ihnen: ein Interesse an der Erhaltung des Staatsapparates und der Institution der politischen (d.h. ausbeuterischen) Mittel der Einkommensaneignung als solche. Der Staat und seine Zentralbank könnten nicht nur jede Geschäftsbank und indirekt praktisch jedes Industrieunternehmen zerstören; diese Bedrohung ist umso größer, je etablierter ein Unternehmen ist. Der Staat könnte auch allen und jedem von ihnen helfen, reicher zu werden, und noch mehr, wenn sie bereits reich sind. Je mehr also durch Widerstand zu verlieren und durch Gehorsam zu gewinnen ist, desto intensiver werden die Versuche der wirtschaftlichen Machtelite sein, den Staatsapparat zu infiltrieren und die Staatsführer dazu zu bringen, finanzielle Interessen in der Geschäftswelt zu vertreten. Banker und Industrielle werden zu Politikern; und Politiker nehmen Positionen im Bankwesen und in der Industrie ein. Es entsteht ein Sozialsystem[18], das zunehmend charak-

[18] In der marxistischen Tradition wird dieses Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung als „Monopolkapitalismus", „Finanzkapitalismus" oder „Staatsmonopolkapitalismus" bezeichnet. Der beschreibende Teil marxistischer Analysen ist im Allgemeinen wertvoll. Indem sie die engen persönlichen und finanziellen Verbindungen zwischen Staat und Wirtschaft aufdecken, zeichnen sie in der Regel ein viel realistischeres Bild der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung als die meist starräugigen „bourgeoisen Ökonomen". Analytisch verstehen sie jedoch fast alles falsch und stellen die Wahrheit auf den Kopf.
Die traditionelle, korrekte vor-marxistische Sicht auf Ausbeutung war die des radikalen Laissez-faire-Liberalismus, wie er zum Beispiel von Charles Comte und Charles Dunoyer vertreten wurde. Ihnen zufolge bestehen antagonistische Interessen nicht zwischen Kapitalisten als Eigentümern von Produktionsfaktoren und Arbeitern, sondern zwischen einerseits den Produzenten in der Gesellschaft, d.h. Bewirtschaftern, Produzenten und Vertragspartnern, einschließlich Geschäftsleuten *sowie* Arbeitern, und andererseits denjenigen, die Reichtum unproduktiv und/oder außervertraglich erwerben, d.h. dem Staat und staatlich privilegierten Gruppen, wie feudalen Grundbesitzern. Diese Unterscheidung wurde zuerst von Saint-Simon verwirrt, der irgendwann von Comte und Dunoyer beeinflusst worden war und der Marktunternehmer zusammen mit Feudalherren und anderen staatlich privilegierten Gruppen als Ausbeuter einstufte. Marx griff diese Verwirrung von Saint-Simon auf und verschärfte sie, indem er nur Kapitalisten zu Ausbeutern und alle Arbeiter zu Ausgebeuteten machte, und er rechtfertigte diese Ansicht durch eine Ricardianische Arbeitswerttheorie und seine Theorie von Mehrwert. Im We-

teristisch für die moderne Welt ist, in der der Staat und eine eng verbundene Klasse von Bank- und Wirtschaftsführern alle anderen ausbeuten. [19]

---

sentlichen ist diese Sichtweise auf Ausbeutung bis heute typisch für den Marxismus geblieben, trotz Böhm-Bawerks vernichtender Widerlegung der Marxschen Ausbeutungstheorie und seiner Erklärung des Unterschieds zwischen Faktorpreisen und Produktpreisen durch Zeitpräferenz (Zinsen). Bis heute sehen marxistische Theoretiker, wenn sie vom ausbeuterischen Charakter des Monopolkapitalismus sprechen, die Ursache dafür im Fortbestehen des Privateigentums an Produktionsmitteln. Auch wenn sie eine gewisse Unabhängigkeit des Staatsapparates von der Klasse der Monopolkapitalisten zugeben (wie in der Version des „Staatsmonopolkapitalismus"), ist es für sie nicht der Staat, der die kapitalistische Ausbeutung ermöglicht, sondern die Tatsache, dass der Staat eine Agentur des Kapitalismus ist, eine Organisation, die die engstirnigen Interessen einzelner Kapitalisten in das Interesse eines ideellen universellen Kapitalisten (der *ideelle Gesamtkapitalist*) verwandelt, was die Existenz der Ausbeutung erklärt.

In der Tat, wie erklärt, ist die Wahrheit genau das Gegenteil: Es ist der Staat, der von Natur aus eine ausbeuterische Organisation ist, und Kapitalisten können sich nur insofern auf Ausbeutung einlassen, indem sie aufhören, Kapitalisten zu sein, und sich stattdessen mit dem Staat zusammenschließen. Anstatt vom Staatsmonopolkapitalismus zu sprechen, wäre es daher angemessener, das gegenwärtige System als „staatlich finanzierten Monopolsozialismus" oder „bourgeoisen Sozialismus" zu bezeichnen.

Zu repräsentativen marxistischen Studien siehe Rudolf Hilferding, *Finance Capital* (London: Routledge und Kegan Paul, 1981); V.I. Lenin, *Imperialism Last Stage of Capitalism* (Moskau: Foreign Languages Publishing House, 1947); Paul M. Sweezy, *The Theory of Capitalist Development* (New York: Monthly Review Press, 1942); Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, *Monopoly Capital* (New York: Monthly Review Press, 1966); Ernest Mandel, *Marxist Economic Theory* (London: Merlin, 1962); *Late Capitalism* (London: New Left Books, 1975); Herbert Meissner, Hrsg., *Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive* (Ost-Berlin: Dietz, 1976); zur Perversion der klassischen liberalen Klassenanalyse durch den Marxismus siehe Murray N. Rothbard, „Left and Right" in *Egalitarianism As a Revolt Against Nature and Other Essays* (Washington, D.C.: Libertarian Review Press, 1974); zur Widerlegung der marxistischen Ausbeutungstheorie siehe Eugen von Böhm-Bawerk, *Karl Marx and the Close of His System*, Hrsg. Paul M. Sweezy, (New York: Augustus M. Kelley, 1948).

[19] Die durch die Monopolisierung von Geld und Bankwesen herbeigeführte weitreichende Integration von Staatsinteressen und der ökonomischen Machtelite anzuerkennen, heißt nicht, dass es innerhalb dieser Koalition nicht zu Konflikten kommen kann. Wie bereits erwähnt, zeichnet sich der Staat beispielsweise auch durch die Notwendigkeit einer Demokratisierung seiner Verfassung aus. Und der demokratische Prozess könnte durchaus egalitäre oder populistische Stimmungen an die Oberfläche bringen, die der günstigen Behandlung von Banken und Großunternehmen durch den Staat entgegenstanden. Es ist jedoch gerade der finanzi-

III. INTERNATIONALE POLITIK UND INTERNATIONALE WÄHRUNGSORDNUNG

Die wirtschaftlichen Interessen des Menschen, d.h. sein Interesse daran, sein Einkommen und seinen Wohlstand durch Produktion und Handel zu vermehren, führten zur Entstehung einer allgemein verwendeten Währung – Gold – und eines Systems des freien Bankwesens.

Die politischen Interessen des Menschen (d.h. seine Interessen an der Verbesserung seines Einkommens und Reichtums durch Ausbeutung auf Kosten von Produzenten und Vertragspartnern) führten zur Bildung von Staaten, zur Zerstörung des Goldstandards und zur Monopolisierung von Geld und Bankwesen.

Doch sobald ein Staat als Monopolist der Ausbeutung und Fälschung etabliert ist, entstehen neue Probleme. Denn selbst wenn seine Monopolstellung innerhalb eines bestimmten Territoriums gesichert ist, besteht immer noch Wettbewerb zwischen Staaten, die in verschiedenen Territorien tätig sind. Es ist dieser Wettbewerb, der die Ausbeutungsbefugnisse einer Regierung stark einschränkt. Einerseits eröffnet es die Möglichkeit, dass Menschen mit den Füßen gegen eine Regierung stimmen und ihr Territorium verlassen können, wenn sie andere Territorien als weniger ausbeuterische Lebens-

---

elle Charakter der Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft, der ein solches Auftreten unwahrscheinlich macht. Denn dies würde nicht nur eine unmittelbare Bedrohung für die ökonomische Machtelite darstellen; es würde auch schwere finanzielle Einbußen bei den Staatseinnahmen bedeuten, auch wenn es die Stabilität des Staates als solches nicht gefährden würde. Daher besteht ein starker Anreiz für beide Seiten, sich zusammenzuschließen, um eine solche Stimmung aus dem politischen Prozess herauszufiltern, bevor sie überhaupt weithin gehört wird, und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln sicherzustellen, dass die Palette der politischen Alternativen, die zur öffentlichen Diskussion zugelassen werden, so begrenzt ist, dass eine Überprüfung ihres gemeinsamen Fälschungsbetrugs systematisch ausgeschlossen wird.

Siehe dazu auch solche – trotz ihrer charakteristischen linken Missverständnisse – informativen Studien wie C. Wright Mills, *The Power Elite* (New York: 1965); G. William Domhoff, *Who Rules America?* (New York: 1967); E.E. Schattschneider, *The Semi-Sovereign People* (New York: Holt 1960); Peter Bachrach und Morton Baratz, *Power and Poverty* (New York: 1970); C. Offe, *Strukturprobleme des Kapitalistischen Staates* (Frankfurt/M. Suhrkamp, 1972).

bedingungen wahrnehmen. Oder, wenn andere Staaten als weniger unterdrückerisch wahrgenommen werden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Untertanen eines Staates mit solchen ausländischen Konkurrenten zusammenarbeiten, um ihre „Übernahme“ zu erreichen. Beide Möglichkeiten stellen für jeden Staat ein entscheidendes Problem dar. Denn jeder lebt buchstäblich von einer Bevölkerung, und jeder Bevölkerungsverlust ist somit ein Verlust des potenziellen Staatseinkommens. Ebenso muss das Interesse eines Staates an den inneren Angelegenheiten eines anderen Staates als Bedrohung interpretiert werden, insbesondere wenn es von den eigenen Untertanen des letzteren unterstützt wird, denn im Geschäft der Ausbeutung kann man nur so lange Erfolg haben, wie es etwas gibt, das ausgebeutet werden kann, und natürlich würde jede Unterstützung, die einem anderen Staat gewährt wird, den eigenen Anteil verringern.

Andererseits wird durch mehrere konkurrierende Staaten die Fälschungsmacht jedes einzelnen Staates stark eingeschränkt. Tatsächlich taucht auf internationaler Ebene erneut ein Problem auf, das direkt mit dem Hindernis der Geldfälschung vergleichbar ist, das durch ein System des freien Bankwesens impliziert wurde und das die Staaten intern durch die Monopolisierung oder Kartellisierung des Bankwesens gelöst haben. Die Situation ist durch unterschiedliche nationale Papiergelder mit frei schwankenden Wechselkursen gekennzeichnet. Wenn ein Staat umfangreicher fälscht als ein anderer, muss seine Währung in Bezug auf den anderen abwerten, und für einen solchen Staat bedeutet dies (unabhängig davon, was dies für seine verschiedenen Untertanen bedeuten mag), dass sein Einkommen im Verhältnis zu dem eines anderen Staates zurückgegangen ist. Damit wird seine Macht gegenüber der eines anderen Staates verringert. Er wird anfälliger für Angriffe eines konkurrierenden Staates (militärisch oder wirtschaftlich). Natürlich liegt es im Interesse keines Staates, dass dies geschieht, und daher muss der Wunsch nach Fälschung entsprechend zurückgehalten werden. Die Fälschung geht natürlich immer noch dauerhaft weiter, weil sie im Eigeninteresse jedes Staates liegt; aber kein Staat ist wirklich autonom in seiner Entscheidung, wie viel er inflationieren soll, und muss

stattdessen jederzeit die Inflationspolitik seiner Konkurrenten genau beobachten und sein eigenes Handeln flexibel an das ihrige anpassen.

Um sein ausbeuterisch erworbenes Einkommen zu maximieren, liegt es im natürlichen Interesse eines Staates, diese beiden äußeren Beschränkungen der internen Macht zu überwinden. Eine Kartellbildung scheint eine mögliche Lösung zu sein. Dies muss jedoch scheitern, da – aufgrund des Fehlens einer monopolistischen Vollzugsbehörde – zwischenstaatliche Kartelle nur auf freiwilliger Basis zustande kommen können und daher für einen Staat umso unattraktiver wären, je mächtiger er bereits ist und je weniger inflationär seine Fälschungspolitik ist. Durch den Beitritt zu einem solchen Kartell würde sich ein Staat zum Vorteil weniger erfolgreicher und inflationärer Staaten schaden. Es gibt also nur eine stabile Lösung für das Problem: Ein Staat muss darauf abzielen, sein Territorium zu erweitern, seine Konkurrenten auszuschalten und sich als Endziel als Weltregierung zu etablieren. Und parallel dazu müssen seine Versuche sein, seine Papierwährung in größeren Gebieten zu verwenden und sie schließlich zur Weltwährung unter der Kontrolle seiner eigenen Weltzentralbank zu machen. Nur wenn diese Ziele erreicht werden, kommt ein Staat zur Geltung. Es gibt viele Hindernisse auf diesem Weg, und diese können sich als so schwerwiegend erweisen, dass es notwendig ist, sich mit weniger als einer solchen perfekten Lösung zufrieden zu geben. Solange es jedoch einen Staat gibt, ist ein solches Interesse wirksam und muss als solches verstanden werden, wenn man vergangene Entwicklungen und zukünftige Tendenzen richtig interpretieren will (schließlich hat es auch mehrere Jahrhunderte gedauert, bis die Staaten ihre heutigen internen Fälschungsbefugnisse erreicht haben!).

Die Mittel zur Erreichung des ersten der beiden integrierten Ziele ist Krieg. Krieg und Staat sind untrennbar miteinander verbunden.[20]

[20] Zur intimen Beziehung zwischen Staat und Krieg vgl. die wichtige Studie von Ekkehart Krippendorff, *Staat und Krieg* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1985); ebenso Charles Tilly, „War Making and State Making as Organized Crime“ in Peter Evans et al., Hrsg., *Bringing the State Back In*

Ein Staat ist nicht nur ein ausbeuterisches Unternehmen und seine führenden Vertreter können daher keinen prinzipiellen Einwand gegen unproduktive und außervertragliche Eigentumserwerbe haben – sonst würden sie nicht tun, was sie tun, bzw. der Staat würde einfach auseinanderfallen und sich auflösen. Und es kann dann nicht überraschen, dass sie auch keine grundsätzlichen Einwände gegen eine territoriale Ausweitung der Ausbeutung mittels Krieg haben sollten. In der Tat ist Krieg die logische Voraussetzung für einen späteren Waffenstillstand: und sein eigenes inneres, institutionalisiertes Ausbeutungssystem ist nichts anderes als ein – legitimer –Waffenstillstand, d.h. das Ergebnis früherer Eroberungen. Darüber hinaus beherrschen sie als Vertreter des Staates auch die Mittel, die es immer wahrscheinlicher machen, dass die aggressiven Wünsche tatsächlich in die Tat umgesetzt werden können. Da der Staat über das Instrument der Besteuerung und, was für diesen Zweck noch besser ist, über absolute interne Fälschungsbefugnisse verfügt, kann er andere für seine Kriege bezahlen lassen. Und natürlich neigt man dazu, größere Risiken einzugehen und schießwütiger zu sein, als man es sonst wäre, wenn man für seine riskanten Unternehmungen nicht selbst aufkommen muss, sondern andere dazu zwingen kann, oder wenn man die benötigten Mittel einfach aus dem Nichts schaffen kann.

Obwohl der Staat unabhängig von der Nachfrage und daher von Natur aus eine aggressivere Institution ist als jedes normale Unternehmen, das seine Kriege ausschließlich mit Einnahmen aus freiwilligen Transaktionen finanzieren müsste und somit sofortige finanzielle Auswirkungen zu spüren bekäme, wenn auch nur ein einziger seiner Kunden aufgrund seiner Unzufriedenheit mit der Kriegspolitik dieses Unternehmens seine Käufe reduzieren würde, ist der Staat dennoch nicht völlig frei von allen Zwängen bei der Verfolgung seiner außenpolitischen Aggressionen. So wie Staaten entstehen, obwohl es keine Nachfrage nach ihnen gibt, so entstehen Kriege, ohne dass sie nachgefragt wurden. Aber ebenso wie die Entstehung und das Wachstum von Staaten durch die öffentliche Meinung einge-

(Cambridge: Cambridge University Press, 1985); Robert Higgs, *Crisis and Leviathan* (New York: Oxford University Press, 1987).

schränkt werden, gilt dies auch für die Kriegsbemühungen eines Staates. Denn es liegt auf der Hand, dass ein Staat, um aus einem zwischenstaatlichen Krieg erfolgreich hervorzugehen, über ausreichende – relativ gesehen – wirtschaftliche Ressourcen verfügen muss, die allein seine Handlungen nachhaltig machen. Diese Ressourcen können jedoch nur von einer produktiven Bevölkerung bereitgestellt werden. Um die Mittel zu sichern, die notwendig sind, um Kriege zu gewinnen und um zu vermeiden, dass die Produktionsleistung während des Krieges nachlässt, erweist sich die öffentliche Meinung erneut als die entscheidende Variable, die die Außenpolitik eines Staates einschränkt. Nur wenn die Unterstützung der Bevölkerung für den Krieg des Staates besteht, kann er aufrechterhalten und möglicherweise gewonnen werden. Die Unterstützung aus dem Bank- und Wirtschaftsbetrieb kann leicht gewonnen werden, sofern die ausländische Aggression ein erfolgreiches Ende verspricht und ihre Kosten mit ausreichender Genauigkeit festgestellt werden können. Natürlich wird nicht jeder aus dieser Klasse bereit sein, mitzumachen, weil man im Falle eines zwischenstaatlichen Konflikts Interessen an dem zu erobernden Gebiet haben könnte, die beschädigt werden; oder man könnte sich wünschen, dass Land C anstelle von B angegriffen würde; oder man könnte sogar prinzipiell gegen Krieg sein. Generell ist die Erwartung, dass sich neben dem Sieg des eigenen Staates die Wirtschafts- und Bankenelite als herrschende Klasse über ein größeres Territorium etablieren würde, mit entsprechend erweiterten Möglichkeiten zur finanziellen Ausbeutung, ein starker Grund für die wirtschaftliche – insbesondere die Bankenelite – den Möglichkeiten des Krieges große Aufmerksamkeit zu schenken.

Doch ihre Unterstützung reicht bei weitem nicht aus. In einem Krieg ist ein Staat noch mehr als in Friedenszeiten von der Arbeits- und Produktionsbereitschaft jedes einzelnen Menschen abhängig (in Kriegszeiten kann es keine Faulenzer mehr geben). Um eine breite Begeisterung zu gewährleisten, müssen alle Staaten dazu beitragen, nationalistische Ideologien zu schaffen und zu unterstützen. Sie müssen sich als Nationalstaaten präsentieren und sich als Fahnenträ-

ger und Beschützer der überlegenen Werte der eigenen Nation gegenüber denen anderer Nationen darstellen, um die öffentliche Identifikation mit einem bestimmten Staat zu erzeugen, die notwendig ist, um dann die Unabhängigkeit immer mehr unterschiedlicher Nationen und separater ethnischer, sprachlicher und kultureller Gruppen auszulöschen.

Um die Bevölkerung jedoch weiterhin arbeiten zu lassen und die für einen Krieg benötigten Ressourcen zu produzieren, ist etwas Wesentlicheres erforderlich: Schließlich können die anderen Staaten vermutlich auf die Unterstützung ihrer Wirtschaftselite zählen, und auch sie haben in ihren Gebieten einen Geist des Nationalismus geschaffen. Unter der weiteren Annahme, dass die antagonistischen Staaten zunächst über Bevölkerungszahlen vergleichbarer Größe und Gebiete mit ähnlichen natürlichen Ressourcen verfügen, wird die entscheidende Variable, die über Sieg oder Niederlage entscheidet, der relative wirtschaftliche Wohlstand der beteiligten Gesellschaften, ihr relativer Grad an wirtschaftlicher Entwicklung und Kapitalakkumulation. Diese Staaten neigen dazu, in zwischenstaatlichen Kriegen siegreich zu sein, die parasitär auf überlegenen wirtschaftlichen Reichtum zurückgreifen können. Um in dieser Position zu sein, müssen jedoch zuvor relativ günstige Bedingungen für Vermögens- und Kapitalbildung in ihren jeweiligen Gebieten bestanden haben. Staaten tragen dazu nicht positiv bei. Im Gegenteil, als Institutionen, die sich mit nichtproduktiven und außervertraglichen Eigentumserwerben beschäftigen, ist ihre bloße Existenz zerstörerisch für Reichtum und Kapitalakkumulation. Sie können jedoch einen negativen Beitrag leisten. Reichtum und Kapital entstehen nur durch Bewirtschaftung, Produzieren und Vertragsbildung, und ein relativ geringerer Grad der Ausbeutung von Bewirtschaftern, Produzenten und Vertragspartnern bedeutet einen relativen Schub für die Kapitalbildung, der dem Staat in der nächsten Runde der Ausbeutung die zusätzlichen Ressourcen geben kann, die er benötigt, um militärisch gegenüber seinen ausländischen Konkurrenten erfolgreich zu sein. Um Kriege zu gewinnen, bedarf es also auch eines relativ hohen Maßes an innerem Liberalismus.

So paradox es auf den ersten Blick erscheinen mag, je liberaler[21] ein Staat innerlich ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich auf äußere Aggression einlässt. Der innere Liberalismus macht eine Gesellschaft reicher; eine reichere Gesellschaft, aus der man schöpfen kann, macht den Staat reicher, und ein reicherer Staat führt zu immer erfolgreicheren Expansionskriegen. Und diese Tendenz reicherer Staaten zu ausländischen Interventionen wird noch weiter verstärkt, wenn es ihnen gelingt, in der Öffentlichkeit einen „befreienden" Nationalismus zu schaffen, d.h. die Ideologie, dass Kriege vor allem im Namen und zum Wohle der inneren Freiheiten der eigenen Bevölkerung und ihres relativ höheren Lebensstandards geführt oder ausländische Expeditionen unternommen werden müssen.

Tatsächlich lässt sich noch etwas Spezifischeres über den internen Liberalismus als Voraussetzung und Mittel für einen erfolgreichen Imperialismus sagen. Die Notwendigkeit einer produktiven Wirtschaft, die ein kriegführender Staat haben muss, erklärt auch, warum es so ist, dass *ceteris paribus* jene Staaten dazu neigen, ihre Konkurrenten in der internationalen Politik zu übertreffen, die ihre interne Umverteilungspolitik angepasst haben, um die Bedeutung von Wirtschaftsregulierungen im Vergleich zu der der Besteuerung zu verringern. Vorschriften, durch die Staaten bestimmte Transaktionen zwischen zwei oder mehr Privatpersonen entweder vorschreiben oder verbieten, sowie Besteuerung bedeuten eine unproduktive und/oder nicht vertragliche Einkommensenteignung und schaden somit sowohl Bewirtschaftern als auch Produzenten oder Vertragspartnern. Zwar sind Regulierungen keineswegs weniger produktivitätsmindernd als Steuern, jedoch haben sie die Besonderheit, dass sie die Kontrolle des Staates über wirtschaftliche Ressourcen erfordern, um durchsetzbar zu sein, ohne gleichzeitig die ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen zu erhöhen. In der Praxis bedeutet dies, dass sie die staatliche Kontrolle über Steuern erfordern, jedoch keine monetären Einnahmen für den Staat generieren (stattdessen befrie-

[21] Der Begriff „liberal" wird hier und im Folgenden im traditionellen europäischen Sinne und nicht im heutigen US-amerikanischen Sinne als Synonym für „sozialistisch" oder „sozialdemokratisch" verwendet.

digen sie reine Machtgier, wie wenn A ohne eigenen materiellen Gewinn B und C daran hindert, einen für beide Seiten vorteilhaften Handel zu betreiben). Andererseits erhöht die Besteuerung und eine Umverteilung der Steuereinnahmen nach dem Prinzip „von Peter zu Paul" die wirtschaftlichen Mittel, die der Regierung zur Verfügung stehen, zumindest durch ihre eigene „Bearbeitungsgebühr" für den Umverteilungsakt. Da eine Politik der Besteuerung und Besteuerung ohne Regulierung eine höhere monetäre Rendite für den Staat (und damit mehr Ressourcen, die für die Kriegsanstrengungen verbraucht werden!) ergibt als eine Politik der Regulierung und Regulierung mit Besteuerung, müssen sich Staaten in Richtung einer vergleichsweise deregulierten Wirtschaft und eines vergleichsweise reinen Steuerstaates bewegen, um eine internationale Niederlage zu vermeiden.[22]

Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Überlegungen zur Natur des Staates und der internationalen Politik fügt sich ein Großteil der Geschichte zusammen. Über Jahrhunderte andauernde, praktisch ununterbrochene Serien von zwischenstaatlichen Kriegen bestätigen anschaulich, was über die inhärent aggressive Natur von Staaten gesagt wurde. In ähnlicher Weise veranschaulicht die Geschichte auf dramatische Weise die Tendenz zu einer zunehmenden relativen Konzentration von Staaten als Ergebnis solcher Kriege: Der aggressive Expansionismus der Staaten hat zur Schließung aller Grenzen und zu einem stetigen Rückgang der Anzahl der Staaten geführt, während gleichzeitig die territoriale Größe der Staaten, die überleben konnten, stetig zugenommen hat. Es ist noch kein Weltstaat zustande gekommen, aber eine Tendenz in diese Richtung ist unbestreitbar vorhanden. Genauer gesagt beleuchtet die Geschichte die zentrale Bedeutung, die der innere Liberalismus für das imperiale Wachstum hat: Erstens lässt sich damit der Aufstieg der Staaten Westeuropas zu weltweiter Bedeutung erklären. In Westeuropa entstand auf der Grundlage der älteren intellektuellen Traditionen der

[22] Ein sehr charakteristisches Beispiel für diesen Zusammenhang zwischen einer Politik der internen Deregulierung und erhöhter externer Aggressivität liefert die Reagan-Administration.

griechischen und stoischen Philosophie sowie des römischen Rechts die Ideologie der Naturrechte und des Liberalismus.[23] Hier gewann sie – in Verbindung mit Namen wie Thomas von Aquin, Luis de Molina, Francisco Suárez und den spanischen Scholastikern des späten 16. Jahrhunderts, Hugo Grotius, Samuel Pufendorf und John Locke – zunehmend Einfluss auf die öffentliche Meinung, wodurch die internen Ausbeutungsmächte der verschiedenen Staaten entsprechend geschwächt wurden. Und ihre Macht wurde noch weiter geschwächt durch die Tatsache, dass das vormoderne Europa durch ein hart umkämpftes, fast anarchisches internationales System mit einer Vielzahl konkurrierender Kleinstaaten und Feudalfürstentümer gekennzeichnet war. In dieser Situation entstand der Kapitalismus.[24] Weil die Staaten schwach waren, begannen Bewirtschafter, Produzenten und Vertragspartner zunehmend, Kapital zu akkumulieren; zuvor nie dagewesene Wirtschaftswachstumsraten wurden registriert; zum ersten Mal konnte eine stetig wachsende Bevölkerung aufrechterhalten werden; und insbesondere mit dem Abflachen des Bevölkerungswachstums begann allmählich, aber kontinuierlich der allgemeine Lebensstandard zu steigen, was schließlich zur sogenannten industriellen Revolution führte. Ausgehend von diesem überlegenen Reichtum der kapitalistischen Gesellschaften wurden die schwachen, liberalen Staaten Westeuropas zu den reichsten Staaten der Erde. Und dieser überlegene Reichtum in ihren Händen führte dann zu einem Ausbruch imperialistischer Unternehmungen, die zum ersten Mal in der Geschichte die europäischen Staaten als echte Weltmächte etablierten und ihre hegemoniale Herrschaft auf alle Kontinente ausdehnten.

Ebenso lässt sich Englands herausragende Rolle unter den westeuropäischen Staaten erklären. Das liberalste Land von allen, die

---

[23] Vgl. dazu auch Hans-Hermann Hoppe, „The Economics and Sociology of Taxation“, in *Journal des Economistes et des Etudes Humaines* 1, Nr. 2 (1990); oben Kap. 2.

[24] Zur Bedeutung der „politischen Anarchie“ für den Ursprung des Kapitalismus siehe Jean Baechler, *The Origins of Capitalism* (New York: St. Martin's, 1976), Kap. 7.

britische Regierung, wurde zum erfolgreichsten Imperialisten.[25] Und der relative Niedergang Englands (und Westeuropas) und der Aufstieg der USA zur führenden imperialistischen Macht der Welt passen auch in das theoretische Bild. Da es keine feudale Vergangenheit gab und der britische Imperialismus besiegt wurde, war der Liberalismus in den USA immer noch ausgeprägter als irgendwo in Europa. Die Staatsmacht war am schwächsten und in den täglichen Aktivitäten der Menschen kaum zu bemerken. Dementsprechend war das Wirtschaftswachstum höher als in allen anderen Ländern; der Lebensstandard stieg; die Bevölkerung wuchs; und der Lebensstandard und die Bevölkerungsgröße übertrafen allmählich die aller westeuropäischen Länder. Gleichzeitig litten England und Westeuropa ab dem späten 19. Jahrhundert unter einem wiederbelebten internen Etatismus, der durch das Aufkommen sozialistischer Ideologien auf der europäischen Bühne hervorgerufen wurde. Es war dieser überlegene wirtschaftliche Reichtum – erzeugt durch eine wenig ausgebeutete Zivilgesellschaft – der es dem intern schwachen Regierungsapparat der USA ermöglichte, sich langsam zum reichsten und ressourcenstärksten Staat zu entwickeln, diese Ressourcen für ausländische Aggressionen einzusetzen und sich mit der Zeit als dominante Weltmacht zu etablieren, mit „Stützpunkten" rund um den Globus und direkter oder indirekter militärischer Dominanz und hegemonialer Kontrolle über einen großen Teil der Welt (mit Ausnahme der Sowjetunion und China sowie ihrer jeweiligen Satellitenstaaten).[26] Das 19. Jahrhundert zeigte bereits einen aggressiven Expansionismus der – liberalen – US-Regierung, der seinesgleichen sucht. Seit bereits 1801, als die US-Marine zu einer Strafexpedition in die abgelegene Region um Tripolis entsandt wurde, ist praktisch kein Jahr vergangen, in dem die US-Regierung nicht irgendwo auf

[25] Zum britischen Imperialismus siehe Lance E. Davis und Robert A. Huttenback, *Mammon and the Pursuit of Empire: The Political Economy of British Imperialism 1860–1912* (Cambridge: Cambridge University Press, 1986).

[26] Siehe hierzu und im Folgenden E. Krippendorff, *Staat und Krieg*, S. 97–116.

der Welt interveniert hätte.[27] Drei große Kriege wurden geführt: Gegen England (1812); gegen Mexiko (1846–48), in dem Mexiko die Hälfte seines Territoriums verlor; und gegen Spanien (1898), was zur Besetzung Kubas und der Philippinen durch die Vereinigten Staaten führte. Entgegen dem populären Mythos war auch der Bürgerkrieg im Wesentlichen ein expansionistischer Krieg des relativ liberaleren Nordens gegen die Konföderierten Staaten. Der große Durchbruch zur Weltherrschaft fand jedoch erst im 20. Jahrhundert statt, als die USA in den Ersten und Zweiten Weltkrieg eintraten. Beide Kriege bewiesen dramatisch die Überlegenheit der US-Macht über die europäischen Staaten. Die USA bestimmten sowohl die Sieger als auch die Verlierer, und beide Kriege endeten mit einem Sieg der liberaleren US-Regierung – die auf einer weniger besteuerten und regulierten Wirtschaft beruhte – über alle sozialistisch-autoritären europäischen Staaten (einschließlich der Sowjetunion) mit ihren stärker besteuerten und regulierten Volkswirtschaften. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die USA die Vorherrschaft über Europa und als Erben der Überseegebiete der europäischen Staaten auch über weite Teile der Welt erlangt. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die USA ihren konkurrenzlosen Expansionismus mit kleineren oder größeren militärischen Interventionen in Griechenland, Iran, Korea, Guatemala, Indonesien, Libanon, Laos, Kuba, dem Kongo, Britisch-Guayana, der Dominikanischen Republik, Vietnam, Chile, Grenada und Nicaragua fortgesetzt und sogar intensiviert.[28]

Schließlich veranschaulicht die Geschichte auch am anschaulichsten die direkte Verbindung zwischen den internen Fälschungsbefugnissen eines Staates und seiner Politik der externen Aggression sowie der Verschwörung der Banken- und Wirtschaftselite mit dem

[27] Siehe die Tabelle in Ekkehart Krippendorff, *Die amerikanische Strategie* (Frankfurt/M. Suhrkamp, 1970), S. 43ff.

[28] Zur US-Außenpolitik des 20. Jahrhunderts siehe Leonard P. Liggio, „American Foreign Policy and National Security Management“ in Radosh and Rothbard, *A New History of Leviathan*; Rothbard, *For a New Liberty*, Kap. 14.

Staat in seinen expansionistischen Wünschen. Der Wendepunkt im Prozess, der zum Aufstieg der USA zur weltweit führenden Macht führte, war der Erste Weltkrieg. Die US-Regierung hätte sich ohne die absolute Fälschungsmacht, die 1913 mit der Gründung des Federal Reserve Systems erreicht wurde, nicht in diesen ursprünglich innereuropäischen Krieg einmischen und ihn erfolgreich gewinnen können. Dazu hätten ihr die Ressourcen gefehlt. Mit einem Zentralbanksystem konnte ein reibungsloser Übergang zu einer Kriegswirtschaft erfolgen und es wurde möglich, dass sich die USA tiefer in den Krieg einmischen und ihn zu einem der verheerendsten Kriege der Geschichte ausweiten konnten. Und ebenso wie die vorherige Einrichtung des Federal Reserve Systems von den etablierten Banken (insbesondere von den Häusern Rockefeller, Morgan und Kuhn, Loeb & Co.) enthusiastisch unterstützt worden war, fand auch die Politik der USA, auf Seiten der Alliierten in den Krieg einzutreten, ihre leidenschaftlichsten Befürworter unter der Wirtschaftselite (insbesondere in der Firma J.P. Morgan and Co. als Finanzagent der Bank of England und Monopol-Emissionsbank für britische und französische Anleihen sowie als bedeutender Waffenproduzent, vertreten in der Wilson-Regierung durch so mächtige Kräfte wie W.G. McAdoo, Finanzminister und Wilsons Schwiegersohn; Oberst P.M. House, Wilsons enger außenpolitischer Berater, und B. Strong, Gouverneur der Federal Reserve Bank of New York).[29]

Für eine vollständige Rekonstruktion der gegenwärtigen internationalen Ordnung fehlt nur noch ein wichtiges Element: Geld. Es liegt im natürlichen Interesse eines Staates, sein Territorium militärisch zu erweitern; daher ist eine Tendenz zur relativen Konzentration von Staaten zu erwarten. Es liegt auch im Interesse eines Staates, sich am „monetären Imperialismus“ zu beteiligen (d.h. seine Fälschungsmacht auf größere Gebiete auszudehnen); daher ist eine Tendenz zu einer Eine-Welt-Papierwährung zu erwarten. Sowohl

[29] Siehe dazu Rothbard, *Mystery of Banking*, S. 230–47; über die Rolle der Morgans bei den Bemühungen, die Wilson-Regierung in den Krieg zu treiben, insbesondere siehe Charles Tansill, *America Goes to War* (Boston: Little, Brown, 1938), Kap. II-IV.

Interessen als auch Tendenzen ergänzen sich. Einerseits ist jeder Schritt in Richtung eines internationalen Fälschungskartells zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht durch die Etablierung militärischer Dominanz und Hierarchie ergänzt wird. Externer und interner wirtschaftlicher Druck würden das Kartell zum Platzen bringen. Mit militärischer Überlegenheit wird jedoch ein Inflationskartell möglich. Auf der anderen Seite kann der dominierende Staat, sobald die militärische Dominanz ein solches Kartell ermöglicht hat, seine ausbeuterische Macht über andere Gebiete ohne weiteren Krieg und Eroberung tatsächlich ausbauen. Tatsächlich ermöglicht die internationale Kartellisierung von Geldfälschung dem dominierenden Staat, durch anspruchsvollere (d.h. weniger sichtbare) Mittel das zu verfolgen, was Krieg und Eroberung allein möglicherweise nicht erreichen können.

Im ersten Schritt wird ein dominanter Staat (also ein Staat, der einen anderen militärisch zerschlagen könnte und als dazu in der Lage wahrgenommen wird, insbesondere von der dominierten Regierung) seine überlegene Macht nutzen, um eine Politik der international koordinierten Inflation durchzusetzen. Die eigene Zentralbank gibt das Tempo im Fälschungsprozess vor, und die Zentralbanken der dominierten Staaten werden angewiesen, zusammen mit dem dominierenden Staat zu inflationieren. In der Praxis wird die Papierwährung des dominierenden Staates ausländischen Zentralbanken als Reservewährung aufgezwungen, und sie werden unter Druck gesetzt, sie als Grundlage für ihre eigenen inflationären Handlungen zu verwenden.

Nicht durch die tatsächliche Nachfrage, sondern nur durch die öffentliche Meinung eingeschränkt, ist es für einen dominierenden Staat relativ einfach, dieses Ziel zu erreichen. Die direkte territoriale Eroberung und die direkte Einführung einer eigenen Währung in fremden Gebieten können aufgrund der nationalen oder internationalen öffentlichen Meinung unzumutbar sein. Doch mit der Macht, jede beliebige ausländische Regierung zu zerstören – auch wenn sie nicht stark genug für eine vollständige Übernahme ist – braucht es nur wenig, damit der dominante Staat im *monetären* Imperialismus

erfolgreich ist.

Intern wird er höchstwahrscheinlich auf keinerlei Widerstand stoßen. Die Regierung selbst wird mit dieser Lösung zufrieden sein. Sobald die eigene Währung von ausländischen Banken als Reservewährung verwendet wird, auf deren Grundlage sie dann ihre verschiedenen nationalen Papierwährungen pyramidenförmig aufbauen, wird es möglich, ausländische Grundstückseigentümer und Einkommensproduzenten nahezu ohne Kosten zu enteignen, ohne negative vertragliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Ebenso ist die eigene Banken- und Wirtschaftselite bereit, eine solche Regelung zu akzeptieren, weil auch sie sich dadurch sicher an der ausländischen Ausbeutung beteiligen kann. Vor allem Banken sind begeistert. Und die Öffentlichkeit ist weitgehend unwissend über das, was passiert, oder hält die Ausbeutung von Ausländern im Vergleich zu internen Problemen für gering.

Extern sind die Dinge nur etwas komplizierter. Der dominierte Staat verliert aufgrund des Währungssystems Ressourcen an den dominierenden Staat. Aber angesichts der Möglichkeit, seine interne Kontrolle ganz zu verlieren, zieht er es natürlich vor, einem System zuzustimmen, das es ihm nicht nur ermöglicht, an der Macht zu bleiben, sondern auch seine eigenen betrügerischen Enteignungen an der eigenen Bevölkerung fortzusetzen, indem er seine Währung zusätzlich und in Übereinstimmung mit der Papiergeldschöpfung des dominierenden Staates aufbläht. Aus im Wesentlichen demselben Grund sind Bank- und Wirtschaftseliten, als die ersten Empfänger des Falschgeldes ihres jeweiligen Staates, bereit, diese Lösung zu akzeptieren. Und die breite Öffentlichkeit in den dominierten Gebieten, die durch Vereinbarungen einer doppelten Schicht der Ausbeutung ausländischer Staatseliten neben Nationalstaat und Elite unterliegt, ist sich all dessen wiederum weitgehend nicht bewusst und erkennt sie nicht als eine wichtige Ursache für ihre eigene anhaltende wirtschaftliche Abhängigkeit und relative Stagnation gegenüber der dominanten Nation.

Dieser erste Schritt bietet jedoch keine perfekte Lösung. Das internationale Währungssystem zeichnet sich durch eine dominante

Papierwährung und eine Vielzahl darauf pyramidenförmiger nationaler Papiergelder sowie frei schwankende Wechselkurse zwischen solchen Währungen aus.

Dies ist zum einen für den marktbeherrschenden Staat wenig befriedigend, weil unter diesen Umständen der Möglichkeit einer Abwertung der eigenen Währung gegenüber anderen genügend Raum gelassen wird und eine solche Entwicklung die eigene Rolle als marktbeherrschende Macht gefährden würde. Denn die Wechselkurse werden nicht ausschließlich durch die Inflationspolitik verschiedener Zentralbanken bestimmt. Letztendlich und *ceteris paribus* werden sie durch die Kaufkraftparität bestimmt.[30] Und selbst wenn eine dominierte Zentralbank bereitwillig zusammen mit der dominierenden Zentralbank inflationiert, können andere Faktoren (wie zum Beispiel ein niedrigeres Steuer- und Regulierungsniveau) ihre Währung immer noch gegenüber der des dominierenden Staates aufwerten lassen.

Auf der anderen Seite ist die Existenz einer Vielzahl von Währungen, die frei gegeneinander schwanken, wie bereits erläutert, dysfunktional für den eigentlichen Zweck des Geldes. Es ist ein System des partiellen Tauschhandels. Es schafft Informationschaos, macht rationale ökonomische Kalkulation unmöglich und führt dementsprechend zu Ineffizienzen innerhalb des Produktionssystems selbst, auf dem der herrschende Staat parasitär ruht.

Um seine beherrschende Stellung zu sichern und das ausbeuterisch angeeignete Einkommen zu maximieren, wird ein dominierender Staat daher in einem zweiten Schritt ausnahmslos versuchen, eine internationale – und letztlich universelle – monopolistisch kontrollierte Währung einzuführen, die entweder direkt von seiner eigenen Zentralbank oder indirekt von einer internationalen Zentral- oder Weltbank, die von seiner Zentralbank dominiert wird, ausgegeben wird.

Es gibt einige Hindernisse auf dem Weg zu diesem Ziel. Sobald jedoch der erste Schritt erfolgreich abgeschlossen ist, scheint keiner

[30] Zur Kaufkraftparitätstheorie siehe Mises, *Human Action*, S. 452-58; Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 715-22.

von ihnen unüberwindbar zu sein. Natürlich würde der dominierte Staat im Rahmen dieser Vereinbarung einen gewissen Ermessensspielraum verlieren. Dies würde aber dadurch kompensiert, dass auch die eigene Wirtschaft effizienter funktionieren würde, wenn das Kalkulationschaos im internationalen Handel reduziert würde. Darüber hinaus würden die Banken- und Wirtschaftseliten beider Länder ein solches Währungssystem entschieden befürworten und ihre engen Beziehungen zu ihren jeweiligen staatlichen und internationalen Verbindungen nutzen, um dessen Einführung voranzutreiben. Denn schließlich sind auch Banken und Industriebetriebe im Geschäft, durch Produktion und Tausch Geld zu verdienen. Frei schwankende Wechselkurse sind ein künstliches Hindernis bei der Verfolgung dieses wirtschaftlichen Interesses. Und sie werden von größeren Unternehmen intensiver als dysfunktional wahrgenommen, weil es gerade die Großkonzerne sind, für die der Außenhandel eine wichtige Rolle spielt.

Tatsächlich ist der stärkste Widerstand gegen die Einführung einer internationalen Währung nicht von den Staaten und den Wirtschaftseliten zu erwarten, sondern von der breiten Öffentlichkeit. Soweit eine internationale Währung bedeutet, eine gewohnte aufzugeben, läuft sie genau dem Nationalismus zuwider, den alle Staaten so lange eifrig gezüchtet haben. Dies wäre insbesondere dann ein Problem, wenn die Öffentlichkeit in den dominierten Ländern aufgefordert würde, die Währung des dominierenden Staates direkt zu übernehmen – inklusive des Namens – da die zugrunde liegende imperialistische Natur eines solchen Währungssystems dann gefährlich offensichtlich würde. Doch mit einem gewissen Grad an Diplomatie und geduldiger Propaganda scheint auch dieses Problem lösbar zu sein. Eine neue Währung mit einem neuen Namen muss geschaffen und in Bezug auf bestehende nationale Gelder definiert werden, um keine nationalistischen oder antiimperialistischen Gefühle zu wecken. Diese neue Währung muss nur etwas überbewertet werden gegen die verschiedenen nationalen Gelder (die wiederum in Bezug auf die neue Währung definiert sind), um alle nationalen Gelder aus dem Verkehr zu ziehen (in Übereinstimmung mit

Greshams Gesetz).[31] Dies muss begleitet werden von dem ständigen Appell der Staaten und der Wirtschaftseliten an die gesunde wirtschaftliche Intuition der allgemeinen Öffentlichkeit, die – ungeachtet aller nationalistischen Gefühle – frei schwankende nationale Gelder eine anachronistische Institution sind, die die rationale Wirtschaftskalkulation lähmt, und dass es im besten Interesse aller ist, ein international (und wenn möglich universell) verwendetes Geld zu haben, wie es das internationale Bankensystem unter der Führung der Zentralbank des dominierenden Staates bereit ist, zur Verfügung zu stellen. Abgesehen von einer drastischen Änderung der öffentlichen Meinung in Richtung eines gestärkten Privateigentums, einer soliden Geldorientierung und einer entsprechend erhöhten staatsfeindlichen Wachsamkeit wird nichts den dominierenden Staat daran hindern, diese vollständige internationale Fälschungsautonomie zu erreichen. Und mit einem Weltgeld und einer Weltbank, die von der Zentralbank des dominanten Staates kontrolliert wird, wird ein entscheidender Schritt unternommen, um das ultimative Ziel zu erreichen, sich als umfassende Weltregierung zu etablieren, mit weltweiter Kontrolle nicht nur über Geldfälschung, sondern auch über Steuern und gesetzliche Vorschriften.

Angesichts dieser Erklärung des Geldimperialismus und seiner Funktion als „natürliche“ (aus etatistischer Sicht natürlich) Ergänzung des militärischen Expansionismus, fügen sich die verbleibenden Teile aus der Geschichte der internationalen Politik zusammen. Hand in Hand mit dem Aufstieg Großbritanniens zum größten imperialistischen Nationalstaat ging ein Sterling-Imperialismus. Da sie zu dieser Zeit noch nicht vollständig frei von allen internen Hindernissen für Fälschungen waren, waren die von Großbritannien dominierten Länder gezwungen, ihre Reserven in Form von Sterling-Guthaben in London zu halten, wo die Bank of England sie in Gold einlöste. Auf diese Weise konnten diese Länder ihre nationalen Währungen auf das Pfund aufbauen, und Großbritannien konnte Sterling-Banknoten zusätzlich zum Gold inflationieren, ohne einen Goldab-

[31] Zu Greshams Gesetz siehe Mises, *The Theory of Money and Credit*, S. 75, 77; *Human Action*, S. 78l–83; Rothbard, *Power and Market*, S. 29-31.

fluss befürchten zu müssen. Mit dem Niedergang Großbritanniens und dem gleichzeitigen Aufstieg der US-Regierung zur führenden Militärmacht der Welt wurde der Sterling-Imperialismus allmählich durch einen Dollar-Imperialismus ersetzt. Am Ende des Zweiten Weltkriegs, als sich die US-Herrschaft über den größten Teil der Welt erstreckte und im Wesentlichen im Bretton-Woods-Abkommen ratifiziert wurde, wurde der Dollar zur Weltreservewährung, auf deren Grundlage alle anderen Staaten ihre verschiedenen nationalen Papiergelder inflationiert haben.[32] Eine Zeit lang hielt die USA offiziell noch an der Vorgehensweise fest, die Dollar ausländischer Zentralbanken in Gold einzulösen, was ihr eigenes Inflationspotenzial etwas einschränkte. Dies verhinderte jedoch nicht, dass zusätzlich zum Gold weiterhin regelmäßig Dollar-Fälschungen auftraten. Die Position der USA als militärisch dominante internationale Macht (inzwischen durch eine Reihe von Militärpakten, vor allem der NATO, formalisiert) erlaubte es ihr, ausländische Regierungen zu zwingen, ihr Recht auf Rückzahlung nur sparsam oder gar nicht auszuüben, so dass ihre eigene Dollarinflation stattfinden konnte, ohne vertragliche Konsequenzen zu ziehen. Und als ihre Fälschungspolitik ausländische Regierungen dazu veranlasste, bei ihren Versuchen, Gold zu Schnäppchenpreisen zu erwerben, allzu dreist vorzugehen, war es die überlegene Militärmacht der US-Regierung, die es ihr schließlich ermöglichte, alle Vorwände aufzugeben und ihre Banknoten für nicht einlösbar zu erklären. Seitdem hat das Federal Reserve System die Position eines autonomen Geldfälschers der letzten Instanz für das gesamte internationale Bankensystem erlangt.[33]

Der imperialistische Charakter dieses Dollar-Standards tritt insbesondere durch Instrumente wie den Internationalen Währungs-

[32] Zum mit dem Bretton-Woods-System etablierten Dollar-Standard siehe Henry Hazlitt, *From Bretton Woods to World Inflation* (Chicago: Regnery, 1984).

[33] Seit 1971, als der Goldstandard endgültig außer Kraft gesetzt wurde, wurde mehr Geld geschaffen, als zuvor von allen Nationen der Welt seit Anbeginn der Zeit angesammelt worden war.

fonds (IWF), die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Kraft.[34] Geld und Kredite, die durch das Aufsetzen eines Stifts geschaffen wurden, werden von diesen von den USA dominierten Institutionen zunächst an ausländische Regierungen weitergegeben, die ihre nationalen Währungen darüber inflationieren und dieses Geld wiederum an ihr eigenes kartellisiertes Bankensystem weitergeben, das, indem es eine weitere Dosis Geldfälschung hinzufügt, es dann an die bevorzugten Geschäftsbetriebe der verschiedenen Staaten weitergibt, wo es sich dann im Wirtschaftskreislauf verteilt. Parallel zu diesem Geldfluss verläuft ein umgekehrter Prozess der Umverteilung von Einkommen und Vermögen von der Peripherie hin zu den nationalen Wirtschafts- und Bankeliten und den verschiedenen Nationalstaaten sowie von den beherrschten Gebieten hin zur US-Regierung und dem US-amerikanischen Bank- und Wirtschaftssystem als ultimativem Zentrum der Weltfinanz.

Aus soziologischer Sicht sind die Konsequenzen besonders interessant, wenn diese beiden integrierten Prozesse auf vormoderne, feudale Gesellschaften übertragen werden. Solche Länder, vor allem in Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika, sind typischerweise geprägt von einer Klasse feudaler Großgrundbesitzer oder von feudalen Großgrundbesitzern, die zu Finanz- oder Industriemagnaten geworden sind, die den Staatsapparat kontrollieren und meist in der Hauptstadt und dem Regierungssitz residieren; sowie durch eine Klasse weitgehend landloser, abhängiger Bauern, die über das Land verstreut leben und durch die Zahlung von Pachtzinsen den Staat, die feudale Elite und die Hauptstadt ernähren.[35] Dollar-Imperialismus bedeutet hier die Aufrechterhaltung der feudalen Herrschaft, die Unterstützung und Beteiligung an der Ausbeutung einer verarmten Bauernschaft und des ländlichen Raums durch eine parasitäre

[34] Zur imperialistischen Natur dieser Institutionen siehe auch Gabriel Kolko, *The Politics of War, the World and United States Foreign Policy 1943–1945* (New York: Random House, 1968), S. 242–340.
[35] Siehe Paul A. Baran, *Political Economy of Growth* (New York: Monthly Review Press, 1957), Kap. V-VI.

feudale Kaste und die Hauptstadt sowie die Mitwirkung an der Unterdrückung jeglicher befreiender Landreformbewegung durch Letztere. Tatsächlich wird der typische Dritte-Welt-Zyklus aus rücksichtsloser Regierungsunterdrückung, revolutionären Bewegungen, Bürgerkrieg, erneuter Unterdrückung und anhaltender wirtschaftlicher Abhängigkeit und Massenarmut zu einem erheblichen Teil durch das von den USA dominierte internationale Währungssystem verursacht und aufrechterhalten.

Insbesondere seit 1971 wurden verstärkte Anstrengungen in Richtung des zweiten Schrittes im Prozess des monetären Expansionismus unternommen. Nicht alle der rund 160 frei schwankenden Währungen stellen tatsächlich ein Problem dar, weil die meisten von ihnen aus internen Gründen nicht in Gefahr sind, gegenüber dem Dollar aufzuwerten und damit die Macht der jeweiligen Staaten gegenüber der der US-Regierung zu stärken, oder sie spielen eine so geringe Rolle im internationalen Handel, dass das durch ihre Existenz verursachte Rechenchaos weitgehend unbedeutend ist. Aufgrund der relativen Stärke ihrer Währungen und ihrer wichtigen Rolle im internationalen Handel stellen die großen westeuropäischen Staaten sowie Japan jedoch ein Problem dar. Daher richten sich die von den USA angeführten Bemühungen zur Schaffung einer Weltwährung, die zur Rationalisierung der wirtschaftlichen Kalkulation beiträgt und gleichzeitig die Vorherrschaft der USA sichert und ihre eigene Inflationsmacht weiter stärkt, insbesondere auf diese Staaten und Währungen. Die Schaffung von Sonderziehungsrechten (SZR), die ursprünglich von sechzehn und später von fünf führenden Exportnationen definiert und vom IWF ausgegeben wurden, war ein Schritt in Richtung einer Einheitswährung und einer Einheitsbank unter der Dominanz der USA.[36] Ein weiterer wichtiger Impuls für dieses Ziel ging von den Aktivitäten der Trilateralen Kommission (TC) aus, die 1973 als Ableger des Council on Foreign Relations von David Rockefeller gegründet wurde. Zusammengesetzt aus rund 300 einflussreichen Politikern, Bankern, Geschäftsleuten sowie In-

[36] Siehe Hazlitt, *From Bretton Woods to World Inflation*.

tellektuellen und Journalisten aus Nordamerika, Westeuropa und Japan, hat die TC die Schaffung einer Weltpapierwährung und einer Weltzentralbank zu ihrem Hauptanliegen gemacht.[37] Von der TC als Zwischenschritt zu diesem ultimativen Ziel sowie von mehreren anderen Politiker-Banker-Industriellen-Verbänden mit einer erheblichen Überschneidung der Mitgliedschaft mit der TC und den gleichen Zielen, wie dem Aktionsausschuss für Europa, der Vereinigung für die Währungsunion Europas, dem Bankenverband der Europäischen Gemeinschaft, der ECU Banking Association, dem Basler Ausschuss und der Wilton Park Group, leidenschaftlich unterstützt, wurden große Fortschritte bei der Angleichung der europäischen Währungsfront erzielt. 1979 erschien erstmals die neu geschaffene Europäische Währungseinheit (European Currency Unit - ECU), die unter der Schirmherrschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft herausgegeben wurde. Definiert als gewichteter Durchschnitt von zehn europäischen Währungen und unterstützt von Organisationen wie dem Europäischen Währungssystem, der Europäischen Investitionsbank, der Society for Worldwide Interbank Financial Tel-

[37] Eine Stichprobe prominenter US-Mitglieder der Trilateralen Kommission umfasst David M. Abshire, Berater des Präsidenten; Frank C. Carlucci, nationaler Sicherheitsberater; J.C. Whitehead, stellvertretender Außenminister; Alan Greenspan, Vorsitzender des Federal Reserve Systems; Winston Lord, Botschafter in China; George Bush, Präsident; Paul A. Volcker, ehemaliger Vorsitzender des Federal Reserve Systems; Alexander Haig, ehemaliger Außenminister; Jean Kirkpatrick, ehemaliger Botschafter bei den Vereinten Nationen; David A. Stockman, ehemaliger Leiter des OMB; Caspar Weinberger, ehemaliger Verteidigungsminister; W. Michael Blumenthal, ehemaliger Finanzminister; Zbigniew Brzezinski, ehemaliger nationaler Sicherheitsberater; Harold Brown, ehemaliger Verteidigungsminister; James E. (Jimmy) Carter, ehemaliger Präsident; Richard N. Cooper, ehemaliger Staatssekretär für Wirtschaft und Währung; Walter Mondale, ehemaliger Vizepräsident; Anthony M. Solomon, ehemaliger Unterstaatssekretär des Finanzministeriums für Währungsangelegenheiten; Cyrus Vance, ehemaliger Außenminister; Andrew Young, ehemaliger Botschafter bei den Vereinten Nationen; Lane E. Kirkland, Leiter des AFL-CIO: Flora Lewis, *New York Times*; Thomas Johnson, *Los Angeles Times*; George Will, ABC Television und *Newsweek*.

ecommunications (SWIFT) und dem Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, hat die ECU eine immer wichtigere Rolle angenommen. Da sie im Durchschnitt weniger volatil ist als die verschiedenen Landeswährungen, finden es insbesondere multinationale Banken und Konzerne immer attraktiver, die ECU als Rechnungseinheit und Abrechnungsmedium zu nutzen: Die ökonomische Kalkulation ist mit nur drei Währungen – der ECU, dem Yen und dem Dollar – weniger willkürlich als mit einem Dutzend. 1998 wurde gemäß offizieller zwischenstaatlicher Vereinbarungen die Europäische Zentralbank gegründet und die ECU wurde zur gesamteuropäischen Währung, die alle nationalen Gelder verdrängte.[38]

[38] Siehe dazu auch Jeffrey Tucker, „The Contributions of Menger and Mises to the Foundations of Austrian Monetary Theory Together With One Modern Application", (Manuskript 1988), vorgestellt auf der 13. Jahrestagung der Association for Private Enterprise Education, Cleveland, Ohio; und Ron Paul, „The Coming World Monetary Order", A Special Report from the *Ron Paul Investment Letter* (1988). Prominente Europäer, die explizit die Idee einer Europäischen Zentralbank, der ECU und schließlich einer Eine-Welt-Währung unterstützen, sind: G. Agnelli, Vorsitzender von FIAT, TC; J. Deflassieux, Vorsitzender der BIZ, TC; G. FitzGerald, ehemaliger Premierminister von Irland, TC; L. Solana, Präsident von Compania Telefonica Nacional de Espana, TC; G. Thorn, Präsident der Europäischen Gemeinschaft und ehemaliger Premierminister von Luxemburg, TC; N. Thygesen, Professor für Wirtschaftswissenschaften, Universität Kopenhagen, TC; U. Agnelli, Vizepräsident von FIAT; E. Balladour, Finanzminister von Frankreich; N. Brady, Dillon Read Investments; J. Callaghan, ehemaliger Premierminister von Großbritannien; K. Carstens, ehemaliger Präsident der Bundesrepublik Deutschland; P. Coffey, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Amsterdam; E. Davignon, ehemaliger EU-Kommissar; J. Delors, ehemaliger Präsident der Europäischen Gemeinschaft; W. Dusenberg, Präsident der BIZ; L. Fabius, ehemaliger Premierminister von Frankreich; J.R. Fourtou, Präsident von Rhone-Poulence; R. d. La Jemere, ehemaliger Gouverneur der Banque de France; V. Giscard d'Estaing, ehemaliger Präsident Frankreichs; Ch. Goodhart, Professor für Bankwesen, London School of Economics; P. Guimbretiere, Direktor des ECU-Projekts der Europäischen Gemeinschaft; W. Guth, Präsident der Deutschen Bank; E. Heath, ehemaliger britischer Premierminister; M. Kohnstamm, ehemaliger Präsident des Europäischen Hochschulinstituts, Florenz; N. Lawson,

Mit dem gelösten europäischen Kalkulationschaos und insbesondere mit der Neutralisierung und Schwächung der europäischen Hartwährungsländer innerhalb eines Kartells, das naturgemäß mehr gegen weniger inflationäre Länder bevorzugt, um die US-Hegemonie über Europa zu schützen und zu verlängern, würde in der Tat wenig zu tun bleiben. Mit im Wesentlichen nur drei Zentralbanken und Währungen und der US-Dominanz über Europa und Japan sind die wahrscheinlichsten Kandidaten, die als eine von den USA dominierte Weltzentralbank ausgewählt werden, die IMP oder die BIZ: und unter ihrer Schirmherrschaft wird dann, zunächst definiert als ein Korb des Dollars, der ECU und des Yen, der „Phönix" (oder wie auch immer sein Name lauten mag) als eine Eine-Welt-Papierwährung aufsteigen – es sei denn, die öffentliche Meinung als einziges Hindernis für das Wachstum der Regierung erfährt eine wesentliche Veränderung und die Öffentlichkeit beginnt die in diesem Buch erläuterte Lektion zu verstehen: dass wirtschaftliche Rationalität sowie Gerechtigkeit und Moral einen weltweiten Goldstandard und freie, 100-prozentige Reservebanken sowie freie Märkte weltweit erfordern; und dass eine Weltregierung, eine Weltzentralbank und eine Weltpapierwährung – entgegen dem trügerischen Eindruck, universelle Werte darzustellen – tatsächlich die Universalisierung

britischer Schatzkanzler; L.M. Leveque, Präsident von Credit Lyonnais; L. Lucchini, Präsident von Confindustria Italien; F. Maude, britischer Minister für Unternehmens- und Verbraucherangelegenheiten; P. Mentre, Vorsitzender von Credit National, Frankreich; H.L. Merkle, Vorsitzender der Bosch GmbH, Westdeutschland; F. Mitterand, Präsident von Frankreich; J. Monet, Gründer der Europäischen Gemeinschaft; P.X. Ortoli, Präsident von Total Oil und ehemaliger Kommissar der Europäischen Gemeinschaft; D. Rambure, Credit Lyonnais; H. Schmidt, ehemaliger Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Herausgeber der ZEIT; P. Sheehy, Vorsitzender von BAT Industries; J. Solvay, Vorsitzender von Solvay, Belgien; H.J. Vogel, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; J. Zijlstra, ehemaliger Präsident der Nederlandse Bank.

und Intensivierung von Ausbeutung, Fälschung, Betrug und wirtschaftlicher Zerstörung bedeutet.[39]

[39] Jeffrey Tucker vom Ludwig-von-Mises-Institut hatte einen wichtigen Einfluss auf mein Verständnis der Dynamik des internationalen Währungssystems – sowohl durch häufige Diskussionen als auch durch die Gewährung des Zugangs zu seiner eigenen Forschung. Unnötig zu sagen, dass alle Mängel ganz und gar meine eigenen sind.

4

Marxistische und österreichische Klassenanalyse

Ich möchte in dieser Arbeit folgendes tun: Zuerst die Thesen präsentieren, die den harten Kern der marxistischen Geschichtstheorie ausmachen. Ich behaupte, dass sie alle im Wesentlichen korrekt sind. Dann werde ich zeigen, wie diese wahren Thesen im Marxismus von einem falschen Ausgangspunkt abgeleitet werden. Schließlich werde ich zeigen, wie die österreichische Schule in der Mises-Rothbard-Tradition eine korrekte, aber kategorisch andere Erklärung für ihre Gültigkeit geben kann.

Lassen Sie mich mit dem harten Kern des marxistischen Glaubenssystems beginnen:[1]

[Zuerst veröffentlicht in *Journal of Libertarian Studies* 9, Nr. 2 (Herbst 1990). Außerdem nachgedruckt in *Requiem for Marx*, Hrsg. Yuri N. Maltsev (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institut, 1993).]

[1] Siehe im Folgenden Karl Marx und Friedrich Engels, *Das Kommunistische Manifest* (1848); Karl Marx, *Das Kapital*, 3 Bände (1867; 1885; 1894); als zeitgenössische Marxisten: Ernest Mandel, *Marxist Economic Theory* (London: Merlin, 1962); idem, *Late Capitalism* (London: New Left Books, 1975); Paul Baran und Paul Sweezy, *Monopoly Capital* (New York: Monthly Review Press, 1966); aus einer jetzt marxistischen Perspektive: Leszek Kolakowski, *Main Currents of Marxism*, G . Wetter, *Sovietideologie heute* (Frankfurt/M.: Fischer, 1962). Bd. 1; W. Leonhard, *Sovietideologie heute* (Frankfurt/M.: Fischer, 1962). Bd. 2.

(1) „Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“[2] Es ist die Geschichte der Kämpfe zwischen einer relativ kleinen herrschenden Klasse und einer größeren Klasse der Ausgebeuteten. Die primäre Form der Ausbeutung ist wirtschaftlich: Die herrschende Klasse enteignet einen Teil der produktiven Leistung der Ausgebeuteten oder, wie Marxisten sagen, „sie eignet sich ein soziales Mehrprodukt an“ und nutzt es für ihre eigenen Konsumzwecke.

(2) Die herrschende Klasse ist durch ihr gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung ihrer ausbeuterischen Position und der Maximierung ihres ausbeuterisch angeeigneten Überschussprodukts vereint. Sie verzichtet nie absichtlich auf Macht- oder Ausbeutungseinkommen. Stattdessen muss ihr jeder Macht- oder Einkommensverlust durch Kämpfe abgerungen werden, deren Ausgang letztlich vom Klassenbewusstsein der Ausgebeuteten abhängt, d.h. davon, ob und inwieweit die Ausgebeuteten sich ihres eigenen Status bewusst sind und bewusst mit anderen Klassenmitgliedern im gemeinsamen Widerstand gegen die Ausbeutung vereint sind.

(3) Die Klassenherrschaft manifestiert sich in erster Linie in spezifischen Vereinbarungen über die Abtretung von Eigentumsrechten oder, in der marxistischen Terminologie, in spezifischen „Produktionsverhältnissen“. Um diese Arrangements oder Produktionsverhältnisse zu schützen, bildet und beherrscht die herrschende Klasse den Staat als Apparat des Zwanges und der Nötigung. Der Staat erzwingt und hilft, eine bestimmte Klassenstruktur durch die Verwaltung eines Systems der „Klassengerechtigkeit“ zu reproduzieren, und er hilft bei der Schaffung und Unterstützung eines ideologischen Überbaus, der der Existenz der Klassenherrschaft Legitimität verleihen soll.

(4) Intern erzeugt der Wettbewerbsprozess innerhalb der herrschenden Klasse eine Tendenz zu zunehmender Konzentration und Zentralisierung. Ein multipolares Ausbeutungssystem wird allmählich durch ein oligarchisches oder monopolistisches ersetzt. Immer

[2] Marx und Engels, *Das Kommunistische Manifest* (Abschnitt 1).

weniger Ausbeutungszentren bleiben in Betrieb, und diejenigen, die dies tun, werden zunehmend in eine hierarchische Ordnung integriert. Und nach außen, z.B. innerhalb des internationalen Systems, wird dieser interne Zentralisierungsprozess (je intensiver er ist, desto fortgeschrittener ist er) zu imperialistischen zwischenstaatlichen Kriegen und zur territorialen Ausweitung der Ausbeutungsherrschaft führen.

(5) Schließlich wird die Klassenherrschaft mit der Zentralisierung und Ausweitung der ausbeuterischen Herrschaft, die sich allmählich ihrer ultimativen Grenze der Weltherrschaft nähert, zunehmend unvereinbar mit der weiteren Entwicklung und Verbesserung der „Produktivkräfte". Wirtschaftliche Stagnation und Krisen werden immer charakteristischer und schaffen die „objektiven Bedingungen" für die Entstehung eines revolutionären Klassenbewusstseins der Ausgebeuteten. Die Situation wird reif für die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, das „Absterben des Staates", „die Ersetzung der Regierung der Menschen über die Menschen durch die Verwaltung der Dinge"[3] und infolgedessen für nie dagewesenen wirtschaftlichen Wohlstand.

All diese Thesen sind absolut vertretbar, wie ich zeigen werde. Unglücklicherweise hat jedoch gerade der Marxismus, der sich alle diese Grundsätze zu eigen macht, mehr als jedes andere ideologische System dazu beigetragen, ihre Gültigkeit zu diskreditieren, indem er sie aus einer offenkundig absurden Theorie der Ausbeutung ableitete.

Was ist diese marxistische Ausbeutungstheorie? Nach Marx sind vorkapitalistische Gesellschaftssysteme wie Sklaverei und Feudalismus durch Ausbeutung gekennzeichnet. Darüber gibt es keinen Streit. Schließlich ist der Sklave kein freier Arbeiter und es kann nicht behauptet werden, dass er davon profitiert, versklavt zu werden. Vielmehr reduziert seine Versklavung seinen Nutzen auf Kos-

[3] *Das Kommunistische Manifest*, Abschnitt 2, letzte 2 Absätze; Friedrich Engels, *Von der Autorität* in Marx und Engels, *Ausgewählte Schriften*, 2 Bde. (Ost-Berlin: Dietz, 1953), Bd. I, S. 606; ders., *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, ebd. Bd. 2, S. 139.

ten einer Zunahme des vom Sklavenhalter angeeigneten Reichtums. Das Interesse des Sklaven und das des Sklavenbesitzers sind in der Tat antagonistisch. Dasselbe gilt für die Interessen des Feudalherrn, der von einem Bauern, der auf eigenem Land arbeitet, eine Grundrente bezieht. Die Gewinne des Herrn sind die Verluste des Bauern. Und es ist auch unbestritten, dass sowohl Sklaverei als auch Feudalismus die Entwicklung der Produktivkräfte behindern. Weder Sklave noch Leibeigener werden so produktiv sein, wie sie es ohne Sklaverei oder Leibeigenschaft wären.

Aber die wirklich neue marxistische Idee ist, dass sich an der Ausbeutung im Kapitalismus im Wesentlichen nichts ändert, d.h. wenn der Sklave ein freier Arbeiter wird oder wenn der Bauer beschließt, Land zu bewirtschaften, das von jemand anderem angeeignet wurde, und dafür eine Pacht zahlt. Sicherlich gibt Marx im berühmten 24. Kapitel des ersten Bandes seines *Kapitals* mit dem Titel „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation" einen historischen Bericht über die Entstehung des Kapitalismus, der darauf hinweist, dass ein Großteil oder sogar der größte Teil des ursprünglichen kapitalistischen Eigentums das Ergebnis von Eroberung, Unterjochung und Raubmord ist. Ebenso wird in Kapitel 25 über die „Moderne Theorie des Kolonialismus" die Rolle von Zwang und Gewalt beim Export des Kapitalismus in die – wie wir jetzt sagen würden – Dritte Welt stark betont. Zugegeben, all dies ist im Allgemeinen richtig, und insofern kann es keinen Streit geben, einen solchen Kapitalismus als ausbeuterisch zu bezeichnen. Dennoch sollte man sich der Tatsache bewusst sein, dass Marx hier einen Trick anwendet. Indem er sich mit historischen Untersuchungen beschäftigt und die Empörung des Lesers über die Brutalitäten weckt, die der Bildung vieler kapitalistischer Vermögen zugrunde liegen, weicht er tatsächlich der vorliegenden Frage und damit der Tatsache aus, dass seine These in Wirklichkeit eine ganz andere ist: dass nämlich auch im sozusagen „sauberen" Kapitalismus, d.h. in einem System, in dem die ursprüngliche Aneignung des Kapitals das Ergebnis von nichts anderem als Bewirtschaftung, Arbeit und Erspartem war, der Kapitalist, der Arbeitskräfte anheuert, um mit diesem Kapital beschäftigt zu

werden, dennoch an der Ausbeutung beteiligt wäre. In der Tat betrachtete Marx den Beweis dieser These als seinen wichtigsten Beitrag zur ökonomischen Analyse.

Sein Beweis für den ausbeuterischen Charakter eines sauberen Kapitalismus besteht in der Feststellung, dass die Faktorpreise, insbesondere die vom Kapitalisten an die Arbeiter gezahlten Löhne, niedriger sind als die Produktionspreise. Dem Arbeiter wird zum Beispiel ein Lohn gezahlt, der Konsumgüter darstellt, die in drei Tagen produziert werden können, aber er arbeitet tatsächlich fünf Tage für seinen Lohn und produziert ein Ergebnis von Konsumgütern, das das übersteigt, was er als Vergütung erhält. Die Produktion der zwei zusätzlichen Tage, der Mehrwert in der marxistischen Terminologie, wird vom Kapitalisten angeeignet. Folglich gibt es laut Marx Ausbeutung.[4]

---

[4] Vgl. Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1; die kürzeste Darstellung ist sein *Lohn, Preis, Profit* (1865). Um die spezifischere marxistische These zu beweisen, dass ausschließlich der Eigentümer von Arbeitsdienstleistungen ausgebeutet wird (aber nicht der Eigentümer des anderen ursprünglichen Produktionsfaktors: Land), wäre tatsächlich noch ein weiteres Argument erforderlich. Denn wenn es wahr wäre, dass die Diskrepanz zwischen Faktor- und Produktionspreisen ein ausbeuterisches Verhältnis darstellt, würde dies nur zeigen, dass der Kapitalist, der Arbeitsdienstleistungen von einem Eigentümer von Arbeit und Landdienstleistungen von einem Eigentümer von Land mietet, entweder Arbeit oder Land oder Arbeit und Land gleichzeitig ausbeuten würde. Es ist natürlich die Arbeitswerttheorie, die hier das fehlende Glied liefern soll, indem sie versucht, die Arbeit als einzige Wertquelle zu etablieren. Ich werde mir die Aufgabe ersparen, diese Theorie zu widerlegen. Heute sind nur noch wenige übrig, selbst unter denen, die behaupten, Marxisten zu sein, die die Fehlerhaftigkeit der Arbeitswerttheorie nicht anerkennen. Vielmehr werde ich um des Arguments willen den Vorschlag akzeptieren, den beispielsweise der selbsternannte „analytische Marxist" J. Roemer in *A General Theory of Exploitation and Class* (Cambridge: Harvard University Press, 1982) und ders. in *Value, Exploitation and Class* (London: Harwood Academic Publishers, 1985) machte, dass die Theorie der Ausbeutung analytisch von der Arbeitswerttheorie getrennt werden kann und dass eine „verallgemeinerte Warenausbeutungstheorie" formuliert werden kann, die unabhängig davon gerechtfertigt werden kann, ob die Arbeitswerttheorie wahr ist oder nicht. Ich möchte demonstrieren, dass die marxistische Ausbeutungstheo-

Was ist falsch an dieser Analyse?[5] Die Antwort wird offensichtlich, wenn man fragt, warum der Arbeiter einer solchen Vereinbarung möglicherweise zustimmen würde! Er stimmt zu, weil seine Lohnzahlung gegenwärtige Waren darstellt – während seine eigenen Arbeitsdienstleistungen nur zukünftige Waren darstellen – und er gegenwärtige Waren höher schätzt. Schließlich könnte er auch beschließen, seine Arbeitsleistungen nicht an den Kapitalisten zu verkaufen und dann den „vollen Wert" seiner Produktion selbst zu ernten. Aber das würde natürlich bedeuten, dass er länger warten müsste, bis ihm irgendwelche Konsumgüter zur Verfügung stehen. Mit dem Verkauf seiner Arbeitsleistung zeigt er, dass er eine kleinere Menge an Konsumgütern jetzt einer möglicherweise größeren Menge zu einem späteren Zeitpunkt vorzieht. Andererseits, warum sollte der Kapitalist mit dem Arbeiter ein Abkommen schließen wollen? Warum sollte er dem Arbeiter präsentierte Waren (Geld) im Austausch für Dienstleistungen vorschießen wollen, die erst später Früchte tragen? Offensichtlich würde er zum Beispiel nicht jetzt 100 Dollar auszahlen wollen, wenn er in einem Jahr den gleichen Betrag erhalten würde. Warum sollte man es dann nicht einfach ein Jahr lang behalten und den zusätzlichen Vorteil nutzen, dass man während der gesamten Zeit die tatsächliche Kontrolle darüber hat? Stattdessen muss er erwarten, dass er in der Zukunft eine größere Summe als 100 Dollar erhält, um jetzt auf 100 Dollar in Form von Löhnen an den Arbeiter zu verzichten. Er muss damit rechnen, einen Gewinn oder richtiger eine Zinsrendite erzielen zu können. Und er wird durch die Zeitpräferenz, d.h. die Tatsache, dass ein Handelnder stets frühere Güter gegenüber späteren bevorzugt, auf eine weitere Weise

---

rie unsinnig ist, selbst wenn man ihre Befürworter davon entbinden würde, die Arbeitswerttheorie beweisen zu müssen und sogar selbst dann wenn die Arbeitswerttheorie wahr wäre. Selbst eine verallgemeinerte Warenausbeutungstheorie bietet keinen Ausweg aus der Schlussfolgerung, dass die marxistische Ausbeutungstheorie völlig falsch ist.

[5] Siehe dazu Eugen von Böhm-Bawerk, *The Exploitation Theory of Socialism-Communism* (South Holland, Ill.: Libertarian Press, 1975); ders. *Shorter Classics of Böhm-Bawerk* (South Holland, Ill.: Libertarian Press, 1962).

eingeschränkt. Denn wenn man eine größere Summe in der Zukunft erhalten kann, indem man eine kleinere in der Gegenwart opfert, warum spart der Kapitalist dann nicht mehr, als er es tatsächlich tut? Warum stellt er nicht mehr Arbeiter ein, wenn jeder von ihnen eine zusätzliche Zinsrendite verspricht? Die Antwort sollte wieder offensichtlich sein: Weil der Kapitalist auch ein Konsument ist und gar nicht anders kann, als einer zu sein. Die Höhe seiner Ersparnisse und Investitionen wird durch die Notwendigkeit begrenzt, dass auch er, wie der Arbeiter, einen Vorrat an gegenwärtigen Gütern benötigt, „der groß genug ist, um die Befriedigung all jener Bedürfnisse zu sichern, deren Befriedigung während der Wartezeit als dringender angesehen wird als die Vorteile, die eine noch größere Verlängerung der Produktionszeit bieten würde."[6]

Was an Marx' Ausbeutungstheorie also falsch ist, ist, dass er das Phänomen der Zeitpräferenz nicht als universelle Kategorie menschlichen Handelns versteht.[7] Dass der Arbeiter seinen „vollen Wert" nicht erhält, hat nichts mit Ausbeutung zu tun, sondern spiegelt lediglich die Tatsache wider, dass es für den Menschen unmöglich ist, zukünftige Waren gegen gegenwärtige auszutauschen, außer mit einem Abschlag. Im Gegensatz zum Fall von Sklave und Sklavenhalter, wo letzterer auf Kosten des ersteren profitiert, ist das Verhältnis zwischen dem freien Arbeiter und dem Kapitalisten ein für beide Seiten vorteilhaftes. Der Arbeiter tritt in den Vertrag ein, weil er aufgrund seiner Zeitpräferenz eine kleinere Menge gegenwärtiger Waren gegenüber einer größeren Menge zukünftiger Waren bevorzugt; und der Kapitalist tritt in ihn ein, weil er aufgrund seiner Zeitpräferenz eine umgekehrte Präferenzreihenfolge hat und eine größere zukünftige Warenmenge höher einstuft als eine kleinere gegenwärtige. Ihre Interessen sind nicht antagonistisch, sondern harmo-

---

[6] Ludwig von Mises, *Human Action* (Chicago: Regnery, 1966), S. 407; siehe auch Murray N. Rothbard, *Man, Economy and State* (Los Angeles: Nash, 1970), S. 300-01.

[7] Siehe zur Zeitpräferenztheorie des Zinses neben den in den Anmerkungen 5 und 6 zitierten Werken auch Frank Fetter, *Capital, Interest and Rent* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1977).

nisch. Ohne die Erwartung des Kapitalisten einer Zinsrendite wäre der Arbeiter schlechter dran, weil er länger warten müsste, als er zu warten wünscht; und ohne die Vorliebe des Arbeiters für gegenwärtige Waren wäre der Kapitalist schlechter dran, weil er auf weniger Umwege und weniger effiziente Produktionsmethoden zurückgreifen müsste, als er sich wünscht. Auch das kapitalistische Lohnsystem kann nicht als Hindernis für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte angesehen werden, wie Marx behauptet. Wenn es dem Arbeiter nicht erlaubt wäre, seine Arbeitsleistungen zu verkaufen und dem Kapitalisten, sie zu kaufen, wäre die Produktion nicht höher, sondern niedriger, weil die Produktion mit relativ reduzierten Niveaus der Kapitalakkumulation stattfinden müsste.

In einem System der vergesellschafteten Produktion würde die Entwicklung der Produktivkräfte, ganz im Gegensatz zu Marx' Behauptung, keine neuen Höhen erreichen, sondern dramatisch sinken.[8] Denn natürlich muss die Kapitalakkumulation von bestimmten Individuen zu bestimmten Punkten in Zeit und Raum durch Bewirtschaftung, Produzieren und/oder Sparen erbracht werden. In jedem Fall wird sie mit der Erwartung herbeigeführt, dass es zu einer Steigerung der Produktion zukünftiger Waren führen wird. Der Wert, den ein Akteur seinem Kapital beimisst, spiegelt den Wert wider, den er allen erwarteten zukünftigen Einnahmen beimisst, die auf seine Zusammenarbeit zurückzuführen sind und durch seine Zeitpräferenz abgezinst werden. Wird einem Akteur, wie im Falle kollektiver Produktionsfaktoren, nicht mehr die ausschließliche Kontrolle über sein akkumuliertes Kapital und damit über die aus seiner Verwendung zu erzielenden zukünftigen Einkünfte eingeräumt, sondern die teilweise Kontrolle an Nicht-Bewirtschafter, Nicht-Produzenten und Nicht-Sparer übertragen, so verringert sich für ihn der Wert der erwarteten Einkünfte und damit der Investitionsgüter. Seine effektive Zeitpräferenz wird steigen. Es wird weniger Bewirt-

[8] Siehe dazu Hans-Hermann Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism* (Boston: Kluwer, 1988); ders., „Why Socialist Must Fail", *Free Market*, Juli 1988; ders., „The Economics and Sociology of Taxation", in *Journal des Economistes et des Etudes Humaines* (1990); oben Kap. 2.

schaftung von Ressourcen geben, deren Knappheit erkannt wird und weniger Einsparungen für die Erhaltung bestehender und die Produktion neuer Investitionsgüter. Die Produktionszeit, die Vollständigkeit der Produktionsstruktur, wird verkürzt, und es kommt zu einer relativen Verarmung.

Wenn Marx' Theorie der kapitalistischen Ausbeutung und seine Ideen, wie man die Ausbeutung beenden und universellen Wohlstand schaffen kann, so falsch sind, dass sie lächerlich sind, dann ist klar, dass jede Geschichtstheorie, die daraus abgeleitet werden kann, auch falsch sein muss. Oder, wenn sie richtig sein sollte, muss sie falsch abgeleitet worden sein. Anstatt durch die langwierige Aufgabe zu gehen, alle Mängel des marxistischen Arguments zu erklären, wie es von seiner Theorie der kapitalistischen Ausbeutung ausgeht und mit der Theorie der Geschichte endet, die ich zuvor beschrieben habe, werde ich eine Abkürzung nehmen. Ich werde nun in kürzester Form die korrekte österreichische, misesianisch-rothbardianische Ausbeutungstheorie skizzieren; eine erklärende Skizze geben, wie diese Theorie aus der Klassentheorie der Geschichte Sinn ergibt; und auf dem Weg einige wichtige Unterschiede zwischen dieser Klassentheorie und der marxistischen aufzeigen und auch einige intellektuelle Verwandtschaften zwischen der österreichischen Schule und dem Marxismus aufzeigen, die sich aus ihrer gemeinsamen Überzeugung ergeben, dass es tatsächlich so etwas wie Ausbeutung und eine herrschende Klasse gibt.[9]

---

[9] Mises' Beiträge zur Theorie von Ausbeutung und Klasse sind unsystematisch. In seinen Schriften präsentiert er jedoch soziologische und historische Interpretationen, die, wenn auch nur implizit, Klassenanalysen sind. Bemerkenswert ist hier insbesondere seine akute Analyse der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bankenelite bei der Zerstörung des Goldstandards, um ihre Inflationskräfte als Mittel der betrügerischen, ausbeuterischen Einkommens- und Vermögensumverteilung zu ihren Gunsten zu erhöhen. Siehe zum Beispiel seine *Monetary Stabilization and Cyclical Policy* (1928) in ebd., *On the Manipulation of Money and Credit*, herausgegeben von Percy Greaves (Dobbs Ferry, N.Y.: Free Market Books 1978); ders. *Socialism* (Indianapolis: Liberty Fund. 1981). Kap. 20; ders., *The Clash of Group Interests and Other Essays* (New York:

Der Ausgangspunkt für die österreichische Ausbeutungstheorie ist klar und einfach, wie es sein sollte. Tatsächlich wurde es bereits durch die Analyse der marxistischen Theorie festgestellt: Ausbeutung charakterisierte das Verhältnis zwischen Sklaven und Sklavenhalter sowie Leibeigenem und Feudalherrn. Aber unter einem sauberen Kapitalismus war keine Ausbeutung möglich. Was ist der Hauptunterschied zwischen diesen beiden Fällen? Die Antwort lautet: die Anerkennung oder Nichtanerkennung des Bewirtschaftungsprinzips. Der Bauer im Feudalismus wird ausgebeutet, weil er nicht die alleinige Verfügungsgewalt über das von ihm bewirtschaftete

---

Center for Libertarian Studies, Occasional Paper Nr. 7, 1978). Doch Mises gibt der Klassenanalyse und der Ausbeutungstheorie keinen systematischen Status, weil er die Ausbeutung letztendlich als bloßen intellektuellen Fehler missversteht, den eine korrekte ökonomische Argumentation zerstreuen kann. Dass Ausbeutung auch, und wahrscheinlich sogar noch mehr, ein moralisch-motivierendes Problem ist, das jenseits sämtlicher ökonomischer Vernunft liegt, verkennt er völlig. Rothbard ergänzt die Mises'sche Struktur der österreichischen Wirtschaftstheorie um seine Erkenntnisse und macht die Analyse von Macht und Machteliten zu einem integralen Bestandteil der Wirtschaftstheorie und historisch-soziologischer Erklärungen. Er erweitert den österreichischen Fall gegen Ausbeutung systematisch um Ethik neben ökonomischer Theorie, also eine Theorie der Gerechtigkeit neben einer Theorie der Effizienz, so dass auch die herrschende Klasse als unmoralisch angegriffen werden kann. Zu Rothbards Theorie von Macht, Klasse und Ausbeutung siehe insbesondere sein Werk *Power and Market* (Kansas City: Sheed Andrews und McMeel, 1977); ders., *For a New Liberty* (New York: McMillan, 1978); ders., *The Mystery of Banking* (New York: Richardson and Snyder, 1983); ders., *America's Great Depression* (Kansas City: Sheed and Ward, 1975). Zu wichtigen Vorläufern der österreichischen Klassenanalyse im 19. Jahrhundert siehe L. Liggio, „Charles Dunoyer and French Classical Liberalism", *Journal of Libertarian Studies* 1, Nr. 3, (1977); Ralph Raico. „Classical Liberal Exploitation Theory", *Journal of Libertarian Studies* 1, Nr. 3 (1977); M. Weinburg, „The Social Analysis of Three Early 19th Century French Liberals: Say, Comte, and Dunoyer", *Journal of Libertarian Studies* 2, Nr. 1, 1978; J.T. Salerno, „Comment on the French Liberal School", ebd.; David M. Hart, „Gustave de Molinari and the Anti-Statist Liberal Tradition", 2 Teile, *Journal of Libertarian Studies* 5, Nr. 3 und 4, (1981).

Land hat, und der Sklave, weil er nicht die alleinige Verfügungsgewalt über seinen eigenen bewirtschafteten Körper hat. Wenn hingegen jeder die ausschließliche Verfügungsgewalt über seinen eigenen Körper hat (also ein freier Arbeiter ist) und nach dem Prinzip der Bewirtschaftung handelt, kann es keine Ausbeutung geben. Es ist logisch absurd zu behaupten, dass eine Person, die Güter selbst bewirtschaftet, die zuvor von niemand anderem bewirtschaftet wurden, oder die diese Güter für die Produktion zukünftiger Güter verwendet, oder die gegenwärtig selbst bewirtschaftete oder produzierte Güter spart, um das zukünftige Angebot an Gütern zu erhöhen, dadurch jemanden ausbeuten könnte. In diesem Prozess wurde niemandem etwas weggenommen, und es wurden tatsächlich zusätzliche Güter erstellt. Und es wäre ebenso absurd zu behaupten, dass eine Vereinbarung zwischen verschiedenen Bewirtschaftern, Sparern und Produzenten über ihre nicht ausbeuterisch angeeigneten Güter oder Dienstleistungen möglicherweise ein falsches Spiel enthalten könnte. Stattdessen findet die Ausbeutung immer dann statt, wenn eine *Abweichung* vom Bewirtschaftungsprinzip auftritt. Ausbeutung tritt immer dann auf, wenn eine Person erfolgreich die teilweise oder vollständige Kontrolle über knappe Ressourcen beansprucht, die sie nicht selbst bewirtschaftet, gespart oder produziert hat und die sie nicht vertraglich von einem früheren Produzenten-Eigentümer erworben hat. Ausbeutung ist die Enteignung von Bewirtschaftern, Produzenten und Sparern durch spätere Nicht-Bewirtschafter, Nicht-Produzenten, Nicht-Sparer und Nicht-Auftragnehmer; es ist die Enteignung von Menschen, deren Eigentumsansprüche auf Arbeit und Vertrag beruhen, von Menschen, deren Ansprüche aus dem Nichts stammen und die die Arbeit und Verträge anderer missachten.[10]

Unnötig zu sagen, dass die so definierte Ausbeutung tatsächlich ein integraler Bestandteil der Menschheitsgeschichte ist. Man kann

[10] Siehe hierzu auch Hans-Hermann Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism*; ders.; „The Justice of Economic Efficiency", *Austrian Economics Newsletter*, 1, (1988; oben Kap. 9; ders., „The Ultimate Justification of the Private Property Ethics", *Liberty*, (September 1988): oben Kap. 10.

Reichtum entweder durch Bewirtschaftung, Produktion, Sparen oder Auftragsvergabe erwerben und vermehren oder durch die Enteignung von Bewirtschaftern, Produzenten, Sparern oder Auftragnehmern. Es gibt keine anderen Möglichkeiten. Beide Methoden sind für den Menschen natürlich. Neben der Bewirtschaftung, der Produktion und der Auftragsvergabe gab es schon immer auch nichtproduktiven und nicht-vertraglichen Eigentumserwerb. Und im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung, so wie Produzenten und Auftragnehmer Firmen, Unternehmen und Konzerne bilden können, so können Ausbeuter große Ausbeutungsunternehmen, Regierungen und Staaten schaffen. Die herrschende Klasse (die wiederum intern geschichtet sein kann) setzt sich zunächst aus den Mitgliedern einer solchen Ausbeutungsfirma zusammen. Und wenn sich eine herrschende Klasse über ein bestimmtes Territorium etabliert hat und die wirtschaftlichen Ressourcen einer Klasse ausgebeuteter Produzenten enteignet, wird das Zentrum der Geschichte tatsächlich zum Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die Geschichte ist also, wenn sie richtig erzählt wird, im Wesentlichen die Geschichte der Siege und Niederlagen der Herrschenden bei ihrem Versuch, das ausbeuterisch angeeignete Einkommen zu maximieren, und der Beherrschten bei ihren Versuchen, dieser Tendenz zu widerstehen und sie umzukehren. In dieser Einschätzung der Geschichte stimmen Österreicher und Marxisten überein, weshalb eine bemerkenswerte intellektuelle Affinität zwischen der österreichischen und marxistischen Geschichtsforschung besteht. Beide wenden sich gegen eine Geschichtsschreibung, die nur Handlung oder Interaktion, ökonomisch und moralisch gleichwertig, anerkennt; und beide wenden sich gegen eine Geschichtsschreibung, die statt eines solchen wertneutralen Standpunktes meint, die eigenen willkürlich eingeführten subjektiven Werturteile als Folie für ihre historischen Erzählungen heranziehen zu müssen. Vielmehr muss die Geschichte in Bezug auf Freiheit und Ausbeutung, Schmarotzertum und wirtschaftliche Ver-

armung, Privateigentum und dessen Zerstörung erzählt werden – sonst wird sie falsch erzählt.[11]

Während produktive Unternehmen aufgrund von freiwilliger Unterstützung oder deren Fehlen entstehen oder verschwinden, kommt eine herrschende Klasse nie an die Macht, weil es eine Nachfrage nach ihr gibt, noch tritt sie zurück, wenn der Rücktritt nachweislich gefordert wird. Man kann beim besten Willen nicht behaupten, dass Bewirtschafter, Produzenten, Sparer und Auftragnehmer ihre eigene Enteignung gefordert haben. Sie müssen dazu gezwungen werden und das beweist eindeutig, dass das ausbeutende Unternehmen überhaupt nicht gefragt ist. Man kann auch nicht sagen, dass eine herrschende Klasse gestürzt werden kann, indem man auf Transaktionen mit ihr verzichtet, so wie man ein produktives Unternehmen stürzen kann. Denn die herrschende Klasse erwirtschaftet ihr Einkommen durch nicht-produktive und nicht-vertragliche Transaktionen und bleibt somit von Boykotten unberührt. Vielmehr ist das, was den Aufstieg eines Ausbeuterunternehmens ermöglicht und was es wiederum zu Fall bringen kann, ein bestimmter Zustand der öffentlichen Meinung oder, in marxistischer Terminologie, ein bestimmter Zustand des Klassenbewusstseins.

Ein Ausbeuter schafft Opfer und Opfer sind potenzielle Feinde. Es ist möglich, dass dieser Widerstand mit Gewalt dauerhaft gebrochen werden kann, wie z.B. im Fall einer Gruppe von Männern, die eine andere, etwa gleich große Gruppe ausbeutet. Es ist jedoch mehr als nur Gewalt erforderlich, um die Ausbeutung einer Bevölkerung um ein Vielfaches der eigenen Größe auszuweiten. Damit dies geschieht, muss ein Unternehmen auch über öffentliche Unterstützung verfügen. Eine Mehrheit der Bevölkerung muss die ausbeuterischen Handlungen als legitim akzeptieren. Diese Akzeptanz kann von aktiver Begeisterung bis hin zu passiver Resignation reichen. Es muss

[11] Siehe zu diesem Thema auch Lord (John) Acton, *Essays in the History of Liberty* (Indianapolis: Liberty Fund, 1985); Franz Oppenheimer, *System der Soziologie*, Bd. II: *Der Staat* (Stuttgart: G. Fischer, 1964); Alexander Rüstow, *Freedom and Domination* (Princeton: Princeton University Press, 1986).

sich jedoch um eine Akzeptanz in dem Sinne handeln, dass eine Mehrheit den Gedanken aufgegeben hat, sich aktiv oder passiv gegen jeden Versuch zu wehren, nicht-produktiven und nicht-vertraglichen Eigentumserwerb durchzusetzen. Das Klassenbewusstsein muss niedrig, unentwickelt und vage sein. Nur solange dieser Zustand anhält, kann ein ausbeuterisches Unternehmen gedeihen, auch wenn keine tatsächliche Nachfrage danach besteht. Nur wenn und soweit die Ausgebeuteten und Enteigneten eine klare Vorstellung von ihrer eigenen Situation entwickeln und sich mit anderen Mitgliedern ihrer Klasse durch eine ideologische Bewegung zusammenschließen, die der Idee einer klassenlosen Gesellschaft, in der alle Ausbeutung abgeschafft ist, Ausdruck verleiht, kann die Macht der herrschenden Klasse gebrochen werden. Nur wenn und soweit sich eine Mehrheit der ausgebeuteten Öffentlichkeit bewusst in eine solche Bewegung integriert und dementsprechend eine gemeinsame Empörung über jeden unproduktiven oder außervertraglichen Eigentumserwerb an den Tag legt, eine gemeinsame Verachtung für jeden zeigt, der solche Handlungen vornimmt, und bewusst nichts zu ihrem Erfolg beiträgt (ganz zu schweigen davon, sie aktiv zu behindern), kann ihre Macht zum Einsturz gebracht werden.

Die allmähliche Abschaffung der feudalen und absolutistischen Herrschaft und der Aufstieg der zunehmend kapitalistischen Gesellschaften in Westeuropa und den Vereinigten Staaten – begleitet von einem nie dagewesenen Wirtschaftswachstum und einer steigenden Bevölkerungszahl – war das Ergebnis eines wachsenden Klassenbewusstseins unter den Ausgebeuteten, die durch die Doktrinen der natürlichen Rechte und des Liberalismus ideologisch zusammengehalten wurden. Darin sind sich Österreicher und Marxisten einig.[12] Sie sind sich jedoch nicht einig, ob die Umkehrung dieses Liberalisierungsprozesses und die seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts stetig zunehmende Ausbeutung in diesen Gesellschaften, die seit dem Ersten Weltkrieg besonders ausgeprägt ist, das Ergebnis

[12] Siehe hierzu M. N. Rothbard. „Left and Right: The Prospect for Liberty“ in idem. *Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays* (Washington, D.C.: Libertarian Review Press, 1974).

eines Verlustes des Klassenbewusstseins sind. In der Tat muss der Marxismus nach österreichischer Auffassung einen Großteil der Schuld für diese Entwicklung auf sich nehmen, indem er die Aufmerksamkeit vom korrekten Ausbeutungsmodell des Bewirtschafter-Produzenten-Sparer-Auftragnehmer gegenüber dem Nicht-Bewirtschafter-Produzenten-Sparer-Auftragnehmer auf das trügerische Modell des Lohnempfängers gegenüber dem Kapitalisten lenkt und so die Dinge durcheinander bringt.[13]

Die Etablierung einer herrschenden Klasse über eine ausgebeutete Klasse, die um ein Vielfaches größer ist als sie selbst, durch Zwang und Manipulation der öffentlichen Meinung, d.h. ein geringes Klassenbewusstsein der Ausgebeuteten, findet ihren grundlegenden institutionellen Ausdruck in der Schaffung eines Systems des öffentlichen Rechts, das dem Privatrecht übergeordnet ist. Die

[13] Trotz aller gegenteiligen sozialistischen Propaganda kommt die Unwahrheit der marxistischen Beschreibung von Kapitalisten und Arbeitern als antagonistische Klassen auch in bestimmten empirischen Beobachtungen zum Tragen: Logischerweise können die Menschen auf unendlich unterschiedliche Weise in Klassen eingeteilt werden. Nach der orthodoxen positivistischen Methodik (die ich für falsch halte, aber bereit bin, hier um der Argumentation willen zu akzeptieren) ist dieses Klassifizierungssystem besser, was uns hilft, bessere Vorhersagen zu treffen. Dennoch ist die Klassifizierung von Menschen als Kapitalisten oder Arbeiter (oder als Vertreter unterschiedlicher Grade von Kapitalisten- oder Arbeiterschaft) praktisch nutzlos, um vorherzusagen, welchen Stand eine Person in grundlegenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen einnehmen wird. Im Gegensatz dazu ist die korrekte Einstufung von Menschen als Steuerproduzent oder -konsument in der Tat auch ein starker Indikator. Soziologen haben dies aufgrund fast allgemein geteilter marxistischer Vorurteile weitgehend übersehen. Aber die alltägliche Erfahrung bestätigt meine These in überwältigender Weise: Wenn man herausfindet, ob jemand Angestellter des öffentlichen Dienstes ist oder nicht (und welchen Rang und welches Gehalt er hat) und ob und inwieweit das Einkommen und Vermögen einer Person außerhalb des öffentlichen Sektors durch Einkäufe des öffentlichen Sektors und/oder durch Regulierungsmaßnahmen bestimmt wird, werden die Menschen systematisch unterschiedlich auf grundlegende politische Fragen reagieren, je nachdem, ob sie als direkte oder indirekte Steuerverbraucher oder als Steuerproduzenten eingestuft werden!

herrschende Klasse grenzt sich ab und schützt ihre Position als herrschende Klasse, indem sie eine Verfassung für die Tätigkeit ihres Unternehmens verabschiedet. Einerseits schafft eine Verfassung ein gewisses Maß an rechtlicher Stabilität, indem sie die internen Abläufe innerhalb des Staatsapparates sowie dessen Beziehungen zur ausgebeuteten Bevölkerung formalisiert. Je mehr vertraute und beliebte Begriffe des Privatrechts in das Verfassungs- und öffentliche Recht aufgenommen werden, desto positiver wird die Öffentlichkeit gegenüber der Existenz des Staates eingestellt sein. Andererseits formalisiert jedes Verfassungs- und öffentliches Recht auch den Immunstatus der herrschenden Klasse in Bezug auf das Bewirtschaftungsprinzip. Es formalisiert das Recht der Vertreter des Staates, nicht-produktiven und nicht-vertraglichen Eigentumserwerb zu betreiben, und die letztendliche Unterordnung des privaten Rechts unter das öffentliche Recht. Die Klassenjustiz, d.h. eine Reihe von Gesetzen für die Herrschenden und eine andere für die Beherrschten, kommt in diesem Dualismus von öffentlichem und privatem Recht sowie in der Vorherrschaft und dem Eindringen des öffentlichen Rechts in das private Recht zum Tragen. Klassengerechtigkeit wird nicht dadurch hergestellt, dass Privateigentumsrechte gesetzlich anerkannt werden, wie Marxisten meinen. Vielmehr entsteht Klassengerechtigkeit genau dann, wenn eine rechtliche Unterscheidung zwischen einer Klasse von Personen, die nach öffentlichem Recht handelt und von diesem geschützt wird, und einer anderen Klasse, die nach einem untergeordneten Privatrecht handelt und von diesem geschützt wird, besteht. Genauer gesagt, die Grundaussage der marxistischen Theorie des Staates ist falsch. Der Staat ist nicht deshalb ausbeuterisch, weil er die Eigentumsrechte der Kapitalisten schützt, sondern weil er selbst von der Beschränkung befreit ist, Eigentum produktiv und vertraglich erwerben zu müssen.[14]

---

[14] Franz Oppenheimer, *System der Soziologie* Bd. 2, S. 322-23, stellt die Sache so dar:

> Die Grundnorm des Staates ist die Macht. Das heißt, von der Seite seines Ursprungs aus gesehen: Gewalt in Macht transformiert. Gewalt ist eine der mächtigsten Kräfte, die die Gesellschaft prägen,

Trotz dieses grundlegenden Missverständnisses gelangt der Marxismus, weil er den Staat korrekt als ausbeuterisch interpretiert (im Gegensatz z.B. zur Public-Choice-Schule, die ihn als normales Unternehmen unter anderen betrachtet)[15], zu einigen wichtigen Einsichten in Bezug auf die Logik des staatlichen Handelns. Zum einen erkennt er die strategische Funktion umverteilender staatlicher Politik an. Als ausbeuterisches Unternehmen muss der Staat zu jeder Zeit an einem niedrigen Grad an Klassenbewusstsein unter den Beherrschten interessiert sein. Die Umverteilung von Eigentum und Einkommen ist das Mittel des Staates, um die Bevölkerung zu spal-

---

aber sie ist nicht selbst eine Form der sozialen Interaktion. Sie muss zum Recht im positiven Sinne werden, d.h. soziologisch gesprochen, sie muss die Entwicklung eines Systems der „subjektiven Gegenseitigkeit" ermöglichen: und das ist nur möglich durch ein System der Selbstbeschränkung der Gewaltanwendung und der Übernahme bestimmter Pflichten im Austausch für die ihr zugestandenen Rechte. Auf diese Weise wird Gewalt in Macht umgewandelt, und es entsteht ein Herrschaftsverhältnis, das nicht nur von den Herrschenden, sondern auch unter nicht allzu stark unterdrückenden Umständen von ihren Untertanen als Ausdruck einer „gerechten Gegenseitigkeit" akzeptiert wird. Aus dieser Grundnorm gehen nun, wie in ihr impliziert, sekundäre und tertiäre Normen hervor: Normen des Privatrechts, des Erb-, Straf-, Schuld- und Verfassungsrechts, die alle den Stempel der Grundnorm von Macht und Herrschaft tragen und die alle darauf abzielen, die Struktur des Staates so zu beeinflussen, dass die ökonomische Ausbeutung auf das Höchstmaß gesteigert wird, das mit dem Fortbestand der gesetzlich geregelten Herrschaft vereinbar ist.

Die Einsicht ist von grundlegender Bedeutung, dass „das Recht aus zwei im Wesentlichen unterschiedlichen Wurzeln erwächst." einerseits aus dem Recht des Zusammenschlusses von Gleichen, das man ein „natürliches Recht" nennen kann, auch wenn es kein natürliches Recht ist, und andererseits aus dem Recht der Gewalt, die in regulierte Macht transformiert wird, dem Recht des Ungleichen.

Zum Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Recht siehe auch F. A. Hayek, *Law, Legislation and Liberty* 3 Bde. (Chicago: University of Chicago Press, 1973-79). insbesondere Bd. 1, Kap. 6 und Bd. 2. S. 85-88.

[15] Siehe J. Buchanan und G. Tullock, *The Calculus of Consent* (Ann Arbor: University of Michigan Press, 1965). S. 19.

ten und die Herausbildung eines einheitlichen Klassenbewusstseins unter den Ausgebeuteten zu verhindern. Darüber hinaus ist die Umverteilung der Staatsmacht selbst durch die Demokratisierung der Staatsverfassung und die Öffnung aller Herrschaftspositionen für jedermann und die Gewährung von Mitspracherechten bei der Bestimmung des Staatspersonals und der Politik eigentlich ein Mittel, um den Widerstand gegen die Ausbeutung als solche zu verringern. Zweitens ist der Staat in der Tat, wie die Marxisten es sehen, das große Zentrum der ideologischen Propaganda und Mystifizierung: Ausbeutung ist in Wirklichkeit Freiheit; Steuern sind in Wirklichkeit freiwillige Beiträge; nicht-vertragliche Beziehungen sind in Wirklichkeit „begrifflich" vertragliche; niemand wird von irgendjemandem beherrscht, sondern wir alle beherrschen uns selbst; ohne den Staat gäbe es weder Recht noch Sicherheit; die Armen würden zugrunde gehen, usw. All dies ist Teil des ideologischen Überbaus, der darauf abzielt, eine zugrunde liegende Basis der wirtschaftlichen Ausbeutung zu legitimieren.[16] Und schließlich haben die Marxisten auch Recht, wenn sie die enge Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft, insbesondere der Bankenelite, bemerken – auch wenn ihre Erklärung dafür fehlerhaft ist. Der Grund dafür ist nicht, dass das bürgerliche Establishment den Staat als Garanten der privaten Eigentumsrechte und des Vertragswesens sieht und unterstützt. Im Gegenteil, das Establishment nimmt den Staat zu Recht als die eigentliche Antithese zum Privateigentum wahr, die es ist, und interessiert sich aus diesem Grund sehr dafür. Je erfolgreicher ein Unternehmen ist, desto größer ist die potenzielle Gefahr staatlicher Ausbeutung, aber desto größer sind auch die potenziellen Gewinne, die erzielt werden können, wenn es unter den besonderen Schutz des Staates gestellt und von der vollen Last des kapitalistischen Wettbewerbs befreit wird. Aus diesem Grund ist die Wirtschaft am Staat und seiner Unterwanderung interessiert. Die herrschende Elite wiederum ist aufgrund ihrer Finanzkraft an einer engen Zusammenarbeit mit dem

[16] Vgl. Hans-Hermann Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987); ders., *A Theory of Socialism and Capitalism*.

Wirtschaftsestablishment interessiert. Insbesondere die Bankenelite ist von Interesse, da der Staat als ausbeuterisches Unternehmen natürlich völlige Autonomie bei der Geldfälschung haben möchte. Indem er der Bankenelite anbietet, sie in ihre eigenen Fälschungsaktivitäten einzubeziehen und ihnen zu erlauben, zusätzlich zu den eigenen gefälschten Banknoten im Rahmen eines Systems des Teilreserve-Bankwesens zu fälschen, kann der Staat dieses Ziel leicht erreichen und ein System von staatlich monopolisiertem Geld und kartellisiertem Bankwesen unter Kontrolle der Zentralbank einrichten. Und durch diese direkte Fälschungsverbindung mit dem Bankensystem und damit den Großkunden der Banken erstreckt sich die herrschende Klasse tatsächlich weit über den Staatsapparat hinaus bis zu den Nervenzentren der Zivilgesellschaft – zumindest dem Anschein nach nicht viel anders als das Bild, das Marxisten gerne von der Zusammenarbeit zwischen Banken, Wirtschaftseliten und dem Staat zeichnen.[17]

Der Wettbewerb innerhalb der herrschenden Klasse und zwischen verschiedenen herrschenden Klassen führt zu einer Tendenz der zunehmenden Konzentration. Darin liegt der Marxismus richtig. Seine fehlerhafte Ausbeutungstheorie führt ihn jedoch wieder dazu, die Ursache für diese Tendenz am falschen Ort zu suchen. Der Marxismus sieht eine solche Tendenz als dem kapitalistischen Wettbewerb inhärent an. Doch gerade solange die Menschen in einem sauberen Kapitalismus tätig sind, ist der Wettbewerb *keine* Form der Nullsummen-Interaktion. Die Bewirtschafter, die Produzenten, die Sparer und die Auftragnehmer profitieren nicht auf Kosten eines anderen. Ihre Gewinne lassen entweder den physischen Besitz eines anderen völlig unberührt oder sie implizieren tatsächlich gegenseitige Gewinne (wie bei allen vertraglichen Tauschgeschäften). Der Kapitalismus kann somit den Anstieg des absoluten Reichtums erklären. Aber unter diesem Regime kann nicht von einer systemati-

[17] Siehe Hans-Hermann Hoppe, „Banking, National States and International Politics“, *Review of Austrian Economics*, Bd. 4 (1990); oben Kap. 3; Murray N. Rothbard, *The Mystery of Banking*, Kap. 15-16.

schen Tendenz zur relativen Konzentration gesprochen werden.[18] Stattdessen prägen Nullsummen-Interaktionen nicht nur die Beziehung zwischen Herrscher und Beherrschten, sondern auch zwischen konkurrierenden Herrschern. Ausbeutung, definiert als nicht-produktiver und nicht-vertraglicher Eigentumserwerb, ist nur möglich, solange es etwas gibt, das angeeignet werden kann. Gäbe es jedoch einen freien Wettbewerb im Geschäft der Ausbeutung, bliebe offensichtlich nichts mehr übrig, um zu enteignen. Die Ausbeutung erfordert also ein Monopol über ein bestimmtes Territorium und eine bestimmte Bevölkerung; und der Wettbewerb zwischen den Ausbeutern ist seinem Wesen nach eliminierend und muss eine Tendenz zur relativen Konzentration der ausbeutenden Unternehmen sowie eine Tendenz zur Zentralisierung innerhalb jedes ausbeutenden Unternehmens bewirken. Die Entwicklung von *Staaten* anstelle von kapitalistischen Unternehmen ist das beste Beispiel für diese Tendenz: Es gibt heute eine wesentlich geringere Anzahl von Staaten, die ausbeuterische Kontrolle über viel größere Territorien ausüben als in früheren Jahrhunderten. Und innerhalb jedes Staatsapparates gab es in der Tat eine ständige Tendenz zur Ausweitung der Befugnisse der Zentralregierung auf Kosten ihrer regionalen und lokalen Untergliederungen.

Aber auch außerhalb des Staatsapparates hat sich aus demselben Grund eine Tendenz zur relativen Konzentration gezeigt – nicht, wie inzwischen klar sein sollte, aufgrund irgendeiner dem Kapitalismus innewohnenden Eigenschaft, sondern weil die herrschende Klasse ihre Herrschaft durch die Schaffung einer Allianz von Staat, Banken und Wirtschaftsunternehmen und insbesondere durch die Einrichtung eines Zentralbankensystems auf die Zivilgesellschaft ausgedehnt hat. Wenn es dann zu einer Konzentration und Zentralisierung der Staatsmacht kommt, ist es nur natürlich, dass dies von einem parallelen Prozess der relativen Konzentration und Kartellisierung von Banken und Industrie begleitet wird. Mit der Ausweitung der

[18] Siehe hierzu insbesondere Murray N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Kap. 10, insb. der Abschnitt „The Problem of One Big Cartel“; auch Ludwig von Mises, *Socialism*, Kap. 22-26.

staatlichen Befugnisse nehmen auch die Befugnisse des damit verbundenen Banken- und Unternehmensapparats zu, wirtschaftliche Konkurrenten durch nicht-produktive und/oder nicht-vertragliche Enteignungen auszuschalten oder zu benachteiligen. Wirtschaftskonzentration ist das Spiegelbild einer „Verstaatlichung" des Wirtschaftslebens.[19]

Das Hauptmittel für die Ausweitung der Staatsmacht und die Beseitigung rivalisierender Ausbeutungszentren sind Krieg und militärische Herrschaft. Die zwischenstaatliche Konkurrenz impliziert eine Tendenz zu Krieg und Imperialismus. Als Ausbeutungszentren sind ihre Interessen von Natur aus antagonistisch. Da jeder von ihnen intern über das Instrument der Besteuerung und die absolute Macht des Geldfälschens verfügt, ist es den herrschenden Klassen möglich, andere für ihre Kriege zahlen zu lassen. Wenn man seine riskanten Unternehmungen nicht selbst bezahlen muss, sondern andere dazu zwingen kann, neigt man natürlich dazu, mehr Risiken einzugehen und schießwütiger zu sein, als man es sonst vielleicht wäre.[20] Im Gegensatz zu einem Großteil der so genannten bürgerlichen Sozialwissenschaften stellt der Marxismus die Tatsachen richtig dar: Es gibt in der Geschichte tatsächlich eine Tendenz zum Imperialismus und die führenden imperialistischen Mächte sind tatsächlich die fortgeschrittensten kapitalistischen Nationen. Doch die Erklärung ist wieder einmal fehlerhaft. Es ist der Staat als eine von den kapitalistischen Regeln des Eigentumserwerbs befreite Institu-

---

[19] Siehe dazu Gabriel Kolko, *The Triumph of Conservatism* (Chicago: Free Press, 1967); James Weinstein, *The Corporate Ideal in the Liberal State* (Boston: Beacon Press, 1968); Ronald Radosh und Murray N. Rothbard, Hrsg., *A New History of Leviathan* (New York: Dutton. 1972) Leonard Liggio und James J. Martin, Hrsg., *Watershed of Empire* (Colorado Springs: Ralph Myles, 1976).

[20] Zum Verhältnis von Staat und Krieg vgl. E. Krippendorff, *Staat und Krieg* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1985); Kap. Tilly, „War Making and State Making as Organized Crime", in P. Evans et al. (Hrsg.), *Bringing the State Back In* (Cambridge: Cambridge University Press, 1985); auch R. Higgs, *Crisis and Leviathan* (New York: Oxford University Press, 1987).

tion, die von Natur aus aggressiv ist. Und die historischen Belege für eine enge Korrelation zwischen Kapitalismus und Imperialismus widersprechen dem nur scheinbar. Es lässt sich leicht erklären, dass ein Staat, um erfolgreich aus zwischenstaatlichen Kriegen hervorzugehen, über ausreichende (relative) wirtschaftliche Ressourcen verfügen muss. Unter sonst gleichen Bedingungen wird der Staat mit den umfangreicheren Ressourcen gewinnen. Als ausbeuterisches Unternehmen ist ein Staat von Natur aus zerstörerisch für Reichtum und Kapitalakkumulation. Reichtum wird ausschließlich von der Zivilgesellschaft produziert; und je schwächer die ausbeuterischen Kräfte des Staates sind, desto mehr Reichtum und Kapital akkumuliert die Gesellschaft. So paradox es auf den ersten Blick klingen mag: Je schwächer oder liberaler ein Staat im Innern ist, desto weiter ist der Kapitalismus entwickelt; eine entwickelte kapitalistische Wirtschaft, aus der man schöpfen kann, macht den Staat reicher; und ein reicherer Staat führt dann zu mehr und erfolgreicheren Expansionskriegen. Diese Beziehung erklärt, warum zunächst die Staaten Westeuropas und insbesondere Großbritannien die führenden imperialistischen Mächte waren und warum diese Rolle im 20. Jahrhundert von den Vereinigten Staaten übernommen wurde.

Und eine ähnlich einfache, aber wiederum ganz und gar nicht marxistische Erklärung gibt es für die häufige marxistische Beobachtung, dass das Banken- und Wirtschaftsestablishment in der Regel zu den eifrigsten Befürwortern militärischer Stärke und imperialer Expansion gehört. Diese Unterstützung erfolgt nicht, weil die Ausdehnung kapitalistischer Märkte Ausbeutung erfordert, sondern weil die Ausdehnung staatlich geschützter und privilegierter Unternehmen voraussetzt, dass dieser Schutz auch auf das Ausland ausgedehnt wird und dass ausländische Konkurrenten durch nicht-vertraglichen und nicht-produktiven Eigentumserwerb in gleicher Weise oder stärker behindert werden als die interne Konkurrenz. Konkret unterstützt das Establishment den Imperialismus, wenn diese Unterstützung zu einer Position der militärischen Vorherrschaft des eigenen verbündeten Staates über einen anderen zu führen verspricht. Denn dann wird es möglich, aus einer Position der mili-

tärischen Stärke heraus ein System zu etablieren, das man als *Währungsimperialismus* bezeichnen kann. Der dominierende Staat wird seine überlegene Macht nutzen, um eine Politik der international koordinierten Inflation durchzusetzen. Die eigene Zentralbank gibt den Takt im Geldfälschungsprozess vor und die Zentralbanken der beherrschten Staaten werden angewiesen, ihre Währung als ihre eigenen Reserven zu verwenden und darüber hinaus zu inflationieren. Zusammen mit dem dominierenden Staat und als erste Empfänger der gefälschten Reservewährung können die mit ihm verbundenen Banken und Unternehmen eine nahezu kostenfreie Enteignung ausländischer Vermögensbesitzer und Einkommenserzeuger vornehmen. Der ausgebeuteten Klasse in den beherrschten Gebieten wird eine doppelte Schicht der Ausbeutung durch einen fremden Staat und eine fremde Elite auferlegt, was zu einer anhaltenden wirtschaftlichen Abhängigkeit und einer relativen wirtschaftlichen Stagnation im Vergleich zur dominierenden Nation führt. Es ist diese – sehr unkapitalistische – Situation, die den Status der Vereinigten Staaten und des US-Dollars kennzeichnet und die zu den richtigen Anschuldigungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausbeutung der USA und des Dollar-Imperialismus führt.[21]

Schließlich führt die zunehmende Konzentration und Zentralisierung der Ausbeutungsmächte zu wirtschaftlicher Stagnation und schafft damit die objektiven Voraussetzungen für den endgültigen Untergang dieser Mächte und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, die in der Lage ist, ungeahnten wirtschaftlichen Wohlstand zu produzieren.

Entgegen marxistischer Behauptungen wird diese Gesellschaft nicht das Ergebnis historischer Gesetze sein. Tatsächlich gibt es keine so unerbittlichen historischen Gesetze, wie Marxisten sie sich vorstellen.[22] Es wird auch nicht das Ergebnis einer Tendenz sein,

---

[21] Zu einer weiter ausgearbeiteten Version dieser Theorie des Militär- und Geldimperialismus vgl. Hoppe, *Bankwesen, Nationalstaaten und internationale Politik* (oben Kap. 3).

[22] Siehe hierzu insbesondere Ludwig von Mises, *Theory and History* (Auburn: Mises Institute, 1985) insb. Teil 2.

dass die Profitrate mit einer erhöhten organischen Zusammensetzung des Kapitals sinkt (also eine Erhöhung des Verhältnisses von konstantem zu variablem Kapital), wie Marx dachte. So wie die Arbeitswerttheorie irreparabel falsch ist, so ist auch das auf ihr beruhende Gesetz von der Tendenz des Falles der Profitrate falsch. Die Quelle von Wert, Zinsen und Gewinn ist nicht ausschließlich die Aufwendung von Arbeit, sondern viel allgemeiner: das Handeln, d.h. der Einsatz knapper Mittel bei der Verfolgung von Zielen durch Akteure, die durch Zeitpräferenz und Unsicherheit (unvollkommenes Wissen) eingeschränkt sind. Es gibt also keinen Grund zu der Annahme, dass Veränderungen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals in einem systematischen Zusammenhang mit Veränderungen bei Zinsen und Gewinnen stehen sollten.

Stattdessen steigt die Wahrscheinlichkeit von Krisen, die die Entwicklung eines höheren Klassenbewusstseins (d.h. die subjektiven Bedingungen für den Sturz der herrschenden Klasse) stimulieren, weil – um einen von Marx' Lieblingsbegriffen zu verwenden – die „Dialektik" der Ausbeutung, die ich vorhin bereits angesprochen habe, zunimmt: Ausbeutung ist destruktiv für die Reichtumsbildung. Im Wettbewerb der ausbeuterischen Unternehmen, d.h. der Staaten, übertreffen die weniger ausbeuterischen oder liberaleren die ausbeuterischeren, weil sie über mehr Ressourcen verfügen. Der Prozess des Imperialismus hat zunächst eine relativ befreiende Wirkung auf Gesellschaften, die unter seine Kontrolle kommen. Ein relativ kapitalistischeres Gesellschaftsmodell wird in relativ weniger kapitalistische (mehr ausbeuterischere) Gesellschaften exportiert. Die Entwicklung der Produktivkräfte wird stimuliert, die wirtschaftliche Integration gefördert, die Arbeitsteilung ausgeweitet und ein echter Weltmarkt etabliert. Die Bevölkerungszahlen steigen als Reaktion darauf und die Erwartungen an die wirtschaftliche Zukunft erreichen beispiellose Höhen.[23] In dem Maße, in dem sich die ausbeuterische

[23] Es sei hier angemerkt, dass Marx und Engels vor allem in ihrem *Kommunistischen Manifest* den historisch fortschrittlichen Charakter des Kapitalismus verfochten und voller Lob für seine beispiellosen Errungenschaf-

Herrschaft durchsetzt und die zwischenstaatliche Konkurrenz im Zuge des imperialistischen Expansionsprozesses verringert oder gar ausgeschaltet wird, verschwinden jedoch allmählich die äußeren Zwänge, die der Macht des herrschenden Staates durch interne Ausbeutung und Enteignung entgegenstehen. Interne Ausbeutung, Besteuerung und Regulierung beginnen zuzunehmen, je näher die herrschende Klasse ihrem ultimativen Ziel der Weltherrschaft kommt. Wirtschaftliche Stagnation setzt ein und die weltweit höheren Erwartungen werden frustriert. Und dies – hohe Erwartungen und eine wirtschaftliche Realität, die zunehmend hinter diesen Erwartungen zurückbleibt – ist die klassische Situation für das Entstehen eines revolutionären Potenzials.[24] Es entsteht ein verzweifelter Bedarf an ideologischen Lösungen für die sich abzeichnenden Krisen, und es setzt sich die Erkenntnis durch, dass staatliche Herrschaft, Besteuerung und Regulierung – weit davon entfernt, eine solche Lösung zu bieten – in Wirklichkeit genau das Problem darstellen, das es zu

---

ten waren. In der Tat kommt J. A. Schumpeter, wenn er die einschlägigen Passagen des *Manifests* Revue passieren lässt, zu dem Schluss:

> Niemals, ich wiederhole, und insbesondere von keinem modernen Verteidiger der bürgerlichen Zivilisation ist etwas Ähnliches geschrieben worden, niemals ist etwas im Namen der Unternehmerklasse verfasst worden, der von einem so tiefen und so breiten Verständnis dessen ausgeht, was ihre Errungenschaft ist und was sie für die Menschheit bedeutet. („The Communist Manifesto in Sociology and Economics", in *Essays of J. A. Schumpeter*, herausgegeben von Richard Clemence [Port Washington, N.Y.: Kennikat Press, 1951], S. 293)

Angesichts dieser Sicht des Kapitalismus ging Marx sogar so weit, die britische Eroberung Indiens beispielsweise als historisch fortschrittliche Entwicklung zu verteidigen. Siehe Marx' Beiträge zur *New York Daily Tribune* vom 25. Juni 1853. 11. Juli 1853. 8. August 1853 (Marx und Engels, *Werke*, Bd. 9, [Ost-Berlin: Dietz, 1960]). Als zeitgenössischer Marxist, der eine ähnliche Haltung zum Imperialismus einnimmt, siehe Bill Warren, *Imperialism: Pioneer of Capitalism* (London: New Left Books, 1981).

[24] Siehe zur Theorie der Revolution insbesondere Charles Tilly, *From Mobilization to Revolution* (Reading, Mass.: Addison-Wesley, 1978); ders., *As Sociology Meets History* (New York: Academic Press, 1981).

überwinden gilt. Wenn in dieser Situation der wirtschaftlichen Stagnation, der Krisen und der ideologischen Desillusionierung[25] eine positive Lösung in Form einer systematischen und umfassenden libertären Philosophie in Verbindung mit ihrem ökonomischen Gegenstück, der österreichischen Schule der Nationalökonomie, angeboten wird, und wenn diese Ideologie von einer aktivistischen Bewegung propagiert wird, dann werden die Aussichten, das revolutionäre Potential zum Aktivismus zu entfachen, überwältigend positiv und vielversprechend. Der anti-etatistische Druck wird zunehmen und eine unwiderstehliche Tendenz zur Demontage der Macht der herrschenden Klasse und des Staates als Instrument ihrer Ausbeutung hervorrufen.[26]

Wenn und soweit dies jedoch geschieht, bedeutet das nicht – entgegen dem marxistischen Modell – gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln. Wie bereits erläutert, ist gesellschaftliches Eigentum nicht nur wirtschaftlich ineffizient, sondern auch unvereinbar mit der Vorstellung, dass der Staat „absterben" würde.[27] Denn wenn Produktionsmittel kollektiv besessen werden und realistischerweise davon ausgegangen wird, dass nicht alle Vorstellungen darüber, wie diese Mittel in der Produktion eingesetzt werden können, zufällig (wie durch ein Wunder) übereinstimmen, dann sind es

---

[25] Für eine neomarxistische Einschätzung der gegenwärtigen Ära des „Spätkapitalismus", die durch „eine neue ideologische Desorientierung" gekennzeichnet ist, die aus der permanenten wirtschaftlichen Stagnation und der Erschöpfung der Legitimationskräfte des Konservatismus und des Sozialdemokratismus (d.h. des ‚liberalism' in der amerikanischen Terminologie) hervorgeht, siehe J. Habermas, *Die Neue Unübersichtlichkeit* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1985); auch ders., *Legitimation Crisis* (Boston: Beacon Press, 1975); C. Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1972).

[26] Zur österreichisch-libertären Einschätzung des Krisencharakters des Spätkapitalismus und zu den Aussichten auf den Aufstieg eines revolutionär libertären Klassenbewusstseins vgl. Rothbard, „Left and Right"; ders. *For a New Liberty*, Kap. 15: ders. *Ethics of Liberty* (Atlantic Highlands: Humanities Press, 1982), Teil V.

[27] Zu den inneren Widersprüchen der marxistischen Staatstheorie vgl. auch Hans Kelsen, *Sozialismus und Staat* (Wien, 1965).

gerade gesellschaftlich besessene Produktionsfaktoren, die ein fortgesetztes staatliches Handeln erfordern, d.h. eine Institution, die den Willen einer Person zwangsweise einem anderen aufzwingt. Stattdessen bedeutet das Absterben des Staates und damit das Ende der Ausbeutung und der Beginn der Freiheit und des nie dagewesenen wirtschaftlichen Wohlstands die Errichtung einer reinen Privateigentumsgesellschaft, die nur durch das Privatrecht reguliert wird.

5

Theorie der Beschäftigung, des Geldes, des Zinses und der kapitalistische Prozess: Der misesianische Fall gegen Keynes

Es ist mein Ziel, einige grundlegende Wahrheiten über den Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung und die Rolle von Beschäftigung, Geld und Zinsen darin zu rekonstruieren. Diese Wahrheiten stammen weder von der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, noch sind sie ein integraler Bestandteil dieser Tradition des ökonomischen Denkens allein. Tatsächlich waren die meisten von ihnen fester Bestandteil dessen, was heute als klassische Wirtschaftstheorie bezeichnet wird, und es war die Anerkennung ihrer Gültigkeit, die den Ökonomen vom Spinner unterschied. Dennoch hat die Österreichische Schule, insbesondere Ludwig von Mises und später Murray N. Rothbard, die klarste und vollständigste Darstellung dieser Wahrheiten gegeben.[1] Darüber hinaus haben sie auch ihre strengste Verteidigung vorgebracht, indem sie gezeigt haben, dass sie letztlich aus grundlegenden, unbestreitbaren Aussagen (wie beispielsweise, dass der Mensch handelt und weiß, was es bedeutet zu handeln) abgeleitet werden können, um sie als Wahrheiten zu etablieren, deren Leugnung nicht nur sachlich falsch wäre, sondern, was noch entscheidender ist, zu logisch-praxeologischen Wi-

[Eine etwas andere Version erscheint in *Dissent on Keynes: A Critical Appraisal of Keynesian Economics*, herausgegeben von Mark Skousen (New York: Praeger, 1992).]

[1] Siehe insbesondere Ludwig von Mises, *Human Action* (Chicago: Regnery, 1966); Murray N. Rothbard, *Man, Economy, and State* (Los Angeles: Nash, 1970).

dersprüchen und Absurditäten führen würde.[2]

Zunächst werde ich diese österreichische Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung systematisch rekonstruieren. Dann werde ich mich der „neuen" Theorie von Keynes zuwenden, die, wie er selbst nicht umhin kann anzuerkennen, zur Tradition der „Unterwelt"-Ökonomie (wie der Merkantilismus) und der ökonomischen Spinner (wie Silvio Gesell) gehört.[3] Ich werde zeigen, dass auch Keynes' neue Ökonomie ebenfalls die eines Spinners ist: ein Gewebe logisch-praxeologischer Unwahrheiten, die durch obskuren Jargon, wechselnde Definitionen und logische Inkonsistenzen erreicht werden, mit der Absicht, eine antikapitalistische, anti-private Eigentums- und antibürgerliche Mentalität zu schaffen.

I.

1. BESCHÄFTIGUNG

„Arbeitslosigkeit auf einem freien Markt ist immer freiwillig."[4] Der Mensch arbeitet, weil er das erwartete Ergebnis der Arbeit dem Aufwand und dem psychischen Gewinn, den er aus der Freizeit zieht, vorzieht. Er „hört an dem Punkt auf zu arbeiten, an dem er

---

[2] Siehe zu den Grundlagen der Ökonomie Ludwig von Mises, *Epistemological Problems of Economics* (New York: New York University Press, 1981); ders., *Theory and History* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1985); ders., *The Ultimate Foundation of Economic Science* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1978); Murray N. Rothbard, *Individualism and the Philosophy of the Social Sciences* (San Francisco: Cato Institute, 1979); Hans-Hermann Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung. Untersuchung zur Grundlegung von Soziologie und Ökonomie* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983); ders., *Praxeology and Economic Science* (Auburn, Ala. Ludwig-von-Mises-Institut, 1988).
Zur konkurrierenden positivistischen Sicht der Ökonomie, nach der ökonomische Gesetze Hypothesen sind, die empirisch bestätigt und falsifiziert werden müssen (ähnlich wie die Gesetze der Physik), siehe Milton Friedman, „The Methodology of Positive Economics", in ders., *Essays in Positive Economics* (Chicago: University of Chicago Press, 1953).

[3] John Maynard Keynes, *The General Theory of Employment, Interest, and Money* (New York: Harcourt, Brace and World, 1964), insb. Kap. 23.

[4] Mises, *Human Action*, S. 599.

Freizeit, also die Abwesenheit der Unannehmlichkeiten der Arbeit, höher schätzt als die zusätzliche Zufriedenheit, die er durch mehr Arbeit erwarten würde."[5] Offensichtlich kann Robinson Crusoe, der selbstversorgende Produzent, also nur freiwillig arbeitslos sein (weil er es vorzieht, untätig zu bleiben und gegenwärtige Werte zu konsumieren, anstatt zusätzliche Arbeit in die Produktion zukünftiger Werte zu investieren).

Das Ergebnis ist nicht anders, wenn Freitag hinzukommt und eine private Eigentumswirtschaft entsteht, die auf der anfänglichen Anerkennung der ausschließlichen Eigentumsrechte jedes Einzelnen an den Ressourcen basiert, die er als knapp erkannt und sich angeeignet (bewirtschaftet) hat, indem er seine Arbeit mit ihnen vermischt hat, bevor es jemand anderes getan hat, sowie an allen Gütern, die mit ihrer Hilfe hergestellt wurden. In dieser Situation werden nicht nur Umtauschverhältnisse – Preise – für den Kauf oder die Miete von materiellen Gütern möglich, sondern auch Preise (Löhne) für die Miete von Arbeitsleistungen. Beschäftigung erfolgt immer dann, wenn der angebotene Lohn vom Arbeitnehmer höher bewertet wird als die Befriedigung, die sich daraus ergibt, dass er selbst ausreichend mit seinen eigenen Ressourcen arbeitet und/oder diese verbraucht (oder sich zuvor weniger nutzenstiftende Ressourcen aneignet). Die Beschäftigung wird zunehmen und die Löhne steigen, solange die Unternehmer die bestehenden Löhne als niedriger als das Grenzwertprodukt (abgezinst nach Zeitpräferenz)[6] wahrnehmen, was eine entsprechende Erhöhung der Beschäftigung von Arbeitskräften erwarten lässt. Andererseits wird es zu Arbeitslosigkeit kommen und diese wird zunehmen, solange eine Person den Grenznutzen, den sie durch Selbstständigkeit erzielt, höher bewertet als einen Lohn, der die Grenzproduktivität ihrer Arbeitsleistung widerspiegelt.

In dieser Konstruktion gibt es keinen logischen Raum für so etwas wie unfreiwillige Arbeitslosigkeit. So wie die Beschäftigung immer freiwillig ist, so ist es auch die Arbeitslosigkeit (Selbstständ-

[5] Ebd., S. 611.
[6] Zur Zeitpräferenz siehe den folgenden Abschnitt 1.3.

digkeit).[7]

Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist nur dann logisch möglich, wenn sich die Situation grundlegend ändert und eine Person oder Institution eingeführt wird, die erfolgreich Kontrolle über Ressourcen ausüben kann, die sie nicht bewirtschaftet hat oder die sie durch freiwilligen Austausch von Bewirtschaftern erworben hat. Eine solche außermarktwirtschaftliche Institution kann, indem sie beispielsweise einen Mindestlohn vorschreibt, der höher ist als die Grenzproduktivität der Arbeit, effektiv einen Austausch zwischen einem Ar-

[7] Die Behauptung, dass unfreiwillige Arbeitslosigkeit im Rahmen einer Privateigentumswirtschaft wie oben charakterisiert möglich ist, beruht auf einer elementaren logisch-konzeptionellen Verwirrung: Sie ignoriert die Tatsache, dass Beschäftigung eine Zweiparteienangelegenheit ist; d.h. ein Austausch, der wie jeder freiwillige Austausch nur stattfinden kann, wenn er als *gegenseitig, bilateral* vorteilhaft angesehen wird. Es ergibt genauso wenig Sinn, jemanden als unfreiwillig arbeitslos einzustufen, wenn er niemanden finden kann, der bereit ist, seine einseitig festgelegten Arbeitsanforderungen zu erfüllen, als eine Person auf der Suche nach einer Frau, einem Haus oder einem Mercedes unfreiwillig beziehungslos, obdachlos oder mercedeslos zu nennen, weil niemand ihn heiraten oder ihm ein Haus oder einen Mercedes *zu Bedingungen liefern will, die diese Person einseitig als angenehm für ihn bestimmt hat*. Absurdität und Widerspruch würden sich ergeben, wenn man dies tun würde. Denn dann müsste man nicht nur als die andere Seite derselben Medaille hinnehmen, dass der boykottierende Arbeitgeber, die boykottierende Frau oder der boykottierende Eigentümer eines Hauses oder eines Mercedes seinerseits als unfreiwilliger *Nicht*-Arbeitgeber, *Nicht*-Frau oder *Nicht*-Verkäufer eines Hauses oder eines Mercedes anzusehen wäre, *weil seine/ihre einseitigen Forderungen vom Möchtegern-Mitarbeiter, Möchtegern-Ehemann oder Möchtegern-Haus- oder Mercedes-Besitzer genauso wenig erfüllt worden wären, wie sie seine nicht erfüllt hätten*. Da sowohl der potenzielle Arbeitnehmer als auch der potenzielle Arbeitgeber als unfreiwillig in ihrer Position befindlich eingestuft werden, weil zwischen ihnen keine Einigung erzielt wurde, würde die Schaffung einer „freiwilligen Beschäftigung" bedeuten, dass eine oder beide Parteien dazu gezwungen würden, einen Austausch zu akzeptieren, dessen Bedingungen eine oder beide Parteien als inakzeptabel erachten. Zu sagen, dass unfreiwillige Arbeitslosigkeit auf einem unbehinderten Markt möglich ist, bedeutet daher, dass Zwang Freiwilligkeit und Freiwilligkeit Zwang bedeutet, was Unsinn ist.

beitsdienstleister und einem Kapitalisten verbieten, der von beiden bevorzugt würde, wenn beide die uneingeschränkte Kontrolle über ihr bewirtschaftetes Eigentum hätten. Der potentielle Arbeiter wird dann unfreiwillig arbeitslos, und der potentielle Arbeitgeber ist gezwungen, komplementäre Produktionsfaktoren von wertschöpfungsintensiveren zu weniger wertschöpfungsintensiven Verwendungszwecken zu verlagern. In der Tat kann eine außermarktwirtschaftliche Institution grundsätzlich eine beliebige Menge an unfreiwilliger Arbeitslosigkeit schaffen. Ein Mindestlohn von etwa 1 Million Dollar pro Stunde würde, wenn er durchgesetzt würde, praktisch jeden unfreiwillig arbeitslos machen und auf diesem Weg zur Zwangsselbstständigkeit den größten Teil der heutigen Bevölkerung zum Hungertod verurteilen.

Ohne eine Institution, die von den Regeln des Marktes ausgenommen ist, ist unfreiwillige Arbeitslosigkeit logischerweise unmöglich, und es kommt zu Wohlstand statt Verarmung.

2. GELD

Der Mensch nimmt an einer Tauschwirtschaft teil (anstatt in selbstversorgender Isolation zu bleiben), insofern er in der Lage ist, die höhere Produktivität eines Systems der Arbeitsteilung zu erkennen, und er mehr Güter gegenüber weniger bevorzugt. Aus seiner Marktteilnahme erwächst wiederum sein Wunsch nach einem Tauschmittel (Geld). Tatsächlich hätte Geld für den Menschen nur dann keinen Zweck, wenn man das menschlich Unmögliche annehmen würde (dass der Mensch eine perfekte Vorhersehung der Zukunft hätte). Denn wenn alle Unsicherheiten beseitigt wären, würde man im Phantasieland des Gleichgewichts die Bedingungen, Zeiten und Orte aller zukünftigen Austausche genau kennen, und alles könnte entsprechend im Voraus arrangiert werden und würde die Form eines direkten und nicht eines indirekten Austauschs annehmen.[8] Unter der unausweichlichen menschlichen Bedingung der Un-

[8] Siehe Mises, *Human Action*, S. 244-50.

sicherheit jedoch, wenn all dies nicht bekannt ist und das Handeln von Natur aus spekulativ sein muss, wird der Mensch beginnen, Güter nicht mehr ausschließlich wegen ihres Gebrauchswerts, sondern auch wegen ihres Werts als Tauschmittel nachzufragen.

Angesichts einer Situation, in der seine Reserveanforderungen für bestimmte bereitgestellte Güter oder Dienstleistungen gering oder nicht vorhanden sind und in der ein direkt befriedigender Austausch aufgrund fehlender doppelter Übereinstimmungen der Bedürfnisse nicht in Frage kommt, wird er auch einen Tausch in Betracht ziehen, wenn die zu erwerbenden Güter marktfähiger sind als die abzugebenden, sodass ihr Besitz dann den Erwerb von direkt nutzbaren Gütern und Dienstleistungen zu noch unbekannten zukünftigen Zeitpunkten erleichtern würde.

Da es darüber hinaus die eigentliche Funktion eines Tauschmittels ist, den zukünftigen Kauf von direkt nutzbaren Gütern zu erleichtern, wird der Mensch natürlich den Erwerb eines marktfähigeren und im Idealfall, universell marktfähigen Tauschmittels dem eines weniger oder nicht universell marktfähigen Tauschmittels vorziehen, so dass

> es eine unvermeidliche Tendenz geben würde, dass das weniger marktfähige der als Tauschmittel verwendeten Reihe an Gütern eines nach dem anderen abgelehnt wird, bis schließlich nur noch ein einziger Rohstoff übrig bleibt, der universell als Tauschmittel verwendet wurde; mit einem Wort, Geld.[9]

> In einem System ohne Veränderung, in dem es keinerlei Unsicherheit über die Zukunft gibt, muss niemand Bargeld halten. Jeder Einzelne weiß genau, welchen Geldbetrag er zu einem späteren Zeitpunkt benötigen wird. Er ist daher in der Lage, alle Mittel, die er erhält, so zu verleihen, dass die Darlehen an dem Tag fällig werden, an dem er sie benötigt. (S. 249)

Siehe auch Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 280.

[9] Ludwig von Mises, *The Theory of Money and Credit* (Irvington, N.Y.: Foundation for Economic Education, 1971), S. 32–33; siehe auch Carl Menger, *Principles of Economics* (New York: New York University Press, 1981); ders., *Geld*, in Carl Menger, *Gesammelte Werke*, Hrsg. F.A. Hayek (Tübingen: Mohr, 1970), Band 4.

Auf dem Weg zu diesem Endziel wird durch die Auswahl von Geldern, die immer weiter verbreitet sind, die Arbeitsteilung ausgeweitet und die Produktivität gesteigert.

Sobald jedoch ein Rohstoff als universelles Tauschmittel etabliert ist und die Preise aller direkt nutzbaren Tauschgüter in Einheiten dieses Geldes ausgedrückt werden (während der Preis der Geldeinheit seine Macht ist, eine Reihe von Nicht-Geldgütern zu kaufen), übt Geld keinen systematischen Einfluss mehr auf die Arbeitsteilung, Beschäftigung und das produzierte Einkommen aus. Einmal festgelegt, ist jeder Geldbetrag mit jedem Betrag an Beschäftigung und Einkommen vereinbar.[10] In der Tat, wie oben erläutert, gäbe es im Phantasieland des Gleichgewichts kein Geld, aber es gäbe immer noch Beschäftigung und Einkommen. Dies zeigt, dass Geld auf der einen Seite und Beschäftigung und Einkommen auf der anderen Seite als logisch-praxeologisch unabhängige und unzusammenhängende Konzepte betrachtet werden müssen. Steigt zum Beispiel das Geldangebot bei sonst gleichen Bedingungen, hätte dies sicher Umverteilungseffekte, je nachdem, wo und wie das zusätzliche Geld in die Wirtschaft gelangt ist; aber es hätte ebenso sicher keine systematische Auswirkung auf die Beschäftigungsmenge und die Größe des Sozialprodukts. Preise und Löhne würden im Allgemeinen steigen, und die Kaufkraft der Geldeinheit würde sinken. In Bezug auf Beschäftigung und Sozialprodukt würde daraus jedoch nichts folgen. Sie können unterschiedlich oder gleich sein. Gleiches gilt für Veränderungen in der Geldnachfrage. Ein Anstieg der Geldnach-

---

[10] Siehe Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 669-71.

> Güter sind nützlich und knapp, und jede Zunahme von Gütern ist ein gesellschaftlicher Vorteil. Aber Geld ist nicht direkt nützlich, sondern nur im Austausch… Wo weniger Geld ist, steigt der Tauschwert der Geldeinheit; wo mehr Geld ist, fällt der Tauschwert der Geldeinheit. Wir kommen zu dem Schluss, dass es so etwas wie „zu wenig" oder „zu viel" Geld nicht gibt, *dass, unabhängig von der gesellschaftlichen Geldmenge, die Vorteile des Geldes immer im maximalen Umfang genutzt werden*. (S. 670)

Siehe auch Murray N. Rothbard, *The Mystery of Banking* (New York: Richardson und Snyder, 1983).

frage (d.h. ein höherer relativer Wert, der an zusätzliches Bargeld gebunden ist, im Vergleich zu zusätzlichem Nicht-Geld) würde sicherlich die relativen Preise verändern; jedoch würde dies in Bezug auf Beschäftigung und Sozialprodukt nichts bedeuten. Um eine erhöhte Geldnachfrage mit einem bestimmten Geldbestand in Einklang zu bringen, muss das allgemeine Preis- und Lohnniveau sinken und die Kaufkraft der Geldeinheit *mutatis mutandis* steigen. Es gibt jedoch keinen Grund zu der Annahme, dass dies Auswirkungen auf die Beschäftigung oder das Einkommen haben sollte. Die Geldlöhne sinken, aber gleichzeitig steigt die Kaufkraft des Geldes, wodurch die Reallöhne und das reale Sozialprodukt völlig unberührt bleiben.

Das Ergebnis ist nicht anders, wenn Änderungen auf der Nicht-Geld-Seite berücksichtigt werden. Bei sonst gleichen Sachverhalten führt beispielsweise eine Erhöhung des Angebots an Gütern und Dienstleistungen zu einer Erhöhung der Kaufkraft des Geldes; die Geldpreise fallen. Dies verringert die nachgefragte Geldmenge (die Geldnachfragekurve ist gegeben), da die Kosten für das Halten von Geld anstelle dessen Verwendung für Nicht-Geld gestiegen sind; und diese geringere Nachfrage nach Bargeld impliziert wiederum eine umgekehrte Tendenz zu steigenden Preisen und einer verringerten Kaufkraft des Geldes. Nichts davon betrifft Beschäftigung oder Sozialprodukt. Auch ändert sich das Bild nicht, wenn Erwartungen explizit berücksichtigt werden. Inflationäre (deflationäre) Erwartungen reduzieren (erhöhen) die Nachfrage nach Geld sofort und beschleunigen somit die Anpassung an das, was erwartet wurde; und wenn etwas falsches erwartet wurde (d.h. etwas, das nicht mit der zugrunde liegenden Realität übereinstimmt), wird der Prozess der selbst-korrigierenden Anpassungen durch das Funktionieren der Erwartungen beschleunigt. Aber keines dieser monetären Phänomene hat einen systematischen praxeologischen Zusammenhang mit Beschäftigung und Sozialprodukt, der bei allen monetären Veränderungen durchaus gleich bleiben kann.

Geld ist ausnahmslos „neutral“ für Beschäftigung und Sozialprodukt.

3. ZINSEN

Geld ist auch für Zinsen „neutral". Im Gegensatz zu Geld ist der Zins jedoch praxeologisch mit der Beschäftigung und dem Sozialprodukt verbunden.

So wie Geld das Ergebnis von Unsicherheit ist, so resultiert Zins aus Zeitpräferenz, die für das Handeln ebenso wesentlich ist wie Unsicherheit (und in gewisser Weise, wie gleich erläutert wird, sogar noch wichtiger). Beim Handeln strebt ein Akteur nicht nur stets danach, einen weniger zufriedenstellenden Zustand durch einen zufriedenstellenderen zu ersetzen, und zeigt damit eine Präferenz für mehr statt weniger Güter; er muss auch stets berücksichtigen, wann seine Ziele in der Zukunft erreicht werden (d.h. die Zeit, die zur Erreichung dieser Ziele erforderlich ist) sowie die Nutzungsdauer eines Gutes, und jede Handlung zeigt somit auch eine universelle Präferenz für frühere gegenüber späteren Gütern und für langlebigere gegenüber weniger langlebigen Gütern. Jede Handlung braucht etwas Zeit, um ihr Ziel zu erreichen; da der Mensch manchmal etwas konsumieren muss und nicht ganz aufhören kann zu konsumieren, ist Zeit immer knapp. Somit werden, ceteris paribus, gegenwärtige oder frühere Güter höher bewertet als zukünftige oder spätere Güter, und dies muss auch immer so sein.[11] Wenn der Mensch nicht durch Zeitpräferenzen eingeschränkt wäre und die einzige Einschränkung darin bestünde, mehr gegenüber weniger zu bevorzugen, würde er sich ausnahmslos für diejenigen Produktionsprozesse entscheiden, die

[11] Zur Zeitpräferenztheorie des Zinses vgl. William Stanley Jevons, *Theory of Political Economy* (New York: Augustus M. Kelley, 1965); Eugen von Böhm-Bawerk, *Capital and Interest*, 3 Bde. (South Holland, Ill.: Libertarian Press, 1959); Richard von Strigl, *Kapital und Produktion* (Wien: Julius Springer, 1934 [Engl. Übers., Ludwig von Mises Institute, 1988]); Frank Fetter, *Capital, Interest, and Rent* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1971); Roger Garrison, „In Defense of the Misesian Theory of Interest," *Journal of Libertarian Studies* 3, Nr. 2 (1979); ders., „Professor Rothbard and the Theory of Interest," in Walter Block and Llewellyn H. Rockwell, Jr., Hrsg., *Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard* (Auburn, Ala. Ludwig-von-Mises-Institut, 1988).

den größten Ertrag pro eingesetzter Ressource erzielen, unabhängig davon, wie lange es dauert, bis diese Methoden Früchte tragen. Anstatt beispielsweise zuerst ein Fischernetz zu bauen, würde Crusoe sofort mit dem Bau eines Schleppnetzes beginnen, da dies die wirtschaftlich effizienteste Methode zum Fischfang ist. Dass niemand, einschließlich Crusoe, so handelt, macht deutlich, dass der Mensch nicht anders kann, als „Zeitabschnitte gleicher Länge unterschiedlich zu bewerten, je nachdem, ob sie näher oder weiter vom Zeitpunkt der Entscheidung des Handelnden entfernt sind".[12]

So wird der Mensch, eingeschränkt durch Zeitpräferenz, nur dann ein gegenwärtiges Gut gegen ein zukünftiges austauschen, wenn er erwartet, dass dadurch seine Menge an zukünftigen Gütern erhöht wird. Die Rate der Zeitpräferenz, die von Person zu Person und von einem Zeitpunkt zum nächsten unterschiedlich, aber nie etwas anderes als positiv für alle sein kann, bestimmt gleichzeitig die Höhe der Prämie, die gegenwärtige Waren über zukünftige Waren haben, sowie die Höhe der Ersparnisse und Investitionen. Der Marktzinssatz ist die Gesamtsumme aller individuellen Zeitpräferenzraten, die sozusagen die soziale Rate der Zeitpräferenz widerspiegelt und soziale Ersparnisse (d.h. das Angebot an gegenwärtigen Gütern, die zum Austausch gegen zukünftige Güter angeboten werden) und soziale Investitionen (d.h. die Nachfrage nach gegenwärtigen Gütern, die in der Lage sind, zukünftige Renditen zu erzielen) ausgleicht.

Ohne vorherige Ersparnisse, d.h. ohne den Verzicht auf einen möglichen Konsum gegenwärtiger Güter, könnte es keine Bereitstellung von Leihkapital geben. Darüber hinaus würde keine Nachfrage nach ausleihbaren Mitteln bestehen, wenn niemand eine Möglichkeit sähe, vorhandene Güter produktiv einzusetzen (d.h. sie so zu investieren, dass sie einen zukünftigen Ertrag erzielen, der den aktuellen Aufwand übersteigt). Wenn alle vorhandenen Güter konsumiert und keine in zeitaufwändige Produktionsprozesse investiert würden, gäbe es tatsächlich keinen Zins oder keine Zeitpräferenz-

[12] Mises, *Human Action*, S. 483.

rate, oder besser gesagt, der Zinssatz wäre unendlich hoch, was außerhalb des Garten Eden gleichbedeutend wäre mit einem primitiven Existenzminimum, bei dem man der Realität mit bloßen Händen und nichts als dem Wunsch nach sofortiger Befriedigung begegnet.

Ein Angebot an und eine Nachfrage nach ausleihbaren Mitteln entsteht nur dann – und das ist die conditio humana – wenn erkannt wird, dass indirekte, umständlichere und längere Produktionsprozesse einen größeren oder besseren Output pro Input erzielen können als direkte und kurze Prozesse[13]; und es ist möglich, durch Sparen die Menge an gegenwärtigen Gütern anzusammeln, die benötigt wird, um all jene Bedürfnisse zu befriedigen, deren Befriedigung während der längeren Wartezeit als dringender angesehen wird als die Steigerung des zukünftigen Wohlbefindens, die durch die Einführung eines zeitaufwändigeren Produktionsprozesses zu erwarten ist.[14]

Solange dies der Fall ist, werden sich Kapitalbildung und -akkumulation einstellen und fortsetzen. Anstatt von augenblicklich befriedigenden Produktionsprozessen unterstützt und beschäftigt zu werden, werden die ursprünglichen Faktoren der Produktion, des Bodens und der Arbeit, durch einen Überschuss an Produktion über den Konsum unterstützt und in der Produktion von Investitionsgütern eingesetzt. Diese haben keinen Wert außer als Zwischenprodukte im Prozess der Herstellung von finalen (Konsum-)Gütern. Mit anderen Worten, ihr Wert liegt darin, dass jeder, der sie besitzt, sie nutzen kann, um andere Investitionsgüter effizienter zu produzieren. Der Wertüberschuss (Preis) eines Investitionsguts über die Summe, die für die für seine Herstellung erforderlichen komplementären Ursprungsfaktoren aufgewendet wird, ist auf diesen Zeitunterschied

[13] Sicherlich sind nicht alle längeren Produktionsprozesse produktiver als kürzere; aber unter der Annahme, dass der Mensch, eingeschränkt durch seine Zeitpräferenz, stets und zu jeder Zeit die kürzesten denkbaren Methoden zur Herstellung einer bestimmten Produktion wählen wird, kann jede Produktionssteigerung – praxeologisch gesehen – nur erreicht werden, wenn die Produktionsstruktur verlängert wird.
[14] Mises, *Human Action*, S. 490ff.

und die universelle Tatsache der Zeitpräferenz zurückzuführen. Es ist der Preis, der für den Kauf von Zeit bezahlt wird; für die Annäherung an die Erreichung des letztendlichen Ziels, anstatt ganz am Anfang beginnen zu müssen. Aufgrund der Zeitpräferenz muss der Wert der Endproduktion die Summe übersteigen, die für seine Produktionsfaktoren aufgewendet wird (der Preis, der für das Investitionsgut und alle ergänzenden Arbeitsdienstleistungen gezahlt wird).

Je niedriger also die Zeitpräferenzrate ist, desto früher setzt der Prozess der Kapitalbildung ein und desto schneller verlängert sich die Umwegstruktur der Produktion. Jede Zunahme der Akkumulation von Investitionsgütern und der Umwege der Produktionsstruktur erhöht wiederum die Grenzproduktivität der Arbeit. Dies führt entweder zu erhöhten Beschäftigungs- und/oder Lohnsätzen und in jedem Fall (auch wenn die Angebotskurve der Arbeitskräfte mit steigenden Löhnen rückläufig werden sollte) zu einer höheren Lohnsumme.[15] Mit einer erhöhten Menge an Investitionsgütern ausgestattet, wird eine besser bezahlte Bevölkerung von Lohnempfängern insgesamt ein höheres – zukünftiges – Sozialprodukt erwirtschaften, wodurch schließlich nach dem Einkommen der Arbeitnehmer auch das Realeinkommen der Kapital- und Grundbesitzer steigen wird. Während Zins (Zeitpräferenz) also einen direkten praxeologischen Bezug zu Beschäftigung und Sozialeinkommen hat, hat er mit Geld überhaupt nichts zu tun. Zwar gibt es in einer Geldwirtschaft auch einen monetären Ausdruck für die soziale Rate der Zeitpräferenz. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Zinsen und Geld systematisch unabhängig und unverbunden sind und dass Zinsen ein „reales" und kein monetäres Phänomen darstellen. Tatsächlich gäbe es im Phantasieland des Gleichgewichts keinen Platz für Geld, da die Zukunft per Definition sicher wäre und ohne jegliche Unsicherheit niemand Bargeldbestände benötigen würde (deren einziger Zweck darin besteht, für noch unbekannte Käufe zu noch unbekannten Zeitpunkten gerüstet zu sein, da Bargeld weder produktiv noch konsumierbar ist). Zeitpräferenz und Zinsen können jedoch auch

[15] Siehe auch Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 663f.

dann nicht als verschwunden betrachtet werden. Denn selbst im Gleichgewicht muss die bestehende Kapitalstruktur im Laufe der Zeit ständig aufrechterhalten werden (um zu verhindern, dass sie im Laufe eines sich endlos wiederholenden Musters produktiver Vorgänge allmählich aufgebraucht wird). Ohne kontinuierliche Einsparungen und Reinvestitionen kann es jedoch keine solche Aufrechterhaltung geben, und ohne die Erwartung positiver Zinssätze kann es keine solchen Einsparungen und Reinvestitionen geben. (Wenn der gezahlte Zinssatz tatsächlich Null wäre, würde sich ein Kapitalverbrauch ergeben und man würde aus dem Gleichgewicht geraten.)[16]

Unter Unsicherheit, wenn Geld tatsächlich im Umlauf ist, wird die Sache etwas komplexer, aber die praxeologische Unabhängigkeit von Geld und Zinsen bleibt vollständig erhalten. Unter diesen Bedingungen hat der Mensch immer drei statt zwei Alternativen, wie er sein laufendes Einkommen verteilen soll. Er muss nicht nur entscheiden, wie viel er dem Kauf von gegenwärtigen Gütern und wie viel er zukünftigen Gütern zuweist (d.h. wie viel er konsumiert und wie viel er investiert), sondern auch, wie viel er in Barreserven aufbewahrt. Es gibt keine anderen Alternativen. Doch während der Mensch jederzeit Anpassungen in Bezug auf drei Bereiche gleichzeitig vornehmen muss, wird das Ergebnis ausnahmslos von zwei unterschiedlichen und praxeologisch unabhängigen Faktoren bestimmt. Der Verbrauchs-/Investitionsanteil wird durch die Zeitpräferenz bestimmt. Die Quelle der Nachfrage nach Bargeld ist andererseits der Nutzen des Geldes (d.h. seine Nützlichkeit bei der Ermöglichung des sofortigen Kaufs von direkt nutzbaren Gütern zu ungewissen zukünftigen Zeitpunkten). Beide Faktoren können unabhängig voneinander variieren.

Ändert sich das Geldangebot oder ändert sich die Geldnachfrage mit einem bestimmten gesellschaftlichen Geldbestand, so ändert sich auch die Kaufkraft des Geldes. Abgesehen von Änderungen der relativen Einkommen hätten solche Änderungen der Kaufkraft einer

[16] Siehe auch Mises, *Human Action*, S. 530–32; Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 385-86.

Geldeinheit jedoch keine Auswirkungen auf das gesamte Realeinkommen. Die Einkommen in Form von Geld steigen oder fallen, aber die Kaufkraft des Geldes sinkt oder steigt entsprechend, wobei das Realeinkommen unverändert bleibt. Oder, bei unverändertem Geldeinkommen, wird mehr oder weniger davon in bar gehalten (gehortet), aber dann steigt oder sinkt die Kaufkraft des Geldes entsprechend, sodass das mit einem kleineren oder größeren Geldbetrag gekaufte Realeinkommen wiederum unverändert bleibt. Es ist jedoch dieses reale Einkommen, nicht das Geld als solches, auf das sich der Zeitpräferenzplan eines Menschen bezieht und in dessen Lichte seine effektive Zeitpräferenz bestimmt wird. Da sich das Realeinkommen durch all diese monetären Veränderungen nicht ändert, gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass sich die Zeitpräferenz ändern wird. Wenn zum Beispiel der keynesianische Albtraum von vermehrtem Horten Wirklichkeit wird und die Preise im Allgemeinen fallen, während die Kaufkraft des Geldes entsprechend steigt, wird dies den realen Investitions-/Konsumanteil völlig unberührt lassen. Sofern nicht davon ausgegangen wird, dass sich die Zeitpräferenzkurve gleichzeitig verändert hat, werden die zusätzlichen Rücklagen aus Mitteln gebildet, die zuvor für den Konsum ausgegeben wurden, sowie aus Mitteln, die zuvor in Investitionen geflossen sind, und zwar im gleichen, zuvor festgelegten Verhältnis, sodass der reale Konsum und die realen Investitionen genau auf ihrem alten Niveau bleiben. Geht man jedoch davon aus, dass sich die Zeitpräferenz gleichzeitig ändert, dann ist alles möglich. Wenn die zusätzlichen Geldvorräte ausschließlich aus früheren Konsumausgaben stammen, kann eine erhöhte Geldnachfrage sogar mit einem Rückgang des Zinssatzes und erhöhten Investitionen einhergehen. Dies ist jedoch nicht auf Änderungen der Geldnachfrage zurückzuführen, sondern ausschließlich auf eine Änderung (einen Rückgang) des Zeitpräferenzplans.[17]

[17] Siehe auch Murray N. Rothbard, *America's Great Depression* (Kansas City: Sheed and Ward, 1975), S. 39-41.

4. DER KAPITALISTISCHE PROZESS

Mit der durch die Entwicklung eines universellen Tauschmittels etablierten und bis an die äußerste Grenze ausgedehnten Arbeitsteilung wird der Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung im Wesentlichen durch die Zeitpräferenz bestimmt.

Natürlich sind auch andere Faktoren wichtig: die Qualität und Quantität der Bevölkerung, die Ausstattung mit naturgegebenen Ressourcen und der Stand der Technik. Von diesen Faktoren liegt die Qualität eines Volkes jedoch weitgehend außerhalb der Kontrolle eines jeden und muss als gegeben hingenommen werden: Die Quantität einer Bevölkerung kann die wirtschaftliche Entwicklung fördern oder auch nicht, je nachdem, ob die Bevölkerung unter oder über ihrer optimalen Größe für ein Gebiet bestimmter Größe liegt: Und natürlich vorkommende Ressourcen oder technologisches Know-how können nur dann wirtschaftliche Auswirkungen haben, wenn sie entdeckt und genutzt werden. Um dies zu tun, muss es jedoch vorherige Ersparnisse und Investitionen geben. Es ist nicht die Verfügbarkeit von Ressourcen und technischem oder wissenschaftlichem Wissen, die dem wirtschaftlichen Fortschritt Grenzen setzt, sondern vielmehr die Zeitpräferenz, die der Nutzung tatsächlich verfügbarer Ressourcen sowie der Anwendung vorhandenen Wissens Grenzen setzt (und insofern auch dem wissenschaftlichen Fortschritt, da auch Forschungsaktivitäten durch angesparte Mittel finanziert werden müssen).

Daher ist der einzig gangbare Weg zu Wirtschaftswachstum der durch Ersparnisse und Investitionen, die von der Zeitpräferenz bestimmt werden. Letztendlich gibt es keinen Weg zum Wohlstand außer durch eine Erhöhung der Pro-Kopf-Quote des investierten Kapitals. Nur so kann die Grenzproduktivität der Arbeit gesteigert werden und nur wenn dies geschieht, kann das zukünftige Einkommen wiederum steigen. Mit steigenden Realeinkommen sinkt die effektive Zeitpräferenzrate (ohne jedoch jemals Null zu erreichen oder sogar negativ zu werden), was zu noch weiter erhöhten Investitionsdosen führt und einen Prozess der Aufwärtsspirale der wirtschaftli-

chen Entwicklung in Gang setzt.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dieser Prozess zum Stillstand kommen sollte, bevor er den Garten Eden erreicht hat, wo alle Knappheit verschwunden ist – es sei denn, die Menschen wählen absichtlich etwas anderes und beginnen, zusätzliche Freizeit höher zu schätzen als jede weitere Steigerung der Realeinkommen. Es gibt auch keinen Grund zu der Annahme, dass der Prozess der kapitalistischen Entwicklung alles andere als reibungslos verlaufen würde und dass sich die Wirtschaft nicht nur an alle monetären Veränderungen, sondern auch an alle Veränderungen der sozialen Zeitpräferenz flexibel anpassen würde. Solange die Zukunft ungewiss ist, wird es natürlich unternehmerische Fehler, Verluste und Insolvenzen geben. Es gibt jedoch keinen systematischen Grund, warum dies mehr als vorübergehende Störungen verursachen sollte oder warum diese Störungen eine „natürliche Rate" von Unternehmenspleiten überschreiten oder drastisch schwanken sollten.[18]

Anders verhält es sich nur, wenn ein außermarktliches Institut wie eine Regierung eingeführt wird. Sie ermöglicht nicht nur unfreiwillige Arbeitslosigkeit, wie oben erläutert: Die bloße Existenz einer Agentur, die effektiv das Eigentum an Ressourcen beanspruchen kann, die sie weder selbst bewirtschaftet, produziert noch vertraglich erworben hat, erhöht auch die soziale Zeitpräferenz für Bewirtschafter, Produzenten und Vertragspartner und schafft damit unfreiwillige Verarmung, Stagnation oder sogar Regression. Nur durch die Regierung kann die Menschheit auf ihrem natürlichen Weg zu einer allmählichen Emanzipation von der Knappheit gestoppt werden, lange bevor sie jemals den Punkt eines freiwillig gewählten Nullwachstums erreicht.[19] Und nur in Anwesenheit einer Regierung kann der

[18] Siehe auch Rothbard, *America's Great Depression*, S. 12-17.

[19] Zur Rolle der Regierung als zerstörerisch für die Vermögensbildung siehe insbesondere Murray N. Rothbard, *Power and Market* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1977); Hans-Hermann Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism* (Boston: Kluwer Academic Publishers, 1989); ders., „The Economics of Sociology and Taxation", *Journal des Economistes et des Etudes Humaines* (1990); oben Kap. 2.

kapitalistische Prozess möglicherweise ein zyklisches (statt ein glattes) Muster annehmen, mit Rezensionen nach Aufschwüngen. Da die Regierung von den Regeln des Erwerbs und der Übertragung von Privateigentum ausgenommen ist, strebt sie natürlich ein Monopol über Geld und Bankwesen an und möchte nichts lieber, als sich am Teilreserve-Bankwesen (Einlagen) zu beteiligen – in nichttechnischer Sprache: monopolistische Geldfälschung – um sich auf Kosten anderer durch die weitaus weniger auffällige Methode des Betrugs statt durch direkte Beschlagnahmung zu bereichern.[20] Boom- und Bust-Zyklen sind das Ergebnis betrügerischer Teilreserve-Bankgeschäfte. Wenn und soweit das neu geschaffene Falschgeld als zusätzliches Angebot auf dem Kreditmarkt in die Wirtschaft gelangt, muss der Zinssatz unter das Niveau fallen, auf dem er sonst gewesen wäre. Kredit muss billiger werden. Doch zu einem niedrigeren Preis wird mehr Kredit aufgenommen und mehr Ressourcen werden dann in die Produktion zukünftiger Güter investiert (anstatt für den gegenwärtigen Konsum verwendet zu werden), als es sonst der Fall gewesen wäre. Die Umwege der gesamten Produktionsstruktur werden verlängert. Um alle jetzt laufenden Investitionsprojekte abzuschließen, wird mehr Zeit benötigt als die, die vor der Kreditausweitung begonnen wurde. Alle Güter, die ohne Kreditausweitung entstanden wären, müssen produziert werden; zuzüglich derjenigen, die neu hinzugefügt werden. Damit dies möglich ist, wird jedoch mehr Kapital benötigt. Die größere Menge an zukünftigen Gütern kann nur dann erfolgreich produziert werden, wenn zusätzliche Ersparnisse einen ausreichend großen Lebensunterhaltsfonds bilden, um die längere Wartezeit zu überbrücken und die Arbeitnehmer durch diese Zeit zu bringen. Aber unter der Annahme, dass eine solche Erhöhung der Ersparnisse nicht stattgefunden hat. Der niedrigere Zins-

[20] Siehe insbesondere Rothbard, *The Mystery of Banking*; Hans-Hermann Hoppe, „Banking, Nation States, and International Politics“, *Review of Austrian Economics* 4 (1990); oben Kap. 3; ders., „Marxist and Austrian Class Analysis“, *Journal of Libertarian Studies* 9, Nr. 2 (1990); siehe oben Kap. 4; ders., „European Economic Integration and the ECU“, *Austrian Economics Newsletter* (1989).

satz ist nicht das Ergebnis eines größeren Angebots an Investitionsgütern. Die soziale Zeitpräferenzrate hat sich überhaupt nicht geändert. Es ist ausschließlich das Ergebnis von Falschgeld, das über den Kreditmarkt in die Wirtschaft gelangt. Daraus folgt logischerweise, dass es aufgrund eines systematischen Mangels an Realkapital als unmöglich angesehen werden muss, alle laufenden Investitionsprojekte nach einer Kreditausweitung erfolgreich abzuschließen. Projekte müssen liquidiert werden, um die gesamte Produktionsstruktur zu verkürzen und an eine unveränderte soziale Zeitpräferenz und den entsprechenden realen Investitions-Verbrauchs-Anteil anzupassen.[21]

[21] Zur Theorie des Konjunkturzyklus siehe Mises' Originalbeitrag in seinem Werk *The Theory of Money and Credit*, Teil III, Kap. 5; seine erste ausführliche Version betrifft *Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik* (Jena: Gustav Fischer, 1928), deren englische Übersetzung erst 1978 in Ludwig von Mises, *On the Manipulation of Money and Credit* (Dobbs Ferry, N.Y.: Free Market Books, 1978) erschien; F.A. Hayek, *Monetary Theory and the Trade Cycle* (New York: a.M. Kelley, 1966); ders., *Prices and Production* (New York: Augustus M. Kelley, 1967); Hayeks Werke wurden erstmals 1929 bzw. 1931 veröffentlicht; es ist interessant festzustellen, dass Hayek, der 1974, ein Jahr nach Mises' Tod, den Nobelpreis für seine Beiträge zur Mises-Hayek-Theorie des Konjunkturzyklus erhielt, offensichtlich Mises' Leistungen in Bezug auf die Entwicklung dieser Theorie falsch darstellt: In seinem Werk *Prices and Production* von 1931, der ersten Präsentation der österreichischen Konjunkturtheorie in englischer Sprache, erkennt er Mises' vorangegangenen Anspruch auf Ansehen an. Doch obwohl er Mises' oben erwähnte Arbeit von 1928 zitiert, behauptet er fälschlicherweise, dass Mises' Beiträge zur Theorie im Wesentlichen auf einige Bemerkungen in seinem ursprünglichen Werk von 1912 beschränkt waren; siehe Kap. 3 f. 1 in *Prices and Production*; Strigl, *Kapital und Produktion*; Lionel Robbins, *The Great Depression* (Freeport, N.Y.: Books for Libraries Press, 1971); Rothbard, *America's Great Depression*; Ludwig von Mises, et al., *The Austrian Theory of the Trade Cycle and Other Essays* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1983); Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*, Kap. 3; Roger Garrison, „Hayekian Trade Cycle Theory: A Reappraisal", Cato Journal 6, Nr. 2 (1986); ders., „The Austrian Theory of the Business Cycle in the Light of Modern Macroeconomics", *Review of Austrian Economics* 3 (1988).

Diese zyklischen Bewegungen lassen sich auch nicht vermeiden, indem man sie erwartet (nach dem Motto „ein antizipierter Zyklus ist ein vermiedener Zyklus“): Sie sind die praxeologisch notwendige Folge einer erfolgreichen Vergabe von zusätzlichem Fälschungskredit. Sobald dies der Fall ist, ist ein Boom-Bust-Zyklus unvermeidlich, unabhängig davon, was die Akteure richtigerweise oder falscherweise glauben oder erwarten. Der Zyklus wird durch eine monetäre Veränderung ausgelöst, aber er wirkt im Bereich „realer“ Phänomene und wird ein „realer“ Zyklus, unabhängig davon, welche Überzeugungen Menschen haben.[22]

Es ist auch nicht realistisch zu erwarten, dass die unvermeidlichen zyklischen Bewegungen, die aus einer Ausweitung des Kredits resultieren, jemals zum Stillstand kommen werden: Solange ein außermarktwirtschaftliches Institut wie der Staat die Kontrolle über das Geld hat, wird eine permanente Reihe von zyklischen Bewegungen den Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung kennzeichnen. Denn durch die Schaffung betrügerischer Kredite kann eine Regierung eine reibungslose und sehr unauffällige Einkommens- und Vermögensumverteilung zu ihren Gunsten erzeugen. Es gibt keinen Grund (abgesehen von engelhaften Annahmen) anzunehmen, dass sie jemals absichtlich aufhören würde, diesen Zauberstab zu benutzen, nur weil die Kreditexpansion den „unglücklichen“ Nebeneffekt von Konjunkturzyklen hat.

II.

Nach dieser Rekonstruktion der klassischen und insbesondere der österreichischen Theorie der Beschäftigung, des Geldes, des Zinses und des kapitalistischen Prozesses wende ich mich nun Keynes und seiner „neuen“ Theorie zu. Vor dem Hintergrund unserer

[22] Siehe auch Roger Garrison, „‚Rational Expectations' Offers Nothing That's Both New and True“, *Austrian Economics Newsletter* 6, Nr. 1 (1985); ders., „The Austrian Theory of the Business Cycle in Light of Modern Macroeconomics“, insbesondere S. 19–23. Siehe auch die Kritik an psychologischen – im Gegensatz zu praxeologischen – Konjunkturzyklustheorien unten.

Erklärung der alten wird es leicht sein, Keynes' „neue" Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes als grundlegend fehlerhaft und die keynesianische Revolution als einen der wichtigsten intellektuellen Skandale des 20. Jahrhunderts zu erkennen.[23]

1. BESCHÄFTIGUNG

Keynes beginnt mit einer falschen Beschäftigungstheorie. Entgegen der klassischen Auffassung behauptet er, dass es unfreiwillige Arbeitslosigkeit auf dem freien Markt geben kann; und weiter, dass ein Markt ein stabiles Gleichgewicht mit anhaltender unfreiwilliger Arbeitslosigkeit erreichen kann. Und mit der Behauptung, ein solches Marktversagen sei möglich, behauptet er, die ultimative wirtschaftliche Begründung für die Einmischung in das Funktionieren der Märkte durch außermarktliche Kräfte aufgedeckt zu haben.

Da der freie Markt im Sinne von bewirtschaftetem oder produziertem Privateigentum und der Freiwilligkeit aller Interaktionen zwischen Privateigentümern definiert ist, sollte klar sein, dass das, was Keynes zu zeigen vorgibt, in etwa einer Quadratur des Kreises entspricht.

Keynes beginnt mit der falschen Aussage, die klassische Theorie gehe davon aus, „dass es keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit im engeren Sinne gibt".[24] Tatsächlich ging sie niemals von so etwas aus. Die klassische Theorie ging davon aus, dass unfreiwillige Arbeitslosigkeit logisch-praxeologisch unmöglich ist, solange ein freier Markt besteht. Dass unfreiwillige Arbeitslosigkeit, in der Tat jede Menge davon, in Gegenwart einer außermarktlichen Institution,

---

[23] Für pro-keynesianische Literatur siehe insbesondere Seymour P. Harris, Hrsg., *The New Economics* (New York: Alfred Knopf, 1947); Alvin Hansen, *A Guide to Keynes* (New York: McGraw-Hill, 1953); für anti-keynesianische Literatur siehe insbesondere Henry Hazlitt, *The Failure of the „New Economics"* (Princeton, N.J.: D. Van Nostrand, 1959); ders., Hrsg., *The Critics of Keynesian Economics* (Lanham, Md.: University Press of America, 1983).

[24] Keynes, *The General Theory*, S. 21; ebenfalls S. 6, 15.

Mindestlohngesetzen usw. existieren kann, wurde nie ernsthaft bezweifelt.

Nach dieser Lüge fährt Keynes dann fort, seine Definition von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit zu geben:

> Menschen sind unfreiwillig arbeitslos, wenn bei einem geringen Anstieg des Preises von Lohngütern [d.h. Konsumgütern] im Verhältnis zum Geldlohn sowohl das Gesamtangebot an Arbeitskräften, die bereit sind, für den aktuellen Geldlohn zu arbeiten, als auch die Gesamtnachfrage danach zu diesem Lohn größer wären als das bestehende Beschäftigungsvolumen.[25]

Was Keynes in seiner typischen verschleiernden Art und Weise sagt, ist, dass Menschen unfreiwillig arbeitslos sind, wenn eine Erhöhung der Preise im Verhältnis zu den Lohnsätzen zu mehr Beschäftigung führt.[26] Doch eine solche Veränderung der relativen Preise ist logischerweise gleichbedeutend mit einem Rückgang der Reallöhne; und ein Rückgang der Reallöhne kann auf dem unbehinderten Markt von den Lohnempfängern jederzeit herbeigeführt werden, indem sie einfach niedrigere Nominallöhne akzeptieren, während die Rohstoffpreise dort bleiben, wo sie sind. Wenn Arbeiter sich entscheiden, dies nicht zu tun, ist an all dem nichts unfreiwillig. Angesichts ihrer Reservierungsnachfrage nach Arbeitkräften entscheiden sie sich dafür, die Menge an Arbeitskräften zu liefern, die tatsächlich geliefert wird. Auch würde die Einstufung als freiwillige Arbeitslosigkeit nichts an der Beschäftigungssituation ändern, wenn zu einem anderen Zeitpunkt mit niedrigeren Reallöhnen die Beschäftigung zunehmen würde. Logischerweise kann ein solches Ergebnis nur zustande kommen, wenn die Arbeitnehmer in der Zwischenzeit ihre relative Bewertung eines bestimmten Lohnsatzes im Vergleich zu ihrer Arbeitsnachfrage erhöht haben (andernfalls

[25] Ebd., S. 15. Keynes verspricht an dieser Stelle eine alternative Definition auf S. 26; aufschlussreicherweise erscheint keine solche Definition dort oder anderswo im Buch!

[26] Siehe auch Hazlitt, *The Failure of the „New Economics“*, S. 30.

würde die Beschäftigung sinken statt steigen, wenn keine solche Veränderung stattgefunden hätte). Die Tatsache, dass man seine Meinung von einem Zeitpunkt zum nächsten ändern kann, bedeutet jedoch kaum, dass die frühere Entscheidung unfreiwillig war, wie Keynes es gerne hätte. Natürlich kann man seine Begriffe beliebig definieren und auf eine wirklich orwellsche Weise kann man sogar freiwillig unfreiwillig und unfreiwillig freiwillig nennen. Doch durch diese Methode kann alles unter der Sonne „bewiesen" werden, während tatsächlich nichts von Substanz gezeigt wird. Keynes' Art, die Möglichkeit unfreiwilliger Arbeitslosigkeit zu demonstrieren, ist ein verbaler, unsinniger Beweis, der die Tatsache völlig unberührt lässt, dass es auf einem uneingeschränkten Markt niemals so etwas wie unfreiwillige Beschäftigung im üblichen Sinne dieses Begriffs geben kann.

Als ob dies nicht genug wäre, krönt Keynes es mit der Behauptung, dass unfreiwillige Arbeitslosigkeit auch im Phantasieland des Gleichgewichts denkbar ist. Tatsächlich kritisiert er seine frühere *Abhandlung über Geld (Treatise on Money)* mit den Worten: „Ich hatte damals nicht verstanden, dass das System unter bestimmten Bedingungen auch mit weniger als Vollbeschäftigung im Gleichgewicht sein kann."[27] Gleichgewicht ist jedoch *definiert* als eine Situation, in der keine Veränderungen mehr in Bezug auf Werte, Technologie und Ressourcen auftreten, in der alle Handlungen vollständig an eine endgültige Datenkonstellation angepasst sind und in der alle Produktionsfaktoren, einschließlich der Arbeit, (unter Berücksichtigung dieser unveränderlichen Daten) in vollem Umfang genutzt werden und wiederholt und endlos in demselben konstanten Produktionsmuster eingesetzt werden. Daher ist, wie H. Hazlitt bemerkt hat, die Entdeckung eines Arbeitslosengleichgewichts durch Keynes in seiner *Allgemeinen Theorie* wie die Entdeckung eines dreieckigen Kreises – ein Widerspruch in sich.[28]

[27] Keynes, *The General Theory*, S. 242–43; ebenfalls S. 28.
[28] Siehe auch Hazlitt, *The Failure of the „New Economics"*, S. 52.

2. GELD

Nachdem Keynes in seiner Betrachtung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit die Logik über Bord geworfen hat, verwirft er in seiner Diskussion über Geld auch die ökonomische Argumentation, indem er die Behauptung aufstellt, dass Geld und monetäre Veränderungen einen systematischen Einfluss auf das Arbeitseinkommen und die Zinsen haben (können).

Angesichts der Tatsache, dass „Geld" im Titel der *Allgemeinen Theorie* vorkommt, ist Keynes' positive Geldtheorie erstaunlich kurz und wenig ausgearbeitet. Kürze kann natürlich eine Tugend sein. Im Falle von Keynes bietet es die Möglichkeit, seine elementaren Fehler ziemlich leicht zu lokalisieren. Für Keynes *„ergibt sich die Bedeutung des Geldes im Wesentlichen daraus, dass es eine Verbindung zwischen der Gegenwart und der Zukunft darstellt."*[29] „Geld ist in seinen wesentlichen Eigenschaften vor allem ein subtiles Mittel, um die Gegenwart und die Zukunft miteinander zu verbinden."[30] Dass dies falsch ist, folgt aus der Tatsache, dass im Phantasieland des Gleichgewichts kein Geld existieren würde,[31] doch

[29] Keynes, *General Theory*, S. 293.

[30] Ebd., S. 294.

[31] Mises erklärt:

> Nehmen wir an, es gibt nur Goldgeld und nur eine Zentralbank. Mit dem sukzessiven Fortschritt zum Zustand einer gleichmäßig zirkulierenden Wirtschaft schränken alle Individuen und Firmen Schritt für Schritt ihren Bargeldbesitz ein und die so freigesetzten Goldmengen fließen in die nicht-monetär-industrielle Beschäftigung ein. Wenn das Gleichgewicht der gleichmäßig zirkulierenden Wirtschaft endlich erreicht ist, gibt es keine Kassenbestände mehr; kein Gold wird mehr für monetäre Zwecke verwendet. Die Privatpersonen und Firmen besitzen Forderungen gegen die Zentralbank, deren Laufzeit jeweils genau dem Betrag entspricht, den sie zu den jeweiligen Zeitpunkten zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen benötigen. Die Zentralbank benötigt keine Reserven, da die Gesamtsumme der täglichen Zahlungen ihrer Kunden genau der Gesamtsumme der Auszahlungen entspricht. Alle Transaktionen können tatsächlich durch Überweisung in die Bücher der Bank ohne Rückgriff auf Bargeld

auch unter Gleichgewichtsbedingungen gäbe es noch Gegenwart und Zukunft, und beide wären noch miteinander verbunden. Anstatt als Bindeglied zur Zukunft zu fungieren, dient Geld als Tauschmittel; eine Rolle, die untrennbar mit der Unsicherheit der Zukunft verbunden ist.[32] Die Handlung, die unweigerlich in der Gegenwart beginnt und auf ein zukünftiges Ziel gerichtet ist, das mehr oder weniger weit vom Ausgangspunkt entfernt ist, stellt das eigentliche Bindeglied zwischen Gegenwart und Zukunft dar. Und es ist die Zeitpräferenz als universelle Handlungskategorie, die dieser Verbindung zwischen Gegenwart und Zukunft ihre spezifische Form gibt. Geld hat im Gegensatz zu Zinsen nicht mehr mit der Verbindung zwischen Gegenwart und Zukunft zu tun als andere wirtschaftliche Phänomene, wie beispielsweise nicht-monetäre Güter. Auch deren Gegenwartswert spiegelt Erwartungen hinsichtlich der Zukunft wider, nicht mehr und nicht weniger als Geld.

Aus diesem ersten Missverständnis über die Natur des Geldes ergeben sich automatisch alle anderen Missverständnisse. Als subtile Verbindung zwischen Gegenwart und Zukunft definiert, soll die Nachfrage nach Geld (dessen Angebot gegeben ist), die Keynes in Übereinstimmung mit seiner allgemeinen Neigung, logisch-praxeologische Kategorien als psychologische zu missverstehen, als „Liquiditätspräferenz“ oder „Hortungsneigung“[33] bezeichnet, in einem funktionalen Zusammenhang mit dem Zinssatz stehen (und umge-

---

> erfolgen. Das „Geld“ dieses Systems ist also kein Tauschmittel; es ist überhaupt kein Geld, sondern lediglich ein *Standardgut*, eine ätherische und unbestimmte Rechnungseinheit mit jenem vagen und undefinierbaren Charakter, den die Phantasie einiger Ökonomen und die Irrtümer vieler Laien fälschlicherweise dem Geld zugeschrieben haben. (*Human Action*, S. 249)

[32] Keynes erkennt, dass Geld auch etwas mit Unsicherheit zu tun hat. Der hier aufgezeigte grundsätzliche Fehler in seiner Geldtheorie taucht jedoch wieder auf, wenn er Geld nicht auf die Unsicherheit als solche, sondern konkret auf die Unsicherheit der Zinssätze bezieht. „Die notwendige Voraussetzung“ [für die Existenz von Geld], schreibt er, „ist die Existenz von Unsicherheit hinsichtlich des zukünftigen Zinssatzes“ (*General Theory*, S. 168; auch S. 169). Siehe auch die nachfolgende Diskussion.

[33] Ebd., S. 174.

kehrt).[34] „Zinsen", schreibt Keynes, „sind die Belohnung dafür, dass man nicht hortet"[35], „die Belohnung dafür, dass man sich von Liquidität trennt"[36], was wiederum die Liquiditätspräferenz zur Ungewilltheit macht, in verzinsliche Vermögenswerte zu investieren. Dass dies falsch ist, wird offensichtlich, sobald man die Frage stellt: „Was ist dann mit den Preisen?" Die Menge an Bier beispielsweise, die für einen bestimmten Geldbetrag gekauft werden kann, ist offensichtlich ebenso wenig eine Belohnung für die Aufgabe von Liquidität wie der Zinssatz, wodurch die Nachfrage nach Geld ebenso sehr zur Unwilligkeit, Bier zu kaufen, wie zur Unwilligkeit, zu investieren, würde.[37] Allgemein formuliert ist die Nachfrage nach Geld die mangelnde Bereitschaft, Nicht-Geld zu kaufen oder zu mieten, einschließlich verzinslicher Vermögenswerte (Land, Arbeit und/oder Investitionsgüter oder zukünftige Güter) und unverzinslicher Vermögenswerte (Konsumgüter oder gegenwärtige Güter). Dies zu erkennen bedeutet zu erkennen, dass die Nachfrage nach Geld nichts mit Investitionen oder Konsum zu tun hat; ebenso wenig hat sie etwas mit dem Verhältnis von Investitions- zu Konsumausgaben oder der Spanne zwischen Produktions- und Verkaufspreisen (dem Abschlag höherwertiger oder zukünftiger Güter gegenüber minderwertigeren oder gegenwärtigen Gütern) zu tun. Steigt oder sinkt die Geldnachfrage bei sonst gleichbleibenden, niedrigeren oder steigenden Geldpreisen insgesamt, bleiben aber der reale Konsum und die Investitionen sowie der reale Konsum-Investitionsanteil unberührt; so bleiben auch Beschäftigung und Sozialeinkommen unverändert. Die Geldnachfrage bestimmt das Verhältnis Ausgaben/Kassenbestand. Das Verhältnis zwischen Investitionen und Konsum ist laut Keynes eine ganz andere und davon unabhängige

[34] Zu den absurden Implikationen der Annahme funktionaler – statt kausaler – Zusammenhänge siehe die nachfolgende Diskussion.
[35] Keynes, *The General Theory*, S. 174.
[36] Ebd., S. 167.
[37] Siehe auch Hazlitt, *The Failure of the „New Economics"*, S. 188f.

Angelegenheit. Es wird allein durch die Zeitpräferenz bestimmt.[38]

Die gleiche Schlussfolgerung wird erreicht, wenn Änderungen in der Geldmenge (Liquiditätspräferenz gegeben) berücksichtigt werden. Keynes behauptet, dass sich eine Erhöhung des Geldangebots bei sonst gleichen Bedingungen positiv auf die Beschäftigung auswirken kann. Er schreibt: „Solange es Arbeitslosigkeit gibt, wird sich die Beschäftigung im gleichen Verhältnis wie die Geldmenge verändern.“[39] Dies ist jedoch nicht nur eine höchst merkwürdige Aussage, weil sie die Existenz ungenutzter Ressourcen voraussetzt, anstatt zu erklären, warum so etwas überhaupt auftreten sollte – denn natürlich kann eine Ressource nur deshalb ungenutzt sein, weil sie entweder überhaupt nicht als knapp erkannt wird und somit keinerlei Wert hat oder weil ihr Eigentümer sie freiwillig aus dem Markt preist und ihre Nichtnutzung dann kein Problem darstellt, das einer Lösung bedürfte.[40]

Selbst wenn man auf diese Kritik verzichten würde, wäre die Aussage dennoch irreführend. Denn wären andere Dinge tatsächlich gleich, dann würde das zusätzliche Geldangebot einfach zu erhöhten Gesamtpreisen und gleichzeitig proportional erhöhten Lohnsätzen führen, und es würde sich überhaupt nichts ändern. Wenn im Gegensatz dazu die Beschäftigung steigen soll, ist dies nur möglich, wenn die Lohnsätze nicht mit und in gleichem Maße wie andere Preise steigen. Andere Dinge können dann aber nicht mehr als gleich bezeichnet werden, weil die Reallöhne sinken würden und die Beschäftigung nur steigen kann, während die Reallöhne sinken, wenn die relative Bewertung der Beschäftigung gegenüber der Selbstständigkeit (also der Arbeitslosigkeit) sich verändert haben soll. Unterstellt man dies jedoch, wäre keine Erhöhung der Geldmenge erforderlich gewesen. Das gleiche Ergebnis (erhöhte Beschäftigung) hätte auch durch Arbeiter bewirkt werden können, die niedrigere

[38] Siehe auch Rothbard, *America's Great Depression*, S. 40–41; Mises, *Human Action*, S. 521-23.
[39] Keynes, *The General Theory*, S. 296.
[40] Siehe auch W.H. Hutt, *The Theory of Idle Resources* (Indianapolis: Liberty Fund, 1977).

Nominallohnsätze akzeptierten.

3. ZINSEN

Mit aus dem Fenster geworfener Logik und Wirtschaftstheorie verzichtet Keynes in seiner Diskussion über das Zinsphänomen gänzlich auf Vernunft und gesunden Menschenverstand.

Da Geld laut Keynes einen systematischen Einfluss auf Beschäftigung, Einkommen und Zinsen hat, muss der Zins seinerseits – ganz konsequent – als rein monetäres Phänomen verstanden werden.[41] Den elementaren Irrtum dieser Ansicht brauche ich nicht zu erklären. Es genügt, hier noch einmal zu sagen, dass Geld im Gleichgewicht verschwinden würde, Zinsen jedoch nicht, was zeigt, dass Zinsen als reales und nicht als monetäres Phänomen betrachtet werden müssen.

Darüber hinaus verstrickt sich Keynes, wenn er von „funktionalen Beziehungen" und „gegenseitiger Bestimmung" von Variablen statt von kausalen, unidirektionalen Beziehungen spricht, in unausweichliche Widersprüche hinsichtlich seiner Zinstheorie.[42] Wie oben erläutert, betrachtet Keynes einerseits die Liquiditätspräferenz (und die Geldmenge) als *bestimmend* für den Zinssatz, sodass beispielsweise eine erhöhte Geldnachfrage den Zinssatz anheben würde (und eine erhöhte Geldmenge ihn senken würde) und dies dann die Investitionen verringern würde, „während ein Rückgang des Zinssatzes *ceteris paribus* zu einer Erhöhung des Investitionsvolumens führen dürfte".[43] Andererseits charakterisiert er den Zinssatz als „die Belohnung für die Trennung von Liquidität" und behauptet, dass die Nachfrage nach Geld durch den Zinssatz bestimmt wird, sodass beispielsweise ein Rückgang des Zinssatzes die Nachfrage nach Bargeld (und, wie man hinzufügen sollte, auch die Konsumneigung) er-

[41] Keynes, *The General Theory*, S. 173; siehe auch seine lobenden Bemerkungen zur merkantilistischen Ökonomie, insbesondere Silvio Gesell, als Vorläufer dieser Sichtweise auf S. 341, 355.
[42] Siehe dazu auch Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 687-89.
[43] Keynes, *The General Theory*, S. 173.

höhen und somit zu einem *Rückgang* der Investitionen führen würde. Offensichtlich kann jedoch ein niedrigerer Zinssatz die Investitionen kaum gleichzeitig erhöhen und verringern. Da kann doch etwas nicht stimmen.

Keynes kombiniert jedoch Lüge und Widerspruch zu einer der fantastischsten Verschwörungstheorien, von denen man je gehört hat.

Da der Zins laut Keynes ein rein monetäres Phänomen ist, ist es nur natürlich anzunehmen, dass er durch die Geldpolitik beliebig manipuliert werden kann (vorausgesetzt natürlich, man ist dabei nicht durch die Existenz eines 100-Prozent-Reserve-Warengeldstandards wie dem Goldstandard eingeschränkt).[44] „Es gibt", schreibt Keynes, „keine besondere Tugend in dem zuvor bestehenden Zinssatz."[45] In der Tat, wenn das Geldangebot ausreichend erhöht wird, kann der Zinssatz angeblich auf Null gesenkt werden. Keynes erkennt an, dass dies einen Überfluss an Investitionsgütern bedeuten würde, und man würde denken, dass diese Erkenntnis ihm Anlass gegeben hätte, alles nochmal zu überdenken. Aber das ist nicht geschehen! Stattdessen erzählt er uns völlig ernst gemeint,

> dass eine ordnungsgemäß geführte Gemeinschaft, die mit modernen technischen Ressourcen ausgestattet ist und deren Bevölkerung nicht rapide wächst, in der Lage sein sollte, die Grenzproduktivität des Kapitals im Gleichgewicht innerhalb einer einzigen Generation auf nahezu Null zu senken.[46]

Es ist „vergleichsweise einfach, Investitionsgüter so reichlich verfügbar zu machen, dass die Grenzproduktivität des Kapitals gleich Null ist (und) dies könnte der sinnvollste Weg sein, um viele der unerwünschten Merkmale des Kapitalismus schrittweise zu beseitigen."[47] „Es gibt keine intrinsischen Gründe für die Knappheit

[44] Siehe auch unten.
[45] Keynes, *The General Theory*, S. 328.
[46] Ebd., S. 220.
[47] Ebd., S. 221.

von Kapital."[48] Vielmehr ist es „möglich, dass gemeinschaftliche Ersparnisse durch staatliche Maßnahmen auf einem Niveau gehalten werden, auf dem sie nicht mehr knapp sind".[49]

Machen Sie sich keine Sorgen, dass dies bedeuten würde, dass keine Erhaltung oder Ersetzung von Kapital mehr erforderlich wäre (denn wenn dies der Fall wäre, wären Investitionsgüter immer noch knapp und hätten daher einen Preis), und Investitionsgüter müssten stattdessen „freie Güter" im gleichen Sinne sein, in dem Luft normalerweise „frei" ist. Machen Sie sich keine Sorgen, dass, wenn Investitionsgüter nicht mehr knapp wären, auch Konsumgüter nicht mehr knapp sein könnten (denn wenn sie es wären, müssten auch die Mittel zur Herstellung knapp sein). Und keine Sorge, in diesem Garten Eden, den Keynes innerhalb einer Generation zu etablieren verspricht (warum dauert das eigentlich so lange?!), gäbe es keine Verwendung mehr für Geld. Denn, wie er uns mitteilt: „Ich selbst bin beeindruckt von den großen sozialen Vorteilen, die sich aus einer Erhöhung des Kapitalbestands ergeben, bis dieser nicht mehr knapp ist."[50] Wer würde es wagen, dem nicht zuzustimmen![51]

---

[48] Ebd., S. 376.

[49] Ebd., S. 376.

[50] Keynes, *The General Theory*, S. 325.

[51] Siehe auch Hazlitt, *The Failure of the „New Economics"*, S. 231-35. Was ist mit dem scheinbar offensichtlichen Einwand, dass die Ausweitung des Geldkredits, durch die Keynes die Senkung des Zinssatzes auf Null bewirken will, nichts anderes ist als eine Ausweitung des Papiers, und dass das Problem der Knappheit eine Frage „echter" Güter ist, die nur durch „echte Ersparnisse" überwunden werden können? Dazu hat er in der *Allgemeine Theorie* die folgende lustige Antwort:

> Die Vorstellung, dass die Schaffung von Krediten durch das Bankensystem Investitionen ermöglicht, denen „keine echten Ersparnisse" gegenüberstehen, d.h. die Vorstellung, dass Ersparnisse und Investitionen ... voneinander abweichen können, lässt sich meiner Meinung nach durch eine optische Täuschung erklären. (S. 81)
>
> [D]ie Ersparnisse, die sich aus dieser Entscheidung ergeben, sind genauso echt wie alle anderen Ersparnisse. Niemand kann gezwungen werden, das zusätzliche Geld zu besitzen, das dem neuen Bankkredit entspricht, es sei denn, er zieht es absichtlich vor, mehr Geld zu halten als irgendeine andere Form von Reichtum. (S. 83)

Es kommt jedoch noch dicker. Denn laut Keynes gibt es einige Hindernisse auf dem Weg ins Paradies. Zum einen steht der Goldstandard im Weg, weil er die Kreditausweitung unmöglich macht (oder zumindest erschwert, indem eine Kreditausweitung zu einem Abfluss von Gold und einer anschließenden wirtschaftlichen Schrumpfung führen würde). Daher Keynes' wiederholte Polemik gegen diese Institution.[52] Hinzu kommt das eben erläuterte, von ihm selbst geschaffene Problem, dass ein niedrigerer Zinssatz angeblich die Investition gleichzeitig erhöht und verringert. Und um aus diesem logischen Dilemma herauszukommen, entwickelt Keynes eine Verschwörungstheorie: Denn während der Zinssatz auf null gesenkt werden muss, um die Knappheit zu beseitigen, wie wir gerade erfahren haben, sinkt mit dem Zinssatz auch die Belohnung für die Abgabe von Liquidität. Je niedriger der Zinssatz, desto geringer ist der Anreiz für Kapitalisten zu investieren, da ihre Gewinne entsprechend sinken. Daher werden sie jeden Versuch, den Garten Eden wiederherzustellen, zu untergraben und sich dagegen zu verschwören versuchen.

Angetrieben von „Tiergeistern",[53] „Spielinstinkten"[54] und „süchtig nach der Leidenschaft des Geldverdienens"[55] werden sie sich verschwören, so dass „Kapital knapp genug gehalten werden muss".[56] „Die Schärfe und Eigenart unseres heutigen Problems entsteht da-

---

Das neue Geld wird niemandem „aufgezwungen". (S. 328)

Wie Henry Hazlitt bemerkt,

> [N]ach derselben Logik können wir über Nacht beliebig viele neue „Ersparnisse" schaffen, indem wir einfach die entsprechende Menge an neuem Papiergeld drucken, denn irgendjemand wird dieses neue Papiergeld zwangsläufig halten! (*The Failure of the „New Economics"*, S. 227)

[52] Siehe Keynes, *The General Theory*, S. 129ff., 336ff., 348f. Zur Rolle von Keynes bei der tatsächlichen Zerstörung des Goldstandards siehe Henry Hazlitt, *From Bretton Woods to World Inflation* (Chicago: Regnery, 1984).

[53] Keynes, *The General Theory*, S. 161.

[54] Ebd., S. 157.

[55] Ebd., S. 374.

[56] Ebd., S. 217.

her“, schreibt Keynes,

> aus der Möglichkeit, dass der durchschnittliche Zinssatz, der ein angemessenes durchschnittliches Beschäftigungsniveau [und Sozialeinkommen] ermöglicht, für die Vermögensbesitzer so inakzeptabel ist, dass er nicht ohne weiteres allein durch Manipulation der Geldmenge festgestellt werden kann.[57]

Tatsächlich,

> war das stabilste und am wenigsten leicht zu verschiebende Element in unserer heutigen Wirtschaft bisher und könnte sich in Zukunft als der Mindestzinssatz erweisen, der für die Allgemeinheit der Vermögenseigentümer akzeptabel ist.[58]

Glücklicherweise sind wir informiert, dass es einen Ausweg aus dieser misslichen Lage gibt: durch „die Euthanasie des Rentiers und folglich die Euthanasie der kumulativen Unterdrückungskraft des Kapitalisten, um den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten“.[59] Und sicherlich verdienen sie ein solches Schicksal. Denn „die Geschäftswelt“ wird von einer „unkontrollierbaren und ungehorsamen Psychologie“[60] regiert, und die privaten Investmentmärkte stehen

> unter dem Einfluss von Käufern, die weitgehend unwissend sind, was sie kaufen, und von Spekulanten, die sich mehr mit der Prognose der nächsten Verschiebung der Marktstimmung befassen als mit einer vernünftigen Schätzung der zukünftigen Rendite von Kapitalvermögen.[61]

Ist es nicht so, dass wir alle wissen, dass „es keine eindeutigen

---

[57] Keynes, *The General Theory*, S. 308–09.
[58] Ebd., S. 309, und er fügt in einer Fußnote hinzu: „Das von Bagehot zitierte Sprichwort aus dem 19. Jahrhundert, dass ‚John Bull’ viele Dinge ertragen kann, aber er nicht 2 Prozent.” Zur Verschwörungstheorie von Keynes siehe auch Hazlitt, *The Failure of the „New Economics“*, S. 3, 16-18.
[59] Keynes, *The General Theory*, S. 376, ebenfalls S. 221.
[60] Ebd., S. 317.
[61] Ebd., S. 316.

Erfahrungswerte dafür gibt, dass die sozial vorteilhafte Anlagepolitik mit der profitabelsten übereinstimmt“[62], sondern dass die Entscheidungen privater Anleger vielmehr von „den Nerven und der Hysterie und sogar von der Verdauung und den Reaktionen auf das Wetter“[63] abhängen als von rationalen Berechnungen?! Keynes kommt daher zu dem Schluss, dass „die Aufgabe, das aktuelle Investitionsvolumen zu steuern, nicht ohne Weiteres privaten Händen überlassen werden kann“.[64] Stattdessen, um das gegenwärtige Elend in ein Land, in dem Milch und Honig fließen, zu verwandeln, „wird sich eine etwas umfassende Vergesellschaftung der Investitionen als das einzige Mittel erweisen.”[65]

> Der Staat, der in der Lage ist, den Grenznutzen von Investitionsgütern langfristig und auf der Grundlage des allgemeinen gesellschaftlichen Nutzens zu berechnen, [muss] eine immer größere Verantwortung für die direkte Organisation von Investitionen übernehmen.[66]

Ich vertraue darauf, dass nichts davon weiter kommentiert werden muss. Es ist zu offensichtlich, dass dies die Ergüsse von jemandem sind, der es verdient, als alles Mögliche bezeichnet zu werden, außer als Ökonom.

4. DER KAPITALISTISCHE PROZESS

Ein solches Urteil findet noch mehr Unterstützung, wenn Keynes’ Theorie des kapitalistischen Prozesses schließlich betrachtet wird. Dass Keynes kein Freund des Kapitalismus und der Kapitalisten ist, sollte aus den obigen Zitaten deutlich werden. Tatsächlich tritt er offen als Sozialist auf, indem er sich für eine „Vergesellschaf-

[62] Ebd., S. 157.
[63] Ebd., S. 162.
[64] Ebd., S. 320.
[65] Ebd., S. 378.
[66] Ebd., S. 164.

tung des Investments“ einsetzt.[67] Für Keynes *bedeutet* Kapitalismus Krisen.

Er identifiziert im Wesentlichen zwei Gründe dafür, der erste, auf den Keynes die zyklische Natur des kapitalistischen Prozesses zurückführt, wurde bereits angesprochen. Solange der Verlauf der Wirtschaft weitgehend von Kapitalisten bestimmt wird, die, wie wir gehört haben, „weitgehend keine Ahnung haben, was sie kaufen“, und die sich verschwören, „die Knappheit aufrechtzuerhalten“, kann dieser Verlauf sicherlich nicht reibungslos und gleichmäßig sein. Abhängig vor allem von Menschen, die ihre Entscheidungen auf ihre „Verdauung und das Wetter“ stützen, muss der kapitalistische Prozess unberechenbar sein. Bewegt vom „Auf und Ab“ des unternehmerischen Optimismus und Pessimismus, der wiederum von der „unkontrollierbaren und widerspenstigen Psychologie der Geschäftswelt“ bestimmt wird, sind Booms und Krisen unvermeidlich. Konjunkturzyklen – so die zentrale Botschaft von Kapitel 22 der *Allgemeinen Theorie* von Keynes, die „Anmerkungen zum Konjunkturzyklus“ – sind *psychologisch* bedingte Phänomene. Das ist sicherlich falsch. Eine psychologische Erklärung des Konjunkturzyklus ist absolut unmöglich, und sie als Erklärung zu betrachten, beinhaltet einen Kategoriefehler: Konjunkturzyklen sind offensichtlich reale Ereignisse, die von Individuen erlebt werden, aber von ihnen als außerhalb von ihnen in der Welt der realen Güter und des realen Reichtums vorkommend erlebt werden. Überzeugungen, Gefühle, Erwartungen, Optimismus und Pessimismus auf der anderen Seite

[67] Keynes’ Sozialismus ist jedoch nicht die egalitär-proletarische Version, wie sie von den Bolschewiki vertreten wird. Dafür hat Keynes nichts als Verachtung übrig. Sein Sozialismus ist faschistisch oder eine Variation der Nazis. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe seiner *Allgemeine Theorie* (die Ende 1936 erschien) schrieb er:
Die Theorie der aggregierten Produktion, die das Ziel des folgenden Buches ist, kann viel leichter auf die Bedingungen eines totalitären Staates angewendet werden als die Theorie der Produktion und Verteilung einer bestimmten Produktion, die sich unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs und eines beträchtlichen Maßes an *Laissez-faire* herausgestellt hat. (zitiert nach Hazlitt, *The Failure of the „New Economics”*, S. 277)

sind *psychologische* Phänomene. Man kann sich vorstellen, dass ein psychologisches Phänomen ein anderes betrifft oder beeinflusst, aber es ist unmöglich, sich vorzustellen, dass ein psychologisches Phänomen einen direkten Einfluss auf Ergebnisse in der Außenwelt der realen Dinge und Güter hat. Nur durch *Handlungen* kann der Verlauf realer Ereignisse beeinflusst werden; und jede Erklärung des Konjunkturzyklus muss dann notwendigerweise eine *praxeologische* (im Gegensatz zu einer psychologischen) sein. Die psychologische Konjunkturtheorie von Keynes *kann tatsächlich gar nicht erklären, dass überhaupt etwas Reales passiert*. Wenn jedoch reale Dinge geschehen sollen, müssen die Menschen handeln und knappe Ressourcen für geschätzte Ziele zuweisen und verteilen. Man kann jedoch nicht so willkürlich handeln, wie Keynes es gerne hätte, denn beim Handeln ist man stets durch reale Knappheit eingeschränkt, auf die unsere Psychologie keinerlei Einfluss hat. Keynes erklärt mit seiner Theorie auch nicht, warum Stimmungsschwankungen bei Unternehmern zu einem *bestimmten* Muster von Konjunkturschwankungen führen würden – wie beispielsweise dem Boom-Bust-Zyklus, den er angeblich erklären möchte – und nicht zu einem anderen denkbaren Schwankungsmuster.

Der zweite Grund für die Instabilität des Kapitalismus und die Wünschbarkeit einer sozialistischen Lösung liegt laut Keynes in den dem Kapitalismus innewohnenden stagnierenden Tendenzen. Seine Stagnationstheorie konzentriert sich auf die Vorstellung, die er von Hobson und Mummery übernimmt und befürwortet, „dass im normalen Zustand moderner Industriegemeinschaften der Konsum die Produktion und nicht den Produktionskonsum einschränkt“.[68] Mit diesem als einem seiner Axiome kann nur Unsinn folgen.

[68] Keynes, *The General Theory*, S. 368. Zur keynesianischen Stagnationstheorie siehe auch Alvin H. Hanson, *Fiscal Policy and Business Cycles* (New York: Norton, 1941); zur Kritik siehe George Terborgh, *The Bogey of Economic Maturity* (Chicago: Machinery and Allied Products Institute, 1945); auch Murray N. Rothbard, „Breaking Out of the Walrasian Box: The Cases of Schumpeter and Hansen“, *Review of Austrian Economics* 1 (1987).

Stagnation ist auf mangelnden Verbrauch zurückzuführen. „Bis zur Vollbeschäftigung", schreibt er, „hängt das Wachstum des Kapitals keineswegs von einer geringen Konsumneigung ab, sondern wird im Gegenteil von ihr zurückgehalten."[69] Mit dieser These des Unterkonsums geht ein „grundlegendes psychologisches Gesetz einher, auf das wir uns sowohl a priori aufgrund unserer Kenntnis der menschlichen Natur als auch aufgrund detaillierter Erfahrungswerte mit großer Zuversicht stützen können: Menschen neigen in der Regel und im Durchschnitt dazu, ihren Konsum mit steigendem Einkommen zu erhöhen, jedoch nicht in dem Maße, wie ihr Einkommen gestiegen ist."[70] „In der Regel ... [wird ein] größerer Teil des Einkommens gespart, wenn das Realeinkommen steigt."[71]

Für sich genommen scheint dieses zweite Gesetz, das hier der Argumentation halber als plausibel akzeptiert wird (mit der Ausnahme, dass der Konsum natürlich nie auf Null sinken kann), keinen Ärger zu bedeuten. Na und? Wenn die Ersparnisse mit steigendem Einkommen überproportional steigen, umso besser für das Sozialprodukt.[72] Aber Keynes verbindet dieses Gesetz in seiner charakteristischen, logikfreien Denkweise mit der These, dass die Produktion durch den Konsum begrenzt ist, und hat dann keine Schwierigkeiten, alles zu beweisen, was er will.

Wenn der Konsum die Produktion einschränkt und wenn der Nichtkonsum mit steigenden Einkommen steigt, dann scheint es in der Tat zu folgen, dass steigende Einkommen ihren eigenen Unter-

---

[69] Keynes, *The General Theory*, S. 372-73.
[70] Ebd., S. 96.
[71] Ebd., S. 97; auch S. 27f.
[72] Tatsächlich informiert uns Keynes, dass *Ersparnisse per Definition identisch mit Investitionen sind* (S. 63), „dass der Überschuss an Einkommen über den Konsum, den wir Ersparnis nennen, sich nicht von der Hinzufügung zu Investitionsgütern unterscheiden kann, die wir Investition nennen" (S. 64). Dann aber muss ein reduzierter Anteil der Konsumausgaben definitionsgemäß mit entsprechend erhöhten Investitionen einhergehen, was zu einem höheren zukünftigen Einkommen, zu noch mehr absolutem Konsum und noch mehr absoluter und relativer Ersparnis und Investition führen würde. Wo liegt hier eigentlich das Problem?

gang bedeuten, indem sie den Nichtkonsum erhöhen, was wiederum die Produktion einschränkt usw. Und wenn dem so ist, scheint es auch logisch, dass wohlhabendere Gesellschaften, die mehr konsumieren, besonders stark von dieser „Stagnitis" betroffen sind und dass in jeder Gesellschaft die Reichen, die mehr konsumieren, am meisten zur wirtschaftlichen Stagnation beitragen (abgesehen von dem „kleinen" Problem, dass man nach dieser Theorie nicht erklären kann, warum Einzelpersonen oder Gesellschaften überhaupt wohlhabender sein können als andere!). In jedem Fall akzeptiert Keynes diese Schlussfolgerungen als wahr.[73] Dementsprechend stellt er seine Empfehlungen vor, wie man aus der Stagnation herauskommt. Neben einer „umfassenden Vergesellschaftung von Investments" schlägt Keynes Maßnahmen zur Stimulierung des Konsums vor, insbesondere eine Einkommensumverteilung von den Reichen (Menschen mit einer geringen Konsumneigung) zu den Armen (Menschen mit einer hohen Konsumneigung).

---

[73] Keynes schreibt,

> Wenn in einer potenziell wohlhabenden Gemeinschaft der Anreiz zum Investieren schwach ist, dann wird das Wirken des Prinzips der effektiven Nachfrage sie zwingen, ihre tatsächliche Produktion zu reduzieren, bis sie trotz ihres potenziellen Reichtums so arm geworden ist, dass ihr Überschuss über ihren Konsum ausreichend verringert wird, um der Schwäche des Anreizes zum Investieren zu entsprechen. (*The General Theory*, S. 31)

Oder:

> Je größer außerdem der Verbrauch ist, für den wir im Voraus gesorgt haben, desto schwieriger ist es, etwas weiter im Voraus zu finden, und desto größer ist unsere Abhängigkeit vom gegenwärtigen Verbrauch als Quelle der Nachfrage. Doch je größer unsere Einkommen sind, desto größer ist leider die Marge zwischen unseren Einkommen und unserem Konsum. Wenn also ein neuartiges Hilfsmittel fehlt, gibt es, wie wir sehen werden, keine Antwort auf das Rätsel, außer dass es genügend Arbeitslosigkeit geben muss, um uns so arm zu halten, dass unser Konsum unser Einkommen um nicht mehr als das Äquivalent der physischen Versorgung für den zukünftigen Konsum unterschreitet, die es heute zu produzieren lohnt. (S. 105)

> Während ich eine sozial kontrollierte Investitionsquote mit Blick auf einen progressiven Rückgang der Grenzwirksamkeit des Kapitals anstrebe, sollte ich gleichzeitig alle Arten von Maßnahmen zur Steigerung der Konsumneigung unterstützen. Denn es ist unwahrscheinlich, dass mit der bestehenden Konsumneigung Vollbeschäftigung aufrechterhalten werden kann, was auch immer wir bezüglich des Investments tun mögen. Es besteht also Spielraum für eine Kombination beider Maßnahmen: Förderung von Investitionen und gleichzeitig Förderung des Konsums, und zwar nicht nur auf das Niveau, das bei der bestehenden Konsumneigung dem Anstieg der Investitionen entsprechen würde, sondern auf ein noch höheres Niveau.[74]

Wie ist es möglich, Investitionen und Konsum gleichzeitig zu fördern, um das Einkommen zu steigern? Tatsächlich gibt Keynes uns seine eigenen formalen Definitionen der beteiligten Begriffe:

„Einkommen = Konsum + Investition; Sparen = Einkommen - Konsum; daher Sparen = Investition."[75] Unter diesen Definitionen ist eine gleichzeitige Steigerung des Konsums und der Investitionen aus einem bestimmten Einkommen konzeptionell unmöglich!

Keynes ist nicht wahnsinnig beunruhigt über „Details" wie diese. Um zu bekommen, was er will, verschiebt er einfach, völlig unbemerkt, die Bedeutung seiner Begriffe. Er lässt die soeben zitierten formalen Definitionen fallen, die ein solches Ergebnis unmöglich machen würden, und er nimmt eine neue Bedeutung für den Begriff Sparen an. Anstelle von nicht konsumiertem Einkommen bedeutet Sparen in aller Stille Horten (d.h. die Handlung, kein Geld für Kon-

[74] Ebd., S. 325; oder „die Abhilfe läge in verschiedenen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Konsumneigung durch Umverteilung der Einkommen oder auf andere Weise zu erhöhen" (S. 324).

[75] Ebd., S. 63. Es ist typisch für Keynes' Philosophie des Überflusses, dass er die Dinge auch hier auf den Kopf stellt. Für die korrekten Definitionen gelten: Produziertes Produkt = Einkommen; Einkommen - Verbrauch = Sparen; Sparen = Investition. Woher kommt Keynes' Einkommen?

sum- oder Investitionsgüter auszugeben).[76] Dadurch können die Ergebnisse leicht richtig dargestellt werden. Denn dann ist Sparen nicht mehr gleich Investition; und Sparen, definiert als der Akt des Nicht-Ausgebens, erhält automatisch eine negative Konnotation, während Investition und Konsum eine positive Konnotation annehmen. Darüber hinaus muss man sich jetzt fast natürlich Sorgen machen, dass die Ersparnisse die Investitionen übersteigen, oder so scheint es, denn dies scheint zu implizieren, dass etwas aus der Wirtschaft heraussickert und dass das Einkommen (definiert als Investition + Konsum) irgendwie reduziert werden muss. Keynes macht sich sicherlich Sorgen um diese Möglichkeit. Er bezeichnet dies als „eine chronische Tendenz in der gesamten Menschheitsgeschichte, dass die Neigung zum Sparen stärker ist als der Anreiz zum Investieren".[77] Und diese chronische Tendenz muss sicherlich besonders ausgeprägt sein, wenn die Einkommen hoch sind, denn dann erreichen, wie uns gesagt wurde, die Ersparnisse einen besonders hohen Anteil am Einkommen. Aber wir brauchen nicht zu verzweifeln. Wo etwas heraussickern kann, kann auch etwas hineinsickern. Wenn Ersparnisse nicht ausgegebenes Geld sind, dann können Ersparnisse durch staatliche Geldschöpfung ganz einfach ins Leben gerufen werden, um das nach außen gerichtete Leck zu kompensieren, das mit steigendem Einkommen tendenziell zunimmt. Es besteht natürlich die Gefahr, dass diese kompensatorischen „Gemeinschaftsersparnisse" sofort wieder heraussickern, indem sie zu den Bargeldbeständen des Privatsektors hinzugefügt werden (denn laut Keynes würden die neu geschaffenen Ersparnisse den Zinssatz senken, was wiederum die Liquiditätspräferenz der Kapitalisten erhöhen würde, um einer solchen Tendenz entgegenzuwirken und das Kapital künstlich „knapp zu halten"). Aber das kann durch die „Vergesellschaftung der Investition", wie wir wissen, und durch einige gesellsche Stempelgeldschemata („Die Idee hinter dem Stempelgeld ist gesund") er-

[76] Siehe dazu auch Hazlitt, *The Failure of the „New Economics"*, S. 120-23.
[77] Keynes, *The General Theory*, S. 347.

ledigt werden.[78] Und sobald das Sparen und Investieren öffentlich gemacht wird – durch die Agentur des Staates, wie Keynes sagen würde – und alles Geld ausgegeben wird und kein knappes Motiv mehr im Weg ist, gibt es in der Tat kein Problem mehr mit der gleichzeitigen Steigerung von Konsum und Investition. Da Ersparnisse nicht ausgegebenes Geld sind und neu geschaffenes Geld und Kredit genauso echt ist wie jedes andere, weil es niemandem „aufgezwungen" wird, können Ersparnisse durch einen Federstrich geschaffen werden.[79] Und da der Staat im Gegensatz zu den Knappheit ausbeutenden Kapitalisten sicherstellen kann, dass diese zusätzlichen echten Ersparnisse tatsächlich ausgegeben werden (anstatt ins Horten zu wandern), erhöht jede Erhöhung des Geld- und Kreditangebots durch staatliche Fälschung gleichzeitig den Konsum und die Investitionen und fördert so das Einkommen zweimal. Dauerhafte Inflation ist Keynes' Allheilmittel. Es hilft, die Stagnation zu überwinden; und mehr davon überwindet die schwereren Stagnationskrisen der fortgeschritteneren Gesellschaften. Und wenn die Stagnation erst einmal besiegt ist, wird noch mehr Inflation die Knappheit innerhalb einer Generation abschaffen.[80]

Doch die Wunder hören nicht auf. Was ist das für ein Heraussickern, dieser Überschuss an Ersparnissen gegenüber Investitionen, der all diese Gefahren ausmacht? Irgendetwas muss von irgendwo nach irgendwo durchsickern, und es muss hier und da eine Rolle spielen. Keynes versucht, solche Gedanken zu zerstreuen, indem er uns erneut auffordert, keine Logik auf die Ökonomie anzuwenden. „Das zeitgenössische Denken", schreibt er, „ist nach wie vor tief von der Vorstellung geprägt, dass Menschen ihr Geld, wenn sie es nicht auf die eine Weise ausgeben, auf eine andere Weise ausgeben wer-

[78] Ebd., S. 357.

[79] Siehe hierzu Fußnote 51.

[80] Zu seinem Programm der dauerhaften Inflation siehe auch diese Bemerkung zum Konjunkturzyklus: „Das richtige Mittel gegen den Konjunkturzyklus besteht nicht darin, Aufschwünge abzuschaffen und uns dauerhaft in einer Halbkrise zu halten, sondern darin, Krisen abzuschaffen und uns so dauerhaft in einem Quasi-Aufschwung zu halten" (S. 322). Die Antwort auf die Kreditausweitung ist also noch mehr Kreditausweitung.

den."[81] Es scheint schwer vorstellbar, wie dieser zeitgenössische Gedanke möglicherweise falsch sein könnte, aber Keynes glaubt, dass er falsch ist. Für ihn gibt es eine dritte Alternative. Etwas, ein wirtschaftliches Gut, würde man meinen, fällt einfach aus dem Leben, und das bedeutet Ärger.

> Ein Akt des individuellen Sparens bedeutet – sozusagen – eine Entscheidung, heute nicht zu Abend zu essen. Es erfordert jedoch *keine* Entscheidung, in einer Woche oder in einem Jahr zu Abend zu essen oder ein Paar Stiefel zu kaufen oder zu einem bestimmten Zeitpunkt etwas Bestimmtes zu konsumieren. Dadurch wird die Zubereitung des heutigen Abendessens beeinträchtigt, ohne dass die Vorbereitungen für einen zukünftigen Verzehr angeregt werden. Es handelt sich nicht um eine Substitution der gegenwärtigen Konsumnachfrage durch zukünftige Konsumnachfrage, sondern um einen Netto-*Rückgang* dieser Nachfrage.[82]

Dennoch sind die Beschränkungen einer zweiwertigen Logik noch nicht ganz überwunden. Wie kann es eine Nettoverringerung von etwas geben? Was nicht für Konsumgüter oder Investitionsgüter ausgegeben wird, muss noch für etwas anderes ausgegeben werden – nämlich für Bargeld. *Damit sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft*. Einkommen und Vermögen können und müssen dem Konsum, der Investition oder dem Bargeld zugeordnet werden. Keynes' Verringerung, das Versickern, der Überschuss der Ersparnisse gegenüber den Investitionen, ist Einkommen, das für Bargeldvorräte ausgegeben oder diesen hinzugefügt wird. Aber ein solcher Anstieg der Nachfrage nach Bargeld hat keinerlei Auswirkungen auf Einkommen, Konsum und Investitionen, wie bereits erläutert wurde. Angesichts der gegebenen Geldmenge kann eine allgemeine Zunahme der Nachfrage nach Bargeld nur durch eine Senkung der Geldpreise für Nichtgeldgüter erreicht werden. Na und?[83] Das Nominaleinkommen

---

[81] Ebd., S. 20.
[82] Ebd., S. 210; zweite Hervorhebung hinzugefügt.
[83] Entgegen den phantasievollen Befürchtungen von Keynes kann die Nachfrage nach Geld nie unendlich sein, weil jeder offensichtlich manch-

(d.h. das Einkommen in Geld) wird sinken, aber das Realeinkommen und das reale Konsum-Investitions-Verhältnis werden völlig unverändert bleiben. Und die Menschen bekommen auf diesem Weg was sie wollen: eine Steigerung des realen Wertes ihrer Kassenbestände und der Kaufkraft der Geldeinheit. Hier gibt es nichts, was stagniert, austrocknet oder heraussickert, und Keynes hat *überhaupt keine Theorie der Stagnation angeboten* (und damit natürlich auch keine Theorie, wie man aus der Stagnation herauskommt). Er hat lediglich ein völlig normales Phänomen wie fallende Preise (verursacht durch eine erhöhte Nachfrage nach Geld oder durch eine expandierende produktive Wirtschaft) einen schlechten Ruf gegeben, indem er es Stagnation oder Depression nannte, oder das Ergebnis einer mangelnden effektiven Nachfrage, um nur eine weitere Entschuldigung für seine eigenen Inflationsschemata zu finden.[84]

Hier haben wir Keynes in seiner gesamten Größe: der berühmteste „Ökonom" des 20. Jahrhunderts. Aus falschen Theorien von Beschäftigung, Geld und Zinsen hat er eine phantastisch falsche Theorie des Kapitalismus und eines aus Papiergeld errichteten sozialistischen Paradieses gesponnen.

---

mal konsumieren muss (und den Konsum nicht weiter verzögern kann); und an solchen Punkten ist die Liquiditätspräferenz definitiv endlich.

[84] Das zweite Element von Keynes' Stagnationstheorie ist ebenso falsch. Es kann sein, dass das Sparen in der Definition von gleichwertigen Investitionen mit steigendem Einkommen überproportional zunimmt – während es niemals 100 Prozent erreichen kann. Diese Situation sollte jedoch sicherlich keine Bedenken hinsichtlich des produzierten sozialen Einkommens aufkommen lassen. Es trifft jedoch *nicht* zu, dass Ersparnisse im Sinne von Horten mit steigendem Einkommen zunehmen, und dass das größte Leck dann bei den Reichen und in wohlhabenden Gesellschaften auftritt. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn das Realeinkommen steigt, weil die Wirtschaft, unterstützt durch zusätzliche Ersparnisse, expandiert, steigt die Kaufkraft des Geldes (bei gegebenem Geldbestand). Aber bei einer höheren Kaufkraft der Geldeinheit sinkt die geforderte Bargeldmenge tatsächlich (bei gegebener Nachfrage nach Geld).

6

Wie ist Fiatgeld möglich? – oder: Die Rückentwicklung von Geld und Kredit

Fiatgeld ist der Begriff für ein Tauschmittel, das weder eine Handelsware, ein Konsumgut, ein Produktionsgut noch ein Anspruch auf eine solche Ware ist. Es handelt sich um nicht einlösbares Papiergeld. Im Gegensatz dazu bezieht sich *Waren*geld auf ein Tauschmittel, das entweder eine Handelsware oder ein Anspruch darauf ist.

Es besteht kein Zweifel daran, dass Fiatgeld *möglich* ist. Seine theoretische Möglichkeit wurde schon vor langer Zeit erkannt, und seit 1971, als die letzten Überreste eines ehemaligen internationalen Goldstandards (Rohstoffstandards) abgeschafft wurden, sind alle Geldmittel tatsächlich nichts anderes als nicht einlösbare Papierzettel.

Die Frage, die in diesem Beitrag behandelt wird, lautet: *Wie* ist Fiatgeld möglich? Genauer gesagt: Kann Fiatgeld als natürliches Ergebnis der Interaktionen zwischen eigennützigen Individuen entstehen, oder ist es möglich, es einzuführen, ohne gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit oder der wirtschaftlichen Effizienz zu verstoßen?

Es wird argumentiert, dass die Antwort auf die letztere Frage negativ sein muss und dass kein Fiatgeld jemals „unschuldig" oder „makellos" entstehen kann. Die Argumente, die diese These stützen,

[Nachdruck aus: *Review of Austrian Economics* 7, Nr. 2 (1994).]

sind weitgehend konstruktiv und systematisch. Angesichts der Tatsache, dass diese These jedoch häufig umstritten ist, werden im Laufe der Arbeit verschiedene prominente Gegenargumente kritisiert. Insbesondere werden die Argumente der *Monetaristen*, insbesondere Irving Fisher und Milton Friedman, sowie einiger *österreichischer* „Free Banker", insbesondere Lawrence White und George Selgin, die entweder ein vollständiges oder ein Teil-Fiatgeld aus ethischen und/oder wirtschaftlichen Gründen befürworten, widerlegt.

DER URSPRUNG DES GELDES

Der Mensch beteiligt sich an einer Tauschwirtschaft (anstatt in autarker Isolation zu verbleiben), sofern er mehr Güter gegenüber weniger Gütern bevorzugt und in der Lage ist, die höhere Produktivität eines Systems der Arbeitsteilung zu erkennen. Dieselbe begrenzte Intelligenz und dasselbe Eigeninteresse reichen aus, um die Entstehung einer – und letztlich nur einer – Warengeldwirtschaft und einer – und letztlich nur einer weltweiten – Geldwirtschaft zu erklären.[1] Da ihre Märkte als Käufer und Verkäufer von Gütern auf Fälle doppelter Bedarfsübereinstimmung beschränkt sind (A will, was B hat, und B will, was A hat), kann jeder Einzelne dennoch seinen eigenen Markt erweitern und so stärker von den Vorteilen einer erweiterten Arbeitsteilung profitieren, wenn er bereit ist, nicht nur direkt nützliche Güter im Tausch anzunehmen, sondern auch Güter mit einer höheren Marktfähigkeit als die aufgegebenen. Denn selbst wenn sie für einen Akteur keinen direkten Gebrauchswert haben, bedeutet der Besitz von relativ marktfähigeren Gütern per Definition, dass diese Güter wiederum leichter gegen andere, direkt nützliche Güter in späteren Tauschgeschäften weiterverkauft werden können und dass ihr

[1] Siehe hierzu insbesondere Carl Menger, *Principles of Economics* (New York: New York University Press, 1981); ders., *Geld*, in: Carl Menger, *Gesammelte Werke*, hrsg. von F.A. Hayek (Tübingen: Mohr, 1970), Bd. 4; Ludwig von Mises, *The Theory of Money and Credit* (Irvington-on-Hudson, N.Y.: Foundation for Economic Education, 1971); ders., *Human Action: A Treatise on Economics* (Chicago: Regnery, 1966).

Besitzer damit einem Endziel näher gekommen ist, das durch direkten Tausch nicht erreichbar wäre.

Motiviert allein durch Eigeninteresse und basierend auf der Beobachtung, dass direkt gehandelte Güter unterschiedliche Marktgängigkeitsgrade besitzen, beginnen einige Individuen, bestimmte Güter nicht um ihrer selbst willen, sondern um sie als Tauschmittel einzusetzen, nachzufragen. Durch Hinzufügen einer neuen Komponente zur bereits bestehenden (Tausch-)Nachfrage nach diesen Gütern wird ihre Marktgängigkeit noch weiter erhöht. Aufgrund ihrer Wahrnehmung dieser Tatsache wählen andere Marktteilnehmer zunehmend dieselben Güter für ihren Bestand an Tauschmitteln, da es in ihrem eigenen Interesse liegt, solche Güter als Tauschmittel auszuwählen, die bereits von anderen für denselben Zweck verwendet werden. Zu Beginn können verschiedene Güter als gängige Tauschmittel gefragt sein. Da eine Ware jedoch als Tauschmittel – und nicht für Konsum- oder Produktionszwecke – nachgefragt wird, um künftige Käufe von direkt nutzbaren Gütern zu erleichtern (d.h. um günstiger einkaufen zu können) und gleichzeitig den eigenen Markt als Verkäufer von direkt nutzbaren Gütern und Dienstleistungen zu erweitern (d.h. um teurer verkaufen zu können), erfüllt eine Ware ihre Funktion umso besser, je breiter sie als Tauschmittel eingesetzt wird. Da jeder Marktteilnehmer natürlich den Erwerb eines besser marktfähigen und letztlich universell marktfähigen Tauschmittels dem eines weniger oder nicht universell marktfähigen vorzieht,

> gibt es eine unvermeidliche Tendenz, dass die weniger marktfähigen Güter aus der Reihe der als Tauschmittel verwendeten Güter nach und nach abgelehnt werden, bis schließlich nur noch ein einziges Gut übrig bleibt, das universell als Tauschmittel verwendet wird: mit einem Wort, Geld.[2]

Damit und historisch gesehen mit der Einführung des internationalen Goldstandards im Laufe des 19. Jahrhunderts (bis 1914) ist das

[2] Mises, *The Theory of Money and Credit*, S. 32–33.

durch die Nachfrage eines jeden Marktteilnehmers nach Tauschmitteln angestrebte Ziel vollständig erreicht. Da die Preise aller Konsum- und Investitionsgüter in einer einzigen Ware ausgedrückt werden, können Angebot und Nachfrage weltweit wirken, ohne durch das Fehlen einer doppelten Übereinstimmung der Bedürfnisse eingeschränkt zu sein. Aufgrund seiner universellen Akzeptanz enthält die Buchführung in einer solchen Währung den vollständigsten und genauesten Ausdruck der Opportunitätskosten eines jeden Produzenten. Gleichzeitig werden durch die Verwendung nur einer einzigen universellen Währung – anstelle mehrerer Währungen mit begrenzter Akzeptanz – die Ausgaben der Marktteilnehmer (für direkt nutzbare Güter) für das Halten nur indirekt nützlicher Tauschmittel optimal eingespart; und durch diese Einsparungen bei den Ausgaben für indirekt nützliche Güter wird auch der reale Wohlstand (Wohlstand in Form von Vorräten an Produktions- und Konsumgütern) optimiert.

Nach einer langen – spanisch-französisch-österreichisch-amerikanischen – Tradition der Geldtheorie[3], besteht die ursprüngliche Funktion des Geldes – die sich aus der Existenz von Unsicherheit ergibt – in seiner Rolle als *Tauschmittel*. Geld *muss* als *Warengeld* entstehen, da etwas nur dann als Tauschmittel nachgefragt werden kann, wenn es bereits eine Tauschnachfrage gibt (tatsächlich muss es sich um eine sehr marktfähige Tauschware handeln), und der Wettbewerb *zwischen* Tauschmitteln führt unweigerlich zu einer Tendenz der Angleichung hin zu einem *einzigen* Geld – als der am leichtesten wiederverkaufbaren und am leichtesten akzeptierten Ware.

Vor diesem Hintergrund erweisen sich mehrere populäre Vorstellungen der Geldtheorie sofort als fehlgeleitet oder trügerisch.

---

[3] Siehe Murray N. Rothbard, „New Light on the Prehistory of the Austrian School“, in: *The Foundations of Modern Austrian Economics*, Edwin G. Dolan, Hrsg. (Kansas City: Sheed and Ward, 1976); Joseph T. Salerno, „Two Traditions in Modern Monetary Theory“, *Journal des Economistes et des Etudes Humaines* 2, Nr. 2–3 (1991).

Wie steht es mit der Idee einer Rohstoff-Reservewährung? Können Bündel (Körbe) von Gütern oder Titel darauf Geld sein?[4] Nein, denn Bündel verschiedener Waren sind per Definition weniger leicht verkäuflich als die am leichtesten verkäuflichen ihrer verschiedenen Bestandteile, und daher sind Warenkörbe für die Funktion eines Tauschmittels besonders *ungeeignet* (und es ist daher kein Zufall, dass es keine historischen Beispiele für solches Geld gibt).

Was ist mit der – Friedmanschen – Idee frei schwankender „nationaler Währungen" oder „optimaler Währungsräume"?[5] Sie muss als absurd angesehen werden, außer als Zwischenschritt in der Entwicklung einer internationalen Währung. Streng genommen ist ein Währungssystem mit konkurrierenden Währungen mit frei schwankenden Wechselkursen immer noch ein System des Teiltauschhandels, das mit dem Problem behaftet ist, dass für den Austausch eine doppelte Übereinstimmung der Bedürfnisse erforderlich ist. Das dauerhafte Bestehen eines solchen Systems steht im Widerspruch zum eigentlichen Zweck des Geldes: den Austausch zu erleichtern (anstatt ihn zu erschweren) und den Markt zu erweitern (anstatt ihn einzuschränken). Es gibt keine „optimalen" lokalen, regionalen, nationalen oder multinationalen Währungen oder Währungsräume, genauso wenig wie es „optimale Handelsräume" gibt. Solange mehr Wohlstand weniger Wohlstand vorgezogen wird und unter Bedingungen der Unsicherheit, ist die einzige „optimale" Handelsfläche der gesamte Weltmarkt, die einzige „optimale" Währung *eine* ein-

[4] Zu Vorschlägen für Warenreserven siehe Benjamin Graham, *Storage and Stability* (New York: McGraw Hill, 1937); Frank D. Graham, *Social Goals and Economic Institutions* (Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1942); siehe auch F.A. Hayek, „A Commodity Reserve Currency", *Economic Journal* 210 (1943); Milton Friedman, „Commodity-Reserve Currency", *Journal of Political Economy* (1951).

[5] Siehe Milton Friedman, „The Case for Flexible Exchange Rates", in Friedman, *Essays in Positive Economics* (Chicago: University of Chicago Press, 1953); ders., *A Program for Monetary Stability* (New York: Fordham University Press, 1959); siehe auch *Policy Implications of Trade and Currency Zones: A Symposium* (Kansas City: Federal Reserve Bank of Kansas City, 1991).

zige Währung und der einzige „optimale" Währungsraum der gesamte Globus.

Was ist mit der seit Irving Fisher für das monetaristische Denken zentralen Idee, dass Geld ein „Wertmaß" ist, und mit dem Begriff der monetären „Stabilisierung"?[6] Sie ist ein Wirrwarr aus Unklarheiten und Unwahrheiten. In erster Linie gibt es zwar ein Motiv, einen Zweck für Akteure, Tauschmittel besitzen zu wollen, aber es lässt sich kein Motiv, kein Zweck und kein Bedürfnis dafür finden, ein Wertmaß besitzen zu wollen. Handlung und Tausch sind Ausdruck von *Präferenzen* – jeder Mensch schätzt das, was er erwirbt, höher als das, was er aufgibt – *nicht* von Identität oder Gleichwertigkeit. Niemand muss jemals Werte *messen*. Es lässt sich leicht erklären, warum Akteure Kardinalzahlen verwenden – um zu zählen – und Messinstrumente konstruieren – um Raum, Gewicht, Masse und Zeit zu messen: In einer Welt quantitativer Bestimmtheit, in der Mittel nur begrenzte Wirkungen erzielen können, sind Zählen und Messen die Voraussetzung für erfolgreiches Handeln. Aber welche technische oder wirtschaftliche Notwendigkeit könnte es für ein *Wert*maß geben?

Zweitens ergibt sich, wenn man diese Schwierigkeiten für einen Moment beiseite lässt und davon ausgeht, dass Geld tatsächlich Wert misst (so dass der für eine Ware gezahlte Geldpreis ein Kardinalmaß für den Wert dieser Ware darstellt), ebenso wie ein Lineal Raum misst, ein weiteres unüberwindbares Problem. Dann stellt sich die Frage: „Was ist der Wert dieses Wertmaßstabs?" Sicherlich muss er einen Wert haben, genauso wie ein Lineal einen Wert haben muss, sonst würde niemand eines besitzen wollen. Es wäre jedoch offensichtlich absurd zu antworten, dass der Wert einer Geldeinheit – ein Dollar – eins ist. Eins was? Eine solche Antwort wäre ebenso unsinnig wie die Antwort auf die Frage nach dem Wert eines Metermaßes

[6] Siehe Irving Fisher, *The Purchasing Power of Money* (New York: Augustus M. Kelley, 1963); ders., *Stabilizing the Dollar* (New York: Macmillan, 1920); ders., *The Money Illusion* (New York: Adelphi, 1929); Milton Friedman, „A Monetary and Fiscal Framework for Economic Stability", *American Economic Review* 38 (1948).

mit „ein Meter“. Der Wert einer kardinalen Maßeinheit kann nicht in dieser Maßeinheit selbst ausgedrückt werden. Vielmehr muss *sein* Wert in Ordinalzahlen ausgedrückt werden: Es ist besser, Kardinalzahlen und Längen- oder Gewichtsmessungen zu haben, als nur Ordinalmessungen zur Verfügung zu haben. Ebenso ist es besser, wenn man aufgrund der Existenz eines Tauschmittels in der Lage ist, in seiner Kostenrechnung auf Kardinalzahlen zurückzugreifen, anstatt sich ausschließlich auf ordinale Buchhaltungsverfahren verlassen zu müssen, wie es in einer Tauschwirtschaft der Fall wäre. Es ist jedoch unmöglich, in kardinalen Begriffen auszudrücken, *wie viel* wertvoller die erstgenannten Techniken im Vergleich zu den letztgenannten sind. Es sind nur ordinale Urteile möglich. Genau in diesem Sinne müssen ordinale Zahlen – Rangordnungen, Präferenzen – als grundlegender angesehen werden als Kardinalzahlen, und Wert muss als eine nicht reduzierbare subjektive, nicht quantifizierbare Größe betrachtet werden.

Wenn es tatsächlich die Funktion des Geldes wäre, als Wertmaßstab zu dienen, müsste man sich außerdem fragen, warum die Nachfrage nach einer solchen Sache jemals systematisch über eine pro Person hinausgehen sollte. Die Nachfrage nach Linealen, Waagen und Uhren beispielsweise übersteigt nur aufgrund von Standortunterschieden (Handlichkeit) oder der Möglichkeit, dass sie kaputtgehen oder ausfallen, eine pro Person. Abgesehen davon würde zu keinem Zeitpunkt und an keinem Ort jemand mehr als ein Messinstrument gleicher Qualität besitzen wollen, da ein *einziges* Messinstrument *alle* möglichen Messaufgaben erfüllen kann. Ein zweites Instrument dieser Art wäre nutzlos.

Drittens ist Geld, unabhängig davon, was das *charakteristische Merkmal* von Geld sein mag, in jedem Fall ein *Gut*. Wenn es jedoch ein Gut ist, unterliegt es dem Gesetz des Grenznutzens, und dieses Gesetz *widerspricht* jeder Vorstellung von einem stabilen oder konstanten Wert eines Gutes. Das Gesetz folgt aus der Aussage, dass jeder Akteur zu einem bestimmten Zeitpunkt gemäß seiner subjektiven Präferenzskala handelt und sich dafür entscheidet, das zu tun, was er – zu Recht oder zu Unrecht – erwartet, dass es ihn mehr statt

weniger zufriedenstellt, und dass er dabei ausnahmslos quantitativ bestimmte (begrenzte) Einheiten qualitativ unterschiedlicher Güter als Mittel einsetzen muss und somit implizit in der Lage sein muss, Einheitenzugänge und -abgänge zu seinem Mittelvorrat zu erkennen. Aus dieser unbestreitbar wahren Aussage folgt, dass ein Akteur immer einen größeren Vorrat eines Gutes einem kleineren vorzieht (er stuft den Grenznutzen einer größeren Einheit eines Gutes höher ein als den einer kleineren Einheit desselben Gutes) und dass jede Erhöhung des Vorrats eines Gutes um eine zusätzliche Einheit – unabhängig von der Größe der Einheit, die ein Akteur als relevant erachtet und unterscheidet – niedriger eingestuft (weniger wert) wird als jede Einheit derselben Größe dieses Gutes, die sich *bereits* in seinem Besitz befindet, da sie nur als Mittel zur Beseitigung eines Unbehagens eingesetzt werden kann, das als weniger dringlich angesehen wird als das *bisher* am wenigsten dringliche, das durch die Einheit derselben Größe dieses Gutes befriedigt wurde. Mit anderen Worten: Der Grenznutzen einer Einheit einer bestimmten Größe eines Gutes nimmt ab oder zu, wenn das Angebot solcher Einheiten zunimmt oder abnimmt. Jede Veränderung des Angebots eines Gutes führt daher zu einer Veränderung des Grenznutzens dieses Gutes. Jede Veränderung des Angebots eines Gutes A, wie sie von einem Akteur X wahrgenommen wird, führt zu einer *Neu*bewertung von A durch X. X misst A nun einen *anderen* Wert bei. Daher ist die Suche nach einem stabilen oder wertkonstanten Gut von vornherein offensichtlich illusorisch, vergleichbar mit dem Wunsch, die Quadratur des Kreises zu erreichen, denn jede Handlung beinhaltet einen Austausch, und jeder Austausch verändert das Angebot eines Gutes. Entweder führt dies zu einer Verringerung des Angebots eines Gutes (wie beim reinen Konsum) oder zu einer Verringerung des einen und einer Erhöhung des anderen (wie bei der Produktion oder dem zwischenmenschlichen Austausch). In beiden Fällen ändern sich im Zuge einer Handlung nicht nur die Vorräte, sondern auch die Werte der beteiligten Güter. Handeln bedeutet, den Wert von Gütern bewusst zu *verändern*. Daher muss ein als stabil bewertetes Gut – Geld

oder etwas anderes – als konstruktive oder praxeologische Unmöglichkeit betrachtet werden.

Was schließlich die Idee eines Geldes – eines Dollars – mit konstanter Kaufkraft betrifft, so besteht das grundlegende Problem darin, dass die Kaufkraft des Geldes *nicht gemessen werden kann* und dass die Konstruktion von Preisindizes – von Indizes überhaupt – wissenschaftlich willkürlich ist. (Welche Güter sollen einbezogen werden? Welches relative Gewicht sollte jedem einzelnen von ihnen beigemessen werden? Was ist mit dem Problem, dass einzelne Akteure dieselben Dinge unterschiedlich bewerten und sich für unterschiedliche Warenkörbe interessieren, oder dass dieselbe Person denselben Warenkorb zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedlich bewertet? Was soll man mit Veränderungen in der Qualität von Gütern oder mit völlig neuen Produkten tun?)[7] Außerdem: Was ist überhaupt so großartig an „stabiler" Kaufkraft (wie auch immer dieser Begriff willkürlich definiert sein mag)? Sicherlich ist es offensichtlich vorzuziehen, ein „stabiles" Geld zu haben als ein „inflationäres". Dennoch wäre ein Geld, dessen Kaufkraft pro Einheit *gestiegen* ist – „deflationäres" Geld – sicherlich einem „stabilen" Geld vorzuziehen.

Was ist mit der These, dass Geld – unverzinsliches Bargeld – ohne gesetzliche Beschränkungen vollständig durch verzinsliche Wertpapiere ersetzt würde?[8] Eine solche Verdrängung ist nur im Gleichgewicht denkbar, wo es keine Unsicherheit gibt und daher niemand einen Vorteil daraus ziehen könnte, sich auf zukünftige Eventualitäten vorzubereiten, da diese per Definition ausgeschlossen sind. Unter den allgegenwärtigen menschlichen Bedingungen der Unsicherheit würde jedoch selbst bei Aufhebung aller gesetzli-

---

[7] Mises, *The Theory of Money and Credit*, S. 187–94; ders., *Human Action*, S. 219–23.

[8] Siehe Neil Wallace, „A Legal Restrictions Theory of the Demand for ‚Money'", *Federal Reserve Bank of Minneapolis Quarterly Review* (1983); Eugene Fama, „Financial Intermediation and Price Level Control", *Journal of Monetary Economics* 9, Nr. 1 (1983); für eine Kritik siehe Lawrence White, „Accounting for Non-Interest-Bearing Currency", *Journal of Money, Credit, and Banking* 19, Nr. 4 (1987).

chen Beschränkungen für den freien Marktzugang die Nachfrage nach unverzinslichem Bargeld – im Gegensatz zur Nachfrage nach Eigenkapital oder Schuldverschreibungen (Aktien, Anleihen oder Investmentfondsanteilen) – zwangsläufig bestehen bleiben, denn unabhängig von der spezifischen Art dieser Forderungen stellen sie Eigentumsrechte an *Produktions*gütern dar, da sie sonst *keine* Zinsen abwerfen können. Doch selbst der am leichtesten konvertierbare Produktionsfaktor muss weniger leicht verkäuflich sein als das verkäuflichste seiner Endprodukte, und daher kann selbst das liquideste Wertpapier niemals die gleiche Funktion erfüllen, seinen Besitzer auf zukünftige Eventualitäten vorzubereiten, wie es das marktfähigste zinslose *Endprodukt* leisten kann: Geld. All dies könnte nur anders sein, wenn man davon ausgeht – wie Wallace es in Übereinstimmung mit den egalitären Vorlieben der Chicagoer Schule stillschweigend tut – dass alle Güter gleichermaßen marktfähig sind. Dann gäbe es per Definition keinen Unterschied zwischen der Verkäuflichkeit von Bargeld und Wertpapieren. Allerdings müsste man dann davon ausgehen, dass alle Güter identisch sind, und wenn dies der Fall wäre, gäbe es weder Arbeitsteilung noch Märkte.

VON WARENGELD ZU FIATGELD: DIE RÜCKENTWICKLUNG DES GELDES

Wenn Geld als Warengeld entstehen muss, wie kann es dann zu Fiatgeld werden? Dies geschieht durch die Entwicklung von Geldsubstituten (Papiertitel für Warengeld) – allerdings nur auf betrügerische Weise und nur um den Preis wirtschaftlicher Ineffizienzen.

Unter einem Warengeldstandard wie dem Goldstandard bis 1914 „zirkulierte" Geld einerseits in Form von standardisierten Goldbarren und Goldmünzen verschiedener Stückelungen, die untereinander zu im Wesentlichen festen Verhältnissen entsprechend ihrem Gewicht und ihrer Feinheit gehandelt wurden. Um die Kosten für die Lagerung (Verwahrung) und den Transaktionshandel (Clearing) von Geld zu senken, in einer Entwicklung ähnlich der von übertragbaren Eigentumsrechten – einschließlich Aktien- und Anleihezertifikaten – als Mittel zur Erleichterung des räumlichen und zeitlichen Aus-

tauschs von *Nicht*-Geld-Gütern neben dem eigentlichen Geld auch Goldzertifikate – Eigentumsrechte (Ansprüche) auf bestimmte Goldmengen, die bei bestimmten Institutionen (Banken) hinterlegt waren – als Tauschmittel. Diese Koexistenz von Geld im eigentlichen Sinne (Gold) und Geldersatzmitteln (Ansprüche auf Geld) hat weder Auswirkungen auf die Gesamtgeldmenge – für jedes in Umlauf gebrachte Zertifikat wird eine entsprechende Menge Gold aus dem Umlauf genommen (hinterlegt) – noch auf die zwischenmenschliche Einkommens- und Vermögensverteilung. Zweifellos stellt jedoch die Koexistenz von Geld und Geldsurrogaten und die Möglichkeit, Geld in beiden Formen und in variablen Kombinationen dieser Formen zu halten, einen zusätzlichen Komfort für die einzelnen Marktteilnehmer dar. Auf diese Weise können an sich wertlose Papierzettel Kaufkraft erlangen. Wenn und soweit sie einen bedingungslosen Anspruch auf Geld darstellen und wenn und soweit kein Zweifel daran besteht, dass sie gültig sind und tatsächlich jederzeit eingelöst werden können, werden Papiergeldscheine wie echtes Geld gekauft und verkauft – sie werden zum Nennwert gegen Geld getauscht. Sobald sie auf diese Weise Kaufkraft erlangt haben und ihnen dann ihr Charakter als Geldansprüche genommen wird (indem ihre Einlösbarkeit irgendwie ausgesetzt wird), können sie weiterhin als Geld fungieren. Wie Mises schreibt:

> Bevor ein Wirtschaftsgut als Geld zu fungieren beginnt, muss es bereits einen Tauschwert besitzen, der auf einer anderen Ursache als seiner Geldfunktion beruht. Aber Geld, das bereits als solches fungiert, kann auch dann noch wertvoll bleiben, wenn die ursprüngliche Quelle seines Tauschwertes nicht mehr existiert.[9]

Würden jedoch eigennützige Individuen Papiergeldscheinen ihren Charakter als Geldtitel nehmen *wollen*? Würden sie die Einlösbarkeit aussetzen und an sich wertlose Papierstücke als Geld annehmen *wollen*? Befürworter von Papiergeld wie Milton Friedman behaupten, dass dies der Fall sei, und sie führen in der Regel das

[9] Mises, *The Theory of Money and Credit*, S. 111.

Sparmotiv als Grund für die Ersetzung von Warengeld durch Fiatgeld an: Ein Goldstandard sei mit sozialer Verschwendung verbunden, da er den Abbau und die Prägung von Gold erfordert. Für die Herstellung von Geld müssen beträchtliche Ressourcen aufgewendet werden.[10] Mit im Wesentlichen kostenfreiem Papiergeld anstelle von Gold würde diese Verschwendung verschwinden, und Ressourcen würden für die Produktion von direkt nützlichen Produktions- oder Konsumgütern frei werden. Es sei also die höhere wirtschaftliche Effizienz von Fiatgeld, die die weltweite Abkehr von Warengeld erklärt. Aber ist das wirklich so? Ist der Triumph von Fiatgeld tatsächlich das Ergebnis einer harmlosen Sparmaßnahme? Ist das überhaupt vorstellbar? Können eigennützige Individuen wirklich so sparen *wollen*, wie die Befürworter von Fiatgeld annehmen?

Bei etwas genauerer Betrachtung zeigt sich, dass dies unmöglich ist und dass die Einführung von Fiatgeld die Annahme eines ganz anderen – nicht harmlosen, sondern finsteren – Motivs erfordert: Nehmen wir eine Geldwirtschaft mit (mindestens) einer Bank und echtem Geld („Außengeld" im modernen Jargon) sowie Geldersatzmitteln („Innengeld") im Umlauf an. Wenn die Marktteilnehmer tatsächlich die Ressourcenkosten eines Warengeldes einsparen wollten (mit dem Endziel, Gold zu demonetarisieren und Papiergeld zu monetarisieren), wäre zu erwarten, dass sie zunächst – als Annäherung an dieses Ziel – auf die Verwendung von Außengeld (Gold) verzichten würden. Alle Transaktionen müssten mit Innengeld (Papiergeld) durchgeführt werden, und das gesamte Außengeld müsste bei einer Bank hinterlegt und somit vollständig aus dem Umlauf genommen werden (Andernfalls würden diejenigen, die Goldmünzen verwenden, solange echtes Geld noch im Umlauf ist, durch ihr Handeln unmissverständlich zeigen, dass sie *nicht* die damit verbundenen Ressourcenkosten einsparen wollen).

Ist es jedoch möglich, dass Geldersatzmittel auf diese Weise echtes Geld als Tauschmittel verdrängen und ersetzen können? Selbst

[10] Siehe Friedman, „Essays in Positive Economics", S. 210; ders., *A Program for Monetary Stability*, S. 4–8; ders., *Capitalism and Freedom* (Chicago: University of Chicago Press, 1962), S. 40.

viele Theoretiker des harten Geldes haben eine solche Möglichkeit vorschnell zugegeben. Der Grund dafür ist, dass Geldersatzmittel eben *Ersatzmittel* sind und gegenüber echtem Geld einen dauerhaften und entscheidenden Nachteil haben. Papiergeld (Geldforderungen) ist nur in dem Umfang zum Nennwert einlösbar, in dem eine Einzahlungsgebühr an das Einzahlungsinstitut gezahlt wurde. Die Bereitstellung von Sicherheits- und Clearingdiensten ist ein kostspieliges Geschäft, und eine Einzahlungsgebühr ist der Preis, der für bewachtes Geld gezahlt wird. Wenn Papiergeldscheine nach dem Datum, bis zu dem die Sicherheitsgebühren vom ursprünglichen oder vorherigen Einzahler bezahlt wurden, zur Einlösung vorgelegt werden, müsste das Einlageninstitut eine Einlösungsgebühr erheben, und solche Scheine würden dann mit einem Abschlag gegenüber echtem Geld gehandelt werden. Der Nachteil von Geldersatzmitteln besteht darin, dass sie kontinuierlich wieder hinterlegt und neu ausgegeben werden müssen, um ihren Charakter als Geld – ihre Verkaufbarkeit zum Nennwert – zu behalten, und somit nur vorübergehend und unregelmäßig als Geld fungieren. Nur echtes Geld (Goldmünzen) ist dauerhaft geeignet, die Funktion als Tauschmittel zu erfüllen. Dementsprechend ist nicht zu erwarten, dass Innengeld jemals Außengeld verdrängen wird, sondern dass die Verwendung von Geldsubstituten für immer stark eingeschränkt bleiben wird – im Wesentlichen auf Transaktionen mit sehr großen Geldsummen und Geschäfte zwischen regulären Handelsunternehmen beschränkt – während die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für die meisten ihrer Käufe oder Verkäufe echtes Geld verwenden würde, was ihre Abneigung gegen die von Friedman favorisierte Art des Sparens deutlich macht.[11]

[11] Historisch gesehen war dies tatsächlich der Fall: Traditionell wurden Banknoten immer mit großem Misstrauen betrachtet, und ihre Akzeptanz war – im Vergleich zu echtem Geld wie Gold- oder Silbermünzen – stark eingeschränkt.
Um die Popularität von Geldersatzmitteln zu steigern, waren eigentlich zwei ergänzende Maßnahmen erforderlich: Erstens musste das Banknoten ausgebende Einlageninstitut die Einlagenbanknoten gegenüber echtem Geld überbewerten, indem es entweder keine Einlagengebühren erhob

Selbst wenn man, um des Arguments willen, annimmt, dass nur Innengeld im Umlauf ist, während das gesamte echte Geld in einer Bank gelagert wird, enden die Schwierigkeiten für die Befürworter von Fiat-Geld damit noch nicht. Aus ihrer Sicht scheint die Sache ganz einfach zu sein: Das gesamte Warengeld liegt ungenutzt in der Bank. Wäre es nicht effizienter, wenn all dieses ungenutzte Gold stattdessen für Konsum- oder Produktionszwecke – für Zahnmedizin oder Schmuck – verwendet würde, während die Funktion eines Tauschmittels von einem weniger teuren – ja praktisch kostenlosen – Fiatgeld übernommen würde? Keineswegs.

Erstens kann die geplante Demonetisierung von Gold sicherlich nicht bedeuten, dass eine Bank dadurch das Eigentum an der gesamten Geldmenge übernimmt, während die Öffentlichkeit die Banknoten behalten darf. Niemand außer dem Bankbesitzer würde dem zustimmen! Niemand würde *solche* Ersparnisse wollen. Tatsächlich wäre dies überhaupt keine Ersparnis, sondern eine Enteignung der Öffentlichkeit zum alleinigen Vorteil der Bank. Niemand würde sich freiwillig von jemand anderem enteignen lassen *wollen*. (Dennoch ist die Enteignung von privatem Warengeld durch Regierungen und ihre Zentralbanken die einzige Methode, mit der Warengeld jemals durch Fiatgeld ersetzt wurde.) Stattdessen würde jeder Einleger das Eigentum an seinen Einlagen behalten und sein Gold zurückhaben wollen.

Dann entsteht jedoch ein unüberwindbares Problem: Unabhängig davon, wer – die Bank oder die Öffentlichkeit – nun Eigentümer der

---

oder sogar Zinsen auf Einlagen zahlte. Zweitens musste die Bank, da die Verwahrung von Geld tatsächlich nicht kostenlos ist und eingezahltes Geld *unmöglich* Zinsen abwerfen kann, zur Deckung ihrer ansonsten unvermeidbaren Verluste das Teilreserve-Bankwesen betreiben, d.h. sie musste neue, zusätzliche Einzahlungsbelege ausgeben und in Umlauf bringen, die zwar physisch nicht von anderen Banknoten zu unterscheiden waren, aber tatsächlich nicht durch echtes Geld gedeckt waren.
Zum ethischen und wirtschaftlichen Status der Praxis des Teilreserve-Bankwesens siehe den Abschnitt „Vom Einlagen- und Kreditgeschäft zum Teilreserve-Bankwesen: Die Rückentwicklung des Kredits“ weiter unten.

Banknoten ist, stellen diese nichts anderes als nicht einlösbares Papier dar. Früher bestanden die mit der Herstellung dieses Papiers verbundenen Kosten keineswegs nur in den Kosten für den Druck der Papiergeldscheine, sondern vor allem in den Kosten für die Gewinnung von Goldanlegern durch die Bereitstellung von Sicherheiten und Clearing-Dienstleistungen. Mit nicht einlösbarem Papier gibt es nun nichts mehr, was es wert wäre zu beschützen. Die Kosten für die Geldproduktion sinken auf nahezu null, auf reine Druckkosten. Früher, als Papier noch einen Anspruch auf Gold darstellte, hatten die Banknoten Kaufkraft erworben. Aber wie können die Bank oder die Öffentlichkeit jetzt jemanden dazu bringen, sie zu akzeptieren? Würden sie zu den früher festgelegten Wechselkursen gegen Nicht-Geld-Waren gekauft und verkauft werden? Offensichtlich nicht. Zumindest nicht, solange es keine gesetzlichen Hindernisse für den Einstieg in das Banknotenproduktionsgeschäft gab; denn unter Wettbewerbsbedingungen mit freiem Marktzugang würde die Produktion von Banknoten sofort so weit ausgeweitet werden, dass sich der Preis des Geldes seinen Produktionskosten annäherte, wenn der (nicht monetäre) Preis für Papiergeldscheine ihre Produktionskosten überstieg. Die Folge wäre eine Hyperinflation. Niemand würde Papiergeld mehr akzeptieren und es käme zu einer Flucht in *reale Werte*. Die Geldwirtschaft würde vollständig zusammenbrechen, und die Gesellschaft würde zu einer primitiven, höchst ineffizienten Tauschwirtschaft zurückkehren. Aus dem Tauschhandel würde dann erneut ein neues (höchstwahrscheinlich ein Gold-)Waren-Geld entstehen (und die Banknotenproduzenten würden erneut beginnen, ihre Banknoten mit diesem Geld zu decken, um ihre Akzeptanz zu gewährleisten). Was für eine Art, Ersparnisse zu erzielen!

Wenn es gelingen soll, Warengeld durch Fiatgeld zu ersetzen, muss eine zusätzliche Voraussetzung erfüllt sein: Der freie Zugang zum Banknotenproduktionsgeschäft muss beschränkt und ein Geld*monopol* errichtet werden. Auch ein einzelner Papiergeldproduzent ist in der Lage, eine Hyperinflation und einen Zusammenbruch des Geldsystems zu verursachen. Soweit er jedoch gesetzlich vor Wett-

bewerb geschützt ist, kann ein Monopolist die Produktion seiner Banknoten sicher und bewusst einschränken und so sicherstellen, dass sie ihre Kaufkraft behalten. Er würde dann vermutlich die Aufgabe übernehmen, alte Banknoten zum Nennwert gegen neue *einzutauschen* sowie erneut Sicherungs- und Clearing-Dienstleistungen zu erbringen, indem er gegen eine Einzahlungsgebühr Banknoten-Einlagen im Austausch für die Ausgabe von Banknotensubstituten – Sichtkonten und Scheckbuchgeld – akzeptiert.

In Bezug auf dieses Szenario stellen sich mehrere damit zusammenhängende Fragen. Früher, als es noch Warengeld gab, durfte jeder frei in den Goldabbau und die Münzprägung einsteigen – entsprechend der Annahme, dass alle Akteure eigennützig und auf Vermögensmaximierung bedacht sind. Im Gegensatz dazu müsste, damit Friedmans „Fiatgeld-Dividende" zustande kommt, der Wettbewerb im Bereich der Geldproduktion verboten und ein Monopol errichtet werden. Doch wie lässt sich die Existenz eines gesetzlichen Monopols mit der Annahme des Eigeninteresses vereinbaren? Ist es denkbar, dass eigennützige Akteure sich auf die Errichtung eines Fiatgeldmonopols einigen könnten, so wie sie sich natürlich auf die Teilnahme an der Arbeitsteilung und die Verwendung ein und derselben Ware als Tauschmittel einigen können? Wenn nicht, zeigt dies dann nicht, dass die mit einem solchen Monopol verbundenen Kosten als höher anzusehen sind als alle damit verbundenen Ressourceneinsparungen?

Diese Fragen zu stellen, bedeutet, sie zu beantworten. Monopole und das Streben nach Eigeninteresse sind unvereinbar. Sicherlich gibt es einen Grund, warum jemand Geldmonopolist werden möchte. Schließlich würden sich die Produktionskosten drastisch reduzieren, da keine wertvolle Ware gelagert, bewacht und zurückgenommen werden müsste, und der Monopolist könnte somit einen zusätzlichen Gewinn erzielen. Durch den gesetzlichen Schutz vor jeglicher künftigen Konkurrenz würde dieser Monopolgewinn sofort „kapitalisiert" (sich dauerhaft in einer Aufwertung seines Vermögens niederschlagen), und zusätzlich zu seinen überhöhten Vermögenswerten würde ihm dann eine normale Rendite in Form von Zin-

sen garantiert. Zu sagen, dass eine solche Regelung für den Monopolisten vorteilhaft wäre, bedeutet jedoch nicht, dass sie auch für andere vorteilhaft wäre und daher auf natürliche Weise entstehen könnte. Tatsächlich gibt es für niemanden ein Motiv, dass *jemand anderes als er selbst* dieser Monopolist sein sollte und dementsprechend wäre keine Einigung über die Auswahl eines bestimmten Monopolisten möglich. Die Position eines Monopolisten kann nur gegen den Willen aller ausgeschlossenen Nicht-Monopolisten erzwungen werden. Per Definition schafft ein Monopol eine Unterscheidung zwischen zwei Klassen von Individuen mit unterschiedlicher rechtlicher Qualität: zwischen den privilegierten Individuen, denen es gestattet ist, Geld zu produzieren, und den untergeordneten Individuen, denen dies zum ausschließlichen Vorteil der ersteren verboten ist. Eine solche Institution *kann nicht* auf dieselbe freiwillige Weise unterstützt werden wie die Institutionen der Arbeitsteilung und des Warengeldes. Sie ist *nicht*, wie diese, das „natürliche" Ergebnis gegenseitig vorteilhafter Interaktionen, sondern das Ergebnis einer einseitig vorteilhaften Enteignung (Aufhebung). Dementsprechend erfordert ein Monopol für sein Fortbestehen nicht freiwillige Unterstützung und Zusammenarbeit, sondern die Androhung physischer Gewalt.[12]

[12] Man könnte argumentieren, dass eine Monopolgemeinschaft möglich (denkbar) wäre, wenn die monopolistische Notenbank allen gehören würde und ihre Gewinne an alle verteilt würden. Würden dann nicht alle, nicht nur der Monopolist, von den Einsparungen profitieren, die durch den Ersatz von Gold durch Papier entstehen?
Tatsächlich ist eine solche Vereinbarung illusorisch. Das gemeinsame Eigentum an der Monopolbank würde bedeuten, dass handelbare Aktienzertifikate ausgegeben und verteilt werden müssten. Aber wer sollte wie viele Aktien erhalten? Bankkunden, entsprechend der Höhe ihrer Einlagen? Doch alle privaten Inhaber von Banknoten tragen zur Einsparung von Gold bei und würden entsprechend der Höhe ihrer Banknotenbestände in den Kreis der Bankeigentümer aufgenommen werden wollen. Was ist mit den Eigentümern und Verkäufern von Nicht-Geld-Gütern? Indem sie sich bereit zeigen, Papier statt Gold zu akzeptieren, tragen auch sie zur Einsparung von Ressourcenkosten bei. Aber wie um alles in der Welt soll man bestimmen, wie viele Aktien *ihnen* zuzuteilen sind, wenn

Darüber hinaus endet die Unvereinbarkeit von Eigeninteresse und Monopol nicht mit der Errichtung des Monopols, sondern besteht so lange fort, wie das Monopol besteht. Es kann nur ineffizient und auf Kosten der ausgeschlossenen Nicht-Monopolisten funktionieren. Erstens steht unter einem Regime des freien Wettbewerbs (freier Marktzugang) jeder einzelne Produzent unter dem ständigen Druck, seine Produkte zu minimalen Kosten herzustellen, denn wenn er dies *nicht* tut, läuft er Gefahr, von neuen Marktteilnehmern verdrängt zu werden, die das betreffende Produkt zu niedrigeren Kosten herstellen. Im Gegensatz dazu steht ein Monopolist, der vor Wettbewerb geschützt ist, nicht unter einem solchen Druck. Da die Kosten der Geldproduktion das eigene Gehalt des Monopolisten sowie alle seine nichtmonetären Vergütungen umfassen, liegt es im „natürlichen" Interesse eines Monopolisten, seine Kosten zu *erhöhen*. Daher ist zu erwarten, dass die Kosten für ein monopolistisch bereitgestelltes Papiergeld sehr bald, wenn nicht sogar von Anfang an, die Kosten für ein wettbewerbsorientiert bereitgestelltes Warengeld *übersteigen* würden.

---

ihr Beitrag, wie es der Fall ist, aus unterschiedlichen Mengen heterogener Konsum- und Produktionsgüter besteht? Hier würde es spätestens unmöglich werden, eine Einigung zu erzielen.
Warum sollte außerdem ein neuer Marktteilnehmer – ein späterer Einleger, Banknoten- und/oder Nicht-Geld-Güterbesitzer, der ursprünglich *nicht* mit Bankaktien ausgestattet war – dieser Regelung zustimmen und sie unterstützen wollen? Warum sollte er für Bankaktien bezahlen, wenn diese an die ursprünglichen Vermögensbesitzer kostenlos verteilt wurden, obwohl er jetzt genauso an den Ressourceneinsparungen beteiligt ist wie diese damals? Eine solche Vereinbarung würde eine systematische Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten aller ursprünglichen Vermögensbesitzer und auf Kosten aller späteren Vermögensbesitzer mit sich bringen. Würden jedoch für jeden neuen Einleger, Inhaber von Schuldverschreibungen oder Nicht-Geld-Gütern zusätzliche Bankaktien ausgegeben, wären diese Aktien von Anfang an wertlos, und jede Bank, die sie anbieten würde, wäre zum Scheitern verurteilt.
Darüber hinaus wird, wie weiter unten erläutert wird, unabhängig davon, wie das Eigentumsproblem gelöst wird, der Betrieb der Bank Auswirkungen auf die zwischenmenschliche Einkommens- und Vermögensverteilung haben – ja sogar haben *müssen*.

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass der Preis für monopolistisch bereitgestelltes Papiergeld stetig steigen und die Kaufkraft pro Geldeinheit sowie dessen Qualität kontinuierlich sinken werden. Geschützt vor neuen Marktteilnehmern ist jeder Monopolist stets versucht, den Preis zu erhöhen und die Qualität zu senken. Dies gilt jedoch insbesondere für einen Geldmonopolisten. Während andere Monopolisten die Möglichkeit in Betracht ziehen müssen, dass Preiserhöhungen (oder Qualitätsminderungen) aufgrund einer elastischen Nachfrage nach ihrem Produkt tatsächlich zu geringeren Einnahmen führen können, kann ein Geldmonopolist sicher sein, dass die Nachfrage nach seinem speziellen Produkt – dem gängigen Tauschmittel – höchst unelastisch sein wird. Tatsächlich befindet sich ein Geldmonopolist, abgesehen von einer Hyperinflation, bei der die Nachfrage nach Geld vollständig verschwindet, praktisch immer in einer Position, in der er davon ausgehen kann, dass seine Einnahmen aus dem Verkauf von Geld steigen, selbst wenn er den Preis für Geld erhöht (dessen Kaufkraft verringert). Ausgestattet mit dem ausschließlichen Recht zur Geldschöpfung und unter der Annahme von Eigeninteressen ist zu erwarten, dass die Monopolbank eine stetige Erhöhung der Geldmenge vornimmt, denn während eine erhöhte Versorgung mit Papiergeld nichts zum gesellschaftlichen Reichtum – der Menge der direkt nutzbaren Konsum- und Produktionsgüter – beiträgt, sondern lediglich Inflation verursacht (die Kaufkraft des Geldes senkt), kann der Monopolist mit jeder zusätzlichen Banknote, die in Umlauf gebracht wird, sein Realeinkommen steigern (auf Kosten einer Verringerung des Einkommens der nicht monopolistischen Öffentlichkeit). Er kann Banknoten praktisch ohne Kosten drucken und dann damit *reale* Vermögenswerte (Konsum- oder Produktionsgüter) kaufen oder sie zur Rückzahlung *realer* Schulden verwenden. Der reale Wohlstand der Nicht-Bank-Öffentlichkeit wird sich verringern – sie besitzt weniger Güter und mehr Geld mit geringerer Kaufkraft. Der reale Reichtum des Monopolisten hingegen wird zunehmen – er besitzt mehr Nicht-Geld-Güter (und hat immer so viel Geld, wie er will). Wer, außer Engeln, würde

in dieser Situation *nicht* eine stetige Ausweitung der Geldmenge und damit eine kontinuierliche Abwertung der Währung betreiben?

Es mag aufschlussreich sein, die oben skizzierte Theorie des Fiat-Geldes den Ansichten von Milton Friedman, dem herausragenden modernen Verfechter des Fiat-Geldes, gegenüberzustellen.

Während der jüngere Friedman der Frage nach dem Ursprung des Geldes keine systematische Aufmerksamkeit schenkte, erkennt der ältere Friedman an, dass historisch gesehen alle Geldformen ihren Ursprung als Warengeld hatten (und alle Geldersatzmittel als Lagerhausforderungen auf Warengeld), und er steht dem Vorschlag des älteren Friedrich A. Hayek, im Wettbewerb ausgegebenen Fiat-Währungen, zu Recht skeptisch gegenüber.[13] Durch seine positivistische Methodik irregeführt, verkennt Friedman jedoch, dass Geld (und Geldersatzmittel) auf *keine* andere Weise entstehen *können* und Hayeks Vorschlag daher zum Scheitern verurteilt ist.

Im Gegensatz zu den hier entwickelten Ansichten behauptet Friedman in seinem gesamten Werk, dass ein Warengeld wiederum „natürlich" durch ein – effizienteres, ressourcenschonenderes – Fiatgeldsystem ersetzt werden würde. Erstaunlicherweise liefert er jedoch keine argumentative Untermauerung für diese These, weicht allen theoretischen Problemen aus, und alle Argumente oder empirischen Beobachtungen, die er vorbringt, *widersprechen* seiner eigenen Behauptung. Zunächst einmal gibt es keinen Hinweis darauf, dass Friedman sich der grundlegenden Grenzen der Ersetzung von Außengeld durch Innengeld bewusst ist. Wenn jedoch Außengeld nicht aus dem Umlauf verschwinden kann, wie kann dann, außer durch Enteignung, die Verbindung zwischen Papiergeld und einer Geldware gelöst werden? Die fortgesetzte Verwendung von Außengeld im Umlauf zeigt, dass sie *nicht* als minderwertiges Geld angesehen wird; und die Tatsache, dass eine Enteignung erforderlich ist,

[13] Siehe Milton Friedman und Anna Schwartz, „Has Government Any Role in Money?" *Journal of Monetary Economics* (1986); zu Hayeks Vorschlag siehe sein Werk *Denationalization of Money* (London: Institute of Economic Affairs, 1976).

um das Geld aus dem Warenstatus zu befreien, würde zeigen, dass Fiatgeld kein natürliches Phänomen ist!

Interessanterweise erkennt Friedman, nachdem er sich der Frage entzogen hat, wie die Aussetzung der Einlösbarkeit als natürlich oder effizient angesehen werden kann, ganz richtig, dass Fiat-Geld aus den oben genannten Gründen nicht wettbewerbsfähig bereitgestellt werden kann, sondern ein Monopol erfordert. Daraus folgert er, dass „die Produktion von Fiat-Geld sozusagen ein natürliches Monopol ist".[14] Aus der Tatsache, dass Fiatgeld ein Monopol erfordert, folgt jedoch nicht, dass ein solches Monopol etwas „Natürliches" ist, und Friedman liefert keinerlei Argumente dafür, wie ein Monopol als natürliches Ergebnis der Interaktionen eigennütziger Individuen angesehen werden kann. Darüber hinaus scheint insbesondere der junge Friedman fast völlig unwissend in Bezug auf die klassische politische Ökonomie und ihre anti-monopolistischen Argumente zu sein: das Axiom, dass jemand, dem man ein Privileg gewährt, dieses auch nutzen wird, und daraus die Schlussfolgerung, dass jeder monopolistische Produzent ineffizient sein wird (sowohl in Bezug auf Kosten als auch auf Preis und Qualität). Angesichts dieser Argumente muss es als atemberaubend naiv angesehen werden, dass Friedman zunächst die Einrichtung eines staatlichen Geldmonopols befürwortet und dann erwartet, dass dieser Monopolist seine Macht nicht ausnutzt, sondern zu möglichst geringen Kosten arbeitet und die Geldmenge nur geringfügig (um 3-5 Prozent pro Jahr) erhöht. Dies würde voraussetzen, dass mit der Monopolisierung auch eine grundlegende Veränderung der eigennützigen Natur des Menschen einherginge.

Angesichts seiner umfangreichen Erfahrungen mit seinem eigenen Ideal einer Welt reiner Fiat-Währungen, wie sie nach 1971 entstanden ist, und angesichts seines eigenen Arguments der zentralen Ressourceneinsparungen für ein monopolistisch bereitgestelltes Fiat-Geld von vor fast vier Jahrzehnten ist es nicht verwunderlich, dass der ältere Friedman nicht umhin kann, anzuerkennen, dass sich

[14] Siehe Friedman, *Essays in Positive Economics*, S. 216; siehe auch Friedman und Schwartz, „Has Government Any Role in Money?"

seine Vorhersagen als offensichtlich falsch erwiesen haben.[15] Seit der Abschaffung der letzten Überreste des Goldstandard-Währungssystems, so erkennt er, haben die inflationären Tendenzen weltweit dramatisch zugenommen; die Vorhersagbarkeit künftiger Preisbewegungen hat stark abgenommen; der Markt für langfristige Anleihen (wie z.B. Consols) ist weitgehend verschwunden; die Zahl der Anlage- und „Hartgeld"-Berater und die in solchen Geschäften gebundenen Ressourcen haben drastisch zugenommen; Geldmarktfonds und Devisenterminmärkte haben sich entwickelt und erhebliche Mengen an realen Ressourcen absorbiert, die ohne die erhöhte Inflation und Unvorhersehbarkeit überhaupt nicht entstanden wären oder zumindest nie die gleiche Bedeutung erlangt hätten, die sie heute haben; und schließlich scheint es, dass sogar die direkten Ressourcenkosten für die Produktion von Gold, das in privaten Vorräten als Absicherung gegen Inflation gehortet wird, gestiegen sind.[16] Aber welche Schlussfolgerung zieht Friedman aus diesen empirischen Beweisen? Entsprechend seiner eigenen positivistischen Methodik, nach der Wissenschaft Vorhersage ist und falsche Vorhersagen die eigene Theorie widerlegen, sollte man erwarten, dass Friedman seine Theorie schließlich als hoffnungslos falsch verwerfen und eine Rückkehr zum Warengeld befürworten würde. Das ist jedoch nicht der Fall. Vielmehr kommt er in einer bemerkenswerten Demonstration anhaltender Ignoranz (oder Arroganz) zu dem nachdrücklichen Schluss, dass keiner dieser Beweise interpretiert werden sollte als „Plädoyer für eine Rückkehr zum Goldstandard. Im Gegenteil, ich halte eine Rückkehr zum Goldstandard weder für wün-

[15] Milton Friedman, „The Resource Cost of Irredeemable Paper Money", *Journal of Political Economy* (1986).

[16] Monetaristen hatten vorausgesagt, dass infolge der Demonetarisierung von Gold und des Übergangs zu einem reinen Fiat-Geldsystem der Goldpreis fallen würde – vom damaligen offiziellen Kurs von 35 Dollar pro Unze auf einen geschätzten nichtmonetären Wert von etwa 6 Dollar. Tatsächlich stieg der Goldpreis jedoch an. Zu einem Zeitpunkt erreichte er 850 Dollar pro Unze und bewegte sich die meiste Zeit zwischen 300 und 400 Dollar. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels liegt der Preis bei 375 Dollar.

schenswert noch für machbar."[17] Wie damals hält er auch heute an der Ansicht fest, dass die Attraktivität des Goldstandards lediglich „irrational emotional" sei und dass nur Fiatgeld „technisch effizient" sei.[18] Laut Friedman muss zur Überwindung der offensichtlichen Mängel des derzeitigen Fiatgeldsystems

> ein Anker gefunden werden, der langfristige Preisvorhersagbarkeit gewährleistet, ein Ersatz für die Konvertibilität in eine Ware oder alternativ ein Instrument, das Vorhersagbarkeit überflüssig macht. Es wurden viele mögliche Anker und Instrumente vorgeschlagen, von Regeln für das Geldmengenwachstum über tabellarische Standards bis hin zur Trennung des Tauschmittels von der Rechnungseinheit. Bislang wurde noch kein Konsens darüber erzielt.[19]

---

[17] Friedman, „The Resource Cost of Irredeemable Paper Money", S. 648.
[18] Friedman, *Essays in Positive Economics*, S. 250.
[19] Friedman, „The Resource Cost of Irredeemable Paper Money", S. 646; ebenso ders., *Money Mischief Episodes in Monetary History* (New York: Harcourt Brace Jovanovich, 1992), Kap. 10.
Unter den Vorschlägen für einen alternativen „Anker" für Fiatgeld, die Friedman kürzlich in Betracht gezogen hat, verdient die „frozen monetary base rule" (Regel der eingefrorenen Geldbasis) eine kurze Erwähnung (siehe Friedman, „Monetary Policy for the 1980s" in *To Promote Prosperity*, John H. Moore, Hrsg. [Stanford: Hoover Institution, 1984]). In einer Hinsicht stellt diese Regel einen Fortschritt gegenüber seiner früheren Regel eines Geldmengenwachstums von 3 bis 5 Prozent dar. Seine Befürwortung der letzteren Regel basierte im Wesentlichen auf der irrtümlichen proto-keynesianischen Vorstellung, dass Geld einen Teil des Sozialkapitals ausmacht, sodass eine Wirtschaft nur dann um 5 Prozent wachsen kann, wenn dies durch eine proportionale Erhöhung der Geldmenge ermöglicht wird. Im Gegensatz dazu zeigt die Regel der eingefrorenen Geldbasis eine Anerkennung der alten Erkenntnis von Hume, dass jede Geldmenge gleichermaßen optimal ist, oder, mit Friedmans eigenen Worten, dass die „Nützlichkeit des Geldes für die Gemeinschaft als Ganzes nicht davon abhängt, wie viel Geld vorhanden ist" (Friedman, *Money Mischief*, S. 28). Ansonsten stellt der Vorschlag keinerlei Fortschritt dar, denn wie um alles in der Welt kann von einem Monopolisten erwartet werden, dass er eine eingefrorene Geldbasisregel mehr befolgt als eine weniger strenge 3- bis 5-Prozent-Wachstumsregel?

VOM EINLAGEN- UND KREDITGESCHÄFT ZUM TEILRESERVE-BANKWESEN: DIE RÜCKENTWICKLUNG DES KREDITS

Banken erfüllen zwei streng getrennte Aufgaben, von denen bisher nur eine berücksichtigt wurde.[20] Einerseits dienen sie als Einlageninstitute, die Verwahrungs- und Clearingdienstleistungen anbieten. Sie nehmen Einlagen von (Waren-)Geld entgegen und geben ihren Einlegern Geldforderungen (Lagerquittungen; Geldersatz) aus, die zum Nennwert und auf Verlangen einlösbar sind. Für jede von ihnen ausgegebene Geldforderung halten sie einen entsprechenden Betrag an echtem Geld bereit, der zur Einlösung bereitsteht (100-Prozent-Reservebankwesen). Auf Einlagen werden keine Zinsen gezahlt. Vielmehr zahlen die Einleger eine Gebühr an die Bank für die Bereitstellung von Verwahrungs- und Clearingdienstleistun-

---

Selbst wenn dieses Problem auf wundersame Weise gelöst würde, würde dies nichts an dem Charakter des Monopols als Instrument der einseitigen Enteignung und Umverteilung von Einkommen und Vermögen ändern. Der Monopolist müsste neben der Bereitstellung von Einzahlungs- und Clearing-Dienstleistungen (für die seine Kunden ihm eine Gebühr zahlen würden) auch die Funktion übernehmen, für Kunden und Nichtkunden gleichermaßen alte, abgenutzte Banknoten eins zu eins und kostenlos durch neue, identische Banknoten zu ersetzen (wer würde sonst ein dauerhaftes Warengeld durch ein vergängliches Fiatgeld ersetzen wollen?) Die mit dieser Aufgabe verbundenen Kosten mögen zwar gering sein, aber sie sind definitiv nicht gleich Null. Um Verluste zu vermeiden und seine Ausgaben wieder hereinzuholen, kann der Monopolist daher nicht umhin, die Geldbasis zu erhöhen – und damit wäre man im Wesentlichen wieder bei der älteren Geldmengenwachstumsregel angelangt.

[20] Siehe hierzu insbesondere Murray N. Rothbard, *The Mystery of Banking* (New York: Richardson and Synder, 1983); ders., *The Case for a 100 Percent Gold Dollar* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1991); Mises, *The Theory of Money and Credit*; ders., *Human Action*; sowie Walter Block, „Fractional Reserve Banking: An Interdisciplinary Perspective", in: *Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard*, Walter Block und Llewellyn H. Rockwell, Jr., Hrsg. (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988); S. Koch, *Fractional Reserve Banking: A Practical Critique* (Masterarbeit, University of Nevada, Las Vegas, 1992).

gen. Unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs – freier Zugang zum Bankensektor – ist die Einlagengebühr, die die Einnahmen und mögliche Gewinnquelle einer Bank darstellt, in der Regel eine Mindestgebühr; und die Gewinne – oder besser gesagt, die Zinserträge – im Bankwesen sind in der Regel die gleichen wie in jeder anderen, nicht zum Bankensektor gehörenden Branche.

Andererseits dienen Banken, die ursprünglich institutionell völlig getrennt von Einlageninstituten waren, auch als Vermittler zwischen Sparern und Investoren – als Kreditbanken. In dieser Funktion bieten sie zunächst Sparern befristete Verträge an und schließen diese mit ihnen ab. Sparer leihen der Bank für einen bestimmten – kürzeren oder längeren – Zeitraum Geld gegen die vertragliche Verpflichtung der Bank zur zukünftigen Rückzahlung zuzüglich einer zusätzlichen Zinsrendite. Aus Sicht der Sparer tauschen sie gegenwärtiges Geld gegen das Versprechen von zukünftigem Geld: Die Zinsrendite ist ihre Belohnung dafür, dass sie die Funktion des Wartens übernehmen. Nachdem die Bank auf diese Weise vorübergehend das Eigentum an den Ersparnissen der Sparer erworben hat, verleiht sie dasselbe Geld an Investoren (einschließlich sich selbst) weiter, im Austausch für deren Verpflichtung zur zukünftigen Rückzahlung und Zinsen. Die Zinsdifferenz – die Differenz zwischen den an die Sparer gezahlten Zinsen und den den Kreditnehmern berechneten Zinsen – stellt den Preis für die Vermittlung zwischen Sparern und Investoren dar und bildet das Einkommen der Kreditbank. Was das Einlagengeschäft und die Einlagengebühren betrifft, so sind unter Wettbewerbsbedingungen auch die Kosten der Vermittlungen in der Regel minimal, und die Gewinne aus dem Kreditgeschäft entsprechen in der Regel denen, die auch anderswo erzielt werden können.

Weder das hier beschriebene Einlagengeschäft noch das Kreditgeschäft führen zu einer Erhöhung der Geldmenge oder einer einseitigen Umverteilung von Einkommen oder Vermögen. Für jede neu ausgegebene Einlagenbescheinigung wird ein gleichwertiger Geldbetrag aus dem Umlauf genommen (nur die Form des Geldes ändert sich, nicht seine Menge) und im Rahmen des Kreditgeschäfts wech-

selt derselbe Geldbetrag lediglich wiederholt den Besitzer. Alle Transaktionen – zwischen Einlegern und Einlageninstituten sowie zwischen Sparern, der vermittelnden Bank und Investoren – sind für alle Seiten vorteilhaft.

Im Gegensatz dazu beinhaltet das Teilreserve-Bankwesen eine absichtliche Verwechslung zwischen der Einlagen- und der Kreditfunktion. Es impliziert eine Erhöhung der Geldmenge und führt zu einer einseitigen Einkommensumverteilung zugunsten der Bank sowie zu wirtschaftlichen Ineffizienzen in Form von Boom-Bust-Konjunkturzyklen.

Die Verwirrung beider Bankfunktionen zeigt sich darin, dass im Rahmen des Teilreserve-Bankwesens entweder den Einlegern Zinsen gezahlt werden (anstatt dass sie eine Gebühr zahlen müssen) und/oder den Sparern das Recht auf sofortige Auszahlung gewährt wird (anstatt dass sie mit ihrem Antrag auf Rückzahlung bis zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt warten müssen). Technisch gesehen ergibt sich die Möglichkeit für eine Bank, solche Praktiken anzuwenden, aus der Tatsache, dass die Inhaber von Sichteinlagen (Ansprüche auf Geld, das auf Verlangen sofort zum Nennwert einlösbar ist) in der Regel ihr Recht *nicht* gleichzeitig ausüben, sodass nicht alle gleichzeitig mit einem Rückzahlungsantrag an die Bank herantreten. Dementsprechend hält eine Einlagenbank in der Regel einen Betrag an Reserven (an Geld im eigentlichen Sinne) vor, der über den tatsächlichen täglichen Abhebungen liegt. So wird es für die Bank möglich, diese „überschüssigen" Reserven an Kreditnehmer zu verleihen und damit Zinserträge zu erzielen (die die Bank dann teilweise in Form von verzinslichen Einlagenkonten an ihre Einleger weitergeben kann).

Befürworter des Teilreserve-Bankwesens behaupten in der Regel, dass diese Praxis, weniger als 100 Prozent Reserven zu halten, lediglich ein harmloses „Wirtschaften" mit Geld darstellt, und sie weisen gerne darauf hin, dass nicht nur die Bank, sondern auch die Einleger (die Zinsen erhalten) und die Sparer (die sofortige Auszahlungsrechte erhalten) von dieser Praxis profitieren. Tatsächlich weist das Teilreserve-Bankwesen zwei miteinander verbundene fatale

Mängel auf und ist alles andere als harmlos und rundum vorteilhaft. Zunächst einmal ist anzumerken, dass alles, was weniger als 100 Prozent Reserveeinlagen umfasst, eine sogenannte rechtliche Unmöglichkeit darstellt, denn indem die Bank ihre Überschussreserven für die Gewährung von Krediten verwendet, überträgt sie tatsächlich das vorübergehende Eigentum daran an einen Kreditnehmer, während die Einleger, die Anspruch auf sofortige Rückzahlung haben, ihr Eigentum an denselben Geldern behalten. Es ist jedoch unmöglich, dass Einleger *und* Kreditnehmer für eine gewisse Zeit das ausschließliche Verfügungsrecht über dieselben Ressourcen haben. Zwei Personen *können nicht gleichzeitig* die alleinigen Eigentümer derselben Sache sein. Dementsprechend muss jede Bank, die etwas anderes vorgibt – indem sie Verbindlichkeiten übernimmt, die über die tatsächlichen Reserven hinausgehen – als betrügerisch handelnd angesehen werden. Ihre vertraglichen Verpflichtungen *können nicht* erfüllt werden. Von Anfang an muss die Bank als von Natur aus bankrott angesehen werden – was sich daran zeigt, dass sie entgegen ihrer eigenen Annahme einem möglichen Ansturm auf die Bank nicht standhalten könnte.

Zweitens erhöht die Bank durch die Vergabe ihrer Überschussreserven an Kreditnehmer die Geldmenge, unabhängig davon, ob die Kreditnehmer diese Reserven in Form von Bargeld oder in Form von Sichteinlagen (Girokonten) erhalten. Wenn der Kredit in Form von echtem Geld gewährt wird, erhöht sich die Menge des im Umlauf befindlichen echten Geldes, ohne dass eine entsprechende Menge an Geldsubstituten aus dem Umlauf genommen wird; und wenn er in Form eines Girokontos gewährt wird, erhöht sich die Menge an Geldsubstituten, ohne dass eine entsprechende Menge an echtem Geld aus dem Umlauf genommen wird. In beiden Fällen ist nun mehr Geld im Umlauf als zuvor, was zu einer Verringerung der Kaufkraft des Geldes (Inflation) und damit zu einer systematischen Umverteilung des Realeinkommens zugunsten der Bank und ihrer Kreditnehmerkunden und zulasten der Nichtbank-Öffentlichkeit und aller anderen Bankkunden führt. Die Bank erhält zusätzliche Zinserträge, ohne dass sie einen zusätzlichen Beitrag zum realen

Vermögen der Nichtbank-Öffentlichkeit leistet (wie es der Fall wäre, wenn die Zinsrendite das Ergebnis reduzierter Bankausgaben, d.h. Ersparnisse, wäre); und die Kreditnehmer erwerben mit ihren Mitteln reale, nicht monetäre Vermögenswerte, wodurch sich das reale Vermögen der übrigen Öffentlichkeit um den gleichen Betrag verringert.

Darüber hinaus, sofern die Bank die Überschussreserven nicht einfach für den Eigenverbrauch ausgibt, sondern sie gegen Zinsen verleiht, kommt es unweigerlich zu einem Konjunkturzyklus.[21] Die Menge an angebotenem Kredit ist größer als zuvor. Infolgedessen sinkt der Preis für Kredite – die für Darlehen berechneten Zinsen – unter das Niveau, das sonst zu erwarten wäre. Bei einem niedrigeren Preis werden mehr Kredite aufgenommen. Da Geld kein weiteres Geld hervorbringen kann, müssen die Kreditnehmer ihre geliehenen Mittel in Investitionen umwandeln, um Zinserträge und darüber hinaus einen reinen Gewinn zu erzielen. Das heißt, sie müssen Produktionsfaktoren – Boden, Arbeit und möglicherweise Kapitalgüter (produzierte Produktionsfaktoren) – kaufen oder mieten, mit denen sie in Zukunft Güter produzieren können, deren Wert (Preis) den Wert der eingesetzten Mittel übersteigt. Entsprechend dem erweiterten Kreditvolumen werden mehr derzeit verfügbare Ressourcen in die Produktion *zukünftiger* Güter gebunden sein (anstatt für den gegenwärtigen Konsum verwendet zu werden), als dies sonst der Fall gewesen wäre; und um alle derzeit laufenden Investitionsprojekte abzuschließen, wird mehr Zeit benötigt als für die Fertigstellung derjenigen Projekte, die auch ohne die Kreditausweitung begonnen worden wären. Alle zukünftigen Güter, die ohne die Ausweitung entstanden wären, plus diejenigen, die aufgrund der Kreditausweitung neu hinzukommen, müssen produziert werden.

[21] Zur Theorie des Konjunkturzyklus siehe insbesondere Ludwig von Mises, *Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik* (Jena: Gustav Fischer, 1928); ders., *Human Action*, Kap. 20; F.A. Hayek, *Prices and Production* (London: Routledge and Kegan Paul, 1931); Murray N. Rothbard, *America's Great Depression* (Kansas City: Sheed and Ward, 1975).

Im Gegensatz zu einer Situation, in der der Zinssatz aufgrund eines Rückgangs der Zeitpräferenz (dem Grad, in dem gegenwärtige Güter gegenüber zukünftigen Gütern bevorzugt werden) sinkt und die Öffentlichkeit daher tatsächlich mehr gespart hat, um den Investoren im Austausch für ihre Zusage einer Rendite in Form zukünftiger Güter einen größeren Bestand an gegenwärtigen Gütern zur Verfügung zu stellen, hat im vorliegenden Fall keine solche Veränderung der Zeitpräferenz und der Ersparnisse stattgefunden. Die Öffentlichkeit hat *nicht* mehr gespart, und dementsprechend handelt es sich bei dem zusätzlichen Kreditbetrag, den die Bank gewährt hat, nicht um *Warenkredite* (Kredite, die durch Nicht-Geld-Güter gedeckt sind, auf deren Konsum die Öffentlichkeit verzichtet hat), sondern um *Umlauf-* oder *Zirkulationskredite* (Kredite, die buchstäblich aus dem Nichts geschaffen wurden – ohne entsprechende Opfer in Form von nicht konsumierten Nicht-Geld-Gütern seitens des Kreditgebers).[22] Wäre der zusätzliche Kredit ein Warenkredit gewesen, hätte dies ein erweitertes Investitionsvolumen gerechtfertigt. Es hätte ein ausreichend großes Angebot an gegenwärtigen Gütern gegeben, die für die Produktion zukünftiger Güter verwendet werden könnten, sodass alle – sowohl alte als auch neu begonnenen – Investitionsprojekte erfolgreich abgeschlossen und ein höheres Niveau des zukünftigen Konsums erreicht werden könnten. Wenn die Kreditausweitung jedoch auf die Gewährung von Zirkulationskrediten zurückzuführen ist, muss sich das daraus resultierende Investitionsvolumen tatsächlich als zu ehrgeizig erweisen. Irregeführt durch einen niedrigeren Zinssatz, verhalten sich Investoren so, *als ob* die Ersparnisse gestiegen wären. Sie entnehmen mehr der derzeit verfügbaren Ressourcen für Investitionsprojekte, die in zukünftige Kapitalgüter umgewandelt werden sollen, als angesichts der tatsächlichen Ersparnisse gerechtfertigt wäre. Infolgedessen werden die Preise für Kapitalgüter zunächst im Verhältnis zu den Preisen für Konsumgüter steigen, aber sobald sich die zugrunde liegende Zeitpräferenzrate der Öffentlichkeit wieder durchsetzt, wird es zu einer

[22] Zur grundlegenden Unterscheidung zwischen Warenkredit und Umlaufkredit siehe Mises, *The Theory of Money and Credit*, S. 263ff.

systematischen Verknappung von Konsumgütern kommen. Dementsprechend wird sich der Zinssatz nach oben anpassen, und nun steigen die Preise für Konsumgüter im Verhältnis zu den Preisen für Kapitalgüter, was die Liquidation eines Teils der Investitionen als nicht tragbare Fehlinvestitionen erforderlich macht. Der frühere Boom wird zu einem Bust führen und den zukünftigen Lebensstandard unter das Niveau senken, das sonst hätte erreicht werden können.

Unter den jüngsten Befürwortern des Teilreserve-Bankwesens verdienen die Fälle von Lawrence White und George Selgin[23] einige kritische Anmerkungen, schon allein deshalb, weil beide Kritiker des Friedmanschen Monetarismus sind und stattdessen an die Tradition der österreichischen und insbesondere der Misesschen Geldtheorie anknüpfen.[24] Ihr monetäres Ideal ist ein universelles Warengeld wie ein internationaler Goldstandard und darauf aufbauend ein System des Wettbewerbsbankwesens, das ihrer Meinung nach – aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz und der Gerechtigkeit – Teilreservebankwesen und die Gewährung von Umlaufmittelkrediten betreiben würde und dürfte.

Was die Frage der Gerechtigkeit angeht, bringen White und Selgin nur ein einziges Argument vor, um den angeblich nicht betrügerischen Charakter von Teilreserven zu belegen: Die Ächtung einer solchen Praxis würde einen Verstoß gegen den Grundsatz der Vertragsfreiheit darstellen, da sie „Banken und ihre Kunden daran hindern würde, vertragliche Vereinbarungen zu treffen, die für beide

---

[23] Siehe Lawrence White, *Competition and Currency* (New York: New York University Press, 1989); George Selgin, *The Theory of Free Banking* (Totowa, N.J.: Rowman and Littlefield, 1988).

[24] Eine Kritik an White und Selgin, die die Grundaussage von Mises' Theorie des Geldes und Bankwesens falsch interpretieren, findet sich bei Joseph Salerno, „The Concept of Coordination in Austrian Macroeconomics", in *Austrian Economics: Perspectives on the Past and Prospects for the Future*, Richard Ebeling, Hrsg. (Hillsdale, Mich.: Hillsdale College Press, 1991); ders., „Mises and Hayek Dehomogenized", *Review of Austrian Economics* 6, Nr. 2 (1993): 113–46.

Seiten akzeptabel sind".[25] Dies ist jedoch zweifellos ein unsinniges Argument. Zunächst einmal haben Banken mit Teilreserven ihre Einleger historisch gesehen nie darüber informiert, dass ein Teil oder die Gesamtheit ihrer Einlagen tatsächlich als Kredite vergeben werden und daher möglicherweise nicht jederzeit zur Rückzahlung bereitstehen würden. (Selbst wenn die Bank Zinsen auf Einlagenkonten gezahlt hätte und somit klar gewesen *wäre*, dass die Bank Einlagen als Kredite vergeben *muss*, bedeutet dies nicht, dass die Einleger diese Tatsache tatsächlich verstanden hätten. Tatsächlich kann man mit Sicherheit sagen, dass dies nur wenige, wenn überhaupt jemand, verstanden haben, selbst unter denen, die keine ökonomischen Analphabeten sind.) Auch haben Banken mit Teilreserve ihre Kreditnehmer nicht darüber informiert, dass ein Teil oder die Gesamtheit der ihnen gewährten Kredite aus dem Nichts geschaffen worden war und jederzeit zurückgefordert werden konnte. Wie kann man ihre Praxis dann anders als Betrug und Unterschlagung bezeichnen?

Zweitens, und noch entscheidender, bedeutet die Annahme, dass das Teilreserve-Bankwesen unter den Grundsatz der Vertragsfreiheit fällt und durch diese geschützt ist, ein völliges Missverständnis der eigentlichen Bedeutung dieses Grundsatzes. Vertragsfreiheit bedeutet nicht, dass jeder für beide Seiten vorteilhafte Vertrag zulässig sein sollte. Wenn A und B vertraglich vereinbaren, C zu berauben, würde dies eindeutig nicht im Einklang mit diesem Grundsatz stehen. Vertragsfreiheit bedeutet vielmehr, dass es A und B gestattet sein sollte, beliebige Verträge *über ihr eigenes Eigentum* abzuschließen, während das Teilreserve-Bankwesen den Abschluss von Verträgen über das Eigentum Dritter beinhaltet. Wenn die Bank ihre „überschüssigen" Reserven an einen Kreditnehmer verleiht, wirkt sich ein solcher bilateraler Vertrag in dreifacher Weise auf das Eigentum Dritter aus. Erstens wird durch die Erhöhung der Geldmenge die Kaufkraft aller anderen Geldbesitzer gemindert; zweitens wer-

[25] White, *Competition and Currency*, S. 156, sowie S. 55–56; George Selgin, „Short-Changed in Chile: The Truth about the Free-Banking Episode", *Austrian Economics Newsletter* (Winter/Frühjahr 1990): 5.

den alle Einleger geschädigt, weil die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass sie ihr Eigentum erfolgreich zurückerhalten; und drittens werden alle anderen Kreditnehmer – Kreditnehmer von Warenkrediten – geschädigt, weil die Zuführung von Fiat-Krediten die Sicherheit der gesamten Kreditstruktur beeinträchtigt und das Risiko eines Geschäftsausfalls für jeden Investor von Warenkrediten erhöht.

Um diese Einwände gegen die Behauptung, dass das Teilreserve-Bankwesen mit dem Grundsatz der Vertragsfreiheit vereinbar ist, zu überwinden, ziehen sich White und Selgin als letzte Verteidigungslinie auf die Position zurück, dass Banken ihren Banknoten eine „Optionsklausel" hinzufügen können, die die Einleger darüber informiert, dass die Bank die Einlösung jederzeit aussetzen oder aufschieben kann, und die Kreditnehmer darüber in Kenntnis setzt, dass ihre Kredite sofort zurückgerufen werden können.[26] Eine solche Praxis würde zwar den Vorwurf des Betrugs ausräumen, unterliegt jedoch einer weiteren grundlegenden Kritik, da solche Banknoten dann nicht mehr *Geld*, sondern eine besondere Form von *Lotterielosen* wären.[27] Es ist die Funktion des Geldes, als das am leichtesten wiederverkaufbare und am weitesten akzeptierte Gut zu dienen, um seinen Besitzer auf den sofortigen Kauf von direkt oder indirekt nutzbaren Konsum- oder Produktionsgütern zu einem noch unbekannten Zeitpunkt in der Zukunft vorzubereiten; daher muss alles, was als Geld dienen kann, um zu einem beliebigen Zeitpunkt in der Zukunft sofort wiederverkauft werden zu können, seinem Besitzer ein *absolutes* und *bedingungsloses* Eigentumsrecht verleihen. Im krassen Gegensatz dazu besitzt der Eigentümer einer Banknote, an die eine Optionsklausel geknüpft ist, *kein* bedingungsloses Eigentumsrecht. Vielmehr hat er, ähnlich wie der Inhaber eines „Parktickets mit Teilreserve" (bei dem mehr Tickets verkauft werden, als Parkplätze zur Verfügung stehen, und die Plätze nach dem Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst" vergeben werden), lediglich das

[26] White, *Currency and Competition*, S. 157; Selgin, *The Theory of Free Banking*, S. 137.
[27] Siehe Block, „Fractional Reserve Banking: An Interdisciplinary Perspective", S. 30.

Recht, an der Verlosung bestimmter Preise teilzunehmen, die aus dem Eigentum oder der zeitweiligen Nutzung bestimmter Güter nach bestimmten Regeln bestehen. Da es sich jedoch um Verlosungsrechte und nicht um bedingungslose Eigentumsrechte handelt, besitzen sie nur bis zum Zeitpunkt der Ziehung einen *zeitlich begrenzten* Wert und werden wertlos, sobald die Preise an die Ticketinhaber vergeben wurden; daher wären sie als Tauschmittel völlig ungeeignet.

Was die zweite Behauptung betrifft, dass das Teilreserve-Bankwesen wirtschaftlich effizient ist, ist es bemerkenswert, dass White, obwohl er zweifellos mit der österreichisch-misesianischen Behauptung vertraut ist, dass jede Zuführung von Fiat-Krediten zu einem Boom-Bust-Zyklus führen muss, das Problem der Konjunkturzyklen nirgendwo erwähnt. Nur Selgin geht auf das Problem ein. In seinem Versuch zu zeigen, dass das Teilreserve-Bankwesen keine Konjunkturzyklen verursacht, verfällt Selgin jedoch in den grundlegenden keynesianischen Irrtum, die Geldnachfrage (bestimmt durch den Nutzen des Geldes) und die Ersparnisse (bestimmt durch die Zeitpräferenz) zu verwechseln.[28]

Laut Selgin bedeutet „das Halten von Innengeld freiwilliges Sparen"; dementsprechend „rechtfertigt eine steigende Geldnachfrage eine Erhöhung der Bankkredite und Investitionen", weil

> immer wenn eine Bank ihre Verbindlichkeiten im Zuge der Vergabe neuer Kredite und Investitionen ausweitet, sind es die Inhaber der Verbindlichkeiten, die letztlich die Kreditgeber sind, und was sie verleihen, sind die realen Ressourcen, die sie erwerben könnten, wenn sie das Geld nicht halten, sondern ausgeben würden.[29]

[28] Eine Kritik dieses Irrtums findet sich bei Rothbard, *America's Great Depression*, S. 39–43; Hans-Hermann Hoppe, „Theory of Employment, Money Interest, and the Capitalist Process: The Misesian Case Against Keynes", in *The Economics and Ethics of Private Property*, Hoppe, Hrsg. (Boston: Kluwer, 1993), S. 119–20, 137–38.
[29] Selgin, *The Theory of Free Banking*, S. 55.

Ausgehend von dieser Sichtweise, dass das Halten von Geld eine Ersparnis darstellt und eine erhöhte Geldnachfrage mit einer erhöhten Ersparnis gleichzusetzen ist, kritisiert Selgin Mises' Behauptung, dass *jede* Ausgabe von Umlaufmitteln, die den Zinssatz unter sein „natürliches" Niveau senkt, zwangsläufig einen Konjunkturzyklus auslöst, als „verwirrt". „Die Ausgabe von Umlaufmitteln als Reaktion auf eine größere Nachfrage nach Innengeldguthaben hat keine negativen Folgen."[30]

Die Verwirrung geht jedoch allein von Selgin aus. Zunächst einmal ist es falsch zu behaupten, dass das Halten von Geld (also das Nicht-Ausgeben) gleichbedeutend mit Sparen ist.

Man könnte genauso gut sagen – und das wäre ebenso falsch – dass das Nicht-Ausgeben von Geld gleichbedeutend mit *Nicht*-Sparen ist. Tatsächlich ist Sparen Nicht-Konsumieren, und die Nachfrage nach Geld hat nichts mit Sparen oder Nicht-Sparen zu tun. Die Nachfrage nach Geld ist die mangelnde Bereitschaft, Nicht-Geld-Güter zu kaufen oder zu mieten, darunter Konsumgüter (gegenwärtige Güter) *und* Investitionsgüter (zukünftige Güter). Geld nicht auszugeben bedeutet, *weder* Konsumgüter *noch* Investitionsgüter zu kaufen. Im Gegensatz zu Selgin sieht die Sache also wie folgt aus: Individuen können ihre Geldvermögen auf drei Arten verwenden. Sie können sie für Konsumgüter ausgeben, sie können sie für Investitionen ausgeben oder sie können sie in Form von Bargeld aufbewahren. Es gibt keine anderen Alternativen. Während eine Person jederzeit Entscheidungen über drei Margen gleichzeitig treffen muss, wird das Ergebnis ausnahmslos von zwei unterschiedlichen und praxeologisch unabhängigen Faktoren bestimmt. Das Verhältnis zwischen Konsum und Investition (die Entscheidung, wie viel Geld für den Konsum und wie viel für Investitionen ausgegeben wird) wird durch die Zeitpräferenz einer Person bestimmt (das Ausmaß, in dem sie den gegenwärtigen Konsum dem zukünftigen Konsum vorzieht). Andererseits ist die Quelle seiner Nachfrage nach Bargeld der mit Geld verbundene Nutzen (die persönliche Befriedi-

[30] Ebenda, S. 61–62.

gung, die er aus Geld zieht, indem es ihm den sofortigen Kauf von direkt oder indirekt nutzbaren Konsum- oder Produktionsgütern zu ungewissen zukünftigen Zeitpunkten ermöglicht).

Wenn also die Nachfrage nach Geld bei gegebenem gesellschaftlichen Geldbestand steigt, kann diese zusätzliche Nachfrage nur durch eine Senkung der Geldpreise für Nicht-Geld-Güter befriedigt werden. Die Kaufkraft des Geldes steigt, der *reale* Wert der individuellen Bargeldbestände erhöht sich, und bei einer höheren Kaufkraft pro Geldeinheit werden sich Nachfrage und Angebot nach Geld wieder im Gleichgewicht befinden. Der relative Preis von Geld gegenüber Nichtgeld wird sich verändert haben. Aber sofern nicht gleichzeitig eine Veränderung der Zeitpräferenz angenommen wird, bleiben der *reale* Konsum und die *realen* Investitionen unverändert: Die zusätzliche Geldnachfrage wird durch eine Verringerung der nominalen Konsum- und Investitionsausgaben entsprechend dem zuvor bestehenden Konsum-/Investitionsverhältnis befriedigt, wodurch die Geldpreise sowohl für Konsum- als auch für Produktionsgüter sinken und der reale Konsum und die realen Investitionen genau auf ihrem alten Niveau bleiben. Wenn man jedoch davon ausgeht, dass sich die Zeitpräferenz parallel zur gestiegenen Geldnachfrage verändert, ist alles möglich.

Wenn die Ausgaben ausschließlich für Investitionsgüter reduziert würden, könnte eine erhöhte Geldnachfrage sogar mit einem Anstieg des Zinssatzes und einem Rückgang der Ersparnisse und Investitionen einhergehen. Dies oder das ebenso mögliche gegenteilige Ergebnis wäre jedoch nicht auf eine Veränderung der Geldnachfrage zurückzuführen, sondern ausschließlich auf eine Veränderung (einen Anstieg oder einen Rückgang) der Zeitpräferenzkurve. Wenn das Bankensystem dem Rat von Selgin folgen und einer erhöhten Nachfrage nach Bargeld durch die Ausgabe von Umlaufkrediten entgegenkommen würde, würde in jedem Fall die soziale Zeitpräferenzkurve verfälscht, es käme zu übermäßigen Investitionen und es würde ein Boom-Bust-Zyklus in Gang gesetzt, der die Praxis des Teilreserve-Bankwesens betrügerisch *sowie* wirtschaftlich ineffizient machen würde.

Der Vorschlag von White und Selgin für ein auf Warengeld basierendes System des wettbewerbsorientierten Teilreservebankwesens – also teilweise Fiatgeld – ist weder gerecht (weshalb der Begriff „freies Bankwesen" unangemessen ist) noch führt er zu wirtschaftlicher Stabilität. Er stellt keine grundlegende Verbesserung gegenüber der monetaristischen Realität monopolistisch ausgegebener reiner Fiatwährungen dar. In einer Hinsicht enthält Friedmans Vorschlag für reines Fiatgeld sogar eine realistischere und korrektere Analyse als der von White und Selgin, da Friedman „die früher als ‚inhärente Instabilität' des Teilreservebankwesens bezeichnete Eigenschaft" anerkennt und versteht, dass diese inhärente Instabilität des wettbewerbsorientierten Teilreservebankwesens früher oder später in einer „Liquiditätskrise" zusammenbrechen und dann ohnehin zu seinem bevorzugten System führen wird – einer von der Regierung bereitgestellten reinen Fiatwährung.[31]

Nur ein System aus universellem Warengeld (Gold), wettbewerbsorientierten Banken *und* einem 100-prozentigen Reservesystem mit einer strikten funktionalen Trennung von Kredit- und Einlagenbankwesen stellt ein gerechtes Währungssystem dar, das wirtschaftliche Stabilität gewährleisten und eine echte Antwort auf das aktuelle monetaristische Fiasko bieten kann.

[31] Siehe Friedman und Schwartz, „Has Government Any Role in Money?"

7

Gegen Umlaufmittel

Fast alle zeitgenössischen österreichischen Ökonomen sind sich einig in ihrer Ablehnung des Zentralbankwesens und in ihrer Befürwortung eines Systems des freien Wettbewerbs im Bankwesen. Allerdings ist eine lebhafte Debatte über die genaue Bedeutung von „freiem Wettbewerbsbankwesen" entbrannt. Erfordert „freies Bankwesen" ein Einlagensystem mit 100-prozentiger Reserve oder erlaubt oder erfordert es sogar ein Einlagensystem mit Teilreserve? In einem kürzlich in der *Review of Austrian Economics* erschienenen Artikel haben George A. Selgin und Lawrence White, die beiden prominentesten zeitgenössischen österreichischen Befürworter des „freien Bankwesens" als Teilreserve-Bankwesen, einen systematischen Versuch unternommen, ihren zahlreichen österreichischen Kritikern und Verteidigern des 100-Prozent-Reserve-Einlagenbankwesens zu antworten.[1]

[Dieser Artikel wurde mit Unterstützung von Jörg Guido Hülsmann und Walter Block verfasst und ist ein Nachdruck aus dem *Quarterly Journal of Austrian Economics* 1, Nr. 1 (Frühjahr 1998).]

[1] George Selgin und Lawrence White, „In Defense of Fiduciary Media—or, We are Not Devo(lutionists), We are Misesians!" *Review of Austrian Economics* 9 Nr. 2 (1996): 83–107.

Seltsamerweise wählten Selgin und White in ihrer Antwort auf ihre verschiedenen Kritiker als zentrales Ziel einen Artikel von Hans-Hermann Hoppe („How is Fiat Money Possible? – or, The Devolution of Money and Credit", *Review of Austrian Economics* 7, Nr. 2 (1994): 49–74), der sich nur oberflächlich mit ihrer Position befasst. Andere österreichische Kritiker des Teilreserve-Bankwesens, die in Selgins und Whites Artikel

Gegen die Vorwürfe ihrer Kritiker versuchen Selgin und White, zwei Thesen aufzustellen. Erstens behaupten sie, dass die Praxis des Teilreserve-Bankwesens, d.h. die Ausgabe von Fiatgeld, keinen Betrug darstellt, sondern durch den Grundsatz der Vertragsfreiheit gerechtfertigt ist, und insbesondere behaupten sie, dass das Teilreserve-Bankwesen mit der von Murray N. Rothbard entwickelten Titelübertragungstheorie durch Verträge im Einklang steht (so dass Rothbard, der das Teilreserve-Bankwesen für betrügerisch hält, seine eigene Theorie nicht verstanden haben muss). Zweitens versuchen sie zu zeigen, dass die Schaffung von Fiatgeld nicht zwangsläufig zu wirtschaftlicher Ineffizienz und Koordinationsproblemen führt, sondern sogar dazu beitragen kann, eine ansonsten unvermeid-

---

ausdrücklich behandelt wurden, sind Walter Block, „Fractional Reserve Banking: An Interdisciplinary Perspective“, in *Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard*, Walter Block und Llewellyn H. Rockwell, Jr., Hrsg. (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988) und Jesús Huerta de Soto, „A Critical Analysis of Central Banks and Fractional-Reserve Free Banking from the Austrian Perspective“, *Review of Austrian Economics* 8, Nr. 2 (1995): 25–36. Murray N. Rothbard, der prominenteste Kritiker des Teilreserve-Bankwesens, wird nur indirekt angegriffen; und obwohl mehrere seiner Werke in der Bibliografie erwähnt werden, werden Rothbards spätere Schriften zu diesem Thema („The Myth of Free Banking in Scotland“, *Review of Austrian Economics* 2 [1988]: 229–57; ders., „Aurophobia: or, Free Banking on What Standard?“ *Review of Austrian Economics*, 6, Nr. 1 [1992]: 97–108; ders., „The Present State of Austrian Economics“, *Journal des Economistes et des Etudes Humaines* 6, Nr. 2 [1995]) werden nicht erwähnt. Ebenso völlig ignoriert werden die Kritiken von Joseph T. Salerno („Two Traditions in Modern Monetary Theory: John Law and A.R.J. Turgot“, *Journal des Economistes et des Etudes Humaines* 2, Nr. 2/3 [1991]; ders., „The Concept of Coordination in Austrian Macroeconomics“, in *Austrian Economics: Perspectives on the Past and Prospects for the Future*, Richard Ebeling, Hrsg. [Hillsdale, Mich.: Hillsdale College Press, 1991]; und ders., „Mises and Hayek Dehomogenized“, *Review of Austrian Economics* 6, Nr. 2 [1993]: 113–46). Selgin und White gehen auch nicht auf die jüngste und umfassendste Kritik an ihrer Arbeit durch Jörg Guido Hülsmann („Free Banking and the Free Bankers“, *Review of Austrian Economics* 9, Nr. 1 [1996]: 3–53) ein, was ihnen in diesem Fall auch nicht möglich gewesen wäre.

bare Krise zu verhindern und somit die Wirtschaftsleistung zu verbessern. Im Folgenden werden wir zeigen, dass weder die zentrale normative Behauptung noch die sekundäre positive Behauptung begründet sind.[2]

[2] Aus dogmatischer Sicht behaupten Selgin und White auch, dass ihre Auffassung vom Teilreserve-Bankwesen mit der von Ludwig von Mises übereinstimmt; daher bezeichnen sie sich selbst als Misesianer und behaupten, dass die Verfechter des 100-Prozent-Reserve-Bankwesens Abweichler seien. Diese Behauptung kann zurückgewiesen werden. Tatsächlich hat Selgin (*The Theory of Free Banking: Money Supply under Competitive Note Issue* [Totowa, N.J.: Rowman and Littlefield, 1988], S. 60–63) offen eingeräumt, dass die Ansichten von Mises und seinen eigenen Ansichten zu Fiatgeld widersprüchlich sind, und Whites Versuch, Mises als Befürworter des Teilreserve-Freibankwesens darzustellen, wurde von Salerno („Mises and Hayek Dehomogenized", *Review of Austrian Economics* 6, Nr. 2 [1993]: 113–46) besprochen. An dieser Stelle genügt es, ein Zitat von Mises anzuführen:

> Das Wichtigste ist, dass der Staat nicht mehr in der Lage sein sollte, die im Umlauf befindliche Geldmenge und den Betrag an Scheckbuchgeld, der nicht vollständig – d.h. zu 100 Prozent – durch Einlagen der Öffentlichkeit gedeckt ist, zu erhöhen… Keiner Bank darf es gestattet sein, den Gesamtbetrag ihrer Scheckeinlagen oder den Saldo solcher Einlagen eines einzelnen Kunden zu erhöhen… es sei denn durch die Entgegennahme von Bareinlagen… oder durch die Entgegennahme eines Schecks, der von einer anderen inländischen Bank unter denselben Beschränkungen ausgestellt wurde. Dies bedeutet eine starre 100-prozentige Reserve für alle zukünftigen Einlagen, d.h. alle Einlagen, die am ersten Tag der Reform noch nicht bestanden. (*The Theory of Money and Credit* [Irvington-on-Hudson, N.Y.: Foundation for Economic Education, 1978], S. 438 und 48)

Siehe auch Anmerkungen 11, 25, 37, 47 und 48 unten.

DIE FRAGE DES BETRUGS I: GELD, GELDERSATZMITTEL, UMLAUFMITTEL UND DIE TITELÜBERTRAGUNGSTHEORIE DURCH VERTRÄGE

Um die Frage zu klären, ob das Teilreserve-Bankwesen einen Betrug darstellt oder nicht, müssen zunächst einige sachliche Annahmen und terminologische Fragen geklärt werden. Glücklicherweise besteht zwischen beiden Seiten der Debatte fast vollständige Einigkeit in diesen Fragen, sodass wir uns sehr kurz fassen können. Geld kann nur als Ware wie beispielsweise Gold entstehen. Gold als Geld wird definiert als „allgemein akzeptiertes Tauschmittel" und zeichnet sich als solches durch seine „im Vergleich zu allen anderen Vermögenswerten überragende Verkaufbarkeit" aus (so dass sein „Besitz einen in die Lage versetzt, jeden potenziellen Kauf mit minimalen Unannehmlichkeiten tätigen zu können").[3] Geldersatzmittel wiederum werden als Ansprüche oder Titel auf bestimmte Geldbeträge in Gold definiert. Wenn Geldersatzmittel (Papiergeld) vollständig durch Geldreserven (Gold) gedeckt sind, bezeichnet Mises sie als „Geldzertifikate", und wir werden sie hier einfach als Geldersatzmittel bezeichnen. Wenn Geldersatzmittel (Papierscheine) nicht durch Geld (Gold) gedeckt sind, werden sie stattdessen als Umlaufmittel bezeichnet.[4]

---

[3] Lawrence H. White, *Competition and Currency* (New York: New York University Press, 1989).

[4] Siehe Salerno, „Ludwig von Mises's Monetary Theory in Light of Modern Monetary Thought", *Review of Austrian Economics* 8, Nr. 1 (1994): 71–115. Selgin und White heben hervor, dass Hoppe sie als Befürworter von „teilweisem Fiatgeld" bezeichnet habe, müssen aber letztlich zugeben, dass er ihre Position als Verfechter eines auf einem Goldstandard basierenden Teilreservesystems nicht falsch dargestellt hat. Ihre Beschwerde läuft letztlich auf einen Streit über Semantik hinaus. Wir werden sie hier ebenfalls als solchen behandeln und uns stattdessen ausschließlich auf inhaltliche Meinungsverschiedenheiten konzentrieren.
Die Anschuldigung, Selgin und White seien Befürworter von Fiatgeld, geht in dem untersuchten Artikel noch weiter. Denn laut Selgin und White (im Gegensatz zu Mises' Analyse der Funktionsweise eines solchen Sys-

Auf der Grundlage dieser Annahmen und Definitionen können wir uns nun der Frage zuwenden, ob die Ausgabe von Umlaufmitteln einen Betrug darstellt oder nicht. Glücklicherweise wird die Diskussion dieser Frage dadurch erleichtert, dass Selgin und White die Rothbardsche Theorie der Eigentumsübertragung durch Verträge ausdrücklich akzeptieren. Dass die Ausgabe von Umlaufmitteln von Natur aus betrügerisch ist, wie Rothbard und Hoppe behaupten, finden Selgin und White

> unvereinbar mit Rothbards… Titelübertragungstheorie durch Verträge, die wir akzeptieren und die Rothbard ansonsten verwendet,

---

tems) soll sich in einem „ausgereiften System des freien Bankwesens" eine Situation ergeben, in der

> Im Extremfall, wenn die Abrechnungen zwischen Clearingstellen vollständig mit anderen Vermögenswerten (vielleicht Forderungen gegenüber einer Super-Clearingstelle, die selbst nur vernachlässigbare Rohstoffwährungen hält) erfolgen würden und wenn die Öffentlichkeit vollständig vom Halten von Warenwährungen entwöhnt wäre, wäre die aktive Nachfrage nach der altmodischen Geldware völlig nichtmonetär. (Lawrence White, *Competition and Currency* [New York: New York University Press, 1989], S. 235)

So bemerkt Salerno („Ludwig von Mises's Monetary Theory in Light of Modern Monetary Thought", *Review of Austrian Economics* 8, Nr. 1 [1994]: 71–115, S. 76, Anm. 7) in Bezug auf das letztendliche Ziel von Selgin und White: „Die Öffentlichkeit würde vermutlich endlich von ihren Goldfesseln befreit werden, um die Vorzüge eines durch die unsichtbare Hand geschaffenen privaten Fiatgeldes zu genießen." Was semantische Neuerungen und Abweichungen von der orthodoxen Mises-Terminologie und damit potenzielle Quellen der Verwirrung angeht, müssen wir außerdem die Schriften von Selgin und White selbst berücksichtigen. Denn indem sie Geld und Geldsubstitute als „Außen-" bzw. „Innengeld" bezeichnen, von „Basisgeld", „Grundgeld", „Bankgeld", „hochwirksamem" und „wenig wirksamem" Geld sprechen und ja, den Golddollar „als Ersatz für Bankeinlagen" bezeichnen, zeigen sie ein ungewöhnliches Maß an semantischer Kreativität. Darüber hinaus sind ihre Schriften durch die Wahl ihrer Begriffe, die suggerieren, dass all diese Dinge irgendwie gleichermaßen „Geld" sind, tatsächlich zu einer Quelle der Verwirrung geworden. Siehe hierzu Hülsmann, „Free Banking and the Free Bankers", S. 5ff.

> um die Freiheit einvernehmlich handelnder Individuen zu verteidigen, mit ihrem (rechtmäßig erworbenen) Eigentum kapitalistische Handlungen durchzuführen. Rothbard definiert Betrug als „die Nichterfüllung einer freiwillig vereinbarten Eigentumsübertragung". Teilreservevereinbarungen können daher nicht *von Natur aus* oder *zwangsläufig* betrügerisch sein. Ob eine bestimmte Bank durch das Halten von Teilreserven Betrug begeht, muss von den Bedingungen der Eigentumsübertragungsvereinbarungen zwischen der Bank und ihren Kunden abhängen.[5] …
>
> Ob es betrügerisch ist, Teilreserven für Bankverbindlichkeiten zu halten, hängt nicht *per se* davon ab, ob es sich um eine Sicht- oder eine Terminverbindlichkeit handelt, sondern nur davon, ob die Bank fälschlicherweise behauptet hat, 100 Prozent Reserven zu halten. Die Einforderbarkeit einer bestimmten Forderung einer Bank, d.h. die vertragliche Option des Inhabers, diese jederzeit einzulösen, ist *per se* keine Darstellung, dass die Bank 100 Prozent Reserven für die Gesamtheit ihrer einforderbaren Forderungen hält. Rothbard argumentiert anders, basierend auf der Ansicht, dass die Sichteinlagen und Banknoten einer Bank notwendigerweise „Lagerquittungen" und keine Schulden sind. Wir sehen keinen Grund, warum Banken und Kunden nicht vertraglich vereinbaren können, dass es sich um Schulden und nicht um Lagerquittungen handelt, und wir glauben, dass sie dies historisch gesehen auch so vereinbart haben.[6]

Das mag auf den ersten Blick plausibel klingen, hält aber einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Tatsächlich zeigt die zitierte Passage, dass die grundlegendste Lehre in Bezug auf Eigentum und Verträge übersehen wurde. Wie Hoppe es formulierte: „Zwei Personen können nicht gleichzeitig die alleinigen Eigentümer ein und derselben Sache sein."[7] Dies ist ein unveränderliches Prinzip; es ist ein Gesetz der Natur und des Handelns, das kein Vertrag ändern oder außer Kraft setzen kann. Vielmehr ist jede vertragliche Vereinba-

[5] Selgin und White, „In Defense of Fiduciary Media", S. 86–87.
[6] Ebenda, S. 87, Anm. 8.
[7] Es ist auch „unmöglich, dass ein zeitweiliger Einleger und ein Kreditnehmer gleichzeitig das ausschließliche Verfügungsrecht über dieselben Ressourcen haben" (Hoppe, „How is Fiat Money Possible?", S. 67).

rung, die zwei verschiedene Personen als gleichzeitige Eigentümer derselben Sache (oder alternativ dieselbe Sache als gleichzeitig im Besitz von mehr als einer Person) darstellt, objektiv falsch und somit betrügerisch.[8] Genau dies ist jedoch bei einer Teilreservevereinbarung zwischen Bank und Kunde der Fall.

Durch die Ausgabe und Annahme eines Umlaufmittel-Scheins (zu einem zwangsläufig reduzierten Preis) haben sowohl die Bank als auch der Kunde, unabhängig davon, was sie über die Transaktion glauben oder denken mögen, *tatsächlich* vereinbart, sich – in betrügerischer Weise – gleichzeitig als Eigentümer ein und desselben Gegenstands darzustellen. Sie haben tatsächlich vertraglich vereinbart, zusätzliche Eigentumsrechte und Ansprüche auf dieselbe vorhandene Menge an Eigentum zu schaffen. Durch die Ausgabe von Umlaufmittel-Scheinen schaffen sie kein zusätzliches Eigentum – und können dies auch gar nicht. Tatsächlich kann kein Vertrag die bereits existierende Menge an Eigentum erhöhen, sondern nur bestehendes Eigentum von einer Person auf eine andere übertragen (umverteilen). Die Menge an bestehendem Eigentum kann nur durch zusätzliche Aneignung und Produktion erhöht werden (und eine dadurch vergrößerte Menge an Eigentum kann wiederum zu einer entsprechend erhöhten Anzahl von Eigentumsrechten führen). Das Teilreserve-Bankwesen und die Ausgabe von Umlaufmitteln erhöhen zwar nicht die Menge des vorhandenen Eigentums und können dies auch gar nicht, aber sie beinhalten auch nicht (wie alle anderen Verträge) eine Übertragung von vorhandenem Eigentum oder Eigentumsrechten von einer Hand in eine andere. Auch die Ausgabe und Annahme eines Umlaufmittelscheins bedeutet keine Übertragung von Eigentum von der Bank auf den Kunden oder umgekehrt. Zwar

[8] Selbst Partner können nicht gleichzeitig *dasselbe* besitzen. A und B können jeweils die Hälfte eines Haushalts oder die Hälfte der Anteile daran besitzen, aber sie besitzen jeweils *unterschiedliche* 50 Prozent. Es ist logisch ebenso unmöglich, dass sie dieselbe Hälfte besitzen, wie dass zwei Personen denselben Raum einnehmen. Ja, A und B können beide zur gleichen Zeit in New York City sein, aber nur in unterschiedlichen Teilen davon.

ändert sich durch die Ausgabe von Fiatgeld die Verteilung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf den Konten der Bank und des Kunden. Aber es wird keine tatsächlich vorhandene Menge an Eigentum von der Bank auf den Kunden oder umgekehrt übertragen, und die Gesamtmenge des vorhandenen Eigentums bleibt unverändert. Vielmehr stellen Umlaufmittel neue und zusätzliche Titel oder Ansprüche auf einen bestehenden und unveränderten Bestand an Eigentum dar. Sie sind nicht das Ergebnis und der dokumentierte Ausgang einer zusätzlichen Bereitstellung von Eigentum seitens der Bank oder ihres Kunden. Stattdessen stellen sie eine zusätzliche Bereitstellung von Eigentumstiteln dar, während die Bereitstellung von *Eigentum* konstant geblieben ist. Genau in diesem Sinne kann man sagen, dass Umlaufmittel aus dem Nichts geschaffen werden. Es handelt sich um eigentumslose Titel auf der Suche nach Eigentum. Dies stellt an sich schon einen Betrug dar, sei es nach Rothbards Definition des Begriffs als „die Nichterfüllung einer freiwillig vereinbarten Eigentumsübertragung" oder nach Selgin und Whites eigener Definition als „*vorsätzliche* oder *bewusste* Täuschung zum Zwecke des Gewinns". Jeder Emittent und Käufer eines Umlaufmittelscheins (einem Geldanspruch, der nicht durch Geld gedeckt ist) ist, unabhängig davon, was er glauben mag – objektiv gesehen – tatsächlich an einer Falschdarstellung zum Zwecke des persönlichen Gewinns beteiligt. Die Bank und ihr Kunde haben sich bereit erklärt, sich fälschlicherweise als Eigentümer einer Menge von Eigentum auszugeben, das ihnen nicht gehört und das offensichtlich nicht existiert; und wann immer sie eine existierende Menge von Eigentum im Austausch gegen Titel auf eine nicht existierende Menge von Eigentum kaufen, machen sie sich unweigerlich und unausweichlich einer betrügerischen Aneignung schuldig.[9]

[9] Jesús Huerta de Soto („A Critical Analysis of Central Banks", S. 33) vergleicht die Auswirkungen des Teilreserve-Bankwesens zutreffend mit denen der sogenannten Tragödie der Allmende. Selgin und White („In Defense of Fiduciary Media", S. 92–93, Anm. 12) lehnen die Analogie von de Soto mit der Begründung ab, dass die Tragödie der Allmende sich laut Selgin und White „auf eine bestimmte Art von technologischer Exter-

Dass Selgin und White dies nicht erkennen und an die ethische Unschuld des Teilreserve-Bankwesens glauben, ist auf zwei Verwirrungen zurückzuführen. Einerseits erkennen sie, wie bereits angedeutet, nicht, dass kein Objekt – und keine Geldmenge (Gold) – gleichzeitig mehr als einer Partei gehören kann und dass kein Vertrag die Menge an existierendem Eigentum erhöhen kann, und dass daher jede gegenteilige Behauptung von Natur aus betrügerisch ist. Andererseits, und damit eng verbunden, erkennen Selgin und White den grundlegenden praxeologischen Unterschied zwischen Eigentum und Eigentumsrechten nicht an. Vielmehr verschleiern sie diese Unterscheidung ständig, indem sie Geld (Gold) und Geldersatzmit-

---

nalität" bezieht, „eine physische oder anderweitige direkte Beeinträchtigung des Konsums oder der Produktion einer Person" beinhaltet und „eine Interaktion außerhalb des Marktes" darstellt. Im Gegensatz dazu, so Selgin und White, sei die „Externalität von Umlaufmitteln" eine harmlose finanzielle „Auswirkung auf das Vermögen einer Person, die über das Preissystem", d.h. über Veränderungen im System der relativen Preise, übertragen wird und „eine gegenseitige Abhängigkeit über den Markt" darstellt. Selgin und White irren sich: Ein Objekt und ein Eigentumsrecht an einem Objekt sind nicht dasselbe.

Indem sie Geld und Geldersatzmittel unter dem gemeinsamen Begriff „Geld" zusammenfassen, als wären sie irgendwie dasselbe, verkennen Selgin und White, dass die Ausgabe von Umlaufmitteln – eine Erhöhung der Eigentumsrechte – nicht dasselbe ist wie eine größere Menge an Eigentum und dass relative Preisänderungen, die durch die Ausgabe von Umlaufmitteln bewirkt werden, eine ganz andere „Externalität" darstellen als Preisänderungen, die durch eine Erhöhung der Menge an Eigentum bewirkt werden. Mit dieser grundlegenden Unterscheidung zwischen Eigentum und Eigentumsrecht im Hinterkopf ergibt de Sotos Analogie zwischen dem Teilreservesystem und der Tragödie der Allmende durchaus Sinn. Wie im Szenario einer Tragödie der Allmende löst jede Ausgabe von Umlaufmitteln – für Eigentumsrechte auf der Suche nach Eigentum – einen Wettlauf aus, der immer bei der Bank und ihren Kunden beginnt, um diese leeren Ansprüche mit vorhandenem Eigentum zu füllen; und im Zuge dieses Wettlaufs werden sich die Erstankömmlinge ausnahmslos physisch bereichern (durch die Aneignung bestehender Mengen an Eigentum) auf Kosten einer entsprechenden Verarmung der Nachzügler, deren Menge an bestehendem Eigentum physisch verringert wird, während sie mit einer größeren Anzahl von Eigentumstiteln zurückbleiben.

tel (Banknoten) unter dem gleichen Begriff „Geld" zusammenfassen. Denn wenn Geld (Gold) und Ansprüche auf Geld (Banknoten) beide als „Geld" definiert werden, dann scheint es in der Tat so zu sein, dass es keinen Unterschied macht, ob das Geldangebot oder das Angebot an Banknoten steigt. Beides ist „Geld" und daher hat definitionsgemäß in beiden Fällen dasselbe Ereignis stattgefunden – eine Erhöhung des Geldangebots. Das ändert jedoch nichts an den Tatsachen, sondern definiert sie lediglich aus der Existenz heraus.

Natürlich steht es jedem frei, wie Selgin und White richtig bemerken, jede beliebige Definition zu übernehmen und jede beliebige Unterscheidung zu treffen. Definitionen schaffen jedoch keine wirklichen Unterscheidungen, sie können sie jedoch verschwinden lassen. Sie können solche Unterscheidungen entweder widerspiegeln oder sie ignorieren und verwechseln; und es ist klar, dass die unterschiedslose Bezeichnung von Geld und Geldersatzmitteln als Geld den Unterschied zwischen zwei kategorisch – praxeologisch – unterschiedlichen Phänomenen und Sachverhalten verschleiert. Ein Anspruch auf Geld und eine Erhöhung der Ansprüche sind nicht dasselbe wie Geld und eine Erhöhung des Geldes. Im Gegensatz zu einer Erhöhung der Geldmenge (Gold) oder einer Erhöhung der Ansprüche, die durch eine entsprechende Erhöhung des Geldes gedeckt ist, bedeutet jede Erhöhung der Menge der Ansprüche auf Geld, die nicht mit einer Erhöhung der Geldmenge einhergeht, zwangsläufig, dass ein und dieselbe Geldmenge gleichzeitig mehr als einer Person gehört; und da dies physikalisch unmöglich ist – die Geldmenge ist unverändert und alles vorhandene Geld muss derzeit jemandem gehören – beinhaltet jede Einlösung eines Umlaufmittel-Eigentumsrechts, sei es in Geld oder in einer anderen Form von echtem Eigentum, einen Akt der unrechtmäßigen Aneignung.

Nehmen wir an, es gibt sowohl Eigentum selbst als auch Eigentumsrechte (Scheine). Neben Eigentum an Konsumgütern, Produktionsgütern und Geld wird angenommen, dass auch Eigentumsrechte an Konsumgütern, Produktionsgütern und Geld existieren. Der Ursprung von Eigentumsrechten zusätzlich zum Eigentum selbst fördert die Rechtssicherheit, reduziert und erleichtert Rechtsstreitigkei-

ten und stellt daher zweifellos eine vorteilhafte (natürliche) Entwicklung dar. Darüber hinaus ermöglicht sie zwei Neuerungen. Einerseits wird es möglich, den Akt der Übertragung des Eigentums an einer Sache vom Akt der Übertragung ihres Besitzes zu trennen. Das heißt, es wird möglich, das Eigentum an Gegenständen abzugeben oder zu erwerben, ohne gleichzeitig den Besitz, die Verfügung und die Kontrolle über dieselben Gegenstände abzugeben oder zu erwerben. Auf Geld angewendet bedeutet dies, dass sich das Eigentum an bestehenden Geldmengen (Gold) ständig von einer Person zur anderen ändern kann, während die gesamte Geldmenge unverändert in den Händen ein und derselben Bank (als Verwalterin des Geldes anderer) verbleibt. Andererseits werden mit der Entwicklung von Eigentumsrechten intertemporale Tauschgeschäfte systematisch erleichtert. Bestehendes (gegenwärtiges) Eigentum oder Rechte daran können im Austausch gegen Rechte auf zukünftiges Eigentum (Forderungen) übertragen werden; daher wird auch davon ausgegangen, dass neben Rechten auf bestehendes Eigentum (Konsumgüter, Produktionsgüter und Geld) auch Rechte (Forderungen) auf zukünftige Konsumgüter, zukünftige Produktionsgüter und zukünftiges Geld existieren und ebenfalls gehandelt werden.

Angesichts dieser Entwicklungen sind die folgenden Transaktionen (Verträge) zwischen zwei beliebigen Parteien A (Bankkunde) und B (Bank) möglich. A kann sein Geld (Gold) in die Verfügung von B überführen und dabei entweder (1) sein Eigentumsrecht daran *nicht* aufgeben oder (2) sein Eigentumsrecht aufgeben. Es gibt keine dritte *Möglichkeit*. Im Fall (1) behält A das Eigentumsrecht an dem an B übertragenen Geldbetrag; B hat kein Eigentumsrecht daran, sondern fungiert als Geldlagerer (Verwahrer) für A (als Hinterleger). *Es gibt keine dritte Möglichkeit*. Im Fall (2) erwirbt B das Eigentumsrecht an dem Geldbetrag, den A ihm zur Verfügung gestellt hat; A erhält von B im Austausch entweder (a) eine gegenwärtig vorhandene Menge an Konsum- und/oder Produktionsgütern, die zuvor im Besitz und Eigentum von B waren; oder (b) ein Eigentumsrecht an einer gegenwärtig vorhandenen Menge an Konsum- und/oder Produktionsgütern, die sich im Besitz von B befinden (aber

jetzt Eigentum von A sind) (eine Kapitalforderung); oder (c) ein Eigentumsrecht an einer Menge zukünftiger Konsum- und/oder Produktionsgüter und/oder Geld (eine Schuldforderung). Auch hier *gibt es keine dritte Möglichkeit*. Das heißt, A kann nicht sowohl das Eigentum an diesem Vermögen behalten als auch es an B übertragen.

Von allen möglichen Transaktionen würde keine einzige zur Ausgabe eines Umlaufmittelscheins führen. Umlaufmittel sind nach der Definition von Selgin und White „der Teil der einlösbaren Geldsubstitute, die durch andere Vermögenswerte als Basisgeld gedeckt ist".[10] Es gibt Geld (Gold) und Geldersatzmittel (Rechte auf Geld), und es gibt Rechte auf Nicht-Geld-Güter (Eigentumstitel) und Rechte auf noch nicht existierende zukünftige Güter (Forderungen). Offensichtlich würde jedoch aus keiner dieser Transaktionen etwas wie „Geldersatz, der durch andere Vermögenswerte als Basisgeld gedeckt ist" entstehen. Selgin und White *gehen* von der Existenz von Umlaufmitteln *aus* (und sie *gehen* einfach davon *aus*, dass die Abwesenheit von Umlaufmitteln das Ergebnis gesetzlicher Beschränkungen sein muss), aber sie liefern keine praxeologische Erklärung und Rekonstruktion des Ursprungs einer solch eigenartigen Entität und Situation. Vielmehr fragen sie nur: Warum nicht? „Wir sehen keinen Grund, warum Banken und Kunden nicht vertraglich vereinbaren können, dass es sich dabei [gemeint sind Sichteinlagen und Banknoten] um Schulden und nicht um Lagerquittungen handelt." *Warum* kann und sollte es keine Geldersatzmittel geben, die durch andere Vermögenswerte als Geld gedeckt sind? Aus dem gleichen Grund, aus dem es keine Auto- oder Hauseigentumsrechte geben kann und sollte, die durch andere Vermögenswerte als Autos oder Häuser gedeckt sind, aus dem gleichen Grund, aus dem es keine Aktieneigentumsrechte geben kann und sollte, die durch andere Vermögenswerte als Aktien gedeckt sind, und aus dem gleichen Grund, aus dem es keine Vermögenswerte – Geld, Aktien oder Schulden – geben kann und sollte, die gleichzeitig mehr als einer Person gehören (gedeckt sind). Ansprüche auf Geld sind – und sollten – durch

[10] Selgin und White, „In Defense of Fiduciary Media", S. 85.

Geld gedeckt sein, genauso wie Ansprüche auf Autos durch Autos gedeckt sind und sein sollten. Das ist es, was sie als Eigentumstitel definiert. Dies entspricht der Natur von Eigentum und Eigentumstiteln und spiegelt diese wider. Im Gegensatz dazu ist ein Anspruch auf Geld, der durch andere Vermögenswerte als Geld gedeckt ist, ein Widerspruch in sich, und seine Ausgabe und Verwendung beinhaltet die gleiche Art von objektiver Falschdarstellung wie die Ausgabe eines Autotitels, der durch andere Vermögenswerte als ein Auto (z.B. Teile von Flugzeugen und Fahrrädern) gedeckt ist.[11]

[11] Ähnliche logisch-semantische Verwirrungen treten auf, wenn Selgin und White versuchen, den Unterschied zwischen Sicht- und Termineinlagen auf einen Unterschied des Grades statt auf einen Unterschied in der Art zu reduzieren („In Defense of Fiduciary Media", S. 90). Selgin erklärt:

> Inhaber von Sichteinlagen sind ebenso Kreditgeber wie Inhaber von Termineinlagen. Der einzige Unterschied besteht darin, dass im ersten Fall die Laufzeit der einzelnen Kredite nicht festgelegt ist; es handelt sich um „Abrufkredite", die jederzeit fällig werden können;

und „Mises", der die gegenteilige Ansicht vertritt, „verwechselt einen Unterschied des Grades mit einem Unterschied des Wesens" (Selgin, *The Theory of Free Banking*, S. 62). Tatsächlich ist es Selgin, der verwirrt ist. Man könnte zwar sagen, dass es nur eine Frage des Grades ist, ob ein Kredit (für ein Auto oder Geld) in einer Stunde, einem Tag, einer Woche oder einem Monat fällig wird. Genauso sicher ändert dies jedoch nichts an der kategorischen Unterscheidung zwischen gegenwärtigen – existierenden – Gütern und (noch) nicht existierenden zukünftigen Gütern. Zu jedem Zeitpunkt existiert entweder ein Auto oder eine Geldsumme (Gold) oder es existiert nicht. Es ändert auch nichts an der praxeologischen Tatsache, dass niemand zu irgendeinem Zeitpunkt mit etwas anderem als gegenwärtigen Gütern handeln kann. Zukünftige Güter sind das Ziel von Handlungen, aber um sie zu erreichen, muss jeder Akteur zunächst ausnahmslos gegenwärtige Mittel einsetzen. Auch Selgins Beobachtung bezüglich der Zeitabschnitte hat keinerlei Einfluss auf die grundlegende menschliche Bedingung der Knappheit. Das Angebot an gegenwärtigen Gütern ist zu jeder Zeit begrenzt, und die begrenzte Menge an gegenwärtigen Gütern begrenzt wiederum die Menge an möglichen zukünftigen Gütern. Während Mises die Unterscheidung zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Gütern als universelle praxeologische Kategorie anerkennt, impliziert Selgins Versuch, Sicht- und Termineinlagen miteinander zu vermischen (und sich damit grundlegend von Mises zu unterscheiden), eine

Die Antwort auf die Frage, warum Teilreservevereinbarungen ethisch unzulässig sind und warum es keine Verträge geben kann, die Lagerquittungen zu Schulden machen, lautet, dass solche Vereinbarungen und Verträge der Natur der Dinge widersprechen (sie leugnen). Jeder solche Vertrag ist von vornherein – a priori – ungültig. Selgin und White versuchen, diese unausweichliche Schlussfolgerung zu umgehen, indem sie, bewusst oder unbewusst, eine ultrasubjektivistische Sichtweise von Verträgen und Vereinbarungen einnehmen. Nach dieser Auffassung beweist allein die Tatsache, dass eine freiwillige Vereinbarung getroffen und/oder ein Vertrag geschlossen wird, dass es sich um eine gültige – wahre oder zulässige – Vereinbarung bzw. Vertrag handeln muss. Diese Auffassung ist jedoch nicht nur falsch, sondern auch unvereinbar mit Rothbards Theorie der Eigentumsübertragung durch Verträge, die diese Autoren angeblich akzeptiert haben. Vereinbarungen und Verträge an sich sagen nichts über ihre Gültigkeit aus, aus dem einfachen Grund,

---

Leugnung der Tatsache, dass es keinen grundlegenden Unterschied zwischen gegenwärtigen (existierenden) und zukünftigen (nicht existierenden) Gütern gibt (oder dass sich ihre Existenz nur graduell unterscheidet). Im Gegensatz zu Selgin ist es keine Frage des Grades, sondern vielmehr eine Frage des Wesens, ob ein Auto oder eine Geldsumme derzeit existiert oder nicht und ob sie einer Person oder einer anderen Person gehören. Entweder existieren sie oder sie existieren nicht, und entweder gehören sie A oder jemand anderem. Wenn also ein Eigentumsrecht (Sichtguthaben) besagt, dass eine Person Eigentümer eines gegenwärtigen Autos oder gegenwärtigen Geldes ist, und kein Auto oder Geld existiert oder das Auto oder Geld derzeit jemand anderem gehört, stellt dies keinen Grad der Wahrheit dar, sondern eine Unwahrheit. Mises erklärt:

> Ein Einleger einer Geldsumme, der im Austausch dafür einen jederzeit in Geld umtauschbaren Anspruch erwirbt, der für ihn genau die gleiche Leistung erbringt wie die Summe, auf die er sich bezieht, hat kein gegenwärtiges Gut gegen ein zukünftiges Gut eingetauscht. Der Anspruch, den er durch seine Einlage erworben hat, ist für ihn ebenfalls ein gegenwärtiges Gut. Die Einlage von Geld bedeutet keineswegs, dass er auf die sofortige Verfügung über den damit verbundenen Nutzen verzichtet hat. (*The Theory of Money and Credit*, S. 268)

Siehe auch die beiden folgenden Anmerkungen.

dass Vereinbarungen und Verträge keine Realität schaffen, sondern diese vielmehr voraussetzen. Genauer gesagt, schaffen Verträge kein Eigentum, sondern erkennen bestehendes Eigentum an und übertragen es. Daher muss, wie in Rothbards ethischem System, die Eigentumstheorie der Behandlung von Verträgen vorausgehen. Verträge und Vertragstheorie setzen Eigentum und Eigentumstheorie voraus und sind durch diese eingeschränkt. Das heißt, die Bandbreite möglicher (gültiger) Verträge ist durch die vorhandene Menge (den Bestand) an Eigentum und die Natur der Dinge begrenzt und eingeschränkt, und nicht umgekehrt. So sind beispielsweise Vereinbarungen über fliegende Elefanten, Zentauren, quadratische Kreise oder *Perpetuum Mobile* ungültige Verträge. Sie können aufgrund biologischer, physikalischer oder mathematischer Gesetze nicht erfüllt werden und sind von vornherein falsch und betrügerisch.

Selgin und White mögen dies zwar anerkennen, aber sie erkennen nicht, dass eine Teilreserve-Bankvereinbarung nicht weniger unmöglich und betrügerisch ist als der Handel mit fliegenden Elefanten oder quadratischen Kreisen. Tatsächlich ist die Unmöglichkeit, die mit dem Teilreserve-Bankwesen verbunden ist, sogar noch größer. Denn während die Unmöglichkeit von Verträgen über fliegende Elefanten beispielsweise nur eine bedingte und empirische Unmöglichkeit ist (es ist nicht unvorstellbar, dass in einer anderen möglichen Welt, irgendwo und irgendwann, fliegende Elefanten tatsächlich existieren könnten, wodurch solche Verträge möglich würden), ist die Unmöglichkeit von Teilreserve-Bankverträgen eine notwendige und kategorische Unmöglichkeit. Das heißt, es ist unvorstellbar – praxeologisch unmöglich – dass eine Bank und ein Kunde vereinbaren können, Geldersatzmittel (Banknoten, Sichteinlagenkonten) als Schulden statt als Lagerquittungen zu behandeln. Sie können natürlich etwas anderes behaupten oder bescheinigen, genauso wie man behaupten kann, dass Dreiecke Quadrate sind. Aber was sie sagen, wäre objektiv falsch. So wie Dreiecke Dreiecke bleiben und sich von Quadraten unterscheiden, so bleiben Geldersatzmittel Geldersatzmittel (Ansprüche auf gegenwärtiges Geld) und unterscheiden sich von Schuldforderungen (Ansprüche auf noch nicht existierende zu-

künftige Güter) und Eigenkapitalansprüchen (Ansprüche auf bestehendes Vermögen außer Geld). Etwas anderes zu behaupten, ändert nichts an der Realität, sondern stellt sie objektiv falsch dar.

Wenn man das tut, von dem Selgin und White glauben, dass Kunden und Banken es getan hätten – nämlich zu vereinbaren, Lagerquittungen zu Schulden zu machen – erhält der Geldanleger A von der Bank B einen Anspruch auf gegenwärtiges Geld und nicht einen Schuldtitel. Das heißt, A gibt tatsächlich nicht das Eigentum an dem eingezahlten Geld auf (wie es der Fall gewesen wäre, wenn er einen Schuldner-Eigenkapitalanspruch von B erhalten hätte). Während A das Eigentumsrecht an der Geldeinlage behält, behandelt B die Einlage von A jedoch nicht als Verwahrung, sondern als Darlehen und verbucht sie als Vermögenswert in seiner eigenen (B's) Bilanz (ausgeglichen durch einen gleich hohen Betrag an ausstehenden Verbindlichkeiten). Auch wenn dies zunächst nur wie eine harmlose Buchhaltungspraxis erscheint, beinhaltet es von Anfang an eine falsche Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse.[12] Da sowohl B als

[12] Siehe hierzu Rothbard. „Wie", fragt Rothbard,

> stehen diese Lagerhausquittungstransaktionen mit den T-Konten-Bilanzen der Einlagenbanken in Zusammenhang? Ganz einfach gesagt: überhaupt nicht. Wenn ich ein Möbelstück im Wert von 5.000 Dollar in einem Lagerhaus einlagere, wird dieses Möbelstück rechtlich und juristisch während der Zeit, in der ich es dort aufbewahre, *nicht* als Vermögenswert des Lagerhauses ausgewiesen. Das Lagerhaus erhöht weder seine Vermögenswerte noch seine Verbindlichkeiten um 5.000 Dollar, da es in keiner Weise *Eigentümer* des Möbelstücks ist; ebenso wenig kann man sagen, dass ich dem Lagerhaus das Möbelstück für einen unbestimmten Zeitraum *geliehen* habe. Das Möbelstück gehört mir und bleibt mein Eigentum; ich bewahre es nur zur sicheren Aufbewahrung dort auf und bin daher rechtlich und moralisch berechtigt, es jederzeit zurückzufordern. Ich bin daher nicht der „Gläubiger" der Bank; sie *schuldet* mir kein Geld, das ich eines Tages einfordern könnte. Daher gibt es keine Schulden, die auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz ausgewiesen werden müssen. Rechtlich gesehen handelt es sich bei der gesamten Transaktion nicht um einen Kredit, sondern um eine *Verwahrung*. (*The Mystery of Banking* [New York: Richardson and Snyder, 1983], S. 88–89)

auch A denselben Geldbetrag gleichzeitig zu ihren eigenen Vermögenswerten zählen, haben sie sich praktisch abgesprochen, um in ihren Finanzkonten einen größeren Vermögensbestand auszuweisen, als sie tatsächlich besitzen: Das heißt, sie sind zu Finanzbetrügern geworden.[13] Obwohl dies betrügerisch ist, wäre es nicht weiter schlimm, wenn es dabei bliebe. Sobald B jedoch so handelt, als ob die Dinge so wären, wie er sie in seiner Bilanz darstellt – als ob die Bank das eingezahlte Geld besäße und nur die Verpflichtung hätte, ausstehende Lagerquittungen auf Verlangen einzulösen – wird aus einer bloßen Falschdarstellung eine Veruntreuung. Wenn B in Übereinstimmung mit dieser Falschdarstellung Geld verleiht oder, was wahrscheinlicher ist, zusätzliche Lagerquittungen für Geld ausstellt und diese an einen Dritten C verleiht, in der Erwartung, dass ihm

---

Interessanterweise zeigen Selgin und White zwar eine starke positivistische Tendenz (das Teilreserve-Bankwesen wird von den Gerichten anerkannt, also muss alles rechtens sein; zu dieser Tendenz siehe „Die Frage des Betrugs III" weiter unten), aber sie kommen mit der rechtlichen Realität nicht zurecht. Denn wenn Geldguthaben Schulden sind, warum wenden die Gerichte dann nicht die gleiche Argumentation auf alle anderen fungiblen Güter wie Weizen an? Warum werden Weizenlagerquittungen von den Gerichten nicht als Schulden, sondern als Verwahrung betrachtet? Warum gilt diese Behandlung nur für Geld und das Bankgeschäft? Und warum bestehen die Gerichte, selbst wenn sie Geldguthaben fälschlicherweise als Schulden betrachten, dennoch darauf, dass sie mehr als gewöhnliche Schulden sind und dass die Beziehung des Einlegers zur Bank nicht mit der eines gewöhnlichen Gläubigers identisch ist? Siehe Rothbard, *Mystery of Banking*, S. 275.

[13] Siehe auch William Stanley Jevons (*Money and the Mechanism of Exchange* [London: Kegan Paul, 1905], S. 206–12, 221), der die Existenz allgemeiner Einlagen beklagte, da es dadurch „möglich geworden ist, ein fiktives Angebot einer Ware zu schaffen, d.h. Menschen glauben zu machen, dass ein Angebot existiert, das es gar nicht gibt". Auf der anderen Seite sind Sonderdepots wie „Frachtbriefe, Pfandzettel, Hafenbezugsrechte oder Zertifikate, die das Eigentum an einem bestimmten Gegenstand begründen", überlegen, da „sie unmöglich über die tatsächlich hinterlegte Ware hinaus ausgestellt werden können, es sei denn durch eindeutigen Betrug". Und Jevons kam zu dem Schluss, dass „es früher als allgemeine Rechtsregel galt, dass eine gegenwärtige Übertragung von nicht existierenden Gütern durch den Übertragenden unwirksam ist".

schließlich Kapital und Zinsen zurückgezahlt werden, begeht die Bank eine unrechtmäßige Aneignung, denn was sie an C verleiht – sei es Geld oder Geldtitel – ist in Wirklichkeit nicht ihr (B's) Eigentum, sondern das Eigentum eines anderen (A). Es ist diese Tatsache – dass der von B auf C übertragene Titel sich auf Eigentum bezieht, das B nicht besitzt – die das Teilreserve-Bankwesen von vornherein betrügerisch macht.

Es ist nicht so, wie behauptet wird, dass Betrug (Vertragsbruch) nur dann vorliegt, wenn B, die Teilreservebank, tatsächlich nicht in der Lage ist, alle Rückzahlungsanträge zu erfüllen, sobald sie gestellt werden. Vielmehr wird ebenfalls jedes Mal, wenn B seinen Rückzahlungsverpflichtungen nachkommt, Betrug begangen. Denn wann immer B eine nur teilweise gedeckte Banknote in Geld (Gold) einlöst (wann immer ein Banknoteninhaber sein Eigentum in Besitz nimmt), tut er dies mit dem Geld eines anderen: Wenn B die Banknote von C einlöst, tut er dies mit Geld, das A gehört, und wenn A sein Geld ebenfalls haben will, bezahlt B ihn mit Geld, das D gehört, und so weiter. Als Verfechter von Fiatgeld und Teilreservebankwesen müssten Selgin und White behaupten, dass kein Vertragsbruch vorliegt, solange B in der Lage ist, seine vertraglichen Verpflichtungen mit dem Eigentum (Geld) *eines anderen* zu erfüllen.

Dies ist jedoch offensichtlich falsch und steht in klarem Widerspruch zu Rothbards Theorie der Eigentumsübertragung durch Verträge, die Selgin und White nach eigenen Angaben akzeptiert haben. Nach Rothbards Vertragstheorie sind Einzelpersonen nur berechtigt, Verträge über die Übertragung *ihres eigenen Eigentums* abzuschließen. Im Gegensatz dazu beinhaltet das Teilreserve-Bankwesen aufgrund seiner Natur (selbst wenn es erfolgreich praktiziert wird) Verträge über die Übertragung des *Eigentums anderer Personen*. Daher ist diese Praxis – die Ausgabe von Umlaufmitteln – grundsätzlich (von Natur aus) unvereinbar mit der Eigentumsübertragungstheorie durch Verträge – und es stellt sich – nicht überraschend – heraus, dass es Rothbard und nicht seine beiden Kommentatoren sind, der letztendlich ein besseres Verständnis seiner eigenen Vertragstheorie zeigt.

DIE FRAGE DES BETRUGS II: TEILRESERVE-BANKWESEN UND VERTRAGSFREIHEIT

Murray Rothbards Einstufung des Teilreserve-Bankwesens als Betrug war das Ergebnis einer langen und intensiven Auseinandersetzung mit Ethik und insbesondere mit der Theorie der Eigentumsrechte. Selgin und White betrachten die Wirtschaftswissenschaften zu Recht als intellektuell unabhängig und von der Ethik getrennt. Sie können ohne Vorkenntnisse über Eigentum und die Theorie der Eigentumsrechte studiert werden. Dennoch zögern sie nicht, pauschale ethische Aussagen zu treffen. In ihrer moralischen Verteidigung des Teilreserve-Bankwesens erwähnen Selgin und White selten Eigentum, geschweige denn, dass sie eine Theorie des Eigentums skizzieren. Dies führt zu einer Reihe grundlegender Fehler und Probleme: Verwirrung hinsichtlich der Unterscheidung zwischen Eigentum und Eigentumsrechten; Verwirrung hinsichtlich der (Un-)Möglichkeit, dass etwas (Eigentum) gleichzeitig mehr als einem Eigentümer gehört; Verwirrung hinsichtlich der logischen Priorität von Eigentum und Eigentumstheorie gegenüber Verträgen und Vertragstheorie; und Verwirrung hinsichtlich der Notwendigkeit, seine vertraglichen Verpflichtungen mit seinem eigenen Eigentum (und nicht nur mit dem Eigentum irgendjemandes) zu erfüllen.

Diese Schwierigkeiten fließen in die Diskussion der Autoren zum Thema „Vertragsfreiheit" ein. Ihre Argumentation ist klar und eindeutig.

> Wenn eine Bank nicht erklärt oder sich ausdrücklich verpflichtet, 100 Prozent Reserven zu halten, dann verstoßen Teilreserven nicht gegen die vertragliche Vereinbarung zwischen der Bank und ihrem Kunden… Das Verbot freiwilliger vertraglicher Vereinbarungen, die Teilreserven zulassen, ist somit ein Eingriff in den Markt, eine Einschränkung der Vertragsfreiheit, die ein wesentlicher Aspekt der privaten Eigentumsrechte ist.[14]

[14] Selgin und White, „In Defense of Fiduciary Media", S. 87.

Dieser Abschnitt offenbart erneut den bereits erwähnten Ultra-Subjektivismus von Selgin und White. Nach dieser Auffassung sind es freiwillige Vereinbarungen, die einen gültigen Vertrag ausmachen und definieren. Gültige Verträge sind jedoch Vereinbarungen über die Übertragung von Eigentum; daher wird der Umfang gültiger Verträge in erster Linie durch die Natur der Dinge und des Eigentums (und erst in zweiter Linie durch Vereinbarungen) eingeschränkt. So erklärte Hoppe (S. 70)

> Vertragsfreiheit bedeutet nicht, dass jeder für beide Seiten vorteilhafte Vertrag zulässig sein sollte… Vertragsfreiheit bedeutet vielmehr, dass A und B beliebige Verträge *über ihr eigenes Eigentum* abschließen dürfen sollten, während das Teilreserve-Bankwesen den Abschluss von Verträgen über das Eigentum Dritter beinhaltet.[15]

Selgin und White bezeichnen diesen Vorwurf etwas irreführend als „Drittparteieneffekte" und kontern ihn, indem sie Hoppe ihrerseits elementare Verwirrung hinsichtlich der Natur von Eigentum und Eigentumsrechten vorwerfen. Sie stellen zunächst fest, dass

> Auswirkungen der Handlungen anderer auf den *Wert* des Eigentums von C … ein unvermeidbares Phänomen des freien Marktes und keine Verletzung der privaten Eigentumsrechte von C sind, [während] *physische Eingriffe* in das Eigentum von C … natürlich mit dem Schutz der Eigentumsrechte von C unvereinbar sind. Es sollte offensichtlich sein, dass, wenn A und B von jeder Transaktion ausgeschlossen werden sollen, die lediglich den *Marktwert* von C's Besitz beeinflusst, ohne dass eine physische Aggression oder Bedrohung gegen C oder C's rechtmäßiges Eigentum vorliegt, dann die Prinzipien des Privateigentums, der Vertragsfreiheit und des freien Marktwettbewerbs vollständig ausgelöscht werden. Soll B daran gehindert werden, A Compact-Disc-Aufnahmen zum Verkauf anzubieten, nur weil dies den Marktwert von C's Schallplattenbestand mindert?[16]

[15] Hoppe, „How is Fiat Money Possible?", S. 70.
[16] Selgin und White, „In Defense of Fiduciary Media", S. 92–93.

Zweitens behaupten sie, dass die Verringerung der Kaufkraft des Geldes, die, wie sie zugeben, nach bei jeder Ausgabe von Umlaufmitteln zwangsläufig eintritt, ein harmloser Werteffekt sei und daher „keine Rechtfertigung für ein gesetzliches Verbot der Handlungen einer Bank darstellt". Daher kommen sie zu dem Schluss, dass Hoppes Argument „ungültig" (und mit Rothbards Eigentumstheorie unvereinbar) sei.

Das Gegenargument von Selgin und White enthält zwei Fehler. Zunächst einmal ist die Hauptprämisse zwar richtig, aber es ist falsch, dass Hoppe sich darin irrt. Hoppe hat ausführlich über die Theorie der Eigentumsrechte geschrieben und ist sich nicht nur der von Selgin und White erwähnten Unterscheidung bewusst, sondern liefert sogar eine praxeologische Verteidigung dafür; in dieser Hinsicht besteht also keinerlei Unterschied zwischen Rothbard und Hoppe.[17]

Zweitens ist die Nebenprämisse nachweislich falsch (und damit auch die Schlussfolgerung). Selgin und White behaupten, dass der Kaufkraftverlust des Geldes infolge der Ausgabe von Fiatgeld ebenso harmlos sei wie der Preisverfall bei anderen Gütern (verursacht durch Veränderungen von Angebot und/oder Nachfrage). Dass Geldbesitzer durch das Teilreserve-Bankwesen an Kaufkraft verlieren, unterscheidet sich ihrer Meinung nach nicht von der Situation, in der Besitzer von Kartoffeln oder Autos aufgrund eines größeren Angebots oder einer geringeren Nachfrage nach Kartoffeln und Autos einen Wertverlust erleiden.

Auch hier vermischen Selgin und White wieder Geld (Gold) – also Eigentum – und Geldersatzmittel (Banknoten) – also Eigentumsrechte. Sicherlich führt die Ausgabe von Fiatgeld nicht zu einer phy-

[17] Zum Beispiel Hans-Hermann Hoppe („From the Economics of Laissez-Faire to the Ethics of Libertarianism", in *Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard*, Walter Block und Llewellyn H. Rockwell, Jr., Hrsg. [Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988], S. 69ff.); und Whites Rezension von Hoppe (Lawrence White, „Review of *Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard*", *Journal of Economic Literature* [Juni 1990]: 664–65).

sischen Schädigung von echtem Eigentum. Schließlich ist eine Banknote nur ein Stück Papier, und Papier hat keine relevante physische Wirkung auf die Außenwelt. Das Gleiche gilt jedoch auch für die Ausgabe von Umlauf-Titeln für Kartoffeln oder Autos (Titel, die durch andere Vermögenswerte als Kartoffeln oder Autos gedeckt sind). Auch sie sind lediglich Papierzettel und haben als solche keinen Einfluss auf die reale Welt. Es gibt jedoch einen wichtigen Unterschied zwischen Veränderungen der Vermögenslage eines Kartoffel- oder Autobesitzers aufgrund von Veränderungen des Angebots oder der Nachfrage nach Kartoffeln oder Autos einerseits und Veränderungen aufgrund von Veränderungen des Angebots oder der Nachfrage nach Eigentumsrechten an nicht existierenden (unveränderten) Mengen an Kartoffeln oder Autos andererseits. Sicherlich sind die Besitzer von Kartoffeln oder Autos in beiden Fällen unterschiedlich betroffen. Im ersten Fall, wenn der Preis für Kartoffeln oder Autos aufgrund eines größeren Angebots an Kartoffeln oder Autos fällt, bleiben alle derzeitigen Kartoffel- oder Autobesitzer (unverändert) im Besitz derselben Menge an Eigentum (Kartoffeln oder Autos). Niemandes physisches Eigentum wird gemindert. Wenn der Preis fällt, weil Kartoffel- oder Autokäufer nur geringere Mengen anderer Güter im Tausch gegen Kartoffeln oder Autos anbieten, hat dies ebenfalls keinen Einfluss auf die physische Menge an Kartoffeln oder Autos, die sich im Besitz der aktuellen Kartoffel- oder Autobesitzer befindet. Im Gegensatz dazu führt die Ausgabe und der Verkauf eines zusätzlichen Titels für eine unveränderte Menge an Kartoffeln oder Autos im zweiten Fall *sehr wohl* zu einer quantitativen Verringerung des physischen Eigentums einiger aktueller Kartoffel- oder Autobesitzer. Dies hat nicht nur einen Wert-Effekt: Die Kaufkraft von Kartoffel- oder Autotiteln sinkt. Es hat auch einen physischen Effekt: Der Emittent und Verkäufer von umlaufenden Kartoffel- oder Autotiteln veruntreut die Kartoffeln oder Autos anderer Menschen. Er eignet sich das Eigentum anderer Men-

schen an, ohne sein eigenes Eigentum aufzugeben (im Austausch gegen einen leeren Eigentumstitel).[18]

DIE FRAGE DES BETRUGS III: DER „EXISTENZBEWEIS" TEILRESERVE-BANKWESEN UND STAATSBILDUNG

Weder die Titelübertragungstheorie durch Verträge noch der Grundsatz der Vertragsfreiheit stützen die Behauptung, dass die Ausgabe von Fiatgeld und das Teilreserve-Bankwesen ethisch gerechtfertigt sind. Im Gegenteil, es gibt nur noch ein einziges Argument, das die Behauptung stützt, dass das Teilreserve-Bankwesen eine legitime Form des Geschäftsverkehrs darstellt.

Das Argument läuft auf einen Beweis aus der Existenz hinaus: X, Y oder Z existiert; es würde nicht existieren, wenn es nicht vorteilhaft wäre; daher sollte es existieren (und es zu verbieten wäre schädlich und moralisch falsch).

So schreiben Selgin und White:

> Die Gruppe [von Menschen], um deren Vertragsfreiheit es hier geht, ist keine kleine exzentrische Gruppe, sondern die große Masse der Menschen, die gezeigt haben, dass sie Banken bevorzugen, die mit Teilreserven arbeiten… Die Einleger unterstützen diese Banken weiterhin und zeigen damit ihre Präferenz für sie.[19]
>
> … Nach dem Prinzip der demonstrierten Präferenz muss davon ausgegangen werden, dass die Einleger von dem Paket profitieren, das sie akzeptiert haben, einschließlich aller Risiken.[20]
>
> [Folglich] stellt ein generelles gesetzliches Verbot des Teilreserve-Bankwesens eine verbindliche rechtliche Einschränkung der Ver-

[18] Siehe auch Anmerkung 7 oben. Wir werden auch zeigen, dass diese Autoren den Begriff der Geldnachfrage (und des Geldangebots) falsch verstehen. Eine erhöhte Nachfrage nach Geld (oder Kartoffeln oder Autos) ist nicht nur der Wunsch, mehr Geld (oder Kartoffeln) zu haben, sondern eine größere *effektive* Nachfrage.
[19] Selgin und White, „In Defense of Fiduciary Media", S. 95.
[20] Ebenda, S. 93.

> tragsfreiheit auf dem Markt für Bankdienstleistungen dar, *wenn* jemand bewusst lieber Geld auf ein (verzinsliches) Teilreserve-Konto einzahlt als auf ein (mit Lagergebühren verbundenes) 100-Prozent-Reserve-Konto.[21]
>
> [Darüber hinaus] … profitieren Bankeinleger und Halter von Banknoten, die Zinsen und Dienstleistungen erhalten, die aus den zusätzlichen Bankerträgen bezahlt werden, die durch die Vergabe eines Teils ihrer Verbindlichkeiten erzielt werden. Vorteile ergeben sich für Bankkreditnehmer, die von einem reichlicheren Angebot an vermittelten Krediten profitieren, sowie für alle, die mit dem dadurch größeren Bestand an Investitionsgütern der Wirtschaft arbeiten. Und Vorteile müssen sich auch für Bankaktionäre ergeben, die sich dafür entscheiden könnten, dass die Bank keine Sichtverbindlichkeiten ausgibt, wenn sie die Risiken für nicht tragbar halten.[22]

Selgin und White haben hier versucht das Pferd von hinten aufzuzäumen. Die Existenz einer Praxis, wie weit verbreitet sie auch sein mag, hat keinen Einfluss auf die Frage, ob sie gerechtfertigt ist oder nicht. Betrachten wir zur Veranschaulichung zunächst die folgende Analogie zur ethischen Zulässigkeit eines Staates, d.h. eines territorialen Monopolisten für Recht und Ordnung (oder für Gerechtigkeit und Schutz).[23]

Mit den Worten von Selgin und White (hier in einem anderen Zusammenhang verwendet und paraphrasiert) handelt es sich bei der Gruppe von Menschen, deren Vertragsfreiheit uns beschäftigt, nicht um eine kleine exzentrische Gruppe, sondern um die große Masse der Menschen, die gezeigt haben, dass sie Staaten (Richter und Beschützer) bevorzugen, die auf monopolistischer Basis operieren. Die Einwohner eines Gebiets unterstützen diese Staaten weiterhin und

---

[21] Ebenda, S. 88.
[22] Ebenda, S. 94.
[23] Um Missverständnisse zu vermeiden, wird der Begriff Monopol hier in seiner Rothbardschen Definition als exklusives Privileg (oder das Fehlen des freien Marktzugangs) verwendet. Ein Monopol auf Recht und Ordnung bedeutet, dass man sich für Gerechtigkeit und Schutz nur an eine Partei wenden kann – den Staat – und dass ausschließlich diese Partei über den Inhalt von Gerechtigkeit und Schutz entscheidet.

zeigen damit ihre Präferenz für sie. Nach dem Prinzip der demonstrierten Präferenz muss davon ausgegangen werden, dass die Einwohner eines Territoriums von dem Paket profitieren, das sie akzeptiert haben, mit allen Risiken. Wenn also jemand bewusst lieber Geld auf ein steuerpflichtiges Staatskonto einzahlt als auf ein Konto bei nicht steuerpflichtigen Justiz- und Schutzbehörden, die Schutz gegen Gebühr berechnen, dann ist ein generelles Verbot der Staatsbildung durch die Macht des Gesetzes eine verbindliche rechtliche Einschränkung der Vertragsfreiheit auf dem Markt für Justiz- und Schutzdienstleistungen. Darüber hinaus kommen die Vorteile den staatlichen Einlegern und Anleihegläubigern zugute, die Zinsen und Dienstleistungen erhalten, die aus den zusätzlichen staatlichen Einnahmen finanziert werden, die durch die Verwendung eines Teils der Einlagen für zusätzliche Steuererhebungen erzielt werden. Vorteile ergeben sich für staatliche Kreditnehmer, die von einem reichlicheren Angebot an vermittelten Krediten profitieren, sowie für alle, die mit dem dadurch größeren Bestand an Kapitalgütern der Wirtschaft arbeiten. Und Vorteile müssen sich auch für staatliche Aktionäre ergeben, die sich dafür entscheiden könnten, dass der Staat keine Steuern erhebt, wenn sie die Risiken für nicht lohnenswert halten.

Angesichts ihrer eigenen libertären Überzeugungen würden Selgin und White diese Analogie vermutlich als falsch und unangemessen ablehnen. Aber wenn ja, warum? Was macht den zweiten *Beweis* ungültig, den ersten aber nicht? Was unterscheidet ein generelles Verbot (oder eine generelle Erlaubnis) des Teilreserve-Bankwesens kategorisch von einem generellen Verbot (oder einer generellen Erlaubnis) der Staatsbildung und -führung?

Die Antwort – dass es keinen solchen Unterschied gibt und dass beide Beweise gleichermaßen ungültig sind – findet sich im Rothbardschen Prinzip der demonstrierten Präferenz. Selgin und White berufen sich zwar auf dieses Prinzip, um ihre Schlussfolgerung hinsichtlich der ethischen Zulässigkeit des Teilreserve-Bankwesens zu untermauern, übersehen dabei jedoch dessen Implikationen. Das Prinzip der demonstrierten Präferenz, wie es Rothbard in seinem be-

rühmten Werk „Toward a Reconstruction of Utility and Welfare Economics" erläutert, *setzt* Eigentumsrechte *voraus*. Nicht alle demonstrierten Präferenzen sind ethisch zulässig oder sozial vorteilhaft. Stattdessen sind nur solche Präferenzen zulässig und wohlfahrtssteigernd, die durch das eigene Eigentum und nichts anderes als das eigene Eigentum zum Ausdruck gebracht werden. Jede Präferenzdemonstration durch fremdes Eigentum – mit dem Eigentum anderer Menschen – ist unzulässig und nicht vorteilhaft.

Was die geäußerte Präferenz für Staaten angeht, so verstößt sie gegen Rothbards Prinzip. In Rothbards Analyse, die vermutlich von den Teilnehmern auf beiden Seiten der aktuellen Debatte akzeptiert wird, lässt sich der Verstoß schnell ausmachen. Privateigentum als Ergebnis von (ursprünglicher) Aneignung und/oder Produktion impliziert das Recht des Eigentümers auf ausschließliche Hoheitsgewalt über sein Eigentum, einschließlich des Rechts, dieses Eigentum zur Verteidigung gegen mögliche Übergriffe und Eindringlinge einzusetzen. Tatsächlich kann es kein Eigentum ohne das Recht des Eigentümers auf physische Verteidigung geben, und es ist gerade der Zweck des Privateigentums, separate Bereiche ausschließlicher Zuständigkeit zu schaffen. Kein Privateigentümer kann sein Recht auf letztendliche Zuständigkeit und Verteidigung seines Eigentums an jemand anderen abtreten – es sei denn, er verkauft oder überträgt sein Eigentum auf andere Weise (in diesem Fall hätte jemand anderes die ausschließliche Zuständigkeit dafür). Das heißt, solange etwas (ein Gut) nicht aufgegeben wurde, muss davon ausgegangen werden, dass sein Eigentümer diese Rechte behält; und was seine Beziehungen zu anderen betrifft, so kann jeder Eigentümer dann nur an den Vorteilen der Arbeitsteilung teilhaben und durch die Zusammenarbeit mit anderen Eigentümern einen besseren und verbesserten Schutz seiner unveränderlichen Eigentumsrechte anstreben. Jeder Eigentümer kann von jedem anderen ergänzende Eigentumsschutz- und Sicherheitsdienstleistungen kaufen, an jeden anderen verkaufen oder anderweitig mit jedem anderen Verträge darüber abschließen. Jeder Eigentümer kann jedoch auch jederzeit einseitig eine solche Zusammenarbeit mit anderen beenden. Im deutlichen

Gegensatz dazu bedeutet ein territoriales Monopol auf Schutz und Gerichtsbarkeit – ein Staat – dass es jedem Eigentümer untersagt ist, seine Zusammenarbeit mit seinem Beschützer zu beenden, und dass niemand (außer dem Monopolisten) die letztendliche Gerichtsbarkeit über sein eigenes Eigentum ausüben darf. Vielmehr hat jeder außer dem Monopolisten sein Recht auf Verteidigung verloren und ist somit gegenüber seinem eigenen Beschützer wehrlos. Offensichtlich steht eine solche Institution im Widerspruch zu der von jedem Eigentümer bekundeten Präferenz, sein Eigentum nicht aufzugeben. Entgegen ihrer bekundeten Präferenz verbietet der Monopolist den Menschen, ihr Eigentum zur physischen Verteidigung gegen mögliche Übergriffe durch ihn selbst und seine Beauftragten zu nutzen. Ein Monopol auf Schutz und Gerichtsbarkeit beruht somit von Anfang an auf einer unzulässigen Enteignung (Besteuerung) und verschafft dem Monopolisten und seinen Beauftragten die Befugnis, weitere Enteignungen und Besteuerungen vorzunehmen. Der Spielraum jedes Eigentümers hinsichtlich der zulässigen Handlungen in Bezug auf sein Eigentum und damit der Wert seines Eigentums werden eingeschränkt, während der Handlungsspielraum und die Kontrolle des Monopolisten entsprechend erweitert werden und sich sein exklusives Privileg in einer Wertsteigerung seines Eigentums niederschlägt (Kapitalisierung des Monopolgewinns).

Derzeit gibt es überall Staaten und nahezu jeder lebt unter staatlichem *Schutz*. Ungeachtet dieser Präferenzdemonstration ist jedoch weder ethisch noch wirtschaftlich etwas gegen einen pauschalen Schutz vor Staatsbildung einzuwenden. Niemand darf einen Staat gründen, aus dem gleichen Grund, aus dem niemand einen anderen enteignen oder berauben darf. Vor Gericht würde es ausreichen, dass ein einziger Eigentümer gegen die Existenz des Monopols Einspruch erhebt, und der Monopolist müsste seine derzeitige Tätigkeit als steuerpflichtige Schutzagentur einstellen und auf den rechtlichen Status einer nicht steuerpflichtigen, aber gebührenpflichtigen Rechts- und Sicherheitsagentur (einem normalen spezialisierten Unternehmen) zurückgestuft werden. Eine steuerpflichtige Schutzagentur ist ein Widerspruch in sich selbst – ein invasiver Beschützer

– und muss verboten werden, unabhängig von den Vorteilen, die sich für staatliche Einleger, staatliche Kreditnehmer und staatliche Eigentümer ergeben. Dies ist keine rechtliche Einschränkung der Vertragsfreiheit auf dem Markt für Justiz- und Schutzdienstleistungen, sondern die eigentliche Voraussetzung für Vertragsfreiheit und Gerechtigkeit. Jeder, der Geld oder andere Ressourcen in ein steuerpflichtiges Schutzkonto einzahlt, begeht eine rechtswidrige Handlung und muss mit einer Strafe rechnen.

So wie es überall Staaten gibt, gibt es auch Teilreservebanken und heutzutage nutzt praktisch jeder die Dienste von Teilreservebanken. Was ist, sofern er überhaupt existiert, der Unterschied zwischen dem Status eines Staates und dem einer Teilreservebank? Warum sollten Teilreservebanken nicht ebenso staatlich verboten sein wie der Staat Schutzagenturen verbietet? So wie es keinen Zweifel an der Nachfrage nach Schutzdienstleistungen gibt, kann es auch keinen Zweifel an der Nachfrage nach Bankdienstleistungen geben. Doch wie wir gesehen haben, umfasst die Nachfrage nach Schutzdienstleistungen, die private Eigentumsbesitzer zu Recht geltend machen können, keine Nachfrage nach steuerpflichtigen Schutzdienstleistungen. Sie erlaubt ausschließlich eine Nachfrage nach gebührenpflichtigen Schutzagenturen. Warum sollte eine analoge Unterscheidung nicht auch für Bankdienstleistungen gelten? Warum sollte die Nachfrage nach verzinslichen Sichtkonten nicht ebenso unzulässig sein wie die Nachfrage nach steuerpflichtigen Schutzkonten, da sowohl verzinsliche Einlagenkonten als auch steuerpflichtiger Eigentumsschutz in sich widersprüchlich sind? Warum sollten die Funktionen eines Geldverwahrers und einer Clearingstelle (100-Prozent-Reserve-Einlagenbank) sowie eines Kreditvermittlers (Sparkassen und Kreditinstitute) nicht die einzigen gerechten Formen des Bankwesens sein (so wie gebührenpflichtige Schutzagenturen die einzige legitime Form des Schutzes sind)?

Die Antwort hängt davon ab, ob die nachgewiesene Präferenz für Teilreserve-Bankdienstleistungen, d.h. die Ausgabe und Akzeptanz von Umlaufmitteln, ausschließlich das Eigentum der beiden Vertragsparteien betrifft. Zu jedem Zeitpunkt ist die Menge an Eigen-

tum (angeeignete Güter) – seien es Konsumgüter, Produktionsgüter oder Geld – gegeben. Das Teilreserve-Bankwesen erhöht weder die Menge des vorhandenen Eigentums (Geld oder anderes) noch überträgt es vorhandenes Eigentum von einer Partei auf eine andere. Vielmehr beinhaltet es die Produktion und den Verkauf einer erhöhten Menge von Titeln auf einen unveränderten Bestand an Geldvermögen (Gold), d.h. das Angebot von und die Nachfrage nach Falschgeld und unrechtmäßiger Aneignung. Wie in jedem anderen Fall von Fälschung – von Aktien- und Warenzertifikaten, Banknoten, Grundbesitzurkunden, Originalkunstwerken usw. – führt die Ausgabe und der Verkauf von Geldkopien (Banknoten), die nicht durch Originale (Gold) gedeckt sind, zu einer physischen Verringerung oder Plünderung des ursprünglichen Geldes – Aktien, Waren, Grundbesitz oder Kunstwerke – im Bestand der Eigentümer.

Geldfälscher sind jedoch besonders gefährlich und eindringlich, da Geld die Eigenschaft hat, von allen Gütern am leichtesten verkäuflich und am weitesten akzeptiert zu sein; d.h. weil *Geld*fälschungen ihren Verkäufern die größtmögliche Bandbreite an Objekten für unrechtmäßige Aneignung eröffnen (von Geld bis hin zu fast allen anderen Formen von echtem Eigentum).

Daher ist es kein Wunder, dass von allen Formen der Fälschung die Geldfälschung seit jeher die größte Anziehungskraft ausübt. Solange es Geld gibt, wird es auch eine anhaltende Nachfrage nach Falschgeld geben. Ungeachtet dieser Anziehungskraft und Nachfrage ist jedoch nichts gegen ein generelles Verbot des Teilreserve-Bankwesens einzuwenden. Niemand darf eine Teilreservebank betreiben, aus dem gleichen Grund, aus dem niemand in einem anderen Geschäftsbereich Fälschungen, d.h. die Herstellung und den Verkauf von Titeln oder Kopien nicht existierender Vermögenswerte oder Originale, betreiben darf. Vor Gericht würde es ausreichen, wenn ein einziger Geld- oder anderer Eigentumsinhaber gegen eine Teilreservebank als Hersteller von Falschgeld Klage erhebt, und die Bank müsste sofort ihren laufenden Betrieb einstellen und auf ihre beiden ursprünglichen Funktionen beschränkt werden: Einlagen und Kredite. Eine verzinsliche (anstatt gebührenpflichtige) Einlagen-

bank ist ein Widerspruch in sich: Sie ist ein Lagerhaus für Falschgeld und muss verboten werden, unabhängig von den Vorteilen, die sich für Bankkunden, Kreditnehmer und Eigentümer ergeben. Dies ist keine Einschränkung der Vertragsfreiheit auf dem Markt für Bankdienstleistungen, sondern eine Voraussetzung für legales Geld und Bankwesen. Jeder, der Geld oder andere Ressourcen auf verzinsliche Einlagenkonten einzahlt, beteiligt sich an einer unzulässigen und rechtswidrigen Aneignung.[24]

Die Beziehung zwischen Staaten und Teilreservebanken ist noch enger und unterscheidet sich in jedem Fall deutlich davon, wie sie Selgin und White beschreiben. Sie behaupten, dass es eine unrechtmäßige Einmischung in den freien Markt darstellen würde, wenn der Staat das Teilreservebankwesen verbieten würde. Tatsächlich ist das Teilreservebankwesen das Ergebnis einer unrechtmäßigen staatlichen Einmischung in den Markt, und ein Verbot würde lediglich diese frühere Intervention rückgängig machen. Selgin und White erkennen an, dass in der Entwicklung eines freien Bankensystems das 100-Prozent-Reserve-Einlagenbankwesen und das funktional getrennte Kreditbankwesen (praxeologisch) dem Teilreserve-Bankwesen vorausgehen müssen. Ihrer Ansicht nach ist das Teilreserve-Bankwesen die natürliche Folge eines früheren 100-Prozent-Reservesystems. Sie bieten jedoch keine Erklärung für diesen Übergang

[24] Rothbard erklärt:

> Die Verfechter des freien Wettbewerbs bei der Geldfälschung entgegnen, dass dies einfach das Wirken des Marktes sei, dass der Markt eine „Nachfrage" nach mehr Krediten registriere und dass die privaten Bankiers, diese Kirzner'schen Unternehmer, einfach „wachsam" gegenüber solchen Marktanforderungen seien. Nun, natürlich gibt es auf dem Markt immer eine „Nachfrage" nach Betrug und Unterschlagung, und es wird immer viele „aufmerksame" Betrüger geben, die begierig und bereit sind, diese Dinge anzubieten. Wenn wir den „Markt" jedoch nicht einfach als Angebot gewünschter Güter und Dienstleistungen definieren, sondern als Angebot solcher Güter *innerhalb eines* Rahmens unantastbarer Eigentumsrechte, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild. („The Present State of Austrian Economics", *Journal des Economistes et des Etudes Humaines* 6, Nr. 2, [1995]: 77)

als natürliche Lösung für ein Problem, das unter dem früheren System des 100-Prozent-Bankwesens nicht gelöst werden kann (so wie die Österreicher Geld als natürliche Lösung für das Problem der fehlenden Übereinstimmung von Bedürfnissen unter einem früheren Tauschhandelssystem betrachten). Sie bestätigen lediglich, dass der Übergang tatsächlich stattgefunden hat.

Während man leicht nachvollziehen kann, warum und wie ein Banker die Möglichkeiten der Geldfälschung ausnutzen möchte, ist es ebenso klar, dass ein solcher Versuch nicht ohne schnelle und anhaltende Anfechtungen bleiben würde. Sicherlich hätten die heutigen Autoren und Tausende früherer Rechts- und Wirtschaftstheoretiker die Teilreservebanken der Geldfälschung bezichtigt und Klage gegen sie erhoben. Der weitere Verlauf der Entwicklung des Bankwesens würde dann von einer Gerichtsentscheidung abhängen. Wenn das Gericht entscheiden würde, dass die Ausgabe von Umlaufmitteln *als* Geldtitel, die nicht durch Geld gedeckt sind, eine Fälschung darstellt, würden Banken mit Teilreservepflicht nicht entstehen; und nur wenn es anders entscheiden würde, würden sie jemals tatsächlich entstehen. Nichts an dieser Entwicklung ist natürlich; alles erscheint eher bewusst geplant. Auch das Ergebnis solcher Prozesse würde Selgin und White natürlich nicht gefallen. Im Gegenteil, wenn man davon ausgeht, dass Teilreservebanker wegen Fälschung vor einem Gericht aus Gleichgesinnten (anderen Geschäftsleuten) stehen würden, können wir mit Sicherheit sagen, dass empirisch gesehen die überwiegende Zahl solcher Fälle mit einer Verurteilung enden würde (vielleicht abgesehen der Urteile von Selgin und White). Warum also die fast vollständige Dominanz des Teilreservebankwesens?

Die Antwort lautet, dass die Gerichte, die über diese Angelegenheiten entscheiden, überall staatliche Gerichte sind. Nur wenn ein einzelnes Gericht ein territoriales Monopol auf die Gerichtsbarkeit besitzt, ist es möglich, dass der vorliegende Streit ein für alle Mal beigelegt werden kann. Und dass er einheitlich so beigelegt wurde, wie er war, d.h. indem das Teilreserve-Bankwesen erlaubt statt verboten wurde, folgt aus dem Interesse jedes Gerichts und jedes Rich-

ters *als* staatliches Gericht bzw. staatlicher Richter. Die Eigentümer und Vertreter des Staates erkennen ebenso wie die Banker das Potenzial der Geldfälschung als Einnahmequelle voll und ganz an. Indem sie den Bankern die Ausgabe von Umlaufmitteln erlauben (anstatt diese Praxis als Fälschung zu verbieten), werden die Banken existenziell vom Staat abhängig gemacht. Sie können nur operieren, weil der Staat sie aufgrund seines territorialen Monopols auf die Gerichtsbarkeit vor Klagen wegen Geldfälschung schützt; und der Staat tut dies nur unter der Bedingung, dass die Banken ihn an den zusätzlichen Einnahmen und Krediten beteiligen, die sich aus der legalisierten Geldfälschung ergeben. Indem der Staat das Teilreserve-Bankwesen zulässt, schafft er somit tatsächlich die erste und vorläufige Form eines gemeinsamen Bank-Staat-Geldfälschungskartells unter seiner eigenen ultimativen Kontrolle.

Sobald das Teilreserve-Bankwesen umfassenden Schutz durch den Staat erhält, ist es nur natürlich, dass Teilreserve-Banken 100-Prozent-Reserve-Banken aus dem Markt verdrängen. Nicht, wie Selgin und White[25] behaupten, weil sie bessere oder effizientere Banken sind, sondern aus dem Grund, dass, sobald Geldfälschung erlaubt ist, Banken, die sich daran beteiligen, dazu neigen, Banken, die dies nicht tun, aus dem Markt zu verdrängen. Das heißt, aus dem gleichen Grund, aus dem ein umweltverschmutzender Stahlproduzent, sobald industrielle Luftverschmutzung erlaubt ist, dazu neigt, einen Stahlproduzenten, der keine Umweltverschmutzung verursacht, vom Markt zu verdrängen, und aus dem gleichen Grund, aus dem eine Schutzbehörde mit der Macht zu besteuern, ein Staat, dazu neigt, Schutzbehörden ohne Macht zu besteuern vom Markt zu verdrängen. Anders ausgedrückt: Es ist nicht immer so, dass das Gute das Schlechte verdrängt. Dies ist nur dann der Fall, wenn private Eigentumsrechte unantastbar sind. Sind sie es nicht und gibt es privilegierte Akteure oder Behörden, die von den allgemeinen Regeln bezüglich der Aneignung, Produktion und Übertragung von Eigentum ausgenommen sind, dann werden diese dazu neigen, andere nor-

[25] Selgin und White, „In Defense of Fiduciary Media“, S. 97–98.

male Akteure vom Markt zu verdrängen. In diesem Fall verdrängt das Schlechte das Gute. Daher ist es völlig falsch, den empirischen Erfolg des Teilreserve-Bankwesens als Beweis für seine größere wirtschaftliche Effizienz zu interpretieren. Der Erfolg des Teilreserve-Bankwesens gegenüber dem 100-Prozent-Einlagenbankwesen ist ebenso wenig ein Marktphänomen wie der Erfolg steuereinnehmender Beschützer, also Staaten, gegenüber wettbewerbsfähigen und nicht steuereinnehmenden Sicherheitsanbietern. Es ist falsch zu behaupten, wie Selgin und White es tun, dass das Teilreserve-Bankwesen sich im Markt bewährt hat und das Ergebnis freiwilliger Verbraucherentscheidungen darstellt. Schließlich ist das 100-Prozent-Reserve-Einlagenbankwesen nicht verboten, und die Verbraucher können frei entscheiden, ob sie lieber bei solchen Banken als bei Teilreservebanken ihr Geld anlegen möchten. Oder würden sie ebenso argumentieren, dass der umweltverschmutzende Stahlproduzent sich im Markt bewährt hat, weil es den Verbrauchern schließlich freisteht, ihren Stahl von umweltfreundlichen Stahlproduzenten zu kaufen, oder dass sich Staaten im Markt bewährt haben, weil es den Verbrauchern schließlich freisteht, ihre Sicherheit auch von Behörden ohne Steuer- und Gerichtsbarkeit zu kaufen?[26]

[26] Eine ähnliche Verwirrung kennzeichnet Selgins und Whites Sichtweise auf die Beziehung zwischen echtem Geld (Gold) und Banknoten. Sie kritisieren Hoppe dafür, dass er behauptet, in einer echten freien Marktordnung würden die meisten Menschen echtes Geld anstelle von Banknoten verwenden (ohne Hoppes theoretische Begründung zu erwähnen). „Die Fakten", behaupten sie, „sehen anders aus" („In Defense of Fiduciary Media", S. 99). Diese Fakten – der historische Erfolg der Banknote gegenüber echtem Geld – sind jedoch *das Ergebnis einer früheren staatlichen Einmischung* in private Eigentumsrechte (die Legalisierung des Teilreservesystems). Wie Ludwig von Mises feststellte

> Die Wahrheit ist, dass Banknoten, abgesehen von kleinen Gruppen von Geschäftsleuten, die zwischen guten und schlechten Banken unterscheiden konnten, immer mit Misstrauen betrachtet wurden. Es waren die Sonderrechte, die Regierungen privilegierten Banken gewährten, die dieses Misstrauen langsam verschwinden ließen. (S. 438)

Während das 100-Prozent-Reserve-Bankwesen krisensicher ist, ist das Teilreserve-Bankwesen, wie selbst Selgin und White zugeben, in Wirklichkeit nicht krisensicher, wie wir hier nur kurz andeuten können. Ein System des freien Teilreserve-Bankwesens wird gemäß Mises' Theorie des Interventionismus zu weiteren staatlichen Eingriffen und einer sukzessiven Rückentwicklung des Geldes führen. Freies Teilreserve-Bankwesen als staatlich geschützter Wettbewerb in der Geldfälschung wird zu einem ständigen Wettstreit zwischen den Banken führen, um die Tragfähigkeit immer niedrigerer Teilre-

---

> In den Augen [der Regierungen] bestand die vorrangige Aufgabe der Banken darin, dem Finanzministerium Geld zu leihen. Die Geldersatzmittel wurden als Schrittmacher für das von der Regierung ausgegebene Papiergeld positiv bewertet. Die konvertierbare Banknote war lediglich ein erster Schritt auf dem Weg zur nicht einlösbaren Banknote. Mit dem Fortschreiten der Staatsverehrung und der Politik des Interventionismus haben sich diese Ideen allgemein durchgesetzt und werden von niemandem mehr in Frage gestellt. (S. 442)
>
> Die Regierungen förderten die Verwendung von Banknoten nicht, um Unannehmlichkeiten für Damen beim Einkaufen zu vermeiden. Ihre Idee war es, den Zinssatz zu senken und ihren Staatskassen eine Quelle für billige Kredite zu erschließen. In ihren Augen war die Erhöhung der Menge an Umlaufmitteln ein Mittel zur Förderung des Wohlstands. Banknoten sind nicht unverzichtbar. Alle wirtschaftlichen Errungenschaften des Kapitalismus wären auch ohne sie erreicht worden. (*Human Action: A Treatise on Economics*, 3. überarbeitete Auflage [Chicago: Contemporary Books, 1966], S. 447)

Dementsprechend unterscheidet sich Mises' Ansicht über solides Geld völlig von der von Selgin und White. Während letztere glauben, dass Gold letztendlich vollständig aus dem Umlauf verschwinden würde – und sollte (siehe Anmerkung 3 oben) – betrachtete Mises es als Voraussetzung für ein solides Währungssystem.

> [G]old muss in den Bargeldbeständen aller Menschen vorhanden sein. Jeder muss sehen, wie Goldmünzen den Besitzer wechseln, muss daran gewöhnt sein, Goldmünzen in der Tasche zu haben, Goldmünzen zu erhalten, wenn er seinen Gehaltsscheck einlöst, und Goldmünzen auszugeben, wenn er in einem Geschäft einkauft. (*The Theory of Money and Credit*, S. 450–51)

servesätze zu testen. Dies wird zwangsläufig zu Bankenkrisen führen, die von den Regierungen für die Einführung des Zentralbankwesens genutzt werden. Das Zentralbankwesen führt zu noch mehr Geldfälschung, zur Abschaffung des Warengeldes und zur Einführung nationaler Fiat-Währungen. Schließlich wird der internationale Wettbewerb zwischen den Zentralbanken bei der Fälschung von Fiat-Geld zu Staatsbankrotten führen, und deren Zahlungsunfähigkeit wird von den mächtigsten der überlebenden Staaten für die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung, einer Zentralbank und einer Fiat-Währung genutzt werden. [27]

---

[27] Zur Beziehung zwischen Staatsgeld und Bankwesen sowie politischer Zentralisierung siehe Hans-Hermann Hoppe, „Banking, Nation States, and International Politics", *Review of Austrian Economics* 4 (1990): 55–87; und Jörg Guido Hülsmann, „Banking and Political Centralization", *Journal of Libertarian Studies* 13, Nr. 1 (1997). Selgin und White argumentieren:

> Wir lehnen auch die Vorstellung ab… dass *wettbewerbsfähige* Banken, die rückzahlbare Verbindlichkeiten ausgeben, Kredite „aus dem Nichts" schaffen können. Aufgrund der Natur der Bilanz müssen alle Bankkredite durch Verbindlichkeiten oder Eigenkapital finanziert werden. Keine dieser Finanzierungsquellen kann aus dem Nichts geschaffen werden. Niemand ist gezwungen, rückzahlbare Verbindlichkeiten einer wettbewerbsfähigen Bank zu halten oder deren Aktien zu kaufen; jeder kann stattdessen Forderungen gegenüber anderen Banken oder gegenüber keiner Bank halten. Eine wettbewerbsfähige Bank muss daher *reale Ressourcen aufwenden, um* durch die Bereitstellung von Zinsen und Dienstleistungen *Kunden zu gewinnen*. Die Vorstellung, dass eine Bank Kredite … unentgeltlich vergeben kann, gilt nur für die inframarginalen Kredite einer Monopolbank oder für den Emittenten eines Zwangszahlungsmittels; sie gilt nicht für eine Bank in einem wettbewerbsorientierten System. (S. 94, Anm. 13)
>
> So wird der Wettbewerb die Renditen des in Teilreservebanken investierten Kapitals so lange drücken, bis die marginale Bank nur noch die normale Rendite erzielt. („In Defense of Fiduciary Media", S. 97)

Wir haben zwar keine Schwierigkeiten, die hier gezogene Unterscheidung zwischen wettbewerbsorientierten und monopolistischen Banken zu akzeptieren, doch hat dies keinerlei Einfluss auf die vorliegende Frage, näm-

Daher ist die von Selgin und White vorgeschlagene Lösung für die derzeitige Währungsmisere, nämlich ein goldbasiertes freies Bankensystem mit Teilreserven, in Wirklichkeit die ursprüngliche inter-

---

lich die Gültigkeit der Analogie zwischen Staaten und Teilreservebanken als illegale Organisationen. Zum einen müssen Staaten um Kunden (Einwohner) konkurrieren. Tatsächlich kommt der Wettbewerb zwischen Staaten (oder Banken) um Kunden erst mit der Errichtung eines einzigen Weltstaates (oder einer einzigen Zentralbank) vollständig zum Erliegen. Und der innerstaatliche Wettbewerb zwischen Teilreservebanken ist, wie erläutert, ein Wettbewerb innerhalb einer staatlich privilegierten Branche, d.h. ein monopolistischer Wettbewerb (genauso wie der zwischenstaatliche Wettbewerb ein Beispiel für monopolistischen Wettbewerb ist). Zweitens und noch wichtiger ist, dass der Unterschied zwischen wettbewerbsorientierten und monopolistischen Banken (oder Staaten), so interessant er auch sein mag, ihre gemeinsame Eigenschaft als Teilreservebanken (oder Staaten) nicht im Geringsten beeinträchtigt. Fälschungen und Besteuerung ändern nichts an ihrer Natur, nur weil sie wettbewerbsorientiert durchgeführt werden.

Der Irrtum lässt sich anhand einer Analogie verdeutlichen. Selgin und White werden hier paraphrasiert: Wir lehnen auch die Vorstellung ab, dass wettbewerbsorientierte Staaten, die Steuerverbindlichkeiten ausgeben, Steuern aus dem Nichts schaffen können. Aufgrund der Natur staatlicher Haushalte müssen alle Ausgaben durch Eroberung, Raub oder Diebstahl finanziert werden. Keine dieser Finanzierungsquellen kann aus dem Nichts geschaffen werden. Niemand ist gezwungen, die Steuerverbindlichkeiten eines bestimmten Staates zu halten oder dessen Anteile zu kaufen; jeder kann umziehen und Steuern an einen anderen Staat oder an keinen Staat zahlen. Ein wettbewerbsfähiger Staat muss daher reale Ressourcen aufwenden, um durch die Bereitstellung von Schutz und Dienstleistungen Kunden anzuziehen. Die Vorstellung, dass ein Staat die Steuern willkürlich erhöhen kann, gilt nur für die inframarginalen Steuern eines Monopolsstaates; sie gilt nicht für einen Staat in einem Wettbewerbssystem. Der Wettbewerb wird also die Renditen des in Staaten investierten Kapitals so lange drücken, bis der marginale Staat nur noch die normale Rendite erzielt.

Laut Selgin und White scheint daraus zu folgen, dass Besteuerung (wie Geldfälschung) erst mit dem Aufkommen einer einzigen weltweiten Monopolbank als Problem anzusehen ist. Bis dahin stellen Steuern unter Wettbewerbsbedingungen nichts anderes als normale Markteinkünfte dar.

ventionistische Ursache für praktisch alle aktuellen Währungsprobleme.

DIE POSITIVE ÖKONOMIE DER UMLAUFMITTEL: GELDGLEICHGEWICHT, PREIS, ANPASSUNG, SPAREN UND INVESTITION

Aus der Natur der Umlaufmittel – als Titel auf nicht existierendes Geldeigentum (Gold), Titel auf Geld, das durch etwas anderes als Geld gedeckt ist, oder schlichtweg Falschgeld – lässt sich ableiten, dass das Teilreserve-Bankwesen unmöglich etwas anderes bewirken kann als eine kontinuierliche Umverteilung von Vermögen und Einkommen. Wenn die ungedeckten Geldersatzmittel von der ausgebenden Bank und ihren Kreditnehmerkunden in die Wirtschaft gelangen und dadurch sukzessive die Preise für immer mehr Güter in die Höhe treiben, wird realer Reichtum (Eigentum) zugunsten der ausgebenden Bank und der ersten und frühen Empfänger und Verkäufer dieses Geldes und auf Kosten der späten oder nie empfangenden und verkaufenden Personen übertragen und umverteilt. Rothbard erklärt

> Die ersten Empfänger des neuen Geldes profitieren am meisten, die nächsten etwas weniger usw., bis der Mittelpunkt erreicht ist, und dann verliert jeder Empfänger mehr und mehr, während er auf das neue Geld wartet. Denn die Verkaufspreise der ersten Personen steigen, während die Kaufpreise fast gleich bleiben; später jedoch sind die Kaufpreise gestiegen, während die Verkaufspreise unverändert bleiben.[28]

Laut Selgin und White können Fiat-Geldmittel jedoch weit mehr bewirken. Anstatt nur bestehendes Eigentum umzuverteilen, kann die Ausgabe von Fiat-Geldmitteln unter bestimmten Bedingungen zu einer Steigerung des realen Vermögens (Eigentums) führen. Wir haben bereits zitiert, dass „die Vorteile den Bankkreditnehmern zu-

[28] Murray N. Rothbard, *Man, Economy, and State* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1993), S. 851.

gutekommen, die über ein reichlicheres Angebot an Zwischenkrediten verfügen, sowie allen, die mit dem dadurch größeren Kapitalstock der Wirtschaft arbeiten". Sie drücken sich nicht so unverblümt aus, aber sie behaupten, dass unter bestimmten Umständen eine Erhöhung der Eigentumsrechte an einem unveränderten Güterbestand diesen Bestand irgendwie wachsen lässt oder verhindert, dass er schrumpft.

Wann und wie kann ein solches Wunder vollbracht werden? Laut Selgin und White führen (unvorhergesehene) Veränderungen in der Geldnachfrage zu einem „vorübergehenden" oder „kurzfristigen monetären Ungleichgewicht", das mit „gravierenden Fehlallokationen von Ressourcen" einhergeht – *es sei denn*, solche Veränderungen werden durch das Teilreservesystem ausgeglichen. Sie schreiben:

> Langfristig werden sich die nominalen Preise anpassen, um Angebot und Nachfrage nach Geldbeständen auszugleichen, unabhängig von der nominalen Geldmenge. Daraus folgt jedoch nicht, dass jede einzelne *Veränderung* des Geldangebots oder der Geldnachfrage *sofort* zu einem neuen langfristigen Gleichgewicht führt, da die erforderlichen Preisanpassungen Zeit brauchen. Sie brauchen Zeit, weil nicht alle Wirtschaftssubjekte sofort und vollständig über Veränderungen der Geldmenge oder der Geldnachfrage informiert sind und weil einige Preise nur mit hohen Kosten angepasst werden können und daher „träge" sind. Daraus folgt, dass kurzfristig (empirisch gesehen „für einige Monate") nicht vollständig vorhergesehene Veränderungen des Geldangebots oder der Geldnachfrage zu einem monetären Ungleichgewicht führen können… Es ist daher ein attraktives Merkmal des freien Bankwesens mit Teilreserven, dass sich die nominale Geldmenge der Banken tendenziell so anpasst, dass sie Veränderungen der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ausgleicht.[29]
>
> Wenn das Bankensystem die von Banken ausgegebene Geldmenge nicht erhöht und das Preisniveau nicht umgehend sinkt, entsteht eine übermäßige Geldnachfrage (vorausgesetzt, dass auch die Basisgeld-

[29] Selgin und White, „In Defense of Fiduciary Media", S. 100–01.

> menge nicht sofort steigt). Es entsteht ein entsprechender Überschuss an Waren: Unverkaufte Konsumgüter stapeln sich in den Regalen der Verkäufer (was natürlich unmittelbar einen Abwärtsdruck auf die Preise ausübt, bis die Warenpreise schließlich ausreichend gefallen sind). Die Wirtschaft befindet sich in einer Depression, bis die Kaufkraft des Geldes wieder ins Gleichgewicht kommt.[30]

Von vornherein muss man sich fragen, ob das Problem des monetären Ungleichgewichts überhaupt existiert (ganz zu schweigen von der Lösung). In dem soeben angeführten Zitat kann man Geld durch jedes andere Gut ersetzen: Fernseher, Stahl, Bier oder Brezeln. Die Mengen dieser Güter sind ebenfalls starr festgelegt (ebenso wie die Goldmenge), und dennoch führen (unvorhergesehene) Veränderungen in der Nachfrage nach Fernsehern, Stahl, Bier oder Brezeln nicht

---

[30] Ebd., S. 105. Roger Garrison, ein weiterer Befürworter des Freibanken-Teilreservesystems, drückt es so aus: „In Bezug auf die Austauschgleichung [MV=PQ] können wir sagen, dass das freie Bankwesen M (Money Supply = Geldmenge) so anpasst, dass es Veränderungen in V (Velocity = Umlaufgeschwindigkeit) ausgleicht, aber Veränderungen in Q (Quantity = Produktionsvolumen) durch Veränderungen in P (Price Level = Preisniveau) ausgeglichen werden können." Garrison beschreibt das kurzfristige „monetäre Ungleichgewicht" in fast identischer Form:

> Eine steigende Geldnachfrage übt einen Abwärtsdruck auf die Produkt- und Faktorpreise im Allgemeinen aus. Gäbe es keine Reaktion der Geldmenge, würde dies zu einem allgemeinen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit führen, da sich Preise und Löhne nicht vollständig und sofort an die neuen Marktbedingungen anpassen könnten. Güter würden im Allgemeinen unverkauft bleiben, die Produktion würde zurückgefahren und Arbeitnehmer würden entlassen werden. Bei einem nicht vollkommen flexiblen Preissystem kann der allgemeine Deflationsdruck die Wirtschaft in der Zeit, in der sich die Preise an die höhere Geldnachfrage anpassen, unter ihr Potenzial drücken. Und die Tatsache, dass einige Preise und Löhne flexibler sind als andere, bedeutet, dass die Anpassungsphase Veränderungen der relativen Preise mit sich bringt, die keine Veränderungen der relativen Knappheit widerspiegeln. Genau diese Probleme … werden durch die Reaktionsfähigkeit des freien Bankwesens auf einen Anstieg der Geldnachfrage vermieden. („Central Banking, Free Banking, and Financial Crises", *Review of Austrian Economics* 9, Nr. 2 [1996]: 117)

zu vorübergehenden Ungleichgewichten mit gravierenden Fehlallokationen von Ressourcen. Oder zumindest verursachen sie keine Probleme, die die Erfindung eines speziellen neuen Geräts (wie einer Teilreserve-Fernseh- oder Bierproduktion) erfordern würden.

Es ist auch nicht klar, warum wir glauben sollen, dass „es wichtig ist, zwischen kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen von Veränderungen in der Nachfragestruktur nach Geld oder im Geldbestand zu unterscheiden“[31] oder warum diese Unterscheidung im Falle von Geld eine andere Bedeutung oder Wichtigkeit haben sollte als bei allen anderen Gütern. Sicherlich dauert es eine gewisse Zeit, bis sich beispielsweise ein unerwarteter Anstieg der Nachfrage nach Fernsehern und Bier vollständig auf das System der relativen Preise ausgewirkt hat und eine neue, angepasste Produktionsstruktur etabliert ist. Das bedeutet jedoch nicht, dass Preisanpassungen Zeit brauchen (und in der Zwischenzeit kurzfristige Probleme verursachen). Im Gegenteil, Preisanpassungen erfolgen sofort und ohne Verzögerung. Jede Veränderung des Angebots oder der Nachfrage nach irgendetwas wirkt sich sofort auf die Preise aus. Diese Tatsache wird aufgrund einer nicht-österreichischen Beschäftigung mit makroökonomischen Artefakten wie dem allgemeinen Preisniveau, dem langfristigen Gleichgewicht und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes übersehen. Aus der korrekten individualistischen Perspektive betrachtet, kann es jedoch keinen Zweifel an der Unmittelbarkeit von Preisanpassungen und der praxeologischen Integration von Kurz- und Langfristigkeit geben.

Aus individualistischer Sicht ist eine erhöhte Nachfrage nach Geld das Ergebnis gezielter Handlungen von Individuen, d.h. von Menschen, die ihre individuellen Bargeldbestände erhöhen wollen. Um dies zu erreichen, muss eine Person ihre Käufe einschränken und/oder ihre Verkäufe steigern. In beiden Fällen kommt es zu einem sofortigen Rückgang einiger Preise. Als Folge der Einschränkung der Käufe von x, y oder z sinkt der Geldpreis von x, y oder z sofort (im Vergleich zu dem, wie er sonst gewesen wäre), und

[31] Selgin und White, „In Defense of Fiduciary Media“, S. 100.

ebenso sinken durch die Steigerung der Verkäufe von a, b oder c deren Preise sofort. Niemand kümmert sich um das allgemeine Preisniveau oder die allgemeine Kaufkraft des Geldes. Stattdessen kümmert sich jeder immer um bestimmte Preise und die Kaufkraft des Geldes in Bezug auf bestimmte Artikel (und jeder interessiert sich für seine ganz eigenen und unterschiedlichen Preise und Kaufkraft). Durch die Einschränkung seiner spezifischen Käufe und/oder die Steigerung seiner spezifischen Verkäufe erreicht jeder Akteur genau und sofort das, was er will: Bestimmte Preise, die er für zu hoch hält, werden gesenkt, die Kaufkraft einer Geldeinheit steigt, der reale Wert seines Bargeldbestands steigt, und sein Geldbedarf und sein Geldangebot werden sofort wieder ins Gleichgewicht gebracht (und er möchte weder mehr noch weniger Geld halten, als er tatsächlich hat).[32]

Die Anpassung des praxeologisch bedeutungslosen allgemeinen Preisniveaus, die durch eine erhöhte Geldnachfrage erforderlich wird, ist nichts anderes als die Summe einer Reihe unzähliger sofortiger und zielgerichteter individueller Bargeldbestandsanpassungen. Wenn die erhöhte Geldnachfrage durch die Ausgabe von Fiat-Geld gedeckt wird, wie Selgin und White es befürworten, wird dieser Anpassungsprozess nicht erleichtert, sondern verzögert.[33] Die Ge-

---

[32] So schreibt Mises:

> Käufer und Verkäufer auf dem Markt beschäftigen sich nie mit den Elementen der Austauschgleichung, von denen zwei – die Umlaufgeschwindigkeit und das Preisniveau – vor dem Handeln der Marktteilnehmer noch gar nicht existieren und die anderen beiden – die Geldmenge (in der gesamten Wirtschaft) und die Summe der Transaktionen – den Marktteilnehmern unmöglich bekannt sein können. Nur die Bedeutung, die die verschiedenen Akteure auf dem Markt einerseits der Aufrechterhaltung eines Bargeldbestands in einer bestimmten Höhe und andererseits dem Besitz der verschiedenen betreffenden Güter beimessen, bestimmt die Entstehung der Tauschbeziehung zwischen Geld und Gütern. („The Position of Money Among Economic Goods", in: *Money, Method, and the Market Process*, Richard Ebeling, Hrsg. [Boston: Kluwer, 1990], S. 61)

[33] Darüber hinaus entsteht aus individualistischer Sicht die erhöhte Geldnachfrage bei bestimmten Akteuren zu bestimmten Zeiten und an be-

schwindigkeit der Preisanpassung hängt von den Erwartungen der Marktteilnehmer hinsichtlich der gegebenen Geldmenge ab. Wenn man davon ausgehen kann, dass Teilreserve-Banken ihre Kreditvergabe als Reaktion auf einen unerwarteten Anstieg der Geldnachfrage erhöhen werden, dann dauert die Anpassung *länger*. Ohne den zusätzlichen Einfluss der Inflation würde sich die Produktion *früher* anpassen und beginnen.[34]

Darüber hinaus zeigt die vorgeschlagene Lösung für das angebliche Problem des kurzfristigen monetären Ungleichgewichts eine

---

stimmten Orten. Es reicht nicht aus, dass Banken eine abstrakte höhere Geldnachfrage durch mehr Geld decken, sondern die Deckung müsste genau bei den richtigen Personen und an den richtigen Orten erfolgen. Ist dies nicht der Fall, kann man kaum von einer Deckung sprechen, sondern eher von einer zusätzlichen Verzerrung. Diese Schwierigkeit wurde bereits vom frühen Hayek erkannt:

> Um alle monetären Einflüsse auf die Preisbildung und die Produktionsstruktur zu beseitigen, würde es nicht ausreichen, die Geldmenge quantitativ an diese Veränderungen der Nachfrage anzupassen, sondern es müsste auch sichergestellt werden, dass sie in die Hände derjenigen gelangt, die sie tatsächlich benötigen, d.h. in den Teil des Systems, in dem diese Veränderung in der Unternehmensorganisation oder den Zahlungsgewohnheiten stattgefunden hat. (*Prices and Production* [London: Routledge, 1935], S. 124)

Mit Blick auf den späteren Hayek fragt man sich, wie Banken überhaupt über das erforderliche Wissen verfügen könnten, um diese Aufgabe zu erfüllen.

[34] Was die Preisstarrheit und die Umverteilungsfolgen einer erhöhten Geldnachfrage gegenüber einer Reihe von Preisen mit unterschiedlichem Grad an Starrheit betrifft, die Selgin und White sowie Garrison als Problem ansprechen, ist es von größter Bedeutung zu erkennen, dass Preise das Ergebnis zielgerichteten Handelns sind – ebenso wie ihre Starrheit. Das heißt, die Flexibilität oder Inflexibilität der Preise verschiedener Produkte und Dienstleistungen ist kein Zufall, sondern ein bewusster Bestandteil dieser Produkte und Dienstleistungen. Entgegen der Behauptung von Garrison hat die Preisstarrheit sehr wohl Auswirkungen auf die reale relative Knappheit und steht mit ihr in Zusammenhang. Wenn starrere Preise sozusagen mehr leiden, dann sei es so; das wird ihnen eine Lehre sein, in Zukunft weniger starr zu sein – wenn die Eigentümer des betreffenden Eigentums in einer Weise handeln, die mit diesem Ziel vereinbar ist.

grundlegende Verwirrung hinsichtlich des Konzepts von Nachfrage (und Angebot) und insbesondere der Beziehung zwischen Geldnachfrage, Sparen und Investitionen. Erstens ist eine erhöhte Geldnachfrage (wie nach Fernsehern, Bier oder Brezeln) nicht nur der Wunsch, mehr Geld (oder Fernseher, Bier usw.) zu haben, sondern eine *effektive* Nachfrage. Das heißt, eine erhöhte Geldnachfrage (wie nach allem anderen auch) kann nur befriedigt werden, wenn der Nachfrager bereit ist, sein Marktangebot zu erhöhen und/oder seine Nachfrage nach etwas anderem zu reduzieren. Ebenso kann der Anbieter (Verkäufer) von Geld sein Geldangebot nur erhöhen, wenn er gleichzeitig das Angebot (oder seine Reservierungsnachfrage) nach etwas anderem reduziert. Die Autoren haben Says Gesetz übersehen: Alle Güter (Eigentum) werden mit anderen Gütern gekauft, niemand kann etwas verlangen, ohne etwas anderes anzubieten, und niemand kann mehr von etwas verlangen oder anbieten, ohne weniger von etwas anderem zu verlangen oder anzubieten. Dies ist jedoch *nicht* der Fall, wenn eine Fiat-Währung angeboten und nachgefragt wird. Die gestiegene Nachfrage nach Geld wird befriedigt, ohne dass der Nachfrager weniger von etwas anderem nachfragt und ohne dass der Anbieter weniger von etwas anderem anbietet. Durch die Ausgabe und den Verkauf von Umlaufmitteln werden Wünsche befriedigt, nicht die effektive Nachfrage. Eigentum wird angeeignet (effektiv nachgefragt), ohne dass anderes Eigentum im Austausch angeboten wird. Daher handelt es sich hierbei nicht um einen Marktaustausch – der dem Say'schen Gesetz unterliegt – sondern um einen Akt der ungerechtfertigten Aneignung. Oder wäre es eine effiziente Lösung für das Problem unerwarteter kurzfristiger Engpässe bei Fernsehern, Bier oder Brezeln, wenn die Hersteller von Fernsehern, Bier und Brezeln dieser gestiegenen Nachfrage „vorübergehend" durch die Ausgabe und den Verkauf zusätzlicher Titel für Fernseher, Bier und Brezeln, aber nicht dieser Waren selbst, nachkommen würden?

Zweitens missverstehen Selgin und White die Natur des Geldes und die Nachfrage nach Geld weiterhin, indem sie die außergewöhnliche Behauptung aufstellen, dass die Ausgabe von Umlaufmitteln,

„*die mit einer erhöhten Nachfrage nach Umlaufmitteln einhergeht*", nicht nur kein Ungleichgewicht verursacht, sondern der Wirtschaft sogar einen „größeren Bestand an Investitionsgütern" verschafft, weil

> [d]as Halten von Geld, das von Teilreserve-*Banken ausgegeben wird*, nicht nur (wie der Besitz von Basisgeld) den Konsum für einen längeren oder kürzeren Zeitraum aufschiebt, sondern dabei auch *vorübergehend Mittel* an die ausgebende Bank *verleiht*. Die Laufzeit des Darlehens ist nicht festgelegt … aber wenn die Bank mit hinreichender Genauigkeit abschätzen kann, wie lange ihre Forderungsansprüche im Umlauf bleiben werden … kann sie sicher Investitionen in entsprechender Höhe tätigen.[35]

In Anlehnung an Rothbard kritisierte Hoppe diese im Wesentlichen keynesianische Sichtweise hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der Geldnachfrage und den Ersparnissen (ausleihbaren Mitteln)[36] , indem er darauf hinwies, dass

---

[35] Selgin und White, „In Defense of Fiduciary Media", S. 103. Der Fehler, Eigentum und Eigentumsrechte zu verwechseln, liegt auch Selgin und Whites Versuch zugrunde, die Nachfrage nach Außengeld analytisch von der Nachfrage nach Innengeld zu trennen, als handele es sich dabei um zwei verschiedene Arten von Geld mit zwei unterschiedlichen und voneinander unabhängigen Nachfragen.

[36] Selgin formulierte dieselbe These wie folgt:

> Wenn eine Bank im Zuge der Vergabe neuer Kredite und Investitionen ihre Verbindlichkeiten ausweitet, sind es die Inhaber dieser Verbindlichkeiten, die letztlich die Kreditgeber sind, und was sie verleihen, sind die realen Ressourcen, die sie erwerben könnten, wenn sie das Geld nicht halten, sondern ausgeben würden. Wenn die Ausweitung oder Schrumpfung der Bankverbindlichkeiten so erfolgt, dass sie jederzeit mit der sich ändernden Nachfrage nach Innengeld übereinstimmt, entspricht die Menge der realen Kapitalmittel, die den Kreditnehmern von den Banken zur Verfügung gestellt werden, der Menge, die den Banken von der Öffentlichkeit freiwillig angeboten wird. Unter diesen Bedingungen sind Banken lediglich Vermittler von ausleihbaren Mitteln. (*The Theory of Free Banking: Money Supply under Competitive Note Issue*, S. 55)

Ähnliches erklärte John Maynard Keynes (*The General Theory of Employment, Interest, and Money* [New York: Harcourt, Brace, 1936], S.

> [n]icht ausgegebenes Geld *weder* für den Kauf von Konsumgütern *noch* für den Kauf von Investitionsgütern verwendet wird.... Individuen können ihre Geldvermögen auf drei Arten verwenden: Sie können sie für Konsumgüter ausgeben, sie können sie für Investitionen ausgeben oder sie können sie in Form von Bargeld aufbewahren. Es gibt keine anderen Alternativen…. Das Verhältnis zwischen Konsum und Investitionen, d.h. die Entscheidung, wie viel … für den Konsum und wie viel für Investitionen ausgegeben wird, wird durch die Zeitpräferenz einer Person bestimmt, d.h. durch das Ausmaß, in dem sie den gegenwärtigen Konsum dem zukünftigen Konsum vorzieht. Andererseits ist die Quelle ihrer Nachfrage nach Bargeld der Nutzen, der mit dem Geld verbunden ist , d.h. die persönliche Befriedigung, die sie aus dem Geld ziehen, indem es ihnen ermöglicht, direkt oder indirekt nützliche Konsum- oder Produktionsgüter zu ungewissen zukünftigen Zeitpunkten sofort zu kaufen.

---

82) als er schrieb, dass die Vorstellung, dass die Schaffung von Krediten durch Bankensysteme Investitionen ermöglicht, denen „keine echten Ersparnisse“ entsprechen, d.h. „die Vorstellung, dass Ersparnisse und Investitionen … voneinander abweichen können, meiner Meinung nach durch eine optische Täuschung zu erklären ist“ (S. 81).

> Die Einsparungen, die sich aus dieser Entscheidung ergeben, sind genauso real wie alle anderen Einsparungen. Niemand kann gezwungen werden, das zusätzliche Geld zu besitzen, das dem neuen Bankkredit entspricht, es sei denn, er zieht es bewusst vor, mehr Geld statt einer anderen Form von Vermögen zu halten. (S. 83)

Tatsächlich räumt Selgin ein, dass

> viele Keynesianer die von ihm vorgeschlagene Lösung für das monetäre Gleichgewicht akzeptieren könnten. Diejenigen, die die Liquiditätsfalle nicht als wichtige faktische Möglichkeit betrachten, würden sie wahrscheinlich als völlig angemessen akzeptieren. (*The Theory of Free Banking*, S. 59)

Henry Hazlitt bemerkte zu dieser keynesianischen Idee,

> [n]ach derselben Logik können wir über Nacht jede beliebige Menge an neuen „Ersparnissen” schaffen, indem wir einfach diese Menge an neuem Papiergeld drucken, denn *irgendjemand* wird dieses neue Papiergeld zwangsläufig halten! (*The Failure of the „New Economics”: An Analysis of the Keynesian Fallacies* [Lanham, Maryland: University Press of America, 1983], S. 227)

> Wenn also die Geldnachfrage steigt, während der gesellschaftliche Geldbestand gegeben ist, kann diese zusätzliche Nachfrage nur durch eine Senkung der Geldpreise für Nicht-Geld-Güter befriedigt werden. Die Kaufkraft des Geldes wird steigen, der *reale* Wert der individuellen Bargeldbestände wird sich erhöhen, und bei einer höheren Kaufkraft pro Geldeinheit werden sich Nachfrage und Angebot nach Geld wieder im Gleichgewicht befinden. Der relative Preis von Geld gegenüber Nicht-Geld wird sich verändert haben. Aber *sofern* nicht gleichzeitig eine Veränderung der Zeitpräferenz angenommen wird, bleiben der *reale* Konsum und die *realen* Investitionen unverändert: Die zusätzliche Geldnachfrage wird durch eine Verringerung der nominalen Konsum- und Investitionsausgaben entsprechend dem zuvor bestehenden Konsum-/Investitionsverhältnis befriedigt, wodurch die Geldpreise sowohl für Konsum- als auch für Produktionsgüter sinken und der reale Konsum und die realen Investitionen genau auf ihrem alten Niveau bleiben.[37]

Dementsprechend kam Hoppe zu dem Schluss, dass es *niemals* gerechtfertigt ist, einer erhöhten Geldnachfrage durch die Ausgabe von Umlaufmitteln entgegenzukommen.[38] Tatsächlich führt dies entwe-

---

[37] Hoppe, „How is Fiat Money Possible?“, S. 72–73.

[38] Siehe auch Hoppe, „Theorie der Beschäftigung, des Geldes, des Zinses und des kapitalistischen Prozesses: Der misesianische Fall gegen Keynes“, in *Die Ökonomie und Ethik des Privateigentums* (das vorliegende Werk), und Rothbard, *Man, Economy, and State* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1993), S. 167ff., 667ff.; ders., *America's Great Depression* (New York: Richardson and Snyder, 1983), S. 39ff.
Was die Behauptung von Selgin und White angeht, sie seien Misesianer, lohnt es sich, Mises zu zitieren, über

> die Rolle, die Bargeldbestände im Prozess des Sparens und der Kapitalakkumulation spielen … Wenn ein Individuum einen Geldbetrag nicht für den Konsum, sondern für den Kauf von Produktionsfaktoren verwendet, wird das Sparen direkt in Kapitalakkumulation umgewandelt. Wenn der einzelne Sparer seine zusätzlichen Ersparnisse zur Erhöhung seiner Bargeldbestände verwendet, weil dies in seinen Augen die vorteilhafteste Art der Verwendung ist, bewirkt er eine Tendenz zum Rückgang der Warenpreise und zum Anstieg der Kaufkraft der Währungseinheit. Wenn wir davon ausgehen, dass sich die Geldmenge im Marktsystem nicht verändert, hat dieses Verhalten des Sparers keinen direkten Einfluss auf die Kapitalakkumu-

der – sofern die entgegenkommende Erhöhung der Umlaufmittel unerwartet ist und der Marktzinssatz vorübergehend unter den natürlichen Zinssatz fällt – zu einem Boom-Bust-Zyklus; oder aber – sofern die aus dem Bankensystem resultierende monetäre Veränderung erwartet wird und der Marktzinssatz (in Erwartung höherer Verkaufspreise) entsprechend der Höhe des natürlichen Zinssatzes nach oben getrieben wird – lediglich zu einer einfachen Umverteilung von Vermögen und Einkommen unter den verschiedenen Mitgliedern der Gesellschaft führen. Es ist jedoch praxeologisch unmöglich, dass die Ausgabe von Fiatgeld zu einem „vergrößerten Bestand an Kapitalgütern" führen kann.

In ihrem Versuch, dieses Argument zu widerlegen, räumen Selgin und White zunächst den zentralen theoretischen Punkt ein: „Wir stimmen zu, dass Zeitpräferenz und Geldnachfrage zwei unter-

---

lation und deren Einsatz für eine Ausweitung der Produktion. Die Wirkung der Ersparnisse unseres Sparers, d.h. der Überschuss der produzierten Güter gegenüber den konsumierten Gütern, verschwindet nicht aufgrund seiner Hortung. Die Preise für Kapitalgüter steigen nicht auf das Niveau, das sie ohne eine solche Hortung erreicht hätten. Die Tatsache, dass mehr Kapitalgüter verfügbar sind, wird jedoch nicht durch das Bestreben einer Reihe von Menschen beeinflusst, ihre Bargeldbestände zu erhöhen. Wenn niemand die Güter, deren Nichtkonsum die zusätzlichen Ersparnisse hervorgebracht hat, für eine Ausweitung seiner Konsumausgaben einsetzt, bleiben sie als Zuwachs an verfügbaren Kapitalgütern bestehen, unabhängig von ihren Preisen. Die beiden Prozesse – erhöhte Bargeldbestände einiger Menschen und erhöhte Kapitalakkumulation – finden nebeneinander statt. Ein Rückgang der Rohstoffpreise führt unter sonst gleichen Umständen zu einem Rückgang des Geldäquivalents des Kapitals der verschiedenen Individuen. Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einer Verringerung des Angebots an Kapitalgütern und erfordert keine Anpassung der Produktionstätigkeiten an eine angebliche Verarmung. Es verändert lediglich die Geldbeträge, die bei der monetären Berechnung anzuwenden sind. (Mises, *Human Action*, S. 521–522)

schiedliche Dinge sind und dass eine Veränderung des einen nicht zwangsläufig eine Veränderung des anderen impliziert."[39] Ebenso:

> Die Tatsache, dass das Halten von Geld eine Form des Sparens ist, bedeutet nicht, dass eine Zunahme der Geldnachfrage gleichbedeutend mit einer Zunahme der Gesamtsparquote ist. Eine erhöhte Geldnachfrage kann mit einer geringeren Nachfrage nach anderen Vermögenswerten einhergehen und nicht mit einem Rückgang des Konsums; daher kann sie Teil einer Veränderung der Art des Sparens sein, ohne dass sich die Gesamtsparquote ändert.[40]

Wenn jedoch eine erhöhte Geldnachfrage nicht gleichbedeutend mit einer Erhöhung der Gesamtsparquote ist, dann kann man nicht behaupten, dass sie zu einem größeren Pool an ausleihbaren Mitteln und einer erhöhten Kapitalbildung (einer Verlängerung der Produktionsstruktur) führt. Um ihre These vom Wirtschaftswachstum zu retten, versuchen Selgin und White unmittelbar nach diesem Zugeständnis, es wieder zurückzunehmen, indem sie argumentieren:

> Dennoch [ungeachtet der Nichtidentität von Zeitpräferenz und Geldnachfrage] *bedeutet* das Halten von Geld, es für *spätere* Ausgaben zu halten, auch wenn nicht klar ist, *wie viel später* das sein wird (und dies in der Regel vom Geldbesitzer noch nicht entschieden wurde). Geld für spätere Ausgaben zu halten, anstatt es jetzt für den Konsum auszugeben, verschiebt den Konsum in die Zukunft. Wie Hoppe selbst hervorhebt, ergibt sich die Nachfrage nach Bargeld aus dem Vorteil, der es einem ermöglicht, „Konsum- oder Produktionsgüter zu ungewissen *zukünftigen* Zeitpunkten" zu kaufen. Vielleicht handelt es sich hier also lediglich um eine Meinungsverschiedenheit in Bezug auf die Wortwahl.[41]

Leider ist diese Annahme unbegründet. Es handelt sich nicht um eine Wortklauberei, sondern um eine substanzielle Meinungsverschiedenheit über die Natur des Geldes.

---

[39] Selgin und White, „In Defense of Fiduciary Media", S. 102.
[40] Ebd., S. 103.
[41] Ebd., S. 102.

Es ist schwierig, die beiden vorangegangenen Aussagen nicht als widersprüchlich zu interpretieren. Selgin und White versuchen, sich dieser Schlussfolgerung durch eine *ad hoc* vorgenommene semantische Verschiebung zu entziehen, indem sie Geld als zukünftiges Gut charakterisieren. Im Wesentlichen lautet ihr Argument, dass eine erhöhte Geldnachfrage zwar nicht zwangsläufig zu höheren Ersparnissen führt, aber dennoch einen größeren Kreditrahmen ermöglicht, da Geld nur gehalten wird, um „zu unbestimmten Zeitpunkten in der *Zukunft*" (Hervorhebung von ihnen) ausgegeben zu werden, sodass eine erhöhte Geldnachfrage immer gleichzeitig auch eine erhöhte Nachfrage nach zukünftigen Gütern darstellt.[42] Geld ist jedoch nachweislich *kein* zukünftiges Gut. Tatsächlich verliert Geld, wenn es – in der Zukunft – ausgegeben wird, seinen gesamten Nutzen für den gegenwärtigen Besitzer. Es hat nur dann einen Nutzen, solange und soweit es nicht ausgegeben wird und sein Charakter als gegenwärtiges Gut ergibt sich aus der allgegenwärtigen menschlichen Bedingung der *Unsicherheit*.[43]

Der Fehler, Geld als zukünftiges Gut zu klassifizieren, lässt sich auf zweierlei Weise aufzeigen. Einerseits lässt sich negativ zeigen, dass diese Annahme immer noch zu einem Widerspruch führt. Zur Untermauerung ihrer These behaupten Selgin und White, dass „das Halten von Geld für spätere Ausgaben, anstatt es jetzt für den Konsum auszugeben, den Konsum in die Zukunft verschiebt", was impliziert, dass das Halten von Geld den Tausch eines zukünftigen Gu-

[42] Die Ansicht von Selgin und White ähnelt hier stark der von Keynes (*The General Theory*, S. 293–94), der betonte, dass „die Bedeutung des Geldes im Wesentlichen daraus resultiert, dass es eine Verbindung zwischen der Gegenwart und der Zukunft darstellt", und Geld als „vor allem ein subtiles Mittel zur Verbindung von Gegenwart und Zukunft" charakterisierte.

[43] Anders ausgedrückt: Anstatt, wie Selgin und White („In Defense of Fiduciary Media", S. 102) sagen, dass „die Nachfrage nach Bargeld aus dem Vorteil resultiert, die es einem beim Kauf von … Waren zu ungewissen *zukünftigen* Zeitpunkten ermöglicht", resultiert die Nachfrage nach Geld aus dem Vorteil, die es einem beim Kauf von Waren zu *ungewissen* zukünftigen Zeitpunkten ermöglicht.

tes (Befriedigung) gegen ein gegenwärtiges Gut beinhaltet. Im nächsten Satz geben sie zu, dass gehaltenes Geld weder für Konsumgüter noch für Produktionsgüter ausgegeben wird. Sie übersehen jedoch, dass dies als weitere Konsequenz auch bedeutet, dass das Halten von Geld für spätere Ausgaben, anstatt es jetzt für die Produktion auszugeben, die Produktion (und damit den zukünftigen Konsum) in die Zukunft verschiebt. Wenn das Halten von Geld jedoch den Konsum und die Produktion aufschiebt, dann kann man nicht mehr behaupten, dass der Geldbesitzer damit in ein zukünftiges Gut investiert hat, denn es gibt keine zukünftigen Güter – weder Konsum- noch Produktionsgüter – die aus dem Halten von Geld resultieren und auf die der Geldbesitzer somit Anspruch hätte. Da Geld jedoch keinen Anspruch auf zukünftige Güter jeglicher Art begründet, wäre es wertlos. Daraus folgt, dass, wenn Geld nicht wertlos ist (und niemand würde Geld halten, wenn es keinen Wert hätte), sein Wert der eines gegenwärtigen Gutes sein muss.

Andererseits lässt sich die Natur des Geldes als paradigmatisches gegenwärtiges Gut durch praxeologischen Beweis positiv nachweisen. Wie Mises und Rothbard erklärt haben, gibt es im allgemeinen Gleichgewicht oder, genauer gesagt, in der imaginären Konstruktion einer gleichmäßig rotierenden Wirtschaft kein Geld. Wenn alle Unsicherheiten hypothetisch beseitigt wären, würde jeder die Bedingungen, Zeiten und Orte aller zukünftigen Tauschgeschäfte genau kennen, und alle Tauschgeschäfte könnten entsprechend im Voraus vereinbart werden und in Form von direkten statt indirekten Tauschgeschäften stattfinden.

> In einem System ohne Veränderungen, in dem es keinerlei Unsicherheiten über die Zukunft gibt, muss niemand Bargeld halten. Jeder Einzelne weiß genau, wie viel Geld er zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft benötigen wird. Er ist daher in der Lage, alle Mittel, die er erhält, so zu verleihen, dass die Kredite zu dem Zeitpunkt fällig werden, zu dem er sie benötigt.[44]

[44] Mises, *Human Action*, S. 249.

Zwar gibt es in einer gleichmäßig rotierenden Wirtschaft keinen Platz für Geld, doch existieren innerhalb ihres Rahmens eine Gegenwart und eine Zukunft, ein Jetzt und ein Später, der Beginn einer Handlung und ihre spätere Vollendung, unmittelbar nutzbare Konsumgüter (Gegenwartsgüter) und indirekt nutzbare Produktionsgüter (Zukunftsgüter), eine Produktionsstruktur sowie Ersparnisse und Investitionen, d.h. der Austausch von Gegenwartsgütern gegen Zukunftsgüter, der von der Zeitpräferenz bestimmt wird. Wenn überhaupt, beweist dies erneut, dass Geld und die Nachfrage nach Geld systematisch nichts mit Konsum, Produktion und Zeitpräferenz zu tun haben und dass die Quelle des Nutzens von Geld eine kategorisch andere sein muss als die von Konsum- und Produktionsgütern. Die Quelle des Nutzens eines Konsumgutes ist seine direkte und gegenwärtige Verwendbarkeit, und die Quelle des Nutzens eines Produktionsgutes ist seine indirekte zukünftige Verwendbarkeit. Geld hingegen wird weder konsumiert noch in der Produktion eingesetzt. Es ist weder direkt nutzbar (wie Konsumgüter) noch indirekt nützlich als Zwischenstation zu zukünftigen Konsumgütern (wie Produktionsgüter). Vielmehr muss der Nutzen von Geld der eines *indirekt, aber gegenwärtig* nutzbaren Gutes sein.

Außerhalb der imaginären Konstruktion einer gleichmäßig rotierenden Wirtschaft, unter den unvermeidlichen menschlichen Bedingungen der Unsicherheit, wenn die Bedingungen, Zeiten und Orte aller zukünftigen Tauschgeschäfte nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden können und wenn Handlungen von Natur aus spekulativ und fehleranfällig sind, kann man sich vorstellen, dass der Mensch Güter nicht mehr ausschließlich aufgrund ihres Gebrauchswertes (gegenwärtig oder zukünftig) nachfragt, sondern auch aufgrund ihres Wertes als *Tauschmittel* (zum Zwecke des Weiterverkaufs). In Situationen, in denen aufgrund des Fehlens einer doppelten Übereinstimmung der Bedürfnisse ein direkter Tausch unmöglich ist, kann der Mensch Güter auch nach ihrer Marktfähigkeit bewerten und einen Tausch in Betracht ziehen, wenn ein zu erwerbendes Gut marktfähiger ist als das aufzugebende, sodass sein Besitz den Erwerb von direkt oder indirekt nutzbaren Gütern und Dienstleistungen erleichtern

würde. Da es zudem die einzige Funktion eines Tauschmittels ist, den Kauf von direkt oder indirekt nutzbaren Gütern zu erleichtern, wird der Mensch natürlich den Erwerb eines besser marktfähigen und im Extremfall universell marktfähigen Tauschmittels dem Erwerb eines weniger oder nicht universell marktfähigen Tauschmittels vorziehen, so dass

> [e]s eine unvermeidliche Tendenz geben würde, dass die weniger marktfähigen einer Reihe von Gütern, die als Tauschmittel verwendet werden, nach und nach abgelehnt werden, bis schließlich nur noch ein einziges Gut übrig bleibt, das universell als Tauschmittel verwendet wird, mit einem Wort: Geld.[45]

Selgin und White sind natürlich mit dieser Menger-Mises-Rekonstruktion der Geldentwicklung vertraut. Sie scheinen jedoch nicht zu erkennen, dass diese Eigenschaft des Geldes als die am leichtesten und am weitesten verkäufliche Ware es keineswegs zu einem Zukunftsgut macht, sondern es gleichzeitig als das Gut qualifiziert, das am besten geeignet ist, die gegenwärtig empfundene Unsicherheit zu mildern, und als solches das universellste Gut von allen ist.[46] Obwohl Geld nur indirekt nützlich ist – in dieser Hinsicht wie Produktionsgüter und im Gegensatz zu Konsumgütern – ist es gerade wegen seiner überragenden Verkaufbarkeit ein einzigartig gegenwärtiges Gut – in dieser Hinsicht wie Konsumgüter und im Gegensatz zu Produktionsgütern. Da Geld zur sofortigen Befriedigung der unterschiedlichsten Bedürfnisse (oder zur Erfüllung der unterschiedlichsten Wünsche) eingesetzt werden kann, bietet es seinem Besitzer den bestmöglichen Schutz (Versicherung) gegen Unsicherheit, d.h. gegen seine Unruhe, *nicht* alle seine zukünftigen Bedürfnisse und Wünsche vorhersagen zu können – sich dieser *nicht* sicher zu sein. Durch das Halten von Geld gewinnt sein Besitzer die Befriedigung,

[45] Mises, *The Theory of Money and Credit*, S. 32–33.
[46] Tatsächlich kann man sich nur fragen, wie Selgin und White die Eigenschaft des Geldes als einzigartiges gegenwärtiges Gut übersehen konnten. Schließlich wird der Zinssatz als sichtbarste Manifestation des Phänomens der Zeitpräferenz in *Geld* ausgedrückt.

sofort auf die unterschiedlichsten zukünftigen Eventualitäten reagieren zu können, wenn sie unvorhersehbar eintreten.

> Das Halten von Bargeld erfordert Opfer. In dem Maße, in dem ein Mensch Geld in seiner Tasche oder auf seinem Bankkonto hält, verzichtet er auf den sofortigen Erwerb von Gütern, die er konsumieren oder für die Produktion verwenden könnte.[47]

Dementsprechend wird ein Mensch, sofern er sich seiner Zukunft sicher ist, in Konsum- und Produktionsgüter investieren wollen. Nur

---

[47] Mises, *Human Action*, S. 430. Der Begriff „Unsicherheit" wird hier in seiner technischen Bedeutung verwendet, wie sie von Frank H. Knight (*Risk, Uncertainty, and Profit* [Chicago: University of Chicago Press, 1971], insbes. Kap. 7) und Mises (*Human Action*, insbes. Kap. 6) definiert wurde, d.h. als kategorisch unterschiedlich von Risikoinstanzen der Klassenwahrscheinlichkeit; siehe auch Hoppe („On Certainty and Uncertainty, Or: How Rational Can Our Expectations Be?" *Review of Austrian Economics* 10, Nr. 1 [1979]: 49–78). Soweit der Mensch einer risikobehafteten Zukunft gegenübersteht, braucht er kein Bargeld zu halten. Um sein Bedürfnis nach Absicherung gegen Risiken zu befriedigen, kann er stattdessen eine Versicherung kaufen (oder produzieren). Ein Käufer von Versicherungen zeigt durch seinen Kauf, dass er sich über bestimmte zukünftige Ereignisse tatsächlich *sicher* ist. Indem er eine Prämie zahlt, opfert er also ein gegenwärtiges Gut im Austausch für ein zukünftiges (Zahlung im Falle eines tatsächlichen Risikoschadens) und trägt so zu einer physischen Produktionsstruktur bei und investiert in diese. Konkret wird seine Prämie in der Produktionsstruktur verkörpert, die von seiner Versicherungsagentur aufrechterhalten wird. Im deutlichen Gegensatz dazu gilt: Soweit der Mensch mit Unsicherheit konfrontiert ist, ist er buchstäblich *nicht sicher*, was seine Zukunft angeht, d.h. was mit ihm passieren wird und wann. Um sich gegen Unsicherheit abzusichern, kann er daher unmöglich in zukünftige Güter investieren. Nur gegenwärtige Güter können gegen sofort eintretende – unvorhersehbare – Ereignisse versichern. Er kann auch nicht in (gegenwärtige) Konsumgüter investieren (denn dies würde bedeuten, dass er sich tatsächlich sicher über die spezifische Natur seiner zukünftigen Unwägbarkeiten wäre). Nur ein Tauschmittel kann ihn aufgrund seiner hervorragenden Verkaufbarkeit gegen Unwägbarkeiten unsicherer Natur absichern. So wie die Versicherung der Preis ist, der für den Schutz vor Risiken gezahlt werden muss, so sind Bargeldbestände der Preis, der für den Schutz vor Unsicherheit gezahlt werden muss. Siehe auch die folgende Schlussbemerkung unten.

wenn er sich seiner Zukunft unsicher ist, wird er das von Mises erwähnte Opfer bringen wollen, d.h. er wird möglicherweise in die Linderung seiner Unsicherheit hinsichtlich seines zukünftigen Konsums- vs. Produktions-Muster (Einkommen vs. Ausgaben) investieren wollen. Eine erhöhte Geldnachfrage ist also kein Zeichen für eine erhöhte Bereitschaft, gegenwärtige Zufriedenheit zugunsten zukünftiger Zufriedenheit zu opfern, sondern Ausdruck einer stärker empfundenen Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft. Eine Aufstockung des Bargeldbestands ist keine Investition in die Zukunft, sondern eine Investition in gegenwärtige Sicherheit (Schutz) gegenüber einer als weniger sicher empfundenen Zukunft.[48]

Angesichts dieser praxeologischen Rekonstruktion von Geld als einem einzigartigen gegenwärtigen Gut erweist sich die gesamte positive Argumentation von Selgin und White für das Teilreserve-Bankwesen als falsch. Wenn Banken tatsächlich eine (unvorhergesehene) erhöhte Geldnachfrage durch die vorübergehende Ausgabe

---

[48] Selgin und White werfen nie die Frage auf, *warum* es zu Veränderungen in der Geldnachfrage kommt, und dringen somit nie zu deren letztendlichen – mikroökonomischen – Ursachen vor, nämlich Veränderungen in der subjektiven Bewertung der gegenwärtig wahrgenommenen persönlichen Unsicherheit durch das Individuum. Im Gegensatz dazu, wo sie Veränderungen in der Geldnachfrage als scheinbar unmotivierte und unerklärliche Ereignisse darstellen, ist Mises ausdrücklich und nachdrücklich hinsichtlich des irrationalen Charakters:

> Die Vor- und Nachteile, die sich aus dem Halten von Bargeld ergeben, sind keine objektiven Faktoren, die direkt Einfluss auf die Höhe der Bargeldbestände nehmen könnten. Sie werden von jedem Einzelnen auf die Waagschale gelegt und gegeneinander abgewogen. Das Ergebnis ist eine subjektive Wertung, die von der Persönlichkeit des Einzelnen geprägt ist. Verschiedene Menschen und dieselben Menschen zu unterschiedlichen Zeitpunkten bewerten dieselben objektiven Fakten unterschiedlich. Genauso wie die Kenntnis über den Reichtum und die körperliche Verfassung eines Menschen uns nicht sagt, wie viel er bereit wäre, für Lebensmittel mit einem bestimmten Nährwert auszugeben, so ermöglicht uns auch die Kenntnis über die materielle Situation eines Menschen keine eindeutigen Aussagen über die Höhe seiner Bargeldbestände. (Mises, *Human Action*, S. 430)

zusätzlicher Umlaufmittel (Kredite) befriedigen, wie Selgin und White vorschlagen, kann dies nur disruptive und destabilisierende Auswirkungen haben. Wenn und soweit die entgegenkommende Reaktion der Banken unerwartet ist, wird der Zinssatz vorübergehend unter sein natürliches Niveau gesenkt, die Investitionen werden steigen und die Produktionsstruktur wird verlängert. Dieses Ergebnis steht jedoch im grundlegenden Widerspruch zu den nachweislichen Präferenzen der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit nimmt die Zukunft als (zunehmend) unsicherer wahr und ist daher bestrebt, ihre Bargeldbestände zu erhöhen und damit die Preise für Nicht-Geld-Güter zu drücken und entsprechend die Kaufkraft pro Geldeinheit zu erhöhen, für mehr (erhöhte) Absicherung gegen Unsicherheit. Die Bindung zusätzlicher Ressourcen für die Zukunft ist Ausdruck einer *geringeren* (und nicht einer größeren) Unsicherheit der Öffentlichkeit und steht somit im Widerspruch zu den tatsächlichen Wünschen der Öffentlichkeit und impliziert eine systematische Fehlallokation von Ressourcen (die sich in einem Boom-Bust-Zyklus offenbaren wird). Und selbst wenn die entgegenkommende Geldmengenausweitung der Banken vollständig vorhersehbar wäre und die Produktionsstruktur nicht übermäßig verlängert würde, wäre eine solches Entgegenkommen dennoch störend, da sie – sogar abgesehen von ihren unvermeidlichen Umverteilungsfolgen – das Erreichen des gewünschten Ziels nur *verzögern* kann. Um besser vor wahrgenommener Unsicherheit geschützt zu sein, müssen die Preise fallen und die Kaufkraft des Geldes steigen. Mit einem zusätzlichen Geldzufluss kann es nur länger dauern, bis dieses Ziel erreicht ist.[49]

[49] Mises fasst zusammen:

> Die Leistungen, die Geld erbringt, hängen von der Höhe seiner Kaufkraft ab. Niemand möchte eine bestimmte Anzahl von Geldstücken oder ein bestimmtes Gewicht an Geld in seinem Bargeldbestand haben; er möchte einen Bargeldbestand mit einer bestimmten Kaufkraft haben. Da der Markt dazu neigt, den endgültigen Stand der Kaufkraft des Geldes auf einem Niveau zu bestimmen, auf dem Angebot und Nachfrage nach Geld zusammenfallen, kann es niemals einen Überschuss oder einen Mangel an Geld geben. Jeder Einzelne und alle Individuen zusammen genießen immer in vollem

EINE ABSCHLIESSENDE ANMERKUNG: EINIGE FALSCHE ANALOGIEN

Angesichts der grundlegenden Unterscheidung zwischen Eigentum (Geld) und Eigentumsrechten (Geldersatzmitteln), die in früheren Abschnitten dieses Artikels erläutert wurde, und der vorstehenden Erläuterung von Geld als einem einzigartigen gegenwärtigen Gut können mehrere Analogien, die häufig zur Rechtfertigung des Teilreserve-Bankwesens herangezogen werden, endgültig als falsch verworfen werden. Selbst wenn sie korrekt zwischen Eigentumsrechten (Titeln) und Eigentum unterscheiden, verkennen alle vorgeschlagenen Analogien – zwischen dem Teilreserve-Bankwesen einerseits und Überbuchungen bei Fluggesellschaften, Teilreserve-Parkplätzen, Lotterien und Versicherungen andererseits – den grundlegenden Unterschied zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Gütern.

Der Eigentümer eines Geldtitels besitzt ein gegenwärtiges Gut (Geldvermögen) – ein indirekt, aber sofort nutzbares Gut. Der Teil-

---

Umfang die Vorteile, die sie sich vom indirekten Tausch und der Verwendung von Geld wünschen können, unabhängig davon, ob die Gesamtgeldmenge groß oder klein ist. Veränderungen der Kaufkraft des Geldes führen zu Veränderungen in der Verteilung des Reichtums unter den verschiedenen Mitgliedern der Gesellschaft. Aus der Sicht von Menschen, die durch solche Veränderungen reich werden wollen, kann das Geldangebot als unzureichend oder übermäßig bezeichnet werden, und das Verlangen nach solchen Gewinnen kann zu einer Politik führen, die darauf abzielt, bargeldinduzierte Veränderungen der Kaufkraft zu bewirken. Die Leistungen, die Geld erbringt, können jedoch weder durch eine Veränderung des Geldangebots verbessert noch repariert werden. Es kann zu einem Überschuss oder einem Mangel an Geld im Bargeldbestand eines Einzelnen kommen. Ein solcher Zustand kann jedoch durch eine Erhöhung oder Verringerung des Konsums oder der Investitionen behoben werden. (Natürlich darf man nicht der weit verbreiteten Verwechslung zwischen der Nachfrage nach Geld für Bargeldbestände und dem Verlangen nach mehr Wohlstand zum Opfer fallen.) Die in der gesamten Wirtschaft verfügbare Geldmenge reicht immer aus, um allen Menschen alles zu sichern, was Geld leistet und leisten kann. (Mises, *Human Action*, S. 421)

reservebanker wird des Betrugs für schuldig befunden; er hat zusätzliche Titel für eine unveränderte Menge an Geldvermögen ausgegeben und verkauft. Im deutlichen Gegensatz dazu besitzt der Inhaber eines Flugtickets ein zukünftiges Gut. Daher kann eine Fluggesellschaft, die *jetzt* (heute) einen Flug zu einem zukünftigen Zeitpunkt (morgen) überbucht, unmöglich bereits jetzt (heute) einen Betrug begangen haben. Ein Betrug kann erst morgen stattfinden, wenn die Tickets tatsächlich eingelöst werden müssen, und auch nur dann, wenn die Fluggesellschaft dann nicht in der Lage ist, die Ansprüche jedes einzelnen Ticketinhabers zu erfüllen. Tatsächlich erfüllen Fluggesellschaften in der Regel ihre vertraglichen Verpflichtungen: Jedem Ticketinhaber wird ein Sitzplatz auf dem planmäßigen Flug garantiert, da die Fluggesellschaft bereit ist, jeden überschüssigen Ticketinhaber auszuzahlen, d.h. sein Ticket zu einem Preis (durch den Tausch gegen eine andere Ware) zurückzukaufen, den der Inhaber für wertvoller hält als seinen aktuellen Flugsitzplatz. Und natürlich verkauft keine Fluggesellschaft in der Regel Spot-Tickets (Rechte auf Sitzplätze zum aktuellen Zeitpunkt, also gegenwärtige Güter) über ihre Kapazitäten hinaus und weist zwei Personen denselben Sitzplatz zu, was im Wesentlichen dem Teilreservesystem entspricht.

Ebenso besitzt der Inhaber einer teilweise gedeckten Parkgenehmigung (mit mehr Genehmigungsinhabern als Parkplätzen) keine gegenwärtige Ware. Er besitzt das Recht, für einen bestimmten Zeitraum an der wiederholten Suche nach einem Parkplatz teilzunehmen. Der Eigentümer der Parkanlage kann beim Verkauf seiner Genehmigungen unmöglich einen Betrug begehen, es sei denn, er verweigert einem gültigen Genehmigungsinhaber die Einfahrt, obwohl ein Platz frei ist, oder er ändert die vertraglich vereinbarten Spielregeln, d.h. wenn er beispielsweise vereinbart hatte, maximal 200 Genehmigungen zu drucken, aber tatsächlich 300 gedruckt hat. Nur der Besitzer eines Parktickets für einen Einzelparkplatz oder der Besitzer eines reservierten Parkplatzes sind Eigentümer eines gegenwärtigen Gutes; und natürlich gibt es charakteristischerweise keinen Überverkauf von Einzelparkplätzen oder reservierten Parkplätzen.

Die gleiche Argumentation gilt für Lotterien. Der Inhaber eines Lottoscheins besitzt keine gegenwärtige Ware. Er besitzt das Recht, an der Verlosung bestimmter Preise teilzunehmen, wobei zwischen Käufer und Verkäufer selbstverständlich ist – wie es in der Natur einer Lotterie liegt – dass es mehr Scheine als Preise gibt und geben muss. Der Lotteriebetreiber kann unmöglich eine Straftat begangen haben, es sei denn, er hat die Gewinnlose nicht in die versprochenen Preise umgetauscht oder heimlich die vorab angekündigten Spielregeln geändert. Dies ist zwar selten der Fall, aber es ist praktisch unbekannt, dass eine Lotterie mehr als ein Gewinnlos für ein und denselben Preis (gegenwärtiges Gut) druckt, was natürlich ebenfalls betrügerisch wäre und im Wesentlichen dem entspricht, was Banken mit Teilreserve tun.

Schließlich wurde die vorgeschlagene Analogie zwischen Teilreservebankwesen und Versicherung bereits implizit in Anmerkung 46 oben widerlegt, die sich auf das Verhältnis zwischen Risiko und Versicherung einerseits und Unsicherheit und Geld andererseits bezieht. Im Gegensatz zum Besitzer von Geld besitzt der Besitzer einer Versicherungspolice kein gegenwärtiges, sondern ein zukünftiges Gut. Eine Versicherungsgesellschaft ist möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt nicht in der Lage, ihre vertraglich übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, und man könnte dann zu dem Schluss kommen, dass sie zu viele Tickets verkauft hat. Es ist jedoch unmöglich zu sagen, dass bereits zum Zeitpunkt des Verkaufs der Versicherungspolice ein Verbrechen begangen wurde, da es sich bei dem von der Versicherungsagentur verkauften Gut um ein zukünftiges Gut handelt. Im Gegensatz dazu ist der Besitzer eines Geldtickets der Besitzer eines gegenwärtigen Gutes, und jede Überausgabe von Tickets für gegenwärtige Güter ist von Anfang an – sofort und unmittelbar – betrügerisch und verstößt somit gegen die Marktethik.

8

Sozialismus: Ein Eigentums- oder Wissensproblem?

I

In einer Reihe von Artikeln, die in der Zeitschrift *Review of Austrian Economics* erschienen sind, begann Joseph Salerno, die oft miteinander vermischten wirtschaftlichen und sozialen Theorien von Ludwig von Mises und Friedrich A. Hayek voneinander zu trennen. Insbesondere hat er gezeigt, dass sich ihre Ansichten zum Sozialismus deutlich unterscheiden, und er hat argumentiert, dass Mises' ursprüngliches Argument in der sogenannten sozialistischen Kalkulationsdebatte von Anfang an richtig und auch das letzte Wort war, während Hayeks besonderer Beitrag zu dieser Debatte von Anfang an falsch war und lediglich für Verwirrung sorgte. Die folgende Anmerkung untermauert Salernos These.

Mises' allgemein bekanntes Kalkulationsargument lautet wie folgt: Wenn es kein Privateigentum an Grund und Boden und anderen Produktionsfaktoren gibt, kann es auch keine Marktpreise dafür geben. Daher ist eine wirtschaftliche Kalkulation, d.h. der Vergleich von erwarteten Einnahmen und erwarteten Kosten, ausgedrückt in einem gemeinsamen Tauschmittel (das *kardinale* Rechnungsoperationen ermöglicht), buchstäblich unmöglich. Der fatale Fehler des Sozialismus ist das Fehlen von Privateigentum an Grund und Boden

[Nachdruck aus: *Review of Austrian Economics* 9, Nr. 1 (1992).]

und Produktionsfaktoren und damit das Fehlen einer wirtschaftlichen Kalkulation.

Für Hayek ist das Problem des Sozialismus nicht ein Mangel an Eigentum, sondern ein Mangel an Wissen. Seine These unterscheidet sich grundlegend von der von Mises.[1] Für Hayek besteht der grundlegende Fehler des Sozialismus darin, dass Wissen, insbesondere „das Wissen über die besonderen Umstände von Zeit und Ort", nur in weit verstreuter Form als persönlicher Besitz verschiedener Individuen existiert; daher ist es *praktisch* unmöglich, das gesamte tatsächlich vorhandene Wissen im Kopf eines einzigen sozialistischen Zentralplaners zu sammeln und zu verarbeiten. Hayeks Lösung ist nicht das Privateigentum, sondern die Dezentralisierung der Nutzung von Wissen.

Dies ist jedoch sicherlich eine absurde These. Erstens: Wenn die zentralisierte Nutzung von Wissen das Problem ist, dann ist es schwer zu erklären, warum es Familien, Vereine und Unternehmen gibt und warum diese nicht mit denselben Problemen wie der Sozialismus konfrontiert sind. Auch in Familien und Unternehmen gibt es eine zentrale Planung. Der Familienvorstand und der Eigentümer des Unternehmens treffen ebenfalls Entscheidungen, die die Nutzung des privaten Wissens anderer Menschen einschränken, doch Familien und Unternehmen sind nicht dafür bekannt, dass sie die Probleme des Sozialismus teilen. Für Mises stellt diese Beobachtung kein Problem dar: Im Sozialismus ist Privateigentum *abwesend*, während einzelne Familien und private Unternehmen auf der *Institution* des Privateigentums basieren. Für Hayek ist das reibungslose Funktionieren von Familien und Unternehmen jedoch rätselhaft, da seine Vorstellung von einer vollständig dezentralisierten Gesellschaft eine ist, in der jeder Mensch seine eigenen Entscheidungen auf der Grundlage seines eigenen einzigartigen Wissens über die Umstände trifft, ohne durch einen zentralen Plan oder eine überindi-

[1] Siehe insbesondere den vielbeachteten Artikel „The Use of Knowledge in Society" aus dem Jahr 1945, abgedruckt in F.A. Hayek, *Individualism and Economic Order* (Chicago: University of Chicago Press, 1948).

viduelle (soziale) Norm (wie die Institution des Privateigentums) eingeschränkt zu sein.

Zweitens: Wenn das *Desiderat* lediglich die dezentrale Nutzung von Wissen in der Gesellschaft ist, dann ist es schwer zu erklären, warum die Probleme des Sozialismus sich grundlegend von jenen unterscheiden, denen jede andere Form der sozialen Organisation begegnet. *Jede* menschliche Organisation, die sich aus unterschiedlichen Individuen zusammensetzt, nutzt ständig und unvermeidlich dezentrales Wissen. Im Sozialismus wird dezentrales Wissen nicht weniger genutzt als in privaten Unternehmen oder Haushalten. Wie in einem Unternehmen gibt es auch im Sozialismus einen zentralen Plan und innerhalb der Grenzen dieses Plans nutzen die sozialistischen Arbeiter und die Angestellten des Unternehmens ihr eigenes dezentrales Wissen über die Umstände von Zeit und Ort, um den Plan umzusetzen und auszuführen. Für Mises ist all dies völlig irrelevant. Innerhalb des analytischen Rahmens von Hayek gibt es keinen Unterschied zwischen Sozialismus und einem privaten Unternehmen. Daher kann der Sozialismus nicht falscher sein als ein privates Unternehmen.

Hayeks These zum zentralen Problem des Sozialismus ist eindeutig unsinnig. Was den Sozialismus kategorisch von Unternehmen und Familien unterscheidet, ist *nicht* das Vorhandensein von zentralisiertem Wissen oder die Nichtnutzung von dezentralisiertem Wissen, sondern vielmehr das Fehlen von Privateigentum und damit von Preisen. Tatsächlich scheint Hayek dies in gelegentlichen Verweisen auf Mises und dessen ursprüngliches Kalkulationsargument manchmal auch zu erkennen. Aber sein Versuch, seine eigene These mit der von Mises zu verbinden und damit eine neue und höhere theoretische Synthese zu schaffen, scheitert.

Die Hayeksche Synthese besteht aus der folgenden aussagelogischen Konjunktion: „Grundsätzlich können in einem System, in dem das Wissen über die relevanten Fakten auf viele Menschen verteilt ist, Preise dazu dienen, die getrennten Handlungen verschiedener Menschen zu koordinieren“, und „das Preissystem“ kann als „Me-

chanismus zur Kommunikation von Informationen“ dienen.[2] Während der zweite Teil dieser Aussage vage an Mises erinnert, ist es alles andere als klar, wie er logisch mit dem ersten Teil zusammenhängt, außer durch Hayeks schwer fassbare Verbindung von „Preisen“ mit „Informationen“ und „Wissen“. Diese Verbindung ist jedoch eher ein semantischer Trick als eine stringente Argumentation. Einerseits ist es harmlos, von Preisen als Informationsvermittlern zu sprechen. Sie informieren über vergangene Tauschverhältnisse, aber es ist ein Fehlschluss, daraus zu schließen, dass das zentrale Problem des Sozialismus ein Mangel an *Wissen* ist. Dies wäre nur dann der Fall, wenn Preise tatsächlich Informationen *wären*. Dies ist jedoch nicht der Fall. Preise vermitteln Wissen, aber sie sind die Tauschverhältnisse verschiedener Güter, die aus den freiwilligen Interaktionen einzelner Individuen *auf der Grundlage der Institution des Privateigentums* resultieren. Ohne die Institution des Privateigentums existieren die durch Preise vermittelten Informationen schlichtweg nicht. Privateigentum ist die notwendige Voraussetzung – *die Bedingung der Möglichkeit* – für das durch Preise vermittelte Wissen. Dann ist es jedoch nur richtig, wie Mises zu folgern, dass das Fehlen der Institution des Privateigentums das Problem des Sozialismus darstellt. Zu behaupten, das Problem sei ein Mangel an Wissen, wie Hayek es tut, bedeutet, Ursache und Wirkung oder Prämisse und Konsequenz zu verwechseln.

Andererseits beinhaltet Hayeks Gleichsetzung von „Preisen” und „Wissen” eine trügerische Zweideutigkeit. Hayek unterscheidet nicht nur nicht zwischen dem, was man als institutionelles Wissen bezeichnen könnte – Informationen, deren Existenz eine Institution erfordert (wie das Wissen über Preise, das Privateigentum erfordert) – und *rohem oder außerinstitutionellem Wissen* – wie „das ist eine Eiche”, „ich mag Erdnüsse” oder „Vögel können fliegen”. Darüber hinaus übersieht Hayek, dass das Wissen über Preise keineswegs die gleiche Art von Wissen ist, deren Existenz seiner Meinung nach für die „praktische Unmöglichkeit“ des Sozialismus und der zentralen

[2] Ebd., S. 85–86.

Planung verantwortlich ist. Was laut Hayek die zentrale Planung unmöglich macht, ist die Tatsache, dass ein Teil des menschlichen Wissens nur als im Wesentlichen *private* Information existiert:

> Praktisch jeder Einzelne hat einen Vorteil gegenüber allen anderen, weil er über einzigartige Informationen verfügt, die von Nutzen sein können, die aber nur dann genutzt werden können, wenn die davon abhängigen Entscheidungen ihm überlassen bleiben oder mit seiner aktiven Mitarbeit getroffen werden.[3]

Es ist zwar sicherlich richtig, dass es solches Wissen gibt, und es ist auch richtig, dass einzigartiges privates Wissen niemals (ohne Informationsverluste) zentralisiert werden kann, aber es ist ebenso sicher *nicht* richtig, dass das Wissen über Preise in diese Kategorie einzigartiger *privater* Informationen fällt. Preise sind zwar „zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten gezahlte Preise", aber das macht sie nicht zu privaten Informationen im Sinne Hayeks. Im Gegenteil, die durch *Preise* vermittelten Informationen sind *öffentliche* Informationen, da Preise – als objektive Tauschverhältnisse – *reale* Ereignisse sind. Es mag *schwierig* sein, alle zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort gezahlten Preise zu kennen, genauso wie es schwierig sein mag, den physischen Standort jeder Person zu einem bestimmten Zeitpunkt zu kennen. Dennoch ist es kaum *unmöglich*, beides zu wissen, und mit der heutigen Computertechnologie ist es wahrscheinlich sogar einfach. Auch wenn ich vielleicht nie alles wissen werde, was Sie wissen, und umgekehrt, ist es nicht problematischer anzunehmen, dass wir beide gleichzeitig über die gleichen *Preis*informationen verfügen können, als dass wir beide gleichzeitig die gleichen Fußball-Ergebnisse kennen. Daher *können* die durch Preise vermittelten Informationen tatsächlich *zentralisiert werden*. Wenn Preisinformationen jedoch öffentliche Informationen sind und somit zentralisiert werden können, dann würde gemäß Hayeks These, dass das Problem des Sozialismus in der Ineffizienz des Versuchs liegt, wirklich nicht zentralisierbares privates Wissen zu zentralisieren, daraus folgen, dass das Fehlen von Preisen und

[3] Ebenda, S. 80.

damit von Privateigentum *nichts* mit der Misere des Sozialismus *zu tun* hat. Andernfalls, wenn man mit Mises darauf besteht, dass das Fehlen von Privateigentum und Preisen *sehr wohl* etwas mit der Misere des Sozialismus zu tun hat, muss Hayeks Beitrag zur Sozialismusdebatte als falsch, verwirrend und irrelevant verworfen werden.

Hayeks Fehlverständnis der Natur des Sozialismus ist symptomatisch für einen grundlegenden Fehler in seinem Denken, der nicht nur seine Wirtschaftstheorie, sondern insbesondere auch seine politische Philosophie durchdringt: sein Ultra-Subjektivismus. Hayek war, wie von seinen zahlreichen Anhängern bis zum Überdruss zitiert und betont, überzeugt, dass „es wahrscheinlich keine Übertreibung ist zu sagen, dass jeder wichtige Fortschritt in der Wirtschaftstheorie während der letzten hundert Jahre ein weiterer Schritt in der konsequenten Anwendung des Subjektivismus war."[4] Das mag zwar zutreffen, aber daraus folgt logischerweise nicht, dass jeder weitere Fortschritt in Richtung Subjektivismus auch zu einem Fortschritt in der Wirtschaftstheorie führen muss. Hayek scheint jedoch diese Schlussfolgerung gezogen zu haben und ist damit zu einem Paradebeispiel für die Falschheit dieser These geworden.

Mises und in seinen Fußstapfen noch deutlicher Murray N. Rothbard verstehen die Wirtschaftswissenschaft als die Wissenschaft vom menschlichen *Handeln*. Handeln hat zwei untrennbare Aspekte: einen subjektiven Aspekt (Handeln ist rationales, verständliches Handeln) und einen objektiven Aspekt (Handeln ist immer Handeln mit realen Dingen und physischen Dingen). Dementsprechend ist die Wirtschafts- und Politikphilosophie von Mises und Rothbard stets robust, und ihre Kategorien und Theorien besitzen ausnahmslos eine reale, operative Bedeutung: Privateigentum, auf Privateigentum basierende Arbeitsteilung, Produktion, direkter und indirekter Austausch sowie zwangsweise Eingriffe in Privateigentum, Produktion und Austausch wie Besteuerung, Fälschung, Gesetzgebung und Regulierung.

---

[4] F.A. Hayek, *The Counterrevolution of Science* (New York: Free Press, 1955), S. 21.

Im deutlichen Gegensatz dazu betrachtet Hayek – und von ihm in unterschiedlichem Maße in die Irre geführt auch Israel Kirzner und Ludwig Lachmann – die Wirtschaftswissenschaft als eine Art Wissenschaft des menschlichen *Wissens*. Dementsprechend beziehen sich Hayeks Kategorien und Theorien auf rein subjektive Phänomene und sind ausnahmslos schwer fassbar oder sogar illusorisch. Er befasst sich nicht mit dem Handeln mit Dingen, sondern mit Wissen und Unwissenheit, der Aufteilung, Streuung und Verbreitung von Wissen, Wachsamkeit, Entdeckung, Lernen sowie der Koordination und Divergenz von Plänen und Erwartungen. Die äußere (physische) Welt und reale (materielle) Ereignisse sind aus seiner Sicht fast vollständig verschwunden. Hayeks Kategorien beziehen sich auf *mentale* Zustände und Beziehungen, die völlig losgelöst von und kompatibel mit *jeglichen* realen physischen Zuständen und Ereignissen sind.

Am auffälligsten und beunruhigendsten ist die ultra-subjektivistische Wende in Hayeks politischer Philosophie. Nach einer langjährigen Tradition der politischen Philosophie, die Mises und Rothbard teilen, wird Freiheit als die Freiheit definiert, reales Eigentum privat zu besitzen und zu kontrollieren, und Zwang ist die Initiierung physischer Schäden am Privateigentum anderer. Im deutlichen Gegensatz dazu definiert Hayek Freiheit als „einen Zustand, in dem jeder sein eigenes *Wissen* für seine eigenen *Zwecke* nutzen kann“[5] und Zwang bedeutet „eine solche Kontrolle der Umgebung oder der Umstände einer Person durch eine andere, dass sie, um ein größeres Übel zu vermeiden, gezwungen ist, nicht nach einem eigenen kohärenten Plan zu handeln, sondern den *Zielen* einer anderen Person zu dienen“[6] oder alternativ „Zwang liegt vor, wenn die Handlungen eines Menschen dazu gebracht werden, dem Willen eines anderen Menschen zu dienen, nicht für seine eigenen, sondern für die *Zwecke*

[5] F.A. Hayek, *Law, Legislation, and Liberty* (Chicago: University of Chicago Press, 1973), Band 1, S. 55–56.
[6] F.A. Hayek, *The Constitution of Liberty* (Chicago: University of Chicago Press, 1960), S. 20–21.

des anderen“[7] (alle Hervorhebungen von mir). Hayeks Definition enthält eindeutig keinen Bezug zu knappen Gütern und realen Sachwerten und liefert keinerlei *physisches* Kriterium oder Indikator für das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines der beiden Zustände. Vielmehr beziehen sich Zwang und Freiheit auf bestimmte Konfigurationen subjektiver Willen, Pläne, Gedanken oder Erwartungen. Als *mentale* Prädikate sind Hayeks Definitionen von Freiheit und Zwang mit jedem *realen*, physischen Zustand vereinbar.[8]

Eine detaillierte Kritik und Widerlegung von Hayeks Ultra-Subjektivismus würde den Rahmen dieser Anmerkung sprengen. Neben der grundlegenden Frage, ob eine Wissenschaft des Wissens, wie sie Hayek sich vorstellt, überhaupt möglich ist (d.h. ob es neben der Logik und Erkenntnistheorie einerseits und der Ideengeschichte andererseits noch eine andere Wissenschaft des Wissens geben kann),[9] sind jedoch zwei Schlussfolgerungen schmerzlich klar. Selbst wenn Hayeks Wissenschaft des Wissens möglich wäre, erscheint sie bestenfalls irrelevant, da sie praxeologisch bedeutungslos ist. Im schlimmsten Fall ist sie intellektuell schädlich, da sie den Relativismus fördert.

Was die reale Welt des Handelns mit physischem Eigentum, der Produktion und des Austauschs, des Geldes und der Märkte, der Gewinne und Verluste, der Kapitalakkumulation und der Insolvenzen betrifft, so kann es keinen dauerhaften Zweifel an der Existenz von *Gesetzen* und dem unaufhörlichen Wirken einer *Tendenz* zum allgemeinen Gleichgewicht (Handlungskoordination) geben. Ebenso kann es keinen Zweifel an der Existenz von Gesetzen und dem ständigen Wirken von Tendenzen zum Ungleichgewicht in der Welt der tatsächlichen Besteuerung, Fälschung, Gesetzgebung und Regulie-

---

[7] Ebenda, S. 133.

[8] Siehe auch Hans-Hermann Hoppe, „Hayek on Government and Social Evolution“, *Review of Austrian Economics* 7, Nr. 1 (1994): insbesondere 70ff.

[9] Für einige ernsthafte Zweifel hierzu siehe Hans-Hermann Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983).

rung geben. Tatsächlich wäre es äußerst kostspielig, ja sogar unerschwinglich, solche Gesetze und Tendenzen nicht anzuerkennen und relativistische Ansichten zu vertreten. Im Gegensatz dazu werden relativistische Ansichten attraktiv und billig, wenn man die Aufmerksamkeit heimlich von der greifbaren Welt des Handelns und des Eigentums auf die ätherische Welt des Wissens, der Ideen, Pläne und Erwartungen verlagert. In Hayeks Wissenswelt gibt es keine offensichtlichen Regelmäßigkeiten und Tendenzen. Tatsächlich ist es schwer vorstellbar, was „Gesetz“ und „Gleichgewicht“ im Kontext rein subjektiver Phänomene überhaupt bedeuten können. Stattdessen scheint es nichts als ständige kaleidoskopische Veränderungen zu geben.

Es ist daher kaum verwunderlich, dass Hayek und seine Anhänger relativistische Slogans verkünden konnten, wie dass wir nichts tun können, um unsere Lage zu verbessern, außer uns auf die spontane Evolution zu verlassen, dass unsere Zukunft völlig unvorhersehbar ist oder dass wir nicht anders können, als an einem endlosen und offenen Gesprächsstrom teilzunehmen. Was den Bereich rein subjektiver Phänomene betrifft und sich an ein rein spirituelles, körperloses Wesen richtet, mag dies durchaus ein guter Rat sein. Aber warum sollte sich jemand mit einer körperlichen Existenz überhaupt darum kümmern? Auf die Welt des körperlichen Handelns und des Eigentums angewendet, ist ein solcher Rat selbstzerstörerischer Unsinn.

Teil 2

PHILOSOPHIE

9

Über Praxeologie und die praxeologische Grundlage der Erkenntnistheorie

I.

Wie die meisten großen und innovativen Ökonomen hat Ludwig von Mises das Problem des logischen Status ökonomischer Aussagen (d.h. wie wir zu ihrer Erkenntnis gelangen und wie wir sie validieren) intensiv und wiederholt analysiert. Tatsächlich nimmt Mises unter denjenigen, die der Ansicht sind, dass eine solche Auseinandersetzung für den systematischen Fortschritt in der Wirtschaftswissenschaft unverzichtbar ist, eine herausragende Stellung ein, denn jede Fehlannahme hinsichtlich der Antwort auf solche grundlegenden Fragen des eigenen intellektuellen Vorhabens würde zu einer intellektuellen Katastrophe führen, d.h. zu falschen wirtschaftswissenschaftlichen Lehren. Dementsprechend widmen sich drei von Mises' Büchern der Klärung der logischen Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft: sein frühes Werk *Grundprobleme der Nationalökonomie*, das 1933 auf Deutsch er-

[Erstmals erschienen in *The Meaning of Ludwig von Mises: Contributions in Economics, Epistemology, Sociology, and Political Philosophy*", herausgegeben von Jeffrey M. Herbener (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1993). Ebenfalls nachgedruckt in: Hans-Hermann Hoppe, *Economic Science and the Austrian Method* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1995).]

schien; sein Werk *Theory and History* aus dem Jahr 1957; sowie sein *Ultimate Foundation of Economic Science* aus dem Jahr 1962, Mises' letztes Buch, das erschien, als er bereits weit über achtzig Jahre alt war. Seine Werke auf dem Gebiet der eigentlichen Wirtschaftswissenschaft zeigen ausnahmslos, welche Bedeutung Mises der Analyse epistemologischer Probleme beimaß. Am charakteristischsten ist, dass sich sein Meisterwerk *Human Action* auf den ersten gut hundert Seiten ausschließlich mit solchen Problemen befasst, und die verbleibenden fast 800 Seiten des Buches sind von epistemologischen Überlegungen durchdrungen.

Ganz im Sinne der Tradition von Mises sind auch die Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft Gegenstand dieses Kapitels. Ich habe mir ein doppeltes Ziel gesetzt: Erstens werde ich die Lösung erläutern, die Mises für das Problem der letzten Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft vorschlägt (d.h. seine Idee einer reinen Handlungstheorie oder Praxeologie, wie er sie selbst nennt). Zweitens werde ich aufzeigen, warum Mises' Lösung weit mehr ist als nur eine unbestreitbare Einsicht in das Wesen der Wirtschaftswissenschaft und wirtschaftswissenschaftlicher Aussagen.

Mises liefert eine Erkenntnis, die es uns auch ermöglicht, die Grundlage zu verstehen, auf der die Erkenntnistheorie letztlich beruht. Tatsächlich werde ich, wie der Titel des Kapitels andeutet, zeigen, dass die Praxeologie als die eigentliche Grundlage der Erkenntnistheorie angesehen werden muss und dass Mises neben seinen großen Leistungen als Ökonom auch bahnbrechende Erkenntnisse zur Rechtfertigung des gesamten Unterfangens der rationalistischen Philosophie beigetragen hat.[1]

---

[1] Siehe hierzu auch Hans-Hermann Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung. Untersuchungen zur Grundlegung von Soziologie und Ökonomie* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983); ders., „Is Research Based on Causal Scientific Principles Possible in the Social Sciences?" *Ratio* (1983): siehe unten, Kap. 7; ders., *Praxeology and Economic Science* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988); ders., in „Defense of Extreme Rationalism", *Review of Austrian Economics* 3 (1988).

II.

Lassen Sie mich mit Mises' Lösung beginnen. Welchen logischen Status hat eine typische ökonomische Aussage wie das Gesetz des Grenznutzens (dass immer dann, wenn das Angebot eines Gutes, dessen Einheiten von einer Person als gleichwertig angesehen werden, um eine zusätzliche Einheit steigt, der dieser Einheit beigemessene Wert sinken muss, da sie nur als Mittel zur Erreichung eines Ziels eingesetzt werden kann, das als weniger wertvoll angesehen wird als das am wenigsten wertvolle Ziel, das zuvor durch eine Einheit dieses Gutes befriedigt wurde) oder die Quantitätstheorie des Geldes (wonach immer dann, wenn die Geldmenge erhöht wird, während die Nachfrage nach Bargeldreserven unverändert bleibt, die Kaufkraft des Geldes sinkt)?

Bei der Formulierung seiner Antwort stand Mises vor einer doppelten Herausforderung. Einerseits gab es die Antwort des modernen Empirismus. Das Wien, das Ludwig von Mises kannte, war tatsächlich eines der frühen Zentren der empiristischen Bewegung: einer Bewegung, die kurz davor stand, sich für mehrere Jahrzehnte als die vorherrschende akademische Philosophie der westlichen Welt zu etablieren, und die bis zum heutigen Tag das Bild prägt, das eine überwältigende Mehrheit der Ökonomen von ihrer eigenen Disziplin hat.[2]

---

[2] Zum Wiener Kreis siehe Viktor Kraft, *Der Wiener Kreis* (Wien: Springer, 1968); für empiristisch-positivistische Interpretationen der Wirtschaftswissenschaften siehe repräsentative Werke wie Terrence W. Hutchison, *The Significance and Basic Postulates of Economic Theory* (London: Macmillan, 1938). Hutchison, ein Anhänger der Popper'schen Variante des Empirismus, ist seitdem weit weniger begeistert von den Aussichten einer „popperisierten" Wirtschaftswissenschaft – siehe beispielsweise sein Werk *Knowledge and Ignorance in Economics* (Chicago: University of Chicago Press, 1977) –, doch sieht er nach wie vor keine Alternative, als an Poppers Falsifikationismus festzuhalten. Siehe auch Milton Friedman, „The Methodology of Positive Economics" in ders., *Essays in Positive Economics* (Chicago: University of Chicago Press, 1953); Mark Blaug, *The Methodology of Economics* (Cambridge: Cambridge University Press, 1980); ein positivistischer Bericht eines Teilnehmers an Mises'

Der Empirismus betrachtet die Natur und die Naturwissenschaften als sein Vorbild. Nach dem Empirismus haben die eben genannten Beispiele für ökonomische Aussagen denselben logischen Status wie Naturgesetze. Wie Naturgesetze beschreiben sie hypothetische Beziehungen zwischen zwei oder mehr Ereignissen, im Wesentlichen in Form von Wenn-Dann-Aussagen. Und wie Hypothesen der Naturwissenschaften erfordern auch die Aussagen der Ökonomie eine ständige Überprüfung anhand der Erfahrung. Eine Aussage über den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Ereignissen kann niemals ein für alle Mal mit Sicherheit bestätigt werden. Stattdessen unterliegt sie für immer dem Ergebnis kontingenter, zukünftiger Erfahrungen. Solche Erfahrungen könnten die Hypothese bestätigen. Dies würde jedoch nicht beweisen, dass die Hypothese wahr ist, da die wirtschaftswissenschaftliche Aussage bei der Beschreibung der betreffenden Ereignisse allgemeine Begriffe (in der philosophischen Terminologie: Universalien) verwenden würde und somit auf eine unbestimmte Anzahl von Fällen oder Instanzen zutreffen würde, wodurch stets Raum für möglicherweise widerlegende zukünftige Erfahrungen bliebe. Eine Bestätigung würde lediglich beweisen, dass sich die Hypothese noch nicht als falsch erwiesen hat. Andererseits könnte die Erfahrung die Hypothese widerlegen. Dies würde sicherlich beweisen, dass mit der Hypothese in ihrer vorliegenden Form etwas nicht stimmte, aber es würde nicht beweisen, dass die hypothetische Beziehung zwischen den genannten Ereignissen niemals beobachtet werden könnte. Es würde lediglich zeigen, dass unter Berücksichtigung und Kontrolle in den eigenen Beobachtungen nur dessen, was bisher tatsächlich berücksichtigt und kontrolliert worden war, die Beziehung noch nicht zutage getreten war. Es könnte jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass

---

Privat-Seminar in Wien ist Felix Kaufmann, *Methodology of the Social Sciences* (New York: Humanities Press, 1958); die Dominanz des Empirismus in der Wirtschaftswissenschaft wird durch die Tatsache belegt, dass es wahrscheinlich kein einziges Lehrbuch gibt, das die Wirtschaftswissenschaft nicht ausdrücklich als – was auch sonst? – empirische (a posteriori) Wissenschaft einstuft.

sie zutage treten könnte, sobald andere Umstände kontrolliert werden.

Die Haltung, die diese Philosophie nährt und die in der Tat für die meisten zeitgenössischen Ökonomen und ihre Arbeitsweise charakteristisch geworden ist, ist eine Haltung der Skepsis mit dem Motto: „Nichts kann im Bereich der wirtschaftlichen Phänomene mit Sicherheit als unmöglich erkannt werden." Noch genauer gesagt: Da der Empirismus wirtschaftliche Phänomene als objektive Daten auffasst, die sich räumlich erstrecken und quantifizierbaren Messungen unterliegen – in strikter Analogie zu den Phänomenen der Naturwissenschaften – lässt sich der eigentümliche Skeptizismus des empiristischen Ökonomen als der eines Sozialingenieurs beschreiben, der nichts garantieren will.[3]

Die andere Herausforderung kam von Seiten der historischen Schule. Tatsächlich war während Mises' Lebenszeit in Österreich und der Schweiz die historistische Philosophie die vorherrschende Ideologie an den deutschsprachigen Universitäten und in deren Kreisen. Mit dem Aufkommen des Empirismus hat sich ihre frühere Bedeutung erheblich verringert. In den letzten rund zehn Jahren hat der Historismus jedoch in der westlichen akademischen Welt wieder an Dynamik gewonnen. Heute ist er unter den Bezeichnungen Hermeneutik, Rhetorik, Dekonstruktivismus und epistemologischer Anarchismus allgegenwärtig.[4]

---

[3] Zu den relativistischen Konsequenzen von Empirismus und Positivismus siehe auch Hans-Hermann Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism* (Boston: Kluwer Academic Publishers, 1989), Kap. 6; ders., „The Intellectual Cover for Socialism", *Free Market* (Februar 1988); siehe auch unten, Kap. 11.

[4] Siehe Ludwig von Mises, *The Historical Setting of the Austrian School of Economics* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1984); ders., *Erinnerungen* (Stuttgart: Gustav Fischer, 1978); ders., *Theory and History: An Interpretation of Social and Economic Evolution* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1985), Kap. 10; Murray N. Rothbard, *Ludwig von Mises: Scholar, Creator, Hero* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988); für eine kritische Übersicht über historistische Ideen siehe auch Karl R. Popper, *The Poverty of Historicism* (London: Routledge and Kegan Paul, 1957); für einen Vertreter der älteren Version einer historisti-

Für den Historismus, und am auffälligsten für seine zeitgenössischen Ausprägungen, ist das Modell nicht die Natur, sondern ein literarischer Text. Nach der historistischen Lehre sind wirtschaftliche Phänomene keine objektiven Größen, die gemessen werden können. Stattdessen sind sie subjektive Äußerungen und Interpretationen, die sich in der Geschichte entfalten und vom Ökonomen verstanden und interpretiert werden müssen, so wie sich ein literarischer Text vor seinem Leser entfaltet und von diesem interpretiert wird. Als subjektive Schöpfungen folgt die Abfolge ihrer Ereignisse keinem objektiven Gesetz. Nichts im literarischen Text und nichts in der Abfolge historischer Ausdrücke und Interpretationen unterliegt konstanten Beziehungen. Natürlich existieren bestimmte literarische Texte tatsächlich, ebenso wie bestimmte Abfolgen historischer Ereignisse. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass irgendetwas in der Reihenfolge geschehen musste, in der es geschah. Es ist einfach geschehen. Genauso wie man immer wieder andere literarische Geschichten erfinden kann, hätten auch die Geschichte und die Abfolge historischer Ereignisse auf ganz andere Weise verlaufen können. Darüber hinaus unterliegt nach dem Historismus – und dies zeigt sich besonders deutlich in seiner modernen hermeneutischen Ausprägung – auch die Entstehung dieser stets kontingent miteinander verbundenen menschlichen Äußerungen und ihrer Interpretationen keinem objektiven Gesetz. In der literarischen Produktion kann alles auf jede beliebige Weise ausgedrückt oder interpretiert werden, und in gleicher Weise sind historische und wirtschaftliche Ereignisse das, was jemand als solche ausdrückt oder interpretiert, und ihre Beschreibung durch den Historiker und Ökonomen sind dann das, was

---

schen Interpretation der Wirtschaftswissenschaften siehe Werner Sombart, *Die drei Nationalökonomien* (München: Duncker und Humblot, 1930); zur modernen, hermeneutischen Variante siehe Donald McCloskey, *The Rhetoric of Economics* (Madison: University of Wisconsin Press, 1985); Ludwig Lachmann, „From Mises to Shackle: An Essay on Austrian Economics and the Kaleidic Society", *Journal of Economic Literature* 14, Nr. 1 (1976).

er als diese vergangenen subjektiven Ereignisse ausdrückt oder interpretiert, was sie gewesen sein sollen.

Die Haltung, die die historistische Philosophie hervorbringt, ist die des Relativismus. Ihr Motto lautet: „Alles ist möglich." Da sie nicht durch irgendein objektives Gesetz eingeschränkt sind, sind Geschichte, Wirtschaft und Literaturkritik für den historistisch-hermeneutischen Denker Fragen der Ästhetik. Dementsprechend nimmt sein Schaffen die Form von Abhandlungen darüber an, was jemand darüber empfindet, was seiner Meinung nach von jemand anderem empfunden wurde. Dies ist eine literarische Form, die uns nur allzu vertraut ist, insbesondere in Bereichen wie Soziologie und Politikwissenschaft.[5]

Man spürt intuitiv, dass sowohl in der empiristischen als auch in der historistischen Philosophie etwas ernsthaft nicht stimmt. Ihre erkenntnistheoretischen Darstellungen scheinen nicht einmal zu ihren selbst gewählten Modellen zu passen: zur Natur einerseits und zu literarischen Texten andererseits. Jedenfalls scheinen ihre Darstellungen in Bezug auf ökonomische Aussagen wie das Gesetz des Grenznutzens oder die Quantitätstheorie des Geldes schlichtweg falsch zu sein. Das Gesetz des Grenznutzens erscheint einem sicherlich nicht als ein hypothetisches Gesetz, dessen Gültigkeit für immer von hier und da auftauchenden bestätigenden oder widerlegenden Erfahrungen abhängt. Und die in dem Gesetz genannten Phänomene als quantifizierbare Größen zu begreifen, scheint geradezu lächer-

[5] Zum extremen Relativismus von Historismus und Hermeneutik siehe Hans-Hermann Hoppe, „In Defense of Extreme Rationalism"; Murray N. Rothbard, „The Hermeneutical Invasion of Philosophy and Economics", *Review of Austrian Economics* 3 (1988); Henry Veatch, „Dekonstruktion in der Philosophie: Hat Rorty sie zum Höhepunkt der zeitgenössischen analytischen Philosophie gemacht?", *Review of Metaphysics* (1985); Steven Horwitz und Peter Boettke, „Misesianische Integrität: Ein Kommentar zu Barnes", *Austrian Economics Newsletter* (Herbst 1987); David Gordon, *Hermeneutics vs. Austrian Economics* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, Occasional Paper Series, 1987); für eine brillante Kritik der zeitgenössischen Soziologie siehe Stanislav Andreski, *Social Science as Sorcery* (New York: St. Martin's Press, 1973).

lich. Auch die historistische Interpretation scheint nicht besser zu sein. Zu glauben, dass die in der Quantitätstheorie des Geldes genannten Zusammenhänge rückgängig gemacht werden können, wenn man es nur will, erscheint absurd. Nicht weniger absurd erscheint die Vorstellung, dass Begriffe wie Geld, Geldnachfrage und Kaufkraft ohne objektive Beschränkungen gebildet werden und sich lediglich auf willkürliche subjektive Schöpfungen beziehen. Im Gegensatz zur empiristischen Lehre scheinen beide Beispiele für ökonomische Aussagen vielmehr logisch wahr zu sein und sich auf Ereignisse zu beziehen, die subjektiver Natur sind. Im Gegensatz zum Historismus scheint es, dass das, was sie aussagen, in der gesamten Geschichte unmöglich rückgängig gemacht werden könnte und begriffliche Unterscheidungen enthält, die sich zwar auf subjektive Ereignisse beziehen, aber dennoch objektiv begrenzt sind und universell gültiges Wissen beinhalten.

Wie die meisten der bekannteren Ökonomen vor ihm teilt Mises diese Intuitionen.[6] Doch auf seiner Suche nach den Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft geht Mises über die Intuition hinaus. Er stellt sich der Herausforderung durch Empirismus und Historismus, um die Grundlage zu rekonstruieren, auf der diese Intuitionen als richtig und systematisch begründet verstanden werden können. Er will damit keine neue Disziplin der Wirtschaftswissenschaft schaffen, doch indem er erklärt, was zuvor nur intuitiv erfasst worden war, geht Mises weit über das hinaus, was jemals zuvor getan wurde. Indem er die rationalen Grundlagen der Intuitionen der Ökonomen rekonstruiert, weist er uns den richtigen Weg für jede zukünftige Entwicklung in der Wirtschaftswissenschaft und schützt uns vor systematischen Denkfehlern.

---

[6] Zu den erkenntnistheoretischen Ansichten von Vorgängern wie Jean Baptiste Say, Nassau W. Senior, John E. Cairnes, John Stuart Mill, Carl Menger und Friedrich Wieser siehe Ludwig von Mises, *Epistemological Problems of Economics* (New York: New York University Press, 1981), S. 17–23; sowie Murray N. Rothbard, „Praxeology: The Methodology of Austrian Economics“, in: Edwin Dolan (Hrsg.), *The Foundations of Modern Austrian Economics* (Kansas City: Sheed and Ward, 1976); Hoppe, *Praxeology and Economic Science*.

Empirismus und Historismus, so stellt Mises zu Beginn seiner Rekonstruktion fest, sind sich widersprechende Lehren.[7] Der empiristische Gedanke, dass alle Ereignisse, seien sie natürlicher oder wirtschaftlicher Art, nur hypothetisch miteinander in Beziehung stehen, wird durch die Aussage dieser sehr grundlegenden empiristischen These selbst widerlegt; denn würde man diese These als an sich nur hypothetisch wahr betrachten (d.h. als eine hypothetisch wahre These über hypothetisch wahre Thesen), würde sie nicht einmal als epistemologische Aussage gelten. Sie würde keinerlei Rechtfertigung für die Behauptung liefern, dass ökonomische Aussagen nicht kategorisch oder a priori wahr sind und auch nicht sein können, wie es uns unsere Intuition sagt. Wenn man jedoch annimmt, dass die grundlegende empiristische Prämisse kategorisch wahr ist (d.h. wenn wir annehmen, dass man etwas a priori Wahres über die Art und Weise sagen könnte, wie Ereignisse miteinander in Beziehung stehen), dann würde dies ihre eigene These widerlegen, dass empirisches Wissen ausnahmslos hypothetisches Wissen sein muss, und damit Raum für eine Disziplin wie die Wirtschaftswissenschaft schaffen, die beansprucht, a priori gültiges empirisches Wissen zu produzieren. Darüber hinaus erweist sich die empiristische These, dass ökonomische Phänomene als beobachtbare und messbare Größen – analog zu denen der Naturwissenschaften – verstanden werden müssen, aus sich selbst heraus als nicht schlüssig, denn der Empirismus liefert uns erst dann sinnvolles empirisches Wissen, wenn er uns mitteilt, dass unsere ökonomischen Konzepte

[7] Neben den zu Beginn dieses Kapitels zitierten Werken von Mises und der in Anmerkung 1 erwähnten Literatur siehe Murray N. Rothbard, *Individualism and the Philosophy of the Social Sciences* (San Francisco: Cato Institute, 1979); für eine hervorragende philosophische Kritik der empiristischen Ökonomie siehe Martin Hollis und Edward Nell, *Rational Economic Man* (Cambridge: Cambridge University Press, 1975); für besonders wertvolle Verteidigungen des Rationalismus gegen Empirismus und Relativismus – ohne Bezug zur Ökonomie – siehe Brand Blanshard, *Reason and Analysis* (La Salle, Ill.: Open Court, 1964); Friedrich Kambartel, *Erfahrung und Struktur. Bausteine zu einer Kritik des Empirismus und Formalismus* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1968).

auf Beobachtungen beruhen. Die Begriffe der Beobachtung und der Messung, auf die sich der Empirismus stützen muss, um seine Behauptungen zu begründen, leiten sich jedoch offensichtlich nicht aus der Beobachtungserfahrung ab, so wie dies bei Begriffen wie Hühner und Eier oder Äpfel und Birnen der Fall ist. Man kann niemanden dabei beobachten, wie er eine Beobachtung oder Messung vornimmt. Vielmehr muss man zunächst verstehen, was Beobachtungen und Messungen sind, um bestimmte beobachtbare Phänomene als das Vornehmen einer Beobachtung oder das Durchführen einer Messung interpretieren zu können. Somit ist der Empirismus entgegen seiner eigenen Lehre gezwungen zuzugeben, dass es empirisches Wissen gibt, das auf Verstehen beruht – genau wie nach unserer Intuition wirtschaftliche Aussagen behaupten, eher auf Verstehen als auf Beobachtungen zu beruhen.[8]

Was den Historismus betrifft, so sind seine Selbstwidersprüche nicht weniger offensichtlich. Wenn, wie der Historismus behauptet, historische und wirtschaftliche Ereignisse – die er als Abfolgen subjektiv verstandener statt beobachteter Ereignisse auffasst – nicht durch konstante, zeitunabhängige Beziehungen bestimmt werden, dann kann auch genau dieser Satz nicht beanspruchen, etwas konstant Wahres über Geschichte und Wirtschaft auszusagen. Stattdessen wäre es eine Aussage mit einem flüchtigen Wahrheitswert: Sie mag jetzt wahr sein, wenn wir es wünschen, doch möglicherweise in einem Augenblick falsch, falls nicht, und niemand würde jemals wissen, ob wir uns die Aussage wahr wünschen oder nicht. Wäre dies jedoch der Status der grundlegenden historistischen Prämisse, würde auch sie offensichtlich nicht als Erkenntnistheorie gelten. Der Historismus hätte uns keinen Grund gegeben, warum wir irgendetwas davon glauben sollten. Wenn man jedoch annähme, dass die Grundaussage des Historismus unveränderlich wahr sei, dann würde eine solche Aussage über die Beständigkeit historischer und wirt-

[8] Für eine ausführliche Verteidigung des epistemologischen Dualismus siehe auch K.O. Apel, *Transformation der Philosophie*, 2 Bde. (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1973); Jürgen Habermas, *Zur Logik der Sozialwissenschaften* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1970).

schaftlicher Phänomene seiner eigenen Lehre widersprechen, die jegliche solche Konstanten leugnet. Darüber hinaus wird die Behauptung des Historikers (und noch mehr die seines modernen Erben, des Hermeneutikers), dass historische und wirtschaftliche Ereignisse bloße subjektive Schöpfungen seien, die von keinen objektiven Faktoren eingeschränkt würden, durch eben jene Aussage, die sie trifft, als falsch widerlegt. Offensichtlich muss ein Historiker gerade diese Aussage als sinnvoll und wahr annehmen; er muss davon ausgehen, etwas Konkretes über etwas zu sagen, anstatt bloß bedeutungslose Laute wie „Abrakadabra" von sich zu geben. Ist dies jedoch der Fall, muss seine Aussage eindeutig als durch etwas außerhalb des Bereichs willkürlicher subjektiver Schöpfungen bedingt angesehen werden. Natürlich kann ich das, was der Historist sagt, auf Deutsch, Englisch, Chinesisch oder in jeder anderen Sprache sagen, die ich wünsche, und insofern mögen historische und wirtschaftliche Ausdrücke und Interpretationen durchaus als bloße subjektive Schöpfungen angesehen werden. Aber was auch immer ich in welcher Sprache auch immer sage, muss als durch eine zugrunde liegende aussagelogische Bedeutung meiner Äußerung angesehen werden, die für jede Sprache gleich ist und völlig unabhängig von der jeweiligen sprachlichen Form existiert, in der sie ausgedrückt wird. Entgegen der Überzeugung der Historiker ist die Existenz einer solchen Beschränkung nicht derart, dass man sie nach Belieben außer Kraft setzen könnte. Vielmehr ist sie insofern objektiv, als wir sie als die logisch notwendige Voraussetzung dafür verstehen können, überhaupt etwas Sinnvolles zu sagen, im Gegensatz zum bloßen Erzeugen bedeutungsloser Laute. Der Historiker könnte nicht behaupten, irgendetwas zu sagen, wenn seine Ausdrücke und Interpretationen nicht tatsächlich durch die Gesetze der Logik als eigentliche Voraussetzung für sinnvolle Aussagen als solche eingeschränkt wären.[9]

Mit einer solchen Widerlegung von Empirismus und Historismus, so bemerkt Mises, werden die Ansprüche der rationalistischen Philosophie erfolgreich wiederhergestellt, und es wird die Möglich-

[9] Siehe hierzu insbesondere Hoppe, „In Defense of Extreme Rationalism".

keit a priori wahrer Aussagen begründet, wie sie die der Wirtschaftswissenschaften zu sein scheinen. Tatsächlich betrachtet Mises seine eigenen erkenntnistheoretischen Untersuchungen ausdrücklich als Fortsetzung des Werks der westlichen rationalistischen Philosophie. Mit Leibniz und Kant steht er der Tradition von Locke und Hume gegenüber.[10] Er schlägt sich auf die Seite von Leibniz, wenn er auf Lockes berühmtes Diktum „Nichts ist im Verstand, was nicht zuvor in den Sinnen gewesen sei" mit seinem ebenso berühmten Diktum „außer dem Verstand selbst" antwortet. Und er sieht seine Aufgabe als Wirtschaftsphilosoph als streng analog zu der Kants als Philosoph der reinen Vernunft (d.h. der Erkenntnistheorie). Wie Kant will Mises die Existenz wahrer a priori synthetischer Sätze nachweisen, also von Sätzen, deren Wahrheitswert eindeutig festgestellt werden kann, auch wenn für ein solches Unterfangen die Mittel der formalen Logik unzureichend und Beobachtungen unnötig sind.

Diese Kritik am Empirismus und Historismus hat die allgemeine rationalistische Behauptung bestätigt. Sie hat bewiesen, dass wir tatsächlich über Wissen verfügen, das nicht aus Beobachtung abgeleitet ist, aber dennoch durch objektive Gesetze bestimmt wird. Tatsächlich enthält unsere Widerlegung von Empirismus und Historismus ein solches a priori synthetisches Wissen. Doch wie steht es um die konstruktive Aufgabe, zu zeigen, dass die Aussagen der Wirtschaftswissenschaft – wie das Gesetz des Grenznutzens und die Quantitätstheorie des Geldes – als diese Art von Wissen gelten? Um dies zu tun, stellt Mises in Übereinstimmung mit den traditionell von rationalistischen Philosophen formulierten Vorgaben fest, dass ökonomische Aussagen zwei Anforderungen erfüllen müssen. Erstens muss es möglich sein, nachzuweisen, dass sie nicht aus Beobachtungsdaten abgeleitet sind, denn Beobachtungsdaten können nur Dinge offenbaren, wie sie zufällig sind: Es gibt darin nichts, was darauf hindeuten würde, warum die Dinge so sein müssen, wie sie sind. Stattdessen muss gezeigt werden, dass ökonomische Aussagen auf reflektierender Erkenntnis beruhen, auf unserem Verständnis

[10] Siehe Ludwig von Mises, *The Ultimate Foundation of Economic Science* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1978), S. 12.

von uns selbst als erkennende Subjekte. Zweitens muss dieses reflektierende Verständnis bestimmte Aussagen als selbstverständliche materielle Axiome hervorbringen, nicht in dem Sinne, dass solche Axiome im psychologischen Sinne selbstverständlich sein müssten, das heißt, dass man sich ihrer unmittelbar bewusst sein müsste oder dass ihre Wahrheit von einem psychologischen Gefühl der Überzeugung abhängt. Im Gegenteil, wie Kant vor ihm betont Mises die Tatsache, dass es in der Regel viel mühsamer ist, solche Axiome zu entdecken, als eine Beobachtungswahrheit wie etwa, dass die Blätter der Bäume grün sind oder dass ich 1,88 Meter groß bin.[11] Vielmehr ist es die Tatsache, dass niemand ihre Gültigkeit leugnen kann, ohne sich selbst zu widersprechen, die sie zu selbstverständlichen materiellen Axiomen macht; denn beim Versuch, sie zu leugnen, setzt man ihre Gültigkeit bereits voraus.

Mises weist darauf hin, dass beide Anforderungen durch das erfüllt werden, was er als Handlungsaxiom bezeichnet (d.h. die Aussage, dass Menschen handeln, dass sie zielgerichtetes Verhalten zeigen).[12] Offensichtlich leitet sich dieses Axiom nicht aus der Beobachtung ab – es gibt nur körperliche Bewegungen zu beobachten, aber keine Handlungen – sondern entspringt stattdessen dem reflektierenden Verständnis. Und dieses Verständnis betrifft eine selbstverständliche Aussage, denn ihre Wahrheit kann nicht geleugnet werden, da die Leugnung selbst als Handlung eingestuft werden müsste. Aber ist das nicht einfach trivial? Und was hat die Wirtschaftswissenschaft damit zu tun? Natürlich war bereits zuvor erkannt worden, dass ökonomische Begriffe wie Preise, Kosten, Produktion, Geld und Kredit etwas mit der Tatsache zu tun hatten, dass es handelnde Menschen gab. Doch dass und wie die gesamte Wirt-

---

[11] Siehe Immanuel Kant, *Kritik der reinen Vernunft*, in ders., Werke, 12 Bde., hrsg. von W. Weischedel (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1968), Bd. 3, S. 45; Ludwig von Mises, *Human Action: A Treatise on Economics* (Chicago: Regnery, 1966), S. 38.

[12] Zum Folgenden siehe insbesondere Mises, *Human Action*, Kap. IV; Murray N. Rothbard, *Man, Economy, and State* (Los Angeles: Nash, 1962), Kap. 1.

schaftswissenschaft auf einem solch trivialen Satz begründet und auf dessen Grundlage rekonstruiert werden konnte, ist alles andere als klar. Es ist eine der größten Leistungen von Mises, genau gezeigt zu haben, dass in diesem psychologisch gesehen trivialen Handlungsaxiom Erkenntnisse impliziert sind, die selbst psychologisch nicht ebenfalls selbstverständlich waren; und dass es diese Erkenntnisse sind, die die Grundlage für die Theoreme der Wirtschaftswissenschaft als wahre a priori synthetische Sätze bilden.

Es ist psychologisch sicherlich nicht offensichtlich, dass ein Handelnder mit jeder Handlung ein Ziel verfolgt und dass, was auch immer das Ziel sein mag, die Tatsache, dass es von einem Handelnden verfolgt wurde, offenbart, dass er ihm einen relativ höheren Wert beigemessen haben muss als jedem anderen Handlungsziel, das ihm zu Beginn seiner Handlung in den Sinn gekommen sein könnte. Es ist nicht offensichtlich, dass ein Handelnder, um sein höchstgeschätztes Ziel zu erreichen, zu einem früheren Zeitpunkt eingreifen oder beschließen muss, nicht einzugreifen (was ebenfalls ein absichtliches Eingreifen ist), um ein späteres Ergebnis zu erzielen, noch ist es offensichtlich, dass solche Eingriffe ausnahmslos den Einsatz knapper Mittel erfordern – zumindest derjenigen des Körpers des Handelnden, dem Raum auf dem er sich befindet und der durch die Handlung beanspruchten Zeit. Es ist nicht selbstverständlich, dass diese Mittel für einen Handelnden auch einen Wert haben müssen – einen Wert, der sich aus dem des Ziels ableitet – weil der Handelnde ihren Einsatz als notwendig erachten muss, um das Ziel effektiv zu erreichen; und dass Handlungen nur nacheinander ausgeführt werden können und immer die Entscheidung beinhalten, jenen einen Handlungsweg einzuschlagen, der dem Handelnden zu einem bestimmten Zeitpunkt die am höchsten bewerteten Ergebnisse verspricht, und gleichzeitig das Verfolgen anderer, weniger hoch bewerteter Ziele auszuschließen. Es ist nicht automatisch klar, dass jede einzelne Handlung – als Folge der Notwendigkeit, ein Ziel gegenüber einem anderen zu wählen und zu bevorzugen (da nicht alle Ziele gleichzeitig verwirklicht werden können) – mit Kosten verbunden ist (dem Verzicht auf den Wert des am höchsten bewerteten

alternativen Ziels, das nicht verwirklicht werden kann oder dessen Verwirklichung aufgeschoben werden muss), weil die zu seiner Erreichung notwendigen Mittel in die Verwirklichung eines anderen, noch höher bewerteten Ziels eingebunden sind. Schließlich ist es nicht offensichtlich, dass jedes Handlungsziel zu Beginn für den Handelnden mehr wert sein muss als seine Kosten und es ermöglichen muss, einen Gewinn zu erbringen (ein Ergebnis, dessen Wert höher eingestuft wird als der der entgangenen Gelegenheit), und dass jede Handlung zudem ausnahmslos von der Möglichkeit eines Verlusts bedroht ist, wenn ein Handelnder im Nachhinein feststellt, dass das tatsächlich erzielte Ergebnis entgegen seinen Erwartungen einen geringeren Wert hat, als die aufgegebene Alternative gehabt hätte.

All diese Kategorien, von denen wir wissen, dass sie den Kern der Wirtschaftswissenschaften bilden – Werte, Ziele, Mittel, Wahl, Präferenz, Kosten, Gewinn und Verlust – sind im Handlungsaxiom impliziert. Wie das Axiom selbst lassen sie sich nicht aus der Beobachtung ableiten. Vielmehr setzt die Fähigkeit, Beobachtungen anhand solcher Kategorien zu interpretieren, voraus, dass man bereits weiß, was es bedeutet, zu handeln. Niemand, der kein Handelnder ist, könnte sie jemals verstehen, da sie nicht „gegeben“ und zur Beobachtung bereit stehen. Vielmehr ist die Beobachtungserfahrung in diesen Begriffen enthalten, so wie sie von einem Handelnden interpretiert wird. Zwar sind diese Begriffe und ihre Wechselbeziehungen nicht offensichtlich im Handlungsaxiom impliziert, doch sobald einmal explizit klar gemacht wurde, dass und wie sie impliziert sind, hat man keine Schwierigkeiten mehr, sie als a priori wahr im gleichen Sinne wie das Axiom selbst anzuerkennen. Jeder Versuch, die Gültigkeit dessen zu widerlegen, was Mises als im Begriff des Handelns selbst impliziert rekonstruiert hat, müsste auf ein Ziel ausgerichtet sein, Mittel erfordern, andere Handlungsweisen ausschließen, Kosten verursachen, den Handelnden der Möglichkeit aussetzen, das gewünschte Ziel zu erreichen oder nicht zu erreichen, und zu einem Gewinn oder einem Verlust führen. Somit ist es offensichtlich unmöglich, die Gültigkeit von Mises’ Erkenntnissen anzufech-

ten oder zu widerlegen. Tatsächlich könnte eine Situation, in der die Kategorien des Handelns aufhören würden, real zu existieren, selbst niemals beobachtet oder beschrieben werden, da auch das Beobachten oder Sprechen Handlungen sind.

Alle wahren ökonomischen Aussagen – und genau darum geht es in der Praxeologie und darin besteht Mises' große Erkenntnis – lassen sich mittels formaler Logik aus diesem unbestreitbar wahren, materiellen Wissen über die Bedeutung des Handelns und seine Kategorien ableiten. Genauer gesagt bestehen alle wahren ökonomischen Theoreme aus (a) einem Verständnis der Bedeutung des Handelns, (b) einer Situation oder Situationsänderung – die als gegeben angenommen oder als gegeben identifiziert wird – und die in Begriffen von Handlungskategorien beschrieben wird, sowie (c) einer logischen Ableitung der Konsequenzen – wiederum in Begriffen solcher Kategorien –, die sich für einen Handelnden aus dieser Situation oder Situationsänderung ergeben. So folgt beispielsweise das Gesetz des Grenznutzens[13] aus unserem unbestreitbaren Wissen um die Tatsache, dass jeder Handelnde stets das, was ihn mehr befriedigt, dem vorzieht, was ihn weniger befriedigt, sowie aus der Annahme, dass er mit einer Erhöhung des Angebots eines Gutes (eines knappen Mittels) konfrontiert ist, dessen Einheiten er als gleichwertig in ihrer Nützlichkeit ansieht, um eine zusätzliche Einheit. Daraus folgt mit logischer Notwendigkeit, dass diese zusätzliche Einheit nur als Mittel zur Beseitigung eines Unbehagens eingesetzt werden kann, das als weniger dringlich angesehen wird als das am wenigsten wertvolle Ziel, das zuvor durch eine Einheit eines solchen Gutes befriedigt wurde. Sofern der Deduktionsprozess keine Fehler aufweist, müssen die Schlussfolgerungen, zu denen die ökonomische Theoriebildung gelangt, a priori gültig sein. Die Gültigkeit dieser Aussagen geht letztlich auf das unbestreitbare Handlungsaxiom zurück. Zu glauben, wie es der Empirismus tut, dass diese Sätze zur Validierung ständiger empirischer Überprüfung bedürfen, ist absurd und ein Zeichen völliger intellektueller Verwirrung. Und es ist nicht

[13] Zum Gesetz des Grenznutzens siehe Mises, *Human Action*, S. 119–27; Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 268–71.

weniger absurd und verwirrend zu glauben, wie es der Historismus tut, dass die Wirtschaftswissenschaft nichts über konstante und unveränderliche Beziehungen zu sagen hat, sondern sich lediglich mit historisch zufälligen Ereignissen befasst. Dies zu behaupten, bedeutet, dieselbe Aussage als falsch zu beweisen, da das Aussprechen von überhaupt irgendetwas Sinnvollem bereits Handeln und die Kenntnis der Bedeutung der Handlungskategorien voraussetzt.

III.

Dies genügt als Erklärung für Mises' Antwort auf die Frage nach den Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft. Ich wende mich nun meinem zweiten Ziel zu: der Erklärung, warum und wie die Praxeologie auch die Grundlage für die Erkenntnistheorie bildet. Mises war sich dessen bewusst und von der großen Bedeutung dieser Erkenntnis für die rationalistische Philosophie überzeugt. Dennoch behandelte er die Angelegenheit nicht systematisch. In seinem umfangreichen Werk finden sich lediglich einige kurze Anmerkungen zu diesem Problem.[14] Daher muss ich im Folgenden versuchen, Neuland zu betreten.

---

[14] Mises schreibt:

> [W]issen ist ein Werkzeug des Handelns. Seine Funktion besteht darin, dem Menschen Rat zu geben, wie er bei seinen Bemühungen zur Beseitigung von Unbehagen vorgehen soll… Die Kategorie des Handelns ist die grundlegende Kategorie des menschlichen Wissens. Sie impliziert alle Kategorien der Logik sowie die Kategorie der Regelmäßigkeit und Kausalität. Sie impliziert die Kategorie der Zeit und die des Wertes… Beim Handeln sieht sich der Verstand des Individuums als von seiner Umgebung, der Außenwelt, getrennt und versucht, diese Umgebung zu erforschen, um den Verlauf der darin stattfindenden Ereignisse zu beeinflussen. (*The Ultimate Foundation of Economic Science*, S. 35–36)

Oder:

> Sowohl das a priori-Denken und -Schlussfolgern einerseits als auch das menschliche Handeln andererseits sind Manifestationen des Verstandes. Vernunft und Handeln sind gleichartig und homogen, zwei Aspekte desselben Phänomens. (Ebd., S. 42)

Ich werde meine Erläuterung damit beginnen, ein zweites a priori-Axiom einzuführen und dessen Beziehung zum Handlungsaxiom zu verdeutlichen. Ein solches Verständnis ist der Schlüssel zur Lösung unseres Problems. Das zweite Axiom ist das sogenannte „a priori der Argumentation", das besagt, dass Menschen zur Argumentation fähig sind und somit die Bedeutung von Wahrheit und Gültigkeit kennen.[15] Wie im Fall des Handlungsaxioms leitet sich dieses Wissen nicht aus der Beobachtung ab: Es gibt nur verbales Verhalten zu beobachten und es bedarf einer vorherigen reflektierenden Erkenntnis, um solches Verhalten als sinnvolle Argumente zu interpretieren. Die Gültigkeit des Axioms ist, wie die des Handlungsaxioms, unbestreitbar. Es ist unmöglich zu leugnen, dass man argumentieren kann, da die Leugnung selbst ein Argument wäre. Tatsächlich könnte man nicht einmal still zu sich selbst sagen: „Ich kann nicht argumentieren", ohne sich dabei selbst zu widersprechen. Man kann nicht argumentieren, dass man nicht argumentieren kann. Ebenso wenig kann man bestreiten, zu wissen, was es bedeutet, einen Wahrheits- oder Gültigkeitsanspruch zu erheben, ohne implizit zu behaupten, dass die Negation dieses Satzes wahr ist.

Es ist nicht schwer zu erkennen, dass beide a priori-Axiome – das des Handelns und das der Argumentation – eng miteinander verbunden sind. Einerseits sind Handlungen grundlegender als die Argumentation, mit deren Existenz der Begriff der Gültigkeit entsteht, da die Argumentation nur eine Unterklasse der Handlung ist. Andererseits erfordert die Erkenntnis dieser Tatsache in Bezug auf Handlung und Argumentation sowie deren Beziehung zueinander eine Argumentation. In diesem Sinne muss die Argumentation also als grundlegender angesehen werden als die Handlung, denn ohne Argumentation kann nichts über die Handlung als bekannt gelten. Die Argumentation selbst offenbart jedoch die Möglichkeit, dass sie Handeln

---

Dennoch belässt er die Sache mehr oder weniger dabei und kommt zu dem Schluss, dass „es nicht Aufgabe der Praxeologie ist, das Verhältnis von Denken und Handeln zu untersuchen" (*Human Action*, S. 25).

[15] Zum A-priori der Argumentation siehe auch Apel, *Transformation der Philosophie*, Bd. 2.

voraussetzt, da Gültigkeitsansprüche im Verlauf einer Argumentation nur dann explizit diskutiert werden können, wenn die daran beteiligten Personen bereits wissen, was es bedeutet zu handeln, und über das im Handeln implizierte Wissen verfügen. Somit müssen sowohl die Bedeutung des Handelns im Allgemeinen als auch die der Argumentation im Besonderen als logisch notwendige, miteinander verwobene Stränge a priori-Wissens betrachtet werden.

Was diese Einsicht in die Wechselbeziehung zwischen dem A-priori des Handelns und dem A-priori der Argumentation nahelegt, ist Folgendes: Traditionell wurde die Aufgabe der Erkenntnistheorie darin gesehen, zu formulieren, was a priori als wahr erkannt werden kann und was a priori als nicht Gegenstand a-priori-Wissens erkannt werden kann. Wenn man, wie wir es gerade getan haben, anerkennt, dass Wissensansprüche im Verlauf der Argumentation vorgebracht und entschieden werden und dass dies unbestreitbar so ist, kann man die Aufgabe der Erkenntnistheorie nun präziser rekonstruieren als die Formulierung jener Sätze, die argumentativ unbestreitbar sind, da ihre Wahrheit bereits in der Tatsache des Argumentierens selbst impliziert ist und daher argumentativ nicht geleugnet werden kann; und den Bereich solchen a priori-Wissens von dem Bereich der Sätze abzugrenzen, deren Gültigkeit auf diese Weise nicht begründet werden kann, sondern die für ihre Validierung zusätzliche, bedingte Informationen erfordern, oder die gar nicht validiert werden können und somit bloße metaphysische Aussagen im abwertenden Sinne des Begriffs „metaphysisch“ sind.

Doch was ist in der bloßen Tatsache des Argumentierens impliziert? Auf diese Frage liefert unsere Einsicht in die untrennbare Verflechtung zwischen dem A-priori der Argumentation und dem des Handelns eine Antwort. Auf einer sehr allgemeinen Ebene lässt sich argumentativ nicht leugnen, dass Argumentation Handeln voraussetzt und dass Argumente sowie das in ihnen verkörperte Wissen die Argumente von Handelnden sind. Genauer gesagt lässt sich nicht leugnen, dass Wissen selbst eine Kategorie des Handelns ist; dass die Struktur des Wissens durch die besondere Funktion eingeschränkt sein muss, die Wissen im Rahmen der Handlungskatego-

rien erfüllt; und dass die Existenz solcher struktureller Einschränkungen niemals durch irgendein Wissen widerlegt werden kann.

In diesem Sinne müssen die in der Praxeologie enthaltenen Erkenntnisse als Grundlagen der Erkenntnistheorie betrachtet werden. Wissen ist eine Kategorie, die sich deutlich von den zuvor erläuterten – von Zielen und Mitteln – unterscheidet. Die Ziele, die wir durch unser Handeln zu erreichen suchen, und die Mittel, die wir dazu einsetzen, sind beides knappe Güter. Die mit unseren Zielen verbundenen Werte unterliegen dem Verbrauch und werden durch den Verbrauch aufgebraucht und zerstört; daher müssen sie immer wieder neu erzeugt werden. Auch die eingesetzten Mittel müssen sparsam eingesetzt werden. Dies gilt jedoch nicht für Wissen, unabhängig davon, ob man es als Mittel oder als Selbstzweck betrachtet. Natürlich erfordert der Erwerb von Wissen knappe Mittel, zumindest den eigenen Körper und Zeit. Doch sobald Wissen erworben ist, ist es nicht mehr knapp. Es kann weder verbraucht werden noch sind die Dienste, die es als Mittel erbringen kann, der Erschöpfung unterworfen. Einmal vorhanden, ist es eine unerschöpfliche Ressource und beinhaltet einen ewigen Wert (vorausgesetzt, es wird nicht einfach vergessen).[16] Doch Wissen ist kein kostenloses Gut in demselben Sinne, wie Luft unter normalen Umständen ein kostenloses Gut ist. Stattdessen ist es eine Handlungskategorie. Es ist nicht nur ein mentaler Bestandteil jeder einzelnen Handlung, ganz anders als Luft, sondern, was noch wichtiger ist: Wissen – und nicht Luft – unterliegt einer Validierung, das heißt, es muss beweisen, dass es für einen Handelnden innerhalb der unveränderlichen Beschränkungen des kategorialen Handlungsrahmens eine positive Funktion erfüllt. Es ist die Aufgabe der Erkenntnistheorie, zu klären, worin diese Beschränkungen bestehen und was man somit über die Struktur des Wissens als solches wissen kann.

Auch wenn eine solche Anerkennung der praxeologischen Beschränkungen der Struktur des Wissens einem vielleicht nicht sofort als an sich von großer Bedeutung erscheint, hat sie doch einige äu-

[16] Zu diesem grundlegenden Unterschied zwischen (knappen) wirtschaftlichen Mitteln und Wissen siehe auch Mises, *Human Action*, S. 128, 661.

ßerst wichtige Implikationen. Zum einen wird mit dieser Einsicht eine immer wiederkehrende Schwierigkeit der rationalistischen Philosophie beseitigt. Ein häufiger Vorwurf an den Rationalismus in der Leibniz-Kant-Tradition war, dass er eine Art Idealismus zu implizieren schien. Da der Rationalismus erkannte, dass a priori wahre Aussagen unmöglich aus Beobachtungen abgeleitet werden konnten, erklärte er, wie a priori Wissen dennoch möglich sein könnte, indem er das Modell eines aktiven Geistes annahm – im Gegensatz zum empiristischen Modell eines passiven, spiegelartigen Geistes in der Tradition von Locke und Hume. Nach der rationalistischen Philosophie hatten a priori wahre Aussagen ihre Grundlage in der Funktionsweise von Denkprinzipien, die man sich unmöglich anders vorstellen konnte; sie gründeten sich auf Kategorien eines aktiven Geistes. Wie die Empiristen jedoch nur allzu gerne hervorheben, lautet die offensichtliche Kritik an einer solchen Position: Wenn dies tatsächlich der Fall wäre, ließe sich nicht erklären, warum solche mentalen Kategorien zur Realität passen würden. Vielmehr wäre man gezwungen, die absurde idealistische Annahme zu akzeptieren, dass die Realität als eine Schöpfung des Geistes gedacht werden müsste, um zu behaupten, dass a priori-Wissen irgendwelche Informationen über die Struktur der Realität enthalten könnte. Offensichtlich scheint eine solche Behauptung gerechtfertigt, wenn man mit programmatischen Aussagen rationalistischer Philosophen wie der folgenden von Kant konfrontiert wird: „Bisher wurde angenommen, dass unser Wissen sich der Realität anpassen müsse“, stattdessen sollte man annehmen, „dass sich die beobachtbare Realität unserem Verstand anpassen müsse.“[17]

Die Erkenntnis, dass Wissen durch seine Rolle im Rahmen von Handlungskategorien strukturell begrenzt ist, bietet die Lösung für

[17] Kant, *Kritik der reinen Vernunft*, S. 25. Ob eine solche Interpretation von Kants Erkenntnistheorie tatsächlich zutreffend ist, ist eine ganz andere Frage. Die Klärung dieses Problems ist hier jedoch nicht von Belang. Für eine aktivistische oder konstruktivistische Interpretation der Kantschen Philosophie siehe Kambartel, *Erfahrung und Struktur*, Kap. 3; sowie Hans-Hermann Hoppe, *Handeln und Erkennen* (Bern: Lang, 1976).

einen solchen Einwand; denn sobald dies erkannt wird, verschwinden alle idealistischen Annahmen der rationalistischen Philosophie, und eine Erkenntnistheorie, die behauptet, es gäbe a priori wahre Aussagen, wird stattdessen zu einer realistischen Erkenntnistheorie. Verstanden als durch Handlungskategorien eingeschränkt, wird die scheinbar unüberbrückbare Kluft zwischen dem Mentalen einerseits und der realen, äußeren physischen Welt andererseits überbrückt. So eingeschränkt, muss a priori-Wissen ebenso sehr eine mentale Sache sein wie ein Abbild der Struktur der Realität, da der Geist sozusagen nur durch Handlungen mit der Realität in Kontakt kommt. Handeln ist eine kognitiv gesteuerte Anpassung eines physischen Körpers an die physische Realität. Somit kann kein Zweifel daran bestehen, dass a priori-Wissen, verstanden als Einsicht in die strukturellen Beschränkungen, die dem Wissen als Wissen von Handelnden auferlegt sind, tatsächlich der Natur der Dinge entsprechen muss. Der realistische Charakter solchen Wissens würde sich nicht nur darin manifestieren, dass man ihn sich nicht anders *vorstellen* könnte, sondern auch darin, dass man dessen Wahrheit nicht *widerlegen* könnte.

Doch die Anerkennung der praxeologischen Grundlagen der Erkenntnistheorie hat noch spezifischere Implikationen, abgesehen von der allgemeinen, dass a priori-Wissen unmittelbar zu realistischem Wissen wird (so realistisch, dass es nicht widerlegt werden kann), wenn man das traditionelle rationalistische Modell eines aktiven Geistes durch das Modell des Geistes eines Akteurs ersetzt, der mittels eines physischen Körpers handelt. Genauer gesagt erhält angesichts dieser Erkenntnis jene bedauerlich kleine Gruppe rationalistischer Philosophen entscheidende Unterstützung, die – entgegen dem empiristischen Zeitgeist – an verschiedenen philosophischen Fronten hartnäckig daran festhalten, dass a priori wahre Aussagen über die reale Welt möglich sind.[18] Darüber hinaus werden diese

[18] Zusätzlich zu den in Anmerkung 7 genannten Werken siehe Brand Blanshard, *The Nature of Thought* (London: Allen and Unwin, 1921); Morris Cohen, *Reason and Nature* (New York: Harcourt, Brace, 1931); ders., *Preface to Logic* (New York: Holt, 1944); A. Pap, *Semantics and Necessary Truth* (New Haven, Conn.: Yale University Press, 1958); Saul

verschiedenen rationalistischen Bestrebungen durch die Anerkennung praxeologischer Beschränkungen der Wissensstruktur systematisch in einen einheitlichen Körper rationalistischer Philosophie integriert.

Wenn man versteht, dass Wissen, wie es sich in der Argumentation zeigt, eine besondere Kategorie des Handelns ist, wird die Gültigkeit der seit jeher vorgebrachten rationalistischen Behauptung deutlich, dass die Gesetze der Logik – angefangen bei den grundlegendsten der Aussagenlogik und der Junktoren („und", „oder", „wenn-dann", „nicht") und der Quantoren („es gibt", „alle", „einige") – a priori wahre Aussagen über die Realität sind und nicht bloße sprachliche Festlegungen bezüglich der Transformationsregeln willkürlich gewählter Zeichen, wie es die Empiriker-Formalisten gerne hätten. Sie sind ebenso sehr Gesetze des Denkens wie der Realität, denn sie sind Gesetze, die ihre letzte Grundlage im Handeln haben und von keinem Handelnden rückgängig gemacht werden können. In jeder einzelnen Handlung identifiziert ein Handelnder eine bestimmte Situation und kategorisiert sie auf die eine oder andere Weise, um eine Entscheidung treffen zu können. Dies erklärt letztlich die Struktur selbst der elementarsten Aussagen (wie „Sokrates ist ein Mensch") als bestehend aus einem Eigennamen oder einem identifizierenden Ausdruck zur Benennung oder Identifizierung von etwas und einem Prädikat, um eine bestimmte Eigenschaft des benannten oder identifizierten Objekts zu bejahen oder zu verneinen. Dies erklärt die Eckpfeiler der Logik: die Gesetze der Identität und des Widerspruchs. Und es ist dieses universelle Merkmal des Handelns und Wählens, das auch unser Verständnis der Kategorien

---

Kripke, „Naming and Necessity", in: Donald Davidson und Gilbert Harman (Hrsg.), *Semantics of Natural Language* (New York: Reidel, 1972); Hugo Dingler, *Die Ergreifung des Wirklichen* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969); ders., *Aufbau der exakten Fundamentalwissenschaft* (München: Eidos, 1964); Wilhelm Kamlah und Paul Lorenzen, *Logische Propädeutik* (Mannheim: Bibliographisches Institut, 1968); Paul Lorenzen, *Methodisches Denken* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1968); ders., *Normative Logic and Ethics* (Mannheim: Bibliographisches Institut, 1969); Apel, *Transformation der Philosophie*.

„es gibt“, „alle“, „einige“, „und“, „oder“, „wenn-dann“ und „nicht“ erklärt.[19] Man kann natürlich sagen, dass etwas gleichzeitig „a“ und

[19] Zu rationalistischen Interpretationen der Logik siehe Blanshard, *Reason and Analysis*, Kap. VI, X; Paul Lorenzen, *Einführung in die operative Logik und Mathematik* (Frankfurt/M.: Akademische Verlagsgesellschaft, 1970); Kuno Lorenz, *Elemente der Sprachkritik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1970); ders., „Die dialogische Rechtfertigung der effektiven Logik“, in: Friedrich Kambartel und Jürgen Mittelstrass (Hrsg.), *Zum normativen Fundament der Wissenschaft* (Frankfurt am Main: Athenaum, 1973).
Zum aussagelogischen Charakter von Sprache und Erfahrung siehe insbesondere Kamlah und Lorenzen, *Logische Propädeutik*, Kap. 1; Lorenzen, *Normative Logic and Ethics*, Kap. 1. Lorenzen schreibt:

> Ich bezeichne einen Sprachgebrauch als Konvention, wenn ich einen anderen Sprachgebrauch kenne, den ich stattdessen akzeptieren könnte. Ich kenne jedoch kein anderes Verhalten, das den Gebrauch elementarer Sätze ersetzen könnte. Würde ich Eigennamen und Prädikatoren nicht akzeptieren, wüsste ich gar nicht, wie ich sprechen sollte… Jeder Eigenname ist eine Konvention … aber Eigennamen überhaupt zu verwenden, ist keine Konvention: Es ist ein einzigartiges Muster sprachlichen Verhaltens. Deshalb werde ich es als „logisch“ bezeichnen. Dasselbe gilt für Prädikatoren. Jeder Prädikator ist eine Konvention. Dies zeigt sich an der Existenz von mehr als einer natürlichen Sprache. Aber alle Sprachen verwenden Prädikatoren. (Ebd., S. 16)

Siehe auch J. Mittelstrass, „Die Wiederkehr des Gleichen“, *Ratio*, 1966.
Zum Gesetz der Identität und zum Gesetz des Widerspruchs siehe insbesondere Blanshard, *Reason and Analysis*, S. 276ff., 423ff.
Zu einer kritischen Bewertung von 3- oder mehrwertigen Logiken als entweder bedeutungslose symbolische Formalismen oder als solche, die logisch ein Verständnis der traditionellen zweiwertigen Logik voraussetzen, siehe Wolfgang Stegmüller, *Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie* (Stuttgart: Kröner, 1975), Bd. 2, S. 182–191; Blanshard, *Reason and Analysis*, S. 269–275. Zu der von Friedrich Waismann vorgeschlagenen mehrwertigen oder offen strukturierten Logik merkt Blanshard an:

> Wir können Dr. Waismann – und Hegel – nur zustimmen, dass die Schwarz-Weiß-Unterscheidungen der formalen Logik für das lebendige Denken völlig unzureichend sind. Aber warum sollte man, wie Dr. Waismann es tut, behaupten, dass man mit der Übernahme einer differenzierteren Logik ein alternatives System annimmt, das mit der Schwarz-Weiß-Logik unvereinbar ist? Was er tatsächlich

„nicht-a“ sein kann, oder dass „und“ dies und nicht etwas anderes bedeutet. Aber man kann das Gesetz der Nichtwidersprüchlichkeit nicht *außer Kraft setzen*, und man kann die eigentliche Definition von „und“ nicht außer Kraft setzen. Allein dadurch, dass wir mit einem physischen Körper im physischen Raum handeln, bekräftigen wir unweigerlich das Gesetz der Nichtwidersprüchlichkeit und zeigen unweigerlich unser wahres konstruktives Wissen über die Bedeutung von „und“ und „oder“.

In ähnlicher Weise wird nun auch der letztendliche Grund dafür erkennbar, dass die Arithmetik eine a priori und dennoch empirische Disziplin ist, wie Rationalisten sie seit jeher verstanden haben. Die vorherrschende empiristisch-formalistische Orthodoxie versteht die Arithmetik als die Manipulation willkürlich definierter Zeichen nach willkürlich festgelegten Transformationsregeln und somit als völlig frei von jeglicher empirischer Bedeutung. Für diese Sichtweise, die die Arithmetik offensichtlich zu nichts anderem als einem Spiel macht, wie geschickt es auch sein mag, ist die erfolgreiche Anwendbarkeit der Arithmetik in der Physik eine intellektuelle Blamage. Tatsächlich müssten Empiriker-Formalisten diese Tatsache als bloßes Wunder wegdiskutieren. Dass es sich jedoch nicht um ein Wunder handelt, wird offensichtlich, sobald der praxeologische oder – um hier die Terminologie des bedeutendsten rationalistischen Philosophen und Mathematikers Paul Lorenzen und seiner Schule zu verwenden – der operative oder konstruktivistische Charakter der Arithmetik verstanden wird. Die Arithmetik und ihr Charakter als a priori-synthetische intellektuelle Disziplin wurzelt in unserem Verständnis von Wiederholung – der Wiederholung von Handlungen.

---

getan hat, ist, eine Reihe von Abstufungen *innerhalb* der älteren Bedeutung des Wortes „nicht“ anzuerkennen. Wir bezweifeln nicht, dass es solche Abstufungen gibt, und zwar so viele, wie er nur unterscheiden möchte. Aber eine Verfeinerung der älteren Logik ist kein Verzicht auf sie. Es bleibt wahr, dass die Farbe, die ich gestern sah, entweder ein bestimmter Gelbton war oder nicht, auch wenn das „nicht“ eine Vielzahl von Annäherungen abdecken mag und auch wenn ich nie erfahren werde, welcher Farbton es war, den ich sah. (Ebd., S. 273–74)

Genauer gesagt beruht sie auf unserem Verständnis der Bedeutung von „Tu dies – und tu dies erneut, ausgehend vom gegenwärtigen Ergebnis." Zudem befasst sich die Arithmetik mit realen Dingen: mit konstruierten oder konstruktiv identifizierten Einheiten von etwas. Sie zeigt, welche Beziehungen zwischen solchen Einheiten bestehen, da sie nach der Regel der Wiederholung konstruiert sind. Wie Paul Lorenzen ausführlich dargelegt hat, lässt sich nicht alles, was sich derzeit als Mathematik ausgibt, konstruktiv begründen – und diese Teile sollten dann natürlich als das erkannt werden, was sie sind: epistemologisch wertlose symbolische Spiele. Aber alle mathematischen Werkzeuge, die tatsächlich in der Physik eingesetzt werden (d.h. die Werkzeuge der klassischen Analysis), lassen sich konstruktiv ableiten. Sie sind keine empirisch leeren Symbolismen, sondern wahre Aussagen über die Realität. Sie gelten für alles, soweit es aus einer oder mehreren unterschiedlichen Einheiten besteht und soweit diese Einheiten durch ein Verfahren konstruiert oder als Einheiten identifiziert werden, das lautet: „Mach es noch einmal, konstruiere oder identifiziere eine weitere Einheit, indem du die vorherige Operation wiederholst."[20] Man kann zwar sagen, dass 2 plus

[20] Zu einer rationalistischen Interpretation der Arithmetik siehe Blanshard, *Reason and Analysis*, S. 427–31; zur konstruktivistischen Begründung der Arithmetik siehe insbesondere Lorenzen, *Einführung in die operative Logik und Mathematik*; ders., *Methodisches Denken*, Kap. 6, 7; ders., *Normative Logic and Ethics*, Kap. 4; zur konstruktivistischen Begründung der klassischen Analysis siehe Paul Lorenzen, *Differential und Integral – Eine konstruktive Einführung in die klassische Analysis* (Frankfurt/M.: Akademische Verlagsgesellschaft, 1965); für eine brillante allgemeine Kritik des mathematischen Formalismus siehe Kambartel, *Erfahrung und Struktur*, Kap. 6, insbes. S. 236–242; zur Irrelevanz des berühmten Gödel-Theorems für eine konstruktiv begründete Arithmetik siehe Paul Lorenzen, *Metamathematik* (Mannheim: Bibliographisches Institut, 1962); sowie Charles Thiel, „Das Begründungsproblem der Mathematik und die Philosophie", in: Kambartel und Mittelstrass (Hrsg.), *Zum normativen Fundament der Wissenschaft*, insbes. S. 99–101. Kurt Gödels Beweis, der als solcher übrigens die rationalistische Behauptung der Möglichkeit a priori-Wissens eher stützt als untergräbt, zeigt lediglich, dass das frühe formalistische Hilbert-Programm nicht erfolgreich durchgesetzt

2 manchmal 4, manchmal aber auch 2 oder 5 ist, und in der beobachtbaren Realität mag dies für Löwen plus Lämmer oder für Kaninchen sogar zutreffen,[21] doch in der Realität des Handelns, beim Identifizieren oder Konstruieren dieser Einheiten in sich wiederholenden Operationen, kann die Wahrheit, dass 2 plus 2 niemals etwas anderes als 4 ist, unmöglich widerlegt werden.

Darüber hinaus wird die alte rationalistische Behauptung, dass die euklidische Geometrie a priori sei, aber dennoch empirisches Wissen über den Raum einbeziehe, angesichts unserer Einsicht in die praxeologischen Beschränkungen des Wissens ebenfalls gestützt. Seit der Entdeckung nicht-euklidischer Geometrien und insbesondere seit Einsteins relativistischer Gravitationstheorie ist die vorherrschende Position in Bezug auf die Geometrie wieder empiristisch und formalistisch. Sie versteht Geometrie entweder als Teil der empirischen, a posteriori-Physik oder als empirisch bedeutungslose Formalismen. Dass Geometrie entweder bloßes Spiel ist oder für immer empirischen Tests unterliegt, scheint unvereinbar mit der Tatsache zu sein, dass die euklidische Geometrie die Grundlage von Ingenieurwesen und Bauwesen bildet und dass niemand in diesen Bereichen solche Aussagen jemals als nur hypothetisch wahr betrachtet.[22] Die Anerkennung von Wissen als praxeologisch bedingt

---

werden kann, da man, um die Konsistenz bestimmter Axiomatisierungen nachzuweisen, eine Metatheorie mit noch stärkeren Mitteln benötigt als jenen, die in der Objekt-Theorie selbst formalisiert sind. Interessanterweise hatten die Schwierigkeiten des formalistischen Programms den alten Hilbert bereits einige Jahre vor Gödels Beweis von 1931 dazu gebracht, die Notwendigkeit einer Wiedereinführung einer substanziellen Interpretation der Mathematik à la Kant anzuerkennen, die ihren Axiomen eine Grundlage und Rechtfertigung geben würde, die völlig unabhängig von jeglichen formalen Konsistenzbeweisen wäre. Siehe Kambartel, *Erfahrung und Struktur*, S. 185–187.

[21] Beispiele dieser Art werden von Popper verwendet, um die rationalistische Vorstellung zu „widerlegen", dass Regeln der Arithmetik Gesetze der Realität seien. Siehe Karl Popper, *Conjectures and Refutations* (London: Routledge and Kegan Paul, 1969), S. 211.

[22] Siehe hierzu auch Mises, *The Ultimate Foundation of Economic Science*, S. 12–14.

erklärt, warum die empiristisch-formalistische Sichtweise falsch ist und warum der empirische Erfolg der euklidischen Geometrie kein bloßer Zufall ist. Räumliches Wissen ist ebenfalls in der Bedeutung von Handeln enthalten. Handeln ist der Einsatz eines physischen Körpers im Raum. Ohne Handeln gäbe es kein Wissen über räumliche Beziehungen und keine Messung. Messen setzt etwas in Beziehung zu einem Maßstab. Ohne Maßstäbe gibt es kein Messen, und es gibt kein Messen, das den Maßstab jemals widerlegen könnte. Offensichtlich muss der ultimative Maßstab durch die Normen gegeben sein, die der Konstruktion körperlicher Bewegungen im Raum und der Konstruktion von Messinstrumenten mittels des eigenen Körpers und in Übereinstimmung mit den darin verkörperten Prinzipien räumlicher Konstruktionen zugrunde liegen. Die euklidische Geometrie ist, wie wiederum insbesondere Paul Lorenzen dargelegt hat, nicht mehr und nicht weniger als die Rekonstruktion der idealen Normen, die unserer Konstruktion solcher homogener Grundformen wie Punkte, Linien, Ebenen und Abstände zugrunde liegen, die auf mehr oder weniger vollkommene, aber stets verbesserbare Weise selbst in unseren primitivsten Instrumenten der räumlichen Messung, wie etwa einem Messstab, eingebettet oder verwirklicht sind. Natürlich können diese Normen und normativen Implikationen nicht durch das Ergebnis irgendeiner empirischen Messung widerlegt werden. Im Gegenteil, ihre kognitive Gültigkeit wird durch die Tatsache untermauert, dass gerade sie physikalische Messungen im Raum erst möglich machen. Jede tatsächliche Messung muss bereits die Gültigkeit der Normen voraussetzen, die zur Konstruktion der eigenen Messstandards führen. In diesem Sinne ist die Geometrie eine a priori-Wissenschaft und muss gleichzeitig als empirisch bedeutsame Disziplin betrachtet werden, da sie nicht nur die eigentliche Voraussetzung für jede empirische räumliche Beschreibung ist, sondern auch die Voraussetzung für jede aktive Orientierung im Raum.[23]

[23] Zum aprioristischen Charakter der euklidischen Geometrie siehe Lorenzen, *Methodisches Denken*, Kap. 8 und 9; ders., *Normative Logic and Ethics*, Kap. 5; Hugo Dingler, *Die Grundlagen der Geometrie* (Stuttgart:

Angesichts der Anerkennung des praxeologischen Charakters von Wissen werden diese Erkenntnisse über das Wesen von Logik, Arithmetik und Geometrie in ein System des epistemologischen Dualismus integriert und eingebettet.[24] Die letztendliche Rechtfertigung für diese dualistische Position (die Behauptung, dass es zwei Bereiche intellektueller Erforschung gibt, die a priori als solche verstanden werden können, die kategorisch unterschiedliche Behandlungs- und Analysemethoden erfordern) liegt ebenfalls in der praxeologischen Natur des Wissens. Sie erklärt, warum wir zwischen einem Bereich von Objekten, der kausal kategorisiert wird, und einem Bereich, der stattdessen teleologisch kategorisiert wird, unterscheiden müssen.

Ich habe bereits in meiner Erörterung der Praxeologie kurz darauf hingewiesen, dass Kausalität eine Kategorie des Handelns ist.

Enke, 1933); zur euklidischen Geometrie als notwendige Voraussetzung für objektive, intersubjektiv kommunizierbare Messungen und insbesondere für jede empirische Verifizierung nicht-euklidischer Geometrien (schließlich müssen die Linsen der Teleskope, mit denen man Einsteins Theorie über die nicht-euklidische Struktur des physikalischen Raums bestätigt, selbst nach euklidischen Prinzipien konstruiert sein) siehe Kambartel, *Erfahrung und Struktur*, S. 132–133; Peter Janich, *Die Protophysik der Zeit* (Mannheim: Bibliographisches Institut, 1969), S. 45–50; ders., „Eindeutigkeit, Konsistenz und methodische Ordnung", in: Kambartel und Mittelstrass (Hrsg.), *Zum normativen Fundament der Wissenschaft*. In Anlehnung an Hugo Dingler haben Paul Lorenzen und andere Mitglieder der sogenannten Erlanger Schule ein System der Protophysik ausgearbeitet, das alle aprioristischen Voraussetzungen der empirischen Physik enthält, darunter neben der Geometrie auch die Chronometrie und die Hylometrie (d.h. die klassische Mechanik ohne Gravitation oder rationale Mechanik).

> Geometrie, Chronometrie und Hylometrie sind a-priori-Theorien, die empirische Messungen von Raum, Zeit und Materie „möglich" machen. Sie müssen etabliert sein, bevor die Physik im modernen Sinne einer empirischen Wissenschaft mit hypothetischen Kraftfeldern beginnen kann. Daher möchte ich diese Disziplinen unter einem gemeinsamen Namen zusammenfassen: Protophysik. (Lorenzen, *Normative Logic and Ethics*, S. 60)

[24] Zur grundlegenden Natur des erkenntnistheoretischen Dualismus siehe auch Mises, *Theory and History*, S. 1–2.

Die Vorstellung von Kausalität – dass es konstante, zeitunabhängig wirkende Ursachen gibt, die es ermöglichen, vergangene Beobachtungen über den Zusammenhang von Ereignissen auf die Zukunft zu übertragen – ist etwas, das (wie der Empirismus seit Hume erkannt hat) keinerlei Beobachtungsgrundlage besitzt. Man kann das verbindende Glied zwischen Beobachtungen nicht beobachten. Selbst wenn man es könnte, würde eine solche Beobachtung nicht beweisen, dass es sich um einen zeitunabhängigen Zusammenhang handelt. Stattdessen muss das Kausalitätsprinzip als impliziert in unserem Verständnis von Handeln als Eingriff in die Beobachtungswelt verstanden werden, der mit der Absicht erfolgt, den natürlichen Lauf der Ereignisse abzulenken, um einen anderen, bevorzugten Sachverhalt herbeizuführen (um Dinge geschehen zu lassen, die sonst nicht geschehen würden), und setzt somit die Vorstellung von Ereignissen voraus, die durch zeitunabhängig wirkende Ursachen miteinander verbunden sind. Ein Akteur könnte sich hinsichtlich seiner konkreten Annahmen darüber irren, welcher frühere Eingriff welches spätere Ergebnis hervorgebracht hat. Doch ob erfolgreich oder nicht, jede Handlung – ob sie sich angesichts ihres vorherigen Erfolgs oder Misserfolgs ändert oder unverändert bleibt – setzt voraus, dass es ständig miteinander verbundene Ereignisse als solche gibt, auch wenn keinem Handelnden jemals eine bestimmte Ursache für ein bestimmtes Ereignis im Voraus bekannt sein kann. Ohne eine solche Annahme wäre es unmöglich, zwei oder mehr Beobachtungsexperimente jemals als sich gegenseitig widerlegend oder bestätigend einzustufen, anstatt sie als logisch inkommensurable Ereignisse zu interpretieren. Nur weil die Existenz von zeitunabhängig wirkenden Ursachen als solche bereits vorausgesetzt wird, kann man überhaupt auf bestimmte Fälle von bestätigenden oder widerlegenden Beobachtungsbeweisen stoßen, oder kann es überhaupt einen Akteur geben, der aus vergangenen Erfahrungen etwas lernen kann, indem er seine Handlungen als erfolgreich und damit als Bestätigung eines früheren Wissens oder als erfolglos und damit als Widerlegung desselben einstuft. Gerade durch das Handeln und die Unterscheidung zwischen Erfolgen und Misserfolgen wird die a priori Gültigkeit des

Kausalitätsprinzips begründet; selbst wenn man es versuchen würde, könnte man seine Gültigkeit nicht erfolgreich widerlegen.[25]

Wenn man Kausalität als notwendige Voraussetzung des Handelns versteht, impliziert dies auch unmittelbar, dass ihr Anwendungsbereich a priori von dem der Kategorie der Teleologie abgegrenzt werden muss. Tatsächlich sind beide Kategorien streng exklusiv und komplementär. Handeln setzt eine kausal strukturierte Beobachtungsrealität voraus, aber die Realität des Handelns, die wir als eine solche Struktur erfordernd verstehen können, ist selbst nicht kausal strukturiert. Stattdessen ist es eine Realität, die teleologisch als zweckgerichtetes, bedeutungsvolles Verhalten kategorisiert werden muss. Tatsächlich kann man die Ansicht, dass es zwei kategorisch unterschiedliche Phänomenbereiche gibt, weder leugnen noch widerlegen, da solche Versuche sowohl kausal zusammenhängende Ereignisse als Handlungen, die innerhalb der beobachtbaren Realität stattfinden, als auch die Existenz von eher intentional als kausal zusammenhängenden Phänomenen voraussetzen müssten, um solche Beobachtungsereignisse so zu interpretieren, dass sie etwas leugnen. Weder ein kausaler noch ein teleologischer Monismus ließe sich rechtfertigen, ohne in einen offensichtlichen Widerspruch zu gera-

[25] Zum aprioristischen Charakter der Kategorie der Kausalität siehe Mises, *Human Action*, Kap. 5; Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*; ders., „Is Research Based on Causal Scientific Principles Possible in the Social Sciences?“ (Kap. 7 unten); zum Kausalitätsprinzip als notwendiger Voraussetzung insbesondere auch für das Unschärfeprinzip der Quantenphysik und zum grundlegenden Irrtum bei der Interpretation des Heisenbergschen Prinzips als Aufhebung des Kausalitätsprinzips siehe Kambartel, *Erfahrung und Struktur*, S. 138–40; sowie Hoppe, „In Defense of Extreme Rationalism“, Fußnote 36. Tatsächlich ist es gerade die unbestreitbare praxeologische Tatsache, dass einzelne Messvorgänge nur nacheinander durchgeführt werden können, die die Möglichkeit irreduzibel probabilistischer – statt deterministischer – Vorhersagen erklärt, wie sie für die Quantenphysik charakteristisch sind; um jedoch Experimente auf dem Gebiet der Quantenmechanik durchzuführen und insbesondere zwei oder mehr Experimente zu wiederholen und dies als gegeben anzunehmen, muss die Gültigkeit des Kausalitätsprinzips offensichtlich bereits vorausgesetzt werden.

ten: Indem man eine der beiden Positionen physikalisch darlegt und dabei behauptet, etwas Sinnvolles zu sagen, wird tatsächlich für eine unbestreitbare Komplementarität sowohl eines Bereichs kausaler *als auch* eines Bereichs teleologischer Phänomene plädiert.[26]

Alles, was keine Handlung ist, muss notwendigerweise kausal kategorisiert werden. Über diesen Bereich von Phänomenen ist a priori nichts bekannt, außer dass er kausal strukturiert ist und dass er gemäß den Kategorien der Aussagenlogik, der Arithmetik und der Geometrie strukturiert ist.[27] Alles andere, was es über diesen Bereich von Phänomenen zu wissen gibt, muss aus bedingten Beobachtungen abgeleitet werden und stellt somit a-posteriori-Wissen dar. Insbesondere ist jegliches Wissen darüber, ob zwei oder mehr spezifische Beobachtungsereignisse kausal miteinander in Beziehung stehen oder nicht, a-posteriori-Wissen. Offensichtlich deckt sich der auf diese Weise beschriebene Bereich von Phänomenen (mehr oder weniger) mit dem, was üblicherweise als das Feld der empirischen Naturwissenschaften angesehen wird.

Im Gegensatz dazu muss alles, was eine Handlung ist, teleologisch kategorisiert werden. Auch dieser Phänomenbereich unterliegt den Gesetzen der Logik und der Arithmetik. Er unterliegt jedoch nicht den Gesetzen der Geometrie, wie sie in unseren Instrumenten zur Messung räumlich ausgedehnter Objekte enthalten sind, da Handlungen nicht losgelöst von subjektiven Interpretationen be-

---

[26] Zur notwendigen Komplementarität der Kategorien von Kausalität und Teleologie siehe Mises, *Human Action*, S. 25; ders., *The Ultimate Foundation of Economic Science*, S. 6–8; Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*; ders., „Is Research Based on Causal Scientific Principles Possible in the Social Sciences?“ (Kap. 7 unten); sowie Georg Henrik von Wright, *Norm and Action* (London: Routledge and Kegan Paul, 1963); ders., *Explanation and Understanding* (Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 1971); K.O. Apel, *Die Erklären: Verstehen-Kontroverse in transzendental-pragmatischer Sicht* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1979).

[27] Genauer gesagt ist sie nach den Kategorien Logik, Arithmetik und Protophysik (einschließlich Geometrie) gegliedert. Siehe Anmerkung 23 oben.

obachtbarer Dinge existieren. Daher müssen sie durch reflektierendes Verstehen und nicht durch räumliche Messungen identifiziert werden. Handlungen sind auch keine kausal verbundenen Ereignisse, sondern Ereignisse, die innerhalb eines kategorialen Rahmens von Mitteln und Zielen sinnvoll miteinander verbunden sind.

Man kann nicht a priori wissen, welche spezifischen Werte, Entscheidungen und Kosten ein Akteur hat oder haben wird. Dies würde vollständig in den Bereich des empirischen, a posteriori gewonnenen Wissens fallen. Tatsächlich würde es von seinem Wissen über die beobachtbare Realität und/oder die Realität der Handlungen anderer Akteure abhängen, welche bestimmte Handlung ein Akteur ausführen wird. Es wäre offensichtlich unmöglich, solche Wissenszustände als auf der Grundlage zeitinvariant wirkender Ursachen vorhersehbar zu begreifen. Ein wissender Akteur kann sein zukünftiges Wissen nicht vorhersagen, bevor er es tatsächlich erworben hat, und er zeigt allein dadurch, dass er zwischen erfolgreichen und erfolglosen Vorhersagen unterscheidet, dass er sich selbst als fähig betrachten muss, aus unbekannten Erfahrungen auf noch unbekannte Weise zu lernen. Somit ist Wissen über den konkreten Verlauf von Handlungen nur a posteriori. Da solches Wissen das eigene Wissen des Handelnden einschließen müsste – als notwendigen Bestandteil jeder Handlung, von denen jede Veränderung Einfluss auf die Wahl einer bestimmten Handlung haben kann – muss teleologisches Wissen notwendigerweise auch rekonstruktives oder historisches Wissen sein. Es würde lediglich Ex-post-Erklärungen liefern, die keinen systematischen Einfluss auf die Vorhersage zukünftiger Handlungen hätten, da zukünftige Wissenszustände niemals auf der Grundlage ständig wirksamer empirischer Ursachen vorhergesagt werden könnten. Offensichtlich entspricht eine solche Abgrenzung eines Zweigs der a posteriori und rekonstruktiven Handlungswissenschaft der üblichen Beschreibung von Disziplinen wie Geschichte und Soziologie.[28]

[28] Zur Logik der Geschichte und Soziologie als rekonstruktive Disziplinen siehe neben den zu Beginn dieses Kapitels erwähnten Werken von Mises auch Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*, Kap. 2.

Was a priori über den Handlungsbereich als wahr bekannt ist und was dann jede historische oder soziologische Erklärung einschränken müsste, ist Folgendes: Zum einen müsste jede solche Erklärung, die im Wesentlichen das Wissen eines Handelnden rekonstruieren müsste, ausnahmslos eine Rekonstruktion in Bezug auf das Wissen um Ziele und Mittel, um Entscheidungen und Kosten, um Gewinne und Verluste und so weiter sein. Zweitens: Da dies offensichtlich die Kategorien der Praxeologie sind, wie sie von Mises konzipiert wurden, muss eine solche Erklärung auch durch die Gesetze der Praxeologie eingeschränkt sein. Da diese Gesetze a priori-Gesetze sind, müssen sie auch als logische Einschränkungen für jeden zukünftigen Handlungsverlauf wirken. Sie gelten unabhängig von jedem spezifischen Wissensstand, den ein Handelnder erworben haben mag, einfach aufgrund der Tatsache, dass dieser Zustand, wie auch immer er beschaffen sein mag, in Begriffen von Handlungskategorien beschrieben werden muss. Und da sie sich auf Handlungen als solche beziehen, müssen die Gesetze der Praxeologie dann deckungsgleich sein mit dem gesamten vorhersagbaren Wissen, das es auf dem Gebiet der Handlungswissenschaft geben kann. Wenn man einmal außer Acht lässt, dass der Status der Geometrie als a-priori-Wissenschaft letztlich in unserem Verständnis von Handeln begründet ist und die Praxeologie insofern als die grundlegendere kognitive Disziplin anzusehen ist, lässt sich die besondere Rolle der eigentlichen Praxeologie innerhalb des gesamten Systems der Erkenntnistheorie als in gewisser Weise analog zu der der Geometrie verstehen. Die Praxeologie ist für den Bereich des Handelns das, was die euklidische Geometrie für den Bereich der Beobachtungen (Nicht-Handlungen) ist. So wie die in unseren Messinstrumenten enthaltene Geometrie die räumliche Struktur der beobachtbaren Realität einschränkt, so schränkt die Praxeologie den Bereich der Dinge ein, die im Bereich des Handelns möglicherweise erlebt werden können.[29]

[29] Zur kategorialen Unterscheidbarkeit von praxeologischer Theorie und Geschichte (Soziologie) sowie zu den logischen Beschränkungen, die die Praxeologie der historischen und soziologischen Forschung sowie sozialen und wirtschaftlichen Vorhersagen auferlegt, siehe Mises, *Human Ac-*

IV.

Mit dieser Festlegung des Platzes der eigentlichen Praxeologie habe ich den Kreis geschlossen und das System der rationalistischen Philosophie als letztlich im Handlungsaxiom begründet dargestellt. Mein Ziel war es hier, Mises' Behauptung zu bekräftigen, dass die Ökonomie Praxeologie ist; dass die Argumente für die Praxeologie unbestreitbar sind; und dass empiristische oder historistisch-hermeneutische Interpretationen der Ökonomie in sich widersprüchliche Lehren sind. Es war auch mein Ziel, aufzuzeigen, dass die Mises'sche Einsicht in das Wesen der Praxeologie genau jene Grundlage bildet, auf der die traditionelle rationalistische Philosophie erfolgreich rekonstruiert und systematisch integriert werden kann.

Für den rationalistischen Philosophen scheint dies zu bedeuten, dass er die Praxeologie berücksichtigen muss, denn gerade die Einsicht in die praxeologischen Beschränkungen der Wissensstruktur liefert das fehlende Glied in einer intellektuellen Verteidigung gegen Skeptizismus und Relativismus. Für den Ökonomen in der Tradition von Mises bedeutet dies, dass er den Platz der Misesianer innerhalb der breiteren Tradition des westlichen Rationalismus ausdrücklich anerkennen sollte; und dass er die Erkenntnisse dieser Tradition einbeziehen sollte, um eine noch eindrucksvollere und tiefgreifendere Begründung für die Praxeologie und die Österreichische Schule der Nationalökonomie zu erarbeiten, als sie der große Mises selbst vorgelegt hat.

---

tion, S. 51–59, 117–18; Hoppe, „In Defense of Extreme Rationalism"; ders., *Praxeology and Economic Science*.

10

Ist Forschung auf der Grundlage kausaler wissenschaftlicher Prinzipien in den Sozialwissenschaften möglich?

I.

Der Einsatz mathematischer und statistischer Verfahren findet in den Sozialwissenschaften immer breitere Anwendung. Umso wichtiger wird es daher, durch eine detaillierte Beschreibung dieser Verfahren aufzuzeigen, dass es Gründe gibt, an ihrer Anwendbarkeit im Bereich der Sozialwissenschaften zu zweifeln.

Ziel dieses Beitrags ist es, eine solche Darstellung unter besonderer Berücksichtigung jener Verfahren zu liefern, die es uns ermöglichen, ausgehend von einem gegebenen Datensatz die Werte der Konstanten zu bestimmen, mit deren Hilfe eine als abhängige Variable interpretierte Größe in eine gesetzmäßige Beziehung zu anderen Variablen gebracht werden kann. Es ist irrelevant, ob diese Beziehung linear oder nichtlinear ist, ob es eine oder mehrere unabhängige Variablen gibt, ob – wie bei Zeitreihenanalysen – die abhängigen Variablen selbst ebenfalls (zeitversetzt) als unabhängige Variablen fungieren und ob die Beziehung rekursiv oder nichtrekursiv, deterministisch oder statistisch ist. Die Kritik gilt für alle Techniken, von der einfachen linearen Regression bis hin zum vergleichsweise komplexen Verfahren der Zeitreihenanalyse, sofern solche Techni-

[Nachdruck aus Ratio 25, Nr. 1 (1983).]

ken zur Bestimmung des Wertes von Konstanten (einschließlich solcher, deren Werte nach einem bestimmten konsistenten Muster variieren) verwendet werden. Es bedarf kaum eines Hinweises darauf, dass der Einsatz solcher Techniken zunimmt. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften etabliert sich die Ökonometrie zunehmend als Heimat dieser Techniken[1] trotz der Kritik von Vertretern der reinen Wirtschaftswissenschaften.[2] Auch in der Soziologie wird die systematische Einführung ökonometrischer Techniken zunehmend als universelles Allheilmittel angesehen, ein Trend, der vor allem durch die Arbeiten von Blalock gefördert wird.[3]

II.

Um das folgende Argument zu veranschaulichen, nehmen wir an, dass die Werte der Konstanten b_1 und b_2 in der multiplen Regressionsgleichung

$$Y = a + b_1X_1 + b_2X_2 + e$$

auf der Grundlage eines gegebenen Datensatzes bestimmt wurden. Y – die abhängige Variable – wird als lineare Funktion der unabhän-

---

[1] Siehe Mordecai Ezekiel und Karl Fox, *Methods of Correlation and Regression Analysis* (New York: John Wiley and Sons, 1966); P. Rao und R.L. Miller, *Applied Econometrics* (Belmont, Kalifornien: Wadsworth, 1971); Robert Pindyck und Daniel Rubinfeld, *Econometric Models and Economic Forecasts* (New York: McGraw-Hill 1976).

[2] Siehe Lionel Robbins, *The Nature and Significance of Economic Science* (London: Macmillan, 1935); Ludwig von Mises, *Theory and History* (New Haven, Conn.: Yale University Press, 1957); ders., *The Ultimate Foundation of Economic Science* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1978); ders., *Human Action: A Treatise on Economics* (Chicago: Regnery, 1966).

[3] Hubert Blalock, *Causal Inferences in Non-Experimental Research* (Chapel Hill: University of North Carolina Press, 1964); ders., *Theory Construction* (Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall, 1969); N. Krishnan Namboodiri, F. Carter und Hubert Blalock, *Applied Mutivariate Analysis and Experimental Designs* (New York: McGraw-Hill, 1975); siehe auch David Heise, *Causal Analysis* (New York: McGraw-Hill, 1975).

gigen Variablen X_1 und X_2 und einer Fehlergröße e mit einem Mittelwert von 0 interpretiert.

Die b-Konstanten in dieser Gleichung können auf zwei Arten interpretiert werden. Man kann ihnen eine harmlose, aber völlig ungewöhnliche Interpretation geben, oder man kann ihnen ihre normale Interpretation geben. Diese zweite Interpretation ist jedoch nicht mehr harmlos. Sie beinhaltet Annahmen, die, wie gezeigt werden wird, in den Sozialwissenschaften unangemessen sind.

Nach der ersten harmlosen Interpretation stellen die partiellen Regressionskoeffizienten nichts weiter dar als eine überprüfbare Aussage darüber, wie sich die Y-Werte auf der Grundlage der X_1- und X_2-Werte am besten vorhersagen lassen (unter der Annahme sowohl der Linearität als auch additiver Effekte). Die Konstanten sind historisch-mathematische Tatsachen. Sie haben keine Bedeutung über die historischen Daten hinaus, anhand derer ihre Werte bestimmt wurden.

Gegen diese Interpretation kann nichts einzuwenden sein. Sie hat jedoch zur Folge, dass die Aufstellung einer Gleichung der oben angegebenen Art an Bedeutung verliert. Man würde kein theoretisches Prinzip aufstellen, sondern lediglich eine Beschreibung der Tatsachen liefern, und zwar eine Beschreibung, die sich für jeden Datensatz beliebig generieren lässt, indem man einfach die Annahmen über die Art der Funktionen variiert und die Hilfe eines Computers in Anspruch nimmt.

Es ist unwahrscheinlich, dass jemals jemand eine Regressionsanalyse durchgeführt hat, um nur das zu erreichen, was diese harmlose Interpretation impliziert. Das Aufstellen der obigen Gleichung wird normalerweise als Formulierung einer allgemeinen Hypothese interpretiert, die durch neue Daten widerlegt werden kann und die behauptet, dass die durch die Konstanten in der Gleichung bestimmte Beziehung zwischen Y, X_1 und X_2 allgemein gültig ist.

III.

Die impliziten Annahmen, die diese Interpretation erfordert, lassen sich anhand der folgenden Situation rekonstruieren. Anhand neuer Daten wurde versucht, die Ergebnisse zu reproduzieren, die durch die Analyse des ursprünglichen Datensatzes gewonnen und in der obigen Gleichung unter Verwendung von Konstanten mit genau bestimmten Werten formalisiert wurden. Nehmen wir an, das Ergebnis dieses Versuchs ist, dass die für die Variablen Y sowie X_1 und X_2 dieses zweiten Datensatzes durchgeführte multiple lineare Regressionsanalyse b-Konstanten liefert, die erheblich von denen abweichen, die für den ersten Datensatz erhalten wurden. Nach der harmlosen Interpretation solcher Gleichungen hätte dieses Ergebnis keine besonderen Konsequenzen. Mit dem ersten Datensatz hat man eine bestimmte historisch-mathematische Tatsache festgestellt, mit dem zweiten eine andere. Die beiden sind unterschiedlich, und das ist alles. Nach der üblichen Interpretation widerlegt jedoch das Scheitern der Reproduktion der Ergebnisse die Hypothese.

Voraussetzung dafür, von „Widerlegung" sprechen zu können, ist das „Konstanzprinzip", die Überzeugung, dass beobachtbare Phänomene grundsätzlich durch Ursachen bestimmt werden, die konstant und in ihrer Wirkungsweise zeitinvariant sind, und dass Zufälligkeit grundsätzlich keine Rolle bei der Wirkungsweise von Ursachen spielt. Nur wenn man das Konstanzprinzip als gültig annimmt, folgt aus dem Versagen, ein Ergebnis zu reproduzieren, dass mit der ursprünglichen Hypothese etwas nicht stimmt.

Offensichtlich beruht das Konstanzprinzip nicht einfach auf Erfahrung. Wie seit Hume bekannt ist, gibt es keinen beobachtbaren Zusammenhang zwischen Ereignissen, und selbst wenn ein solcher Zusammenhang existierte, könnte die Erfahrung nicht zeigen, ob er zeitinvariant ist oder nicht. Das Prinzip kann auch nicht durch Erfahrung widerlegt werden, denn sobald es akzeptiert ist, kann jedes Ereignis, das es scheinbar widerlegt (wie das Scheitern bei der Reproduktion eines Ergebnisses), von vornherein so interpretiert werden, als zeige die Erfahrung hier lediglich, dass eine bestimmte Variable nicht die Ursache für eine andere Variable ist, die einer Erklä-

rung bedarf (ansonsten wäre das Ergebnis erfolgreich reproduziert worden). Es lässt sich keine Schlussfolgerung darüber ziehen, ob tatsächlich eine andere Variable gefunden werden könnte, die sich in ihrer Wirkungsweise in Bezug auf die uns interessierende abhängige Variable als zeitinvariant erweist. Insofern die Erfahrung diese Möglichkeit nicht ausschließen kann, lässt sich die Gültigkeit des Konstanzprinzips nicht widerlegen.

Obwohl das Konstanzprinzip weder aus der Erfahrung abgeleitet noch durch sie widerlegbar ist, ist es dennoch eine notwendige Bedingung dafür, dass es Erfahrungen gibt, die als sich gegenseitig bestätigend oder widerlegend angesehen werden können (im Gegensatz zu den isolierten und unzusammenhängenden Erfahrungen, die mit historischen Fakten verbunden sind).[4] Das Scheitern bei der Reproduktion der Ergebnisse könnte gemäß der üblichen Interpretation der Regressionsgleichung als Widerlegung der ursprünglichen Hypothese interpretiert werden, und man könnte sich folglich veranlasst sehen, die unterschiedlichen Werte der b-Konstanten damit zu erklären, dass in einer Stichprobe ein oder mehrere Faktoren F implizit an der Verursachung von Y beteiligt waren, die in der anderen Stichprobe nicht vorhanden waren oder nicht auf dieselbe Weise wirkten. Schließlich könnte man das Bedürfnis verspüren, diese Faktoren F hypothetisch zu erklären und sie in die ursprüngliche Hypothese einzubeziehen, die nur die systematische Wirkung von X_1 und X_2 annahm, und so eine Hypothese durch eine neue zu ersetzen. All dies ist jedoch nur insofern möglich, als man bereits die Gültigkeit des Konstanzprinzips für Y und alle Y verursachenden Faktoren angenommen hat.

[4] Siehe hierzu beispielsweise Friedrich Kambartel, *Erfahrung und Struktur* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1968), Kap. 3, insbesondere S. 91ff.; sowie Hans-Hermann Hoppe, *Handeln und Erkennen* (Bern: Lang, 1976), S. 85ff. und Kap. 4.

IV.

Wir haben behauptet, dass es einen Bereich objektiver Realität gibt, der nicht als durch Gesetze bestimmt angesehen werden kann, und dass daher keine Gleichung, die sein Verhalten beschreibt (wie die oben angegebene Regressionsgleichung), formuliert werden kann, der eine normale Interpretation gegeben werden kann.

Da die Gültigkeit des Konstanzprinzips aufgrund äußerer, sinnlicher Erfahrung nicht angezweifelt werden kann, kann das Prinzip nur aus logischen Gründen in einem bestimmten Bereich zu Recht als nicht anwendbar angesehen werden.

Das Konstanzprinzip ist ein operatives Schema, eine Methode. Man erlebt und lernt nicht, dass es Ursachen gibt, die immer auf dieselbe Weise wirken, sondern man stellt fest, dass Phänomene bestimmte Ursachen haben, indem man einem bestimmten Untersuchungsverfahren folgt, indem man aus Prinzip keine Ausnahmen (Fälle von Unbeständigkeit) zulässt und indem man bereit ist, mit ihnen umzugehen, indem man jedes Mal, wenn es erforderlich ist, eine neue Hypothese aufstellt. Die Welt allein reicht nicht aus, um das Konstanzprinzip zu begründen. Es erfordert die Existenz eines aktiven, wahrnehmenden Subjekts. Dieses aktive Subjekt seinerseits – die Voraussetzung für eine Welt, die durch Ursachen mit konstanten Wirkungen bestimmt ist – kann aus logischen Gründen die Gültigkeit des Konstanzprinzips in Bezug auf den Stand seines Wissens (und auf die intentionalen Handlungen, die sich auf dieses Wissen stützen könnten) nicht voraussetzen. Um die bedingungslose Gültigkeit des Konstanzprinzips zu gewährleisten, muss das Subjekt selbst lernfähig sein. Es muss von der Annahme ausgehen, dass es falsifizierende Erfahrungen verarbeiten und alte Hypothesen durch neue ersetzen kann. Würde man hingegen den Zustand des eigenen Wissens als verursacht betrachten und (absurderweise) alles noch Unbekannte als prinzipiell vorhersehbar behandeln, würde man sich jeder Möglichkeit berauben, seine Lernfähigkeit, d.h. die Bildung neuer, zuvor unbekannter, auf Wissen basierender Hypothesen, als Mittel zur Aufrechterhaltung der Gesetzmäßigkeit jener Sphäre der Reali-

tät zu nutzen, die *nicht* durch Wissen oder auf diesem Wissen basierende Handlungen konstituiert ist.

Das Ergebnis dieser logischen Analyse des Konstanzprinzips als Prinzip eines nicht-empirisch begründeten Operationsschemas, das der kausalen Untersuchung zugrunde liegt, ist, dass das Prinzip nur in jenem objektiven Bereich gültig sein kann, der nicht durch das eigene Wissen oder durch Handlungen, die dieses Wissen manifestieren, konstituiert ist. (In diesem Bereich wird die Frage, ob es gesetzmäßige Konstanten gibt, auf deren Grundlage es möglich wird, Vorhersagen zu treffen, unabhängig von der Erfahrung positiv entschieden, und empirische Faktoren spielen nur bei der Frage eine Rolle, welche konkreten Variablen kausal mit welchen konkreten Wirkungsvariablen verbunden sind und welche nicht.) Im Bereich von Wissen und Handeln hingegen kann es nicht gültig sein. (In diesem Bereich ist die Frage, ob es Konstanten gibt oder nicht, selbst empirischer Natur und kann für eine bestimmte Variable nur auf der Grundlage vergangener Erfahrungen entschieden werden, das heißt *ex post*.)

V.

Für jeden, der lernfähig ist, können sein Wissen und sein Handeln logischerweise nicht als durch einen Komplex von Ursachen bestimmt angesehen werden, die auf konstante Weise wirken (sei es statistisch oder deterministisch). Konstanten in Bezug auf die Ursachen von Ereignissen kann es nur dort geben, wo man es mit einer Welt nicht lernender Objekte zu tun hat, oder genauer gesagt, wo man sich einen objektiven Bereich der Realität als eine Welt nicht lernender Objekte vorstellt. Man kann sich selbst jedoch nicht als nicht lernfähig betrachten. Nicht nur ist ein Intellekt, der nach dem Konstanzprinzip funktioniert, notwendigerweise ein lernender Intellekt (wir lernen, wie sich Objekte verhalten, die als nicht lernfähig aufgefasst werden), sondern die Aussage „Ich kann lernen“ erweist sich auch in anderer Hinsicht als wahr. Sie ist grundsätzlich nicht widerlegbar, denn um sie zu widerlegen, müsste man lernfähig sein. Und aus einem anderen Blickwinkel betrachtet kann man nicht ge-

rechtfertigt gegen die Aussage argumentieren, da es als Argument mögliche Antworten darauf geben muss, und da die Gültigkeit eines Arguments (im Gegensatz zu der eines Reizes) unabhängig von der Art der Antwort wäre, müssen solche möglichen Antworten als *bedingte* Reaktionen betrachtet werden, und daher muss es möglich sein, zu lernen.

Kein wissenschaftlicher Fortschritt kann jemals die Tatsache ändern, dass man sein Wissen und Handeln als ursachenlos betrachten muss. Man könnte diese Vorstellung von „Freiheit" als Illusion betrachten, und aus der Sicht eines „Wissenschaftlers" mit kognitiven Fähigkeiten, die denen eines Menschen weit überlegen sind, das heißt aus der Sicht Gottes, mag eine solche Beschreibung durchaus zutreffend sein. Wir sind jedoch nicht Gott, und selbst wenn Freiheit aus seiner Sicht illusorisch ist, ist sie für uns Menschen eine notwendige Illusion.[5] Wir können die zukünftigen Zustände unseres Wissens und die Handlungen, die dieses Wissen manifestieren, nicht im Voraus auf der Grundlage früherer Zustände vorhersagen; wir können sie erst nachträglich rekonstruieren.[6]

VI.

Kehren wir zu der zu Beginn der Diskussion angegebenen Regressionsgleichung zurück:

$$Y = a + b_1X_1 + b_2X_2 + e$$

---

[5] Die gleiche Illusion würde auch in Bezug auf Gott entstehen, wenn man annähme, dass auch Er lernen könne.

[6] Karl R. Popper, *Das Elend des Historizismus* (Tübingen: Mohr, 1971), S. xii, stellt in diesem Zusammenhang fest, dass es

> unmöglich für jeden wissenschaftlichen Prognostiker ist – sei es Mensch oder Computer – seine oder ihre oder unsere eigenen zukünftigen Ergebnisse vorherzusagen, ganz gleich, welche Methoden verwendet werden. Jeder Versuch, dies zu tun, kann sein Ziel nur post festum erreichen.

Zur methodologischen Bedeutung dieser Aussage siehe auch K.O. Apel, *Die Erklären: Verstehen-Kontroverse in transzendental-pragmatischer Sicht* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1979), Fußnote 19, S. 44ff.

und schließen wir den Kreis der Argumentation. Es sei die abhängige Variable Y in dieser Gleichung eine beliebige intentionale Handlung (eine Handlung, die auf irgendeine Weise versucht, ein Ziel zu erreichen, das gegenüber einem Ausgangspunkt und anderen Alternativen bevorzugt wird, und die auf verschiedene Weise Wissen manifestiert).

Indem wir diese Gleichung aufstellen oder die Werte der Konstanten für einen bestimmten Datensatz bestimmen, machen wir – sofern wir die normale Interpretation akzeptieren – folgende Aussage:

Es existiert ein Komplex von Ursachen, der auf konstante Weise wirkt und Y verursacht, und es ist auf der Grundlage unseres Wissens über diesen Komplex und über die Art und Weise, wie er wirkt (seinen Funktionstyp), möglich, das Eintreten oder Nichteintreten der intentionalen Handlung Y (verstanden als dichotome 0/1-Variable) vorherzusagen. Auf der Grundlage von Erfahrungen im Zusammenhang mit einem bestimmten Datensatz werden die kausalen Zusammenhänge, die Y erklären, durch eine vorläufige Hypothese wie in der obigen Gleichung beschrieben (wobei die Werte der Konstanten in Bezug auf ihre Größe bestimmt werden). Neue Erfahrungen können bedeuten, dass diese konkreten Annahmen über die kausale Variable und die Funktionstypen revidiert werden müssen. Die Gleichung kann durch andere ersetzt werden, die andere Annahmen beinhalten. Einige Beispiele hierfür wären:

(1) $Y = a + b_1X_1 + b_2X_2 + b_3X_3 + e$
(2) $Y = a + b_1Z + b_1X_1 + e$
(3) $Y = a + b_1 \log X_1 + b_2X_2 + e$
(4) $Y = a + b_1X_1 + b_2X_2 + b_3X_1X_2 + e$

In Gleichung (1) wird angenommen, dass X_3 ebenso wie X_2 eine kausale Variable ist. Gleichung (2) geht davon aus, dass eine Variable Z (korreliert mit X_1) die Ursache für Y ist und nicht X_1, wie ursprünglich angenommen. Gleichung (3) geht nicht mehr von einer linearen Beziehung hinsichtlich der Wirkung von X_1 aus. Schließ-

lich geht Gleichung (4) sowohl von einem interaktiven als auch von einem additiven Effekt in Bezug auf die beiden Variablen X_1 und X_2 aus. Unabhängig davon, welche Gleichung an die Stelle der ursprünglichen tritt, und unabhängig davon, ob sich die ursprüngliche wiederholt als gültig erweist, bleibt es jedoch dabei, dass Y vorhergesagt werden kann, wie sehr man auch über die genauen Details der Gleichung streiten mag.

Unsere vorangegangene Diskussion hat gezeigt, dass diese Behauptung unhaltbar ist. Y, als intentionaler Akt, kann grundsätzlich nicht vorhergesagt werden. Diese Schlussfolgerung folgt aus dem Argument, das wir hier zusammenfassen können:

> (1) Ich und – als mögliche Gesprächspartner in einer Diskussion – andere Menschen sind lernfähig.[7] (Diese Aussage kann nicht angefochten werden, ohne implizit zuzugeben, dass sie richtig ist. Vor allem muss sie von jedem angenommen werden, der Ursachenforschung betreibt. Insofern ist die Aussage (1) a priori gültig.)
>
> (2) Wenn es möglich ist zu lernen, kann man zu keinem bestimmten Zeitpunkt wissen, was man zu einem späteren Zeitpunkt wissen wird und wie man auf der Grundlage dieses Wissens handeln wird. (Wenn man zu einem bestimmten Zeitpunkt wüsste, was man zu einem späteren Zeitpunkt wissen wird, wäre es un-

[7] Der Übergang von einer Person zur anderen setzt die Unhaltbarkeit des Solipsismus voraus. Es steht außer Frage, dass man miteinander darüber diskutieren kann, dass der Solipsismus nicht zu verteidigen ist, da man ihn bereits über Bord geworfen hat, wenn man zu seiner Verteidigung argumentieren will. Siehe zu diesem Argument Karl R. Popper, *Conjectures and Refutations* (London: Routledge and Kegan Paul, 1969), S. 293ff.; ders., *Objective Knowledge* (Oxford: Oxford University Press, 1972), S. 119ff., 235ff. Siehe auch K.O. Apel, *Transformation der Philosophie* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1973), Bd. 2, Teil II, und Jürgen Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1973), Fußnote 160, S. 152.

möglich, jemals etwas zu lernen – siehe hierzu jedoch Satz (1).)

(3) Die Behauptung, es sei möglich, den zukünftigen Stand des eigenen und/oder fremden Wissens sowie die entsprechenden Handlungen, die dieses Wissen manifestieren, vorherzusagen (d.h. die Variablen zu finden, die als Ursachen interpretiert werden können), beinhaltet einen Widerspruch. Wenn das Subjekt eines bestimmten Wissenszustands oder einer intentionalen Handlung lernen kann, dann gibt es keine Ursachen dafür; gibt es jedoch Ursachen, dann kann das Subjekt nicht lernen – siehe aber erneut Satz (1).

Die mutmaßlichen Ursachen von Y als intentionaler Handlung und die mutmaßlichen Konstanten, durch die Y und diese Ursachen in eine Beziehung zueinander gebracht werden, sind in Wahrheit nichts Bedeutenderes als Variablen, die zu bestimmten Zeitpunkten in bedingten, kovarianten Beziehungen zu Y gefunden wurden. Es ist zudem eine rein bedingte historisch-mathematische Tatsache (aber keine Bestätigung einer Hypothese!), wenn diese kovarianten Beziehungen mit neuen Daten exakt oder auch nur annähernd reproduziert würden. Es ist im Prinzip nur Zufall, dass Menschen in derselben, durch denselben Satz von Variablen definierten Situation auf dieselbe Weise handeln (dasselbe Wissen einbringen). Denn wenn man lernfähig ist, ist es offensichtlich unmöglich vorherzusagen, ob eine Person tatsächlich von einem Zeitpunkt zum nächsten lernen wird oder nicht. Dies lässt sich erst post festum als bereits feststehende Tatsache feststellen. Letztendlich muss jede Veränderung dieser Art von kovarianten Beziehungen als bedingter Umstand betrachtet werden (und nicht als Falsifizierung einer Hypothese!). Denn wenn man lernen kann, dann ist es nicht nur unmöglich vorherzusagen, ob man in einer bestimmten Situation tatsächlich lernen wird, sondern es ist ebenso unmöglich vorherzusagen, was man, wenn überhaupt, lernen wird.

11

Von der Ökonomie des Laissez-faire zur Ethik des Libertarismus

I.

Ludwig von Mises, zweifellos einer der rigorosesten Verfechter eines von jeglicher staatlichen Intervention unbeeinträchtigten Laissez-faire-Sozialsystems in der Geschichte des ökonomischen Denkens, räumt zwei und nur zwei Mängel eines reinen Marktsystems ein. Während es laut Mises zwar generell zutrifft, dass eine Marktwirtschaft den höchstmöglichen Lebensstandard hervorbringt, wird dies nicht geschehen, wenn es einem Unternehmen gelingt, Monopolpreise für seine Waren durchzusetzen, und der Markt selbst die Güter von Recht und Ordnung nicht hervorbringen kann. Recht und Ordnung, oder der Schutz des der Marktordnung zugrunde liegenden Rechtsrahmens, werden von Mises in der heutigen Terminologie als „öffentliche Güter" betrachtet, deren Produktion vom Staat übernommen werden muss, der selbst nicht der Disziplin des Marktes unterliegt, sondern stattdessen auf Zwang, insbesondere auf Zwangsbesteuerung, zurückgreift.

Als Murray N. Rothbard 1962 mit seinem Werk *Man, Economy, and State* die Bühne betrat, wurde er nicht nur sofort zum führenden

[Nachdruck aus: *Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard*, herausgegeben von Walter Block und Llewellyn H. Rockwell, Jr., Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988.]

Schüler seines verehrten Lehrers Ludwig von Mises, sondern etablierte sich, auf den Schultern dieses Giganten stehend, im Alter von 36 Jahren auch selbst als intellektueller Gigant, der im wahrsten Sinne des Wortes im Geiste Mises' über Mises selbst hinausging. Er erkannte, dass Mises' Position hinsichtlich des Ausnahmecharakters von Monopolpreisen und öffentlichen Gütern unvereinbar war mit dem in *Human Action* dargelegten Fundament der subjektivistischen Wirtschaftstheorie, und präsentierte erstmals eine vollständige und in sich schlüssige wirtschaftliche Verteidigung eines reinen Marktsystems.

Was das Problem der Monopolpreise betrifft, so zeigte Rothbard, dass auf dem freien Markt kein Preis als monopolistisch oder wettbewerbsorientiert identifiziert werden kann, weder vom „Monopolisten" selbst noch von einem „neutralen" externen Beobachter. Die ökonomische Orthodoxie, zu der auch die Mises'sche Österreichische Schule gehört, lehrt, dass Monopolpreise höhere Preise sind, die durch eine Beschränkung der Produktion erzielt werden, bei denen der Verkauf dann höhere Erträge bringt als der Verkauf einer uneingeschränkten Produktion zu niedrigeren Wettbewerbspreisen. Und so geht die Geschichte weiter: Da solche restriktiven Maßnahmen, zu denen das Gewinnstreben den Monopolisten veranlasst, bedeuten würden, dass die Verbraucher mehr für weniger bezahlen müssten, birgt die Existenz von Monopolpreisen die Möglichkeit von Marktversagen.[1] Wie Rothbard hervorhebt, liegen dieser Argumentation zwei miteinander verbundene Trugschlüsse zugrunde.[2]

Erstens muss angemerkt werden, dass jede restriktive Maßnahme per Definition einen komplementären expansiven Aspekt haben muss. Die Produktionsfaktoren, die der Monopolist aus dem Einsatz

[1] Siehe Ludwig von Mises, *Human Action: A Treatise on Economics*, 3. überarbeitete Auflage (Chicago: Regnery, 1966), S. 357ff.; ders., „Profit and Loss", in *Planning for Freedom* (South Holland, Ill.: Libertarian Press, 1974), insbes. S. 116. In diesem Aufsatz vertritt Mises eine etwas andere, man könnte sagen, eine proto-Rothbardianische Position.
[2] Siehe Murray N. Rothbard, *Man, Economy, and State* (Los Angeles: Nash, 1972), Kap. 10, insbes. S. 604–14.

in einer Produktionslinie A freisetzt, verschwinden nicht einfach. Vielmehr müssen sie anderweitig genutzt werden: entweder für die Produktion anderer Tauschgüter oder für eine Ausweitung der Produktion des Gutes „Freizeit“ für einen Eigentümer eines Arbeitsfaktors. Nehmen wir nun an, der Monopolist schränkt die Produktion in Linie A zum Zeitpunkt k im Vergleich zu t_1 ein, und Preise und Erträge steigen tatsächlich. Nach orthodoxer Auffassung würde dies den höheren Preis bei t_2 zu einem Monopolpreis machen und die Verbraucher schlechter stellen. Aber ist das wirklich der Fall? Lässt sich diese Situation von einer Situation unterscheiden, in der sich die Nachfrage nach dem betreffenden Produkt von t_1 zu t_2 verändert hat (die Nachfragekurve hat sich nach rechts verschoben)? Die Antwort lautet natürlich nein, da Nachfragekurven für kein Gut jemals einfach „gegeben“ sind. Aufgrund der veränderten Nachfrage nach dem betreffenden Gut ist der Wettbewerbspreis von t_1 zu t_2 unterwettbewerblich geworden, und der höhere Preis zu t_2 ist lediglich eine Bewegung von diesem unterwettbewerblichen hin zum neuen Wettbewerbspreis. Die restriktive Maßnahme des Monopolisten bedeutet auch keine Verschlechterung der Situation der Verbraucher, da sie notwendigerweise mit einer komplementären expansiven Maßnahme in anderen Produktionszweigen einhergehen muss. Die restriktive Maßnahme des Monopolisten ließe sich nicht von einer „normalen“ Veränderung der Produktionsstruktur unterscheiden, die durch relative Veränderungen der Verbrauchernachfrage nach verschiedenen Gütern, einschließlich Freizeit, verursacht wurde. „Es gibt überhaupt keine Möglichkeit“, schreibt Rothbard,

> eine solche „Restriktion“ und die daraus folgende Expansion von der angeblichen „Monopolpreis“-Situation zu unterscheiden.[3] Wenn ein Konzept jedoch keine mögliche Verankerung in der Realität hat, dann ist es ein leeres und illusorisches und kein sinnvolles Konzept. Auf dem freien Markt gibt es keine Möglichkeit, einen „Monopolpreis“ von einem „Wettbewerbspreis“ oder einem „unterwettbewerblichen Preis“ zu unterscheiden oder Veränderungen als

[3] Ebd., S. 607; Hervorhebung hinzugefügt.

> Übergänge von einem zum anderen festzustellen. Es lassen sich keine Kriterien für solche Unterscheidungen finden. Das Konzept ist daher unhaltbar. Wir können nur vom *Marktpreis* sprechen.[4]

Was die zweite angebliche Unvollkommenheit der Märkte betrifft, das Problem der öffentlichen Güter und insbesondere des Gutes der öffentlichen Ordnung, zeigt Rothbard, dass es den Befürwortern dieser Position nicht gelingt, ihre Behauptung zu begründen, es gäbe zwei kategorisch verschiedene Arten von Wirtschaftsgütern – öffentliche und private – für die kategorisch verschiedene Arten der Wirtschaftsanalyse gelten würden. Selbst wenn man annimmt, dass diese Unterscheidung stichhaltig wäre, können sie zudem keinen wirtschaftlichen Grund dafür liefern, warum solche öffentlichen Güter vom Staat bereitgestellt werden müssen.[5] Die orthodoxe Lehrmeinung vertritt die Auffassung, dass bestimmte Güter und Dienstleistungen, für die Recht und Ordnung üblicherweise als Prototypen gelten, die besondere Eigenschaft besitzen, dass ihr Genuss nicht auf jene Personen beschränkt werden kann, die ihre Bereitstellung tatsächlich finanzieren. Solche Güter werden als öffentliche Güter bezeichnet. Da sie aufgrund des damit verbundenen „Trittbrettfahrer"-Problems nicht vom Markt bereitgestellt werden können (zumindest nicht in ausreichender Menge oder Qualität), aber dennoch wertvolle Güter sind, muss der Staat eingreifen, um ihre Produktion sicherzustellen, so lautet das Argument.[6] In seiner Widerlegung dieser

---

[4] Ebd., S. 614. Siehe auch Walter Block, „Austrian Monopoly Theory: A Critique", *Journal of Libertarian Studies* 1, Nr. 4 (1977); Hans-Hermann Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987), Kap. 5; ders., *A Theory of Socialism and Capitalism* (Boston: Kluwer Academic Publishers, 1989), Kap. 9.

[5] Siehe Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 883–90; ders., „The Myth of Neutral Taxation", *Cato Journal* (Herbst 1981).

[6] Mises ist keineswegs ein gänzlich orthodoxer Theoretiker der öffentlichen Güter. Er teilt nicht die von ihnen und den Public-Choice-Theoretikern allgemein vertretene naive Ansicht, dass der Staat eine Art freiwillige Organisation sei. Vielmehr sagt er unmissverständlich: „Das wesentliche Merkmal des Staates ist die Durchsetzung seiner Verordnungen durch schlagen, töten und inhaftieren. Diejenigen, die mehr staatliche Ein-

Argumentation macht Rothbard uns zunächst auf Folgendes aufmerksam: Damit etwas überhaupt ein wirtschaftliches Gut ist, muss es knapp sein und von jemandem als knapp wahrgenommen werden. Mit anderen Worten: Etwas ist kein Gut an sich, sondern Güter sind nur in den Augen eines Betrachters Güter. Wenn Güter jedoch niemals Güter an sich sind, wenn keine physikalisch-chemische Analyse etwas als Wirtschaftsgut ausweisen kann, dann gibt es auch kein festes, objektives Kriterium für die Einstufung von Gütern als öffentlich oder privat. Sie können niemals private oder öffentliche Güter an sich sein; ihr privater oder öffentlicher Charakter hängt davon ab, wie wenige oder wie viele Menschen sie als Güter (oder in diesem Zusammenhang auch als Übel) betrachten, wobei sich der Grad ihrer Privatheit oder Öffentlichkeit mit diesen Bewertungen ändert

---

mischung fordern, fordern letztlich mehr Zwang und weniger Freiheit" (*Human Action*, S. 719). Siehe hierzu auch die erfrischend realistische Einschätzung von Joseph Schumpeter (*Capitalism, Socialism and Democracy* [New York: Harper and Bros., 1942], S. 198), dass „die Theorie, die Steuern in Analogie zu Vereinsbeiträgen oder dem Kauf einer Dienstleistung, etwa bei einem Arzt, auffasst, nur beweist, wie weit dieser Teil der Sozialwissenschaften von wissenschaftlichen Denkgewohnheiten entfernt ist." Mises übersieht auch nicht, wie es die Theoretiker der öffentlichen Güter fast ausnahmslos tun, die Vielzahl von Irrtümern, die in der heute modischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur über „Externalitäten" enthalten sind (*Human Action*, S. 654–61). Wenn Mises' Position hier als orthodox eingestuft wird, so liegt das daran, dass er in dieser Hinsicht – nicht unähnlich den übrigen Theoretikern der öffentlichen Güter – dogmatisch davon ausgeht, dass bestimmte Güter (in seinem Fall Recht und Ordnung) nicht von frei konkurrierenden Branchen bereitgestellt werden können; und dass auch er, zumindest in Bezug auf Recht und Ordnung, die Notwendigkeit einer Regierung durch ein Non sequitur „beweist". So schreibt er in seiner „Widerlegung" des Anarchismus: „Die Gesellschaft kann nicht existieren, wenn die Mehrheit nicht bereit ist, Minderheiten durch die Anwendung oder Androhung gewaltsamer Maßnahmen daran zu hindern, die soziale Ordnung zu zerstören. Diese Macht liegt beim Staat oder bei der Regierung" (*Human Action*, S. 149). Doch offensichtlich folgt aus der ersten Aussage nicht die zweite. Warum können private Sicherheitsdienste diese Aufgabe nicht übernehmen? Und warum sollte die Regierung diese Aufgabe besser bewältigen können als solche Dienste? Hier sucht der Leser vergeblich nach Antworten.

und von 1 bis unendlich reicht. Selbst scheinbar völlig private Dinge wie das Innere meiner Wohnung oder die Farbe meiner Unterwäsche können somit zu öffentlichen Gütern werden, sobald sich jemand für sie interessiert. Und scheinbar öffentliche Güter wie das Äußere meines Hauses oder die Farbe meiner Arbeitskleidung können zu extrem privaten Gütern werden, sobald andere Menschen aufhören, sich für sie zu interessieren. Darüber hinaus kann jedes Gut seine Eigenschaften immer wieder ändern; es kann sich sogar von einem öffentlichen oder privaten Gut in ein öffentliches oder privates Übel verwandeln und umgekehrt, was allein von den Veränderungen in diesem Interesse und Desinteresse abhängt. Wenn dies jedoch so ist, kann keine Entscheidung auf der Einstufung von Gütern als privat oder öffentlich basieren: Würde man dies tun, wäre es nämlich nicht nur notwendig, praktisch jede einzelne Person in Bezug auf jedes einzelne Gut zu fragen, ob sie sich zufällig dafür interessiert oder nicht, und wenn ja, in welchem Maße, um herauszufinden, wer von was profitieren könnte und daher an dessen Finanzierung beteiligt werden sollte. Es wäre zudem notwendig, alle Veränderungen in dieser Bewertung kontinuierlich zu überwachen, was zur Folge hätte, dass niemals eine endgültige Entscheidung über die Produktion von irgendetwas getroffen werden könnte, und wir alle wären infolge einer solch unsinnigen Theorie längst tot.

Zweitens: Selbst wenn man all diese Schwierigkeiten außer Acht ließe, ist die Schlussfolgerung der Theoretiker der öffentlichen Güter ein eklatanter Non sequitur, wie Rothbard zeigt. Zum einen muss man, um zu dem Schluss zu gelangen, dass der Staat öffentliche Güter bereitstellen muss, die andernfalls nicht produziert würden, eine Norm in die eigene Argumentationskette einschmuggeln. Andernfalls könnte man aus der Aussage, dass bestimmte Güter aufgrund bestimmter Eigenschaften nicht produziert würden, niemals den Schluss ziehen, dass diese Güter produziert werden sollten. Da eine Norm erforderlich ist, um ihre Schlussfolgerung zu rechtfertigen, haben die Theoretiker der öffentlichen Güter eindeutig die Grenzen der Wirtschaftswissenschaft als positiver Wissenschaft verlassen und sind in den Bereich der Ethik vorgedrungen. Keiner von ihnen

bietet jedoch auch nur annähernd ein klares ethisches System an. Darüber hinaus ist sogar die von ihnen angewandte utilitaristische Argumentation offensichtlich falsch. Es mag durchaus sein, dass es besser wäre, diese öffentlichen Güter zu haben, als sie nicht zu haben, doch sollte nicht übersehen werden, dass es keinen a priori-Grund dafür gibt, dass dies überhaupt so sein muss, da es eindeutig möglich und sogar als Tatsache bekannt ist, dass es Anarchisten gibt, die jegliches staatliches Handeln verabscheuen und es vorziehen würden, die sogenannten öffentlichen Güter gar nicht zu haben, wenn die Alternative darin besteht, dass sie vom Staat bereitgestellt werden. Doch selbst wenn man die bisherige Argumentation zugesteht, ist die gezogene Schlussfolgerung immer noch ungültig. Da zur Finanzierung der vermeintlich wünschenswerten Güter Ressourcen von möglichen alternativen Verwendungszwecken abgezogen werden müssen, ist die einzig relevante Frage, ob diese alternativen Verwendungszwecke, für die die Ressourcen hätten eingesetzt werden können, wertvoller sind als der Wert, der den öffentlichen Gütern beigemessen wird. Die Antwort auf diese Frage ist völlig klar: Gemessen an den Bewertungen der Verbraucher ist der Wert der öffentlichen Güter im Vergleich zu dem der konkurrierenden privaten Güter relativ geringer, denn wenn man die Wahl den Verbrauchern überlässt, werden sie offensichtlich andere Arten der Geldausgabe bevorzugen (ansonsten wäre von vornherein kein Zwang notwendig gewesen). Dies beweist, dass die für die Bereitstellung öffentlicher Güter aufgewendeten Ressourcen verschwendet werden, um den Verbrauchern Güter und Dienstleistungen zu liefern, die bestenfalls nur von untergeordneter Bedeutung sind. Kurz gesagt: Selbst wenn man annimmt, dass öffentliche Güter existieren, stehen sie im Wettbewerb mit privaten. Um herauszufinden, ob sie dringender gewünscht werden oder nicht und in welchem Umfang, gibt es nur eine Methode: die Analyse der Gewinn- und Verlustrechnungen frei konkurrierender privater Unternehmen. Was die Bereitstellung von Recht und Ordnung betrifft, gelangt man daher zu dem Schluss, dass, selbst wenn es sich um ein öffentliches Gut handelt, der einzige Weg, um sicherzustellen, dass seine Produktion nicht auf Kosten hö-

her geschätzter privater Güter erfolgt und dass die Art von Recht und Ordnung, die bereitgestellt wird, tatsächlich die am höchsten geschätzte ist, darin besteht, dass Recht und Ordnung, wie jedes andere Gut auch, von einem Markt frei konkurrierender Unternehmen bereitgestellt werden muss.[7] Rothbard fasst es wie folgt zusammen:

> [Die] Ansicht [dass das freie Marktgeschehen durch korrigierende staatliche Maßnahmen wieder in den optimalen Zustand zurückgeführt werden muss] verkennt völlig die Art und Weise, in der die Wirtschaftswissenschaft behauptet, dass das freie Marktgeschehen immer optimal ist. Es ist nicht vom Standpunkt der persönlichen ethischen Sichtweise eines Ökonomen aus optimal, sondern vom Standpunkt der freien, freiwilligen Handlungen aller Beteiligten und der Befriedigung der frei geäußerten Bedürfnisse der Verbraucher aus. Staatliche Eingriffe werden daher zwangsläufig und stets von einem solchen Optimum abweichen.[8]

II.

Doch Rothbard gibt sich nicht damit zufrieden, eine vollwertige ökonomische Verteidigung eines reinen Marktsystems entwickelt zu haben. Gekrönt von seinem 1982 erschienenen zweiten *Hauptwerk*, *The Ethics of Liberty*, liefert er uns ein umfassendes ethisches System, das die Rechtfertigung des Laissez-faire ergänzt und vervollständigt.

---

[7] Zum spezifischen Problem der Gewährleistung von Recht und Ordnung durch den freien Markt siehe Murray N. Rothbard, *For A New Liberty*, überarbeitete Auflage (New York: Macmillan, 1978), Kap. 12; ders., *Power and Market* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1977), Kap. 1; sowie Gustave de Molinari, „The Production of Security", Occasional Paper Nr. 2 (1849; Nachdruck, New York: Center for Libertarian Studies, 1977).

[8] Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 887; siehe hierzu auch Walter Block, „Public Goods and Externalities: The Case of Roads", *Journal of Libertarian Studies* 7, Nr. 1 (1983); Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat*, Kap. 1; ders., *A Theory of Socialism and Capitalism*, Kap. 10.

Mises akzeptiert, wie die meisten Sozialwissenschaftler, das Hume'sche Urteil, dass die Vernunft nichts anderes ist und sein kann als der Sklave der Leidenschaften. Das heißt, Vernunft oder Wissenschaft können uns lediglich darüber Aufschluss geben, ob bestimmte Mittel geeignet sind, bestimmte Ergebnisse oder Ziele zu erreichen. Es liegt jedoch außerhalb der Macht der Vernunft, uns zu lehren, welche Ziele wir wählen sollten oder welche Ziele gerechtfertigt werden können oder nicht. Letztendlich ist die Wahl der Ziele aus wissenschaftlicher Sicht willkürlich; sie ist eine Frage emotionaler Launen. Gewiss, Mises bekennt sich, wie die meisten anderen Ökonomen, zu einer Art Utilitarismus. Er zieht das Leben dem Tod, Gesundheit der Krankheit und Überfluss der Armut vor. Und insofern solche Ziele, insbesondere das Ziel, den höchstmöglichen Lebensstandard für alle zu erreichen, tatsächlich von anderen Menschen geteilt werden – wovon er allgemein ausgeht – empfiehlt Mises als Wirtschaftswissenschaftler, dass der richtige Kurs eine Politik des Laissez-faire ist.[9] Und zweifellos ist, soweit die Wirtschaftswissenschaft dies sagen kann, das Argument für den Laissez-faire-Liberalismus ein äußerst wichtiges. Was aber, wenn Menschen Wohlstand nicht als ihr oberstes Ziel betrachten? Wie Rothbard hervorhebt, belegt die ökonomische Analyse lediglich, dass der Laissez-faire-Liberalismus langfristig zu einem höheren Lebensstandard führen wird. Langfristig ist man jedoch tot. Warum sollte es dann nicht durchaus vernünftig sein, wenn jemand argumentiert, dass er zwar mit allem, was die Wirtschaftswissenschaft zu sagen hat, vollkommen einverstanden ist, ihm aber dennoch sein Wohlergehen kurzfristig wichtiger ist und dort – was kein Ökonom leugnen kann – eine Vergünstigung oder eine Subvention das Beste wäre? Und warum sollte das langfristige soziale Wohlergehen überhaupt das Hauptanliegen sein? Könnten Menschen nicht für Armut eintreten, entweder als Wert an sich oder als Mittel zur Verwirklichung eines anderen Wertes wie etwa Gleichheit? Die Antwort lautet natürlich, dass solche Vorschläge gemacht werden. Doch wann immer dies ge-

[9] Siehe hierzu Mises, *Human Action*, S. 153–155.

schieht, hat die Wirtschaftswissenschaft nicht nur nichts dazu zu sagen, sondern laut Mises und anderen Utilitaristen gibt es überhaupt nichts mehr zu sagen, da es keine vernünftige, wissenschaftliche Methode gibt, zwischen widersprüchlichen Werten zu wählen, da diese letztlich alle willkürlich sind.[10]

Gegen diese Position stellt sich Rothbard auf die Seite der philosophischen Tradition der rationalen Ethik und behauptet, dass die Vernunft in der Lage ist, kognitive Werturteile über die richtigen Ziele des Menschen zu fällen.[11] Genauer gesagt schließt er sich der Tradition des philosophischen Denkens an, die sich auf das Naturrecht oder die natürlichen Rechte stützt und die davon ausgeht, dass universell gültige Normen mittels der Vernunft als in der Natur des Menschen selbst begründet erkannt werden können.[12] *Ethics of Liberty* legt ausführlich dar, warum die libertären Eigentumsnormen genau solche Regeln sind.

Ich stimme Rothbard hinsichtlich der Möglichkeit einer rationalen Ethik zu und insbesondere hinsichtlich der Tatsache, dass nur eine libertäre Ethik tatsächlich moralisch gerechtfertigt werden

---

[10] Zu Rothbards Kritik an Mises siehe Murray N. Rothbard, *The Ethics of Liberty* (Atlantic Highlands, N.J.: Humanities Press, 1982), S. 205–212.
[11] Zu verschiedenen kognitivistischen Ansätzen in der Ethik siehe Kurt Baier, *The Moral Point of View: A Rational Basis of Ethics* (Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 1961); Marcus Singer, *Generalization in Ethics* (New York: A. Knopf, 1961); Paul Lorenzen, *Normative Logic and Ethics* (Mannheim: Bibliographisches Institut, 1969); Stephen Toulmin, *The Place of Reason in Ethics* (Cambridge: Cambridge University Press, 1970); Friedrich Kambartel (Hrsg.), *Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie* (Frankfurt/M: Athenäum, 1974); Alan Gewirth, *Reason and Morality* (Chicago: University of Chicago Press, 1978).
[12] Zur Tradition der Naturrechte siehe John Wild, *Plato's Modern Enemies and the Theory of Natural Law* (Chicago: University of Chicago Press, 1953); Henry Veatch, *Rational Man: A Modern Interpretation of Aristotelian Ethics* (Bloomington, Ind.: Indiana University Press, 1962); ders., *For An Ontology of Morals: A Critique of Contemporary Ethical Theory* (Evanston, Ill.: Northwestern University Press, 1971); ders., *Human Rights: Fact or Fancy?* (Baton Rouge: Louisiana State University Press, 1985).

kann; dennoch schlage ich einen anderen, nicht auf den Naturrechten basierenden Ansatz vor, um diese beiden miteinander verbundenen Behauptungen zu begründen. Ein häufiger Kritikpunkt an der Naturrechtsposition, selbst seitens wohlwollender Leser, ist, dass das Konzept der menschlichen Natur viel „zu diffus und vielfältig ist, um einen bestimmten Inhalt des Naturrechts zu liefern".[13] Darüber hinaus ist ihre Beschreibung von Rationalität ebenso mehrdeutig, da sie offenbar nicht zwischen der Rolle der Vernunft bei der Festlegung empirischer Naturgesetze einerseits und normativer Gesetze menschlichen Verhaltens andererseits unterscheidet.[14] Um solche Schwierigkeiten von vornherein zu vermeiden, behaupte ich, dass der folgende Ansatz sowohl hinsichtlich seines Ausgangspunkts als auch hinsichtlich der Methoden zur Ableitung seiner Schlussfolgerungen geradliniger und strenger ist. Darüber hinaus scheint mein Ansatz, wie ich später erläutern werde, auch besser mit dem von Rothbard übereinzustimmen, wenn es um die Rechtfertigung der spezifischen Normen des Libertarismus geht, als die eher vagen methodologischen Vorgaben der Naturrechtstheoretiker.[15]

Lassen Sie mich zunächst fragen, was an der von Mises und so vielen anderen vertretenen Position falsch ist, dass die Wahl zwischen Werten letztlich willkürlich sei? Erstens ist anzumerken, dass eine solche Position davon ausgeht, dass zumindest die Frage, ob

---

[13] Alan Gewirth, *Law, Action, and Morality*, in: Rocco Porreco (Hrsg.), *Georgetown Symposium on Ethics: Essays in Honor of Henry B. Veatch* (New York: University Press of America, 1984), S. 73.

[14] Siehe die Erörterung in Veatch, *Human Rights*, S. 620–67.

[15] Mich von der Tradition der Naturrechte zu distanzieren, bedeutet nicht, dass ich ihrer kritischen Bewertung des Großteils der zeitgenössischen Ethiktheorie nicht zustimmen könnte – tatsächlich stimme ich Veatchs ergänzender Widerlegung sowohl aller (teleologischen, utilitaristischen) Ethiken als auch aller (deontologischen) Pflichtenethiken zu (ebd., Kap. 1). Ich behaupte auch nicht, dass es unmöglich ist, meinen Ansatz doch als Teil einer „richtig verstandenen" Naturrechtstradition zu interpretieren (siehe auch Fußnote 17 unten). Was ich jedoch behaupte, ist, dass der folgende Ansatz eindeutig nicht mit dem übereinstimmt, was der Naturrechtsansatz tatsächlich geworden ist, und dass er der Tradition in ihrer gegenwärtigen Form nichts zu verdanken hat.

Werturteile oder normative Aussagen gerechtfertigt werden können, selbst ein kognitives Problem darstellt. Würde dies nicht angenommen, könnte Mises nicht einmal das sagen, was er offensichtlich sagt und als gegeben behauptet. Seine Position könnte schlichtweg nicht als vertretbare intellektuelle Position existieren.

Auf den ersten Blick scheint dies nicht sehr weit zu führen. Tatsächlich scheint es noch ein weiter Weg von dieser Erkenntnis bis zum tatsächlichen Beweis zu sein, dass normative Aussagen gerechtfertigt werden können und dass nur die libertäre Ethik verteidigt werden kann. Dieser Eindruck ist jedoch falsch, und hier ist bereits viel mehr gewonnen, als man vermuten könnte. Das Argument zeigt uns, dass jeder Wahrheitsanspruch, also die Behauptung, dass eine Aussage wahr, objektiv oder gültig ist (alle Begriffe werden hier synonym verwendet), im Verlauf einer Argumentation vorgebracht und geklärt werden muss. Da es unbestreitbar ist, dass dies so ist (man kann nicht kommunizieren und argumentieren, dass man nicht kommunizieren und argumentieren kann), und da davon ausgegangen werden muss, dass jeder weiß, was es bedeutet, etwas als wahr zu behaupten (man kann diese Aussage nicht leugnen, ohne zu behaupten, dass ihre Negation wahr ist), wurde genau diese Tatsache treffend als „das a priori der Kommunikation und Argumentation" bezeichnet.[16]

Argumentieren besteht niemals nur aus frei schwebenden Aussagen, die behaupten, wahr zu sein. Vielmehr ist Argumentation immer auch eine Handlung. Da jedoch Wahrheitsansprüche in der Argumentation vorgebracht und geklärt werden und da Argumentation, abgesehen von dem, was im Laufe derselben gesagt wird, eine praktische Angelegenheit ist, folgt daraus, dass es intersubjektiv bedeut-

[16] Siehe K.O. Apel, „Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik", in ders., *Transformation der Philosophie* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1973), Bd. 2; siehe auch Jürgen Habermas, „Wahrheitstheorien", in: Helmut Fahrenbach (Hrsg.), *Wirklichkeit und Reflexion* (Pfullingen: Neske, 1974); ders., *Theorie des kommunikativen Handelns* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981), Bd. 1, S. 44ff.; ders., *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1983).

same Normen geben muss – genau jene, die eine Handlung zu einer Argumentation machen – die einen besonderen kognitiven Status haben, da sie die praktischen Voraussetzungen für Objektivität und Wahrheit sind.

Daraus gelangt man zu dem Schluss, dass Normen tatsächlich als gültig gerechtfertigt angenommen werden müssen. Es ist schlichtweg unmöglich, anders zu argumentieren, denn die Fähigkeit, dies zu tun, würde ja bereits die Gültigkeit jener Normen voraussetzen, die jeder Argumentation zugrunde liegen. Im Gegensatz zu den Naturrechtstheoretikern erkennt man jedoch, dass die Antwort auf die Frage, welche Ziele gerechtfertigt werden können und welche nicht, nicht aus dem weiter gefassten Begriff der menschlichen Natur, sondern aus dem enger gefassten Begriff der Argumentation abzuleiten ist.[17] Damit lässt sich also die besondere Rolle der Vernunft bei der Bestimmung der Inhalte der Ethik präzise beschreiben. Im Gegensatz zur Rolle der Vernunft bei der Festlegung empirischer Naturgesetze kann die Vernunft bei der Bestimmung moralischer Gesetze für sich beanspruchen, Ergebnisse zu liefern, deren Gültigkeit a priori nachgewiesen werden kann. Sie macht lediglich explizit, was bereits im Begriff der Argumentation selbst impliziert ist, und bei der Analyse eines konkreten Normvorschlags beschränkt sich ihre Aufgabe lediglich darauf, zu prüfen, ob dieser logisch konsistent ist mit eben jener Ethik, die der Befürworter als gültig voraussetzen muss, sofern er seinen Vorschlag überhaupt vorbringen kann.[18]

---

[17] Da die Fähigkeit zur Argumentation ein wesentliches Merkmal der menschlichen Natur ist – man könnte ohne erstere nicht einmal etwas über letztere sagen – ließe sich natürlich auch argumentieren, dass Normen, die im Verlauf einer Argumentation nicht wirksam verteidigt werden können, ebenfalls mit der menschlichen Natur unvereinbar sind.

[18] Methodisch weist dieser Ansatz eine große Ähnlichkeit mit dem auf, was Gewirth als „dialektisch notwendige Methode“ bezeichnet hat (*Reason and Morality*, S. 42–47) – eine Methode des a priori-Denkens, die sich an der kantischen Idee der transzendentalen Deduktionen orientiert. Leider wählt Gewirth in seiner wichtigen Studie jedoch den falschen Ausgangspunkt für seine Analysen. Er versucht, ein ethisches System nicht aus dem Begriff der Argumentation, sondern aus dem des Handelns

Doch worin bestehen die Vorgaben der in der Argumentation implizierten Ethik, deren Gültigkeit nicht bestritten werden kann, da ein Bestreiten sie implizit voraussetzen würde? Ganz allgemein wurde beobachtet, dass Argumentation impliziert, dass eine Aussage universelle Akzeptanz beansprucht oder – sollte es sich um einen Normvorschlag handeln – dass sie „universalisierbar" ist. Auf Normvorschläge angewendet ist dies die Idee, wie sie in der Goldenen Regel der Ethik oder im Kantschen Kategorischen Imperativ formuliert ist, dass nur jene Normen gerechtfertigt werden können, die als allgemeine Prinzipien formuliert werden können, die ausnahmslos für jeden gelten.[19] Da in der Argumentation impliziert ist,

---

abzuleiten. Dies kann jedoch sicherlich nicht funktionieren, denn aus der zutreffenden Feststellung, dass ein Handelnder beim Handeln notwendigerweise die Existenz bestimmter Werte oder Güter voraussetzen muss, folgt nicht, dass solche Güter verallgemeinerbar sind und daher von anderen als die Güter des Handelnden von Rechts wegen respektiert werden sollten. Gewirth hätte die ethische „Neutralität" des Handelns vielleicht bemerkt, wäre er sich nicht schmerzlich der Existenz der von Mises vertretenen, gut etablierten „reinen Handlungswissenschaft" oder „Praxeologie" unbewusst gewesen. Übrigens hätte ihm das Bewusstsein für die Praxeologie vielleicht auch viele Fehler erspart, die sich aus seiner fehlerhaften Unterscheidung zwischen „grundlegenden", „additiven" und „nichtsubtraktiven" Gütern ergeben (ebd., S. 53–58). Vielmehr entsteht die Idee der Wahrheit oder universalisierbarer Rechte oder Güter erst mit der Argumentation als einer besonderen Unterklasse von Handlungen, nicht jedoch mit der Handlung als solcher, wie die Tatsache deutlich zeigt, dass auch Gewirth sich nicht einfach mit Handlung, sondern speziell mit Argumentation beschäftigt, wenn er uns von der notwendigen Wahrheit seines ethischen Systems überzeugen will. Da jedoch die Argumentation als der einzig angemessene Ausgangspunkt für die dialektisch notwendige Methode anerkannt wird, ergibt sich daraus, wie sich zeigen wird, eine libertäre (d.h. nicht-gewirthsche) Ethik.
Zur Unzulänglichkeit von Gewirths Versuch, universalisierbare Rechte aus dem Begriff des Handelns abzuleiten, siehe auch die scharfsinnigen Bemerkungen von Alasdair MacIntyre, *After Virtue: A Study in Moral Theory* (London: Duckworth, 1981), S. 64–65; Habermas, *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*, S. 110–11; und Veatch, *Human Rights*, S. 159–60.

[19] Siehe die in den Fußnoten 11 und 12 oben zitierten Werke.

dass jeder, der ein Argument verstehen kann, grundsätzlich allein aufgrund seiner argumentativen Kraft davon überzeugt werden können muss, lässt sich das Universalisierungsprinzip der Ethik nun als impliziert im umfassenderen Apriori der Kommunikation und Argumentation verstehen und erklären.[20] Doch das Universalisierungsprinzip liefert nur ein rein formales Kriterium für Moral. Gewiss, gemessen an diesem Kriterium könnte sich zeigen, dass alle Vorschläge für gültige Normen, die unterschiedliche Regeln für verschiedene Personengruppen festlegen, keinen legitimen Anspruch darauf haben, als faire Normen allgemein akzeptiert zu werden, es sei denn, die Unterscheidung zwischen verschiedenen Personengruppen wäre derart, dass sie keine Diskriminierung impliziert, sondern stattdessen von allen als in der Natur der Dinge begründet akzeptiert werden könnte. Doch während manche Normen den Universalisierungstest vielleicht nicht bestehen würden, könnten die lächerlichsten Normen (und was noch relevanter ist: sogar offen unvereinbare Normen) ihn leicht und ebenso gut bestehen, wenn ihrer Formulierung genügend Aufmerksamkeit geschenkt würde. Beispielsweise sind „Jeder muss sich sonntags betrinken, sonst wird er mit einer Geldstrafe belegt“ oder „Jeder, der Alkohol trinkt, wird bestraft“ beides Regeln, die keine Diskriminierung zwischen Personengruppen zulassen und somit beide den Anspruch erheben könnten, die Bedingung der Universalisierung zu erfüllen.

Es ist also klar, dass das Universalisierungsprinzip allein keine positive Normenmenge liefern würde, deren Rechtfertigung nachgewiesen werden könnte. Es gibt jedoch neben dem Universalisierungsprinzip noch andere positive Normen, die in der Argumentation impliziert sind. Um sie zu erkennen, muss man sich lediglich drei miteinander verbundene Tatsachen vor Augen führen. Erstens, dass Argumentation nicht nur eine kognitive, sondern auch eine praktische Angelegenheit ist. Zweitens, dass Argumentation als eine Form des Handelns den Einsatz der knappen Ressource des eigenen Körpers impliziert. Und drittens, dass Argumentation eine konflikt-

[20] Siehe die in Fußnote 16 oben zitierten Werke.

freie Art der Interaktion ist – nicht in dem Sinne, dass immer Einigkeit über das Gesagte herrscht, sondern in dem Sinne, dass es, solange die Argumentation andauert, immer möglich ist, sich zumindest darüber einig zu sein, dass Uneinigkeit über die Gültigkeit des Gesagten besteht. Das bedeutet lediglich, dass von einer gegenseitigen Anerkennung der ausschließlichen Kontrolle jedes Einzelnen über seinen eigenen Körper ausgegangen werden muss, solange eine Argumentation stattfindet (man beachte erneut, dass es unmöglich ist, dies zu leugnen und diese Leugnung als wahr zu behaupten, ohne implizit deren Wahrheit zugeben zu müssen).

Daraus müsste man folgern, dass die in der Argumentation implizierte Norm lautet, dass jeder das Recht hat, seinen eigenen Körper als Instrument des Handelns und der Erkenntnis ausschließlich selbst zu bestimmen. Nur solange das Eigentumsrecht jedes Einzelnen an seinem eigenen Körper zumindest implizit anerkannt wird, kann eine Argumentation stattfinden.[21]

Nur wenn dieses Recht anerkannt wird, ist es möglich, dass jemand dem in einer Argumentation Gesagten zustimmt und das Gesagte validiert werden kann, oder dass man Nein sagt und sich lediglich darauf einigt, dass Uneinigkeit besteht. Tatsächlich müsste jeder, der versuchen würde, irgendeine Norm zu rechtfertigen, das Ei-

[21] An dieser Stelle sei angemerkt, dass es nur deshalb überhaupt ein Problem der Formulierung moralischer Gesetze gibt, weil Knappheit besteht; soweit Güter im Überfluss vorhanden sind (freie Güter), ist kein Konflikt über die Nutzung von Gütern möglich und keine Handlungskoordination erforderlich. Daraus folgt, dass jede Ethik, wenn sie richtig verstanden wird, als Eigentumstheorie formuliert werden muss, d.h. als Theorie der Zuweisung von Rechten auf ausschließliche Kontrolle über knappe Mittel, denn nur dann wird es möglich, sonst unausweichliche und unlösbare Konflikte zu vermeiden. Leider haben Moralphilosophen in ihrer weit verbreiteten Unkenntnis der Wirtschaftswissenschaften dies kaum jemals klar genug erkannt. Vielmehr scheinen sie, wie beispielsweise Veatch (*Human Rights*, S. 170), zu glauben, dass sie auf eine präzise Definition von Eigentum und Eigentumsrechten verzichten können, um dann zwangsläufig in einem Meer von Unbestimmtheit und Ad-hoc-Lösungen zu versinken. Zu Menschenrechten als Eigentumsrechten siehe auch Rothbard, *The Ethics of Liberty*, Kap. 15.

gentumsrecht am eigenen Körper als gültige Norm voraussetzen, einfach um zu sagen: Das ist es, was ich als wahr und objektiv behaupte. Jeder, der versuchen würde, das Eigentumsrecht am eigenen Körper anzufechten, würde in einen Widerspruch geraten.

Somit lässt sich feststellen: Wann immer eine Person behauptet, eine Aussage könne gerechtfertigt werden, geht sie zumindest implizit davon aus, dass die folgende Norm gerechtfertigt ist: „Niemand hat das Recht, unaufgefordert gegen den Körper einer anderen Person vorzugehen und damit die Kontrolle eines Menschen über seinen eigenen Körper einzuschränken oder zu begrenzen." Diese Regel ist im Konzept der argumentativen Rechtfertigung impliziert. Rechtfertigen bedeutet, zu rechtfertigen, ohne auf Zwang zurückgreifen zu müssen. Tatsächlich lässt sich leicht erkennen, dass diese Regel in der Argumentation nicht verteidigt werden kann und niemals verteidigt werden könnte, wenn man das Gegenteil dieser Regel formulieren würde (d.h. jeder hat das Recht, ungebeten gegen andere Menschen vorzugehen [eine Regel, die übrigens formal den Universalisierungstest bestehen würde!]). Dies würde nämlich die Gültigkeit genau ihres Gegenteils voraussetzen (d.h. des oben genannten Nichtaggressionsprinzips).

Es mag den Anschein haben, dass mit dieser Rechtfertigung einer Eigentumsnorm in Bezug auf den Körper einer Person nicht viel gewonnen wird, da Konflikte um Körper – für deren mögliche Vermeidung das Nichtaggressionsprinzip eine universell vertretbare Lösung formuliert – nur einen kleinen Teil aller möglichen Konflikte ausmachen. Dieser Eindruck ist jedoch nicht zutreffend. Gewiss leben Menschen nicht von Luft und Liebe allein. Sie benötigen auch eine kleinere oder größere Anzahl anderer Güter, um überhaupt zu überleben – und nur wer überlebt, kann Argumente vorbringen, geschweige denn ein angenehmes Leben führen. Auch in Bezug auf all diese anderen Güter sind Normen erforderlich, da es zu widersprüchlichen Bewertungen hinsichtlich ihrer Nutzung kommen könnte. Tatsächlich muss jede weitere Norm nun logisch mit dem Nichtaggressionsprinzip vereinbar sein, um gerechtfertigt zu sein, und *mutatis mutandis* müsste jede Norm, die sich als unvereinbar

mit diesem Prinzip erweisen würde, als ungültig angesehen werden. Da es sich bei den Dingen, für die Normen formuliert werden müssen, um knappe Güter handelt – so wie der Körper eines Menschen ein knappes Gut ist – und da es nur deshalb überhaupt notwendig ist, Normen zu formulieren, weil Güter knapp sind und nicht, weil sie bestimmte Arten von knappen Gütern sind, müssen die Spezifikationen des Nichtaggressionsprinzips, das als spezielle Eigentumsnorm für eine bestimmte Art von Gut verstanden wird, bereits die einer allgemeinen Eigentumstheorie enthalten.

Ich werde diese allgemeine Eigentumstheorie zunächst als eine Reihe von Regeln darlegen, die auf alle Güter anwendbar sind, mit dem Ziel, durch einheitliche Prinzipien dazu beizutragen, alle möglichen Konflikte zu vermeiden, und ich werde dann aufzeigen, wie diese allgemeine Theorie im Nichtaggressionsprinzip impliziert ist. Nach dem Nichtaggressionsprinzip kann eine Person mit ihrem Körper tun, was sie will, solange sie dadurch keine Aggression gegen den Körper einer anderen Person ausübt. Somit könnte diese Person auch andere knappe Güter nutzen, so wie man seinen eigenen Körper nutzt, vorausgesetzt, diese anderen Dinge wurden nicht bereits von jemand anderem in Besitz genommen, sondern befinden sich noch in einem natürlichen, herrenlosen Zustand. Sobald knappe Ressourcen sichtbar in Besitz genommen werden – sobald jemand „seine Arbeit“ mit ihnen „vermischt“, wie John Locke es formulierte,[22] und es objektive Spuren dafür gibt – dann kann Eigentum (das Recht auf ausschließliche Kontrolle) nur durch eine vertragliche Übertragung von Eigentumsrechten von einem früheren auf einen späteren Eigentümer erworben werden, und jeder Versuch, diese ausschließliche Kontrolle früherer Eigentümer einseitig einzuschränken, oder jede unaufgeforderte Veränderung der physischen Eigenschaften der betreffenden knappen Mittel ist, in strikter Ana-

[22] John Locke, *Two Treatises on Government*, hrsg. von Peter Laslett (Cambridge: Cambridge University Press, 1970), insbes. Bde. II, V.

logie zu Übergriffen auf den Körper anderer Menschen, eine nicht zu rechtfertigende Handlung.[23]

Die Vereinbarkeit dieses Prinzips mit dem der Nichtaggression lässt sich mittels eines Argumentum a contrario aufzeigen. Zunächst ist anzumerken, dass, wenn niemand das Recht hätte, etwas anderes als seinen eigenen Körper zu erwerben und zu kontrollieren (eine Regel, die den formalen Universalisierungstest bestehen würde), wir alle aufhören würden zu existieren und das Problem der Rechtfertigung normativer Aussagen schlichtweg nicht existieren würde. Die Existenz dieses Problems ist nur möglich, weil wir leben, und unsere Existenz beruht auf der Tatsache, dass wir eine Norm, die Eigentum an anderen knappen Gütern neben und zusätzlich zu dem am eigenen physischen Körper verbietet, nicht akzeptieren und tatsächlich auch nicht akzeptieren können. Daher muss davon ausgegangen werden, dass das Recht auf den Erwerb solcher Güter existiert. Wenn dies nun so ist und wenn man nicht das Recht hat, solche Rechte der ausschließlichen Kontrolle über ungenutzte, von der Natur gegebene Dinge durch eigene Arbeit zu erwerben (indem man etwas mit Dingen tut, mit denen noch niemand zuvor etwas getan hat), und wenn andere Menschen das Recht haben, den Eigentumsanspruch eines Menschen auf Dinge zu missachten, an denen sie zuvor nicht gearbeitet oder die sie zuvor nicht für einen bestimmten Zweck genutzt haben, dann ist dies nur möglich, wenn man Eigentumsrechte nicht durch Arbeit (d.h. durch die Herstellung einer objektiven, intersubjektiv überprüfbaren Verbindung zwischen einer bestimmten Person und einer bestimmten knappen Ressource), sondern einfach durch verbale Erklärung, per Dekret, erwerben kann.[24] Die Position, dass

[23] Zum Nichtaggressionsprinzip und zum Prinzip der ursprünglichen Aneignung siehe auch Rothbard, *For A New Liberty*, Kap. 2; ders., *The Ethics of Liberty*, Kap. 6–8.

[24] Dies ist die Position, die Jean-Jacques Rousseau vertritt, wenn er uns auffordert, uns Versuchen zu widersetzen, von der Natur gegebene Ressourcen privat anzueignen, indem man sie beispielsweise einzäunt. In seinem berühmten Ausspruch sagt er: „Hütet euch davor, auf diesen Betrüger zu hören; ihr seid verloren, wenn ihr einmal vergesst, dass die Früchte der Erde uns allen gehören und die Erde selbst niemandem“ („Abhand-

Eigentumsrechte durch Erklärung erworben werden, ist jedoch unvereinbar mit dem oben begründeten Nichtaggressionsprinzip in Bezug auf Körper. Zum einen würde es, wenn man sich tatsächlich Eigentum per Dekret aneignen könnte, bedeuten, dass es auch möglich wäre, den Körper einer anderen Person einfach zu seinem eigenen zu erklären. Dies stünde ganz offensichtlich im Widerspruch zum Nichtaggressionsprinzip, das eine scharfe Unterscheidung zwischen dem eigenen Körper und dem Körper einer anderen Person trifft. Darüber hinaus kann diese Unterscheidung nur auf so eindeutige und unmissverständliche Weise getroffen werden, weil bei Körpern, wie bei allem anderen auch, die Trennung zwischen „mein und dein" nicht auf verbalen Erklärungen beruht, sondern auf Handlungen. Die Feststellung beruht auf einer bestimmten knappen Ressource, die tatsächlich – für jedermann sichtbar und überprüfbar, da es dafür objektive Indikatoren gegeben hat – zum Ausdruck oder zur Verwirklichung des eigenen Willens oder, je nach Fall, des Willens einer anderen Person gemacht worden war. Noch wichtiger ist: Zu behaupten, Eigentum könne nicht durch Handeln, sondern durch eine Erklärung erworben werden, würde einen offensichtlichen praktischen Widerspruch beinhalten, da niemand dies so sagen und erklären könnte, es sei denn, sein Recht auf ausschließliche Kontrolle über seinen Körper als sein eigenes Instrument, um irgendetwas zu sagen, wäre tatsächlich bereits vorausgesetzt, ungeachtet dessen, was tatsächlich gesagt wurde.

Wie ich bereits angedeutet habe, ist diese Verteidigung des Privateigentums im Wesentlichen auch die von Rothbard. Trotz seiner formalen Verbundenheit mit der Tradition der Naturrechte wählt

---

lung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen", in: Jean-Jacques Rousseau, *The Social Contract and Discourses*, hrsg. von G.D.H. Cole [New York: 1950], S. 235). Eine solche Argumentation ist jedoch nur möglich, wenn man davon ausgeht, dass Eigentumsansprüche durch Dekret gerechtfertigt werden können. Wie sonst könnten „alle" (selbst diejenigen, die mit den fraglichen Ressourcen nie etwas getan haben) oder „niemand" (nicht einmal diejenigen, die davon Gebrauch gemacht haben) etwas besitzen, wenn Eigentumsansprüche nicht durch bloßes Dekret begründet wären?

Rothbard in dem, was ich für sein entscheidendes Argument zur Verteidigung einer Ethik des Privateigentums halte, nicht nur im Wesentlichen denselben Ausgangspunkt – die Argumentation – sondern liefert auch eine Rechtfertigung mittels einer a priori-Argumentation, die fast identisch mit der soeben entwickelten ist. Um diesen Punkt zu belegen, kann ich nichts Besseres tun, als einfach zu zitieren:

> Nun ist *jeder* Mensch, der an irgendeiner Art von Diskussion teilnimmt, einschließlich einer über Werte, allein durch diese Teilnahme lebendig und bejaht das Leben. Denn wäre er *wirklich* gegen das Leben, hätte er kein Recht, weiterzuleben. Daher bejaht der *vermeintliche* Gegner des Lebens es in Wirklichkeit gerade im Prozess der Diskussion, und somit erhält die Erhaltung und Förderung des eigenen Lebens den Rang eines unbestreitbaren Axioms.[25]

III.

Bisher wurde gezeigt, dass das Recht auf ursprüngliche Aneignung durch Handlungen mit dem Nichtaggressionsprinzip als logisch notwendiger Voraussetzung der Argumentation vereinbar ist und sich daraus ergibt. Indirekt wurde natürlich auch gezeigt, dass jede Regel, die andere Rechte festlegt, nicht gerechtfertigt werden kann. Bevor jedoch eine detailliertere Analyse darüber folgt, *warum* jede alternative Ethik unhaltbar ist – eine Diskussion, die zusätzliches Licht auf die Bedeutung einiger Bestimmungen der libertären Eigentumstheorie werfen dürfte – sind einige Anmerkungen dazu ange-

[25] Rothbard, *The Ethics of Liberty*, S. 32; zur Methode des a priori-Denkens, die in der obigen Argumentation angewendet wird, siehe auch ders., *Individualism and the Philosophy of the Social Sciences* (San Francisco: Cato Institute, 1979); Hans-Hermann Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung. Untersuchungen zur Grundlegung von Soziologie und Ökonomie* (Opladen: Westdeutscher Verlag 1983); ders., „Is Research Based on Causal Scientific Principles Possible in the Social Sciences?“, Ratio (1983); siehe oben, Kap. 7; ders., *A Theory of Socialism and Capitalism*, Kap. 6.

bracht, was durch die Einstufung dieser Normen als gerechtfertigt impliziert wird und was nicht.

Bei dieser Argumentation müsste man nicht behaupten, aus dem „Ist" ein „Soll" abgeleitet zu haben. Tatsächlich kann man ohne Weiteres der fast allgemein akzeptierten Ansicht zustimmen, dass die Kluft zwischen „Soll" und „Ist" logisch unüberbrückbar ist.[26] Vielmehr ist die Einordnung der Grundsätze der libertären Eigentumstheorie in diese Weise eine rein kognitive Angelegenheit. Aus der Einordnung der libertären Ethik als „fair" oder „gerecht" folgt ebenso wenig, dass man danach handeln sollte, wie aus dem Begriff der Gültigkeit oder Wahrheit folgt, dass man stets danach streben sollte. Zu sagen, dass es gerecht ist, schließt auch nicht die Möglichkeit aus, dass Menschen Regeln vorschlagen oder sogar durchsetzen, die mit diesem Prinzip unvereinbar sind. Tatsächlich ist die Situation in Bezug auf Normen der in anderen Disziplinen der wissenschaftlichen Forschung sehr ähnlich. Die Tatsache beispielsweise, dass bestimmte empirische Aussagen gerechtfertigt oder rechtfertigbar sind und andere nicht, bedeutet nicht, dass jeder nur objektive, gültige Aussagen vertritt. Im Gegenteil, Menschen können sich irren, sogar absichtlich. Doch die Unterscheidung zwischen objektiv und subjektiv, zwischen wahr und falsch, verliert dadurch nichts von ihrer Bedeutung. Vielmehr müssten Menschen, die dies täten, entweder als uninformiert oder als absichtlich lügend eingestuft werden. Ähnlich verhält es sich in Bezug auf Normen. Natürlich gibt es Menschen, viele sogar, die keine Normen propagieren oder durchsetzen, die gemäß der oben von mir dargelegten Bedeutung von Rechtfertigung als gültig eingestuft werden können. Die Unterscheidung zwischen rechtfertigbaren und nicht rechtfertigbaren Normen löst sich jedoch deswegen nicht auf, genauso wenig wie die zwischen objektiven und subjektiven Aussagen aufgrund der Existenz uninformierter oder lügender Menschen zusammenbricht. Vielmehr müssten jene Menschen, die solche abweichenden, ungültigen Normen verbreiten und durchsetzen, wiederum als uninformiert oder unehrlich

[26] Zum Problem der Ableitung des „Sollens" aus dem „Sein" siehe W.D. Hudson, Hrsg., *The Is-Ought Question* (London: Macmillan 1969).

eingestuft werden, sofern man ihnen klargemacht hätte, dass ihre alternativen Normvorschläge oder deren Durchsetzung in der Argumentation nicht gerechtfertigt werden können und niemals gerechtfertigt sein werden. Im moralischen Fall gäbe es dafür sogar noch mehr Rechtfertigung als im empirischen, da die Gültigkeit des Nichtaggressionsprinzips und die des Prinzips der ursprünglichen Aneignung durch Handeln als dessen logisch notwendige Folge als noch grundlegender angesehen werden muss als jede Art von gültigen oder wahren Aussagen. Denn was gültig oder wahr ist, muss als das definiert werden, worüber sich jeder – der nach diesem Prinzip handelt – möglicherweise einigen kann. Wie ich gerade gezeigt habe, ist zumindest die implizite Akzeptanz dieser Regeln die notwendige Voraussetzung dafür, überhaupt leben und argumentieren zu können.

Warum lassen sich dann andere nicht-libertäre Eigentumstheorien nicht rechtfertigen? Zunächst ist anzumerken – wie sich in Kürze zeigen wird – dass alle praktizierten Alternativen zum Libertarismus und die meisten theoretisch vorgeschlagenen nicht-libertären Ethiken nicht einmal den ersten formalen Universalisierungstest bestehen würden und allein schon aus diesem Grund scheitern würden! Alle diese Versionen enthalten in ihrem Rahmen von Rechtsregeln Normen, die die Form „für manche gilt dies, für manche nicht“ haben. Solche Regeln, die unterschiedliche Rechte oder Pflichten für verschiedene Personengruppen festlegen, haben jedoch aus rein formalen Gründen keine Chance, von jedem potenziellen Teilnehmer an einer Debatte als fair akzeptiert zu werden. Sofern die Unterscheidung zwischen verschiedenen Personengruppen nicht zufällig so beschaffen ist, dass sie für beide Seiten als in der Natur der Dinge begründet akzeptabel ist, wären solche Regeln nicht akzeptabel, da sie implizieren würden, dass einer Gruppe rechtliche Privilegien auf Kosten komplementärer Diskriminierungen gegenüber einer anderen Gruppe gewährt werden. Manche Menschen – entweder diejenigen, denen etwas erlaubt ist, oder diejenigen, denen es nicht erlaubt ist – könnten sich nicht darauf einigen, dass dies faire

Regeln seien.[27] Da sich die meisten alternativen ethischen Vorschläge, wie sie praktiziert oder gepredigt werden, auf die Durchsetzung von Regeln stützen müssen wie „manche Menschen haben die Pflicht, Steuern zu zahlen, und andere haben das Recht, diese zu verbrauchen“ oder „manche Menschen wissen, was gut für dich ist, und dürfen dir helfen, diese angeblichen Segnungen zu erlangen, auch wenn du sie nicht willst, aber du darfst nicht wissen, was gut für sie ist, und ihnen entsprechend helfen“ oder „manche Menschen haben das Recht zu bestimmen, wer zu viel von etwas hat und wer zu wenig, und andere haben die Pflicht, dies zu akzeptieren“, oder noch deutlicher: „die Computerindustrie muss zahlen, um die Landwirte zu subventionieren, die Beschäftigten für die Arbeitslosen, die Kinderlosen für die Kinderreichen“ oder umgekehrt. Sie alle können als ernsthafte Anwärter auf den Anspruch, eine gültige Normtheorie qua Eigentumsnorm zu sein, verworfen werden, da sie alle schon durch ihre Formulierung zeigen, dass sie nicht universalisierbar sind.

Was ist falsch an einer nicht-libertären Ethik, wenn dies geklärt ist und tatsächlich eine Theorie formuliert wird, die ausschließlich verallgemeinerbare Normen vom Typ „niemand darf“ oder „jeder kann“ enthält? Selbst dann könnte die Gültigkeit solcher Vorschläge niemals bewiesen werden – nicht aus formalen Gründen, sondern wegen ihrer materiellen Spezifikationen. Zwar lassen sich die Alternativen, deren Anspruch auf moralische Gültigkeit aus rein formalen Gründen leicht widerlegt werden kann, zumindest in die Praxis umsetzen; doch würde sich die Anwendung jener komplexeren Versionen, die den Universalisierungstest bestehen würden, aus materiellen Gründen als fatal erweisen: Selbst wenn man es versuchen würde, könnten sie schlichtweg niemals umgesetzt werden.

Es gibt zwei miteinander verbundene Spezifikationen in der libertären Eigentumstheorie, mit denen jede alternative Theorie in Konflikt gerät. Nach der libertären Ethik lautet die erste dieser Spezifikationen, dass Aggression als Eingriff in die *physische* Integrität

[27] Siehe Rothbard, *The Ethics of Liberty*, S. 45.

des Eigentums anderer definiert wird.[28] Es gibt populäre Versuche, sie als Eingriff in den *Wert* oder die *psychische Integrität* des Eigentums anderer zu definieren. Der Konservatismus zielt beispielsweise darauf ab, eine bestimmte Verteilung von Reichtum und Werten zu bewahren, und versucht, jene Kräfte, die den Status quo verändern könnten, durch Preiskontrollen, Regulierungen und Verhaltenskontrollen unter Kontrolle zu bringen. Um dies zu tun, muss man offensichtlich davon ausgehen, dass Eigentumsrechte am Wert von Dingen gerechtfertigt sind, und ein Eingriff in Werte müsste *mutatis mutandis* als ungerechtfertigte Aggression eingestuft werden. Nicht nur der Konservatismus bedient sich dieser Vorstellung von Eigentum und Aggression, sondern auch der umverteilende Sozialismus. Eigentumsrechte an Werten müssen als legitim angesehen werden, wenn der umverteilende Sozialismus es mir beispielsweise erlaubt, von Menschen, deren Chancen oder Möglichkeiten sich negativ auf meine auswirken, eine Entschädigung zu fordern. Das Gleiche gilt, wenn eine Entschädigung für die Ausübung psychologischer oder „struktureller Gewalt" gefordert wird.[29] Um eine solche Entschädi-

[28] Zur Bedeutung der Definition von Aggression als physischer Aggression siehe auch Rothbard, ebenda, Kap. 8–9; ders., „Law, Property Rights and Air Pollution", *Cato Journal* (Frühjahr 1982).

[29] Zur Idee der strukturellen Gewalt im Unterschied zur physischen Gewalt siehe Dieter Senghass, Hrsg., *Imperialismus und strukturelle Gewalt* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1972). Die Idee, Aggression als Eingriff in Eigentumswerte zu definieren, liegt auch den Gerechtigkeitstheorien von John Rawls und Robert Nozick zugrunde, so unterschiedlich diese beiden Autoren vielen Kommentatoren auch erschienen sein mögen. Denn wie könnte Rawls sein sogenanntes Differenzprinzip („Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass vernünftigerweise erwartet werden kann, dass sie für alle – einschließlich der am stärksten Benachteiligten – von Vorteil oder Nutzen sind", John Rawls, *A Theory of Justice* [Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1971], S. 60–83, 75ff.), als gerechtfertigt ansehen, wenn er nicht der Ansicht ist, dass eine wohlhabendere Person allein durch die Vergrößerung ihres relativen Reichtums eine Aggression begeht und eine weniger wohlhabende Person nur deshalb einen berechtigten Anspruch gegen die wohlhabendere Person hat, weil sich die relative Wertposition der ersteren verschlechtert hat?! Und wie könnte Robert Nozick behaupten, es sei gerechtfertigt, dass eine „do-

gung verlangen zu können, müsste das, was jemand getan haben muss – nämlich meine Möglichkeiten, meine psychische Integrität oder mein Gefühl dafür, was mir zusteht, beeinträchtigen – als aggressiver Akt eingestuft werden.

Warum ist diese Idee den Wert von Eigentum zu schützen ungerechtfertigt? Erstens: Während jeder Mensch, zumindest im Prinzip, die volle Kontrolle darüber haben kann, ob seine Handlungen die physischen Eigenschaften von etwas verändern oder nicht, und somit auch die volle Kontrolle darüber haben kann, ob diese Handlungen gerechtfertigt sind oder nicht, liegt die Kontrolle darüber, ob die eigenen Handlungen den *Wert* des Eigentums eines anderen beeinflussen oder nicht, nicht bei der handelnden Person, sondern bei anderen Menschen und deren subjektiven Bewertungen. Somit könnte niemand *im Voraus* bestimmen, ob seine Handlungen als gerechtfertigt oder ungerechtfertigt eingestuft würden. Man müsste zunächst die gesamte Bevölkerung befragen, um sicherzustellen, dass die geplanten Handlungen die Bewertungen einer anderen Person hinsichtlich ihres eigenen Eigentums nicht verändern würden. Selbst dann könnte niemand handeln, bis eine allgemeine Einigung darüber erzielt worden wäre, wer was mit etwas tun soll und zu welchem

---

minante Schutzagentur“ Konkurrenten verbietet, unabhängig davon, wie deren Handlungen ausgesehen hätten? (Robert Nozick, *Anarchy, State, and Utopia* [New York: Basic Books, 1974], S. 55f.) Oder wie könnte er es für moralisch richtig halten, sogenannte unproduktive Tauschgeschäfte zu verbieten, d.h. Tauschgeschäfte, bei denen eine Partei besser dastünde, wenn die andere gar nicht existieren würde oder zumindest nichts damit zu tun hätte (wie beispielsweise im Fall eines Erpressten und eines Erpressers), unabhängig davon, ob ein solches Tauschgeschäft mit einer physischen Übergriffigkeit jeglicher Art verbunden war oder nicht (ebd., S. 83–86), es sei denn, er wäre der Ansicht, dass das Recht auf die Wahrung der Integrität der eigenen Eigentumswerte (und nicht der physischen Integrität) existiere? Für eine vernichtende Kritik insbesondere an Nozicks Theorie siehe Rothbard, *The Ethics of Liberty*, Kap. 29; zur falschen Anwendung der Indifferenzkurvenanalyse, die sowohl von Rawls als auch von Nozick verwendet wird, ders., *Toward a Reconstruction of Utility and Welfare Economics* (New York: Center for Libertarian Studies, Occasional Paper Series, Nr. 3, 1977).

Zeitpunkt. Es liegt auf der Hand, dass aufgrund all der damit verbundenen praktischen Probleme jeder längst tot wäre und niemand mehr argumentieren könnte, lange bevor eine Einigung erzielt werden könnte.[30] Noch entscheidender ist, dass diese Position bezüglich Eigentum und Aggression gar nicht wirksam *argumentiert* werden könnte, da das Argumentieren zugunsten einer Norm impliziert, dass es einen Konflikt über die Nutzung knapper Ressourcen gibt; andernfalls gäbe es schlicht keinen Diskussionsbedarf. Um jedoch zu argumentieren, dass es einen Ausweg aus solchen Konflikten gibt, muss vorausgesetzt werden, dass Handlungen *vor* einer tatsächlichen Einigung oder Uneinigkeit erlaubt sein müssen, denn wenn dies nicht der Fall wäre, könnte man nicht einmal so argumentieren. Doch wenn man dies tun kann – und insofern es als argumentierte intellektuelle Position existiert, muss die untersuchte Position davon ausgehen, dass man es kann – dann ist dies nur aufgrund der Existenz *objektiver* Eigentumsgrenzen möglich – Grenzen, die jeder für sich selbst als solche erkennen kann, ohne sich zuvor mit anderen über sein Wertesystem und seine Bewertungen einigen zu müssen. Auch eine solche werteschützende Ethik muss, ungeachtet dessen, was sie sagt, tatsächlich die Existenz objektiver Eigentumsgrenzen voraussetzen und nicht die von subjektiven Bewertungen bestimmten Grenzen, schon allein, um überlebende Personen zu haben, die ihre moralischen Vorschläge vorbringen können.

Die Idee, Werte statt körperlicher Unversehrtheit zu schützen, scheitert auch aus einem zweiten, damit zusammenhängenden Grund. Offensichtlich kann der eigene Wert, beispielsweise auf dem Arbeits- oder Heiratsmarkt, durch die körperliche Unversehrtheit oder den Grad der körperlichen Unversehrtheit anderer Menschen beeinflusst werden – und wird es auch. Wenn man also wollte, dass Eigentumswerte geschützt werden, müsste man körperliche Aggression gegen Menschen zulassen. Doch gerade weil die Grenzen einer Person – also die Grenzen ihres Eigentums an ihrem eigenen Körper als ihrem Bereich exklusiver Kontrolle, den eine andere Person nicht

[30] Siehe auch Rothbard, *The Ethics of Liberty*, S. 46.

überschreiten darf, es sei denn, sie möchte zum Aggressor werden – physische Grenzen sind (intersubjektiv feststellbar und nicht nur subjektiv gewünschte Grenzen), kann sich jeder unabhängig über alles einigen (und Einigung bedeutet Einigung unter unabhängigen Entscheidungseinheiten!). Nur weil die geschützten Eigentumsgrenzen objektiv sind (d.h. feststehend und als feststehend erkennbar vor jeder konventionellen Vereinbarung), kann es Argumentation und möglicherweise Übereinstimmung von und zwischen unabhängigen Entscheidungseinheiten geben. Niemand könnte für ein Eigentumsrecht plädieren, das Eigentumsgrenzen in subjektiven, wertenden Begriffen definiert, denn schon die Möglichkeit, dies zu sagen, setzt voraus, dass man – entgegen dem, was die Theorie sagt – tatsächlich eine physisch unabhängige Einheit sein muss, die dies ausspricht.

Die Lage ist für alternative ethische Vorschläge nicht weniger bedrohlich, wenn man sich der zweiten wesentlichen Spezifikation der Grundsätze der libertären Eigentumstheorie zuwendet. Die Grundnormen des Libertarismus zeichnen sich nicht nur dadurch aus, dass Eigentum und Aggression in physischen Maßstäben definiert werden; nicht weniger wichtig ist, dass Eigentum als privates, individualisiertes Eigentum definiert wird und dass die Bedeutung der ursprünglichen Aneignung, die offensichtlich eine Unterscheidung zwischen Vorher und Nachher impliziert, präzisiert wurde. Auch mit dieser zusätzlichen Spezifikation geraten alternative, nicht-libertäre Ethiken in Konflikt. Anstatt die entscheidende Bedeutung der Unterscheidung zwischen „vorher“ und „nachher“ bei der Entscheidung zwischen konkurrierenden Eigentumsansprüchen anzuerkennen, schlagen sie Normen vor, die im Grunde besagen, dass die Priorität für eine solche Entscheidung irrelevant ist und dass Nachzügler ebenso viel Recht auf Eigentum haben wie die Ersten. Diese Idee kommt eindeutig zum Tragen, wenn der umverteilende Sozialismus die natürlichen Eigentümer von Reichtum und/oder deren Erben zur Zahlung einer Steuer verpflichtet, damit die benachteiligten Nachzügler an dessen Konsum teilhaben können. Sie kommt auch zum Tragen, wenn der Eigentümer einer natürlichen Ressource gezwungen wird, deren derzeitige Nutzung im Interesse

künftiger Generationen zu reduzieren (oder zu erhöhen). In beiden Fällen ergibt es nur Sinn, so zu handeln, wenn man davon ausgeht, dass die Person, die als Erste Reichtum angehäuft oder die natürliche Ressource als Erste genutzt hat, damit eine Aggression gegen einige Nachzügler begangen hat. Hätten sie nichts Unrechtes getan, hätten die Nachzügler keinen solchen Anspruch gegen sie.[31]

Was spricht gegen den Gedanken, die Unterscheidung zwischen „früher" und „später" als moralisch irrelevant aufzugeben? Erstens: Wenn die Nachzügler (diejenigen, die nichts mit knappen Gütern getan haben) tatsächlich genauso viel Anspruch darauf hätten wie die Vorreiter (diejenigen, die etwas mit den knappen Gütern getan haben), dann dürfte niemand jemals etwas mit irgendetwas tun, da man vor jeder Handlung die Zustimmung aller Nachzügler einholen müsste. Da die Nachwelt ja auch die Kinder der eigenen Kinder umfasst – Menschen, die so spät kommen, dass man sie unmöglich fragen könnte – ist es schlicht absurd, ein Rechtssystem zu befürworten, das die Unterscheidung zwischen „früher" und „später" nicht als Teil seiner zugrunde liegenden Eigentumstheorie nutzt, denn dies würde bedeuten, den Tod zu befürworten, während man doch Leben voraussetzen muss, um überhaupt etwas befürworten zu können. Weder wir noch unsere Vorfahren noch unsere Nachkommen könnten, würden oder werden überleben und etwas sagen oder argumentieren, wenn man dieser Regel folgen würde. Damit irgendeine Person – in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft – etwas argumentieren kann, muss es möglich sein, jetzt zu überleben. Niemand kann warten und sein Handeln aussetzen, bis jeder aus einer unbestimmten Gruppe von Nachzüglern zufällig auftaucht und dem zustimmt, was man tun möchte. Vielmehr muss eine Person, sofern sie sich allein befindet, in der Lage sein, sofort zu handeln, Güter zu nutzen, zu produzieren und zu konsumieren, noch bevor eine Eini-

[31] Zu einem merkwürdigen philosophischen Versuch, eine Ethik der Nachzügler zu rechtfertigen, siehe James P. Sterba, *The Demands of Justice* (Notre Dame, Ind.: Notre Dame University Press, 1980), insbes. S. 58ff., 137ff.; zur Absurdität einer solchen Ethik siehe Rothbard, *Man, Economy, and State*, S. 427.

gung mit Menschen erzielt wird, die einfach nicht da sind (und vielleicht auch nie da sein werden). Soweit sich ein Mensch in der Gesellschaft anderer befindet und es einen Konflikt darüber gibt, wie eine bestimmte knappe Ressource genutzt werden soll, muss er in der Lage sein, das Problem zu einem bestimmten Zeitpunkt mit einer bestimmten Anzahl von Menschen zu lösen, anstatt unbestimmte Zeiträume auf eine unbestimmte Anzahl von Menschen warten zu müssen. Einfach um zu überleben – was eine Voraussetzung dafür ist, für oder gegen irgendetwas zu argumentieren – können Eigentumsrechte also nicht als zeitlos und hinsichtlich der Anzahl der betroffenen Personen unspezifisch verstanden werden. Vielmehr müssen sie als etwas betrachtet werden, das durch Handeln zu bestimmten Zeitpunkten für bestimmte handelnde Individuen entsteht.[32]

Darüber hinaus wäre die Idee, die Unterscheidung zwischen „vorher" und „nachher" aufzugeben, schlichtweg unvereinbar mit dem Nichtaggressionsprinzip als praktischer Grundlage der Argumentation. Mit jemandem zu diskutieren und sich möglicherweise mit ihm zu einigen (und sei es nur in der Tatsache, dass Uneinigkeit besteht), bedeutet, das vorrangige Recht auf die ausschließliche Kontrolle über den eigenen Körper anzuerkennen. Andernfalls wäre es unmöglich, dass irgendjemand zu einem bestimmten Zeitpunkt etwas sagt und dass jemand anderes darauf antworten kann, da weder der erste noch der zweite Sprecher zu irgendeinem Zeitpunkt mehr eine physisch unabhängige Entscheidungseinheit wäre. Die Aufhebung der Unterscheidung zwischen „vorher" und „nachher"

[32] An dieser Stelle sei angemerkt, dass Verträge nur dann möglich sind, wenn Eigentumsrechte als zeitlich entstandene private Eigentumsrechte konzeptualisiert werden. Es ist klar, dass Verträge Vereinbarungen zwischen zählbaren, physisch unabhängigen Einheiten sind, die auf der gegenseitigen Anerkennung der privaten Eigentumsansprüche jedes Vertragspartners auf Dinge beruhen, die vor dem Zeitpunkt der Vereinbarung erworben wurden, und die dann die Übertragung von Eigentumsrechten an bestimmten Dingen von einem bestimmten früheren auf einen bestimmten späteren Eigentümer betreffen. Im Rahmen einer Ethik der Nachzügler könnten Verträge dieser Art vorstellbarerweise nicht existieren!

kommt also der Aufhebung der Möglichkeit gleich, zu argumentieren und eine Einigung zu erzielen. Da man jedoch nicht argumentieren kann, dass es keine Möglichkeit zur Diskussion gibt, ohne dass die vorherige Kontrolle jedes Menschen über seinen eigenen Körper anerkannt und als gerecht akzeptiert wird, könnte eine Ethik der Nachzügler, die diese Unterscheidung nicht trifft, niemals von irgendjemandem akzeptiert werden. Einfach zu *sagen*, dass dies möglich wäre, würde einen Widerspruch implizieren, denn die Fähigkeit, dies zu sagen, würde die eigene Existenz als unabhängige Entscheidungseinheit zu einem bestimmten Zeitpunkt voraussetzen.

Daher muss man zu dem Schluss kommen, dass die libertäre Ethik nicht nur durch a priori-Argumente gerechtfertigt werden kann, sondern dass keine alternative Ethik argumentativ verteidigt werden kann.

12

Die Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Effizienz

Das zentrale Problem der politischen Ökonomie ist die Frage, wie die Gesellschaft so organisiert werden soll, dass die Produktion von Wohlstand gefördert wird. Das zentrale Problem der politischen Philosophie ist die Frage, wie die Gesellschaft so gestaltet werden soll, dass sie eine gerechte soziale Ordnung bildet.

Die erste Frage betrifft Fragen der Effizienz: Welche Mittel sind geeignet, um ein bestimmtes Ergebnis zu erreichen, in diesem Fall Wohlstand?

Die zweite Frage fällt außerhalb des Bereichs der sogenannten positiven Wissenschaften. Sie fragt, ob das von der politischen Ökonomie als gegeben angenommene Ziel als Ziel gerechtfertigt werden kann und ob somit die von der politischen Ökonomie empfohlenen Mittel als effiziente Mittel für gerechte Ziele angesehen werden können.

Im Folgenden präsentiere ich eine a priori-Rechtfertigung für die These, dass die von der politischen Ökonomie empfohlenen Mittel tatsächlich effiziente Mittel für gerechte Ziele sind.

[Nachdruck aus dem *Austrian Economics Newsletter* (Winter 1988). Ebenfalls nachgedruckt in Band 3 von *Austrian Economics*, herausgegeben von Stephen Littlechild (London: Edward Elgar, 1990).]

Zunächst beschreibe ich die von der politischen Ökonomie empfohlenen Mittel und erläutere die systematischen Gründe, warum die durch deren Anwendung erzielte Wohlstandsproduktion größer ist als die, die durch die Wahl anderer Mittel erzielt wird. Da meine Hauptaufgabe darin besteht, die Gerechtigkeit dieser Mittel zur Wohlstandsproduktion aufzuzeigen, werde ich mich bei der Beschreibung und Erläuterung der wirtschaftlichen Effizienz kurz fassen.

Die politische Ökonomie geht von der Erkenntnis der Knappheit aus. Nur weil wir nicht im Garten Eden leben, beschäftigt uns das Problem der wirtschaftlichen Effizienz. Nach der politischen Ökonomie ist das effizienteste Mittel, um Knappheit zu mildern, wenn nicht gar zu überwinden, die Institution des Privateigentums. Die dieser Institution zugrunde liegenden Regeln wurden größtenteils von John Locke zutreffend identifiziert. Sie lauten wie folgt:

Jeder Mensch besitzt seinen eigenen Körper sowie alle knappen Güter, die er mit Hilfe seines Körpers vor allen anderen in Gebrauch nimmt. Dieses Eigentumsrecht beinhaltet das Recht, diese knappen Güter nach eigenem Ermessen zu nutzen, solange man dabei nicht gegen das Eigentum eines anderen verstößt, d.h. solange man nicht unbefugt die physische Unversehrtheit des Eigentums eines anderen verändert oder dessen Kontrolle darüber ohne dessen Zustimmung einschränkt. Insbesondere gilt: Sobald ein Gut durch die Einbringung eigener Arbeit (Lockes Formulierung) erstmals angeeignet oder in Besitz genommen wurde, kann das Eigentumsrecht daran nur noch durch eine vertragliche Übertragung des Eigentumsrechts vom früheren auf den späteren Eigentümer erworben werden.

Der Grund, warum diese Institution zur größtmöglichen Produktion von Wohlstand führt, ist einfach. Jede Abweichung von diesen Regeln bedeutet per Definition eine Umverteilung von Eigentumsrechten (und damit von Einkommen) weg von den nutzenden Produzenten und Vertragspartnern von Gütern hin zu Nicht-Nutzern und Nicht-Vertragspartnern. Folglich bedeutet eine solche Abweichung, dass es relativ weniger ursprüngliche Aneignung von Ressourcen geben wird, deren Knappheit erkannt wird, dass es weniger

Produktion neuer Güter, weniger Instandhaltung bestehender Güter und weniger für beide Seiten vorteilhafte Vertragsabschlüsse und Handel geben wird. Dies bedeutet natürlich einen niedrigeren Lebensstandard in Bezug auf tauschbare Güter und Dienstleistungen. Darüber hinaus stellt die Bestimmung, dass nur der erste Nutzer (und nicht ein späterer) eines Gutes das Eigentumsrecht erwirbt, sicher, dass die produktiven Anstrengungen *zu jeder Zeit* so hoch wie möglich sind. Zudem garantiert die Bestimmung, dass nur die physische Unversehrtheit des Eigentums (nicht der Eigentumswerte) geschützt wird, dass jeder Eigentümer die größtmöglichen *wertschöpfenden* Anstrengungen unternimmt, d.h. Anstrengungen, um günstige Veränderungen der Eigentumswerte zu fördern und ungünstige Veränderungen der Eigentumswerte zu verhindern oder ihnen entgegenzuwirken (wie sie sich aus den Handlungen einer anderen Person in Bezug auf sein Eigentum ergeben könnten). Somit impliziert jede Abweichung von diesen Regeln auch zu jeder Zeit ein geringeres Maß an wertschöpfenden Anstrengungen.

Nun zu meiner Hauptaufgabe, nämlich nachzuweisen, dass die soeben charakterisierte Institution des Privateigentums gerecht ist – ja, dass nur diese Institution gerecht ist und dass jede Abweichung davon nicht nur wirtschaftlich ineffizient, sondern auch unethisch ist.

Zunächst möchte ich jedoch eine wesentliche Ähnlichkeit zwischen dem Problem der politischen Ökonomie und dem der politischen Philosophie verdeutlichen – eine Ähnlichkeit, die politische Philosophen in ihrer weit verbreiteten Unkenntnis der Wirtschaftswissenschaften im Allgemeinen übersehen, um schließlich in endlosen *Ad-hoc*-Lösungen zu enden. Die Anerkennung der Knappheit ist nicht nur der Ausgangspunkt der politischen Ökonomie; sie ist auch der Ausgangspunkt der politischen Philosophie. Es liegt auf der Hand: Gäbe es einen Überfluss an Gütern, gäbe es überhaupt kein wirtschaftliches Problem. Bei einem solchen Überfluss an Gütern, dass meine gegenwärtige Nutzung weder meinen eigenen zukünftigen Vorrat noch den gegenwärtigen oder zukünftigen Vorrat für andere Personen verringern würde, würden auch keine ethischen Prob-

leme von Recht oder Unrecht, Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit auftauchen, da kein Konflikt über die Nutzung solcher Güter entstehen könnte. Nur insoweit Güter knapp sind, sind Wirtschaftswissenschaft und Ethik erforderlich. Ebenso wie die Antwort auf das Problem der politischen Ökonomie in Form von Regeln formuliert werden muss, die die möglichen Verwendungen von Ressourcen als knappe Ressourcen einschränken, muss auch die politische Philosophie in Form von Eigentumsrechten antworten. Um unvermeidliche Konflikte zu vermeiden, muss sie eine Reihe von Regeln formulieren, die Rechte der ausschließlichen Kontrolle über knappe Güter zuweisen. (Man beachte, dass selbst im Garten Eden der Körper eines Menschen, der von diesem Körper eingenommene Raum und die Zeit immer noch knapp wären und insofern die politische Ökonomie und die Philosophie immer noch eine Aufgabe zu erfüllen hätten, wie begrenzt diese auch sein mag.)

Nun zum eigentlichen Beweis der These, dass von den unendlich vielen denkbaren Möglichkeiten, Menschen ausschließliche Eigentumsrechte zuzuweisen, nur die zuvor beschriebenen Regeln des Privateigentums tatsächlich gerechtfertigt sind. Ich werde meine Argumentation Schritt für Schritt darlegen.

Erstens: Knappheit ist zwar eine notwendige Bedingung für das Entstehen des Problems der politischen Philosophie, aber keine hinreichende. Denn offensichtlich könnten wir Konflikte über die Nutzung knapper Ressourcen beispielsweise mit einem Elefanten oder einer Mücke haben, doch würden wir es nicht für möglich halten, diese Konflikte durch den Vorschlag von Eigentumsnormen zu lösen. In solchen Fällen ist die Vermeidung möglicher Konflikte lediglich ein technisches, kein ethisches Problem. Damit es zu einem ethischen Problem wird, ist es zudem notwendig, dass die Konfliktparteien grundsätzlich zur Argumentation fähig sind. Tatsächlich ist dies unbestreitbar der Fall, da wir uns hier ebenfalls in einer Argumentation befinden. Zu leugnen, dass politische Philosophie Argumentation voraussetzt, ist widersprüchlich, da die Leugnung selbst ein Argument wäre. Erst durch Argumentation entsteht der Begriff der Gültigkeit und der Wahrheit, und zwar keineswegs nur der Be-

griff der Wahrheit in ethischen Fragen, sondern der Wahrheit im Allgemeinen. Nur im Rahmen der Argumentation werden Wahrheitsansprüche jeglicher Art aufgestellt, und nur im Verlauf der Argumentation werden Wahrheitsansprüche entschieden. Diese Aussage erweist sich selbst als unbestreitbar wahr: Man kann nicht argumentieren, dass man nicht argumentieren kann, und man kann nicht bestreiten, zu wissen, was es bedeutet, einen Wahrheitsanspruch zu erheben, ohne implizit zumindest die Negation dieser Aussage als wahr zu behaupten. Mein allererster Schritt in der folgenden Argumentationskette wurde daher von Philosophen wie Jürgen Habermas und K.O. Apel als „das A-priori der Argumentation" bezeichnet.[1]

So wie es unbestreitbar wahr ist, dass Ethik Argumentation erfordert, ist es auch unbestreitbar wahr, dass jedes Argument eine argumentierende Person erfordert. Argumentieren besteht nicht aus frei schwebenden Aussagen. Es ist eine Tätigkeit. Wenn Argumentation jedoch, abgesehen von dem, was im Laufe des Argumentierens gesagt wird, auch eine praktische Angelegenheit ist und wenn Argumentation die Voraussetzung für Wahrheitsansprüche und möglicherweise wahre Aussagen ist, dann folgt daraus, dass intersubjektiv bedeutsame Normen existieren müssen – nämlich jene, die eine Handlung zur Argumentation machen – die einen besonderen kognitiven Status haben müssen, da sie die praktischen Voraussetzungen der Wahrheit sind. Auch dies gilt a priori, sodass jeder, etwa ein Empiriker-Positivist-Emotivist, der die Möglichkeit einer rationalen Ethik leugnete und die Akzeptanz oder Ablehnung von Normen als willkürliche Angelegenheit erklärte, unweigerlich in einen praktischen Widerspruch geraten würde. Denn entgegen dem, was er sagen würde, müsste er tatsächlich die Normen, die jeder Argumentation zugrunde liegen, als gültig voraussetzen, nur um überhaupt etwas sagen zu können.

[1] K.O. Apel, „Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik", in ders., *Transformation der Philosophie* (Frankfurt am Main, 1973), Band II; Jürgen Habermas, *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln* (Frankfurt am Main, 1983).

Mit diesem Schritt gehen jedoch Philosophen wie Habermas und Apel überhaupt nicht mehr mit.[2] Doch wie sich sofort zeigen wird, ist dies bereits im vorangegangenen Schritt impliziert. Dass Habermas und Apel diesen Schritt nicht gehen können, liegt meiner Ansicht nach daran, dass auch sie, wie viele andere Philosophen, unter einer völligen Unkenntnis der Wirtschaftswissenschaften und einer entsprechenden Blindheit gegenüber der Tatsache der Knappheit leiden. Der Schritt ist ganz einfach: Die Erkenntnis, dass Argumentation eine Form des Handelns ist und nicht aus frei schwebenden Lauten besteht, impliziert die Erkenntnis, dass jede Argumentation voraussetzt, dass eine Person die ausschließliche Kontrolle über die knappe Ressource ihres Körpers hat. Solange es Argumentation gibt, gibt es eine gegenseitige Anerkennung des Eigentumsrechts des anderen an seinem eigenen Körper. Es ist diese Anerkennung der ausschließlichen Kontrolle des anderen über den eigenen Körper, die jeder Argumentation vorausgesetzt wird, die das einzigartige Merkmal der verbalen Kommunikation erklärt: Während man über das Gesagte uneinig sein mag, ist es dennoch möglich, sich zumindest darüber einig zu sein, dass eine solche Uneinigkeit besteht. Auch hier muss ein solches Eigentumsrecht am eigenen Körper als a priori gerechtfertigt angesehen werden, denn jeder, der versuchen würde, irgendeine Norm zu rechtfertigen, müsste bereits das ausschließliche Recht auf Kontrolle über seinen Körper als gültige Norm voraussetzen, allein um sagen zu können: „Ich schlage dieses und jenes vor." Darüber hinaus würde jeder, der das Eigentumsrecht an seinem Körper anzweifeln wollte, in einen praktischen Widerspruch geraten, da eine solche Argumentation bereits die Akzeptanz genau jener Norm implizieren würde, die er gerade anzweifelt. Er würde nicht einmal den Mund aufmachen, wenn er Recht hätte.

[2] Apel und Habermas schweigen im Wesentlichen zu der entscheidenden Frage, welche ethische Vorgabe sich tatsächlich aus der Anerkennung des „Apriori der Argumentation" ergibt. Es gibt jedoch Äußerungen, die darauf hindeuten, dass beide zu glauben scheinen, dass in diesem Apriori eine Art partizipative Sozialdemokratie impliziert sei. Im Folgenden wird erläutert, warum nichts weiter von der Wahrheit entfernt sein könnte.

Das abschließende Argument erweitert die Vorstellung vom Privateigentum als gerechtfertigt und a priori gerechtfertigt vom eigentlichen Prototyp eines knappen Gutes (dem Körper einer Person) auf andere Güter. Es besteht aus zwei Teilen. Zunächst zeige ich, dass Argumentation – und die argumentative Rechtfertigung von irgendetwas – nicht nur das Recht auf die ausschließliche Kontrolle über den eigenen Körper voraussetzt, sondern auch das Recht auf die Kontrolle über andere knappe Güter; denn wenn niemand das Recht hätte, irgendetwas außer seinem eigenen Körper zu kontrollieren, würden wir alle aufhören zu existieren, und das Problem der Rechtfertigung von Normen – ebenso wie alle anderen menschlichen Probleme – würde schlichtweg nicht existieren. Wir leben nicht von Luft allein; daher müssen allein aufgrund der Tatsache, dass wir leben, Eigentumsrechte an anderen Dingen ebenfalls als gültig vorausgesetzt werden. Niemand, der lebt, könnte etwas anderes behaupten.

Der zweite Teil der Argumentation zeigt, dass nur die Locke'sche Idee der Begründung von Eigentumsansprüchen durch Bewirtschaftung ein gerechtes Prinzip des Eigentumserwerbs ist. Der Beweis bedient sich eines einfachen Argumentum a contrario: Wenn eine Person das Recht auf ausschließliche Kontrolle über andere, von der Natur gegebene Güter nicht durch eigene Arbeit erwerben würde, das heißt, wenn andere Menschen, die diese Güter zuvor nicht genutzt hatten, das Recht hätten, den Eigentumsanspruch des Besetzers anzufechten, dann wäre dies nur möglich, wenn man Eigentumsrechte nicht durch Arbeit erwerben würde, d.h. durch die Herstellung einer objektiven Verbindung zwischen einer bestimmten Person und einer bestimmten knappen Ressource, sondern einfach durch eine mündliche Erklärung. Diese Lösung – abgesehen von der offensichtlichen Tatsache, dass sie im rein technischen Sinne nicht einmal als Lösung gelten würde, da sie keine Grundlage für die Entscheidung zwischen konkurrierenden deklarativen Ansprüchen bieten würde – ist unvereinbar mit dem bereits begründeten Eigentumsrecht einer Person an ihrem Körper. Denn wenn man sich Eigentum tatsächlich per Dekret aneignen könnte, würde dies bedeuten, dass es auch möglich wäre, den Körper einer anderen Per-

son einfach zu seinem eigenen zu erklären. Wie wir jedoch gesehen haben, beinhaltet die Behauptung, dass Eigentum nicht durch Bewirtschaftung, sondern durch Erklärung erworben wird, einen praktischen Widerspruch: Niemand kann etwas sagen und erklären, es sei denn, sein Recht, seinen Körper zu nutzen, wird bereits als gültig vorausgesetzt, und zwar allein aufgrund der Tatsache, dass – unabhängig davon, was er sagt – er und niemand sonst ihn als sein Instrument zum Sprechen in Besitz genommen hat.

Damit ist meine a priori-Rechtfertigung der Institution des Privateigentums im Wesentlichen abgeschlossen. Es bedarf vielleicht nur zwei ergänzender Argumente, um aufzuzeigen, warum und inwiefern alle anderen ethischen Vorschläge (ich nenne sie mal sozialistisch) argumentativ unhaltbar sind.

Gemäß der Ethik des Privateigentums werden knappe Ressourcen, die unter der ausschließlichen Kontrolle ihrer Eigentümer stehen, physisch definiert, und *mutatis mutandis* wird Aggression als Eingriff in die physische Integrität des Eigentums einer anderen Person definiert. Wie bereits angedeutet, besteht die wirtschaftliche Wirkung dieser Bestimmung darin, wertschöpfende Anstrengungen zu maximieren. Eine beliebte Abweichung davon ist die Idee, Aggression stattdessen als Eingriff in den Wert oder die psychische Integrität des Eigentums einer anderen Person zu definieren. Dieser Idee liegt John Rawls' „Differenzprinzip" zugrunde, wonach alle Ungleichheiten zum Vorteil aller sein müssen, unabhängig davon, wie solche Ungleichheiten entstanden sind[3] oder Robert Nozicks Behauptung, dass eine „dominante Schutzagentur" das Recht habe, Konkurrenten unabhängig von deren tatsächlichen Handlungen zu verbieten, sowie seine damit verbundene Behauptung, dass „unproduktive Tauschgeschäfte", bei denen eine Partei besser dastünde, wenn die andere nicht existiere, verboten werden könnten – wiede-

[3] John Rawls, *A Theory of Justice* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1971), S. 60, S. 75f., 83.

rum unabhängig davon, ob ein solcher Tausch physische Aggression beinhaltete oder nicht.[4]

Solche Vorschläge sind ebenso absurd wie unhaltbar. Während jeder Mensch die Kontrolle darüber haben kann, ob seine Handlungen die physische Unversehrtheit von etwas verändern, liegt die Kontrolle darüber, ob die eigenen Handlungen den Wert des Eigentums eines anderen verändern, bei anderen Menschen und deren Bewertungen. Man müsste die gesamte Weltbevölkerung befragen und eine Einigung mit ihr erzielen, um sicherzustellen, dass die eigenen geplanten Handlungen die Bewertungen einer anderen Person hinsichtlich ihres Eigentums nicht verändern. Jeder wäre längst tot, bevor dies jemals erreicht werden könnte. Darüber hinaus ist die Vorstellung, dass der Wert von Eigentum geschützt werden sollte, argumentativ unhaltbar, denn schon um darüber zu argumentieren, muss vorausgesetzt werden, dass Handlungen vor einer tatsächlichen Einigung erlaubt sein müssen, denn wenn dies nicht der Fall wäre, könnte man nicht einmal darüber argumentieren. Wenn man es jedoch kann, dann ist dies nur aufgrund objektiver Eigentumsgrenzen möglich, d.h. Grenzen, die jeder Mensch für sich selbst als solche erkennen kann, ohne sich zuvor mit irgendjemandem über sein Wertesystem und seine Bewertungen einigen zu müssen. Rawls und Nozick könnten nicht einmal den Mund aufmachen, wenn es anders wäre. Die bloße Tatsache, dass sie ihn aufmachen, beweist also, dass das, was sie sagen, falsch ist.

Die zweite populäre Abweichung, ebenso absurd und unhaltbar, lautet wie folgt: Anstatt die entscheidende Bedeutung der Unterscheidung zwischen Erstaneignern und Nachzüglern bei der Entscheidung zwischen konkurrierenden Eigentumsansprüchen anzuerkennen – wie es die Ethik des Privateigentums tut und dadurch sicherstellt, dass wertschöpfende Anstrengungen jederzeit so hoch wie möglich sind – wird im Wesentlichen behauptet, dass die Priorität irrelevant sei und dass Nachzüglern ebenso wie Erstaneigner Eigentumsrechte hätten. Auch hier kann Rawls mit seinem Glauben

[4] Robert Nozick, *Anarchy, State, and Utopia* (New York: Basic Books, 1974), S. 55f., 83–86.

an die Rechte künftiger Generationen, gerechte Sparquoten und dergleichen als Beispiel angeführt werden. Hätten Nachzügler jedoch tatsächlich legitime Eigentumsansprüche auf Dinge, dann dürfte buchstäblich niemand irgendetwas mit irgendetwas tun, da man die Zustimmung aller Nachzügler einholen müsste, bevor man überhaupt tun könnte, was man tun möchte. Weder wir noch unsere Vorfahren noch unsere Nachkommen könnten, würden oder werden überleben, wenn man dieser Regel folgen würde. Damit jedoch irgendeine Person – ob in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft – überhaupt etwas argumentieren kann, muss es offensichtlich möglich sein, damals und heute zu überleben. Um genau dies zu erreichen – und selbst Menschen hinter einem Rawls'schen „Schleier der Unwissenheit" müssten überleben können – dürfen Eigentumsrechte nicht als zeitlos und hinsichtlich der Anzahl der betroffenen Personen unspezifisch verstanden werden. Vielmehr müssen sie notwendigerweise als durch Handlungen zu bestimmten Zeitpunkten für bestimmte handelnde Individuen entstanden betrachtet werden. Andernfalls wäre es unmöglich, dass jemand zu einem bestimmten Zeitpunkt überhaupt etwas sagt und dass jemand anderes darauf antworten kann. Einfach zu sagen, dass die Unterscheidung zwischen Vorher und Nachher ignoriert werden kann, impliziert also einen Widerspruch, da die Fähigkeit, dies zu sagen, die eigene Existenz als unabhängige Entscheidungseinheit zu einem bestimmten Zeitpunkt voraussetzt.

Daher komme ich zu dem Schluss, dass jede sozialistische Ethik ein völliger Fehlschlag ist. Nur die Institution des Privateigentums, die zudem die größtmögliche Produktion von Wohlstand gewährleistet, lässt sich argumentativ rechtfertigen, da sie die eigentliche Voraussetzung für jede Argumentation ist.

13

Zur letztendlichen Rechtfertigung der Ethik des Privateigentums

Ludwig von Mises präsentiert und erläutert in seinem Meisterwerk *Human Action* die gesamte Wirtschaftstheorie, wie sie sich aus dem begrifflichen Verständnis der Bedeutung des Handelns (sowie aus einigen wenigen allgemeinen, explizit eingeführten Annahmen über die empirische Realität, in der das Handeln stattfindet) ergibt und daraus ableitbar ist. Er bezeichnet dieses begriffliche Wissen als das „Axiom des Handelns" und zeigt auf, in welchem Sinne die Bedeutung des Handelns, von der die Wirtschaftstheorie ausgeht – d.h. von Werten, Zielen und Mitteln, von Wahl, Präferenz, Gewinn, Verlust und Kosten – als a priori-Wissen betrachtet werden muss. Es leitet sich nicht aus Sinneseindrücken ab, sondern aus Reflexion (man sieht Handlungen nicht, sondern interpretiert bestimmte physikalische Phänomene als Handlungen!). Vor allem aber kann es durch keinerlei Erfahrung widerlegt werden, denn jeder Versuch, dies zu tun, würde bereits die Existenz von Handeln und das Verständnis eines Handelnden für die Kategorien des Handelns voraussetzen (etwas zu erleben ist schließlich selbst eine intentionale Handlung!).

Nachdem Mises die Wirtschaftswissenschaft somit als letztlich aus einer a priori wahren Aussage abgeleitet rekonstruiert hat, kann er für sich beanspruchen, eine endgültige Grundlage für die Wirt-

[Nachdruck aus *Liberty* 2, Nr. 1 (1988).]

schaftswissenschaft geschaffen zu haben. Er bezeichnet eine so begründete Wirtschaftswissenschaft als „Praxeologie“, die Logik des Handelns, um die Tatsache zu betonen, dass ihre Sätze aufgrund des unbestreitbaren Handlungsaxioms und der ebenso unbestreitbaren Gesetze des logischen Denkens (wie der Gesetze der Identität und des Widerspruchs) endgültig bewiesen werden können – also völlig unabhängig von jeglicher Art empirischer Überprüfung (wie sie beispielsweise in der Physik angewendet wird). Doch obwohl seine Idee der Praxeologie und seine Erarbeitung eines gesamten praxeologischen Gedankenguts ihn zu den Großen der modernen westlichen Tradition des Rationalismus in dessen Suche nach sicheren Grundlagen zählt, glaubt Mises nicht, dass eine andere Behauptung dieser Tradition erfüllt werden kann: die Behauptung, dass es auch in ethischen Fragen Grundlagen gebe. Laut Mises gibt es keine endgültige Rechtfertigung für ethische Aussagen im gleichen Sinne, wie es eine für ökonomische Aussagen gibt. Die Wirtschaftswissenschaft kann uns Aufschluss darüber geben, ob bestimmte Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele geeignet sind oder nicht; doch ob die Ziele als gerecht angesehen werden können, lässt sich weder durch die Wirtschaftswissenschaft noch durch irgendeine andere Wissenschaft entscheiden. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, das eine Ziel dem anderen vorzuziehen. Letztendlich ist die Wahl des Ziels aus wissenschaftlicher Sicht willkürlich und eine Frage subjektiver Laune, die keiner Rechtfertigung bedarf, die über die bloße Tatsache hinausgeht, dass sie einem gefällt.

Viele Libertäre sind Mises in diesem Punkt gefolgt. Wie Mises haben sie die Idee einer rationalen Grundlage der Ethik aufgegeben. Wie er machen sie so viel wie möglich aus der wirtschaftlichen Aussage, dass die libertäre Ethik des Privateigentums einen höheren allgemeinen Lebensstandard hervorbringt als jede andere; dass die meisten Menschen tatsächlich einen höheren gegenüber einem niedrigeren Lebensstandard bevorzugen; und dass der Libertarismus sich daher als äußerst populär erweisen sollte. Doch letztlich können solche Überlegungen, wie Mises sicherlich wusste, nur jemanden vom Libertarismus überzeugen, der das „utilitaristische“ Ziel der allge-

meinen Wohlstandsmaximierung bereits akzeptiert hat. Für diejenigen, die dieses Ziel nicht teilen, haben sie keinerlei überzeugende Kraft. Somit beruht der Libertarismus letztendlich auf nichts anderem als einem willkürlichen Glaubensakt.

Im Folgenden skizziere ich ein Argument, das aufzeigt, warum diese Position unhaltbar ist und wie die im Wesentlichen an Locke angelehnte Ethik des Privateigentums im Libertarismus letztlich gerechtfertigt werden kann. Tatsächlich stützt dieses Argument die Naturrechtsposition des Libertarismus, wie sie von dem anderen Meisterdenker der modernen libertären Bewegung, Murray N. Rothbard, vertreten wird – vor allem in seinem Werk *Ethics of Liberty*. Das Argument, das die letztendliche Rechtfertigung des Privateigentums begründet, unterscheidet sich jedoch von dem, das typischerweise von der Naturrechtstradition vorgebracht wird. Das Vorbild liefert nicht diese Tradition, sondern Mises mit seiner Idee der Praxeologie und den praxeologischen Beweisen.

Ich zeige, dass nur die libertäre Ethik des Privateigentums argumentativ gerechtfertigt werden kann, da sie die praxeologische Voraussetzung der Argumentation als solcher ist; und dass jeder davon abweichende, nicht-libertäre ethische Vorschlag als Verstoß gegen diese nachgewiesene Präferenz aufgezeigt werden kann. Ein solcher Vorschlag kann natürlich gemacht werden, aber sein aussagelogischer Inhalt würde der Ethik widersprechen, für die man durch den eigenen Akt der Bildung der Aussagelogik, d.h. durch den Akt der Argumentation als solcher, eine Präferenz gezeigt hat. Man kann beispielsweise sagen: „Menschen sind und werden immer *indifferent* gegenüber dem Tun von Dingen sein“, doch dieser Satz würde durch den Akt der Satzbildung selbst widerlegt, der tatsächlich eine subjektive *Präferenz* demonstrieren würde (nämlich dies zu sagen, anstatt etwas anderes zu sagen oder gar nichts zu sagen). Ebenso werden nicht-libertäre ethische Vorschläge durch die Tatsache widerlegt, dass sie tatsächlich vorgeschlagen werden.

Um zu dieser Schlussfolgerung zu gelangen und ihre Bedeutung und logische Kraft richtig zu verstehen, sind zwei Erkenntnisse wesentlich.

Erstens muss beachtet werden, dass die Frage, was gerecht oder ungerecht ist – oder in diesem Zusammenhang die noch allgemeinere Frage, was eine gültige Aussage ist und was nicht – nur insoweit aufkommt, wie ich und andere zu einem Austausch von Aussagen, d.h. zur Argumentation, fähig sind. Die Frage stellt sich nicht in Bezug auf einen Stein oder einen Fisch, da diese nicht in der Lage sind, an solchen Austauschprozessen teilzunehmen und gültigkeitsbeanspruchende Aussagen zu produzieren. Wenn dies jedoch so ist – und man kann dies nicht leugnen, ohne sich selbst zu widersprechen, da man nicht argumentieren kann, dass man nicht argumentieren kann – dann muss bei jedem ethischen Vorschlag ebenso wie bei jeder anderen Aussage davon ausgegangen werden, dass er beansprucht, durch Aussagen oder Argumente validiert werden zu können. (Auch von Mises muss, soweit er ökonomische Aussagen formuliert, angenommen werden, dass er dies beansprucht.) Tatsächlich zeigt man bei der Formulierung jeder Aussage, sei es offen oder als innerer Gedanke, seine Präferenz dafür, sich auf argumentative Mittel zu verlassen, um sich selbst oder andere von etwas zu überzeugen. Es gibt also, trivialerweise, keine Möglichkeit, irgendetwas zu rechtfertigen, es sei denn, es handelt sich um eine Rechtfertigung mittels aussagelogischer Austausche und Argumente. Es muss jedoch als die ultimative Niederlage für einen ethischen Vorschlag angesehen werden, wenn man nachweisen kann, dass sein Inhalt logisch unvereinbar mit der Behauptung des Verfechters ist, seine Gültigkeit sei durch argumentative Mittel feststellbar. Einen solchen Widerspruch nachzuweisen, käme einem Unmöglichkeitsbeweis gleich, und ein solcher Beweis würde die tödlichste Niederlage darstellen, die im Bereich der intellektuellen Forschung möglich ist.

Zweitens muss angemerkt werden, dass Argumentation nicht aus frei schwebenden Aussagen besteht, sondern eine Handlungsform ist, die den Einsatz knapper Mittel erfordert; und dass die Mittel, für die sich eine Person durch den Austausch von Aussagen entscheidet, diejenigen des Privateigentums sind. Zum einen könnte niemand überhaupt etwas vorschlagen, und niemand könnte durch argumentative Mittel von einer Aussage überzeugt werden, wenn nicht be-

reits das Recht einer Person auf die ausschließliche Nutzung ihres physischen Körpers vorausgesetzt wäre. Es ist diese Anerkennung der sich gegenseitig ausschließenden Kontrolle über den eigenen Körper, die den besonderen Charakter des Austauschs von Aussagen erklärt: Während man über das Gesagte uneinig sein mag, ist es dennoch möglich, sich zumindest darüber einig zu sein, dass Uneinigkeit besteht. Es ist auch offensichtlich, dass ein solches Eigentumsrecht am eigenen Körper a priori als gerechtfertigt angesehen werden muss, denn jeder, der versuchen würde, irgendeine Norm zu rechtfertigen, müsste bereits das ausschließliche Kontrollrecht über seinen Körper als gültige Norm voraussetzen, allein um sagen zu können: „Ich mache diesen oder jenen Vorschlag." Jeder, der ein solches Recht bestreiten würde, würde in einen praktischen Widerspruch geraten, da eine solche Argumentation bereits die Akzeptanz genau jener Norm implizieren würde, die er bestreitet.

Darüber hinaus wäre es ebenso unmöglich, eine Argumentation über einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten und sich auf die Überzeugungskraft der eigenen Argumente zu stützen, wenn man nicht zusätzlich zu seinem Körper andere knappe Mittel durch Bewirtschaftungshandlungen (indem man sie nutzt, bevor es jemand anderes tut) an sich nehmen dürfte und wenn solche Mittel und die Rechte der ausschließlichen Kontrolle über sie nicht in objektiven physischen Begriffen definiert wären. Denn wenn niemand das Recht hätte, irgendetwas außer seinem eigenen Körper zu kontrollieren, dann würden wir alle aufhören zu existieren, und das Problem der Rechtfertigung von Normen würde schlichtweg nicht existieren. Somit müssen aufgrund der Tatsache, dass wir leben, Eigentumsrechte an anderen Dingen als gültig vorausgesetzt werden. Niemand, der lebt, könnte etwas anderes behaupten.

Wenn zudem eine Person das Recht auf ausschließliche Kontrolle über solche Güter nicht durch Bewirtschaftung erworben hätte, d.h. durch die Herstellung einer objektiven Verbindung zwischen einer bestimmten Person und einer bestimmten knappen Ressource, bevor dies jemand anderes getan hätte, sondern stattdessen angenommen würde, dass Nachzügler Eigentumsansprüche auf Gü-

ter hätten, dann dürfte niemand irgendetwas mit irgendetwas tun, da man die Zustimmung aller Nachzügler einholen müsste, bevor man überhaupt tun könnte, was man tun möchte. Weder wir noch unsere Vorfahren noch unsere Nachkommen könnten, würden oder werden überleben, wenn man dieser Regel folgen würde. Damit irgendeine Person – in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft – überhaupt etwas argumentieren kann, muss es möglich sein, damals und heute zu überleben, und um genau dies zu erreichen, dürfen Eigentumsrechte nicht als zeitlos und unspezifisch hinsichtlich der Anzahl der beteiligten Personen verstanden werden. Vielmehr müssen Eigentumsrechte als Ergebnis des Handelns bestimmter Individuen zu bestimmten Zeitpunkten betrachtet werden. Andernfalls wäre es unmöglich, dass jemand zu einem bestimmten Zeitpunkt überhaupt etwas sagen könnte und dass jemand anderes darauf antworten könnte. Allein die Behauptung, die „Erster-Nutzer-Erster-Eigentümer"-Regel des Libertarismus könne ignoriert werden oder sei ungerechtfertigt, impliziert einen Widerspruch, denn die Fähigkeit, dies zu sagen, setzt die eigene Existenz als unabhängige, entscheidungsfähige Einheit zu einem bestimmten Zeitpunkt voraus.

Schließlich wären Handeln und das Aufstellen von Aussagen auch unmöglich, wenn die durch Bewirtschaftung erworbenen Dinge nicht in objektiven, physischen Begriffen definiert wären (und wenn dementsprechend Aggression nicht als Eingriff in die physische Integrität des Eigentums einer anderen Person definiert wäre), sondern in Begriffen subjektiver Werte und Bewertungen. Während jeder Mensch die Kontrolle darüber haben kann, ob seine Handlungen die physische Integrität von etwas verändern oder nicht, liegt die Kontrolle darüber, ob die eigenen Handlungen den Wert des Eigentums einer anderen Person beeinflussen oder nicht, bei anderen Menschen und deren Bewertungen. Man müsste die gesamte Weltbevölkerung befragen und eine Einigung mit ihr erzielen, um sicherzustellen, dass die eigenen geplanten Handlungen die Bewertungen einer anderen Person hinsichtlich ihres Eigentums nicht verändern würden. Sicherlich wären alle längst tot, bevor dies erreicht wäre. Darüber hinaus ist die Vorstellung, dass Eigentumswerte ge-

schützt werden sollten, argumentativ unhaltbar, denn selbst um dies zu argumentieren, muss vorausgesetzt werden, dass Handlungen vor einer tatsächlichen Einigung erlaubt sein müssen. (Wären sie es nicht, könnte man diese These gar nicht erst aufstellen.) Sind sie jedoch erlaubt, ist dies nur aufgrund objektiver Eigentumsgrenzen möglich, d.h. Grenzen, die jeder Mensch selbst als solche erkennen kann, ohne sich zuvor mit jemand anderem über sein Wertesystem und seine Bewertungen abstimmen zu müssen.

Indem man lebt und irgendeinen Satz formuliert, beweist man, dass jede Ethik außer der libertären Ethik des Privateigentums ungültig ist. Wäre dies nicht so und hätten Nachzügler legitime Ansprüche auf Dinge oder wären in Eigentumsverhältnissen befindliche Dinge subjektiv definiert, könnte niemand zu irgendeinem Zeitpunkt als physisch unabhängige Entscheidungseinheit überleben. Folglich könnte niemand jemals einen Gültigkeitsanspruch geltend machenden Satz aufstellen.

Damit ist meine a priori-Begründung der Ethik des Privateigentums abgeschlossen. Einige Anmerkungen zu einem bereits zuvor angesprochenen Thema – dem Verhältnis dieses „praxeologischen" Beweises für den libertären zur utilitaristischen und zur Naturrechtsposition – sollen die Diskussion vervollständigen. Was die utilitaristische Position betrifft, so enthält der Beweis deren endgültige Widerlegung. Er zeigt, dass allein schon, um die utilitaristische Position zu vertreten, ausschließliche Kontrollrechte über den eigenen Körper und die eigenen eroberten Güter als gültig vorausgesetzt werden müssen. Genauer gesagt zeigt der Beweis hinsichtlich des konsequentialistischen Aspekts des Libertarismus dessen praxeologische Unmöglichkeit: Die Zuweisung von Rechten auf ausschließliche Kontrolle kann nicht von bestimmten Ergebnissen abhängig sein. Man könnte niemals handeln und etwas vorschlagen, es sei denn, private Eigentumsrechte bestünden bereits vor einem späteren Ergebnis. Eine konsequentialistische Ethik ist eine praxeologische Absurdität. Jede Ethik muss stattdessen „aprioristisch" oder augenblicklich sein, um es zu ermöglichen, dass man hier und jetzt handeln und dies oder jenes vorschlagen kann, anstatt das Handeln auf

später verschieben zu müssen. Niemand, der eine „Warte-auf-das-Ergebnis"-Ethik vertritt, wäre noch da, um etwas zu sagen, wenn er seinen eigenen Rat ernst nähme. Auch insofern, als utilitaristische Befürworter noch da sind, zeigen sie durch ihre Handlungen, dass ihre konsequentialistische Doktrin falsch ist und als falsch angesehen werden muss. Handeln und Vorschläge machen erfordert private Eigentumsrechte jetzt und kann nicht darauf warten, dass diese erst später zugewiesen werden.

Was die Position der Naturrechtslehre betrifft, so weist der praxeologische Beweis – der die Haltung der Naturrechtslehre hinsichtlich der Möglichkeit einer rationalen Ethik im Allgemeinen stützt und in vollem Einklang mit den Schlussfolgerungen dieser Tradition (insbesondere von Murray N. Rothbard) steht – mindestens zwei wesentliche Vorteile auf. Zum einen wurde der Position der Naturrechte selbst von ansonsten wohlwollenden Beobachtern häufig vorgeworfen, dass der Begriff der menschlichen Natur viel zu diffus sei, um die Ableitung eines bestimmten Regelwerks für das Verhalten zu ermöglichen. Der praxeologische Ansatz löst dieses Problem, indem er anerkennt, dass nicht der weiter gefasste Begriff der menschlichen Natur, sondern der enger gefasste Begriff des aussagelogischen Austauschs und der Argumentation als Ausgangspunkt für die Ableitung einer Ethik dienen muss. Zudem gibt es eine a priori-Rechtfertigung für diese Wahl, da das Problem von wahr und unwahr, von richtig und falsch, nicht unabhängig von aussagelogischen Austauschprozessen auftritt. Niemand könnte also einen solchen Ausgangspunkt ohne Widerspruch in Frage stellen. Schließlich ist es die Argumentation, die die Anerkennung von Privateigentum erfordert, sodass eine argumentative Infragestellung der Gültigkeit der Ethik des Privateigentums praxeologisch unmöglich ist.

Zweitens besteht die logische Kluft zwischen „Ist-" und „Soll-Aussagen", die die Befürworter der Naturrechte nicht erfolgreich überbrücken konnten – abgesehen von einigen allgemeinen kritischen Anmerkungen zur letztendlichen Gültigkeit der Fakt-Wert-Dichotomie. Hier hat der praxeologische Beweis des Libertarismus den Vorteil, dass er eine völlig wertfreie Rechtfertigung des Privat-

eigentums bietet. Er bleibt vollständig im Bereich der Ist-Aussagen und versucht niemals, aus einem „Ist“ ein „Soll“ abzuleiten. Die Struktur des Arguments ist folgende: (a) Rechtfertigung ist aussagelogische Rechtfertigung – a priori wahre Ist-Aussage; (b) Argumentation setzt das Eigentum am eigenen Körper und das Bewirtschaftungsprinzip voraus – a priori wahre Ist-Aussage; und (c) folglich kann keine Abweichung von dieser Ethik argumentativ gerechtfertigt werden – a priori wahre Ist-Aussage. Der Beweis bietet auch einen Schlüssel zum Verständnis der Natur der Fakt-Wert-Dichotomie: Soll-Aussagen lassen sich nicht aus Ist-Aussagen ableiten. Sie gehören zu unterschiedlichen logischen Bereichen. Es ist jedoch auch klar, dass man nicht einmal behaupten kann, dass es Tatsachen und Werte gibt, wenn kein Austausch von Aussagen stattfindet, und dass diese Praxis des Austauschs von Aussagen wiederum die Akzeptanz der Ethik des Privateigentums als gültig voraussetzt. Mit anderen Worten: Erkenntnis und Wahrheitssuche als solche haben eine normative Grundlage, und die normative Grundlage, auf der Erkenntnis und Wahrheit beruhen, ist die Anerkennung privater Eigentumsrechte.

14

Österreichischer Rationalismus im Zeitalter des Niedergangs des Positivismus

I. RATIONALISMUS UND RELATIVISMUS IN DEN NATUR- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Der philosophische Rationalismus behauptet, dass der Mensch in der Lage ist, die letztendlichen Grundlagen und Prinzipien des Wissens zu erkennen. Er erkennt an, dass alles Wissen, das vorausgesetzt werden muss, sobald man über irgendeinen Wissensanspruch argumentiert (und das daher nicht sinnvoll angefochten werden kann, da es die Voraussetzung für sinnvollen Zweifel ist), letztlich gerechtfertigt oder a priori gültig ist. Das Gesetz vom Widerspruch ist ein Beispiel für solches Wissen. Darüber hinaus behauptet der philosophische Rationalismus, dass der Mensch auf der Grundlage der Erkenntnis solcher letzten Wahrheiten zu systematischem wissenschaftlichem Fortschritt fähig ist.

Der Relativismus leugnet die Existenz absoluter Grundlagen des Wissens und die Möglichkeit wissenschaftlichen Fortschritts.

Es scheint kaum oder gar keine Belege für den Relativismus in den Naturwissenschaften zu geben. Es ist unbestreitbar, dass die Geschichte der Naturwissenschaften von kontinuierlichem Fortschritt

[Nachdruck aus Band 17 von *Austrian Economics: Perspectives on the Past and Prospects for the Future*, herausgegeben von Richard M. Ebeling (Hillsdale, Mich.: Hillsdale College Press, 1991).]

geprägt ist und dass der Mensch eine Beherrschung der Natur erreicht hat, die die vergangener Zeitalter bei weitem übertrifft. Darüber hinaus liefern Disziplinen wie die Aussagenlogik, die Arithmetik, die euklidische Geometrie, die rationale Mechanik (klassische Mechanik ohne Gravitation) und die Chronometrie, die alle zusammen als „Protophysik" bezeichnet wurden, perfekte Beispiele für die rationalistische Vorstellung von letztendlich begründetem Wissen. Logik und Protophysik müssen vorausgesetzt werden, wenn man überhaupt etwas Sinnvolles aussagen oder empirische Messungen von Raum, Zeit und Materie vornehmen will, und können daher unmöglich durch menschliche Erfahrung oder Messungen widerlegt werden. (Man kann beispielsweise nicht sagen, dass die euklidische Geometrie durch die Relativitätstheorie widerlegt worden sei, da die Etablierung der Relativitätstheorie die Gültigkeit der euklidischen Geometrie bei der Konstruktion der Messinstrumente voraussetzt.)

Im Gegenteil, in voller Übereinstimmung mit den Behauptungen des Rationalismus scheint es gerade der Status von Logik und Protophysik als absolut a priori begründete Theorien zu sein, der Fortschritte in den empirischen Naturwissenschaften systematisch ermöglicht.[1]

---

[1] Hierzu insbesondere Paul Lorenzen, *Methodisches Denken* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1968); ders., *Normative Logic and Ethics* (Mannheim: Bibliographisches Institut, 1969),

> Geometrie, Chronometrie und Hylometrie [rationale Mechanik] sind a priori-Theorien, die die empirische Messung von Raum, Zeit und Materie „möglich" machen. Sie müssen etabliert sein, bevor die Physik im modernen Sinne aller empirischen Wissenschaft mit ihren hypothetischen Kraftfeldern beginnen kann. Daher möchte ich diese drei Disziplinen unter dem gemeinsamen Namen *Protophysik* zusammenfassen. Die wahren Sätze der Protophysik sind jene Sätze, die auf der Grundlage von Logik, Arithmetik und Analysis, Definitionen und den idealen Normen, die Messungen ermöglichen, vertretbar sind. (S. 60)

Siehe auch Peter Janich, *Die Protophysik der Zeit* (Mannheim: Bibliographisches Institut, 1969); Friedrich Kambartel, *Erfahrung und Struktur* [Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1968]).

Diese Sichtweise auf die Naturwissenschaften und ihre Entwicklung ist im Zuge von Thomas Kuhns vielbeachtetem Buch *The Structure of Scientific Revolutions* in die Kritik geraten.[2] In detaillierten Analysen zentraler Episoden in der Geschichte der empirischen Naturwissenschaften stellte Kuhn darin die Ansicht in Frage, dass der Prozess der wissenschaftlichen Entwicklung als ein allmähliches Voranschreiten zur Wahrheit durch eine Reihe hypothetischer Vermutungen, entscheidender Experimente und der Eliminierung experimentell widerlegter Theorien beschrieben werden könne, wobei jede zukünftige Generation mehr wisse als die vorherige. Stattdessen handele es sich laut Kuhn um einen nicht-kumulativen, nichtteleologischen Prozess. Verschiedene „Paradigmen" oder grundlegende Sichtweisen auf das Wesen der Natur folgten aufeinander und lösten einander als vorübergehende Orthodoxien ab, wobei jedes Paradigma immun gegen Erfahrungen war und durch diese nicht widerlegt werden konnte und verschiedene Paradigmen untereinander inkommensurabel waren. Paradigmenwechsel wurden nicht durch unumstößliche Erfahrungen motiviert, sondern glichen religiösen Bekehrungen. Alte Paradigmen starben aus, als die Wissenschaftler, die sie gefördert hatten, starben; neue traten an ihre Stelle, als neue Generationen von Wissenschaftlern, angesteckt vom Bekehrungsfieber, heranwuchsen, wobei jede Generation durch die Annahme eines neuen Glaubensbekenntnisses neues Wissen gewann und zugleich altes Wissen verlor, indem sie die Paradigmen vergangener Generationen aufgab.

Fordert Kuhns Werk also eine Revision der rationalistischen Interpretation der Naturwissenschaften und liefert es Argumente für den Relativismus? Zwar neigt Kuhn dazu, dies zu glauben, und andere, allen voran Paul Feyerabend, haben Kuhns relativistische Bestrebungen sogar zu einem „methodologischen Anarchismus" mit

[2] Chicago: University of Chicago Press, 1970; siehe auch Imre Lakatos und Alan Musgrave, Hrsg., *Criticism and the Growth of Knowledge* (Cambridge: Cambridge University Press, 1970).

dem Schlachtruf „anything goes“[3] radikalisiert, doch besteht kaum ein Zweifel daran, dass weder Kuhn noch Feyerabend noch sonst jemand die breite Öffentlichkeit außerhalb der Elfenbeintürme der Wissenschaft erfolgreich davon überzeugen konnte, ein relativistisches Modell der Naturwissenschaften zu akzeptieren. Heute wie damals ist die breite Öffentlichkeit von den Ansichten des Rationalismus überzeugt, und das zu Recht.

Das soll nicht heißen, dass die oft faszinierenden Untersuchungen von Kuhn und Feyerabend nicht einen Teil der Wahrheit enthalten. Es ist sicherlich wahr und bemerkenswert, dass Wissensverluste selbst in den Naturwissenschaften auftreten können und dass es daher lohnenswert ist, nicht nur die neuesten Veröffentlichungen auf dem eigenen Gebiet zu studieren, sondern auch die Schriften längst vergangener und vergessener Autoren. Es ist auch wahr, dass Motive wie Macht, Prestige, Einkommen, Feindseligkeit und Freundschaft nicht außer Kraft treten, sobald sich Menschen dem Studium der Natur zuwenden. (Wer ist zum Beispiel bereit, eine Theorie aufzugeben, deren Entwicklung er sein gesamtes Lebenswerk gewidmet hat, nur weil die Welt um ihn herum zunehmend zu einem anderen, unvereinbaren Paradigma überläuft?) Tatsächlich kann man als Ökonom sogar noch weiter gehen und die Möglichkeit eines wissenschaftlichen Rückschritts einräumen: Ein Prozess des Kapitalverbrauchs, gefolgt von einem allgemeinen Rückgang des Lebensstandards, einem Bevölkerungsrückgang, einem Zerfall der Märkte und der Arbeitsteilung, wie er in der Geschichte der Menschheit wiederholt stattgefunden hat, würde unweigerlich zu einem Rückgang des menschlichen Wissens über die Natur führen.

Doch selbst wenn all dies gesagt ist, bleiben die Ansprüche des Rationalismus davon völlig unberührt. Zum einen lässt sich der Relativismus von Kuhn und Feyerabend sicherlich nicht auf die Logik und die Protophysik ausweiten. Wenn man eine sinnvolle Aussage treffen oder überhaupt eine Messung vornehmen will, geht *nicht* „al-

[3] Siehe Paul Feyerabend, *Against Method* (London: New Left Books, 1975); ders., *Science in a Free Society* (London: New Left Books, 1978); ders., *Wissenschaft als Kunst* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1984).

les“. Solche Disziplinen, die übrigens weitgehend außerhalb des Betrachtungsrahmens von Kuhn und Feyerabend geblieben sind, sind für *jede* empirische Naturwissenschaft *absolut* unverzichtbar (und nicht bloß unumstößliche Paradigmen, die durch andere, inkommensurable ersetzt werden können). Sobald dies jedoch erkannt wird und sobald man versteht, dass das Aufstellen von Aussagen, das Zählen, die Konstruktion von Messinstrumenten und das Messen – all das, was die empirischen Naturwissenschaften erst möglich macht – zielgerichtete Aktivitäten sind, wird sofort klar, dass die Paradigmen der Naturwissenschaften als Mittel zu einem universellen, unverzichtbaren menschlichen Zweck verstanden werden müssen und dass sie hinsichtlich ihrer Effizienz bei der Erreichung dieses Zwecks kommensurabel sein müssen.[4]

Der relativistische Eindruck, den Kuhn und Feyerabend von der Entwicklung der empirischen Naturwissenschaften zu vermitteln versuchen, lässt sich darauf zurückführen, dass sie wissenschaftliche Theorien fälschlicherweise als bloße Systeme verbaler Aussagen auffassen und ihre Verankerung in der Handlungsrealität systematisch außer Acht lassen. Nur wenn man Theorien als völlig vom Handeln losgelöst betrachtet, wird nicht nur jede einzelne Theorie immunisierbar, sondern es müssen auch zwei rivalisierende Theorien, deren jeweilige Begriffe sich nicht aufeinander reduzieren und in Bezug zueinander definieren lassen, als völlig inkommensurabel erscheinen, sodass eine rationale Wahl zwischen ihnen ausgeschlossen ist. Dies betrifft jedoch weder die Widerlegbarkeit einer einzelnen Theorie noch die Kommensurabilität rivalisierender Paradigmen auf der völlig anderen Ebene ihrer Anwendung in der Handlungsrealität, ihrer Nutzung als Instrumente zur Erreichung eines praktischen Zwecks. Auf der Ebene bloßer Worte mögen Paradigmen unwiderlegbar und inkommensurabel sein, in der Praxis können sie es jedoch niemals sein. Tatsächlich könnte man nicht einmal be-

[4] Siehe hierzu auch Hans-Hermann Hoppe, „On Praxeology and the Praxeological Foundation of Epistemology and Ethics“, in: Jeffrey Herbener (Hrsg.), *The Meaning of Ludwig von Mises* (Boston: Kluwer Academic Publishers, 1991).

haupten, dass ein einzelnes Paradigma unwiderlegbar oder zwei Paradigmen in irgendeiner Hinsicht inkommensurabel seien, es sei denn, man würde einen gemeinsamen kategorialen Rahmen voraussetzen, der als Grundlage für eine solche Bewertung oder einen solchen Vergleich dienen könnte. Es ist diese *praktische* Widerlegbarkeit und Kommensurabilität der Paradigmen der empirischen Naturwissenschaften, die die Möglichkeit des technologischen Fortschritts erklärt.

Indem sie systematisch die Tatsache ignorieren, dass Theorien und theoretisch interpretierte Beobachtungen die eines Handelnden sind, der sie aufbaut und herstellt, um erfolgreich zu handeln, haben sich Kuhn und Feyerabend genau jenes Kriteriums beraubt, an dem alles Wissen über die Natur ständig gemessen und verglichen wird: das Kriterium, ein gesetztes Ziel durch die Anwendung von Wissen in einer bestimmten Situation erfolgreich zu erreichen oder daran zu scheitern. Ohne das Kriterium des instrumentellen Erfolgs wäre der Relativismus unausweichlich. Doch in jeder unserer Handlungen gegenüber der Natur bestätigen wir die Behauptung des Rationalismus, dass man für bestimmtes theoretisches Wissen einen Anwendungsbereich identifizieren und es auf seinen Erfolg innerhalb dieses Bereichs hin prüfen kann, und dass daher konkurrierende Theorien hinsichtlich solcher Anwendungs- und Erfolgsbereiche als vergleichbar anzusehen sind. Es ist keine Situation vorstellbar, in der es rational wäre, ein intellektuelles Werkzeug aufzugeben, das sich einst in einer Reihe von Anwendungsbereichen als erfolgreich erwiesen hat, wenn kein besseres Werkzeug zur Verfügung stünde. Wäre jedoch ein überlegenes Werkzeug verfügbar, zum Beispiel eine Theorie oder ein Paradigma, das es einem ermöglichte, ein Ziel zu erreichen, das durch die Anwendung einer anderen, inkompatiblen Theorie nicht ebenso erfolgreich erreicht werden könnte, wäre es irrational, wenn ein Akteur es nicht übernehmen würde. Gewiss ist ein solches irrationales Verhalten empirisch möglich. Wer sich jedoch dafür entscheidet, müsste dafür einen Preis zahlen. Er würde sich selbst der Fähigkeit berauben, Ziele zu erreichen, die er andernfalls erreichen könnte, und isoliert von allen sozialen Kontexten, die andere,

soziopsychologische Gründe bieten könnten, es nicht zu übernehmen, allein gegenüber der Natur, würde niemand, der in der Lage ist, zwischen erfolgreichem und erfolglosem Handeln zu unterscheiden, jemals einen solchen Preis zahlen wollen. Dies erklärt die Nicht-Akzeptanz einer relativistischen Sichtweise der Naturwissenschaften und die Möglichkeit des tatsächlich beobachtbaren kontinuierlichen – wenn auch aus soziopsychologischen Gründen bisweilen etwas unregelmäßigen – Fortschritts in der Beherrschung der Natur durch den Menschen, den Kuhn und Feyerabend für nicht existent erklären würden, obwohl er ihnen doch ständig vor Augen zu stehen scheint.[5]

Ganz anders sieht es aus, wenn man sich von den Natur- zu den Sozialwissenschaften wendet. Hier scheinen die Ansprüche des Rationalismus weit weniger Unterstützung zu finden, und der Relativismus hat breite öffentliche Akzeptanz erlangt.[6]

An erster Stelle unter den Indikatoren, die zur Stützung des Relativismus angeführt werden, steht die Beobachtung, dass es in der Entwicklung der Sozialwissenschaften nichts gibt, was dem Fortschritt ähnelt, der in den Naturwissenschaften erzielt wurde. Während unsere Vorhersagekraft und unsere instrumentelle Kontrolle über die Natur seit den Zeiten von Platon und Aristoteles dramatisch zugenommen haben, ist die Entwicklung der empirischen Sozialwissenschaften durch einen Stillstand gekennzeichnet. Trotz der Verfügbarkeit aller Arten von technischen Hilfsmitteln, wie beispielsweise Hochgeschwindigkeitscomputern, scheint es, dass wir heute nicht besser in der Lage sind, gesellschaftliche Ereignisse vorherzusagen oder gesellschaftlichen Wandel planmäßig herbeizuführen, als es Platon oder Aristoteles zu ihrer Zeit waren. (Man könnte anmerken, dass selbst wenn man die Gültigkeit dieser Beobachtung

[5] Siehe auch Hans-Hermann Hoppe, „In Defense of Extreme Rationalism“, *Review of Austrian Economics* 3 (1989): insbes. 190–92; Wolfgang Stegmüller, *Hauptströmungen der Gegenartsphilosophie* (Stuttgart: Kröner, 1975), Bd. 2, Kap. 5, insbes. S. 523ff.

[6] Siehe Martin Hollis und Steven Lukes, Hrsg., *Rationality and Relativism* (Oxford: Basil Blackwell, 1982).

zugesteht, die relativistische Schlussfolgerung, zu der sie angeblich führt, nicht unmittelbar folgt. Sie folgt nur, wenn vorausgesetzt wird, dass die Kriterien für Fortschritt in den Sozialwissenschaften tatsächlich mit denen in den Naturwissenschaften identisch sind. Befürworter des sozialen Relativismus halten dies für selbstverständlich, doch ist keineswegs offensichtlich, warum dies so sein sollte. Im Gegenteil: In den Naturwissenschaften sind das Objekt des Wissens [die Natur] und das Subjekt dieses Wissens [ein Handelnder] unterschiedliche, getrennte Einheiten. In den Sozialwissenschaften hingegen sind die Objekte des Wissens und der Forschung selbst die Wissenden und Forschenden. Angesichts dieses kategorialen Unterschieds scheint es alles andere als klar, warum die für die Natur- und die Sozialwissenschaften geeignete Methodik möglicherweise ein und dieselbe sein könnte. Tatsächlich ist es keineswegs überraschend, dass es bei der Vorhersage von Prädiktoren oder der instrumentellen Steuerung von instrumentellen Steuerern *keinen* systematischen Fortschritt der Art geben *kann*, wie er in den Naturwissenschaften beobachtet wird![7])

Darüber hinaus weisen Befürworter des Relativismus gewöhnlich darauf hin, dass es in den Sozialwissenschaften offenbar kein Pendant zu der Rolle gibt, die Logik und Protophysik als aprioristische Grundlagen der empirischen Naturwissenschaften spielen. Die rationalistische Behauptung, die insbesondere mit der Tradition des „Naturrechts" verbunden ist, dass ein solches Analogon durch die Wirtschaftswissenschaften und die Ethik geboten wird,[8] ist entweder in Vergessenheit geraten und aus dem öffentlichen Bewusstsein ver-

---

[7] Siehe Hans-Hermann Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung. Untersuchungen zur Grundlegung von Soziologie und Ökonomie* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983), insbes. S. 30–32; zum methodologischen Dualismus siehe auch Ludwig von Mises, *Human Action: A Treatise on Economics* (Chicago: Regnery, 1966), S. 18; ders., *Theory and History: An Interpretation of Social and Economic Evolution* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1985), S. 1–2, 38–41; ferner K.O. Apel, *Die Erklären: Verstehen-Kontroverse in transzendental-pragmatischer Sicht* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1979).

[8] Siehe Mises, *Theory and History*, S. 44ff.

schwunden oder wird kurzerhand verworfen: Die Wirtschaftswissenschaften, so wird argumentiert, seien eine empirische Wissenschaft, die der Physik sehr ähnlich sei und das Ziel habe, prädiktives Wissen zu erzeugen, doch im Gegensatz zur Physik versagten sie dabei, die versprochenen Ergebnisse zu liefern. Was die Beobachtung betrifft, dass es sowohl wohlhabende als auch arme Gesellschaften gibt, was doch Raum für ökonomische Erklärungen zu lassen scheint – wenn auch nicht für Erklärungen der Art, wie sie die Physik bietet – so behaupten die Befürworter des sozialen Relativismus, dass solche Unterschiede keine *ökonomischen* Gründe haben, sondern auf unterschiedliche Grade an *technologischem* Wissen zurückzuführen sind. Reiche Gesellschaften sind reich aufgrund ihres fortgeschrittenen technologischen Niveaus; Armut ist auf einen Mangel an naturwissenschaftlichem Know-how zurückzuführen. Zwei Einwände gegen diese Ansicht liegen auf der Hand: (1) Die Beschreibung der Tatsachen ist falsch. Schicken nicht die unterentwickelten Gesellschaften ihre zukünftigen Wissenschaftler und Ingenieure in großer Zahl an die Universitäten der fortgeschrittenen Länder, und haben diese armen Gesellschaften nach ihrer Rückkehr nicht Zugang zu demselben Wissen wie die reichen? (2) Noch wichtiger ist: Technologisches Know-how kann nur dann materielle Auswirkungen haben, wenn es genutzt wird. Dazu sind jedoch Ersparnisse und Investitionen erforderlich. Nicht die Verfügbarkeit von technischem oder wissenschaftlichem Wissen schränkt den Wohlstand einer Gesellschaft ein; vielmehr schränkt die Höhe der Ersparnisse und Investitionen die Nutzung des tatsächlich verfügbaren Wissens und den wissenschaftlichen Fortschritt ein, da auch Forschungsaktivitäten durch angesparte Mittel finanziert werden müssen. Entgegen relativistischen Ansichten scheint die Wirtschaftswissenschaft also doch etwas mit Wohlstand und Armut zu tun zu haben![9]

Auch die Ethik, so wird behauptet, biete keine andere Stütze als den Relativismus; denn beweist nicht die Tatsache der anhaltenden

[9] Siehe Murray N. Rothbard, *Man, Economy, and State* (Los Angeles: Nash, 1970), S. 749.

und, so scheint es, unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten im Bereich der zeitgenössischen Politik den Fall des ethischen Relativismus schlüssig? Liefert nicht die Sozialanthropologie, die Erforschung von Gesellschaften wie beispielsweise der Fidschi-Insulaner oder der Ureinwohner Neuguineas, noch mehr Beweise zur Stützung relativistischer Schlussfolgerungen? Es gibt Praktiken wie Kannibalismus oder Sklaverei, die ein Relativist nur schwer verteidigen könnte. Nach Ansicht ethischer Relativisten ist es jedoch ein Irrtum, diese Praktiken als Gegenbeweis anzusehen. Das Problem mit diesen Institutionen besteht nicht darin, dass sie den Relativismus widerlegen, sondern darin, dass Gesellschaften, die sie anwenden, noch immer im Bann des sozialen Rationalismus stehen. Das heißt, sie glauben fälschlicherweise immer noch an eine absolut begründete Ethik. Der ethische Relativismus, so behaupten seine Befürworter, schließe intolerante Praktiken wie diese aus und impliziere einen Wertepluralismus. (Aber ist es nicht offensichtlich, dass diese Lehre völlig trügerisch ist? Ohne eine absolute, a priori gegebene Grundlage ist ein Wertepluralismus selbst nur eine weitere unbegründete Ideologie, und es gibt keinen zwingenden Grund, ihn einer anderen vorzuziehen. Nur wenn a priori gültige Gründe für die Annahme des Pluralismus angeführt werden könnten, könnte dieser beanspruchen, Toleranz zu wahren, und dann könnten Kannibalismus oder Sklaverei als akzeptable gesellschaftliche Praktiken ausgeschlossen werden.[10])

II. POSITIVISMUS UND DIE RELATIVISTISCHE ZERSTÖRUNG VON ETHIK UND ÖKONOMIE

Keine andere philosophische Doktrin der Neuzeit hat mehr zur Verbreitung des Relativismus beigetragen als der Positivismus. Verwurzelt in der Tradition des klassischen Empirismus von Locke und Hume, tauchte er erstmals um die Jahrhundertwende in Wien auf

[10] Siehe Henry Veatch, *Rational Man: A Modern Interpretation of Aristotelian Ethics* (Bloomington: Indiana University Press, 1962), insbes. S. 37–46; Hoppe, „In Defense of Extreme Rationalism“, S. 84–85.

und etablierte sich dann, insbesondere im Zuge der Emigration seiner intellektuellen Führer in die USA in den 1930er Jahren, als das vorherrschende philosophische Credo der westlichen Welt.[11]

Zwar laufen die Grundprinzipien des Positivismus auf eine Ablehnung der Ansprüche des Rationalismus sowohl in den Natur- als auch in den Sozialwissenschaften hinaus, doch war sein Einfluss in letzteren besonders stark. Es steht zweifellos fest, dass auch die Naturwissenschaften, insbesondere die Logik und die Protophysik, unter dem Einfluss des Positivismus gelitten haben.[12] Aus den bereits genannten Gründen wäre es jedoch äußerst schwierig, den Rationalismus in diesem Bereich zu untergraben. Die Übernahme einer relativistischen Sichtweise würde letztlich darauf hinauslaufen, die intellektuellen Mittel für den eigenen erfolgreichen Umgang mit der Natur aufzugeben, und niemand, der in der Lage ist, zwischen Erfolg und Misserfolg zu unterscheiden, hat ein systematisches Interesse daran, einen solchen Preis zu zahlen. In den Sozialwissenschaften liegen die Dinge anders. Zwar erscheinen die rein intellektuellen Argumente für den sozialen Relativismus bislang kaum fundierter als die Argumente für die Naturwissenschaften, und ich werde im Folgenden zeigen, dass sie völlig unbegründet sind, doch ist das Eintreten für und die Übernahme des Relativismus in den Sozialwissenschaften nicht in demselben Sinne selbstzerstörerisch wie in den Naturwissenschaften. Würde man die Existenz absoluter Gesetze der Wirtschaft und/oder Ethik sowie die Möglichkeit des sozialen Fortschritts leugnen, müsste ebenfalls ein Preis gezahlt werden. Dieser Preis müsste jedoch nicht unbedingt direkt gezahlt werden und würde nicht ausnahmslos vollständig von demjenigen getragen werden, der diese Ansicht annimmt und danach handelt. Vielmehr könnte derjenige, der sie annimmt, die Kosten seiner Ansichten auf andere abwälzen; sofern der Relativismus also als Mittel dienen

[11] Siehe Viktor Kraft, *Der Wiener Kreis* (Wien: Springer, 1968); Stegmüller, *Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie* (Stuttgart: Kroner, 1965), Bd. 1, Kap. IX–X.

[12] Siehe Kambartel, *Erfahrung und Struktur*, insbes. Kap. 6; siehe auch Anm. 18 unten.

kann, das eigene Wohlergehen auf Kosten des Wohlergehens anderer zu steigern, könnten Einzelpersonen ein Interesse daran haben, den sozialen Relativismus zu befürworten.[13]

Dies erklärt, warum sich der Einfluss des Positivismus insbesondere in den Sozialwissenschaften bemerkbar gemacht hat. Ob dies nun von den Positivisten beabsichtigt war oder nicht, ihre philosophische Botschaft wurde von den Machthabern schnell als mächtige ideologische Waffe im Streben nach ihrem eigenen Ziel erkannt, ihre Kontrolle über andere zu verstärken und sich auf Kosten anderer zu bereichern. Dementsprechend wurde der positivistischen Bewegung großzügige Unterstützung zuteil, und diese Bewegung revanchierte sich, indem sie insbesondere die Wirtschaftswissenschaften und die Ethik als traditionelle Bastionen des sozialen Rationalismus zerstörte und aus dem öffentlichen Bewusstsein einen riesigen Wissensschatz auslöschte, der einst einen scheinbar festen Bestandteil des Erbes des westlichen Denkens und der westlichen Zivilisation gebildet hatte.[14]

Der erste und grundlegendste Grundsatz des Positivismus lautet: Wissen über die Realität, oder *empirisches* Wissen, muss durch Erfahrung verifizierbar oder zumindest falsifizierbar sein; dass alles, was durch Erfahrung bekannt ist, auch anders hätte sein können, oder, anders ausgedrückt, dass nichts über die Realität a priori als wahr erkannt werden kann; dass alle a priori wahren Aussagen analytische Aussagen sind, die keinerlei faktischen Inhalt haben, sondern durch Konvention wahr sind und lediglich tautologische Infor-

---

[13] Siehe Mises, *Human Action*, Kap. III.

[14] Siehe Mises, *Human Action*, Teil 7; ders., *The Ultimate Foundation of Economic Science* (Kansas City: Sheed Andrews and McMeel, 1978), insbesondere Kap. 5–8, die mit folgender Aussage enden:

> Soweit sich das empiristische Prinzip des logischen Positivismus auf die experimentellen Methoden der Naturwissenschaften bezieht, bekräftigt es lediglich, was von niemandem in Frage gestellt wird. Soweit es die erkenntnistheoretischen Prinzipien der Wissenschaften vom menschlichen Handeln ablehnt, ist es nicht nur völlig falsch. Es untergräbt zudem wissentlich und absichtlich die intellektuellen Grundlagen der westlichen Zivilisation. (S. 133)

mationen über die Verwendung von Symbolen und deren Transformationsregeln darstellen; dass alle Aussagen entweder empirisch oder analytisch sind, aber niemals beides; und folglich, dass normative Aussagen, da sie weder empirisch noch analytisch sind, keinen legitimen Wahrheitsanspruch enthalten können, sondern als bloße Äußerungen von Emotionen betrachtet werden müssen, die im Grunde nicht mehr aussagen als „wow" oder „grrr".[15]

Der zweite Grundsatz des Positivismus formuliert die Erweiterung oder vielmehr die Anwendung des ersten auf das Problem der wissenschaftlichen Erklärung. Nach dem Positivismus bedeutet die Erklärung eines realen Phänomens die Formulierung einer Aussage entweder vom Typ „wenn A, dann B" oder, sofern die Variablen eine quantitative Messung zulassen, „wenn eine Zunahme (oder Abnahme) von A, dann eine Zunahme (oder Abnahme) von B". Als Aussage, die sich auf die Realität bezieht (wobei A und B reale Phänomene sind), kann ihre Gültigkeit niemals mit Sicherheit durch die Untersuchung der Aussage allein oder einer anderen Aussage, aus der die fragliche wiederum logisch abgeleitet werden könnte, festgestellt werden, sondern bleibt stets hypothetisch und abhängig vom Ergebnis zukünftiger Erfahrungen, die nicht im Voraus bekannt sein können. Sollte die Erfahrung eine hypothetische Erklärung bestätigen, d.h. sollte man einen Fall beobachten, in dem B tatsächlich, wie vorhergesagt, auf A folgte, würde dies nicht beweisen, dass die Hypothese wahr ist, da A und B allgemeine, abstrakte Begriffe („Universalien im Gegensatz zu Eigennamen") sind, die sich auf Phänomene oder Ereignisse beziehen, von denen es eine unbestimmte Anzahl von Fällen gibt (oder zumindest prinzipiell geben *könnte*), und daher spätere Erfahrungen sie möglicherweise noch widerlegen könnten. Und wenn eine Erfahrung eine Hypothese widerlegen würde, d.h. wenn man einen Fall von A beobachten würde, auf den B nicht folgte, wäre dies ebenfalls nicht entscheidend, da es immer noch möglich wäre, dass die hypothetisch miteinander verbundenen Phänomene tatsächlich miteinander in Zusammenhang standen und

[15] Siehe insbesondere Alfred J. Ayer, *Language, Truth, and Logic* (New York: Dover, 1946).

dass irgendein anderer, zuvor vernachlässigter und unkontrollierter Umstand oder eine Variable einfach verhindert hatte, dass die hypothetische Beziehung tatsächlich beobachtet werden konnte. Eine Falsifizierung würde lediglich beweisen, dass die untersuchte Hypothese in ihrer vorliegenden Form nicht vollständig korrekt war und einer Verfeinerung bedurfte, einer Spezifizierung zusätzlicher Variablen, die man kontrollieren müsste, um die hypothetische Beziehung zwischen A und B beobachten zu können. Eine Falsifizierung würde jedoch niemals ein für alle Mal beweisen, dass eine Beziehung zwischen bestimmten Phänomenen nicht existierte.[16]

Schließlich behauptet der Positivismus, dass diese beiden miteinander verbundenen Grundsätze universell gelten, auf alle Wissensgebiete (die These von der „Einheit der Wissenschaft"): Es gibt kein a priori Wissen über die Natur oder über die soziale Realität menschlichen Handelns und Wissens; und die Struktur wissenschaftlicher Erklärungen ist unabhängig vom Gegenstand immer dieselbe.[17]

Nimmt man für einen Moment an, diese Lehre sei richtig, so lassen sich ihre relativistischen Implikationen leicht erkennen. Ethik ist keine kognitive Disziplin. Jede normative Aussage ist genauso gut – oder vielmehr schlecht – begründet wie jede andere. Aber was ist dann falsch daran, wenn jeder versucht, anderen aufzuzwingen, was immer er will? Sicherlich nichts. Alles ist erlaubt. Die Ethik reduziert sich auf die Frage: „Womit komme ich durch?" Welche bessere Botschaft könnte es für die Machthaber geben: für den Kannibalenkönig, für den Sklavenhalter oder für die Inhaber staatlicher Ämter! Es ist genau das, was sie hören wollen: Macht ist und schafft Recht.

Ebenso müssen sie von der Botschaft des Positivismus in Bezug auf die positiven Wissenschaften begeistert sein. In den Naturwis-

---

[16] Siehe Karl R. Popper, *The Logic of Scientific Discovery* (New York: Basic Books, 1959); ders., *Conjectures and Refutations* (London: Routledge and Kegan Paul, 1969); Carl G. Hempel, *Aspects of Scientific Explanations* (New York: Free Press, 1970); Ernest Nagel, *The Structures of Science* (New York: Harcourt, Brace and World, 1961).

[17] Siehe Paul Oppenheim und Hilary Putnam, „Unity of Science as a Working Hypothesis", in: H. Feigl (Hrsg.), *Minnesota Studies in the Philosophy of Science* (Minneapolis: University of Minnesota Press, 1967), Bd. 2.

senschaften ist die positivistische Doktrin relativ harmlos. Disziplinen wie Logik und Protophysik, deren Aussagen allgemein als a priori wahr gelten (durch Erfahrung nicht widerlegbar), werden von Positivisten so interpretiert, dass sie überhaupt kein „echtes" Wissen enthalten, sondern empirisch leere Formalismen sind. Diese Sichtweise hat dazu beigetragen, die Degeneration von Teilen der Logik und Mathematik zu bedeutungslosen symbolischen Spielen zu legitimieren und voranzutreiben, von denen die breite Öffentlichkeit aufgrund der geheimnisvollen Natur des Fachgebiets weitgehend im Unklaren geblieben ist.[18] Aber sie hat nicht – und konnte auch nicht – die Tatsache ändern, dass zumindest einige Aussagen der Logik und Mathematik als eigentliche Grundlage der empirischen Naturwissenschaften dienen und daher tatsächlich so behandelt werden, als enthielten sie empirische Informationen, wenn auch nicht hypo-

[18] Siehe Kambartel, *Erfahrung und Struktur*, insbes. S. 236–42. Die rationalistische Auffassung von Logik und Mathematik wird durch Gottlob Freges Ausspruch zusammengefasst: „Aus der Wahrheit der Axiome folgt, dass sie sich nicht widersprechen." Die positivistisch-formalistische Interpretation hingegen wird vom jungen D. Hilbert formuliert: „Wenn die willkürlich angenommenen Axiome nicht zu widersprüchlichen Implikationen führen, dann sind sie wahr, und die durch die Axiome definierten Objekte existieren" (zitiert nach Kambartel, S. 239).
Der Vormarsch des Formalismus, so erklärt Kambartel, hat also weitreichende Konsequenzen.

> Der Rückzug der Mathematik von jeglicher praktischen Rechtfertigung und von der entsprechenden erkenntnistheoretischen Rechtfertigung des Formalismus ist selbst eine praktische Entscheidung von größter Bedeutung. Es ist die Aufgabe der praktischen Rechtfertigung und, da formale Systeme ohne eine sinnvolle Interpretation ihres Ausgangspunkts nichts rechtfertigen können, letztlich der Rechtfertigung von Aussagen insgesamt. (S. 241)

Infolgedessen

> werden viele formale Analysen zu einem hochgestochenen Spiel einiger weniger Interessierter, ohne dass die Öffentlichkeit dies bemerkt, da sie nicht in der Lage ist, das hier erforderliche Diskussionsniveau zu erreichen, um die Grenze zwischen Theorie und Spiel zu bestimmen. (S. 238)

thetischer Art.[19] Auch liegt in der positivistischen Sichtweise der empirischen Naturwissenschaften, wie etwa der Physik, kein großer Schaden. Ihre Methodik, nach der man niemals endgültig feststellen kann, ob eine hypothetische Beziehung zwischen zwei oder mehr Variablen existiert oder nicht, bietet die Möglichkeit, dass man ungeachtet aller scheinbar widerlegenden Erfahrungen an seinen Hypothesen festhalten könnte, denn man könnte seine Vorhersagefehler stets auf eine zuvor vernachlässigte Variable zurückführen. Wie oben erläutert, würde jedoch niemand, der versucht, ein bestimmtes physikalisches Ereignis herbeizuführen, systematisch lieber Ausreden dafür suchen, dieses Ziel nicht zu erreichen, als es tatsächlich zu erreichen, da er allein den Preis für solche Hartnäckigkeit zahlen müsste.

Im Bereich der Sozialwissenschaften hingegen, wo die Kosten des eigenen Handelns auf andere abgewälzt werden können, bietet diese Möglichkeit, die eigenen Hypothesen vor Falsifizierung zu schützen, den Machthabenden willkommene Chancen.

Betrachten wir einige typische wirtschaftliche Thesen: Wann immer ein Tausch nicht freiwillig erfolgt, sondern erzwungen wird, wie etwa bei Straßenraub oder Besteuerung, profitiert eine der Tauschparteien auf Kosten der anderen. Oder: Wann immer Mindestlohngesetze durchgesetzt werden, die höhere Löhne vorschreiben als die bestehenden Marktlöhne, führt dies zu unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Oder: Wann immer die Geldmenge erhöht wird, während die Geldnachfrage unverändert bleibt, sinkt die Kaufkraft des Geldes. Oder: Jede Geldmenge ist „optimal", sodass keine Erhöhung der Geldmenge den allgemeinen Lebensstandard anheben kann (während sie Umverteilungseffekte haben kann). Oder: Kollektives Eigentum an allen Produktionsfaktoren macht eine Kostenrechnung unmöglich und führt somit zu einer geringeren Produktion im Sinne der Verbraucherbewertungen. Oder: Die Besteuerung von Einkommensproduzenten erhöht deren effektiven Zeitpräferenzzinssatz und

[19] Siehe Hans Lenk, „Logikbegründung und Rationaler Kritizismus", *Zeitschrift für Philosophische Forschung* 24 (1970); K.O. Apel, *Transformation der Philosophie*, Bd. II, S. 406–10.

führt somit zu einer geringeren Produktion von Gütern. Offenbar enthalten diese Aussagen Erkenntnisse über die Realität, doch scheinen sie nicht falsifizierbar zu sein, sondern sind per Definition wahr.[20] Nach dem Positivismus kann dies jedoch nicht der Fall sein. Soweit sie den Anspruch erheben, empirisch bedeutsame Aussagen zu sein, müssen sie Hypothesen sein, die einer empirischen Bestätigung oder Falsifizierung unterliegen. Man kann das genaue Gegenteil der obigen Aussagen formulieren, ohne damit etwas zu behaupten, das von vornherein, a priori, als falsch (und unsinnig) erkannt werden könnte. Die Erfahrung müsste darüber entscheiden. Unter der Annahme der positivistischen Doktrin würden also der Wegelagerer, der Steuereintreiber, der Gewerkschaftsfunktionär oder der Federal Reserve Vorstand aus wissenschaftlicher Sicht legitim handeln, wenn sie behaupten, dass Besteuerung den Steuerzahlern zugutekommt und die Produktionsleistung steigert, dass Mindestlohngesetze die Beschäftigung erhöhen und dass die Schaffung von Papiergeld allgemeinen Wohlstand schafft. Als guter Positivist müsste man zugeben, dass auch dies lediglich Hypothesen sind. Da die vorhergesagten Auswirkungen jedoch positiv sind, sollten sie sicherlich umgesetzt und ausprobiert werden. Schließlich sollte man vor neuen Erfahrungen nicht die Augen verschließen und stets bereit sein, je nach Ausgang einer solchen Erfahrung flexibel und aufgeschlossen zu reagieren. Wenn das Ergebnis jedoch nicht den Hypothesen entspricht und die Beraubten oder Besteuerten offenbar keinen Nutzen daraus ziehen, die Beschäftigung tatsächlich zurückgeht oder statt allumfassendem Wohlstand Konjunkturzyklen eintreten, wird die Möglichkeit, die eigenen Hypothesen zu immunisieren, zu einer realen, fast unwiderstehlich verlockenden Option. Denn warum sollte der Räuber, der Steuerbeamte oder der Federal Reserve Vorstand *nicht* alle scheinbar widerlegenden Erfahrungen kontinuierlich als bloß zufällig herunterspielen wollen, solange er persönlich davon profitieren kann, sein Raub-, Steuer- oder Geldschöpfungsexperi-

[20] Siehe hierzu die beiden bedeutendsten wirtschaftswissenschaftlichen Abhandlungen unserer Zeit: Mises' *Human Action* und Rothbards *Man, Economy, and State*.

ment durchzuführen? Warum sollte er *nicht* alle offensichtlichen Widerlegungen als Erfahrungen interpretieren wollen, die durch irgendwelche unglücklicherweise vernachlässigten Umstände hervorgerufen wurden und die verschwinden und sich in ihr genaues Gegenteil verwandeln würden, wodurch die wahre Beziehung zwischen Steuern, Mindestlohngesetzen, Geldschöpfung und Wohlstand offenbart würde, sobald diese Umstände unter Kontrolle gebracht wären?

Tatsächlich gilt: Welche empirischen Beweise man auch immer gegen diese Hypothesen vorbringt – sobald man den Positivismus annimmt und die Idee, eine *prinzipielle* Argumentation für oder gegen sie zu formulieren, als unüberlegt ablehnt, ist die Argumentation des Räubers oder des Steuerbeamten vor entscheidender Kritik sicher, da jedes Scheitern einer noch unkontrollierten intervenierenden Variablen zugeschrieben werden kann. Nicht einmal das perfekteste kontrollierte Experiment könnte diese Situation ändern. Denn es wäre niemals möglich, alle Variablen zu kontrollieren, die denkbarerweise einen Einfluss auf die zu erklärende Variable oder das zu erzielende Ergebnis haben könnten. In der Praxis würde dies bedeuten, buchstäblich das gesamte Universum zu kontrollieren, und theoretisch weiß niemand einmal, welche Variablen dieses Universum überhaupt ausmachen. Ganz gleich, welche Vorwürfe gegen den Räuber, den Steuerbeamten oder den Federal Reserve Vorstand erhoben werden – innerhalb der Grenzen der positivistischen Methodik werden sie immer in der Lage sein, den „Kern" ihres „Forschungsprogramms" zu bewahren und zu retten, wie es der neo-popperianische Positivist Lakatos genannt hätte. Die Erfahrung sagt uns lediglich, dass ein bestimmtes Experiment sein Ziel nicht erreicht hat, aber sie kann uns niemals sagen, ob ein geringfügig anderes Experiment zu anderen Ergebnissen führen würde oder ob es möglich ist, das Ziel der Schaffung von allseitigem Wohlstand durch irgendeine Form von Raub, Besteuerung oder Papiergeldschöpfung zu erreichen.

Die Haltung gegenüber der positiven Ökonomie, die der Positivismus schürt und die in der Tat charakteristisch für die meisten zeit-

genössischen Machteliten und ihre subventionierten intellektuellen Leibwächter geworden ist, ist die eines relativistischen Sozialklempners, dessen Motto lautet: „Nichts kann im Bereich der sozialen Phänomene mit Sicherheit als unmöglich erkannt werden, und es gibt nichts, was man nicht an seinen Mitmenschen ausprobieren möchte, solange man aufgeschlossen bleibt."[21]

Die Tatsache, dass der Positivismus die Mentalität des sozialen Relativismus unterstützt, beweist nicht, dass er falsch ist. Dennoch erscheint es angebracht, seine Gültigkeit anzuzweifeln. Es ist sicherlich nicht offensichtlich, dass es überhaupt keinen rationalen ethischen Maßstab geben sollte und dass buchstäblich „alles erlaubt" ist. Ebenso wenig ist es intuitiv plausibel, dass die Wirtschaftswissenschaft entweder ein empirisch bedeutungsloses symbolisches Spiel (ein System analytischer Aussagen) oder eine Reihe hypothetischer, empirisch widerlegbarer Vorhersagen über das Ergebnis menschlichen Handelns und menschlicher Interaktionen sein sollte. Im erstgenannten Fall wäre es nichts als Zeitverschwendung, und im letzteren Fall wäre die Wirtschaftswissenschaft offensichtlich machtlos und damit irrelevant (wenn überhaupt, hätte der Bäcker im antiken Athen das Verhalten seiner Mitmenschen *besser und mit größerem Selbstvertrauen* vorhersagen können als sein modernes Pendant!). Wirtschaftliche Aussagen wie die oben genannten sind jedoch offenbar weder bedeutungslos noch irrelevant. Angesichts der eigennützigen Implikationen des Positivismus für die Machthaber liegt der Verdacht nahe, dass der Positivismus selbst dann akzeptiert werden könnte, wenn er falsch wäre, und dass er fortbestehen könnte, selbst wenn seine Unwahrheiten aufgedeckt würden – wie sie es zweifellos bereits wurden.

Jede der drei miteinander verbundenen Prämissen des Positivismus ist nachweislich falsch.[22]

---

[21] Siehe auch Hans-Hermann Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism* (Boston: Kluwer Academic Publishers, 1989), Kap. 6; ders., „The Intellectual Cover for Socialism", *Free Market* (Februar 1988).

[22] Siehe hierzu Mises, *The Ultimate Foundation of Economic Science*; Murray N. Rothbard, *Individualism and the Philosophy of the Social Sci-*

Was die angeblich erschöpfende Klassifizierung des Positivismus in analytische, empirische und emotive Aussagen betrifft, muss man fragen: Welchen Status hat dann dieses Axiom selbst? Es muss entweder eine analytische oder eine empirische Aussage sein, oder es muss ein Ausdruck von Emotionen sein. Wenn man es als analytisch betrachtet, dann ist es bloßes leeres Wortgeplänkel, das nichts über irgendetwas Reales aussagt, sondern nur einen Laut oder ein Symbol durch ein anderes definiert. Folglich müsste man einfach mit den Schultern zucken und antworten: „Na und?“ Die gleiche Antwort wäre angemessen, wenn man das positivistische Argument als empirischen Satz betrachten würde. Wäre dies der Fall, müsste man zugeben, dass der Satz durchaus falsch sein könnte und dass man ein Recht darauf hätte, das Kriterium zu kennen, anhand dessen man entscheiden müsste, ob dies der Fall ist oder nicht. Entscheidender ist jedoch, dass es als empirische Aussage lediglich eine historische Tatsache darlegen könnte und somit völlig irrelevant wäre für die Frage, ob es jemals möglich wäre, Aussagen zu formulieren, die empirisch und dennoch nicht falsifizierbar oder normativ und dennoch nicht emotiv wären. Schließlich: Wenn man annimmt, dass die positivistische Argumentationslinie eine emotive Aussage sei, dann ist sie gemäß ihrer eigenen Lehre kognitiv bedeutungslos und enthält keinerlei Wahrheitsanspruch, und man müsste ihr nicht mehr Beachtung schenken als einem bellenden Hund.

Somit muss man von vornherein zu dem Schluss kommen, dass der Positivismus ein völliger Fehlschlag ist. Er beweist nicht, dass es keine rationale Ethik geben kann.

Er kann nicht einmal als Erkenntnistheorie, als eine begründbare Theorie des Wissens, betrachtet werden. Denn wenn dies der Fall wäre, müsste die grundlegendste Prämisse des Positivismus eine synthetische a priori-Aussage sein (empirisch, aber nicht falsifizier-

---

ences (San Francisco: Cato, 1979); Hans-Hermann Hoppe, *Praxeology and Economic Science* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988); ders., „On Praxeology and the Praxeological Foundations of Epistemology and Ethics“; sowie Martin Hollis und Edward Nell, *Rational Economic Man* (Cambridge: Cambridge University Press, 1975), Einleitung.

bar), deren Existenz der Positivismus leugnet. Somit wäre man im Lager des sozialen Rationalismus gelandet.

Ebenso ist die Behauptung des Positivismus, dass alle wissenschaftlichen Erklärungen hypothetisch sind, selbstzerstörerisch. (Denn welchen Status hat diese Erklärung?)[23] Um dies zu erkennen, nehmen wir an, dass eine Erklärung, die zwei oder mehr Ereignisse miteinander in Verbindung bringt, als passend für einen Datensatz befunden wurde und dass sie dann auf einen zweiten Datensatz angewendet wird, vermutlich um weiteren empirischen Tests unterzogen zu werden. Nun muss man fragen: Welche Voraussetzung muss getroffen werden, um die zweite Erfahrung mit der ersten in Verbindung zu bringen, sei es als Bestätigung oder als Falsifizierung derselben? Es mag den Anschein haben, dass, wenn sich im zweiten Erfahrungsfall die Beobachtungen des ersten wiederholen, dies eine Bestätigung wäre, und wenn nicht, eine Falsifizierung. Offensichtlich geht die positivistische Methodik davon aus, dass dies offensichtlich ist. Doch das ist nicht wahr. Die Erfahrung offenbart lediglich, dass zwei oder mehr Beobachtungen bezüglich der zeitlichen Abfolge von zwei oder mehr Arten von Ereignissen „neutral" als „Wiederholung" oder „Nicht-Wiederholung" klassifiziert werden können. Eine neutrale Wiederholung wird erst dann zu einer „positiven" Bestätigung und eine Nicht-Wiederholung zu einer „negativen" Falsifizierung, wenn unabhängig davon, was tatsächlich durch Erfahrung entdeckt werden kann, angenommen wird, dass es konstante, zeitunabhängig wirkende Ursachen gibt. Wird demgegenüber angenommen, dass Ursachen im Laufe der Zeit mal auf diese, mal auf jene Weise wirken könnten, dann sind und bleiben diese sich wiederholenden oder nicht wiederholenden Vorkommnisse einfach neutral registrierte Erfahrungen, die völlig unabhängig voneinander sind. Sie stehen in keiner Weise in einem logischen Zusammenhang, indem sie sich gegenseitig bestätigen oder widerlegen. Es gibt die eine Erfahrung und es gibt die andere, sie sind gleich oder sie sind verschieden, aber das ist auch schon alles; nichts weiter folgt daraus.

[23] Siehe hierzu auch Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*; siehe auch oben, Kap. 7.

Die Voraussetzung dafür, dass man von „Widerlegung“ oder „Bestätigung“ sprechen kann, ist also das Konstanzprinzip: die Überzeugung, dass beobachtbare Phänomene grundsätzlich durch Ursachen bestimmt werden, die in ihrer Wirkungsweise konstant und zeitinvariant sind. Nur wenn man das Konstanzprinzip als gültig annimmt, folgt aus dem Ausbleiben einer Reproduktion eines Ergebnisses, dass mit der ursprünglichen Hypothese etwas nicht stimmt; und nur dann kann eine erfolgreiche Reproduktion tatsächlich als Bestätigung interpretiert werden. Offensichtlich beruht dieses Konstanzprinzip selbst nicht auf einer Erfahrung oder leitet sich aus einer solchen ab. Es gibt nicht nur keinen beobachtbaren Zusammenhang zwischen Ereignissen, sondern selbst wenn ein solcher Zusammenhang bestünde, könnte die Erfahrung nicht aufzeigen, ob er zeitinvariant ist oder nicht. Das Prinzip kann auch nicht durch Erfahrung widerlegt werden, da jedes Ereignis, das es scheinbar widerlegen könnte (wie das Scheitern bei der Wiederholung eines Ergebnisses), von vornherein so interpretiert werden könnte, als hätte die Erfahrung hier lediglich gezeigt, dass eine *bestimmte* Art von Ereignis nicht die Ursache für ein anderes war. Insofern die Erfahrung jedoch nicht ausschließen kann, dass tatsächlich eine *andere* Reihe von Ereignissen gefunden werden könnte, die sich in ihrer Wirkungsweise als zeitinvariant erweisen würde, kann die Gültigkeit des Konstanzprinzips nicht widerlegt werden.

Dennoch ist das Konstanzprinzip – obwohl es weder aus der Erfahrung abgeleitet noch durch sie widerlegbar ist – nichts Geringeres als die logisch notwendige Voraussetzung für Erfahrungen, die sich gegenseitig bestätigen oder widerlegen können (im Gegensatz zu isolierten, logisch unverbundenen Erfahrungen). Da der Positivismus also die Existenz solcher logisch zusammenhängender Erfahrungen voraussetzt, muss man folgern, dass er auch die Existenz von nicht-hypothetischem Wissen über die Realität voraussetzt. Er muss annehmen, dass es tatsächlich zeitunabhängig wirkende Ursachen gibt, und er muss dies annehmen, obwohl die Erfahrung dies niemals beweisen oder widerlegen könnte. Wieder einmal erweist sich der

Positivismus als eine inkonsistente, widersprüchliche Philosophie. Es gibt nicht-hypothetische Erklärungen für reale Dinge.

Schließlich (und mittlerweile nicht überraschend) erweist sich die positivistische These von der Einheit der Wissenschaft als in sich widersprüchlich. Der Positivismus behauptet, dass Handlungen, genau wie jedes andere Phänomen, mittels Hypothesen erklärt werden können und müssen, die durch Erfahrung bestätigt oder widerlegt werden können. Wäre dies der Fall, dann wäre der Positivismus – entgegen seiner eigenen Lehre, dass es kein a priori Wissen über die Realität geben kann – gezwungen anzunehmen, dass es in Bezug auf Handlungen zeitunabhängig wirkende Ursachen gibt. Um so vorzugehen, wie es der Positivismus von uns verlangt – nämlich verschiedene Erfahrungen bezüglich von Ereignisabläufen so in Beziehung zu setzen, dass sie sich gegenseitig entweder bestätigen oder widerlegen – muss eine zeitliche Beständigkeit in der Wirkungsweise von Ursachen vorausgesetzt werden (wie bereits erläutert). Wenn dies jedoch zuträfe und Handlungen tatsächlich als von zeitunabhängig wirkenden Ursachen bestimmt angesehen werden könnten, wie wäre es dann mit der Erklärung der Erklärer, d.h. derjenigen, die den Prozess der Hypothesenbildung, der Verifizierung und Falsifizierung selbst durchführen; also von uns allen, die so handeln, wie es uns die Positivisten vorschreiben? Offensichtlich muss man, um all dies zu tun – bestätigende oder widerlegende Erfahrungen zu verarbeiten und alte Hypothesen durch neue zu ersetzen – vermutlich lernfähig sein. Wenn man jedoch aus Erfahrung lernen kann – und der Positivist ist gezwungen, dies zuzugeben – dann kann man zu keinem gegebenen Zeitpunkt wissen, was man zu späteren Zeitpunkten wissen wird und wie man auf der Grundlage dieses Wissens handeln wird. Vielmehr kann man die Ursachen seines Handelns erst im Nachhinein rekonstruieren, da man sein Wissen erst erklären kann, wenn man es bereits besitzt. Somit ist die positivistische Methodik, angewandt auf den Bereich von Wissen und Handeln, der Wissen als notwendigen Bestandteil enthält, schlichtweg widersprüchlich – eine logische Absurdität.

Das Konstanzprinzip kann und muss tatsächlich im Bereich der natürlichen Objekte angenommen werden, d.h. für Phänomene, die *nicht* durch das eigene Wissen oder durch Handlungen, die dieses Wissen manifestieren, konstituiert sind (in diesem Bereich ist die Frage, ob es gesetzmäßige Konstanten gibt, auf deren Grundlage es möglich wird, *ex-ante* Vorhersagen zu treffen, unabhängig von der Erfahrung positiv entschieden, und empirische Faktoren spielen nur eine Rolle bei der Bestimmung, welche konkreten Variablen kausal mit welchen konkreten Wirkungsvariablen verbunden sind und welche nicht). In Bezug auf Wissen und Handeln hingegen kann das Konstanzprinzip nicht gelten (in diesem Phänomenbereich ist die Frage, ob es Konstanten gibt oder nicht, selbst empirischer Natur und kann für eine bestimmte Variable nur auf der Grundlage vergangener Erfahrung, d.h. ex post, entschieden werden). Und all dies, was definitiv Wissen über etwas Reales ist, kann a priori apodiktisch erkannt werden. Daher muss ein methodologischer Dualismus anstelle des positivistischen Monismus akzeptiert und als absolut a priori wahr anerkannt werden.

III. DIE ÖSTERREICHISCHE SCHULE DER ÖKONOMIE UND DIE PERSPEKTIVEN EINER RATIONALISTISCHEN NEUKONSTRUKTION VON ETHIK UND ÖKONOMIE

Die Tatsache, dass der Positivismus als in sich widersprüchliches philosophisches System schnell widerlegt wurde, hat seiner Ursache natürlich nicht *geholfen*. Aufgrund der eigennützigen Natur der positivistischen Doktrin für diejenigen in Regierungspositionen trug dies jedoch auch wenig dazu bei, die Popularität des Positivismus zu mindern. Um den Positivismus zu besiegen, war weit mehr nötig, als ihn logisch zu widerlegen: Es bedurfte jahrzehntelanger sozialer Experimente, bei denen in immer größerem Maßstab weltweit und innerhalb jedes Nationalstaates versucht wurde zu beweisen, dass es keine ethischen und wirtschaftlichen Gesetze gibt, dass nichts tabu ist und dass alles möglich ist. Es bedurfte der wirtschaftlichen Stagnation der westlichen Wohlfahrtsdemokratien ab Ende der 60er und

Anfang der 70er Jahre; der anhaltenden Verarmung der Länder der Dritten Welt Jahrzehnte nach ihrer Entkolonialisierung; und des allmählichen und seit Ende der 80er Jahre – nach mehr als 70 Jahren des Experimentierens – atemberaubend schnellen wirtschaftlichen Zusammenbruchs der sozialistischen Ostblockstaaten.[24] Außerhalb der realen Welt, also in der Wissenschaft, bedurfte es des vorübergehenden Verschwindens von Ethik und politischer Theorie und ihrer Ersetzung durch linguistische Analyse, operativ bedeutungsloses Geschwätz oder Interessengruppenpolitik und Verhandlungstheorien.[25] Es bedurfte der Degeneration der Wirtschaftswissenschaften zu entweder empirisch bedeutungslosen symbolischen Übungen, die keinerlei Ähnlichkeit mehr mit dem hatten, was einst Gegenstand der Klassiker des ökonomischen Denkens gewesen war (abgesehen von einigen gelegentlichen, wirtschaftlich klingenden Begriffen[26], die bestenfalls von zweitklassigen Mathematikern für keinerlei tatsächliches Publikum produziert wurden, sondern nur, um in den steuerfinanzierten Bibliotheken dieser Welt Staub anzusammeln); oder es erforderte ihren Verfall zu einer mächtigen ökonometrischen

---

[24] Für eine Interpretation des 20. Jahrhunderts als Höhepunkt der Philosophie des Social Engineering und des Relativismus siehe Paul Johnsons großartiges Werk *Modern Times* (New York: Harper and Row, 1983).

[25] Siehe auch Veatch, *Rational Man*; ders., *For an Ontology of Morals: A Critique of Contemporary Ethical Theory* (Evanston, Ill.: Northwestern University Press, 1971); ders., *Human Rights: Facts or Fancy?* (Baton Rouge: Louisiana State University Press, 1985).

[26] Gary North empfiehlt beispielsweise,

> einen Blick auf eine beliebige Seite des 1983 mit dem [Nobel-]Preis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichneten Gerald Debreu, *Theory of Value: An Axiomatic Analysis of Economic Equilibrium*, zu werfen, das 1979 bereits in der achten Auflage erschien – ein Zeugnis für die Vorzüge eines wirtschaftswissenschaftlichen Studiums. Der einzige Hinweis auf die Realität im gesamten Buch findet sich auf S. 29, in den Worten: „No. 2 Red Winter Wheat." (Gary North, „Why Murray Rothbard Will Never Win the Nobel Prize!", in: Walter Block und Llewellyn H. Rockwell, Jr. (Hrsg.), *Man, Economy, and Liberty, Essays in Honor of Murray N. Rothbard* [Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988], S. 89–90)

Prognoseindustrie, deren Sinnlosigkeit für jeden schmerzlich offensichtlich war, einschließlich der Politiker und Regierungsbeamten, die sie subventionierten, um sie zum Zwecke der „wissenschaftlichen Legitimation" einzusetzen.[27] Es erforderte den Zusammenbruch des keynesianischen Systems mit dem Auftreten des angeblich unmöglichen Phänomens der Stagflation Mitte der 70er Jahre; den Zusammenbruch des monetaristischen Paradigmas nach einer langen Reihe offensichtlich falscher Vorhersagen von Ende der 70er bis in die 80er Jahre hinein; und den vollständigen, weltweiten Bankrott der marxistischen Ökonomie.[28]

Dennoch ist der Positivismus nicht tot. Seit Mitte der 70er Jahre ist der Preis für Jahrzehnte des sozialen Relativismus und der sozialen Manipulation jedoch zu hoch geworden, um ignoriert oder einfach wegdiskutiert zu werden. Allmählich hat sich eine philosophische Krisensituation herausgebildet. Es überrascht nicht, dass mit dem endgültigen Rückzug des Positivismus andere Formen des Relativismus, die während der Herrschaft des Positivismus in den Hintergrund gedrängt worden waren, wieder aufgetaucht sind und versuchen, das sich ausweitende ideologische Vakuum zu füllen. Verbunden mit Begriffen wie Hermeneutik, Rhetorik, Ultra-Subjektivismus und Dekonstruktivismus ist eine Art akademische Bewegung im Gange, die versucht, die alte Botschaft des Nihilismus wiederzubeleben – dass es so etwas wie Wahrheit nicht gibt – und die das Scheitern des Positivismus nicht seinem Relativismus zu-

---

[27] Zur Degeneration der Sozialwissenschaften siehe insbesondere die brillanten Beobachtungen von Stanislav Andreski, *Social Science as Sorcery* (New York: St. Martin's Press, 1972); Charles Sykes, *ProfScam: Professors and the Demise of Higher Education* (Washington, D.C.: Regnery, 1988).

[28] Siehe auch Murray N. Rothbard, *For a New Liberty* (New York: Macmillan, 1978), Kap. 9; ders., „The Hermeneutical Invasion of Philosophy and Economics", *Review of Austrian Economics* 3 (1989): 54–55; ders., „Is There Life After Reaganomics", in: Llewellyn H. Rockwell, Jr. (Hrsg.), *The Free Market Reader* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1988), insbes. S. 378; ders., „Ronald Reagan; An Autopsy", *Liberty* II, Nr. 4 (März 1989).

schreibt, sondern der Tatsache, dass er nicht relativistisch genug ist, da er weiterhin *empirische* (hypothetische) Wahrheiten zulässt, anstatt gar keine Wahrheiten.[29]

Doch die Krise hat auch die Philosophie des sozialen Rationalismus wiederbelebt, die schon vor langer Zeit die Falschheit des Positivismus aufgezeigt hatte, aber während der Jahrzehnte der positivistischen Vorherrschaft in Vergessenheit geraten war. Ausgelöst durch die Verleihung des Nobelpreises an Friedrich August von Hayek im Jahr 1974 hat die radikal-rationalistische Österreichische Schule der Nationalökonomie in der Tradition von Carl Menger, Eugen von Böhm-Bawerk und vor allem Ludwig von Mises, Hayeks Lehrer, sowie Murray N. Rothbard eine durchschlagende Renaissance erlebt. Jahrzehntelang wegen ihrer für die Machthaber unangenehmen Implikationen aus den höheren Kreisen der subventionierten Wissenschaft verbannt und zu einem unauffälligen Dasein in der Unterwelt der nicht-universitären, in der realen Welt tätigen Intellektuellen verdammt, hat die Österreichische Schule stetig an Dynamik gewonnen und sich zu einer echten Massenbewegung entwickelt, mit einer wachsenden Zahl akademischer Bastionen sowie einer stetig anwachsenden Unterstützung an der Basis. Tatsächlich hat die Bewegung, angeführt vom Mitte der 80er Jahre gegründeten Ludwig von Mises Institute, eine internationale Dimension angenommen, mit einer sich rasch ausbreitenden Mises-Renaissance in intellektuellen Kreisen der osteuropäischen Länder. Angesichts des totalen Zusammenbruchs des Sozialismus und der Erschöpfung jeglicher staatlicher Autorität und Legitimität sowie konfrontiert mit der Aufgabe des sofortigen und radikalen Wiederaufbaus ihrer Länder, können ihnen die Ratschläge, die eine empirisch bedeutungslose

[29] Für eine kritische Bewertung des neuen Nihilismus siehe Henry Veatch, „Deconstruction in Philosophy: Has Rorty Made It the Denouement of Contemporary Analytical Philosophy?“, *Review of Metaphysics* 39 (1985); Jonathan Barnes, „A Kind of Integrity“, *London Review of Books* (6. November 1986); Rothbard, „The Hermeneutical Invasion of Philosophy and Economics“; Hoppe, „In Defense of Extreme Rationalism“.

mathematische Ökonomie oder Ökonometrie geben kann oder die sich aus Keynesianismus, Monetarismus, der Theorie der rationalen Erwartungen oder, schlimmer noch, Hermeneutik ableiten lassen, nur als lächerlich unangemessen erscheinen. In ihrer Notsituation bietet nur die Österreichische Schule eine eindeutige, radikale und konstruktive Antwort: Nicht nur, dass es Wahrheiten in den Sozialwissenschaften gibt, sondern es gibt a priori, nicht-hypothetische Wahrheiten, die niemand widerlegen kann. Die Wahrheit ist ebenso einfach wie grundlegend: dass Privateigentum und private Eigentumsrechte ein unbestreitbar gültiges, absolutes Prinzip der Ethik und die Grundlage für kontinuierlichen „optimalen" wirtschaftlichen Fortschritt sind; und dass, um aus den Trümmern des Sozialismus wieder aufzustehen, nichts anderes ausreichen wird als eine kompromisslose Privatisierung jedes einzelnen Eigentums und die Rückkehr zu einer Vertragsgesellschaft, die auf der Anerkennung der Absolutheit privater Eigentumsrechte beruht.[30]

Tatsächlich vertritt die Österreichische Schule die ehrgeizigste aller Formen des sozialen Rationalismus mit ihrer unnachgiebigen Behauptung, dass es im Bereich der Sozialwissenschaften nicht-hypothetisches a priori empirisches Wissen gibt und dass es die Ethik und die Ökonomie (die dieses Wissen enthalten) sind, die analog zur Logik und zur Protophysik die absolut unverzichtbare Grundlage aller empirischen Sozialforschung bilden. Darüber hinaus hat allein die Österreichische Schule diese Behauptung untermauert, indem sie eine vollständig entwickelte, konsistente und allumfassende *positive* Theorie der Ethik und der Ökonomie vorgelegt hat.[31]

Indirekt ist die Grundthese der österreichischen Schule bereits bewiesen worden. Bei der obigen Widerlegung des Positivismus

---

[30] Für eine kritische Bewertung der Revolution in Osteuropa siehe Hans-Hermann Hoppe, „The Collapse of Socialism and the Future of Eastern Europe", *Kwasny Economics* II, Nr. 6 (30. Oktober 1989); ders., *Desocialization in a United Germany* (Auburn, Ala.: Ludwig von Mises Institute, 1991).

[31] Siehe insbesondere Mises, *Human Action*; Rothbard, *Man, Economy, and State*; ders., *The Ethics of Liberty* (Atlantic Highlands: Humanities Press, 1982).

wurde aufgezeigt, dass Wissen und Handlungen zwar nicht als verursacht (d.h. auf der Grundlage zeitunabhängig wirkender Effektvariablen vorhersehbar) gedacht werden können, jede Handlung jedoch, gerade weil sie darauf abzielt, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, eine kausal strukturierte physikalische Realität voraussetzt. Offensichtlich stellt diese Erkenntnis selbst ein perfektes Beispiel für die Möglichkeit nicht-hypothetischen sozialen Wissens dar: Sie formuliert Wissen über Handlungen, das kein Handelnder als falsch entlarven könnte, da eine solche Entlarvung tatsächlich dessen Gültigkeit voraussetzen würde. Die österreichische Schule behauptet in Wirklichkeit lediglich, dass in unserem reflektiv gewonnenen Wissen darüber, was es bedeutet zu handeln, weit mehr impliziert ist als dies, was folglich kein Handelnder widerlegen kann.

Die österreichische Theorie geht von zwei systematisch miteinander verbundenen Axiomen aus, die beide nicht-hypothetisch wahr sind. Das erste ist das „Handlungsaxiom“: die Aussage, dass Menschen handeln, oder genauer gesagt, dass ich gerade handle. Es lässt sich nicht leugnen, dass diese Aussage wahr ist, da die Leugnung selbst eine Handlung wäre. Ebenso wenig kann jemand absichtlich nicht handeln, denn auch dies wäre eine Handlung. Somit lässt sich die Wahrheit des Axioms buchstäblich nicht rückgängig machen.[32]

Das zweite Axiom ist das „A-priori der Argumentation“. Was wir hier die ganze Zeit getan haben – ich beim Verfassen dieser Studie und der Leser beim Lesen – ist Argumentation. Gäbe es keine Argumentation, gäbe es keine Debatte über die Wahrheit oder Falschheit des sozialen Relativismus oder Rationalismus und den Status von Ethik und Ökonomie. Es gäbe nur Stille oder bedeutungsloses Rauschen. Erst durch Argumentation entsteht die Idee von Gültigkeit und Wahrheit. Ob etwas wahr, falsch oder unentscheidbar ist; ob es begründet wurde oder nicht; was erforderlich ist, um es zu begründen; ob ich, jemand anderes oder niemand Recht hat – all dies muss im Verlauf der Argumentation und des Austauschs von Aussagen

[32] Siehe Mises, *Human Action*, Teil 1.

entschieden werden. Auch diese Aussage ist a priori wahr, da sie nicht geleugnet werden kann, ohne sie im Akt der Leugnung zu bejahen. Man kann nicht argumentieren, dass man nicht argumentieren kann, und man kann nicht bestreiten, zu wissen, was es bedeutet, einen Gültigkeitsanspruch zu erheben, ohne implizit zumindest die Negation dieser Aussage als wahr zu behaupten. Dies ist das A-priori der Argumentation,[33] und beide Axiome stehen als logisch notwendige, miteinander verwobene Stränge a-priori-Wissens in Beziehung zueinander. Einerseits sind Handlungen grundlegender als Argumentation, da Argumentation nur eine Unterklasse von Handlung ist. Andererseits erfordert bereits die Darlegung dessen, was soeben über Handeln und Argumentation und deren Beziehung zueinander gesagt wurde, Argumentation, sodass Argumentation epistemologisch als grundlegender angesehen werden muss als nicht-argumentatives Handeln.

Die Ethik, genauer gesagt die österreichische Ethik des Privateigentums, leitet sich aus dem A-priori der Argumentation ab, und aus ihrer Natur als nicht-hypothetisch wahres Axiom leitet die Ethik ihren eigenen Status als absolut wahr ab.[34]

Da das A-priori der Argumentation als axiomatischer Ausgangspunkt der Erkenntnistheorie festgelegt ist, folgt daraus, dass alles, was beim Bilden von Aussagen vorausgesetzt werden muss, nicht erneut durch Aussagen bestritten werden kann. Es wäre sinnlos, eine Rechtfertigung für Vorannahmen zu verlangen, die die Bildung sinnvoller Aussagen überhaupt erst ermöglichen. Stattdessen müssen sie von jedem, der Aussagen bildet, als letztlich gerechtfertigt angesehen werden. Jeder spezifische Aussageinhalt, der ihre Gültigkeit bestreitet, muss als performativer oder praktischer Widerspruch verstanden werden.

Darüber hinaus gilt ebenso, wie es unbestreitbar wahr ist, dass man nicht argumentieren kann, dass man nicht argumentieren kann, und dass davon ausgegangen werden muss, dass jeder, der sich auf eine Argumentation einlässt, wissen muss, was es bedeutet, etwas

[33] Siehe insbesondere Apel, *Transformation der Philosophie*, Band II.
[34] Siehe hierzu Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism*, Kap. 2, 7.

als wahr zu behaupten, dass jedes Argument eine argumentierende Person, einen Handelnden, erfordert. Argumentieren besteht niemals nur aus frei schwebenden Aussagen, sondern ist immer auch eine Handlung. Da Wahrheitsansprüche im Verlauf der Argumentation vorgebracht und entschieden werden müssen und da Argumentation, abgesehen von dem, was dabei gesagt wird, auch eine praktische Angelegenheit ist, folgt daraus, dass intersubjektiv bedeutsame Normen existieren müssen. Diese Normen sind genau jene, die eine Handlung zur Argumentation machen, und sie haben einen besonderen kognitiven Status, da sie die praktischen Voraussetzungen der Wahrheit sind. Tatsächlich könnte weder die den Positivisten so teure Dichotomie zwischen empirischen Fakten und emotiven Werten noch ihre Unterscheidung zwischen empirischen und analytischen Aussagen als gültig beansprucht werden, es sei denn, die der Argumentation zugrunde liegenden Normen (in deren Verlauf diese Unterscheidungen getroffen werden) würden selbst als gültig angesehen. Es ist schlichtweg unmöglich, anders zu argumentieren, da man dabei tatsächlich deren Gültigkeit voraussetzen würde.

Nun erfordert jeder Austausch von Aussagen als notwendigerweise praktische Angelegenheit die ausschließliche Kontrolle (das Eigentum) des Aussagenden über bestimmte knappe Mittel. Niemand könnte irgendetwas vorschlagen, und niemand könnte von irgendeiner Aussage überzeugt werden, wenn nicht bereits das Recht auf die ausschließliche Nutzung des eigenen physischen Körpers vorausgesetzt wäre. Es ist die Anerkennung der sich gegenseitig ausschließenden Kontrolle eines anderen über seinen Körper, die das charakteristische Merkmal des Austauschs von Aussagen erklärt: dass man zwar über das Gesagte uneinig sein mag, es aber dennoch möglich ist, sich zumindest darüber einig zu sein, dass Uneinigkeit besteht. Es ist auch offensichtlich, dass ein solches Eigentumsrecht am eigenen Körper a priori als gerechtfertigt angesehen werden muss, denn jeder, der versuchen würde, irgendeine Norm zu rechtfertigen, müsste bereits ein ausschließliches Kontrollrecht über seinen Körper voraussetzen, um überhaupt sagen zu können: „Ich schlage dies und das vor." Jeder, der ein solches Recht bestreiten

würde, geriete in einen praktischen Widerspruch, da man durch diese Argumentation bereits implizit genau die Norm akzeptiert hätte, die man bestreitet.

Schließlich wäre es ebenso unmöglich, sich auf eine Argumentation einzulassen, wenn man sich nicht zusätzlich zu seinem Körper andere knappe Mittel durch Bewirtschaftung aneignen dürfte, d.h. indem man sie nutzt, bevor es jemand anderes tut, oder wenn solche Mittel nicht in objektiven, physischen Begriffen definiert wären.

Denn wenn niemand das Recht hätte, irgendetwas zu kontrollieren, außer seinem eigenen Körper, dann würden wir alle aufhören zu existieren, und das Problem der Rechtfertigung von Normen – ebenso wie alle anderen menschlichen Probleme – würde schlichtweg nicht existieren. Die Tatsache, dass man lebt, setzt die Gültigkeit von Eigentumsrechten an anderen Dingen voraus. Niemand, der lebt, könnte etwas anderes behaupten.

Und wenn eine Person das Recht auf ausschließliche Kontrolle über solche Güter nicht durch Bewirtschaftung erlangt hätte, indem sie eine objektive Verbindung zwischen einer bestimmten Person und einer bestimmten physischen Ressource herstellte, bevor es jemand anderes getan hatte, sondern stattdessen davon ausgegangen würde, dass Nachzügler Eigentumsansprüche auf Dinge hätten, dann dürfte buchstäblich *niemand zu irgendeinem Zeitpunkt irgendetwas mit irgendetwas tun*, es sei denn, er hätte die vorherige Zustimmung aller Nachzügler. Weder wir noch unsere Vorfahren noch unsere Nachkommen könnten überleben oder werden überleben, wenn wir dieser Regel folgen würden. Doch damit irgendeine Person – in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft – überhaupt etwas argumentieren kann, muss es offensichtlich möglich sein, zu überleben. Und damit wir dies tun können, dürfen Eigentumsrechte nicht als zeitlos und unspezifisch hinsichtlich der Anzahl der betroffenen Personen verstanden werden. Vielmehr müssen Eigentumsrechte notwendigerweise durch Handlungen an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten für bestimmte handelnde Individuen entstehen. Andernfalls wäre es unmöglich, dass jemand zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort etwas sagt und

dass jemand anderes darauf antwortet. Zu behaupten, dass die „Erster-Nutzer-Erster-Eigentümer"-Regel des Privateigentums ignoriert werden kann oder a priori ungerechtfertigt ist, impliziert einen Widerspruch. Die Behauptung dieser These setzt die eigene Existenz als physisch unabhängige, entscheidungsfähige Einheit zu einem bestimmten Zeitpunkt voraus sowie die Gültigkeit des Bewirtschaftungsprinzips als absolutes Prinzip des Eigentumserwerbs.

Die Ökonomie, oder in Mises' Terminologie die Praxeologie, und ihr Status als nicht-hypothetische, a priori wahre Sozialwissenschaft leiten sich aus dem Handlungsaxiom ab.[35]

Mit jeder Handlung verfolgt ein Handelnder ein Ziel, und was auch immer sein Ziel sein mag, die Tatsache, dass es von einem Handelnden verfolgt wird, zeigt, dass er ihm einen relativ höheren Wert beimisst als jedem anderen Handlungsziel, das er sich zu Beginn seiner Handlung vorstellen könnte.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss ein Akteur zu einem früheren Zeitpunkt eingreifen oder beschließen, nicht einzugreifen (was ebenfalls ein Eingriff ist), um ein späteres Ergebnis zu erzielen, und dieser Eingriff impliziert den Einsatz knapper Mittel (zumindest die des Körpers des Handelnden, seines physischen Standpunkts und der für den Eingriff aufgewendeten Zeit).

Diese Mittel müssen für einen Handelnden auch einen Wert haben – einen Wert, der sich aus dem des Ziels ableitet – da der Handelnde ihren Einsatz als notwendig erachten muss, um das Ziel effektiv zu erreichen. Darüber hinaus können Handlungen nur nacheinander ausgeführt werden und beinhalten immer eine Entscheidung, d.h. die Wahl einer Handlungsweise, die dem Handelnden zu einem bestimmten Zeitpunkt das am höchsten geschätzte Ergebnis ver-

[35] Siehe hierzu Mises, *Human Action*, Kap. IV; Rothbard, *Man, Economy, and State*, Kap. 1; ders., „Praxeology: The Methodology of Austrian Economics", in: Edwin Dolan (Hrsg.), *The Foundations of Modern Austrian Economics* (Kansas City: Sheed and Ward, 1976); Hoppe, *Praxeology and Economic Science*; sowie Lionel Robbins, *The Nature and Significance of Economic Science* (New York: New York University Press, 1982).

spricht, und gleichzeitig den Verzicht auf die Verfolgung anderer, weniger geschätzter Ziele.

Zudem strebt ein Handelnder beim Handeln nicht nur stets danach, einen weniger zufriedenstellenden Zustand durch einen befriedigenderen zu ersetzen, und zeigt eine Präferenz für höhere gegenüber niedrigeren Werten; er berücksichtigt auch stets, wann seine Ziele in der Zukunft erreicht werden, und zeigt eine allgemeine Präferenz für frühere gegenüber späteren Ergebnissen. Da jede Handlung Zeit erfordert und der Mensch gelegentlich etwas verbrauchen muss, ist Zeit stets knapp. Daher werden gegenwärtige oder frühere Ergebnisse höher bewertet als zukünftige oder spätere – und müssen dies auch stets tun – und der Mensch wird einen gegenwärtigen Wert nur dann gegen einen zukünftigen eintauschen, wenn er dadurch eine *Steigerung* seines zukünftigen Wohlergehens erwartet.

Darüber hinaus impliziert jede einzelne Handlung, als Folge der Notwendigkeit, zwischen verschiedenen Zielen zu wählen und einem Ziel den Vorzug vor einem anderen zu geben, der Unmöglichkeit, alle Ziele gleichzeitig zu verwirklichen, und der Einschränkung durch die Zeitpräferenz, das Entstehen von Kosten, d.h. den Verzicht auf den Wert, der mit dem am höchsten geschätzten alternativen Ziel verbunden ist, das nicht verwirklicht werden kann oder dessen Verwirklichung aufgeschoben werden muss, weil die zu seiner Verwirklichung notwendigen Mittel in der Produktion eines anderen, noch höher geschätzten Ziels gebunden sind.

Schließlich impliziert unser Verständnis davon, was Handeln bedeutet, dass jedes Handlungsziel zu Beginn für den Handelnden mehr wert sein muss als seine Kosten und einen Gewinn versprechen muss, d.h. ein Ergebnis, dessen Wert höher einzustufen ist als der der entgangenen Alternativen. Jedes Handeln ist jedoch auch unweigerlich von der Möglichkeit eines Verlusts bedroht, wenn ein Handelnder im Nachhinein feststellt, dass das tatsächlich erzielte Ergebnis entgegen den Erwartungen einen geringeren Wert hat, als die aufgegebene Alternative gehabt hätte.

All diese Kategorien, von denen wir wissen, dass sie den Kern der Wirtschaftswissenschaften bilden – Werte, Mittel, Wahl, Präfe-

renz, Zeitpräferenz, Kosten, Gewinn und Verlust – sind im Handlungsaxiom impliziert. Wie das Axiom selbst beinhalten sie nichthypothetisch wahres Wissen. Jeder Versuch, dieses Wissen zu widerlegen, müsste selbst eine Handlung sein, die auf ein Ziel ausgerichtet ist, Mittel erfordert, andere Handlungsoptionen ausschließt, Kosten verursacht, den Handelnden der Möglichkeit aussetzt, das gewünschte Ziel zu erreichen oder nicht zu erreichen, und somit zu einem Gewinn oder einem Verlust führt. Alle wahren ökonomischen Aussagen – und genau darum geht es in der österreichischen Wirtschaftstheorie – lassen sich mittels formaler Logik aus diesem unbestreitbar wahren materiellen Wissen über die Bedeutung des Handelns und seinen Kategorien ableiten. Genauer gesagt bestehen alle wahren ökonomischen Theoreme aus: (a) einem Verständnis der Bedeutung des Handelns; (b) einer Situation oder Situationsänderung – die als gegeben angenommen oder als gegeben identifiziert wird – und die in Begriffen von Handlungskategorien beschrieben wird; und (c) einer logischen Ableitung der Konsequenzen – wiederum in Begriffen solcher Kategorien – die sich für einen Handelnden aus dieser Situation oder Situationsänderung ergeben. So folgt beispielsweise das Gesetz des Grenznutzens, eines der grundlegendsten Gesetze der Wirtschaftswissenschaft, aus unserem unbestreitbaren Wissen um die Tatsache, dass jeder Akteur stets das, was ihn mehr befriedigt, dem vorzieht, was ihn weniger befriedigt, sowie aus der Annahme, dass er mit einer Erhöhung des Angebots eines Gutes (eines knappen Gutes) konfrontiert ist, dessen Einheiten er als gleichwertig ansieht, um eine zusätzliche Einheit. Daraus folgt mit logischer Notwendigkeit, dass diese zusätzliche Einheit nur als Mittel zur Beseitigung eines Unbehagens eingesetzt werden kann, das als weniger dringlich angesehen wird als das am wenigsten wertvolle Ziel, das zuvor durch eine Einheit eines solchen Gutes befriedigt wurde.

Die Kombination von Ethik, wie sie im Axiom der Argumentation impliziert ist, und von Ökonomie, wie sie im Axiom des Han-

delns impliziert ist, ergibt das, was man als österreichische Wohlfahrtsökonomie bezeichnen könnte.[36]

Wenn und soweit Handelnde sich dafür entscheiden, gemäß dem unbestreitbar gültigen Prinzip der Ethik des Privateigentums zu handeln, wird die soziale Wohlfahrt – definiert im Sinne der Pareto-Optimalität – ausnahmslos optimiert: Die ursprüngliche Aneignung herrenloser Ressourcen durch eine Person erhöht, wie gerade diese Handlung zeigt, ihren Nutzen oder ihre Wohlfahrt (zumindest ex ante). Gleichzeitig verschlechtert sie die Lage von niemandem, da sie durch die Aneignung anderen nichts wegnimmt. Offensichtlich hätten auch andere diese Ressourcen in Besitz nehmen können, wenn sie sie nur als knapp und damit als wertvoll wahrgenommen hätten. Sie taten dies jedoch nicht, was zeigt, dass sie ihnen keinerlei Wert beimaßen, und somit kann nicht gesagt werden, dass sie durch diese Handlung an Nutzen verloren hätten. Auf dieser Grundlage ist jede weitere Produktionshandlung unter Nutzung in Besitz genommener Ressourcen auf der Grundlage nachgewiesener Präferenzen gleichermaßen pareto-optimal, vorausgesetzt, sie beeinträchtigt nicht ungebeten die physische Unversehrtheit der Ressourcen, die von anderen in Besitz genommen oder mit in Besitz genommenen Mitteln produziert wurden. Schließlich muss jeder freiwillige Austausch, der auf dieser Grundlage erfolgt, ebenfalls als pareto-optimale Veränderung angesehen werden, da er nur stattfinden kann, wenn beide Parteien davon profitieren.

Das ständige und ausnahmslose Handeln nach den soeben beschriebenen Regeln führt stets zur größtmöglichen Schaffung von Wohlstand, denn jede Abweichung von diesen Regeln bedeutet per Definition eine Umverteilung von Eigentumsrechten und damit von

[36] Siehe auch Murray N. Rothbard, *Toward a Reconstruction of Utility and Welfare Economics* (New York: Center for Libertarian Studies, Occasional Paper Series Nr. 3, 1977); ders., *Power and Market* (Kansas City: Sheed, Andrews and McMeel, 1977); ders., „The Myth of Neutral Taxation", Cato Journal 1, Nr. 2 (1981); Hoppe, *A Theory of Socialism and Capitalism*; ders., „Man, Economy, and Liberty: Review Essay", *Review of Austrian Economics* 4 (1990).

Einkommen weg von den Nutzern, Produzenten und Vertragspartnern von Gütern hin zu Nicht-Nutzern, Nicht-Produzenten und Nicht-Vertragspartnern. Folglich bedeutet jede solche Abweichung, dass es relativ weniger ursprüngliche Aneignung von Ressourcen geben wird, deren Knappheit anerkannt ist, dass es weniger Produktion neuer Güter, weniger Instandhaltung bestehender Güter und weniger für beide Seiten vorteilhafte Vertragsabschlüsse und Handel geben wird. Dies wiederum bedeutet einen niedrigeren Lebensstandard in Bezug auf tauschbare Güter und Dienstleistungen. Darüber hinaus gewährleistet die Bestimmung, dass nur der *erste* Nutzer eines Gutes das Eigentum erwirbt, dass die produktiven Anstrengungen *zu jeder Zeit* so hoch wie möglich sein werden. Die Bestimmung, dass nur die physische Unversehrtheit von Eigentum (nicht der Eigentumswert) geschützt ist, garantiert, dass jeder Eigentümer die größtmöglichen *wertschöpfenden* Anstrengungen unternimmt, um günstige Veränderungen des Eigentumswerts zu fördern und ungünstige Veränderungen des Eigentumswerts zu verhindern oder ihnen entgegenzuwirken (wie sie sich aus den Handlungen einer anderen Person in Bezug auf sein Eigentum ergeben könnten). Somit impliziert jede Abweichung von diesen Regeln auch zu jeder Zeit ein geringeres Maß an wertschöpfenden Anstrengungen.

Die radikale Einfachheit dieser österreichischen Theorie von Ethik und Ökonomie, ja die Tatsache, dass sie – vor allem in Ludwig von Mises' epochaler Schrift *Human Action* sowie in Murray N. Rothbards *Man, Economy, and State* sowie *The Ethics of Liberty* – zu einem streng konsistenten und architektonisch schönen Gebäude ethischen und ökonomischen Denkens erklärt, warum der soziale Rationalismus der Österreichischen Schule während der Blütezeit des Positivismus in den Untergrund gedrängt werden konnte, aber niemals vollständig entwurzelt und ausradiert werden konnte. Seine Wahrheit ist zu offensichtlich, um von Menschen mit intellektueller Neugier und gesundem Menschenverstand konsequent ignoriert zu werden; denn ist es nicht selbstverständlich, dass jeder Mensch Eigentümer seines eigenen Körpers sowie aller knappen Güter sein sollte, die er mit Hilfe dieses Körpers nutzt, bevor es jemand anderes

tut? Ist es nicht offensichtlich, dass jeder Eigentümer das Recht haben sollte, diese Güter nach eigenem Ermessen zu nutzen, solange er dabei nicht ungebeten die physische Unversehrtheit des Eigentums eines anderen verändert? Ist es nicht offensichtlich, dass, sobald ein Gut erstmals in Besitz genommen oder mit in Besitz genommenen Mitteln produziert wurde, das Eigentum daran nur durch eine vertragliche, freiwillige Übertragung eines Eigentumsrechts vom früheren auf den späteren Eigentümer erworben werden kann? Und ist es nicht intuitiv klar, dass nur dann und insofern diese Regeln gelten, die größtmögliche Produktion von gesellschaftlichem Reichtum und Wohlstand eintreten wird?[37]

Diese so offensichtlich wahre Theorie hat die radikalsten praktisch-politischen Implikationen. Sie widerlegt als ethisch ungerechtfertigt und wirtschaftlich kontraproduktiv Handlungen wie Besteuerung, die gesetzgeberische Umverteilung privater Eigentumsrechte, die Schaffung von Fiatgeld, das Teilreserve-Bankwesen und letztlich die Institution der Staatsregierung selbst. Sie fordert stattdessen eine reine Privateigentumsgesellschaft, eine Anarchie privater Eigentümer, die ausschließlich durch das Eigentumsrecht geregelt wird.[38] Aufgrund dessen steht die Österreichische Schule in grundlegendem Widerspruch zu jeder Ausübung staatlicher Macht. Da die Machthaber sie als ihren natürlichen und gefährlichsten intellektuellen Feind erkennen, haben sie alles in ihrer Macht Stehende getan, um ihre Erinnerung auszulöschen und Ethik und Wirtschaft durch Staatskult zu ersetzen. Wie Mises schreibt:

> Despoten und demokratische Mehrheiten sind trunken vor Macht. Sie müssen widerwillig zugeben, dass sie den Naturgesetzen unterworfen sind. Doch sie lehnen den Begriff des Wirtschaftsgesetzes

[37] Siehe zum Begriff eines natürlichen Gerechtigkeitssinns auch Gustave de Molinari, *The Production of Security* (Burlingame, Kalifornien: Center for Libertarian Studies, Occasional Paper Series Nr. 2, 1977).
[38] Siehe hierzu auch Rothbard, *Man, Economy, and State*; ders., *Power and Market*, ders., *For a New Liberty*; ders., *The Ethics of Liberty*; Hans-Hermann Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987); ders., *A Theory of Socialism and Capitalism*.

> gänzlich ab. Sind sie nicht der oberste Gesetzgeber? … Es ist unmöglich, die Geschichte des ökonomischen Denkens zu verstehen, wenn man nicht der Tatsache Beachtung schenkt, dass die Wirtschaftswissenschaft als solche eine Herausforderung für die Selbstüberschätzung der Machthaber darstellt. Ein Ökonom kann niemals ein Liebling von Autokraten und Demagogen sein. Für sie ist er immer der Unruhestifter, und je mehr sie innerlich davon überzeugt sind, dass seine Einwände begründet sind, desto mehr hassen sie ihn.[39]

In der gegenwärtigen Situation einer weltweiten Krise der staatlichen Legitimität, des Zusammenbruchs des Sozialismus im Ostblock und der anhaltenden Stagnation der westlichen Wohlfahrtsstaaten ist die Chance für den österreichischen Rationalismus, das mit dem Rückzug des Positivismus entstandene philosophische Vakuum zu füllen und zum Paradigma der Zukunft zu werden, so gut oder besser denn je.[40] Heute wie damals erfordert es ebenso viel moralischen Mut wie intellektuelle Integrität, die österreichische Gesellschaftstheorie zu vertreten – die gegnerischen etatistischen Lager stellen nach wie vor eine gewaltige Mehrheit dar und kontrollieren einen weitaus größeren Anteil an Ressourcen. Dennoch kann die gegensätzliche österreichische Theorie von Privateigentum, freien Märkten und Laissez-faire angesichts des totalen Zusammenbruchs des Sozialismus und des Konzepts des gesellschaftlichen Eigentums, das jedem vor Augen steht, nur an Attraktivität gewinnen und Unterstützung finden. Die Österreicher haben Grund zu der Annahme, dass die Zeit gekommen ist, in der es ihnen gelingen könnte, einen grundlegenden Wandel in der öffentlichen Meinung herbeizuführen, indem sie Ethik und Ökonomie aus den Händen der Positivisten und der mächtigen Ingenieure zurückerobern und die öffent-

---

[39] Mises, *Human Action*, S. 67.

[40] Für eine strategische Einschätzung der heutigen Zeit aus österreichischer Perspektive siehe Murray N. Rothbard, „Left and Right: The Prospects for Liberty“ und „Ludwig von Mises and the Paradigm of Our Age“, in ders., *Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays* (Washington, D.C.: Libertarian Review Press, 1974).

liche Anerkennung von Privateigentumsrechten und freien Märkten, die auf solchen Rechten als ultimativen, absoluten Prinzipien von Ethik und Ökonomie beruhen, wiederherstellen.

15

Rothbardianische Ethik

DAS PROBLEM DER GESELLSCHAFTSORDNUNG

Robinson Crusoe, allein auf seiner Insel, kann tun, was ihm gefällt. Für ihn stellt sich die Frage nach Regeln für geordnetes menschliches Verhalten – soziale Zusammenarbeit – schlichtweg nicht. Natürlich kann diese Frage erst aufkommen, sobald eine zweite Person, Freitag, auf der Insel eintrifft, doch selbst dann bleibt die Frage weitgehend irrelevant, solange keine *Knappheit* herrscht. Nehmen wir an, die Insel sei der Garten Eden. Alle äußeren Güter sind im Überfluss vorhanden. Es handelt sich um „kostenlose Güter", so wie die Luft, die wir atmen, normalerweise ein „kostenloses" Gut ist. Was auch immer Crusoe mit diesen Gütern tut, seine Handlungen haben *weder* Auswirkungen auf seine eigene zukünftige Versorgung mit solchen Gütern *noch* auf die gegenwärtige oder zukünftige Versorgung mit denselben Gütern für Freitag (und umgekehrt). Daher ist es unmöglich, dass es jemals zu einem Konflikt zwischen Crusoe und Freitag über die Nutzung solcher Güter kommen könnte. Ein Konflikt wird erst dann möglich, wenn Güter knapp sind, und erst dann kann sich das Problem stellen, Regeln zu formulieren, die eine geordnete, konfliktfreie soziale Zusammenarbeit ermöglichen.

Im Garten Eden gibt es nur zwei knappe Güter: den physischen Körper eines Menschen und der Platz, auf dem er steht. Crusoe und Freitag haben jeweils nur einen Körper und können sich jeweils nur

[Nachdruck aus www.LewRockwell.com.]

an einem Ort aufhalten. Daher können selbst im Garten Eden Konflikte zwischen Crusoe und Freitag entstehen: Crusoe und Freitag können nicht beide gleichzeitig denselben Raum einnehmen, ohne dadurch in physischen Konflikt miteinander zu geraten. Dementsprechend müssen auch im Garten Eden Regeln für geordnetes soziales Verhalten existieren – Regeln bezüglich der richtigen Positionierung und Bewegung menschlicher Körper. Außerhalb des Garten Eden, im Reich der Knappheit, muss es Regeln geben, die nicht nur die Nutzung persönlicher Körper, sondern *aller* knappen Güter regeln, damit *alle* möglichen Konflikte ausgeschlossen werden können. Dies ist das Problem der sozialen Ordnung.

DIE LÖSUNG: DIE IDEE DER URSPRÜNGLICHEN ANEIGNUNG UND DES PRIVATEIGENTUMS

In der Geschichte des sozialen und politischen Denkens wurden viele Vorschläge als angebliche Lösung für das Problem der sozialen Ordnung vorgebracht, und diese Vielfalt an sich widersprechenden Vorschlägen hat dazu beigetragen, dass die Suche nach einer einzigen „richtigen" Lösung heute häufig als illusorisch angesehen wird. Doch wie ich zeigen werde, gibt es eine richtige Lösung; daher gibt es keinen Grund, dem moralischen Relativismus zu verfallen. Ich habe diese Lösung nicht entdeckt, ebenso wenig wie Murray Rothbard. Vielmehr ist die Lösung seit Hunderten von Jahren bekannt, wenn nicht sogar schon viel länger. Murray Rothbards Verdienst besteht „lediglich" darin, dass er diese alte und einfache Lösung wiederentdeckt und sie klarer und überzeugender formuliert hat als jeder vor ihm.

Lassen Sie mich zunächst die Lösung formulieren – zunächst für den Sonderfall, den der Garten Eden darstellt, und anschließend für den allgemeinen Fall, den die „reale" Welt der allgegenwärtigen Knappheit darstellt – und dann zur Erklärung übergehen, warum diese Lösung und keine andere richtig ist.

Im Garten Eden wird die Lösung durch die einfache Regel geboten, die besagt, dass jeder seinen eigenen Körper dort platzieren oder hinbewegen darf, wo es ihm gefällt, *vorausgesetzt, dass niemand*

anderes bereits dort steht und denselben Raum einnimmt. Außerhalb des Garten Eden, im Bereich der allumfassenden Knappheit, wird die Lösung durch folgende Regel gegeben: Jeder ist der rechtmäßige Eigentümer seines eigenen physischen Körpers sowie aller Orte und naturgegebenen Güter, die er mit Hilfe seines Körpers einnimmt und nutzt, *vorausgesetzt, dass niemand anderes dieselben Orte und Güter bereits vor ihm eingenommen oder genutzt hat*. Dieses Eigentum einer Person an „ursprünglich angeeigneten" Orten und Gütern impliziert ihr Recht, diese Orte und Güter nach eigenem Ermessen zu nutzen und zu verändern, *vorausgesetzt jedoch, dass sie dadurch nicht ungebeten die physische Unversehrtheit von Orten und Gütern verändert, die ursprünglich von einer anderen Person angeeignet wurden*. Insbesondere kann, sobald ein Ort oder ein Gut durch (in John Lockes Worten) „die Vermischung mit der eigenen Arbeit" erstmals angeeignet wurde, das Eigentum an solchen Orten und Gütern nur noch durch eine freiwillige vertragliche Übertragung des Eigentumsrechts vom früheren auf den späteren Eigentümer erworben werden.

Angesichts des weit verbreiteten moralischen Relativismus lohnt es sich darauf hinzuweisen, dass diese Idee der ursprünglichen Aneignung und des Privateigentums als Lösung für das Problem der sozialen Ordnung vollkommen im Einklang mit unserer moralischen „Intuition" steht. Ist es nicht schlichtweg absurd zu behaupten, dass eine Person *nicht* der rechtmäßige Eigentümer ihres Körpers und der Orte und Güter sein sollte, die sie ursprünglich, d.h. *vor allen anderen*, sich aneignet, nutzt und/oder mittels ihres Körpers produziert? Wer sonst, wenn nicht sie, sollte deren Eigentümer sein? Ist es nicht auch offensichtlich, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen, einschließlich Kinder und Naturvölker, nach diesen Regeln handelt, und zwar ohne zu hinterfragen und als Selbstverständlichkeit?

So wichtig sie auch ist, eine moralische Intuition ist kein Beweis. Dennoch gibt es einen Beweis dafür, dass unsere moralische Intuition richtig ist.

Der Beweis lässt sich auf zweierlei Weise erbringen. Einerseits kann ein solcher Beweis erbracht werden, indem man die Konse-

quenzen darlegt, die sich ergeben, wenn man die Gültigkeit der Institution der ursprünglichen Aneignung und des Privateigentums leugnen würde: Wäre eine Person A *nicht* Eigentümer ihres eigenen Körpers und der Orte und Güter, die ursprünglich mit diesem Körper angeeignet und/oder produziert wurden, sowie der Güter, die freiwillig (vertraglich) von einem anderen früheren Eigentümer erworben wurden, dann gäbe es nur zwei Alternativen. Entweder muss eine *andere* Person B als Eigentümer von As Körper sowie der von A angeeigneten, erzeugten oder erworbenen Orte und Güter anerkannt werden, oder aber *alle* Personen, A *und* B, müssen als gleichberechtigte Miteigentümer aller Körper, Orte und Güter betrachtet werden.

Im ersten Fall würde A auf den Rang eines Sklaven von B und eines Ausbeutungsobjekts herabgestuft. B ist Eigentümer von As Körper und aller Orte und Güter, die von A angeeignet, produziert und erworben wurden, aber A wiederum ist nicht Eigentümer von Bs Körper und der Orte und Güter, die von B angeeignet, produziert und erworben wurden. Somit entstehen unter dieser Regelung zwei kategorisch unterschiedliche Personengruppen – *Untermenschen* wie A und *Übermenschen* wie B – für die unterschiedliche „Gesetze" gelten. Dementsprechend muss eine solche Regelung als eine für alle Menschen (vernünftige Tiere) gleichermaßen geltende menschliche Ethik verworfen werden. Von vornherein ist jede derartige Regelung als nicht allgemein akzeptabel zu erkennen und kann daher keinen Anspruch darauf erheben, Recht zu sein. Damit eine Regel den Rang eines Gesetzes – einer *gerechten* Regel – anstreben kann, ist es notwendig, dass eine solche Regel für alle gleichermaßen und allgemein gilt.

Alternativ ist im zweiten Fall des universellen und gleichen Miteigentums die Anforderung eines für alle gleichen Rechts erfüllt. Diese Alternative weist jedoch einen anderen, noch schwerwiegenderen Mangel auf, denn würde sie angewendet, würde die gesamte Menschheit augenblicklich zugrunde gehen. (Und da jede menschliche Ethik das Überleben der Menschheit ermöglichen muss, muss diese Alternative verworfen werden.) Jede Handlung einer Person

erfordert den Einsatz knapper Mittel (zumindest des eigenen Körpers und des Platzes, den dieser einnimmt), doch wenn alle Güter im Miteigentum aller stünden, dürfte niemand zu keiner Zeit und an keinem Ort etwas tun, es sei denn, er hätte zuvor die Zustimmung aller anderen Miteigentümer dazu eingeholt. Wie könnte jedoch jemand eine solche Zustimmung erteilen, wenn er nicht der alleinige Eigentümer seines eigenen Körpers (einschließlich seiner Stimmbänder) wäre, mittels dessen seine Zustimmung zum Ausdruck gebracht werden muss? Tatsächlich bräuchte er zunächst die Zustimmung anderer, um seine eigene zum Ausdruck bringen zu dürfen, doch diese anderen können ihre Zustimmung nicht geben, ohne zuvor seine zu haben, usw.

Diese Einsicht in die praxeologische Unmöglichkeit des „universellen Kommunismus", wie Rothbard diesen Vorschlag bezeichnete, führt uns unmittelbar zu einer alternativen Möglichkeit, die Idee der ursprünglichen Aneignung und des Privateigentums als die einzig richtige Lösung für das Problem der sozialen Ordnung zu demonstrieren. Ob Personen Rechte haben und, wenn ja, welche, kann nur im Laufe einer Argumentation (eines propositionalen Austauschs) entschieden werden. Rechtfertigung – Beweis, Vermutung, Widerlegung – ist *argumentative* Rechtfertigung. Jeder, der diese Aussage leugnen würde, würde in einen performativen Widerspruch geraten, da seine Leugnung selbst ein Argument darstellen würde. Selbst ein ethischer Relativist muss diese erste Aussage akzeptieren, die als das *a priori der Argumentation* bezeichnet wurde.

Aus der unbestreitbaren Akzeptanz – dem axiomatischen Status – dieses a priori der Argumentation folgen zwei gleichermaßen notwendige Schlussfolgerungen. Erstens ergibt sich daraus, unter welchen Umständen es *keine* rationale Lösung für das aus Knappheit entstehende Konfliktproblem gibt. Nehmen wir in meinem früheren Szenario von Crusoe und Freitag an, dass Freitag nicht der Name eines Mannes, sondern eines Gorillas war. Offensichtlich könnte Crusoe ebenso wie mit dem Menschen Freitag in einen Konflikt über seinen Körper und dessen Platz geraten, auch mit dem Gorilla Freitag. Der Gorilla könnte denselben Raum beanspruchen wollen, den

Crusoe einnimmt. In diesem Fall gibt es, zumindest wenn der Gorilla die Art von Wesen ist, als die wir Gorillas kennen, tatsächlich keine rationale Lösung für ihren Konflikt. Entweder gewinnt der Gorilla und verschlingt, zerquetscht oder schiebt Crusoe beiseite (das ist die Lösung des Gorillas für das Problem), oder Crusoe gewinnt und tötet, schlägt, vertreibt oder zähmt den Gorilla (das ist Crusoes Lösung). In dieser Situation kann man tatsächlich von moralischem Relativismus sprechen. Man könnte Alasdair MacIntyre zustimmen, einem prominenten Philosophen relativistischer Ausrichtung, der im Titel eines seiner Bücher fragt: *Wessen Gerechtigkeit? Welche Rationalität?* – die von Crusoe oder die des Gorillas? Je nachdem, auf welcher Seite man steht, wird die Antwort unterschiedlich ausfallen. Es ist jedoch angemessener, diese Situation als eine zu bezeichnen, in der die Frage nach Gerechtigkeit und Rationalität schlichtweg nicht aufkommt: als eine extramoralische Situation. Die Existenz des Gorillas Freitag stellt für Crusoe lediglich ein technisches Problem dar, kein moralisches. Crusoe hat keine andere Wahl, als zu lernen, wie er die Bewegungen des Gorillas erfolgreich lenken und kontrollieren kann, genauso wie er lernen muss, die unbelebten Objekte seiner Umgebung zu lenken und zu kontrollieren.

Daraus folgt, dass man nur dann von einem moralischen Problem sprechen kann und die Frage, ob es eine Lösung gibt, nur dann sinnvoll ist, wenn beide Konfliktparteien in der Lage sind, miteinander zu argumentieren. Nur wenn Freitag, unabhängig von seinem äußeren Erscheinungsbild (d.h. ob er wie ein Mensch oder wie ein Gorilla aussieht), zur Argumentation fähig ist (auch wenn er sich nur einmal als dazu fähig erwiesen hat), kann er als rational angesehen werden und nur dann ist die Frage, ob es eine richtige Lösung für das Problem der sozialen Ordnung gibt, sinnvoll. Von niemandem kann erwartet werden, dass er jemandem eine Antwort gibt, der nie eine Frage gestellt hat, oder, genauer gesagt, jemandem, der nie seinen eigenen relativistischen Standpunkt in Form eines Arguments dargelegt hat. In diesem Fall kann dieser „Andere“ nur wie ein Tier oder eine Pflanze betrachtet und behandelt werden, d.h. als ein außer-moralisches Wesen. Nur wenn dieses andere Wesen grundsätzlich in

seiner Tätigkeit, welcher Art sie auch immer sein mag, innehalten, sozusagen einen Schritt zurücktreten und zu etwas, das man gesagt hat, „Ja“ oder „Nein“ sagen kann, schulden wir diesem Wesen eine Antwort und können dementsprechend möglicherweise behaupten, dass unsere Antwort die richtige für beide Konfliktparteien ist.

Zweitens folgt aus dem a priori der Argumentation, dass alles, was im Verlauf einer Argumentation vorausgesetzt werden muss – als logische und praxeologische Voraussetzung der Argumentation – seinerseits nicht hinsichtlich seiner Gültigkeit argumentativ angefochten werden kann, ohne dass man sich dabei in einen internen (performativen) Widerspruch verstrickt. Aussagelogischer Austausch besteht nicht aus frei schwebenden Aussagen, sondern stellt eine spezifische menschliche Aktivität dar. Die Argumentation zwischen Crusoe und Freitag setzt voraus, dass beide die ausschließliche Kontrolle über ihre jeweiligen Körper (ihr Gehirn, ihre Stimmbänder usw.) sowie über den von ihren Körpern eingenommenen Raum besitzen und dies gegenseitig anerkennen. Niemand könnte etwas vorschlagen und erwarten, dass die andere Partei sich von der Gültigkeit dieses Satzes überzeugt oder ihn andernfalls ablehnt und etwas anderes vorschlägt, es sei denn, sein Recht und das seines Gegners auf ausschließliche Kontrolle über ihre jeweiligen Körper und den von ihnen eingenommenen Raum wären bereits vorausgesetzt und als gültig angenommen. Tatsächlich ist es genau diese gegenseitige Anerkennung des Eigentums sowohl des Vorschlagenden als auch des Gegners an seinem eigenen Körper und seinem physischen Platz, die das *charakteristische Merkmal* aller aussagelogischen Streitigkeiten ausmacht: dass man sich zwar über die Gültigkeit einer bestimmten Aussage nicht einig sein mag, sich aber dennoch darüber einig sein kann, dass man uneinig ist.

Darüber hinaus muss dieses Eigentumsrecht am eigenen Körper und dessen Platz a priori (oder unbestreitbar) sowohl vom Befürworter als auch vom Gegner als gerechtfertigt angesehen werden. Wer gegenüber einem Gegner eine Aussage als gültig beanspruchen wollte, müsste bereits die ausschließliche Kontrolle über den eigenen Körper und den des Gegners voraussetzen, allein um sagen zu

können: „Ich behaupte, dass dies und das wahr ist, und fordere dich auf, mir das Gegenteil zu beweisen.“[1]

Darüber hinaus wäre es ebenso unmöglich, sich auf Argumente einzulassen und sich auf die Überzeugungskraft der eigenen Argumente zu stützen, wenn man keine anderen knappen Güter (abgesehen vom eigenen Körper und dem Raum, den dieser einnimmt) besitzen (d.h. ausschließlich kontrollieren) dürfte. Hätte man ein solches Recht nicht, würden wir alle sofort zugrunde gehen, und das Problem der Rechtfertigung von Regeln würde schlichtweg nicht existieren. Allein aufgrund der Tatsache, dass wir leben, müssen Eigentumsrechte an anderen Dingen ebenfalls als gültig vorausgesetzt werden. Niemand, der lebt, könnte möglicherweise etwas anderes behaupten.

Und wenn es einer Person nicht gestattet wäre, Eigentum an diesen Gütern und Räumen durch einen Akt der ursprünglichen Aneignung zu erwerben, d.h. indem sie vor allen anderen eine objektive (intersubjektiv feststellbare) Verbindung zwischen sich selbst und einem bestimmten Gut und/oder Raum herstellt, sondern stattdessen das Eigentum an solchen Gütern oder Räumen den Nachzüglern gewährt würde, dann dürfte niemand jemals beginnen, ein Gut zu nutzen, es sei denn, er hätte sich zuvor die Zustimmung dieser Nachzügler gesichert. Doch wie kann ein Nachzügler den Handlungen eines Vorläufers zustimmen? Darüber hinaus würde jeder Nachzügler wiederum die Zustimmung anderer, noch späterer Nachzügler benö-

[1] So viel zu John Rawls’ Behauptung in seiner berühmten *Theory of Justice*, dass wir gar nicht anders können, als „als erstes Prinzip der Gerechtigkeit eines anzuerkennen, das eine gleichmäßige Verteilung (aller Ressourcen) verlangt“, und zu seiner Bemerkung, dass „dieses Prinzip so offensichtlich ist, dass wir erwarten würden, dass es jedem sofort in den Sinn käme“. Was ich hier aufgezeigt habe, ist, dass eine egalitäre Ethik, wie sie Rawls vorschlägt, nicht nur *nicht* offensichtlich ist, sondern vielmehr als absurd, d.h. als selbstwidersprüchlicher Unsinn, angesehen werden muss. Hätte Rawls Recht und wären alle Ressourcen tatsächlich gleich verteilt, dann hätte er buchstäblich kein Bein auf dem er stehen könnte, von dem aus er den Unsinn, den er tatsächlich verkündet, vertreten könnte.

tigen, und so weiter. Das heißt, weder wir noch unsere Vorfahren noch unsere Nachkommen hätten überleben können oder werden es können, wenn man dieser Regel folgen würde. Damit jedoch irgendeine Person – in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft – überhaupt etwas argumentieren kann, muss es möglich sein, damals und heute zu überleben, und um genau dies zu tun, dürfen Eigentumsrechte nicht als zeitlos und unspezifisch in Bezug auf die Anzahl der betroffenen Personen verstanden werden.

Vielmehr müssen Eigentumsrechte notwendigerweise so verstanden werden, dass sie als Ergebnis bestimmter Individuen entstehen, die zu bestimmten Punkten in Raum und Zeit handeln. Andernfalls wäre es unmöglich, dass irgendjemand jemals zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort etwas sagen und dass jemand anderes darauf antworten könnte. Einfach zu sagen, dass die „Erster-Nutzer-Erster-Eigentümer"-Regel der Ethik des Privateigentums ignoriert werden kann oder ungerechtfertigt ist, impliziert einen performativen Widerspruch, denn die Fähigkeit, dies zu sagen, muss die eigene Existenz als unabhängige Entscheidungseinheit zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort voraussetzen.

EINFACHE LÖSUNG, RADIKALE FOLGERUNGEN: ANARCHIE UND STAAT

So einfach die Lösung des Problems der sozialen Ordnung auch ist und so sehr die Menschen in ihrem Alltag die soeben erläuterte Ethik des Privateigentums intuitiv anerkennen und danach handeln, so impliziert diese einfache und anspruchslose Lösung doch einige überraschend radikale Schlussfolgerungen. Abgesehen davon, dass sie alle Handlungen wie Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Hausfriedensbruch, Raub, Einbruch, Diebstahl und Betrug als ungerechtfertigt ausschließt, ist die Ethik des Privateigentums auch unvereinbar mit der Existenz eines Staates, definiert als eine Instanz, die ein zwingendes territoriales Monopol auf die endgültige Entscheidungsfindung (Gerichtsbarkeit) und/oder das Recht auf Besteuerung besitzt.

Die klassische politische Theorie, zumindest seit Hobbes, hatte den Staat als genau jene Institution betrachtet, die für die Durchsetzung der Ethik des Privateigentums verantwortlich ist. Indem er den Staat als ungerecht – ja, als „eine riesige kriminelle Organisation" – betrachtete und stattdessen zu anarchistischen Schlussfolgerungen gelangte, leugnete Rothbard nicht die Notwendigkeit, die Ethik des Privateigentums durchzusetzen. Er teilte nicht die Ansicht jener Anarchisten, die von seinem Lehrer und Mentor Mises verspottet wurden und glaubten, dass alle Menschen, wenn man sie nur in Ruhe ließe, gute und friedliebende Wesen wären.

Im Gegenteil, Rothbard stimmte Mises voll und ganz zu, dass es immer Mörder, Diebe, Schläger, Betrüger usw. geben werde und dass ein Leben in der Gesellschaft unmöglich wäre, wenn diese nicht mit physischer Gewalt bestraft würden. Was Rothbard vielmehr kategorisch ablehnte, war die Behauptung, dass sich aus dem Recht und der Notwendigkeit des Schutzes von Person und Eigentum ergebe, dass dieser Schutz korrekterweise von einem Monopolisten der Gerichtsbarkeit und der Besteuerung gewährleistet werden sollte oder effektiv gewährleistet werden könne. Um diese Behauptung aufzustellen, musste die klassische politische Theorie den Staat als Ergebnis einer vertraglichen Vereinbarung unter privaten Eigentümern darstellen. Rothbard argumentierte, dies sei falsch und ein unmögliches Unterfangen. Kein Staat kann vertraglich entstehen; dementsprechend lässt sich zeigen, dass kein Staat mit dem rechtmäßigen und wirksamen Schutz von Privateigentum vereinbar ist.

Privateigentum, als Ergebnis von ursprünglichen Aneignungs-, Produktions- oder Tauschhandlungen vom früheren zum späteren Eigentümer, impliziert das Recht des Eigentümers auf ausschließliche Hoheitsgewalt über sein Eigentum; und kein Privateigentümer kann sein Recht auf die letztinstanzliche Hoheitsgewalt über sein Eigentum und dessen physische Verteidigung an jemand anderen abtreten, es sei denn, er hat sein Eigentum verkauft oder anderweitig übertragen (in welchem Fall jemand anderes die ausschließliche Hoheitsgewalt darüber hätte). Gewiss kann jeder private Eigentümer die Vorteile der Arbeitsteilung nutzen und durch Zusammenarbeit

mit anderen Eigentümern und deren Eigentum einen umfassenderen oder besseren Schutz seines Eigentums anstreben. Das heißt, jeder Eigentümer kann von anderen kaufen, an andere verkaufen oder anderweitig Verträge mit anderen über einen umfassenderen oder besseren Schutz seines Eigentums abschließen, und jeder Eigentümer kann eine solche Zusammenarbeit mit anderen jederzeit einseitig beenden oder seine jeweiligen Verbindungen ändern. Um den Bedarf an Schutz zu decken, wäre es daher rechtlich möglich und wirtschaftlich wahrscheinlich, dass sich spezialisierte Personen und Agenturen herausbilden würden, um gegen Entgelt Schutz-, Versicherungs- und Schlichtungsdienste für freiwillig zahlende Kunden anzubieten.

Während es leicht vorstellbar ist, dass ein System konkurrierender Sicherheitsanbieter vertraglich entsteht, ist es unvorstellbar, wie private Eigentumsinhaber einen Vertrag abschließen könnten, der einem anderen Agenten unwiderruflich (ein für alle Mal) die Befugnis zur endgültigen Entscheidungsfindung über ihre eigene Person und ihr Eigentum und/oder die Befugnis zur Besteuerung einräumt. Das heißt, es ist unvorstellbar, wie jemand jemals einem Vertrag zustimmen könnte, der es einem anderen erlaubt, dauerhaft zu bestimmen, was er mit seinem Eigentum tun darf und was nicht, denn damit hätte sich diese Person gegenüber einem solchen obersten Entscheidungsträger praktisch wehrlos gemacht. Ebenso ist es unvorstellbar, dass jemand jemals einem Vertrag zustimmen würde, der es seinem Beschützer erlaubt, einseitig und ohne Zustimmung des Geschützten zu bestimmen, welchen Betrag der Geschützte für seinen Schutz zahlen muss.

Orthodoxe, d.h. etatistische, politische Theoretiker, von John Locke über James Buchanan bis hin zu John Rawls, haben versucht, diese Schwierigkeit durch provisorische „stillschweigende“, „implizite“ oder „konzeptionelle“ Vereinbarungen, Verträge oder Staatsverfassungen zu lösen. All diese charakteristischerweise gewundenen und verworrenen Versuche haben jedoch nur zu derselben unvermeidlichen Schlussfolgerung beigetragen, zu der Rothbard gelangt ist: Dass es unmöglich ist, eine Rechtfertigung für den Staat

aus expliziten Verträgen zwischen privaten Eigentümern abzuleiten, und dass daher die Institution des Staates als ungerecht anzusehen ist, d.h. als Ergebnis eines moralischen Irrtums.

DIE FOLGE MORALISCHER IRRTÜMER: ETATISMUS UND DIE ZERSTÖRUNG VON FREIHEIT UND EIGENTUM

Alle Irrtümer sind kostspielig. Am offensichtlichsten ist dies bei Irrtümern bezüglich der Naturgesetze. Wenn eine Person sich in Bezug auf Naturgesetze irrt, wird sie ihre eigenen Ziele nicht erreichen können. Da jedoch das Scheitern dabei von jedem sich irrenden Individuum getragen werden muss, herrscht in diesem Bereich ein allgemeiner Wunsch, zu lernen und die eigenen Fehler zu korrigieren. Auch moralische Irrtümer sind kostspielig. Anders als im erstgenannten Fall müssen ihre Kosten jedoch nicht, zumindest nicht zwangsläufig, von jeder einzelnen Person getragen werden, die den Fehler begeht. Tatsächlich wäre dies nur dann der Fall, wenn der betreffende Fehler darin bestünde, zu glauben, dass *jeder* das Recht habe, Steuern zu erheben und die endgültige Entscheidungsgewalt über die Person und das Eigentum *aller* anderen auszuüben. Eine Gesellschaft, deren Mitglieder *dies* glaubten, wäre dem Untergang geweiht. Der Preis, der für diesen Irrtum zu zahlen wäre, wäre der allgemeine Tod und das Aussterben. Die Lage ist jedoch ganz anders, wenn der betreffende Irrtum darin besteht, zu glauben, dass nur *eine Instanz – der Staat* – das Recht auf Besteuerung und das Recht auf die endgültige Entscheidungsgewalt hat (anstatt *jeder* oder, was richtig wäre, niemand). Eine Gesellschaft, deren Mitglieder *dies* glaubten – nämlich, dass es unterschiedliche Gesetze geben müsse, die ungleich auf Herren und Leibeigene, Steuererheber und Steuerpflichtige, Gesetzgeber und Gesetzestreue angewandt werden – *kann* tatsächlich existieren und Bestand haben. Auch für diesen Irrtum muss bezahlt werden. Aber nicht jeder, der diesen irrigen Glauben hegt, bezahlt dafür gleichermaßen. Vielmehr müssen *einige* Menschen dafür bezahlen, während andere – die Vertreter des Staates – tatsächlich von demselben Irrtum profitieren. Daher wäre es in

diesem Fall falsch, von einem universellen Wunsch auszugehen, aus den eigenen Fehlern zu lernen und sie zu korrigieren. Im Gegenteil, in diesem Fall muss davon ausgegangen werden, dass manche Menschen, anstatt die Wahrheit zu erkennen und zu fördern, ein ständiges Motiv haben zu lügen, d.h. Unwahrheiten aufrechtzuerhalten und zu fördern, selbst wenn sie diese selbst als solche erkennen.

Was sind jedenfalls die „gemischten" Folgen und was ist der ungleiche Preis, der für den Irrtum und/oder die Lüge gezahlt werden muss, an die Gerechtigkeit der Institution eines Staates zu glauben?

Sobald das Prinzip der Regierung – das Monopol der Rechtsprechung und die Macht zu besteuern – fälschlicherweise als gerecht anerkannt wird, ist jeder Gedanke an eine Einschränkung der Regierungsmacht und die Wahrung individueller Freiheit und des Eigentums illusorisch. Stattdessen werden unter monopolistischen Vorzeichen die Kosten für Gerechtigkeit und Schutz ständig steigen und die Qualität von Gerechtigkeit und Schutz sinken. Eine steuerfinanzierte Schutzbehörde ist ein Widerspruch in sich – ein enteignender Beschützer des Eigentums – und wird unweigerlich zu mehr Steuern und weniger Schutz führen. Selbst wenn, wie einige klassisch-liberale Staatsbefürworter vorgeschlagen haben, eine Regierung ihre Aktivitäten ausschließlich auf den Schutz bereits bestehender privater Eigentumsrechte beschränken würde, würde sich die weitere Frage stellen, *wie viel* Sicherheit zu gewährleisten sei. Motiviert (wie jeder andere auch) durch Eigeninteresse und die Unannehmlichkeit der Arbeit, aber ausgestattet mit der einzigartigen Befugnis zur Besteuerung, wird die Reaktion eines Regierungsbeamten stets dieselbe sein: die *Ausgaben für Schutz zu maximieren* – und fast der gesamte Reichtum einer Nation könnte denkbarerweise durch die Kosten für den Schutz aufgezehrt werden – und gleichzeitig die *Produktion von Schutz zu minimieren*. Je mehr Geld man ausgeben kann und je weniger man arbeiten muss, um es zu erwirtschaften, desto besser geht es einem.

Darüber hinaus führt ein Rechtsmonopol unweigerlich zu einer stetigen Verschlechterung der Qualität von Gerechtigkeit und Schutz. Wenn niemand außer der Regierung an die Justiz appellieren

kann, wird die Gerechtigkeit zugunsten der Regierung pervertiert, ungeachtet von Verfassungen und Obersten Gerichten. Verfassungen und Oberste Gerichte sind staatliche Verfassungen und Behörden, und alle Beschränkungen staatlichen Handelns, die sie enthalten oder feststellen mögen, werden ausnahmslos von Vertretern genau der betreffenden Institution entschieden. Vorhersehbarerweise werden die Definitionen von Eigentum und Schutz ständig geändert und der Zuständigkeitsbereich zum Vorteil der Regierung erweitert, bis schließlich der Begriff der universellen und unveränderlichen Menschenrechte – und insbesondere der Eigentumsrechte – verschwindet und durch den Begriff des Rechts als von der Regierung erlassene Gesetzgebung und der Rechte als von der Regierung gewährte Zuwendungen ersetzt wird.

Die Ergebnisse, die alle von Rothbard vorhergesagt wurden, liegen vor unseren Augen, für jedermann sichtbar. Die Steuerlast, die Grundstückseigentümern und Produzenten auferlegt wird, hat kontinuierlich zugenommen, sodass selbst die wirtschaftliche Belastung von Sklaven und Leibeigenen im Vergleich dazu moderat erscheint. Die Staatsverschuldung – und damit die künftigen Steuerverbindlichkeiten – ist in atemberaubende Höhen gestiegen. Jedes Detail des Privatlebens, des Eigentums, des Handels und der Verträge wird durch immer höhere Berge von Papiergesetzen geregelt. Die einzige Aufgabe jedoch, die der Staat jemals übernehmen sollte – nämlich unser Leben und Eigentum zu schützen – erfüllt er nicht. Im Gegenteil: Je höher die Ausgaben für Soziales, öffentliche Sicherheit und nationale Sicherheit gestiegen sind, desto mehr wurden unsere privaten Eigentumsrechte ausgehöhlt, desto mehr wurde unser Eigentum enteignet, beschlagnahmt, zerstört und entwertet. Je mehr Papiergesetze erlassen wurden, desto mehr Rechtsunsicherheit und moralisches Risiko sind entstanden, und Gesetzlosigkeit hat Recht und Ordnung verdrängt. Anstatt uns vor innerstaatlicher Kriminalität und ausländischer Aggression zu schützen, greift unsere Regierung, ausgerüstet mit riesigen Beständen an Massenvernichtungswaffen, immer neue Hitlers und mutmaßliche Hitler-Sympathisanten überall außerhalb ihres „eigenen“ Territoriums an. Kurz gesagt:

Während wir immer hilfloser, verarmter, bedrohter und unsicherer geworden sind, sind unsere Staatsführer zunehmend korrupter, arroganter und gefährlicher bewaffnet geworden.

DIE WIEDERHERSTELLUNG DER MORAL: ÜBER DIE BEFREIUNG

Was ist also zu tun? Rothbard hat nicht nur die Ethik der Freiheit rekonstruiert und den gegenwärtigen Sumpf als Ergebnis des Etatismus erklärt; er hat uns auch den Weg zur Wiederherstellung der Moral aufgezeigt.

Zuallererst hat er erklärt, dass Staaten, so mächtig und unbesiegbar sie auch erscheinen mögen, ihre Existenz letztlich Ideen verdanken, und da sich Ideen im Prinzip augenblicklich ändern können, können Staaten praktisch über Nacht gestürzt werden und zerfallen.

Die Vertreter des Staates sind immer und überall nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung, über die sie herrschen. Der Grund dafür ist ebenso einfach wie grundlegend: Hundert Parasiten können ein komfortables Leben führen, wenn sie das Lebensblut von Tausenden produktiver Wirte aussaugen, aber Tausende von Parasiten können nicht komfortabel von einer Wirtsbevölkerung von nur hundert leben. Doch wenn Regierungsvertreter lediglich eine kleine Minderheit der Bevölkerung sind, wie können sie dieser Bevölkerung ihren Willen aufzwingen und damit durchkommen? Die Antwort, die Rothbard ebenso wie de la Boétie, Hume und Mises vor ihm geben, lautet: nur aufgrund der freiwilligen Zusammenarbeit der Mehrheit der unterworfenen Bevölkerung mit dem Staat. Doch wie kann der Staat eine solche Zusammenarbeit sicherstellen? Die Antwort lautet: nur weil und insofern die Mehrheit der Bevölkerung an die *Legitimität* der staatlichen Herrschaft glaubt. Das bedeutet nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung mit jeder einzelnen staatlichen Maßnahme einverstanden sein muss. Tatsächlich mag sie durchaus der Ansicht sein, dass viele staatliche Maßnahmen falsch oder sogar verabscheuungswürdig sind. Die Mehrheit der Bevölkerung muss jedoch an die Gerechtigkeit der Institution des Staates als solche glauben und folglich daran, dass selbst wenn eine bestimmte

Regierung Fehler begeht, diese Fehler lediglich Zufälle sind, die im Hinblick auf ein größeres Wohl, das die Institution der Regierung bietet, akzeptiert und toleriert werden müssen. Doch wie kann die Mehrheit der Bevölkerung dazu gebracht werden, dies zu glauben? Die Antwort lautet: mit Hilfe der Intellektuellen. Früher bedeutete dies, ein Bündnis zwischen Staat und Kirche zu schmieden. In der heutigen Zeit und weitaus wirksamer geschieht dies durch die Verstaatlichung (Vergesellschaftung) des Bildungswesens: durch staatliche oder staatlich geförderte Schulen und Universitäten. Die Marktnachfrage nach intellektuellen Dienstleistungen, insbesondere im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, ist nicht gerade hoch und auch nicht besonders stabil und sicher. Intellektuelle wären den Werten und Entscheidungen der Massen ausgeliefert, und im Allgemeinen interessieren sich die Massen nicht für intellektuell-philosophische Belange. Der Staat hingegen, so Rothbard, kommt ihrem typischerweise überhöhten Ego entgegen und „ist bereit, den Intellektuellen einen warmen, sicheren und dauerhaften Platz in seinem Apparat, ein gesichertes Einkommen und das ganze Spektrum an Prestige zu bieten." Tatsächlich hat insbesondere der moderne demokratische Staat ein massives Überangebot an Intellektuellen geschaffen.

Diese Unterbringung garantiert natürlich kein „richtiges" – staatsorientiertes – Denken; und so gut und im Allgemeinen überbezahlt sie auch sind, werden Intellektuelle sich weiterhin darüber beklagen, wie wenig ihre ach so wichtige Arbeit von den Machthabern gewürdigt wird. Aber es hilft sicherlich dabei, zu den „richtigen" Schlussfolgerungen zu gelangen, wenn man sich bewusst macht, dass man ohne den Staat – die Institution der Besteuerung und Gesetzgebung – möglicherweise arbeitslos wäre und sich vielleicht an der Mechanik des Betriebs einer Zapfsäule versuchen müsste, anstatt sich mit so drängenden Problemen wie Entfremdung, Gerechtigkeit, Ausbeutung, der Dekonstruktion von Geschlechter- und Geschlechtsrollen oder der Kultur der Eskimos, Hopi und Zulu zu beschäftigen. Darüber hinaus ist einem, selbst wenn man sich von dieser oder jener amtierenden Regierung unterbewertet fühlt, dennoch

klar, dass Hilfe nur von einer anderen Regierung kommen kann und sicherlich nicht von einem intellektuellen Angriff auf die Legitimität der Institution der Regierung als solcher. So ist es kaum überraschend, dass empirisch gesehen die überwiegende Mehrheit der zeitgenössischen Intellektuellen extreme Linke sind und dass selbst die konservativsten oder marktliberalen Intellektuellen wie beispielsweise Friedman oder Hayek im Grunde genommen und philosophisch gesehen Etatisten sind.

Aus dieser Einsicht in die Bedeutung von Ideen und die Rolle der Intellektuellen als Wächter des Staates und des Etatismus folgt, dass die entscheidende Rolle im Prozess der Befreiung – der Wiederherstellung von Gerechtigkeit und Moral – auf den Schultern dessen lasten muss, was man als anti-intellektuelle Intellektuelle bezeichnen könnte. Doch wie können solche anti-intellektuellen Intellektuellen es überhaupt schaffen, den Staat in der öffentlichen Meinung zu delegitimieren, insbesondere wenn die überwiegende Mehrheit ihrer Kollegen Staatsgläubige sind und alles in ihrer Macht Stehende tun werden, um sie als Extremisten und Spinner zu isolieren und zu diskreditieren? Die Zeit erlaubt nur einige kurze Anmerkungen zu dieser grundlegenden Frage.

Zunächst muss man mit dem erbitterten Widerstand der eigenen Kollegen rechnen. Um diesem standzuhalten, ist es von größter Bedeutung, die eigene Argumentation nicht auf Ökonomik und Utilitarismus zu stützen, sondern auf Ethik und moralische Argumente, denn nur moralische Überzeugungen verleihen einem den Mut und die Kraft, die im ideologischen Kampf benötigt werden. Nur wenige sind motiviert und bereit, Opfer zu bringen, wenn das, wogegen sie sich stellen, bloßer Irrtum und Verschwendung ist. Mehr Inspiration und Mut lassen sich daraus schöpfen, zu wissen, dass man im Kampf gegen das Böse und die Lüge steht. (Darauf werde ich gleich noch zurückkommen.)

Zweitens ist es wichtig zu erkennen, dass man seine Kollegen nicht bekehren muss, d.h. die Mainstream-Intellektuellen nicht überzeugen muss. Wie Thomas Kuhn gezeigt hat, ist dies selbst in den Naturwissenschaften selten genug. In den Sozialwissenschaften sind

Bekehrungen etablierter Intellektueller von zuvor vertretenen Ansichten so gut wie unbekannt. Stattdessen sollte man seine Anstrengungen auf die intellektuell noch ungebundenen jungen Menschen konzentrieren, deren Idealismus sie auch besonders empfänglich für moralische Argumente und moralischen Rigorismus macht. Ebenso sollte man die akademische Welt umgehen und sich an die breite Öffentlichkeit wenden (d.h. an die gebildeten Laien), die einige allgemein gesunde anti-intellektuelle Vorurteile hegt, auf die man leicht zurückgreifen kann.

Drittens, um auf die Bedeutung eines moralischen Angriffs auf den Staat zurückzukommen: Es ist unerlässlich zu erkennen, dass es auf der Ebene der Theorie keinen Kompromiss geben kann. Gewiss sollte man die Zusammenarbeit mit Menschen, deren Ansichten letztlich falsch und verwirrend sind, nicht verweigern, *vorausgesetzt*, ihre Ziele lassen sich klar und eindeutig als Schritt in die richtige Richtung der Entstaatlichung der Gesellschaft einordnen. So würde man beispielsweise die Zusammenarbeit mit Menschen nicht verweigern wollen, die eine pauschale Einkommenssteuer von 10 Prozent einführen wollen (obwohl man nicht mit denen zusammenarbeiten möchte, die diese Maßnahme beispielsweise mit einer erhöhten Umsatzsteuer kombinieren wollen, um Einnahmenneutralität zu erreichen). Unter keinen Umständen sollte eine solche Zusammenarbeit jedoch dazu führen oder dadurch erreicht werden, dass man seine eigenen Prinzipien aufgibt. Entweder ist Besteuerung gerecht oder sie ist es nicht. Sobald sie als gerecht akzeptiert ist, wie soll man sich dann gegen eine Erhöhung wehren? Die Antwort lautet natürlich: gar nicht!

Anders ausgedrückt: Kompromisse auf der Ebene der Theorie, wie wir sie beispielsweise bei gemäßigten Verfechtern des freien Marktes wie Hayek oder Friedman oder sogar bei den sogenannten Minimalstaatlern finden, sind nicht nur philosophisch fehlerhaft, sondern auch praktisch wirkungslos und sogar kontraproduktiv. Ihre Ideen können – und werden tatsächlich – leicht von den staatlichen Machthabern und der etatistischen Ideologie vereinnahmt und integriert. Wie oft hören wir heutzutage von Staatsbefürwortern zur Ver-

teidigung einer staatsorientierten Agenda Ausrufe wie „Sogar Hayek (Friedman) sagt“ oder „Nicht einmal Hayek (Friedman) bestreitet, dass dies und das vom Staat getan werden muss!“ Persönlich mögen sie darüber nicht glücklich sein, aber es lässt sich nicht leugnen, dass sich ihre Arbeit für diesen Zweck eignet und sie somit tatsächlich zum anhaltenden und ungebremsten Wachstum der Staatsmacht beigetragen haben.

Mit anderen Worten: Theoretische Kompromisse, bzw. schrittweises Vorgehen führen nur zur Aufrechterhaltung der Unwahrheiten, Übel und Lügen des Etatismus, und nur theoretischer Purismus, Radikalismus und Unnachgiebigkeit können und werden zunächst zu schrittweisen praktischen Reformen und Verbesserungen und dann möglicherweise zum endgültigen Sieg führen. Dementsprechend kann man sich als anti-intellektueller Intellektueller im Rothbard’schen Sinne niemals damit zufrieden geben, verschiedene staatliche Torheiten zu kritisieren, auch wenn man damit vielleicht beginnen muss, sondern man muss von dort aus stets zu einem grundlegenden Angriff auf die Institution des Staates als moralischen Skandal und auf seine Vertreter als moralische wie auch wirtschaftliche Betrüger, Lügner und Hochstapler – als Kaiser ohne Kleider – übergehen.

Insbesondere darf man niemals zögern, den Kern der Legitimität des Staates anzugreifen: seine angebliche unverzichtbare Rolle als Garant für privaten Schutz und Sicherheit. Ich habe bereits gezeigt, wie lächerlich diese Behauptung aus theoretischer Sicht ist: Wie kann eine Instanz, die Privateigentum enteignen darf, behaupten, eine Beschützerin des Privateigentums zu sein? Kaum weniger wichtig ist es, die Legitimität des Staates in dieser Hinsicht aus empirischen Gründen anzugreifen, indem man auf die Tatsache hinweist und sie immer wieder betont, dass Staaten, die uns eigentlich schützen sollen, genau jene Institutionen sind, die allein im zwanzigsten Jahrhundert für schätzungsweise 170 Millionen Todesfälle verantwortlich sind – mehr als die Opfer privater Verbrechen in der gesamten Menschheitsgeschichte! Und diese Zahl der Opfer privater Verbrechen, vor denen uns die Regierung nicht geschützt hat, wäre

viel geringer gewesen, hätten Regierungen überall und zu jeder Zeit nicht ständig versucht, ihre eigenen Bürger zu entwaffnen, damit die Regierungen ihrerseits zu immer effektiveren Tötungsmaschinen werden konnten!

Anstatt Politiker mit Respekt zu behandeln, sollte man seine Kritik an ihnen daher deutlich verstärken. Fast ausnahmslos sind sie nicht nur Diebe, sondern Massenmörder. Wie können sie es wagen, unseren Respekt und unsere Loyalität zu fordern?

Aber wird eine scharfe und deutliche ideologische Radikalisierung die gewünschten Ergebnisse bringen? Daran habe ich keinen Zweifel. Tatsächlich können nur radikale und ja, radikal einfache Ideen die Emotionen der trägen und schwerfälligen Massen wecken und die Regierung in ihren Augen delegitimieren.

Lassen Sie mich Hayek in diesem Zusammenhang zitieren (und damit hoffe ich auch deutlich zu machen, dass meine zuvor geäußerte, recht scharfe Kritik an ihm nicht missverstanden werden sollte als Hinweis darauf, man könne von Autoren, die grundlegend falsch liegen und sich in Widersprüchen verstricken, nichts lernen):

> Wir müssen den Aufbau einer freien Gesellschaft wieder zu einem intellektuellen Abenteuer machen, zu einer Tat des Mutes. Was uns fehlt, ist eine liberale Utopie, ein Programm, das weder als bloße Verteidigung des Bestehenden noch als eine verwässerte Form des Sozialismus erscheint, sondern als ein wahrhaft liberaler Radikalismus, der die Empfindlichkeiten der Mächtigen nicht schont … der nicht allzu streng pragmatisch ist und sich nicht auf das beschränkt, was heute als politisch möglich erscheint. Wir brauchen intellektuelle Führer, die bereit sind, den Verlockungen von Macht und Einfluss zu widerstehen, und die bereit sind, für ein Ideal zu arbeiten, wie gering auch immer die Aussichten auf dessen baldige Verwirklichung sein mögen. Es müssen Menschen sein, die bereit sind, an Prinzipien festzuhalten und für deren vollständige Verwirklichung zu kämpfen, wie fern diese auch sein mögen… Freier Handel und Chancengleichheit sind Ideen, die noch immer die Phantasie vieler Menschen beflügeln mögen, doch eine bloße „vernünftige Handelsfreiheit“ oder eine bloße „Lockerung der Kontrollen“ ist weder intellektuell respektabel noch geeignet, Begeisterung zu wecken …

> Wenn es uns nicht gelingt, die philosophischen Grundlagen einer freien Gesellschaft wieder zu einem lebendigen intellektuellen Thema zu machen und ihre Umsetzung zu einer Aufgabe, die den Einfallsreichtum und die Vorstellungskraft unserer scharfsinnigsten Köpfe herausfordert, sind die Aussichten für die Freiheit in der Tat düster. Doch wenn wir den Glauben an die Macht der Ideen zurückgewinnen können, der das Kennzeichen des Liberalismus in seiner besten Form war, ist der Kampf noch nicht verloren.[2]

Hayek befolgte seinen eigenen Rat nicht und lieferte uns keine schlüssige und inspirierende Theorie. Seine Utopie, wie sie in seiner *Constitution of Liberty* entwickelt wurde, ist die eher wenig inspirierende Vision des schwedischen Wohlfahrtsstaates. Stattdessen ist es Rothbard, der das getan hat, was Hayek als notwendig für eine Erneuerung des klassischen Liberalismus erkannte; und wenn es etwas gibt, das die scheinbar unaufhaltsame Flut des Etatismus umkehren und Gerechtigkeit und Freiheit wiederherstellen kann, dann ist es das persönliche Beispiel von Murray Rothbard und die Verbreitung des Rothbardianismus.

[2] Hayek, F.A., „The Intellectuals and Socialism“, in ders., *Studies in Philosophy, Politics, and Economics* (New York: Simon and Schuster, 1969), S. 194.

Anhang: Vier kritische Antworten

I. DEMONSTRIERTE PRÄFERENZ UND PRIVATES EIGENTUM[1]

Professor Osterfeld konzentriert sich, nachdem er großzügigerweise den „bahnbrechenden" Charakter meiner a priori-Verteidigung der Ethik des Privateigentums anerkannt hat, auf vier Einwände gegen meine Argumente.

Ich werde auf alle vier Einwände eingehen, die Professor Osterfeld anspricht. Da sie jedoch von einem korrekten Verständnis meines zentralen Arguments und dessen logischer Kraft abhängen, werde ich zunächst meine These so kurz wie möglich wiederholen.

Wie Osterfeld richtig bemerkt, liefere ich einen praxeologischen Beweis für die Gültigkeit der im Wesentlichen an Locke angelehnten Ethik des Privateigentums. Genauer gesagt zeige ich, dass nur diese Ethik argumentativ gerechtfertigt werden kann, da sie die praxeologische Voraussetzung der Argumentation ist, und jeder davon abweichende ethische Vorschlag somit als Verstoß gegen die demonstrierte Präferenz aufgezeigt werden kann. Ein solcher Vorschlag kann zwar vorgebracht werden, doch würde sein aussagelogischer Inhalt der Ethik widersprechen, für die man durch den eigenen Akt der Bildung der Aussagelogik, d.h. durch den Akt der Argumentation, eine Präferenz demonstrieren würde. So wie man sagen kann: „Ich bin und werde immer gleichgültig gegenüber dem

[1] Antwort auf David Osterfeld, „Comment on Hoppe", *Austrian Economics Newsletter* (Frühjahr/Sommer 1988).

Tun von Dingen sein“, obwohl dieser Satz dem Akt der Äußerung widerspricht, der subjektive *Präferenzen* offenbart (dies zu sagen, anstatt etwas anderes zu sagen oder gar nichts zu sagen), werden abweichende ethische Vorschläge durch die Tatsache, dass sie tatsächlich vorgebracht werden, widerlegt.

Um zu dieser Schlussfolgerung zu gelangen und ihre Bedeutung richtig zu verstehen, sind zwei Erkenntnisse wesentlich.

Erstens stellt sich die Frage, was gerecht oder ungerecht ist (bzw. was gültig ist oder nicht), nur insoweit, als ich und andere zu einem Austausch von Aussagen – zur Argumentation – fähig sind. Für einen Stein oder einen Fisch stellt sich diese Frage nicht, da sie nicht in der Lage sind, Aussagen zu formulieren, die einen Gültigkeitsanspruch erheben. Ist dies jedoch der Fall – und man kann dies nicht leugnen, ohne sich selbst zu widersprechen, denn man kann nicht argumentieren, dass man nicht argumentieren kann – dann muss bei jedem ethischen Vorschlag, ja bei jedem Satz, davon ausgegangen werden, dass er beansprucht, durch aussagelogische oder argumentative Mittel validiert werden zu können. Indem man einen Satz formuliert, sei es offen oder als innerer Gedanke, demonstriert man seine Präferenz für die Bereitschaft, sich auf argumentative Mittel zu stützen, um sich selbst oder andere von etwas zu überzeugen. Es gibt also keine Möglichkeit, irgendetwas zu rechtfertigen, es sei denn, es handelt sich um eine Rechtfertigung mittels aussagelogischer Austauschvorgänge und Argumente. Es muss als die ultimative Niederlage für einen ethischen Vorschlag angesehen werden, wenn man nachweisen kann, dass sein Inhalt logisch unvereinbar mit der Behauptung des Verfassers ist, seine Gültigkeit sei durch argumentative Mittel feststellbar. Einen solchen Widerspruch nachzuweisen, käme einem Unmöglichkeitsbeweis gleich, und ein solcher Beweis ist im Bereich der intellektuellen Erforschung fatal.

Zweitens sind die Mittel, mit denen eine Person durch Argumentation Präferenzen zum Ausdruck bringt, die des Privateigentums. Offensichtlich könnte niemand etwas vorschlagen oder sich durch argumentative Mittel von einer Aussage überzeugen, wenn nicht das Recht einer Person auf die ausschließliche Nutzung ihres physischen

Körpers vorausgesetzt würde. Darüber hinaus wäre es ebenso unmöglich, eine Argumentation aufrechtzuerhalten und sich auf die Überzeugungskraft der eigenen Argumente zu stützen, wenn es nicht gestattet wäre, sich andere knappe Güter durch Bewirtschaftungshandlungen anzueignen, indem man sie nutzt, bevor es jemand anderes tut, oder wenn solche Güter und das Recht auf ihre ausschließliche Kontrolle nicht in objektiven physischen Begriffen definiert wären. Wäre ein solches Recht nicht vorausgesetzt, hätten Nachzügler legitime Ansprüche auf Dinge oder wären besessene Dinge in subjektiv-wertenden Begriffen definiert, könnte niemand als physisch unabhängige Entscheidungseinheit überleben; folglich könnte niemand jemals einen Gültigkeitsanspruch geltend machenden Satz aufstellen.

Indem man also lebt und Aussagen formuliert, beweist man, dass jede Ethik außer der des Privateigentums ungültig ist.

Osterfelds vierter Einwand lautet, dass mein Argument ein Beispiel für ethischen Naturalismus sei, ich damit aber in den naturalistischen Fehlschluss gerate, aus einem „Ist“ ein „Soll“ abzuleiten. Der erste Teil dieser Aussage ist akzeptabel, der zweite jedoch nicht. Was ich vorlege, ist ein gänzlich wertfreies ethisches System. Ich bleibe ausschließlich im Bereich der Ist-Aussagen und versuche nirgendwo, aus einem „Ist“ ein „Soll“ abzuleiten. Die Struktur meiner Argumentation ist folgende: (a) Rechtfertigung ist aussagelogisch oder argumentativ (a priori wahre Ist-Aussage); (b) Argumentation setzt die Anerkennung der Ethik des Privateigentums voraus (a priori wahre Ist-Aussage); (c) keine Abweichung von einer Ethik des Privateigentums lässt sich argumentativ rechtfertigen (a priori wahre Ist-Aussage). Somit ist meine Widerlegung jeglicher sozialistischer Ethik eine rein kognitive. Dass Rawls oder andere Sozialisten eine solche Ethik dennoch befürworten mögen, ist völlig irrelevant. Dass eins plus eins zwei ergibt, schließt nicht aus, dass jemand behauptet, es sei drei, oder dass man nicht versuchen sollte, eins plus eins gleich drei zum arithmetischen Gesetz des Landes zu machen. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass eins plus eins immer noch zwei ist. In strikter Analogie dazu behaupte ich „lediglich“, zu beweisen,

dass alles, was Rawls oder andere Sozialisten sagen, falsch ist und von allen intellektuell kompetenten und ehrlichen Menschen als solches verstanden werden kann. Es ändert nichts an der Tatsache, dass Inkompetenz oder Unehrlichkeit und das Böse immer noch existieren und sich sogar über Wahrheit und Gerechtigkeit durchsetzen können.

Der zweite Einwand leidet unter demselben Missverständnis hinsichtlich des wertfreien Charakters meiner Verteidigung des Privateigentums. Osterfeld stimmt zu, dass Argumentation die Anerkennung des Privateigentums voraussetzt. Doch dann fragt er sich nach der Quelle dieses Rechts. Doch wie kann er eine solche Frage stellen? Nur weil auch er zur Argumentation fähig ist. Ohne Argumentation gäbe es nichts als Schweigen oder bedeutungslose Geräusche. Die Antwort lautet, dass die Quelle der Menschenrechte die Argumentation als Ausdruck unserer Rationalität ist und sein muss. Es ist unmöglich, etwas anderes als Ausgangspunkt für die Ableitung eines ethischen Systems zu beanspruchen, denn dies würde wiederum die eigene Argumentationsfähigkeit voraussetzen. Könnten Rechte nicht aus einem Vertrag hinter einem „Schleier der Unwissenheit" abgeleitet werden, fragt Osterfeld? Ja und nein. Natürlich können Rechte aus Verträgen abgeleitet werden, aber damit ein Vertrag möglich ist, muss es bereits private Eigentümer und Privateigentum geben; andernfalls gäbe es keine physisch unabhängigen Vertragspartner und nichts, worauf man sich vertraglich einigen könnte. Und „nein": Es können keine Rechte „hinter einem Schleier der Unwissenheit" abgeleitet werden, da niemand hinter einem solchen lebt, außer epistemologischen Zombies, und nur eine Rawls'sche Zombie-Ethik kann dahinter abgeleitet werden. Können Rechte aus der Tradition à la Hume oder Burke hervorgehen? Natürlich tun sie das immer. Aber die Frage nach der faktischen Entstehung von Rechten hat nichts mit der Frage zu tun, ob das, was existiert, gerechtfertigt werden kann oder nicht.

In seinem dritten Einwand behauptet Osterfeld, ich würde eine Alternative zwischen individuellem Eigentum und Eigentum der Weltgemeinschaft konstruieren, doch sei eine solche Alternative

nicht erschöpfend. Das ist eine Falschdarstellung. Nirgendwo sage ich so etwas. In dem Abschnitt, auf den sich Osterfeld bezieht, geht es mir darum, die völlig andere Alternative zwischen Eigentum, wie es physisch definiert ist und zu bestimmten Zeitpunkten für bestimmte Individuen entsteht, im Gegensatz zu Eigentum, wie es wertmäßig definiert ist und hinsichtlich seines Entstehungszeitpunkts unspezifisch ist, zu erläutern und Letzteres als absurd und in sich widersprüchlich zu widerlegen. Ich schließe die Möglichkeit des Eigentums „zwischengeschalteter Gemeinschaften" keineswegs aus. Ein solches Eigentums setzt jedoch individuelles Privateigentum voraus. Kollektives Eigentum erfordert Verträge, und Verträge sind nur möglich, wenn bereits zuvor nicht vertraglich erworbene Eigentumsansprüche bestehen. Verträge sind Vereinbarungen zwischen physisch unabhängigen Einheiten, die auf der gegenseitigen Anerkennung des privaten Eigentumsanspruchs jedes Vertragspartners an vor der Vereinbarung erworbenen Dingen beruhen und die die Übertragung dieser Eigentumsrechte von einem bestimmten früheren auf einen oder mehreren bestimmten späteren Eigentümer betreffen.

Was Osterfelds ersten Einwand betrifft, so habe ich nicht geschrieben, dass die grundlegenden Ziele der politischen Ökonomie und der politischen Philosophie „komplementär" seien. Ich habe gesagt, dass sie unterschiedlich sind. Niemand, der versucht, die Frage „Was ist gerecht?" zu beantworten, ist logisch dazu verpflichtet, darauf zu bestehen, dass seine Antwort auch zur größtmöglichen Produktion von Wohlstand beitragen muss (zumindest behaupte ich nirgendwo, dass es eine solche logische Verpflichtung gibt!). Daher ist es kein stichhaltiger Einwand gegen meine Ausführungen zum Verhältnis zwischen politischer Philosophie und Ökonomie, dass Hobbes, Rousseau und andere behaupten, politische Systeme würden den Wohlstand nicht vergrößern, sondern vielmehr die Knappheit. Ihre Behauptung, solche Systeme seien gerecht, lässt sich nicht begründen, und wie sich herausstellt, trägt die Ethik, die allein gerechtfertigt werden kann, tatsächlich dazu bei, die Wohlstandsproduktion zu maximieren. Glücklicherweise ist dies eine Tatsache. Das ändert

jedoch nichts an der Tatsache, dass sich politische Philosophie und politische Ökonomie mit völlig unterschiedlichen Themen befassen.

Dies und nur dies war meine These: Während sich politische Philosophen als solche nicht mit dem Problem der Linderung von Knappheit befassen müssen, haben politische Philosophie und Wirtschaftswissenschaft gemeinsam, dass ohne Knappheit keine der beiden Disziplinen einen Sinn ergäbe. Es gäbe keinerlei zwischenmenschliche Konflikte, und es würde sich nicht die Frage stellen, welche Normen als gerecht akzeptiert werden sollten, um solche möglichen Zusammenstöße zu vermeiden! Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass sich politische Philosophen ausnahmslos mit der Zuweisung von Rechten auf die ausschließliche Kontrolle über knappe Güter beschäftigt haben. Dies ist der Fall, wenn ein Anhänger Lockes vorschlägt, die Ethik des Privateigentums zu akzeptieren, und nicht weniger, wenn ein Anhänger Hobbes' stattdessen vorschlägt, eine bestimmte Person zum obersten Führer zu machen, dessen Befehlen alle anderen folgen müssen.

II. UTILITARISTEN UND RANDIANER GEGEN DIE VERNUNFT[2]

Es ist weder möglich noch sinnvoll, auf alle in der vorangegangenen Diskussion angesprochenen Punkte einzugehen. Ich werde mich auf jene Kritiker konzentrieren, die sich am vehementesten gegen mein Argument aussprechen – allesamt Utilitaristen der einen oder anderen Art. Anschließend werde ich kurz auf die Reaktionen vom Randianischen Typ eingehen.

Erstaunlicherweise glauben Friedman, Yeager, Steel, Waters, Virkkala und Jones, ich hätte die Tatsache übersehen, dass alle bestehenden Gesellschaften nicht vollständig libertär sind (dass es Sklaverei, Gulags oder Eigentumsrechte von Ehemännern an ihren Frauen usw. gibt), und dass dies mein Argument irgendwie entkräf-

[2] Antwort auf „Symposium on Hoppe's Argumentation Ethic", *Liberty* (November 1988).

tet. Offensichtlich hätte ich diesen Artikel kaum geschrieben, wenn ich der Meinung gewesen wäre, dass der Libertarismus bereits vorherrschend sei. Es hätte also klar sein müssen, dass es genau dieser nicht-libertäre Charakter der Realität war, der mich dazu motivierte, etwas ganz anderes aufzuzeigen: warum ein solcher Zustand nicht *gerechtfertigt* werden kann. Fakten wie die Sklaverei als Gegenbeispiel anzuführen, ist in etwa so, als würde man den Beweis, dass 1+1=2 ist, widerlegen, indem man darauf hinweist, dass jemand gerade 3 als Antwort gegeben hat – und ungefähr genauso lächerlich.

Um meine Behauptung zu wiederholen: Ob etwas wahr, falsch oder unentscheidbar ist; ob es gerechtfertigt wurde oder nicht; was erforderlich ist, um es zu rechtfertigen; ob ich, meine Gegner oder keiner von uns Recht hat – all dies muss im Laufe der Argumentation entschieden werden. Diese Aussage ist a priori wahr, da sie nicht geleugnet werden kann, ohne sie im Akt der Leugnung zu bejahen. Man kann nicht argumentieren, dass man nicht argumentieren kann, und man kann nicht darüber streiten, was es bedeutet, einen Gültigkeitsanspruch zu erheben, ohne implizit zumindest die Negation dieser Aussage als wahr zu behaupten.

Dies wurde als „das A-priori der Argumentation" bezeichnet, und aufgrund des axiomatischen Status dieser Aussage, analog zum „Handlungsaxiom" der Praxeologie, habe ich in meinem Artikel auf Mises verwiesen. (Virkkalas Empörung darüber entkräftet sich selbst, da ich ausdrücklich dargelegt habe, dass Mises das, was ich zu tun versuchte, für unmöglich hielt. Darüber hinaus ist es sein Verständnis von Mises, das amüsant ist. Zwar spricht die Praxeologie *über* Grenznutzen, doch trifft es offensichtlich nicht zu, dass die Praxeologie als System von Aussagen in irgendeiner Weise von Grenzentscheidungen beeinflusst wird. Die Praxeologie enthält universell wahre Aussagen, und ob wir uns entscheiden, diese zu akzeptieren oder nicht, hat darauf keinerlei Einfluss. Es ist mir unbegreiflich, warum das bei ethischen Aussagen anders sein sollte. Virkkala könnte Mises genauso gut wegen eines „Rückzugs vom Grenznutzen" angreifen, weil dieser behauptet, die Praxeologie sei *wahr*.)

Da das A-priori der Argumentation als axiomatischer Ausgangspunkt festgelegt ist, folgt daraus, dass alles, was beim Bilden von Aussagen vorausgesetzt werden muss, nicht erneut durch Aussagen angefochten werden kann. Es wäre sinnlos, eine Rechtfertigung für Vorannahmen zu verlangen, die die Bildung sinnvoller Aussagen überhaupt erst ermöglichen. Stattdessen müssen sie von jedem, der Aussagen bildet, als letztlich gerechtfertigt angesehen werden. Jeder spezifische Aussageinhalt, der ihre Gültigkeit bestreitet, könnte als performativer Widerspruch (im Sinne von David Gordon) verstanden werden und wäre somit letztlich widerlegt.

Das Gesetz vom Widerspruch ist eine solche Voraussetzung. Man kann dieses Gesetz nicht leugnen, ohne beim Leugnen dessen Gültigkeit vorauszusetzen. Aber es gibt noch eine weitere solche Voraussetzung. Aussagen sind keine frei schwebenden Entitäten. Sie erfordern einen Aussageschöpfer, der, um überhaupt eine Gültigkeit beanspruchende Aussage zu produzieren, die ausschließliche Kontrolle (Eigentum) über bestimmte knappe Mittel haben muss, die objektiv definiert und zu bestimmten Zeitpunkten durch Bewirtschaftungshandlungen angeeignet (unter Kontrolle gebracht) wurden. Somit würde jeder Satz, der die Gültigkeit des Bewirtschaftungsprinzips der Eigentumsaneignung bestreiten oder die Gültigkeit eines anderen, damit unvereinbaren Prinzips behaupten würde, durch den Akt der Satzbildung widerlegt werden, genauso wie der Satz „Das Gesetz vom Widerspruch ist falsch“ durch die bloße Tatsache seiner Behauptung widerlegt würde. Als praxeologische Voraussetzung der Satzbildung kann die Gültigkeit des Bewirtschaftungsprinzips nicht argumentativ bestritten werden, ohne in einen performativen Widerspruch zu geraten. Jedes andere Prinzip des Eigentumserwerbs kann dann – reflektierend – von jedem Schöpfer einer Aussage als letztlich unfähig zur aussagelogischen Rechtfertigung verstanden werden. (Beachten Sie insbesondere, dass dies alle Vorschläge einschließt, die behaupten, es sei gerechtfertigt, den Umfang der Objekte einzuschränken, die bewirtschaftet werden dürfen. Sie scheitern, weil es, sobald die ausschließliche Kontrolle über *bestimmte* bewirtschaftete Mittel als gerechtfertigt anerkannt wird,

unmöglich wird, irgendeine Einschränkung im Bewirtschaftungsprozess – außer einer selbst auferlegten – zu rechtfertigen, ohne dabei in einen Widerspruch zu geraten. Denn wäre der Befürworter einer solchen Einschränkung konsequent, könnte er nur die Kontrolle über bestimmte physische Mittel rechtfertigen, die er nicht für weitere Bewirtschaftungen einsetzen dürfte. Offensichtlich könnte er sich nicht in die erweiterte Bewirtschaftungsaktivität eines anderen einmischen, einfach weil ihm die physischen Mittel fehlen, um dies rechtmäßig zu tun. Würde er sich jedoch einmischen, würde er damit inkonsequenterweise seine Eigentumsansprüche über *seine* eigenen, rechtmäßig erworbenen Mittel hinaus ausdehnen. Um diese Ausdehnung zu rechtfertigen, müsste er zudem ein Prinzip des Eigentumserwerbs heranziehen, das mit dem Bewirtschaftungsprinzip unvereinbar ist, dessen Gültigkeit er bereits anerkannt hätte.)

Meine gesamte Argumentation erhebt also den Anspruch, ein Unmöglichkeitsbeweis zu sein. Es handelt sich nicht, wie die erwähnten Kritiker zu glauben scheinen, um einen Beweis, der die Unmöglichkeit bestimmter empirischer Ereignisse aufzeigen soll, sodass er durch empirische Beweise widerlegt werden könnte. Stattdessen ist es ein Beweis dafür, dass es unmöglich ist, nicht-libertäre Eigentumsprinzipien aussagelogisch zu rechtfertigen, ohne in Widersprüche zu geraten. Was auch immer so etwas wert sein mag (und darauf werde ich gleich noch zurückkommen), es sollte klar sein, dass empirische Beweise absolut keinen Einfluss darauf haben. Was macht es schon, wenn es Sklaverei, Gulag oder Besteuerung gibt? Der Beweis betrifft die Frage, dass die Behauptung, solche Institutionen seien gerechtfertigt, einen performativen Widerspruch beinhaltet. Er ist rein intellektueller Natur, wie logische, mathematische oder praxeologische Beweise. Seine Gültigkeit lässt sich, wie die jener, unabhängig von jeglichen kontingenten Erfahrungen begründen. Auch wird seine Gültigkeit in keiner Weise davon beeinflusst, wie einige Kritiker – allen voran Waters – zu glauben scheinen, ob Menschen ihn mögen, befürworten, verstehen oder einen Konsens darüber erzielen, oder ob sie sich tatsächlich auf eine Argumentation einlassen.

Da solche Überlegungen beispielsweise für die Beurteilung der Gültigkeit eines mathematischen Beweises irrelevant sind, sind sie auch hier nebensächlich. So wie die Gültigkeit eines mathematischen Beweises nicht auf den Moment seiner Beweisführung beschränkt ist, so ist auch die Gültigkeit der libertären Eigentumstheorie nicht auf einzelne Argumentationsfälle beschränkt. Wenn das Argument zutrifft, beweist es seine allgemeine Gültigkeit. (Von allen utilitaristischen Kritikern nimmt nur Steele die Herausforderung an, die ich ihnen gestellt hatte: dass die Zuweisung von Eigentumsrechten nicht von einem späteren Ergebnis abhängig sein kann, da in diesem Fall niemand vor dem Ergebnis wissen könnte, wozu er berechtigt war oder nicht; und dass der Utilitarismus, wenn er eine konsequentialistische Position vertritt, [streng genommen] überhaupt keine Ethik ist, wenn er die alles entscheidende Frage „Was bin ich jetzt berechtigt zu tun?“ nicht beantwortet. Steele löst dieses Problem auf dieselbe Weise, wie er in seinem gesamten Kommentar vorgeht: indem er missversteht, worum es geht. Er missversteht mein Argument als empirisch überprüfbar und stellt es falsch dar, als würde es behaupten, dass „Ich befürworte eine libertäre Ethik“ aus „Ich sage etwas“ folgt, während es in Wirklichkeit behauptet, dass völlig unabhängig davon, was Menschen zufällig befürworten oder äußern, „der libertären Ethik eine ultimative aussagelogische Rechtfertigung gegeben werden kann“ aus „Ich behaupte, dass dies und das gültig ist, d.h. zu einer aussagelogischen Rechtfertigung fähig ist“ folgt. Seine Antwort auf das konsequentialistische Problem ist ein weiterer Geniestreich: Nein, sagt Steele, Konsequentialismus darf keine praxeologisch absurde Ethik des Abwartens auf das Ergebnis beinhalten. Sein Beispiel: Bestimmte Regeln werden zuerst befürwortet, dann umgesetzt und später je nach den Ergebnissen angepasst. Zwar ist dies in der Tat ein Beispiel für Konsequentialismus, doch ich kann nicht erkennen, wie dies eine Antwort auf die Frage „Was dürfen wir jetzt in gerechtfertigter Weise tun?“ liefern und so den Absurditäten einer Ethik des Abwartens des Ergebnisses entgehen soll. Der Ausgangspunkt ist ungerechtfertigt [Welche Regeln? Nicht nur das Ergebnis hängt davon ab!]; und auch das konse-

quentialistische Vorgehen ist ungerechtfertigt. [Warum nicht Regeln festlegen und sich unabhängig vom Ergebnis daran halten?] Steeles Antwort auf die Frage „Was darf ich tun?“ lautet: „Das hängt davon ab, mit welchen Regeln man beginnt, dann vom Ergebnis, zu dem dies führt, und schließlich davon, ob einem ein solches Ergebnis wichtig ist oder nicht.“ Was auch immer das sein mag, es ist keine Ethik.)

Die Reaktion der anderen Randianischen Seite, vertreten durch Rasmussen, ist anders. Er hat weniger Schwierigkeiten, die Natur meines Arguments zu erkennen, fragt mich dann aber seinerseits: „Na und? Warum sollte ein a priori-Beweis der libertären Eigenschaftstheorie einen Unterschied machen? Warum sollte man nicht trotzdem Aggression ausüben?“ Ja, warum eigentlich nicht?! Aber warum sollte dann der Beweis, dass 1+1=2 ist, einen Unterschied machen? Man kann sicherlich immer noch in der Überzeugung handeln, dass 1+1=3 ist. Die offensichtliche Antwort lautet: „Weil es eine aussagelogische Rechtfertigung dafür gibt, das eine zu tun, aber nicht für das andere.“ Aber warum sollten wir vernünftig sein, lautet die nächste Gegenfrage. Auch hier ist die Antwort offensichtlich. Zum einen, weil es unmöglich wäre, dagegen zu argumentieren; und zum anderen, weil derjenige, der diese Frage aufwirft, bereits durch den Akt des Hinterfragens den Einsatz von Vernunft bekräftigen würde. Dies könnte dennoch nicht ausreichen, und jeder weiß, dass es das nicht tun würde; denn selbst wenn die libertäre Ethik und das argumentative Denken als letztlich gerechtfertigt angesehen werden müssen, schließt dies nicht aus, dass Menschen auf der Grundlage ungerechtfertigter Überzeugungen handeln, sei es, weil sie es nicht wissen, weil es ihnen egal ist oder weil sie es vorziehen, es nicht zu wissen. Ich verstehe nicht, warum dies überraschend sein oder den Beweis irgendwie mangelhaft machen sollte. Mehr als dies lässt sich mit propositionalen Argumenten nicht erreichen.

Rasmussen scheint zu glauben, dass sich die Lage verbessern würde, wenn ich irgendwoher ein „sollte“ ableiten könnte (etwas, von dem Yeager behauptet, ich würde es versuchen, obwohl ich dies ausdrücklich bestritten habe). Doch das ist schlichtweg eine illuso-

rische Hoffnung. Denn selbst wenn Rasmussen die These bewiesen hätte, dass man vernünftig sein und gemäß der libertären Eigentumsethik handeln *sollte*, wäre dies immer noch nur ein weiteres aussagelogisches Argument. Es kann ebenso wenig gewährleisten, dass Menschen das tun, was sie tun sollten, wie mein Beweis garantieren kann, dass sie das tun, was gerechtfertigt ist. Wo liegt der Unterschied, und worum geht es hier überhaupt? Es gibt und bleibt ein Unterschied zwischen der Begründung einer Wahrheitsbehauptung und der Vermittlung des Wunsches, nach dieser Wahrheit zu handeln – mit „sollte" oder ohne. Es ist sicherlich großartig, wenn ein Beweis diesen Wunsch wecken kann. Aber selbst wenn er dies nicht tut, kann man ihm das kaum vorwerfen. Es schmälert auch nicht seinen Wert, wenn sich in einigen oder sogar vielen Fällen ein paar unverblümte utilitaristische Behauptungen als erfolgreicher erweisen, jemanden vom Libertarismus zu überzeugen, als es ihm gelingt. Ein Beweis bleibt ein Beweis, und Sozialpsychologie bleibt Sozialpsychologie.

III. EINSCHÜCHTERUNG DURCH ARGUMENTATION[3]

Loren Lomasky war von meinem Buch *A Theory of Socialism and Capitalism* eingeschüchtert und verärgert. Zum einen, weil das Buch ehrgeiziger ist, als sein Titel vermuten lässt. „Es ist", beklagt er, „nichts weniger als ein Manifest für ungezügelten Anarchismus." So sei es. Aber was soll's? Wie in meinem Buch erläutert, von Lomasky jedoch geflissentlich verschwiegen, ist uneingeschränkter Anarchismus nichts anderes als die Bezeichnung für eine Gesellschaftsordnung mit uneingeschränkten privaten Eigentumsrechten, d.h. einer absoluten Selbstbestimmungsfreiheit und dem uneingeschränkten Recht, herrenlose Ressourcen zu besetzen, sie für jeden beliebigen Zweck zu nutzen, solange dies die physische Unversehrtheit der ebenfalls angeeigneten Ressourcen anderer nicht beeinträchtigt, sowie das Recht, mit anderen Eigentümern vertragliche Vereinbarun-

[3] Antwort auf Loren Lomasky, „The Argument From Mere Argument", *Liberty* (September 1989).

gen zu treffen, die als für beide Seiten vorteilhaft erachtet werden. Was ist an dieser Idee so erschreckend? Empirisch gesehen bildet diese Eigentumstheorie den Kern des intuitiven Gerechtigkeitssinns der meisten Menschen und kann daher kaum als revolutionär bezeichnet werden. Nur jemand, der die Einschränkung privater Eigentumsrechte befürwortet, würde, wie Lomasky, Anstoß an meinem Versuch nehmen, eine reine Privatwirtschaft zu rechtfertigen.

Lomasky ist jedoch nicht nur über meine Schlussfolgerungen erzürnt. Seine Wut wird noch dadurch verstärkt, dass ich nicht bloß versuche, empirische Belege dafür zu liefern, sondern einen strengen Beweis, wie Lomasky kritisiert, „der durch reine Vernunft validiert und von bloß empirischen Wahrscheinlichkeiten unberührt ist". Es überrascht nicht, dass ein Gegner uneingeschränkter privater Eigentumsrechte wie Lomasky dieses Unterfangen doppelt anstößig findet. Doch was ist falsch an der Idee einer a priori-Theoriebildung in Wirtschaft und Ethik? Lomasky weist darauf hin, dass es gescheiterte Versuche gibt, a priori-Theorien zu konstruieren. Aber na und? Das sagt nur etwas über diese speziellen Theorien aus. Darüber hinaus setzt dies tatsächlich die Existenz von a priori-Argumentation voraus, da die Widerlegung einer a priori-Theorie selbst ein Beweis sein muss. Für Lomasky kann jedoch nichts als intellektuelle Übertreibung dafür verantwortlich sein, „den niedrigen Weg des Empirismus zu meiden und stattdessen mit Kant und von Mises durch das Reich der a priori-Notwendigkeiten zu schweben". Ein Buch über politische Philosophie oder Wirtschaft, sollte daher niemals zu eindeutigen Schlussfolgerungen darüber gelangen, was zu tun ist oder welche Regeln zu befolgen sind. Alles sollte vage bleiben und sich in einem nicht-operativen Stadium der konzeptuellen Entwicklung befinden, und niemand sollte jemals versuchen, irgendetwas zu beweisen, sondern stattdessen dem stets aufgeschlossenen empiristischen Ansatz von Versuch und Irrtum, von vorläufigen Vermutungen, Widerlegungen und Bestätigungen folgen. Dies ist für Lomasky der richtige Weg, der niedrige und demütige Weg, auf dem man sich bewegen soll. Tatsächlich scheinen die meisten zeitgenössischen politischen Philosophen diesen Rat auf ihrem Weg zum Ruhm von

ganzem Herzen befolgt zu haben. Ich hingegen beschreite den hohen Weg, präsentiere eine eindeutige These, die in operativen Begriffen formuliert ist, und versuche, sie durch axiomatisch-deduktive Argumente zu beweisen. Wenn dies mein Buch in manchen philosophischen Kreisen zur ultimativen Beleidigung macht, umso besser. Abgesehen von anderen Vorteilen, wie etwa, dass dies tatsächlich die einzig angemessene Untersuchungsmethode sein könnte, zwingt sie einen zumindest dazu, etwas Konkretes zu sagen und sich einer rigorosen logisch-praxeologischen Kritik weit zu öffnen, anstatt – wie Lomasky und seine tiefffliegenden Mitstreiter – bedeutungsloses, theoretisches Geschwätz und Unterscheidungen zu produzieren.

Abgesehen davon, dass Lomasky die Arroganz bemängelt, mit der jemand ein Buch schreibt, das eine praxeologisch bedeutsame und leicht verständliche These zu den zentralen Problemen der politischen Philosophie und der Wirtschaft vorbringt und diese so energisch verteidigt, dass er alle anderen Antworten als falsch ausschließt, hat er auch einige konkrete Kritikpunkte. Wie von einem eingeschüchterten Tieffflieger zu erwarten, handelt es sich dabei entweder um unsystematische billige Seitenhiebe oder um ein völliges Missverständnis des Problems.

Mir wird vorgeworfen, Quine, Nozick und ganze Strömungen des philosophischen Denkens nicht genügend Beachtung zu schenken. Das mag sein, obwohl Nozick – wenn auch, wie Lomasky empört anmerkt, nur in einer Fußnote – tatsächlich systematisch widerlegt wird. Man möchte jedoch wissen, warum dies für meine Argumentation einen Unterschied gemacht hätte. Bloße Leseempfehlungen sind heutzutage nur allzu leicht zu geben. Mir wird vorgeworfen, Locke falsch zu interpretieren, weil ich seinen berühmten Vorbehalt nicht erwähne, doch ich beschäftige mich nicht mit einer Interpretation von Locke. Ich entwickle eine positive Theorie und bediene mich dabei lockescher Ideen; und wenn man meine Theorie der Argumentation halber als richtig annimmt, kann es keinen Zweifel an meinem Urteil über den Vorbehalt geben. Er ist falsch und unvereinbar mit dem Bewirtschaftungsprinzip als zentraler Säule von Lockes Theorie. Lomasky weist nicht nach, dass dies nicht der

Fall ist. Er ärgert sich über meine Entkräftung des Problems der öffentlichen Güter als Pseudoproblem, ohne auch nur meine zentrale These zu diesem Thema zu erwähnen, nämlich dass der Begriff objektiv unterscheidbarer Klassen von privaten und öffentlichen Gütern mit der subjektivistischen Ökonomie unvereinbar ist und daher zusammen mit allen darauf basierenden Unterscheidungen verworfen werden muss. Er hält meine Argumente zur Stützung der These von der immerwährenden Optimalität freier Märkte für unzureichend, da sie sich auf die Annahme der „universellen Optimalität freiwilliger Transaktionen" stützen müssen. Das müssen sie in der Tat. Ich habe nie etwas anderes behauptet. Doch diese Annahme ist nun einmal wahr – tatsächlich, wie ich argumentiere, unbestreitbar wahr. Was also dann? Oder ist Lomasky bereit, die Aufgabe zu übernehmen, zu beweisen, dass sie falsch ist?! Wie kann ich es wagen – in einer Fußnote – Buchanan und Tullock wegen orwellscher Doppelzüngigkeit zu kritisieren, beklagt sich Lomasky. Nur vergisst er zu erwähnen, dass ich ziemlich konkrete Gründe für diese Charakterisierung nenne: unter anderem die Verwendung des Begriffs „konzeptioneller" Vereinbarungen und Verträge in ihrem Versuch, einen Staat zu rechtfertigen, obwohl solche Vereinbarungen und Verträge im allgemeinen Sprachgebrauch keine Vereinbarungen und keine Verträge sind. Keinen Vertrag abschließen bedeutet einen Vertrag abschließen! Ebenso nenne ich Gründe für meine ach so respektlosen Bemerkungen zu den Eigentumstheorien im Chicagoer Stil (zum Beispiel ihre Annahme der Messbarkeit des Nutzens), die Lomasky einfach ausblendet. Der Rest, was meine Gerechtigkeitstheorie betrifft, ist entweder Missverständnis oder absichtliche Falschdarstellung. Wer Lomaskys Rekonstruktion meines zentralen Arguments liest, die bezeichnenderweise keine direkten Zitate enthält, würde dessen Hauptgedanken und Struktur nicht erfassen: Ohne Knappheit kann es keine zwischenmenschlichen Konflikte und somit keine ethischen Fragen geben (was ist gerechtfertigt und was nicht?). Konflikte sind das Ergebnis unvereinbarer Ansprüche auf knappe Ressourcen, und es gibt nur einen möglichen Ausweg aus solchen Zwangslagen: durch die Formulierung von Regeln, die

sich gegenseitig ausschließende Eigentumsrechte an knappen, physischen Ressourcen zuweisen, um es verschiedenen Akteuren zu ermöglichen, gleichzeitig zu handeln, ohne dadurch Konflikte zu erzeugen. (Wie die meisten zeitgenössischen Philosophen gibt Lomasky keinen Hinweis darauf, dass er den elementaren und grundlegenden Punkt begriffen hat, dass jede politische Philosophie, die nicht als Theorie der Eigentumsrechte verstanden wird, an ihrem eigenen Ziel völlig scheitert und daher von vornherein als praxeologisch bedeutungsloser Unsinn verworfen werden muss.)

Doch Knappheit und die Möglichkeit von Konflikten reichen nicht aus, damit ethische Probleme entstehen. Natürlich könnte man mit einem Tier Konflikte um knappe Ressourcen haben, doch würde man es nicht für möglich halten, diese Konflikte durch den Vorschlag von Eigentumsnormen zu lösen. In solchen Fällen ist die Vermeidung von Konflikten lediglich ein technisches, kein ethisches Problem. Damit es zu einem ethischen Problem wird, ist es zudem notwendig, dass die Konfliktparteien grundsätzlich zur Argumentation fähig sind. (Lomaskys Moskito-Beispiel ist daher unsinnig: Tiere sind keine moralischen Akteure, da sie zur Argumentation unfähig sind. Meine Gerechtigkeitstheorie schließt ihre Anwendbarkeit auf Tiere ausdrücklich aus und impliziert sogar, dass sie keine Rechte haben!)

Darüber hinaus ist es unbestreitbar, dass es ohne Argumentation kein ethisches Problem geben kann. Nicht nur habe ich mich die ganze Zeit über mit Argumentation beschäftigt, sondern es ist unmöglich, ohne in einen Widerspruch zu geraten, zu leugnen, dass die Frage, ob man Rechte hat und, falls ja, welche, im Laufe der Argumentation entschieden werden muss. Somit kann es für nichts eine ethische Rechtfertigung geben, außer insofern es argumentativ ist. Dies wurde als „das A-priori der Argumentation“ bezeichnet. (Soweit Lomasky dies überhaupt verstanden hat, scheint er sich des axiomatischen Status dieser Aussage ganz und gar nicht bewusst zu sein, d.h. der Tatsache, dass das A-priori der Argumentation einen absoluten Ausgangspunkt darstellt, der weder einer weiteren Rechtfertigung bedarf noch zu einer solchen fähig ist!)

Argumentieren ist eine Tätigkeit und erfordert die ausschließliche Kontrolle einer Person über knappe Ressourcen (das eigene Gehirn, die Stimmbänder usw.). Genauer gesagt: Solange es Argumentation gibt, besteht eine gegenseitige Anerkennung der ausschließlichen Kontrolle des jeweils anderen über solche Ressourcen. Dies erklärt das einzigartige Merkmal der Kommunikation: dass man zwar über das Gesagte uneinig sein mag, es aber dennoch möglich ist, sich zumindest unabhängig voneinander darauf zu einigen, dass Uneinigkeit besteht. (Lomasky scheint dies nicht zu bestreiten. Er behauptet jedoch, dass dies lediglich die Tatsache sich gegenseitig ausschließender Kontrollbereiche beweise, nicht das Recht auf Selbsteigentum. Er irrt. Was auch immer vorausgesetzt werden muss [beispielsweise das Gesetz vom Widerspruch], solange man argumentiert, kann nicht sinnvoll bestritten werden, da es die eigentliche Voraussetzung für sinnvollen Zweifel ist; daher muss es als unbestreitbar oder a priori gültig angesehen werden. In gleicher Weise ist die Tatsache der Selbstbestimmung eine praxeologische Voraussetzung der Argumentation. Jeder, der versucht, etwas zu beweisen oder zu widerlegen, muss ein Selbstbestimmter sein. Es ist eine in sich widersprüchliche Absurdität, nach einer weiterreichenden Rechtfertigung für diese Tatsache zu fragen. Da die Selbstbestimmung für jede sinnvolle Argumentation zwingend erforderlich ist, ist sie eine absolut und letztendlich *gerechtfertigte* Tatsache.)

Schließlich: Wenn Handelnde nicht berechtigt wären, andere physische Ressourcen zu besitzen als ihren Körper, und wenn sie als moralisch Handelnde – die sich kategorisch von Lomaskys Mücken unterscheiden – dieser Vorschrift folgen würden, wären sie tot und es gäbe überhaupt kein Problem. Damit ethische Probleme bestehen können, muss also das Eigentum an anderen Dingen gerechtfertigt sein. Wenn es zudem nicht erlaubt wäre, sich andere Ressourcen durch Bewirtschaftungshandlungen anzueignen, d.h. indem man sie vor allen anderen nutzt, oder wenn der Umfang der Objekte, die durch Bewirtschaftung beansprucht werden können, irgendwie begrenzt wäre, wäre dies nur möglich, wenn Eigentum durch bloßen Erlass statt durch Handlung erworben werden könnte. Dies stellt je-

doch selbst aus rein technischen Gründen keine Lösung für das Problem der Ethik, d.h. der Konfliktvermeidung, dar, da es einem nicht erlauben würde, zu entscheiden, was zu tun ist, wenn solche deklarativen Ansprüche zufällig unvereinbar wären. Noch entscheidender ist, dass dies mit dem bereits begründeten Selbsteigentum unvereinbar wäre, denn wenn man sich Ressourcen per Dekret aneignen könnte, würde dies bedeuten, dass man auch den Körper einer anderen Person zu seinem eigenen erklären könnte. Somit würde jeder, der die Gültigkeit des Bewirtschaftungsprinzips leugnet – dessen Anerkennung bereits implizit in der Argumentation enthalten ist, dass zwei Personen die ausschließliche Kontrolle des jeweils anderen über den eigenen Körper gegenseitig respektieren – durch den bloßen Akt der Äußerung seiner Behauptung dem Inhalt seiner Behauptung widersprechen. (Zum einen bemängelt Lomasky in einem Geniestreich, dass der erste Teil dieses Arguments keine Rechtfertigung für unbegrenzte Bewirtschaftung liefert. Das stimmt. Aber es erhebt auch keinen solchen Anspruch. Der zweite Teil – das *Argumentum a contrario* – tut dies. In Bezug auf mein Argument in seiner Gesamtheit behauptet Lomasky, ich hätte die Gültigkeit des Nichtaggressionsprinzips nur für den Akt der Argumentation selbst und nicht darüber hinaus gezeigt … es erstrecke sich nicht auf den Gegenstand der Diskussion. Dieser Einwand zeugt bestenfalls von einem völligen Unverständnis der Natur performativer Widersprüche: Wenn die Rechtfertigung von irgendetwas eine argumentative Rechtfertigung ist und wenn das, was von jeglicher Argumentation vorausgesetzt werden muss, als letztlich gerechtfertigt angesehen werden muss, dann wird jede Gültigkeit beanspruchende Aussage, deren Inhalt mit solchen letztlich gerechtfertigten Tatsachen unvereinbar ist, letztlich als performativer Widerspruch widerlegt. Und das war's.)

Philosophisches und ökonomisches Theoretisieren ist in der Tat eine ernste Angelegenheit.

IV. ZUR UNVERTEIDIGBARKEIT VON SOZIALRECHTEN[4]

David Conway behauptet, dass mein Argument, mit dem ich die uneingeschränkte Gültigkeit des Bewirtschaftungsprinzips, d.h. der Erster-Nutzer-erster-Eigentümer-Regel in Bezug auf herrenlose, von der Natur gegebene Ressourcen, aufzeigen will, fehlerhaft sei und dass er die Verteidigungsfähigkeit von Sozialrechten nachweisen könne. Ich bin nach wie vor nicht überzeugt und behaupte, dass sein Gegenargument fehlerhaft ist.

Zwar habe ich nichts an seiner Darstellung meines Arguments auszusetzen, doch werde ich zunächst meinen Beweis kurz wiederholen. Zweitens werde ich auf die zentralen Fehler in seiner Antwort hinweisen. Drittens möchte ich eine Erklärung dafür anbieten, dass Conways Ablehnung meines Arguments auf einem recht verbreiteten Missverständnis hinsichtlich der Logik ethischer Argumentation beruht.

Ob jemand Rechte hat oder nicht, und wenn ja, welche, lässt sich nur im Rahmen einer Argumentation entscheiden. Es ist unmöglich, die Wahrheit dieser Aussage zu leugnen, ohne in einen Widerspruch zu geraten. Das Argumentieren setzt die ausschließliche Kontrolle (das Eigentumsrecht) einer Person über knappe Ressourcen (ihr Gehirn, ihre Stimmbänder usw.) voraus. Dies zu leugnen, würde wiederum lediglich die These bestätigen. Darüber hinaus muss eine Person dieses Eigentumsrecht allein aufgrund der Tatsache erworben haben, dass sie diese Ressourcen vor allen anderen genutzt hat; andernfalls könnte sie von vornherein gar nichts sagen oder argumentieren. Somit würde jeder, der die Gültigkeit des Bewirtschaftungsprinzips zumindest in Bezug auf *manche* Ressourcen leugnet, durch den bloßen Akt der Äußerung seiner Behauptung dem Inhalt seiner eigenen Behauptung widersprechen. Soweit scheint Conway zuzustimmen. Er würde jedoch Einschränkungen hinsichtlich des Spektrums von Objekten auferlegen, die rechtmäßig bewirtschaftet werden dürfen. Unglücklicherweise für Conways Argumentation gilt je-

[4] Antwort auf David Conway, „A Theory of Socialism and Capitalism", *Austrian Economics Newsletter* (Winter/Frühjahr 1990).

doch: Sobald die ausschließliche Kontrolle über bestimmte bewirtschaftete Mittel als gerechtfertigt anerkannt wird, wird es unmöglich, irgendwelche Einschränkungen im Bewirtschaftungsprozess zu rechtfertigen – außer einer selbst auferlegten, freiwilligen – ohne dabei in Widersprüche zu geraten. Denn wäre der Befürworter einer solchen Einschränkung konsequent, könnte er nur die Kontrolle über einige, wenn auch begrenzte, knappe Ressourcen rechtfertigen, die er nicht für weitere Bewirtschaftungsmaßnahmen nutzen dürfte. Doch könnte er sich dann offensichtlich nicht in die erweiterte Bewirtschaftung eines anderen einmischen, einfach weil ihm selbst die Mittel fehlen, etwas dagegen zu unternehmen. Und wenn er sich einmischen würde, würde er damit (inkonsequenterweise) seine Eigentumsansprüche über seine eigenen, rechtmäßig erworbenen Ressourcen hinaus ausdehnen. Um seine Einmischung zu rechtfertigen, müsste er zudem ein Prinzip des Eigentumserwerbs heranziehen, das mit dem Prinzip der Bewirtschaftung unvereinbar ist: Er müsste (inkonsequenterweise) behaupten, dass eine Person, die ihre Bewirtschaftung ausweitet und dies in Übereinstimmung mit einem Prinzip tut, das niemand als allgemein ungültig anfechten kann, ein Aggressor ist oder zumindest sein kann (obwohl man dieser Person dabei unmöglich vorwerfen könnte, irgendjemandem etwas weggenommen zu haben, da sie lediglich zuvor herrenlose Ressourcen angeeignet hätte, d.h. Dinge, die bis zu diesem Zeitpunkt noch niemand als knapp erkannt hatte und die jeder andere ebenfalls hätte aneignen können, wenn er ihre Knappheit nur früher erkannt hätte, einschließlich jemandem wie Conway, der sich um das Schicksal der Nachzügler sorgte und diese Ressourcen zu deren späterem Nutzen erhalten wollte). Darüber hinaus handelt eine Person, die in eine solche Handlung eingreift und dies in Übereinstimmung mit einem Prinzip tut, von dem niemand behaupten könnte, es sei allgemein gültig, legitim oder kann zumindest legitim handeln (auch wenn sie immer jemandem etwas wegnehmen würde, dessen Aneignung auf Kosten von niemandem erfolgt ist).

Der zentrale Fehler in Conways Ablehnung dieses Arguments ist seine Weigerung, die logische Unvereinbarkeit seiner Vorstellung

von Sozialrechten einerseits – der Vorstellung, dass man durchsetzbare Ansprüche gegenüber Bewirtschaftern haben kann – und des Bewirtschaftungsprinzips andererseits anzuerkennen. Entweder ist die erste Vorstellung richtig oder die zweite. Die erste kann jedoch nicht als richtig bezeichnet werden, denn damit jemand dies behaupten kann, muss die zweite als gültig vorausgesetzt werden. Es kann also kein Recht auf Leben im Sinne von Conway geben, also kein Recht darauf, dass das eigene Leben von anderen aufrechterhalten wird. Es kann nur das Recht jedes Einzelnen geben, seinen physischen Körper und alles, was mit dessen Hilfe erschlossen wurde, zu besitzen und sich an für beide Seiten vorteilhaften Austauschvorgängen mit anderen zu beteiligen. Nehmen wir zum Beispiel an, ich sei unheilbar krank und die einzige Möglichkeit für mich zu überleben bestehe darin, mein Gehirn mit dem von Conway kurzzuschließen. Hat er das Recht, dies abzulehnen? Ich denke schon, und ich bin sicher, dass er das auch denkt. Aber er kann dieses Recht nicht aus Sozialgründen haben (vorausgesetzt, sein Leben wäre durch eine solche Operation nicht bedroht), sondern nur auf der Grundlage des Bewirtschaftungsprinzips als Voraussetzung für die Existenz eines Menschen als unabhängig denkendes und argumentierendes physisches Wesen. Zudem ist seine Behauptung, dass Sozialrechte „genauso objektiv“ seien wie jene, die sich aus der Verbindung der eigenen Arbeit mit knappen Ressourcen ergeben (im Gegensatz zu meiner These, dass erstere subjektiv, willkürlich, verbal und aus dem Nichts abgeleitet sind), trügerisch. Durch Bewirtschaftung entsteht eine objektive Verbindung zwischen einer bestimmten Person und einer bestimmten Ressource. Aber wie um alles in der Welt kann man behaupten, dass mein Bedarf einen Anspruch auf eine bestimmte Ressource oder einen bestimmten Ressourcenbesitzer X – statt Y oder Z – begründen kann, wenn ich weder das eine noch das andere in Besitz genommen oder produziert habe?! Nicht nur ist Bedürftigkeit nicht objektiv identifizierbar oder messbar: Wer bestimmt, wer bedürftig ist und wer nicht? Jeder für sich selbst? Aber was, wenn ich zufällig mit der Selbsteinschätzung einer anderen Person nicht einverstanden bin? Menschen sind schon an Liebeskum-

mer gestorben. Haben sie ein Recht auf einen Liebesrekruten? Menschen haben überlebt, indem sie Gras, Rinde, Ratten, Kakerlaken oder den Müll anderer gegessen haben. Gibt es dann keine Bedürftigen, solange es genug Gras oder Müll zu essen gibt? Wenn nicht, warum nicht? Wie lange müsste die Unterstützung für die Bedürftigen andauern? Für immer? Und was ist mit den Rechten der Unterstützer, die dadurch dauerhaft zu Sklaven der Bedürftigen würden? Oder was wäre, wenn meine Unterstützung der Bedürftigen dazu führen würde, dass ich selbst bedürftig werde, oder irgendwie meine eigenen zukünftigen Bedürfnisse vergrößern würde? Müsste ich sie dann trotzdem weiter unterstützen? Und wie viel Arbeit kann ich von den Bedürftigen als Gegenleistung für meine Unterstützung erwarten, angesichts der Tatsache, dass es sich hier von vornherein nicht um ein für beide Seiten vorteilhaftes Arbeitsverhältnis oder freiwillige Wohltätigkeit handelt? So viel, wie die Bedürftigen für angemessen halten?

Darüber hinaus liegen, selbst wenn all diese Schwierigkeiten überwunden wären, weitere in den Startlöchern, denn Not verbindet die Bedürftigen nicht mit einer bestimmten Ressource oder einem bestimmten Ressourcenbesitzer, doch müssen es ausnahmslos bestimmte Ressourcen sein, die Abhilfe schaffen. Die Bedürftigen mögen ohne eigenes Verschulden bedürftig sein, aber die Nicht-Bedürftigen mögen ebenfalls ohne eigenes Verschulden nicht bedürftig sein. Wie also können die Bedürftigen Unterstützung von mir statt von Ihnen einfordern? Das wäre doch gerade mir gegenüber völlig unfair! Tatsächlich können die Bedürftigen entweder keinen Anspruch gegen eine bestimmte Person geltend machen – was bedeutet, dass sie überhaupt keinen Anspruch haben – oder ihr Anspruch müsste sich gleichermaßen gegen jeden einzelnen Nicht-Bedürftigen auf der Welt richten.

Doch wie könnten die Bedürftigen einen solchen Anspruch überhaupt durchsetzen? Schließlich fehlen ihnen die Mittel. Damit dies möglich wäre, wäre eine über alle Ressourcen verfügende, weltweit agierende Stelle erforderlich. Die Eigentümer einer solchen Stelle müssten offensichtlich zu den Nicht-Bedürftigen gezählt werden

und könnten daher keinen direkten Anspruch gegen irgendjemanden haben. Angeblich begründet nur die Not solche Ansprüche. Tatsächlich müsste diese Behörde als einer der vorrangigen Schuldner gegenüber den Bedürftigen angesehen werden, und sie könnte nur dann rechtmäßig gegen andere Nicht-Bedürftige vorgehen, wenn sie zuvor freiwillig *ihren* Anteil an den Sozialschulden beglichen hätte *und* die Bedürftigen ihr eine solche Vollstreckungsaufgabe vertraglich übertragen hätten. Daher müsste das Sozialproblem auf eine Lösung warten, bis diese Institution geschaffen wäre. Bislang ist sie noch nicht entstanden, und nichts deutet darauf hin, dass sie in naher Zukunft entstehen wird. Selbst wenn dies der Fall wäre, wären Sozialhilferechte nach wie vor unvereinbar mit der Bewirtschaftungsregel als unbestreitbar gültigem, axiomatischem Prinzip.

Die Erklärung für Conways Weigerung, die Bewirtschaftungsethik zu akzeptieren, liegt in einem Missverständnis hinsichtlich der Natur der Ethiktheorie. Anstatt Ethik als logische Theorie anzuerkennen, die deduktiv aus unbestreitbaren Axiomen abgeleitet wird (ähnlich der Praxeologie), teilt Conway implizit einen populären, empiristisch-intuitionistischen (oder auf Bauchgefühl basierenden) Ansatz in Bezug auf Ethik. Demnach wird eine ethische Theorie anhand moralischer Erfahrung überprüft, sodass sie als widerlegt gelten sollte, wenn die Theorie zu Schlussfolgerungen führt, die im Widerspruch zu den eigenen moralischen Intuitionen stehen. Diese Ansicht ist jedoch völlig falsch, und ähnlich wie in der Wirtschaftswissenschaft ist die Rolle von Theorie und Erfahrung in der Ethik fast genau das Gegenteil: Es ist gerade die Funktion der Ethiktheorie, eine rationale Rechtfertigung für unsere moralischen Intuitionen zu liefern oder aufzuzeigen, warum diese keine solche Grundlage haben, und uns dazu zu bringen, unsere intuitiven Reaktionen zu überdenken und zu revidieren. Das soll nicht heißen, dass Intuitionen niemals eine Rolle beim Aufbau einer Ethiktheorie spielen können. Tatsächlich können kontraintuitive theoretische Schlussfolgerungen durchaus auf einen theoretischen Fehler *hindeuten*. Wenn jedoch nach einer theoretischen Überprüfung weder in den Axiomen noch in den Schlussfolgerungen Fehler gefunden werden, dann sind es die

eigenen Intuitionen, die verworfen werden müssen, nicht die Theorie.

Tatsächlich lässt sich das, was Conway als eine kontraintuitive Implikation der Bewirtschaftungsethik empfindet und ihn dazu veranlasst, sie abzulehnen, leicht ganz anders interpretieren. Es stimmt, wie Conway sagt, dass diese Ethik die Möglichkeit zulassen würde, dass die gesamte Welt bewirtschaftet wird. Was ist mit Neuankömmlingen in dieser Situation, die nichts außer ihrem physischen Körper besitzen? Können die Bewirtschafter diesen Neuankömmlingen nicht den Zugang zu ihrem Eigentum verwehren, und wäre dies nicht unerträglich? Ich verstehe nicht, warum. (Empirisch gesehen existiert das Problem natürlich nicht: Gäbe es keine Regierungen, die den Zugang zu herrenlosem Land beschränken, gäbe es immer noch reichlich unbesetztes Land!) Diese Neuankömmlinge kommen normalerweise irgendwo als Kinder von Eltern zur Welt, die Land besitzen oder pachten (wenn sie vom Mars kämen und niemand sie hier haben wollte, na und?; sie sind das Risiko eingegangen, hierher zu kommen, und wenn sie nun zurückkehren müssen, Pech gehabt!). Wenn die Eltern nicht für die Neuankömmlinge sorgen, steht es ihnen frei, weltweit nach Arbeitgebern, Verkäufern oder wohltätigen Spendern zu suchen, und eine Gesellschaft, die von der Bewirtschaftungsethik geprägt ist, wäre, wie Conway zugibt, die wohlhabendste, die es geben könnte! Wenn sie immer noch *niemanden* finden könnten, der bereit wäre, sie zu beschäftigen, zu unterstützen oder mit ihnen Handel zu treiben, warum sollte man dann nicht fragen, was mit *ihnen* nicht stimmt, anstatt wie Conway Mitleid mit ihnen zu haben? Offenbar müssen sie unerträglich unangenehme Zeitgenossen sein und sollten sich zusammenreißen, sonst verdienen sie keine andere Behandlung. Das wäre in der Tat meine eigene intuitive Reaktion.

Literaturverzeichnis

In diesem Literaturverzeichnis sind die ansonsten in den Fußnoten erwähnten Bücher verzeichnet, unter Verzicht auf die Erwähnung der Journals. Deutsche Werke, ob als Original oder Übersetzung, sind in *kursiv* markiert.

Autor	**Buch**
Acton, Lord (John)	Essays on Freedom and Power
Acton, Lord (John)	Essays in the History of Liberty
Anderson, Terry L. und Hill, Peter J.	The Not So Wild, Wild West: Property Rights on the Frontier
Anderson, Terry L. und Hill, Peter J.	*Der gar nicht so Wilde Westen: Eigentumsrechte im Frontier*
Andreski, Stanislav	The African Predicament
Andreski, Stanislav	Parasitism and Subversion
Andreski, Stanislav	Social Science as Sorcery
Apel, Karl-Otto	*Transformation der Philosophie*
Apel, Karl-Otto	*Die Erklären: Verstehen-Kontroverse in transzendental-pragmatischer Sicht*
Atkinson, Anthony Barnes und Stiglitz, Joseph Eugene	Lectures on Public Economics
Bachrach, Peter und Baratz, Morton	Power and Poverty
Baechler, Jean	The Origins of Capitalism
Baier, Kurt	The Moral Point of View: A Rational Basis of Ethics
Bailyn, Bernard	The Ideological Origins of the American Revolution

Baran, Paul A.	Political Economy of Growth
Baran, Paul A. und Sweezy, Paul M.	Monopoly Capital
Baran, Paul A. und Sweezy, Paul M.	*Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*
Bauer, Peter T.	Dissent on Development
Bauer, Peter T.	Equality, The Third World and Economic Delusion
Baumol, William J.	Welfare Economics and the Theory of the State
Baumol, William J. und Blinder, Alan S.	Economics: Principles and Policy
Bauter, Peter T. und Yamey, Basil S.	The Economics of Under-Developed Countries
Benda, Julien	The Treason of the Intellectuals
Bendix, Reinhard	Kings or People
Blalock, Hubert	Causal Inferences in Non-Experimental Research
Blalock, Hubert	Applied Multivariate Analysis and Experimental Designs
Blanshard, Brand	Reason and Analysis
Blanshard, Brand	The Nature of Thought
Blaug, Mark	The Methodology of Economics
Block, Walter und Rockwell, Llewellyn H. Jr.	Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard
Boétie, Etienne de la	*Von der freiwilligen Knechtschaft des Menschen*
Böhm-Bawerk, Eugen von	Karl Marx and the Close of His System
Böhm-Bawerk, Eugen von	*Zum Abschluss des marxschen Systems*
Böhm-Bawerk, Eugen von	The Exploitation Theory of Socialism-Communism
Böhm-Bawerk, Eugen von	Shorter Classics of Böhm-Bawerk
Böhm-Bawerk, Eugen von	*Kapital und Kapitalzins: Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien*
Bramsted, Ernest K. und Melhuish, K.J.	Western Liberalism
Buchanan, James	The Public Finances
Buchanan, James	The Limits of Liberty

Buchanan, James und Tullock, Gordon	The Calculus of Consent
Buchanan, James und Wagner, Richard E.	The Consequences of Mr. Keynes
Cipolla, Carlo Maria	Before the Industrial Revolution: European Society and Economy 1000-1700
Cohen, Morris	Reason and Nature
Cohen, Morris	Preface to Logic
Davidson, Donald und Gilbert, Harman	Semantics of Natural Language
Davis, Lance E. und Huttenback, Robert A.	Mammon and the Pursuit of Empire: The Political Economy of British Imperialism 1860-1912
Debreu, Gerald	Theory of Value: An Axiomatic Analysis of Economic Equilibrium
Dicey, Albert Venn	Lectures on the Relation Between Law and Public Opinion in England
Dingler, Hugo	*Die Ergreifung des Wirklichen*
Dingler, Hugo	*Aufbau der exakten Fundamentalwissenschaft*
Dingler, Hugo	*Die Grundlagen der Geometrie*
Dolan, Edwin (Hrsg.)	The Foundations of Modern Austrian Economics
Dornhoff, William	Who Rules America?
Ebeling, Richard M. (Hrsg.)	Money, Method, and the Market Process
Ekelund, Robert und Tollison, Robert	Microeconomics
Ekirch, Arthur A. Jr.	The Decline of American Liberalism
Engels, Friedrich	*Ausgewählte Schriften, 2 Bände*
Engels, Friedrich	*Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*
Evans, Peter	Bringing the State Back In
Ezekiel, Mordecai und Fox, Karl	Methods of Correlation and Regression Analysis
Fahrenbach, Helmut	*Theorie des kommunikativen Handelns*
Fahrenbach, Helmut	*Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*
Fahrenbach, Helmut (Hrsg.)	*Wirklichkeit und Reflexion*
Fetter, Frank	Capital, Interest and Rent

Feyerabend, Paul	Against Method
Feyerabend, Paul	*Wider den Methodenzwang. Skizze einer anarchistischen Erkenntnistheorie*
Feyerabend, Paul	Science in a Free Society
Feyerabend, Paul	*Erkenntnis für freie Menschen*
Feyerabend, Paul	*Wissenschaft als Kunst*
Fischer, Stanley, Dornbusch, Rudiger und Schmalensee, Richard	Microeconomics
Fisher, Irving	The Purchasing Power of Money
Fisher, Irving	*Die Kaufkraft des Geldes*
Fisher, Irving	Stabilizing the Dollar
Fisher, Irving	*Der schwankende Geldwert*
Fisher, Irving	The Money Illusion
Fisher, Irving	*Die Illusion des Geldes*
Friedman, Milton	Capitalism and Freedom
Friedman, Milton	*Kapitalismus und Freiheit*
Friedman, Milton	Essays in Positive Economics
Friedman, Milton	A Program for Monetary Stability
Friedman, Milton	Money Mischief
Gempel, Carl	Aspects of Scientific Explanations
Gewirth, Alan	Reason and Morality
Gewirth, Alan	Law, Action, and Morality
Graham, Benjamin	Storage and Stability
Graham, Frank D.	Social Goals and Economic Institutions
Greenleaf, William Howard	The British Political Tradition
Grice-Hutchinson, Marjorie	The School of Salamanca: Readings in Spanish Monetary History
Groseclose, Elgin	Money: The Human Conflict
Habermas, Jürgen	*Die Neue Unübersichtlichkeit*
Habermas, Jürgen	Legitimation Crisis
Habermas, Jürgen	*Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*
Habermas, Jürgen	*Zur Logik der Sozialwissenschaften*
Halevy, Elvie	A History of the English People in the 19th Century
Hansen, Alvin	A Guide to Keynes
Hansen, Alvin	Fiscal Policy and Business Cycles
Harris, Seymour P.	The New Economics

Hayek, Friedrich August von	Law, Legislation and Liberty
Hayek, Friedrich August von	Denationalization of Money
Hayek, Friedrich August von	Monetary Theory and the Trade Cycle
Hayek, Friedrich August von	Prices and Production
Hayek, Friedrich August von	*Der Kapitalismus und die Historiker*
Hayek, Friedrich August von	The Constitution of Liberty
Hayek, Friedrich August von	*Die Verfassung der Freiheit*
Hayek, Friedrich August von	The Counter-Revolution of Science: Studies on the Abuse of Reason
Hayek, Friedrich August von	*Mißbrauch und Verfall der Vernunft*
Hayek, Friedrich August von	*Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik*
Hazlitt, Henry	From Bretton Woods to World Inflation
Hazlitt, Henry	The Failure of the „New Economics"
Hazlitt, Henry	The Critics of Keynesian Economics
Heise, David	Causal Analysis
Herbener, Jeffrey (Hrsg.)	The Meaning of Ludwig von Mises
Higgs, Robert	Crisis and Leviathan
Hilferding, Rudolf	Finance Capital
Hilferding, Rudolf	*Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*
Hollis, Martin und Nell, Edward	Rational Economic Man
Hollis, Martin und Nell, Edward	Rationality and Relativism
Hoppe, Hans-Hermann	*Eigentum, Anarchie und Staat*
Hoppe, Hans-Hermann	A Theory of Socialism and Capitalism
Hoppe, Hans-Hermann	*Eine Theorie über Sozialismus und Kapitalismus*
Hoppe, Hans-Hermann	Praxeology and Economic Science
Hoppe, Hans-Hermann	*Ökonomik als Wissenschaft und die Methode der Österreichischen Schule*
Hoppe, Hans-Hermann	*Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*
Hoppe, Hans-Hermann	*Handeln und Erkennen*
Hospers, John	Libertarianism
Hudson, William Donald	The Is-Ought Question
Hutchison, Terrence W.	The Significance and Basic Postulates of Economic Theory

Hutchison, Terrence W.	Knowledge and Ignorance in Economics
Hutt, William Harold	The Theory of Idle Resources
Hutt, William Harold	*Theorie der unausgelasteten Ressourcen*
Janich, Peter	*Die Protophysik der Zeit*
Jasay, Anthony de	The State
Jasay, Anthony de	*Der Staat*
Jevons, William Stanley	The Theory of Political Economy
Jevons, William Stanley	*Die Theorie der politischen Ökonomie*
Jevons, William Stanley	Money and the Mechanism of Exchange
Johnson, Paul	Modern Times: The World from the Twenties to the Eighties
Jouvenel, Bertrand de	On Power
Jyer, Alfred	Language, Truth, and Logic
Kambartel, Friedrich	*Erfahrung und Struktur. Bausteine zu einer Kritik des Empirismus und Formalismus*
Kambartel, Friedrich (Hrsg.)	*Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie*
Kambartel, Friedrich und Mittelstrass, Jürgen	*Zum normativen Fundament der Wissenschaft*
Kamlah, Wilhelm und Lorenzen, Paul	*Logische Propädeutik*
Kant, Immanuel	Kritik der reinen Vernunft
Kaufmann, Felix	Methodology of the Social Sciences
Kelsen, Hans	*Sozialismus und Staat*
Keynes, John Maynard	The Economic Consequences of the Peace
Keynes, John Maynard	The General Theory of Employment, Interest, and Money
Keynes, John Maynard	*Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*
Knight, Frank	Risk, Uncertainty, and Profit
Kolakowski, Leszek	Main Currents of Marxism
Kolko, Gabriel	The Triumph of Conservatism
Kolko, Gabriel	Railroads and Regulations
Kolko, Gabriel	The Politics of War, the World and United States Foreign Policy 1943-1945
Kraft, Viktor	*Der Wiener Kreis*
Krippendorff, Ekkehart	*Staat und Krieg*
Krippendorff, Ekkehart	*Die amerikanische Strategie*
Kuhn, Thomas	The Structure of Scientific Revolutions

Lakatos, Imre und Musgrave, Alan	Criticism and the Growth of Knowledge
Lenin, Wladimir Iljitsch	Imperialism Last Stage of Capitalism
Lenin, Wladimir Iljitsch	*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*
Leonhard, Wolfgang	*Sovietideologie heute, Bd. 2*
Leoni, Bruni	Freedom and the Law
Liggio, Leonard und Martin, James J.	Watershed of Empire
Locke, John	Two Treatises of Government
Locke, John	*Zwei Abhandlungen über die Regierung*
Lorenz, Kuno	*Elemente der Sprachkritik*
Lorenzen, Paul	*Methodisches Denken*
Lorenzen, Paul	Normative Logic and Ethics
Lorenzen, Paul	*Einführung in die operative Logik und Mathematik*
Lorenzen, Paul	*Differential und Integram - Eine konstruktive Einführung in die klassische Analysis*
Lorenzen, Paul	*Metamathematik*
Machan, Tibor	Human Rights and Human Liberties
MacIntyre, Alasdair	After Virtue: A Study in Moral Theory
Main, Jackson Turner	The Anti-Federalists: Critics of the Constitution
Mandel, Ernest	Marxist Economic Theory
Mandel, Ernest	Late Capitalism
Mandel, Ernest	*Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung*
Marx, Karl	*Das Kapital*
Marx, Karl und Engels, Friedrich	*Das kommunistische Manifest*
McCloskey, Donald	The Rhetoric of Economics
Meissner, Herbert	*Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive*
Mencken, H.L.	A Mencken Chrestomathy
Mencken, H.L.	Notes on Democracy
Menger, Carl	Principles of Economics
Menger, Carl	*Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*
Michels, Robert	*Zur Soziologie des Parteiwesens*
Miller, Roger L.	Economics Today
Mills, Charles Wright	The Power Elite

Mises, Ludwig von	Socialism
Mises, Ludwig von	*Die Gemeinwirtschaft: Untersuchungen über den Sozialismus*
Mises, Ludwig von	Theory and History
Mises, Ludwig von	*Theorie und Geschichte*
Mises, Ludwig von	Liberalism
Mises, Ludwig von	*Liberalismus*
Mises, Ludwig von	Nation, State and Economy
Mises, Ludwig von	*Nation, Staat und Wirtschaft*
Mises, Ludwig von	The Theory of Money and Credit
Mises, Ludwig von	*Theorie des Geldes und der Umlaufmittel*
Mises, Ludwig von	Monetary Stabilization and Cyclical Policy
Mises, Ludwig von	*Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik*
Mises, Ludwig von	Epistemological Problems of Economics
Mises, Ludwig von	*Grundprobleme der Nationalökonomie*
Mises, Ludwig von	The Ultimate Foundation of Economic Science
Mises, Ludwig von	*Die Letztbegründung der Ökonomik: Ein methodologischer Essay*
Mises, Ludwig von	The Historical Setting of the Austrian School of Economics
Mises, Ludwig von	*Der historische Rahmen der österreichischen Schule der Nationalökonomie*
Mises, Ludwig von	*Erinnerungen*
Mises, Ludwig von	Planning for Freedom
Molinari, Gustave de	The Production of Security
Molinari, Gustave de	*Produktion der Sicherheit*
Mosca, Gaetano	The Ruling Class
Murck, Mafred	Soziologie der Öffentlichen Sicherheit
Nagel, Ernest	The Structures of Science
Nozick, Robert	Anarchy, State and Utopia
Nozick, Robert	*Anarchie - Staat - Utopia*
Offe, Claus	*Strukturprobleme des Kapitalistischen Staates*
Olson, Mancur	The Logic of Collective Action
Oppenheimer, Franz	The State
Oppenheimer, Franz	*Der Staat*
Oppenheimer, Franz	*System der Soziologie*

Pap, Arthur	Semantics and Necessary Truth
Paul, Ron und Lehrman, Lewis	The Case for Gold
Pindyck, Robert und Rubinfeld, Daniel	Econometric Models and Economic Forecasts
Pirenne, Henri	Medieval Cities
Popper, Karl R.	The Poverty of Historicism
Popper, Karl R.	*Das Elend des Historizismus*
Popper, Karl R.	Conjectures and Refutations
Popper, Karl R.	*Vermutungen und Widerlegungen: Das Wachstum der wissenschaftlichen Erkenntnis*
Popper, Karl R.	Objective Knowledge
Popper, Karl R.	*Objektive Erkenntnis: Ein evolutionärer Entwurf*
Popper, Karl R.	The Logic of Scientific Discovery
Popper, Karl R.	*Logik der Forschung. Zur Erkenntnistheorie der modernen Naturwissenschaft*
Radosh, Richard und Rothbard, Murray N.	A New History of Leviathan
Rao, Potluri und Miller, Roger LeRoy	Applied Econometrics
Rawls, John	A Theory of Justice
Rawls, John	*Eine Theorie der Gerechtigkeit*
Robbins, Lionel	The Great Depression
Robbins, Lionel	The Nature and Significance of Economic Science
Rockwell, Llewellyn H. Jr.	The Gold Standard: An Austrian Perspective
Rockwell, Llewellyn H. Jr.	The Free Market Reader
Roemer, John	A General Theory of Exploitation and Class
Roemer, John	Value, Exploitation and Class
Roover, Raymond de	Business, Banking, and Economic Thought
Rothbard, Murray N.	Man, Economy and State
Rothbard, Murray N.	*Mensch, Wirtschaft und Staat (4 Bände)*
Rothbard, Murray N.	The Ethics of Liberty
Rothbard, Murray N.	*Die Ethik der Freiheit*
Rothbard, Murray N.	For a New Liberty
Rothbard, Murray N.	*Für eine neue Freiheit (2 Bände)*
Rothbard, Murray N.	Conceived in Liberty

Rothbard, Murray N.	Anatomy of the State
Rothbard, Murray N.	*Anatomie des Staates*
Rothbard, Murray N.	Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays
Rothbard, Murray N.	Education, Free and Compulsary: The Individuals‘s Education
Rothbard, Murray N.	The Mystery of Banking
Rothbard, Murray N.	The Case for a 100 Percent Gold Dollar
Rothbard, Murray N.	What Has Government Done to Our Money?
Rothbard, Murray N.	*Das Scheingeldsystem*
Rothbard, Murray N.	Americas Great Depression
Rothbard, Murray N.	*Amerikas Große Depression*
Rothbard, Murray N.	Individualism and the Philosophy of the Social Sciences
Rothbard, Murray N.	Ludwig von Mises: Scholar, Creator, Hero
Rousseau, Jean-Jacques	The Social Contract and Discourses
Rousseau, Jean-Jacques	*Der Gesellschaftsvertrag*
Rusfeld, Daniel	Economics: Principles of Political Economy
Rüstow, Alexander	Freedom and Domination
Rüstow, Alexander	*Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik*
Samuelson, Paul	Economics
Say, Jean-Baptiste	A Treatise on Political Economy
Schattschneider, Elmer E.	The Semi-Sovereign People
Schumpeter, Joseph	Capitalism, Socialism and Democracy
Schumpeter, Joseph	*Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*
Schumpeter, Joseph	*Geschichte der ökonomischen Analyse (2 Bände)*
Schumpeter, Joseph	Imperialism and Social Classes
Schumpeter, Joseph	*Zur Soziologie der Imperialismen*
Selign, George	The Theory of Free Banking
Senghass, Dieter	*Imperialismus und strukturelle Gewalt*
Singer, Marcus	Generalization in Ethics
Sombart, Werner	*Die drei Nationalökonomien*
Stegmüller, Wolfgang	*Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie*
Sterba, James P.	The Demands of Justice

Stiglitz, Joseph E.	Economics of the Public Sector
Strigl, Richard von	*Kapital und Produktion*
Sweezy, Paul M.	The Theory of Capitalist Development
Sweezy, Paul M.	*Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie*
Sykes, Charles	ProfScam: Professors and the Demise of Higher Education
Tannehill, Morris und Linda	The Market for Liberty
Tansill, Charles	America Goes to War
Taylor, Alan J.P.	English History 1914-15
Terborgh, George	The Bogey of Economic Maturity
Tigar, Michael und Levy, Madeleine	Law and the Rise of Capitalism
Tilly, Charles	From Mobilization to Revolution
Tilly, Charles	As Sociology Meets History
Toulmin, Stephen	The Place of Reason in Ethics
Tuck, Richard	Natural Rights Theories
Tullock, Gordon	Private Wants, Public Means
Veatch, Henry	Human Rights
Veatch, Henry	Rational Man: A Modern Interpretation of Aristotelian Ethics
Veatch, Henry	For An Ontology of Morals: A Critique of Contemporary Ethical Theory
Veatch, Henry	Human Rights: Fact or Fancy?
Warren, Bill	Imperialism: Pinoneer of Capitalism
Webber, Carolyn und Wildavsky, Aaron	A History of Taxation and Expenditure in the Western World
Weinstein, James	The Corporate Ideal in the Liberal State
Wetter, Gustav Andreas	*Sovietideologie heute, Bd. 1*
White, Lawrence	Competition and Currency
Wicksell, Knut	*Finanztheoretische Untersuchungen*
Wild, John	Plato's Modern Enemies and the Theory of Natural Law
Woolridge, William C.	Uncle Sam the Monopoly Man
Wright, Georg Henrik von	Norm and Action
Wright, Georg Henrik von	Explanation and Understanding

WISSEN SIE SCHON WAS SIE ALS NÄCHSTES LESEN ODER HÖREN SOLLEN?

1. **Anatomie des Staates** von **Murray N. Rothbard** (Alle Hörbücher unter Playlists auf Youtube.com/@DerrosarotePanzer)
2. **Naturrecht – Die Wissenschaft der Gerechtigkeit** von **Lysander Spooner** (ISBN: 978-3-347-58235-4 / Hörbuch kostenlos auf YouTube)
3. **Anti-Politik – Eine Sammlung agoristischer Texte** von **Sal Mayweather** (ISBN: 978-3-347-61007-1 / Hörbuch kostenlos auf YouTube)
4. **Satoshi** von **Rafael Boskovic** (Hardcover ISBN: 978-3-347-62703-1)
5. **Was getan werden muss** von **Hans-Hermann Hoppe** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
6. **Agoristische Klassentheorie** von **Samuel Edward Konkin III** (eBook ISBN: 978-3-347-72175-3 / Hörbuch kostenlos auf YouTube)
7. **Wirtschaftliche Depressionen: Die Ursache und die Lösung** von **Murray N. Rothbard** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
8. **Gemeindetechnologie** von **Karl Hess** (Hardcover ISBN: 978-3-384-04489-1)
9. **Chaostheorie** von **Robert Murphy** (Zum Download auf misesde.org / Hörbuch kostenlos auf YouTube)
10. **Natürliche Eliten, Intellektuelle und der Staat** von **Hans-Hermann Hoppe** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
11. **Libertarismus richtig verstehen** von **Hans-Hermann Hoppe** (ISBN: 978-3-384-30545-9 / Hörbuch kostenlos auf YouTube)
12. **Egalitarismus als Revolte gegen die Natur** von **Murray Rothbard** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
13. **Krieg, Frieden und der Staat** von **Murray Rothbard** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)

14. **Die Privatisierung der Verteidigung** von **Hans-Hermann Hoppe** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
15. **Amerikas Große Depression** von **Murray Rothbard** (ISBN: 978-3-384-38566-6)
16. **Der historische Rahmen der österreichischen Schule der Nationalökonomie** von **Ludwig von Mises** (ISBN: 978-3-384-46341-8 / Hörbuch kostenlos auf YouTube)
17. **Wo Marx richtig liegt** von **Hans-Hermann Hoppe** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
18. **Eine Theorie über Sozialismus und Kapitalismus** von **Hans-Hermann Hoppe** (ISBN: 979-8-313-64251-2 / Hörbuch kostenlos auf YouTube)
19. **Über die Notwendigkeit, dass kategorische Anti-Autoritäre die Schnauze halten** von **Murray Rothbard** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
20. **Nation durch Zustimmung** von **Murray Rothbard** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
21. **Konkins libertäre Strategie** von **Murray Rothbard** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
22. **Ablehnung der Staatsverschuldung** von **Murray Rothbard** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
23. **Wie man entstaatlicht und wie nicht** von **Murray Rothbard** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
24. **Theorie der unausgelasteten Ressourcen** von **W.H. Hutt** (ISBN: 978-3-384-78227-4)
25. **Die universellen Grundsätze der Freiheit** von **Stephan Kinsella** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)

Steuern sind Raub, Inflation ist Enteignung,
Demokratie ist eine weiche Form von Kommunismus.
Werde unregierbar!

derrosarotepanzer.com
lib-lib.org